

Partnerschaften in eigener Sache

**Der gegenwärtige Wandel des Nachkriegsformats Städtepartnerschaften in
deutsch-polnischen und deutsch-türkischen Verbindungen des Ruhrgebiets**

Eine kulturanthropologische Studie

Inauguraldissertation
zur Erlangung des Grades einer Doktorin der Philosophie
im Fachbereich Sprach- und Kulturwissenschaften
der Johann Wolfgang Goethe-Universität
zu Frankfurt am Main

vorgelegt von
Annina Lottermann
aus: Frankfurt am Main

Einreichungsjahr: 2016
Erscheinungsjahr: 2017

1. Gutachterin: Prof. Dr. Gisela Welz
 2. Gutachterin: Jun. Prof. Dr. Meike Wolf
- Tag der mündlichen Prüfung: 31.5.2016

Mein Dank gilt allen, die mich bei dieser Arbeit fachlich, finanziell, ideell und vor allem persönlich unterstützt haben: meinen Betreuerinnen Prof. Dr. Gisela Welz und Jun. Prof. Dr. Meike Wolf für die wertvollen inhaltlichen und konzeptionellen Anregungen, der Studienstiftung des deutschen Volkes für das ideelle Promotionsstipendium und die Möglichkeit, an ihren Doktorandenforen teilnehmen zu können, der heute GRADE – Goethe Graduate Academy genannten Graduierteneinrichtung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main und ihrer Vorläuferin für die finanzielle Unterstützung bei Konferenzteilnahmen und professionelle Weiterbildungsmöglichkeiten, dem Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI) für die Einbindung in sein wissenschaftliches Kollegium und der „Initiative Unabhängig Promovierender (IUP)“ am Kulturwissenschaftlichen Institut für die Möglichkeit, frei und unbefangen alle Fragen rund um eine entstehende Doktorarbeit mitteilen und erörtern zu können.

Danken möchte ich selbstverständlich und vor allem auch allen Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern und den Kommunen, Vereinen und Verbänden, die mir durch Einblicke in ihre städtepartnerschaftlichen Aktivitäten diese Forschung überhaupt erst ermöglicht haben.

Dissertationsprojekte sind langwierige und krisenanfällige Unterfangen. Sie bedürfen eines sozialen Umfelds, das Schultern klopft, Stimmungen erträgt und zum Durchhalten motiviert. Deshalb gilt mein ganz besonderer Dank all den Menschen, Freunden und Verwandten, die mich durch diese Arbeit beraten, begleitet und getragen haben. Ihr habt einen wesentlichen Anteil am Gelingen und der Fertigstellung dieser Arbeit!

Diese Arbeit ist meinen Eltern gewidmet.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung: Krieg war gestern. Prozesse einer Neuausrichtung eines historisch etablierten Formats	1
1.1 Ausgangsbeobachtungen	1
1.2 Theoretischer Ansatz	5
<i>1.2.1 Städtepartnerschaften als kulturanthropologischer Forschungsgegenstand</i>	5
<i>1.2.1.1 Transnationale Zusammenhänge</i>	5
<i>1.2.1.2 Assemblagen</i>	7
<i>1.2.1.3 Assembling</i>	10
<i>1.2.1.4 Format</i>	13
<i>1.2.1.5 Begriff Städtepartnerschaften</i>	14
<i>1.2.2 Forschungsfragen</i>	14
1.3 Methodischer Ansatz	15
<i>1.3.1 Methodische Vorüberlegungen</i>	15
<i>1.3.2 Forschungsfeld und Feldkonstruktion</i>	18
<i>1.3.3 Methodische Herangehensweise und Forschungsbewegungen</i>	20
1.4 Aufbau der Arbeit	26
2. Forschungsstände: Stand der Forschungen zu Städtepartnerschaften und weitere hilfreiche Forschungsansätze	29
2.1 Stand der Forschungen zu Städtepartnerschaften	31
<i>2.1.1 Wissenschaftliche Arbeiten</i>	31
<i>2.1.2 Zwischenfazit und Positionierung des eigenen Ansatzes</i>	40
2.2 Weitere hilfreiche Forschungsansätze aus anderen Forschungsbereichen	42
<i>2.2.1 Aus der politikwissenschaftlichen Stadtpolitik- und geografischen Stadtentwicklungsforschung</i>	42
<i>2.2.2 Aus der Governance- und Gouvernementalitätsforschung verschiedener Disziplinen</i>	48
<i>2.2.3 Aus der kulturanthropologischen Europäisierungsforschung</i>	55
<i>2.2.4 Zwischenfazit und Positionierung des eigenen Ansatzes</i>	63

3. Entwicklungen: Städtepartnerschaften als genuin politisches Konstrukt und die Etablierung einer Leiterzählung	65
3.1 Ideen- und Entwicklungsgeschichte von Städtepartnerschaften	67
<i>3.1.1 Städtepartnerschaften als kommunalpolitische Friedensinitiative der Nachkriegszeit</i>	67
<i>3.1.2 Städtepartnerschaften als verbandspolitische Strategie in der Europabewegung</i>	68
<i>3.1.3 Neuere (verbands-)politisch forcierte Ausrichtungen von Städtepartnerschaften</i>	73
<i>3.1.4 Zwischenfazit</i>	78
3.2 Verflechtungen von Politik und Wissenschaft	80
<i>3.2.1 (Kommunal-)politisch fokussierte Datenerhebung und Dateninterpretation</i>	80
<i>3.2.2 Geteilte Begriffe und Definitionen</i>	82
<i>3.2.3 Teil- und parawissenschaftliche Studien</i>	84
<i>3.2.4 Wechselseitige Zitationen</i>	87
<i>3.2.5 Zwischenfazit</i>	87
3.3 Städtepartnerschaften im Fokus europäischer Organisationen	89
<i>3.3.1 Städtepartnerschaften als Mittel der politischen Einflussnahme des Europarats auf Kommunen</i>	89
<i>3.3.2 Städtepartnerschaften als bürgerschaftliches und kommunalpolitisches Governance-Instrument der Europäischen Kommission</i>	91
<i>3.3.3 Das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“</i>	96
<i>3.3.4 Zwischenfazit</i>	103
4. Länderbezüge: Ruhrgebiets-polnische und ruhrgebiets-türkische Städtepartnerschaften und nationale und internationale Zusammenhänge	105
4.1 Länderspezifika	106
<i>4.1.1 Ruhrgebiet: Zusammenführung, Strukturwandel, Aktivierung</i>	106
<i>4.1.2 Polen: Souveränität, Transformation, Anerkennung</i>	111
<i>4.1.3 Türkei: Stabilität, Neues versus Althergebrachtes, Einbeziehung</i>	114
<i>4.1.4 Zwischenfazit</i>	118
4.2 Länderbeziehungen	119
<i>4.2.1 Deutsch-ruhrgebiets-polnische Beziehungen: Historisch, gefördert, weitgehend normalisiert</i>	119
<i>4.2.2 Deutsch-ruhrgebiets-türkische Beziehungen: Gegenwartsbezogen, problematisch, asymmetrisch</i>	123
<i>4.2.3 Zwischenfazit</i>	127
4.3 Städtepartnerschaftliche Beziehungen	127
<i>4.3.1 Deutsch-polnische Städtepartnerschaften: Gefördert, politisiert,</i>	127

<i>institutionalisiert</i>	
4.3.2 Deutsch-türkische Städtepartnerschaften: Nicht gefördert, EU-europäisiert, wenig institutionalisiert	132
4.3.3 Zwischenfazit	134
5. Begründung – Völkerverständigung und europäische Integration revisited	136
5.1 Eine erste Ortsbestimmung von Städtepartnerschaften in den Kommunen	138
5.2 (Be-)Gründungsmotive und (Be-)Gründungsprozesse	139
5.2.1 Nationale Außen- und Symbolpolitik	139
5.2.1.1 „Der erste Schritt Richtung Osten“	139
5.2.1.2 „Für die Beziehung zwischen Deutschland und Polen“	141
5.2.1.3 Erststadt und Miasto	142
5.2.2 Kommunale Integrationspolitik	144
5.2.2.1 „Denn hier wohnen ja so viele Türken“	144
5.2.2.2 Zweitstadt und Şehir	147
5.2.3 Kommunale Integrations- und Governance-Partnerschaften	149
5.2.3.1 „Dass die interkulturelle Entwicklung der Stadt dadurch gefördert wird“	149
5.2.3.2 „Der Friedenssicherung, jetzt der inneren Sicherheit“	150
5.2.3.3 „Partnerschaftsarbeit, die fängt auch schon in diesem Fall hier im Ort an“	151
5.2.3.4 Eine eigene Vereinsgründung	155
5.2.3.5 „Wir haben eine Moderationenrolle eingenommen“	156
5.2.4 Kommunale Europapolitik und EU-europäische Arbeitsmarktpolitik	159
5.2.4.1 „Für dieses Zusammenwachsen in Europa“	159
5.2.4.2 „So viel wie möglich ausländische, internationale Kontakte zu bekommen“	161
5.2.4.3 „Hard projects“, „Soft projects“	163
5.2.4.4 Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei	166
5.3 Finanzierung	167
5.3.1 Externe Mitteleinwerbung	167
5.3.1.1 „Ohne europäische Fördermittel könnten wir das nicht machen“	167
5.3.1.2 „Man muss immer lange im Voraus planen“	169
5.3.1.3 „Man muss eben versuchen, das eher andersrum zu machen“	171
5.3.1.4 „Dass wir die ja wirklich an Europa ranholen“	172
5.4 Akteure	173
5.4.1 Vielfältige Mitwirkende aus der Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft	173
5.4.2 Leidenschaftlicher Einsatz	174
5.4.2.1 „Man muss ein Herz haben dafür“	174

5.4.2.2 „Eine sehr europäische, persönliche Einstellung“	176
5.4.2.3 „Eine Brücke zwischen den beiden Volksgruppen“	176
5.4.3 Biografische Projekte	177
5.4.3.1 „Ich habe vielleicht auch so nen Familienauftrag gekriegt“	177
5.4.3.2 „Die Deutschen sind für mich sehr wichtig“	179
5.5 Zwischenfazit	181
6. Austausch – Positionierung im globalen Standortwettbewerb	183
6.1 Geschenkübergaben	184
6.1.1 Beziehungspflege	184
6.1.1.1 „Nicht so westlich da rüberkommen“	184
6.1.2 Türöffner	185
6.1.2.1 Türkischer Honig	185
6.1.3 Statements	186
6.1.3.1 Der Stadt ihr Bestes zeigen	186
6.1.4 Komik	192
6.1.4.1 „Look what I got: It’s an umbrella“	192
6.2 Wissenstransfers	193
6.2.1 Gemeinsamkeitskonstruktionen	193
6.2.1.1 „Die passte eigentlich so von der Größe her“	193
6.2.1.2 „Dass da so gemeinsam ein bisschen Honig draus gesaugt werden soll“	196
6.2.1.3 „Man darf sich nicht zu stark duplizieren“	199
6.2.1.4 „Eine polnische Doktorandin“	200
6.2.2 Selbstdarstellungen	201
6.2.2.1 Demonstrativ	201
6.2.2.2 Wechselseitig	204
6.2.2.3 Ungleich	206
6.2.3 Vergleiche	209
6.2.3.1 „Dass zum Beispiel Ankara in der Behindertenarbeit meilenweit voran ist“	209
6.2.3.2 „Also, wir können ne ganze Menge lernen“	211
6.2.3.3 „Das hat auch so mit meiner Stellung auf der Welt was zu tun“	216
6.2.4 Erfolgreiche Wissenstransfers und Grenzen	218
6.2.4.1 „Guck’ dir die Bordsteinkante an“	218
6.2.4.2 „Concept of Europe, we have to understand it very well“	220
6.2.4.3 „Es ist ein ständiges Geben und Nehmen“	222
6.3 Zwischenfazit	223

7. Begegnung – Ausgleich ökonomischer und politischer Unterschiede und Mobilität	226
7.1 Begegnungsrahmen	227
<i>7.1.1 Ein ehrenamtliches Frauenaustauschprojekt</i>	227
<i>7.1.2 Drei pädagogisch-künstlerische „TWINS2010“-Projekte</i>	228
7.2 Teilnahmebeweggründe	230
7.2.1 Lebensbereicherung	230
<i>7.2.1.1 „Blind date with Europe“</i>	230
<i>7.2.1.2 „Das ist mein Land“</i>	231
<i>7.2.1.3 „Bescheinigung“</i>	233
<i>7.2.1.4 „Shopping“</i>	233
<i>7.2.1.5 „Opportunity“</i>	234
7.2.2 Alternatives Reisen	235
<i>7.2.2.1 „Aber nicht so als Tourist“</i>	235
7.3 Besuche	236
7.3.1 Rundumerlebnis	236
<i>7.3.1.1 „Voller Eindrücke, voller Erlebnisse, sehr beeindruckt“</i>	236
7.3.2 Tourismus	241
<i>7.3.2.1 Wie im Urlaub</i>	241
7.3.3 Kompensieren	247
<i>7.3.3.1 „Jetzt habe ich Ferien“</i>	247
<i>7.3.3.2 „They want to see what is available somewhere else“</i>	248
<i>7.3.3.3 „Da bringe ich immer etwas mit“</i>	249
7.3.4 Überwinden	250
<i>7.3.4.1 „Sie hätten kein Visum bekommen. Punkt“</i>	250
<i>7.3.4.2 „Manchmal müssen sie gleich alles machen, wenn sie schon mal in Europa sind“</i>	252
7.3.5 Zuordnen	254
<i>7.3.5.1 „One from each country“</i>	254
<i>7.3.5.2 Sprachrohr der Region</i>	256
<i>7.3.5.3 Lieblingsmusik</i>	257
<i>7.3.5.4 „Die meisten mailen nahezu jeden Tag mit ihren neuen Freunden“</i>	258
<i>7.3.5.5 Danach ging es weiter zum nächsten Programmpunkt</i>	259
7.4 Zwischenfazit	260
8. Fazit: Formatwandel, Folgen, euro-globale Assemblagen und die (Un-)Möglichkeit einer Neuausrichtung eines historisch etablierten Formats	263

9. Nachwort	279
10. Literaturverzeichnis	281
11. Abkürzungsverzeichnis	315

1. Einleitung: Krieg war gestern. Prozesse einer Neuausrichtung eines historisch etablierten Formats

1.1 Ausgangsbeobachtungen

„Dortmunds Städtepartnerschaften auf dem Prüfstand.“ (Ring 2013) So lautete die Überschrift eines Artikels, den ein Journalist am 8.1.2013 auf dem gemeinsamen Onlineportal der westdeutschen Zeitungen „DerWesten“ veröffentlichte. In dem längeren Beitrag wurde einer der Bürgermeister der nordrhein-westfälischen Großstadt zitiert, der deren Städtepartnerschaften in ihrer herkömmlichen Ausprägung wenig Zukunftspotenzial bescheinigte. Diese Form der grenzübergreifenden Zusammenarbeit habe, so seine Meinung, „den Schwung verloren“ (ebd.), und es sei notwendig, neuartige Richtungen einzuschlagen. Die in der Nachkriegszeit geprägte städtepartnerschaftliche Grundidee von Versöhnung und Annäherung in Europa sei inzwischen nebensächlich geworden, und für Fahrten in weiter entfernte Partnerstädte fehle es auch an „Geld und gutem Willen“ (ebd.). Aus diesem Grund, so argumentierte der Bürgermeister weiter, seien themenbezogene „Projektpartnerschaften“ (ebd.) über die altbekannten Städtepartnerschaften hinaus empfehlenswert. So tauschte sich Dortmund beispielsweise mit Vertreterinnen und Vertretern zweier türkischer Kommunen über Bildungs- und Integrationsfragen aus – Themen, die beide Städte bewegten und weiterführten. Auch Schulpartnerschaften könnten anders, nämlich längerfristiger, angelegt werden. „Die Kontakte sind doch da, wir müssen sie nur nutzen.“ (Ebd.)

Ähnlich, wie in diesem Artikel beschrieben, lassen sich auch bei weiteren deutschen und anderen politischen Akteuren¹ seit etwa den 1990er-Jahren Anregungen für eine veränderte Ausrichtung von Städtepartnerschaften finden, wie auch der österreichische Geograf Bernhard Köhle feststellt (vgl. Köhle 2005: 5). So proklamiert beispielsweise

¹ Ich verwende in dieser Arbeit einen breiten Akteursbegriff, der neben Menschen auch Gegenständen eine Gestaltungsfähigkeit zuspricht und sie damit auch als Akteure begreift. Dieses Akteursverständnis ist den Überlegungen des US-amerikanischen Philosophen Theodore Schatzki zur Rolle von Materialität in sozialen Zusammenhängen entnommen (vgl. Schatzki 2010: insb. 134).

der europaweite kommunale² Dach- und Interessensverband Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)^{3, 4} auf seiner Website „Twinning.org“, „kommunale Partnerschaften“ (CCRE/CEMR Online 2017b) verfügten über „viele Beispiele guter Praxis – sei es zu Kunst und Kultur, jungen Menschen, Bürgerschaft, nachhaltiger Entwicklung, öffentlicher Daseinsvorsorge, lokaler Wirtschaftsentwicklung, sozialer Integration, Solidarität oder zu anderen Bereichen“ (ebd.). Zusätzlich heißt es dort, wegen der langfristigen Anlage von Städtepartnerschaften „muss sichergestellt werden, dass die Partnerschaft regelmäßig überprüft wird, damit sie den aktuellen Bedürfnissen angepasst wird und frisch und dynamisch bleibt“ (ebd.). Weiter unterstützt auch die Europäische Kommission mit ihrem Förderprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger (EfBB)“ seit dem Jahr 2007 nicht nur „Bürgerbegegnungen im Rahmen von Städtepartnerschaften“ (Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur 2007: 32), sondern auch die „Bildung thematischer Netzwerke zwischen Partnerstädten“ (ebd.).⁵ Und auch das Management der ehemaligen deutschen Kulturhauptstadt Europas „RUHR.2010“, das mit dem Großprojekt „TWINS2010“ Städtepartnerschaften zu einem der künstlerischen Programmschwerpunkte machte, erklärte sie als „die europäische Dimension unserer Bewerbung“ (Bewerbungsbüro Kulturhauptstadt Europas 2010 2006: 11), als „Kreativ-Pool“ (ebd.) und als „ein gelebtes Zeichen von Weltoffenheit einer Gemeinde“ (ebd. 2003: 27), um ein weiteres regionales Beispiel anzufügen.

Aussagen wie diese haben mich neugierig gemacht. Städtepartnerschaften sind in erster Linie ein kommunales Konstrukt der Nachkriegszeit, wie es auch der Historiker Ingo Bautz formuliert (vgl. Bautz 2002: 37). Sie sind von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern und engagierten Persönlichkeiten nach Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst zwischen deutschen Städten und Gemeinden und denen ehemaliger

² Die übergeordnete Bezeichnung für Gemeinde-, Stadt- und Landkreisverwaltung(en) ist, den Politikwissenschaftlern Jörg Bogumil und Lars Holtkamp folgend, der Begriff „Kommune(n)“ (vgl. Bogumil/Holtkamp 2006: 9). In dieser Arbeit wird der Begriff „Kommune“ oder das Adjektiv „kommunal“ nur verwendet, wenn sich das so Genannte ausschließlich auf die Stadtverwaltung(en) bezieht. Wenn damit auch Bürgerinnen und Bürger oder andere städtische Akteure und Einrichtungen gemeint sind, werden die umfassenderen Bezeichnungen „Stadt/städtisch“ bevorzugt. Die Begriffe „Gemeinde/gemeindlich“ verwende ich nur, wenn damit ein wesentlich kleinerer Siedlungszusammenhang gemeint ist.

³ Auf den RGRE und seine historisch und länderspezifisch verschiedenen Bezeichnungen wird im 3. Kapitel noch genauer eingegangen. Ich verwende im Laufe dieser Arbeit die deutsche Bezeichnung.

⁴ Eigennamen von Verbänden und Organisationen werden in dieser Arbeit nicht in Anführungszeichen gesetzt, Programmtitel schon.

⁵ Im Zeitraum der Erstellung dieser Arbeit hat sich das Programm mehrfach verändert und zugespitzt. Einen Überblick über die Programmentwicklung gibt das 3. Kapitel.

Kriegsgegner Deutschlands für prinzipiell unbestimmte Zeit geschlossen worden und werden seitdem mit Prinzipien wie „Völkerverständigung“⁶ und „europäische Einigung“⁷ oder Aktivitäten wie den wechselseitigen Besuchen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Austauschmaßnahmen assoziiert. Auch ich habe vor vielen Jahren an einem deutsch-französischen Schulaustausch im Rahmen einer Städtepartnerschaft teilgenommen, und die genannten Attribute prägten bis zum Beginn dieser Arbeit weitgehend auch meine Vorstellung. So bekannt, vertraut und selbstverständlich Städtepartnerschaften einem aus dem eigenen deutschen Alltag auch sein mögen, sie scheinen aus Sicht von (Kommunal-)Politikerinnen und (Kommunal-)Politikern nicht mehr so recht in die aktuelle Zeit zu passen und derzeit Veränderungen zu unterliegen. Diese werden, wie zuvor angedeutet, von sehr unterschiedlichen politischen Akteuren (Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, europäischen Kommunalverbänden, der Europäischen Kommission, hier auch Kulturmanagerinnen und Kulturmanagern), die man nicht alle unmittelbar mit Städtepartnerschaften in Verbindung bringen würde, gefordert und gefördert. Entsprechende Anstrengungen spielen zudem, wie in den oben aufgeführten Zitaten angedeutet, auf derzeitige kommunale Herausforderungen an, ebenso auf neuere kooperative Formen staatsgrenzenübergreifender kommunaler Zusammenarbeit und weitergehende (politisch vorangetriebene) sozioökonomische Veränderungsprozesse wie Stadtentwicklung, EU-Europäisierung und Standortmarketing. Begleitend dazu wird Städtepartnerschaften derzeit, zumindest in Deutschland, wie auch in dem einleitenden Dortmunder Beispiel, häufig eine „Krise“ attestiert. Immer wieder ist beispielsweise in deutschen Tages- oder Lokalzeitungen zu lesen, Städtepartnerschaften seien „eingeschlafen“ (Grass 2012) oder benötigten „neue Impulse“ (Rebein 2012), um ihr Fortbestehen zu sichern. Auch in der deutschsprachigen wissenschaftlichen Literatur zu Städtepartnerschaften lassen sich solche „Impulsansätze“ finden, etwa bei Ingo Bautz, dem Politikwissenschaftler und

⁶ Das Prinzip „Völkerverständigung“ wird im 5. Kapitel noch vertiefend behandelt.

⁷ Wie im 3. Kapitel noch ausführlicher gezeigt wird, haben Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Verbindung mit Städtepartnerschaften bereits früh eine Vorstellung einer europäischen Einigung gepflegt. Da diese aber nicht unbedingt als deckungsgleich mit dem Prozess angesehen werden kann, der letztendlich in die Gründung der Europäischen Union (EU) mündete, und auch immer noch durchaus konkurrierende Ansichten unter Städtepartnerschaftsakteuren bestehen, wird in dieser Arbeit zur Verdeutlichung entsprechender Differenzen zwischen „einem europäischen Einigungsprozess“ und „dem EU-europäischen Einigungsprozess“ unterschieden. In ähnlicher Art und Weise wird weiter zwischen „europäisch“ und „EU-europäisch“ differenziert. Sowohl Europa als auch die EU stellen aus kulturanthropologischer Perspektive ein soziokulturelles Konstrukt dar. Letztere Bezeichnung wird nur gebraucht, wenn sich das damit Bezeichnete unmissverständlich auf die Europäische Union bezieht. Den Ausdruck „EU-europäisch“ lehne ich an die Formulierung „EU-Europa“ (Welz 2005: 19) der Kulturanthropologin Gisela Welz an.

Kulturmanager Emanuel Richter und anderen oder dem Politikwissenschaftler Kai Pfundheller (vgl. Bautz 2002: 46; Gerhard/Heipcke/Richter 1994; Pfundheller 2012; ebd. 2014).

Diese Veränderungen eines nicht nur in Deutschland historisch und normativ stark aufgeladenen Phänomens und die damit verbundene Gemengelage aus vielfältigen Akteuren, Diskursen, Bezügen und rhetorischen Rahmungen haben mich ebenso irritiert wie interessiert und dazu bewogen, den gegenwärtigen Wandel des Nachkriegsformats⁸ Städtepartnerschaften als Thema aufzugreifen. All dies macht Städtepartnerschaften zu einem interessanten Forschungsgegenstand für die Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie. Hier können auf empirisch-ethnografischer Grundlage Akteure, Prozesse und Möglichkeiten der Veränderung eines etablierten Formats und weitergehende Fragen von Stadtentwicklung, Europäisierung und Globalisierung aus der Sicht von Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern erörtert werden. Damit kann auch das „gelebte“ kommunale, zivilgesellschaftliche und bürgerschaftliche Europa näher bestimmt werden.⁹ Konkret geht es mir darum, am Beispiel von deutsch-polnischen und deutsch-türkischen Städtepartnerschaften des Ruhrgebiets nachzuzeichnen, wie sich der gegenwärtige Wandel von Städtepartnerschaften vollzieht und welche Folgen er hat. Ich vertrete damit trotz gewisser Überschneidungen einen grundsätzlich anderen Ansatz als Forschende, die eine derzeitige Neuausrichtung von Städtepartnerschaften als gegebene beziehungsweise funktionierende „Tatsache“ ansehen, wie der britische Humangeograf Nick Clarke oder die Geografin Julia Grosspietsch (vgl. Clarke 2009: insb. 497; ebd. 2011: insb. 117; Grosspietsch 2009: insb. 1291) oder diese sogar forcieren, wie Kai Pfundheller (vgl. Pfundheller 2012; ebd. 2014: insb. 209ff.) oder die in erster Linie europäischen Ausrichtungen von Städtepartnerschaften folgen, zum Beispiel der Soziologe Andreas Langenohl (vgl. Langenohl 2010; ebd. 2015). Auch gehe ich nicht davon aus, dass Städtepartnerschaften ohne Weiteres abgeschafft oder ersetzt werden, wie beispielsweise Ingo Bautz oder die Politik- und Verwaltungswissenschaftlerin Kristine Kern (vgl. Bautz 2002: 46; Kern

⁸ Auf den Formatbegriff werde ich weiter unten noch näher eingehen.

⁹ Anknüpfend an die Verwendung der Begriffe Kommune und kommunal verwende ich in dieser Arbeit auch die Begriffe „Zivilgesellschaft/zivilgesellschaftlich“ und „Bürgerschaft/bürgerschaftlich“ nur zur genaueren Unterscheidung. Mit „Zivilgesellschaft/zivilgesellschaftlich“ meine ich eine etwas weiter institutionalisierte soziale Gruppe, z.B. einen Verein, mit „Bürgerschaft/bürgerschaftlich“ losere soziale Bezüge und Bürgerinnen und Bürger. Mir ist bewusst, dass der Begriff Bürgerschaft eine enge Verbindung zu Stadt und auch zu Staatsbürgerschaft aufweist (und entsprechend Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner oder Personen ohne feste Staatsbürgerschaft im Grunde genommen ausschließt. Diese kamen jedoch auch tatsächlich in meinen Beobachtungen kaum vor).

2001: insb. 106). In meinem Ansatz wird vielmehr danach gefragt, wie dieser gegenwärtige Wandel gemacht wird und wie ein historisch und normativ stark aufgeladenes Konstrukt von verschiedenen Akteuren in der Gegenwart verhandelt wird. Mir geht es dabei um die kulturelle Spezifik von Städtepartnerschaften, den Wandelsprozess, die Praktiken des Wandels und auch dessen Folgen. Denn aufgrund ihrer besonderen Historie gehe ich nicht davon aus, dass sich Städtepartnerschaften – zumindest solche mit deutscher Beteiligung – einfach beenden, völlig „neutral“ behandeln und beliebig neu aufstellen lassen. Vielmehr scheinen sie, wie auch die Eingangszitate vermuten lassen, erhalten und umgewandelt zu werden. Auch deshalb spreche ich hier vom Wandel eines Nachkriegsformats und einem Prozess, wobei Politikerinnen und Politiker nicht die einzigen Akteure dieses gegenwärtigen Wandels sind. Es ist mir also auch ein Anliegen, allzu selbstverständlichen, enthistorisierenden, kommunal fokussierten, europazentrierten und instrumentellen Annahmen von Städtepartnerschaften eine empirisch-ethnografisch informierte vielfältige Sichtweise gegenüberzustellen – auch aus anderen Ländern – und damit die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Städtepartnerschaften weiter anzuregen. Meine Überlegungen gelten dabei vor allen Dingen Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung und kleineren Großstädten. Meine Perspektive ist sicherlich auch deutsch geprägt. Meine Beobachtungen beziehen sich hauptsächlich auf Forschungsdaten, die ich in den Jahren von 2007 bis 2012 gesammelt habe.

1.2 Theoretischer Ansatz

1.2.1 Städtepartnerschaften als kulturanthropologischer Forschungsgegenstand

1.2.1.1 Transnationale Zusammenhänge

Wie lässt sich der gegenwärtige Wandel von Städtepartnerschaften theoretisch näher bestimmen? Die oben aufgeführten Beobachtungen machen deutlich, dass Städtepartnerschaften nicht als ein überkommener, isolierter oder örtlich begrenzbarer Gegenstand zu begreifen sind. Sie finden immer noch Beachtung, wie auch Nick Clarke verdeutlicht (vgl. Clarke 2011: 118). Sie werden von verschiedenen Akteuren aus unterschiedlichen politischen Bereichen ausgestaltet (zivilgesellschaftliche Akteure und Bürgerinnen und Bürger sind hier noch nicht einmal erwähnt), die diese diskursiv noch dazu mit historischen, kommunalen, EU-europäischen und globalen Entwicklungen verbinden. Obwohl sie – den Rechts- und Politikwissenschaftlern Dieter Blumenwitz,

Ernst Georg Mayer und Johann Wolfgang Wimmer folgend – eine freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe von Kommunen darstellen (vgl. Blumenwitz 1980: 26; Mayer 1986: 33; Wimmer 1989: 87), sind sie in Deutschland im Zusammenhang mit zahlreichen derzeitigen kommunalen Anforderungen zu sehen, wie sie beispielsweise die Politikwissenschaftler Jörg Bogumil und Lars Holtkamp oder die Politikwissenschaftlerin Claudia Münch benennen (vgl. Bogumil/Holtkamp 2006; Münch 2006b). Dies trifft auch insofern zu, als deutsche Kommunen im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten nicht nur selbst darüber entscheiden können, sondern auch darüber entscheiden müssen, ob und wie sie sich angesichts einer Vielzahl von Pflichtaufgaben seitens der Länder, des Bundes und der Europäischen Union derzeit überhaupt Städtepartnerschaften „leisten“ und sich ihnen zuwenden können. Dies betrifft die finanziell sehr schlecht aufgestellten Kommunen des Ruhrgebiets, wie bei Jörg Bogumil, Lars Holtkamp und anderen nachzulesen (vgl. Bogumil/Heinze/Lehner/Strohmeier 2012; Bogumil/Holtkamp 2006), im Besonderen. Es ist davon auszugehen, dass Städtepartnerschaften als Teil der – nach dem Politikwissenschaftler und Historiker Klaus Ziemer und der Historikerin Claudia-Yvette Matthes – ebenfalls selbstbestimmten polnischen Kommunen (vgl. Ziemer/Matthes 2010: 266) und der, dem Juristen Christian Rumpf und dem Islamwissenschaftler Udo Steinbach folgend, nur teilweise selbstbestimmten und von staatlicher¹⁰ Finanzierung abhängigen türkischen Kommunen (vgl. Rumpf/Steinbach 2010: 1069ff.; 1089f.) derzeit auch von übergreifenden Entwicklungen nicht unberührt bleiben. Städtepartnerschaften stehen derzeit also in Verbindung mit verschiedenen stadt- und staatsgrenzenübergreifend agierenden Akteuren und Entwicklungen, und diese sind folglich ebenso Bestandteile von ihnen. Städtepartnerschaften müssen derzeit somit als in sozialer und geografischer Hinsicht vielseitig bestimmte, dynamische translokale und transnationale Zusammenhänge verstanden werden. Sie fallen damit unter ein transnationales und relationales Kulturverständnis, wie es beispielsweise der schwedische Sozialanthropologe Ulf Hannerz in den 1990er-Jahren in die kulturalanthropologische Debatte eingebracht hat (vgl. Hannerz 1995: 66ff.).¹¹ Um mich Städtepartnerschaften in

¹⁰ Mit der Bezeichnung „Staat“ bzw. „staatlich“ meine ich in dieser Arbeit stets die Staatsregierungen.

¹¹ Mit dem transnationalen Kulturbegriff reagierten Kulturalanthropologinnen und Kulturalanthropologen auf Effekte von politischen und ökonomischen Globalisierungsprozessen, als diese in zunehmendem Maße auch den Alltag von Menschen zu verändern begannen. Angesichts weltweiter Telekommunikationsmöglichkeiten, Transportmittel, Migrationsbewegungen u.ä. hätten sich klassische Vorstellungen von Kultur als eine territorial und sozial gebundene homogene Einheit nicht länger halten lassen, wie Welz zusammenfasst (vgl. Welz 2004: 5f.). Die Bezeichnung „transnational“ bzw. „Transnationalisierung“ meint hier also im Unterschied zu anderen wissenschaftlichen Disziplinen eine

ihrer derzeitigen Verfasstheit und ihrem gegenwärtigen Wandel weiter zu nähern, ziehe ich folgende theoretischen Ansätze heran: Assemblagen, *assembling*, Format, die ich in den kommenden Abschnitten näher erläutern werde.

1.2.1.2 Assemblagen

Die Eingangszitate zeigen auch, dass in Städtepartnerschaften derzeit nicht nur sehr verschiedene Akteure und Entwicklungen aufeinandertreffen, sondern sich auch Veränderungen abzeichnen. Vertreterinnen und Vertreter der kulturanthropologischen Transnationalisierungsforschung haben für entsprechend vielfältige, sich aus verschiedenen „Akteuren, Institutionen, Diskursen und Gegenständen“ (Hess/Schwertl 2013a: 29) zusammensetzende, noch relativ lose und unbestimmte sozial-materielle Zusammenhänge statt eines Kulturbegriffs das ursprünglich aus der Bildenden Kunst stammende und von dort in die französische Philosophie beziehungsweise die Sozialwissenschaften überführte Konzept der „Assemblage“ eingebracht.¹²

Innerhalb der Kultur- und Sozialanthropologie herrscht über eine Grundvorstellung von Vielfalt und Ungewissheit entsprechender Zusammenhänge hinaus keineswegs ein einheitliches Verständnis davon, was unter einer Assemblage genau begriffen oder wie sie genau definiert werden kann. Die Überlegungen unterscheiden sich sowohl hinsichtlich des Charakters ihres Zustandekommens als auch hinsichtlich der Beständigkeit ihrer Ausprägung. Auch darüber, ob es sich dabei um (k)eine Beschreibungskategorie, ein Hilfskonzept oder gar doch eine Sozialtheorie handelt, besteht keine Übereinstimmung. Das Spektrum der Assemblage-Rezeption bewegt sich

Beschaffenheit von Kultur(en) und ist kein Begriff für politische Akteure. Ich folge hier nicht Ulf Hannerz' semiotischem Kulturverständnis, teile aber seine Grundidee, dass Kultur(en) angesichts dessen im Plural begriffen werden muss und ebenso mobil, ortsübergreifend wie veränderlich ist bzw. sind (vgl. Hannerz 1995: 66ff.). Während frühe Vertreterinnen und Vertreter eines transnationalen Kulturbegriffs noch die Ansicht einer weitgehenden Emanzipation von Kulturen und Nationalstaaten vertraten, wie etwa der US-amerikanisch-indische Anthropologe Arjun Appadurai (vgl. Appadurai 1991; ebd. 1996), mahnten spätere Autorinnen und Autoren wieder eine Wirksamkeit und Berücksichtigung nationalstaatlicher Kräfte an, ebenso wie eine Schärfung des Transnationalisierungsbegriffs im Hinblick auf das damit verbundene Veränderungspotenzial, wie die US-amerikanische Anthropologin Aihwa Ong (vgl. Ong 1999: 4). Wegen seiner begrifflichen Festschreibung des Nationalstaatenprinzips und einer teilweise inflationären Verwendung ist das Konzept nicht ohne Kritik geblieben. Die wesentlichen Kritikpunkte im Umgang mit diesem und anderen „Trans-Begriffen“ haben beispielsweise der Soziologe Ludger Pries (vgl. Pries 2010) oder der österreichische Humangeograf Peter Weichhart (vgl. Weichhart 2010) zusammengestellt.

¹² Kulturanthropologinnen und Kulturanthropologen sind auch nicht die einzigen, die mit einem Assemblage-Konzept arbeiten. Der Lektürekurs von Aihwa Ong zeigt weitere Verwendungsdisziplinen und -bereiche etwa in den Science und Technology Studies oder den Internationalen Beziehungen auf (vgl. Anthropology Department UC Berkeley Online 2017). Auch die humangeografische und sozialwissenschaftliche Stadtforschung hat das Konzept aufgegriffen und angewendet. Darauf werde ich im folgenden Abschnitt noch weiter eingehen.

im Fach also zwischen einem Deskriptionsmittel, einem flüchtigen Konstellationsverständnis und einer heterogenen, interaktiven und kontingenten Wesensvorstellung des Sozialen. Diese unterschiedlichen Pole werden am prägnantesten durch die US-amerikanische Soziologin Saskia Sassen (vgl. Sassen 2006), den französischen Philosophen Gilles Deleuze und Félix Guattari (vgl. Deleuze/Guattari 1987) und den mexikanischen Philosophen Manuel DeLanda (vgl. DeLanda 2006) repräsentiert. Ich gehe in dieser Arbeit nicht weiter auf die Gesamtdebatte ein, werde das hier verwendete Assemblage-Verständnis aber noch weiter präzisieren.

Der US-amerikanischen Anthropologin Aihwa Ong und ihrem Kollegen Stephen Collier zufolge, die das Assemblage-Konzept wesentlich für kulturanthropologische Überlegungen fruchtbar gemacht haben und denen ich mich hier zunächst anschließen möchte, sind Assemblagen „ensembles of heterogeneous elements“ (Collier/Ong 2005: 4f.). Sie meinen damit, wenn auch etwas allgemein formuliert, sich multipel und über viele geografische Orte hinweg „interagierend“ ausbildende Verknüpfungen verschiedener Bestandteile und Bereiche, durch die bestehende soziale Ordnungen herausgefordert werden können: “An assemblage is the product of multiple determinations that are not reducible to a single logic. The temporality of an assemblage is emergent. It does not always involve new forms, but forms that are shifting, in formation, or at stake.” (Ebd.: 12) Assemblagen sind nach dieser Auffassung sich immer wieder anders zusammensetzende, sich neu ausprägende Gefüge, was Veränderungen impliziert. Der US-amerikanische Anthropologe Paul Rabinow, der ebenfalls mit dem Assemblage-Konzept arbeitet, betont die Heterogenität, die Unbeständigkeit entsprechender Zusammenhänge und deren Veränderungspotenzial noch etwas deutlicher: Es seien, auch in Abgrenzung zu konkurrierenden, systematischen Überlegungen des französischen Philosophen Michel Foucault, sich erst einmal nur kurzzeitig manifestierende, in ihrer weiteren Entwicklung noch sehr offene „sich ereignende Formen“ (Rees/Caduff 2004: 25), wie es Rabinows Schüler, der in Kanada lehrende Anthropologe Tobias Rees und der an der Universität von Kalifornien in Berkeley promovierte Anthropologe Carlo Caduff formulieren:

„Im Gegensatz zur genealogischen Methode bzw. zum Dispositiv [von Foucault] bezeichnen sie das Vorübergehende, das noch nicht in abgeschlossener Form Bestehende. Ihr herausragendes Merkmal ist daher, dass sie sich permanent neu fügen und Neues generieren. Entweder verdichten sie sich zu einer festen Form, einem Dispositiv, oder verschwinden wieder.“ (Ebd.: 25)

In der deutschsprachigen Kulturanthropologie und Europäischen Ethnologie haben die Europäische Ethnologin und Islamwissenschaftlerin Alexa Färber das Assemblage-Konzept für die (interdisziplinäre) Stadtforschung (vgl. Färber 2014) und die Kulturanthropologin Asta Vonderau zusammen mit dem Europäischen Ethnologen Jens Adam es für die Politikforschung (vgl. Adam/Vonderau 2014) fruchtbar gemacht. Die Autorinnen und Autoren teilen in unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen die Ansicht, dass damit bisher nicht oder zu wenig wahrgenommene Akteure, (menschlich-dingliche) Zusammenhänge und Wechselbeziehungen aufgedeckt, Kräfteverhältnisse kritisch hinterfragt und wertvolle Anknüpfungspunkte zur ethnografischen Erforschung komplexer¹³ aktueller Phänomene geboten werden könnten.

Das Assemblage-Konzept erweitert also den Blick auf die Heterogenität, Verwobenheit, Prozesshaftigkeit, Veränderlichkeit und Produktivität sich ausbildender aktueller Phänomene. Dies macht es für eine Betrachtung des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften sowohl in deskriptiver als auch analytischer Hinsicht besonders wertvoll. Mit dem Assemblage-Konzept vor allem in der präzisierten¹⁴ und weiter theoretisierten Verwendung von Paul Rabinow können Akteure, Diskurse, Bezüge, die gerade – zumindest vorübergehend – in Städtepartnerschaften zusammenkommen, „zusammenwirkend“ erfasst und näher spezifiziert werden. Auch kann damit – mit entsprechend zeitlich beschränkter Gültigkeit – auf dadurch hervorgerufene Veränderungen und Neuerungen geschlossen werden. Darüber hinaus können Städtepartnerschaften in ihrer augenblicklichen Unbestimmtheit auch selbst als Assemblagen begriffen werden.

In Anlehnung an eine mit dem Assemblage-Konzept verbundene eine weitere Emergenz berücksichtigende Überlegung von Paul Rabinow, der „Anthropology of the Contemporary“ (Rabinow/Marcus/Faubion/Rees 2008: 55)¹⁵, werde ich deshalb im

¹³ Die Europäische Ethnologin Michi Knecht weist darauf hin, dass Komplexität nicht einfach eine Umschreibung sei, sondern ein theoretisch unterfüttertes Konzept, das die Herausbildung von Neuerungen betone (vgl. Knecht 2013: 83ff.).

¹⁴ Auch der US-amerikanische Anthropologe George Marcus und der türkische Soziologe und Anthropologe Erkan Saka mahnen an, dass der Begriff seine analytische Kraft durch eine Präzision schärfe und daher unbedingt einzuengen und weiter zu theoretisieren sei (vgl. Marcus/Saka 2006: 106).

¹⁵ In einem Zwiegespräch mit George Marcus erläutert Paul Rabinow genauer, was er darunter versteht und welche Schlüsse er daraus für emergente Phänomene und entsprechende Forschungsbeiträge zieht (vgl. Rabinow/Marcus/Faubion/Rees 2008: insb. 57). Rabinow schließt mit dem Konzept Geschichte keinesfalls aus, für ihn ist sie auch Teil des Gegenwärtigen. Er relativiert nur den Grad, mit dem sie gegenwärtige Phänomene mitbestimmt, bzw. schließt Entwicklungsoffenheit mit ein (vgl. ebd.: 56). Meine folgende Anwendung schließt eng an seine Überlegungen zu einer „Anthropologie des

Folgenden auch von „gegenwärtigen“¹⁶ Städtepartnerschaften sprechen. Damit möchte ich sowohl den spezifischen historischen Moment ihrer sich derzeit ausbildenden Form(en) als auch ihre Veränderlichkeit sowie (m)einen eigenen Beitrag zu ihrer entsprechenden Feststellung betonen. Zur näheren Analyse einzelner Bestandteile, Veränderungen und Neuerungen von gegenwärtigen Städtepartnerschaften werde ich, ganz im Sinne der erweiterten Perspektive des Assemblage-Konzepts, im Laufe der Arbeit partiell auch noch weitere hilfreiche und passende Forschungsansätze aus der politikwissenschaftlichen Stadtpolitik- und geografischen Stadtentwicklungsforschung, der Governance- und Gouvernementalitätsforschung verschiedener Disziplinen und der kulturanthropologischen Europäisierungsforschung hinzunehmen. Diese werden im nächsten Kapitel noch eingehender vorgestellt.

1.2.1.3 *Assembling*

Die eingangs aufgeführten Beobachtungen machen jedoch auch deutlich, dass es vor allen Dingen politische Akteure sind, die derzeit Veränderungen von Städtepartnerschaften anstoßen und sie mit bestimmten Entwicklungen und Diskursen in Verbindung bringen beziehungsweise diese in Städtepartnerschaften (überhaupt erst) einbringen. Durch deren Beitrag werden diese erst wirksam, sichtbar und präsent. Um auch dieser aktiven Produktivität in Assemblagen gerecht zu werden, haben britische Geografen ein weiteres hilfreiches, wenn auch weniger analytisches und theoretisiertes Assemblage-Konzept beziehungsweise einen Assemblage-Ansatz entwickelt, der entsprechende Verknüpfungsleistungen thematisiert. So formuliert etwa der britische Geograf Colin McFarlane:

“In particular, unlike network, assemblage does more than emphasise a set of connections between sites in that it draws attention to history, labour, materiality and performance. Assemblage points to reassembling and disassembling, to dispersion and transformation, processes often overlooked in network accounts.” (McFarlane 2009: 566)¹⁷

Zeitgenössischen“ an; ich stelle hier jedoch das Assemblage-Konzept bzw. den noch vorzustellenden *assembling*-Ansatz in den Vordergrund.

¹⁶ Mit der Verwendung der Bezeichnung „gegenwärtig“ möchte ich mich auch von dem Ausdruck „contemporary“ (Grosspietsch 2009: 1289), den Julia Grosspietsch für derzeitige Städtepartnerschaften verwendet, abgrenzen. Grosspietsch verbindet damit kein theoretisches Konzept, sondern verwendet diese Wortwahl nur feststellend.

¹⁷ Ähnlich „produktiv“ macht auch der chilenische, an einer Münchner Universität lehrende Soziologe Ignacio Fariás das Assemblage-Konzept für die sozialwissenschaftliche Stadtforschung fruchtbar (vgl. Fariás 2011: 370).

Dessen Kolleginnen und Kollegen, der schottische, in Kanada lehrende Geograf Eugene McCann, die indische Stadt- und Raumplanerin Ananya Roy und der britische Geograf Kevin Ward wenden McFarlanes Überlegungen – zusätzlich noch im Rückgriff auf die Arbeit von zwei weiteren Kollegen – dahingehend an, „to describe the practices of actors who assemble policies from closeby and elsewhere” (McCann/Roy/Ward 2013: 583). Es ist vor allen Dingen ein solches „assembling“ (ebd.: 581), in dieser Arbeit jedoch verstanden als die unbewusste und bewusste neuartige Mitgestaltung und Ausbildung von Assemblagen beziehungsweise Städtepartnerschaften durch spezifische Akteure. Es ist die Frage, welche neuerlichen Entwicklungen und Diskurse sie gegenwärtig in Städtepartnerschaften *hineinbringen*, und die Frage, wie sie Städtepartnerschaften oder einzelne Elemente davon mit übergreifenden Entwicklungen und Prozessen *verknüpfen* und wie sie diese dabei *verändern*. Auch sind es entsprechende Folgen, die mich im Rahmen dieser Arbeit besonders interessieren und womit ich den gegenwärtigen Wandel von Städtepartnerschaften – bei aller Sensibilität für dessen Temporalität – fassen kann und analysieren möchte.

Der *assembling*-Ansatz, mit dem ich hier in erster Linie arbeiten werde, erweitert das Assemblage-Konzept. Er hilft dabei, stärker auf das Akteurshandeln und das sowohl implizite als auch strategische Assemblage-Machen zu fokussieren. Mit diesem Forschungsansatz kann nicht nur ein neuer Zustand oder ein zeitweiliges Zwischenergebnis von Städtepartnerschaften festgestellt werden, sondern auch nachvollzogen, wie es hergestellt wird. Dieser Ansatz verschiebt den Fokus *vom momentanen Zustand* auf das *momentane Zustandekommen*. Er ermöglicht, prozessual und ergebnisoffen Wandelsprozesse und (unbewusste, bewusste und miteinander konkurrierende) Gestaltungsvarianten unterschiedlicher (hier vor allem sozialer) Akteure von Assemblagen herauszuarbeiten. So ist es möglich, weitere Facetten zu erkennen, dominierende Sichtweisen zu hinterfragen, Akteure und ihr Wirken in der Gemengelage sichtbar zu machen, Art und Bedingungen des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften aufzudecken und damit auch mehr über die soziokulturelle Spezifik von Städtepartnerschaften selbst zu erfahren. Der *assembling*-Ansatz ist für mich der ganze Vorgang von Zusammenführung über Verbindung bis hin zu Veränderung und betrifft auch nicht nur Politiken, politische Positionierungen und

politische Akteure. Anders ausgedrückt: Es geht mir hauptsächlich darum, wie verschiedene Akteure Städtepartnerschaften gegenwartsfähig machen.¹⁸

Ich folge damit – in Anknüpfung an den *assembling*-Ansatz – auch einem Verständnis von Kultur als Praxis, das die aktive Gestaltungsfähigkeit von Akteuren in Bezug auf gegenwärtige Städtepartnerschaften und deren Wandel betont und Praxis sowohl als spontan und unvorhersagbar als auch als strategisch begreift, wie es etwa der französische Soziologe und Historiker Michel de Certeau (vgl. de Certeau 1988) oder die US-amerikanische Anthropologin Sherry Ortner (vgl. Ortner 1984: insb. 149f.) formuliert haben.¹⁹ Darüber hinaus verstehe ich Praxis aber immer auch als situiert, also als „spezifisch“. Dies hilft auch, zu erklären, dass sich in einzelnen gegenwärtigen Städtepartnerschaften – je nach „Zutaten“ – sowohl ähnliche als auch unterschiedliche Zusammensetzungen, Ausprägungen und Praktiken zeigen können. In diesem Sinne ist mein Ansatz in dieser Arbeit von einem transnationalen und einem praxisorientierten Kulturbegriff geprägt.

Mir ist bewusst, dass ich sowohl mit dem hier beschriebenen Assemblage-Konzept als auch mit dem *assembling*-Ansatz und dem Praxisverständnis in erster Linie für meine Beobachtungen und Fragestellung passende Ansätze auswähle und sie als „konzeptuelles Werkzeug“ (Hess/Schwertl 2013b: 315), wie der US-amerikanische Anthropologe George Marcus eine häufige Verwendung des Assemblage-Konzepts in der Kulturanthropologie auch charakterisiert hat, einsetze und als theoretisch-konzeptionelles Hilfswerkzeug zur näheren Bestimmung und Erfassung des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften. Dabei lasse ich sicherlich weitere Stränge und auch Ungereimtheiten der Debatten außen vor. Auch prüfe ich die „Haltbarkeit“ des Konzepts zu wenig intensiv. Dies ist meinem in erster Linie empirisch ausgerichteten Forschungsinteresse geschuldet. Dennoch sehe ich in der akteurszentrierten praxisorientierten Erweiterung des Assemblage-Konzepts auch weiterführendes kritisches und analytisches Potenzial für insbesondere diese Debatte,

¹⁸ Ich werde im Fazit dieser Arbeit noch einmal genauer darauf eingehen, warum ich hier einen vergleichsweise akteursnahen Ansatz wähle. Wie bereits beschrieben, fasse ich unter mein Akteursverständnis nicht nur soziale, sondern auch materielle und dingliche Akteure.

¹⁹ Das praxisorientierte und praxistheoretische Kulturverständnis, das auf den „Practice Turn“ in den Sozial- und Ethnowissenschaften in den 1970er-Jahren zurückgeht und insbesondere jenes, das die Gestaltungsfähigkeit und damit auch Veränderungsfähigkeit sozialer Akteure betont, ist direkt anschlussfähig an das Assemblage-Konzept bzw. den *assembling*-Ansatz, wenn hierbei auch der Akteursbegriff weiter gefasst ist. Einen Überblick über die Entwicklung und Ausprägung dieser Debatte liefert ein Artikel des Soziologen Andreas Reckwitz (vgl. Reckwitz 2003: 282ff.).

die meinen Beobachtungen zufolge trotz gegenteiliger Absichten auch Gefahren einer erneuten Essentialisierung (und Externalisierung) von Kultur(en) birgt. Ich werde darauf am Ende der Arbeit nochmals zurückkommen.

1.2.1.4 Format

Städtepartnerschaften verstehe ich darüber hinaus aber auch als Format. In Anlehnung an medien- und wissensanthropologische Überlegungen zu den Modi der Entstehung und der Weitergabe von Wissen, wie sie ein Forschungsverbund rund um den Europäischen Ethnologen Wolfgang Kaschuba, die Kulturanthropologin Gisela Welz, die Kulturanthropologin Regina Bendix und andere angestellt hat (vgl. Boie/Davidovic-Walther/Drieschner/Fenske/Götttsch/Imeri/Kaschuba/Keller-Drescher/Schneider 2009), verstehe ich „Format“ als eine sozial konstruierte, tradierte und mit charakteristischen Inhalten ausgestattete Größe (vgl. ebd.: 189). Um es noch etwas genauer auszudrücken: Ich meine damit ein in einer Angelegenheit von bestimmten Akteuren in einem spezifischen Zusammenhang bewusst entwickeltes und kontinuierlich verbreitetes und etabliertes Set spezifischer Inhalte, Wissensbestände und Erscheinungsformen. Auf Städtepartnerschaften trifft dies insofern zu, als sie in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt und in Deutschland, aber nicht nur dort, mit typischen Prinzipien und Aktivitäten aufgeladen worden sind, die immer noch Gültigkeit haben. Der mediale Bezug des Begriffs Format ist für ein Verständnis von Städtepartnerschaften auch deswegen hilfreich, weil sich damit eine eigene Art und Weise der Produktion von Wissen über ihre Entwicklungsgeschichte und ihr Leistungsvermögen verbindet, die eben diese Prinzipien und Aktivitäten bis dato aktuell hält und sie zu konstanten Elementen von Städtepartnerschaften macht. Aus diesem Grund muss der gegenwärtige Wandel von Städtepartnerschaften auch als der Wandel eines Formats konzipiert werden. Ich werde darauf im 3. Kapitel noch näher eingehen.

Es ist – zusammengefasst – also ein Spannungsverhältnis zwischen Unbestimmtheit und Bestimmtheit, zwischen Veränderlichkeit und Beharrlichkeit, zwischen Neuem und Altem, zwischen dem „nicht mehr und noch nicht“ (Rees/Caduff 2004: 25) und der Praxis entsprechender Akteure, in dem ich meine Forschung mit Hilfe des Assemblage-Konzepts, des *assembling*-Ansatzes und des Formatgedankens theoretisch verorte. In diesem Sinne beabsichtige ich mit dieser Arbeit auch, nicht nur die wissenschaftliche

Debatte über Städtepartnerschaften, sondern auch die kulturanthropologische Theoriediskussion zu transnationalen Kulturen und Assemblagen weiter anzuregen.

1.2.1.5 Begriff Städtepartnerschaften

Ich verwende in dieser Arbeit durchgehend den Begriff „Städtepartnerschaften“, auch wenn andere Städtepartnerschaftsforscherinnen und -forscher, wie zum Beispiel die Politikwissenschaftlerin Beate Wagner, den Begriff „kommunale Partnerschaften“ (Wagner 1995: 18) für ratsamer halten. Damit beziehe ich mich ausschließlich auf entsprechende Verbindungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschlossen worden sind, und möchte damit auf ihren städtischen Akteurspluralismus, auf ihre Kontinuität und auf ihre spezifische Ideengeschichte verweisen, was andernfalls verloren ginge. Ich werde darauf und auf die besondere Problematik städtepartnerschaftlicher Definitionen im 3. Kapitel noch näher eingehen. Weil in Städtepartnerschaften nicht nur Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, sondern auch Bürgerinnen und Bürger aktiv sind, werde ich im weiteren Verlauf der Arbeit die übergreifende Bezeichnung „städtepartnerschaftliche Akteure“ für alle Beteiligten verwenden und darunter sowohl kommunale, zivilgesellschaftliche als auch bürgerschaftliche Akteure fassen, aber differenzieren²⁰, wenn mir dies aus analytischen Gründen notwendig erscheint.

1.2.2 Forschungsfragen

In Anlehnung an das Assemblage-Konzept, den *assembling*-Ansatz und den Formatgedanken interessieren mich folgende miteinander verbundene Forschungsfragen, mit denen ich im weiteren Verlauf dieser Arbeit dem gegenwärtigen Wandel von Städtepartnerschaften in den hier näher betrachteten deutsch-polnischen und deutsch-türkischen Städtepartnerschaften des Ruhrgebiets nachgehen werde. Diese Fragen entsprechen nicht meiner Gliederung, sondern ziehen sich vielmehr durch alle Kapitel und Bereiche:

- Welche Entwicklungen und Diskurse greifen verschiedene städtepartnerschaftliche Akteure auf? Wie übersetzen sie diese, wie bringen sie diese in Städtepartnerschaften hinein, wie verbinden sie Städtepartnerschaften beziehungsweise Elemente von Städtepartnerschaften damit?
- Wer sind die (entscheidenden) Akteure im Zusammenhang mit gegenwärtigen

²⁰ Zur genaueren Unterscheidung der Begriffe siehe Fußnote 9.

Städtepartnerschaften? Was zeichnet sie aus, wie begründen sie ihr Engagement?

- Welche Auswirkungen hat ihr *assembling* auf das Format Städtepartnerschaften, beziehungsweise wie und mit welchen Folgen werden Städtepartnerschaften hierdurch verändert?
- Wie wird Europa in diesen Prozessen verhandelt? Wie sieht das Europa aus, das verschiedene – vor allem kommunale, zivilgesellschaftliche und bürgerschaftliche städtepartnerschaftliche – Akteure entwerfen und verhandeln? Ist es gleichzusetzen mit der Europäischen Union, unterstützt es diese oder schafft es eine eigene Version des Europäischen? Welche Schlüsse lassen sich daraus für ein kommunales Europa und ein „Europa der Bürger“ ziehen? Weisen Entwicklungen auch über Europa hinaus?

1.3 Methodischer Ansatz

1.3.1 Methodische Vorüberlegungen

Werden gegenwärtige Städtepartnerschaften als transnationale, sich aus vielen Bestandteilen immer wieder anders zusammensetzende veränderliche und verändernde Zusammenhänge mit historischer Konstanz begriffen und Akteure als ihre wesentlichen Schrittmacher gesehen, dann wirft das zwangsläufig die Frage auf, wie man sie und den entsprechenden Wandel ethnografisch²¹ am besten erforschen kann. Wo, wie und wann kann man dies alles mit den Mitteln einer ethnografischen Feldforschung zur weiteren Analyse beobachten und erfassen?

Mit einem klassischen ethnografischen stationären Feldforschungsansatz, wie ihn beispielsweise der Volkskundler und Empirische Kulturwissenschaftler Hermann Bausinger Ende der 1960er-Jahre noch zur Erforschung von Städtepartnerschaften vorschlug, scheint dies jedenfalls nicht mehr möglich zu sein:

„Vor allem aber soll am Beispiel einzelner Dörfer und Städte untersucht werden, wie sich die Entwicklung der Partnerschaften auswirkt auf die und in den verschiedenen Gruppierungen und auch auf die Denkweise der Bevölkerung. Nach Möglichkeit wollen wir uns dabei nicht auf die Seite der deutschen Partner beschränken; es wird interessant sein, zu fragen, ob hier Züge einer relativ einheitlichen westeuropäischen Subkultur

²¹ Ich verstehe in Anlehnung an Michi Knecht unter Ethnografie sowohl eine spezifische Herangehensweise als auch eine spezielle Art der Wissensproduktion und Ergebnisdarstellung (vgl. Knecht 2013: 83).

sichtbar werden, oder ob sich die Perspektiven in den verschiedenen Ländern doch wesentlich verschieben.“ (Bausinger 1969: 85)

Bausinger ist mit seinen vergleichenden Überlegungen zu wechselseitigen Auswirkungen von Städtepartnerschaften an überlokalen Effekten interessiert. Übergreifende Einflüsse bekommt er mit seiner ortsgebundenen Herangehensweise und einer eher auf die einzelnen geografischen Orte bezogenen Betrachtung von Städtepartnerschaften aber nicht in den Blick. Gegenwärtige Städtepartnerschaften lassen sich mit diesem Feldzuschnitt in ihrer Komplexität und Vielstimmigkeit nicht fassen.

In kritischer Auseinandersetzung mit dem klassischen ethnografischen ortsgebundenen Feldforschungsansatz im Zuge von Forschungen zu Globalisierungsprozessen und deren Auswirkungen haben Vertreterinnen und Vertreter der kulturalanthropologischen Transnationalisierungsforschung einige hilfreiche neue Feldkonzepte entwickelt.²² Zum einen hat der Feldbegriff eine erhebliche Erweiterung erfahren. So haben Fachvertreterinnen und Fachvertreter, allen voran George Marcus, damit begonnen, ethnografische Forschungsfelder ihren komplexen, weit reichenden und dynamischen Gegenständen entsprechend statt an einem geografischen Ort vielmehr zwischen verschiedenen Orten und Bezugspunkten anzusiedeln (vgl. Marcus 1995: 97).²³ Andere kehren physischen Orten ganz den Rücken und wenden sich grundsätzlich sozialen Beziehungen zu, wie Ulf Hannerz es tut (vgl. Hannerz 2006: 29), oder plädieren für eine „Ethnografie von und in Netzen“ (Beck/Wittel 2000: 218) wie die Europäischen Ethnologen Stefan Beck und Andreas Wittel. Die US-amerikanische Soziologin Teresa Gowan und der irische Soziologe Seán Ó Riain bringen den Kern dieses relationalen Feldbegriffs auf den Punkt: “It occurred to us that perhaps our global lens entailed a

²² Ich werde an dieser Stelle die ethnografische Feld(-forschungs-)diskussion der vergangenen Jahre nicht im Detail nachzeichnen, sondern nur maßgebliche und für die Erforschung von Städtepartnerschaften relevante Aspekte hervorheben. Eine ausführliche Auseinandersetzung damit lässt sich in der Einleitung des Methodenbands der Kulturalanthropologinnen Sabine Hess und Maria Schwertl u.a. nachlesen (vgl. Hess/Schwertl 2013a) oder, eher etwas humorig gehalten, in der Feldforschungsbiografie von Ulf Hannerz (vgl. Hannerz 2006) sowie in einem Aufsatz von Gisela Welz (vgl. Welz 2009).

²³ Es ist in der Disziplinen übergreifenden Rezeption etwas umstritten, inwiefern George Marcus in seinen Überlegungen ausschließlich von geografischen Orten ausgegangen ist und deren Existenz quasi vorausgesetzt hat. Die US-amerikanische Soziologin Zsuzsa Gille und der irische Soziologe Seán Ó Riain beispielsweise werfen Marcus eine Essentialisierung und Festschreibung von (geografischen) Orten vor (vgl. Gille/Ó Riain 2002: 287). Ich bin eher der Ansicht, dass George Marcus einen offenen Ortsbegriff verwendet(e), da er von „sites“ (Marcus 1995: 97) oder „locations“ (ebd.: 105), nicht aber von „locality“ spricht. Sabine Hess und Maria Schwertl lehnen aus ähnlichen Überlegungen wie Gille und Ó Riain die Begriffe „Lokales“ (Hess/Schwertl 2013a: 16) und „Mikroanalyse“ (ebd.) strikt ab.

shift from studying ‘sites’ to studying ‘fields,’ that is, the relations *between* [Hervorhebung im Original] sites.” (Gowan/Ó Riain 2000: xii)

Zum anderen haben kulturanthropologisch Forschende im selben Zusammenhang den sozialen Konstruktionsgehalt ethnografischer Forschungsfelder generell problematisiert. So sehen beispielsweise der US-amerikanisch-indische Anthropologe Akhil Gupta und sein US-amerikanischer Kollege James Ferguson jeglichen Feldzuschnitt als durch die persönlichen und disziplinären Hintergründe der Feldforscherin und des Feldforschers beeinflusst (vgl. Gupta/Ferguson 1997: 37). Deshalb fordern sie, neben einer Feldbestimmung immer auch eine eigene Positionsbestimmung vorzunehmen und in die Analyse mit einzubeziehen (vgl. ebd.: 5).²⁴ Auch die britischen Anthropologen Simon Coleman und Peter Collins halten das ethnografische Forschungsfeld für „a ‚localized’ expression of, [sic!] a distinct institutional apparatus“ (Coleman/Collins 2006: 5) und die Forscherperson das Feld durch ihre „performance“ (ebd.: 12)²⁵ überhaupt erst als solches hervorbringen. George Marcus charakterisiert ethnografische Feldforschung daher insgesamt auch als einen unfertigen und auch gemeinschaftlich hergestellten „design process“ (Marcus 2009: 26).²⁶

Zur Lösung im Umgang mit weit verzweigten, veränderlichen und sozial mit konstruierten ethnografischen Forschungsfeldern haben die genannten Autorinnen und Autoren neue Feldforschungsmethoden entworfen, wie zum Beispiel mehrortige (vgl. Hannerz 1998: 247; Marcus 1995: 97; 105), mobile, mitgehende (vgl. Marcus 1995: 106), sozialhistorisch erweiterte Perspektiven (vgl. Burawoy 2000: 28), wiederkehrende (vgl. Hannerz 2003: 213; Scheffer 2007; Welz 2013b: 40) und gemeinschaftliche Forschungspraktiken (vgl. Marcus 2009: 30). Trotz aller Neuerungen spielen Orte in der ethnografischen Feldforschung immer noch eine Rolle, aber in einem anderen Verständnis: als soziale Konstruktionen, wie es die US-amerikanische Soziologin Zsuzsa Gille und Seán Ó Riain beschreiben (vgl. Gille/Ó Riain 2002: 277), oder als

²⁴ Ähnlich argumentieren auch Zsuzsa Gille und Seán Ó Riain (vgl. Gille/Ó Riain 2002: 278).

²⁵ Michi Knecht hat diesen Gedanken konsequent zu Ende gedacht und den gesamten ethnografischen Forschungs- und weitergehenden Repräsentationsprozess als quasi durch die Forscherperson miterzeugt problematisiert (vgl. Knecht 2009: 148f.).

²⁶ George Marcus entlarvte damit im übertragenen Sinne nach einer Fundamentalkritik an ethnografisch produzierten Texten als soziokulturelle Konstruktionen auch (ortsgebundene) ethnografische Forschungsfelder als solche. Näheres zu dieser erstgenannten „Krise der Repräsentation“ oder „Writing Culture“-Debatte lässt sich in seinem gemeinsamen Werk mit dem US-amerikanischen Historiker James Clifford nachlesen (vgl. Clifford/Marcus 1986).

zeitlich befristete Niederlassungen übergreifender Prozesse wie bei Gisela Welz (vgl. Welz 1998: 183).

Das Assemblage-Konzept, das, wie beschrieben, auch als Werkzeug fungieren kann, ist an viele dieser Überlegungen direkt anschlussfähig. Es hilft, verschiedene Akteure, Diskurse und Bezüge und ihre Verbindungen in den Blick zu bekommen. Darüber hinaus bieten Assemblagen als zeitweilige Verdichtungen auch einen Anknüpfungspunkt für ethnografische Forschungsprojekte, sie sind zumindest zeitweilig feststellbar. Gisela Welz schreibt hierzu: „Assemblagen halten zumindest für ein paar Momente still, sie sind der ethnografischen Erhebung zugänglich und entziehen sich nicht dem Vergleich mit anderen Assemblagen.“ (Ebd. 2009: 207) Auf diesen Momentaufnahmen können ethnografische Forschungen wie auf einem „Schnappschuss“ aufbauen, das erfassen, was hier für den Moment zusammenkommt, die einzelnen Bestandteile auch ein Stück weit zurückverfolgen und (neue) Konstellationen, Verknüpfungen und Verknüpfungsleistungen und Folgen, das *assembling* erkennen und interpretieren. Eine Anlehnung ethnografischer Forschungen an Assemblagen löst auch ein Darstellungsproblem: Die Ethnografie kann genau diese Momentaufnahmen beschreiben und weiter interpretieren, alles unter der Prämisse ihrer Temporalität. Es bleibt nur die kritische Frage, wo man eine Assemblage genau verortet, wie auch Welz sie aufwirft (vgl. ebd.: 196), und das obliegt der Forscherin und dem Forscher und ihren Konstruktionen.²⁷

1.3.2 Forschungsfeld und Feldkonstruktion

Das zentrale Thema dieser Arbeit ist der gegenwärtige Wandel des Nachkriegsformats Städtepartnerschaften, wie er sich vollzieht und welche Folgen er hat. Dies werde ich hier am Beispiel von gegenwärtigen deutsch-polnischen und deutsch-türkischen Städtepartnerschaften des Ruhrgebiets beziehungsweise gegenwärtigen ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften, um zumindest den deutschen regionalen Bezug klarer zu machen, nachzeichnen. Das Ruhrgebiet, im Nordwesten des Bundeslands Nordrhein-Westfalen gelegen, schien mir aufgrund seiner multiethnischen Bevölkerungszusammensetzung und des sozioökonomischen Strukturwandels von einer industriellen zu einer postindustriellen Wirtschaft und

²⁷ Etwas abweichend von Maria Schwertl bin ich der Ansicht, dass sich Momentaufnahmen, wenn nicht auch Situationen, sehr gut für eine Beobachtung und Beschreibung von Assemblagen eignen (vgl. Schwertl 2013: 118), wenn man sie mit der notwendigen Rückverfolgung und Interpretation verbindet.

Gesellschaft, der nicht zuletzt auch die Kommunen (finanziell) massiv betrifft, sehr interessant. Deutsch- beziehungsweise ruhrgebiets-polnische Städtepartnerschaften repräsentieren eine eher klassische Paarung mit einer hohen historischen und politischen Bedeutung und stellen überdies eine Verbindung zu den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union dar. Deutsch- beziehungsweise ruhrgebiets-türkische Städtepartnerschaften habe ich ausgewählt, weil sie keinen Bezug zum Zweiten Weltkrieg haben, relativ neu sind und darüber hinaus die Situation eines Beitrittskandidaten und Nachbarn der EU berücksichtigen. Ruhrgebiets-polnische und ruhrgebiets-türkische Städtepartnerschaften waren aus meiner Sicht auch deshalb interessant, weil polnische und türkische Migrantinnen und Migranten und ihre Nachfahren zwei der größten, wenn auch sehr unterschiedlich wahrgenommenen Migrantengruppen des Ruhrgebiets sind, wie auch der Sozialwissenschaftler Aloys Berg und der Historiker Klaus Tenfelde konstatieren (vgl. Berg 1990: 1; Tenfelde 2006: 10ff.).

Der gewählte Feldforschungszeitraum von 2007 bis 2012 zeichnete sich darüber hinaus durch zahlreiche Ereignisse und Veränderungen in Bezug auf Städtepartnerschaften aus. So attestierten Kommunalverbände deutsch-polnischen Städtepartnerschaften beispielsweise eine gewisse Normalität und damit auch Stagnation (vgl. Holle/Lwowski 2008: 27). Die Geschäftsstelle des deutschen RGRE registrierte in dieser Zeit vermehrt Städtepartnerschaftsgesuche von deutschen mit türkischen Städten und Gemeinden (vgl. RGRE, Deutsche Sektion 2010: 21). Der Rat der Europäischen Union stellte finanzielle Mittel zur „Starthilfe“ für eine kommunale Zusammenarbeit mit türkischen Kommunen bereit (vgl. ebd. 2007b: 148). Im Jahr der Kulturhauptstadt Europas „RUHR.2010“ wurde mit dem Kulturprojekt „TWINS2010“ die mediale Aufmerksamkeit verstärkt auf Städtepartnerschaften in Europa gerichtet (vgl. RUHR.2010 GmbH 2011b). Auf mehreren Konferenzen von Kommunalverbänden wie dem Kongress des europaweiten Rats der Gemeinden und Regionen Europas im polnischen Rybnik wurde intensiv über eine Neuausrichtung von Städtepartnerschaften debattiert (vgl. Spengler 2011). Nicht zuletzt haben auch die globale Finanzkrise und deren Auswirkungen auf kommunale Haushalte und eine Neuausrichtung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ der Europäischen Kommission städtepartnerschaftliche Entwicklungen in diesem Zeitraum nicht nur des Ruhrgebiets mit beeinflusst.

Einem transnationalen Kulturverständnis folgend, habe ich mein Forschungsfeld nicht in einer Stadt verortet, sondern im Marcuschen Sinne zwischen verschiedenen Bezugspunkten, wovon die jeweilige Stadt nur ein möglicher ist.²⁸ Mit dem Assemblage-Konzept und dem Formatgedanken konkretisierte ich das weiter und knüpfte mein Forschungsfeld genau dort an, wo sich ein Wandel von Städtepartnerschaften zeigte oder ereignete, das heißt, in den Momenten, wo – gemessen am bisher Dagewesenen – neue, irritierende oder auch mit herkömmlichen Vorstellungen konfligierende Varianten von Städtepartnerschaften oder einzelner ihrer Elemente auftraten. Dies war in meinen Augen der Ort des Wandels; hier zeichnete er sich ab. Ich setzte bei der Feststellung entsprechender Momente sowohl auf die Aussagen städtepartnerschaftlicher Akteure als auch auf meine eigene Wahrnehmung und Beobachtung (und betrachte mich nicht zuletzt deswegen auch als Teil entsprechender Assemblagen). Von Momenten des Wandels ausgehend, erschloss ich mir die einzelnen Bestandteile und „folgte“, wiederum im Marcuschen Sinne, den entsprechenden Akteuren, Diskursen, Bezügen zum Teil tatsächlich, zum Teil gedanklich, um so neue Konstellationen, Verknüpfungen, Prozesse und Praktiken des Wandels sowie etwaige Folgen – das *assembling* – erkennen, rekonstruieren, interpretieren und analysieren zu können. Genau diese Wandelsmomentaufnahmen werde ich später in der Arbeit auch genauer beschreiben und weiter ausarbeiten. Sie strukturieren meine Arbeit ebenso wie die Aktivitäten, in deren Rahmen sie stattfinden. Zwar wählte ich hier mit ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften zwei unterschiedliche Paarungen, ich werde in dieser Arbeit aber nicht ländervergleichend agieren, weil meine Datenbasis hierfür zu unterschiedlich ist und sich viele Beobachtungen auch übergreifend ähneln. Wohl aber werde ich vorhandene Unterschiede kenntlich machen, diese einander gegenüberstellen und interpretieren.

1.3.3 Methodische Herangehensweise und Forschungsbewegungen

Im Einzelnen ging ich folgendermaßen vor: Ausgangspunkt meiner Forschungsbewegungen waren die jeweiligen Partnerstädte des Ruhrgebiets. Neben den

²⁸ Dem versuche ich auch Rechnung zu tragen, indem ich die geografischen Ortsbezüge so häufig wie möglich über einen Genitiv oder ein Adjektiv ausdrücke (z.B. nicht „in Polen“, sondern „Polens“ bzw. „polnisch“). Aus dem gleichen Grund beziehe ich in diese Arbeit auch nicht nur stadtpolitische oder stadtanthropologische Überlegungen ein. Auch mit Ansätzen der Europäisierungsforschung gehe ich so vor, denn auch Europa bzw. die EU bilden nur einen möglichen Bezugspunkt. Wohl aber gibt die Stadt Städtepartnerschaften ein bestimmtes, bürgerliches (Akteurs-)Profil.

bereits erwähnten inhaltlichen Interessen spielten hier auch forschungspragmatische Überlegungen eine Rolle, da ich im Zeitraum meiner Feldforschung ebenfalls im Ruhrgebiet, noch dazu im Umfeld der Kulturhauptstadt, arbeitete. Der Schwerpunkt meiner Arbeit liegt dem entsprechend auch auf einer deutschen beziehungsweise Ruhrgebietsperspektive.

In einem ersten Schritt steuerte ich zunächst Städte beziehungsweise Kommunen des Ruhrgebiets an, die eine Städtepartnerschaft in der einen und/oder anderen Zusammensetzung unterhielten. Statt eine Stadt mit beiden Verbindungen zu wählen, was sicher auch eine forschungspragmatisch sehr günstige Alternative gewesen wäre, suchte ich schließlich eine Stadt mit einer polnischen Partnerstadt (Erststadt), eine mit einer türkischen Partnerstadt (Zweitstadt) und eine mit einer polnischen und einer türkischen Partnerstadt (Drittstadt)²⁹ aus, auch, um diese kontrastieren zu können. Auf die Charakteristiken der Städte werde ich im 5. Kapitel noch näher eingehen. Bei der konkreten Auswahl spielten auch Zugangsmöglichkeiten eine Rolle.

Beginnend mit einem ersten überblicksartigen Gespräch mit den „Städtepartnerschaftsbeauftragten“ entsprechender Ruhrgebietskommunen, die als Teil- und sogar Vollzeitkräfte für die Städtepartnerschaften ihrer Kommunen und manchmal auch zu mehreren dafür zuständig waren, was sich auch teilweise in den Interviews widerspiegelte – ich werde darauf ebenfalls im 5. Kapitel noch intensiver eingehen –, folgte ich dann den Verweisen in ihren Erzählungen. Diese führten mich zu der polnischen Partnerstadt von Erststadt (Miasto) und der türkischen Partnerstadt von Zweitstadt (Şehir), zu kommunalen Verbänden, wie dem RGRE, Fördereinrichtungen, wie der Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (KS EfBB), zu zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, Kulturvereinen, Bildungseinrichtungen, der Kulturhauptstadt, Wirtschaftsunternehmen, Dokumenten, zur Wissenschaftsliteratur, zu Zeitungsberichten und jeder Menge städtepartnerschaftlicher Zusammentreffen.

Aus diesen Verweisen und Eindrücken erhielt ich vielfältige Einsichten, aber es waren auch Herausforderungen dabei. Ein Problem war das der Feldeingrenzung, das Ulf Hannerz ebenfalls im Zusammenhang mit einer ethnografischen Mehrortforschung beschrieben hat: “[N]either I nor my colleagues could claim to have an ethnographic

²⁹ Siehe auch die folgende Tabelle auf Seite 24f.

grasp of the entire ‘fields’ which our chosen research topics may have seemed to suggest – and this tends to be in the nature of multi-sited ethnography.” (Hannerz 2003: 207) Die von mir erforschten Städtepartnerschaften wiesen eine schier endlose Zahl von Bezügen auf. Ich verfolge mit dieser Arbeit nicht das Ziel, Städtepartnerschaften oder auch nur mein spezielles Feld vollständig zu ergründen. Beispielsweise ließ ich Schulpartnerschaften völlig aus, auch deshalb, weil sich die Dissertation der Volkskundlerin Martina Becker intensiv damit beschäftigt (vgl. Becker 2009; ebd. 2014). Vielmehr verstand ich meine Forschung – wiederum mit den Worten von Ulf Hannerz – zwar als absolut offen, was ihre Bezüge und ihr finales Ergebnis angeht (mit Ausnahme des Europaschwerpunkts, den ich aber auch nicht absolut setze), aber auch als notwendigerweise selektiv (vgl. Hannerz 2006: 31f.), unter anderem hinsichtlich einer gemeinsamen gesprochenen Sprache (vgl. ebd. 1998: 259). Meine Interviewpartner waren überwiegend deutsch- und englischsprachig, genau wie ich selbst. Zu manchen polnisch- und türkischsprachigen Zusammenkünften konnte ich sprachlich keinen Zugang finden oder benötigte Übersetzungshilfe. Auch aus diesem Grund schien mir eine Konzentration auf die zuvor beschriebenen Wandelsmomente eine gute Wahl, um meine Haupteindrücke zwar exemplarisch, aber detailliert gewinnen und darstellen zu können.

Eine weitere Herausforderung war die zeitliche Organisation meiner Forschung. Da es sich bei Städtepartnerschaften um etwas handelt, das nicht permanent stattfindet, sah ich, mit Ausnahme eines anfänglichen mehrwöchigen Feldaufenthalts in der polnischen Partnerstadt, von einer längeren Präsenz „vor Ort“ ab.³⁰ Vielmehr entschloss ich mich, den Rhythmen und Bewegungen des Feldes zu folgen, was konkret viele ein- oder mehrtägige Aufenthalte zumeist im Ruhrgebiet, in Polen und in der Türkei bedeutete, wann immer städtepartnerschaftliche Akteure zusammenkamen. Auf diese Weise gelang es mir, ein Gefühl für Städtepartnerschaften zu entwickeln und dafür, was in diesen kurzen Zeiten realistischerweise möglich ist und worin die Besonderheit kurzer Zusammenkünfte liegt. Die kurzzeitigen Feldaufenthalte waren darüber hinaus auch meiner Berufstätigkeit in der Zeit der Feldforschung geschuldet. Aus dem temporären Charakteristikum des Feldes und meiner persönlichen Situation machte ich eine Tugend und wiederholte meine Feldphasen über einen Zeitraum von insgesamt fast fünf Jahren immer wieder. So kombinierte ich Hannerz’ „again!“ (Hannerz 2003: 213) und Gisela

³⁰ Die Kenntnis über Polen ist bei mir insgesamt etwas ausgeprägter, auch wegen meiner ehemaligen beruflichen Projektstätigkeit.

Welz' „Temporalisierung der Feldforschung“ (Welz 2013b: 40) und zog meine Feldforschung – auch notgedrungen – in die Länge.

Drittens hatte ich mit dem zu kämpfen, was George Marcus im positiven Sinne als kooperatives, kollaboratives Forschen beschreibt (vgl. Marcus 2009: 27). Bei mir trat es zunächst in der umgekehrten Variante auf, nämlich so, dass mich zahlreiche vor allen Dingen kommunale städtepartnerschaftliche Akteure als Partnerin ihrer Form der Wissensgenerierung einspannen oder auch instrumentalisieren wollten, indem sie mir ihre Versionen von gegenwärtigen Städtepartnerschaften glaubhaft zu machen versuchten. Damit waren häufig Erwartungen verbunden, diese auch entsprechend weiterzutransportieren, zu autorisieren, zu evaluieren oder miteinander zu vergleichen. Auf der anderen Seite erhielt ich durch ein zumindest zeitweiliges Einlassen auf diese Rolle auch Einsichten, Zugänge und Deutungen, was mir andernfalls nicht möglich gewesen wäre. So hatten im Endeffekt beide Seiten etwas davon (und beeinflussten sich wahrscheinlich wechselseitig).

Darüber hinaus bereiteten mir auch die Art und Weise städtepartnerschaftlicher Zusammentreffen einige Schwierigkeiten: Vieles dessen, was sich dort vor meinen Augen abspielte, insbesondere auch im Zusammenhang mit Jugendveranstaltungen im Rahmen von Städtepartnerschaften oder Stereotypen, die dort auftraten, oder eine grundsätzlich positive Haltung gegenüber Städtepartnerschaften, war mir sehr vertraut. Lange Zeit hatte ich das Gefühl, gerade in Bezug auch auf Europakonstruktionen nicht wirklich etwas Neues zu erkennen, bis ich es schaffte, weit genug von meinem Feld wegzugehen oder mich tief genug darin einzuarbeiten, um diese als Diskurse zu erkennen. Einen solchen Eindruck haben die Europäischen Ethnologen Dorle Dracklé und Waltraud Kokot treffend auf den Punkt gebracht:

„In keiner anderen wissenschaftlichen Richtung erscheint die Überprüfung eigener Wahrnehmungskategorien so zwingend. Sich gegenüber den verschiedensten Besitzansprüchen des einen, ‚wahren‘, Europas unabhängig zu halten und die gängige ‚common sense‘-Ebene vorkonstruierter Meinungen zu überwinden, gehört zu den schwierigsten Aufgaben zukünftiger Forschungen in dieser Region.“ (Kokot/Dracklé 1996: 5)

So ist meine Forschung insgesamt als eine durch Offenheit und eigene Vorannahmen geprägte, durch meine berufliche Situation beeinflusste, durch eine besondere räumliche und auch emotionale Nähe zum Thema entstandene und nicht zuletzt durch mein im

Vergleich zu vielen städtepartnerschaftlichen Akteuren junges Alter geformte zu sehen. All diese Faktoren haben mit Sicherheit auch zu ihrem Gesamtergebnis beigetragen. Ich werde entsprechende Stellen im weiteren Verlauf der Arbeit so gut wie möglich markieren.

Insgesamt führte ich im Zeitraum von 2007 bis 2012 70 leitfadengestützte und ethnografische Interviews mit städtepartnerschaftlichen Akteuren des Ruhrgebiets, Polens, der Türkei, Verbänden, „RUHR.2010“ (einzelne Fragen werde ich im 5. Kapitel nochmals aufgreifen), nahm an ca. 30 städtepartnerschaftlichen Zusammentreffen in allen drei Ländern beobachtend teil und analysierte zahlreiche Dokumente inhaltlich. Von den Interviews transkribierte ich 31 wörtlich und kategorisierte sie vollständig, weitere 10 transkribierte, kategorisierte oder verschlagwortete ich anteilig. Mein Wissen generierte ich also auf Basis eines ethnografischen Methodenmixes, wobei die teilnehmende Beobachtung, das Nachvollziehen städtepartnerschaftlicher Aktivitäten, einen besonderen Stellenwert hatte. Alle Kategorien sind aus dem Feld heraus entwickelt. Da Städtepartnerschaften häufig nicht nur politisch, sondern auch sehr persönlich und leicht zu identifizieren sind, sind alle Städte- und Personennamen anonymisiert und pseudonymisiert. Hier eine Übersicht der interviewten städtepartnerschaftlichen Akteure und entsprechender Pseudonyme:

ZUORDNUNG	PSEUDONYM/ FUNKTION (zum Zeitpunkt des Interviews)	INTERVIEWKÜRZEL/ DATUM
RUHRGEBIET		
Städtepartnerschaftsbeauftragte		
Erststadt	Barbara , Mitarbeiterin Kommune; Referent des Oberbürgermeisters	Explo 1, Oktober 2007
	Referent des Oberbürgermeisters, s.o.	SPX_2, 6.12.2012
Zweitstadt	Referatsleiter Kommune; Büroleiter Kommune; Amtsleiter Kommune	SP5_1, 12.12.2007
Drittstadt	Mitarbeiter Kommune	SP2_1, 29.11.2007
	Mitarbeiter Kommune; Mitarbeiterin Kommune	SP11_1, 22.2.2008
	Mitarbeiterin Kommune, s.o.	SPX_1, 6.12.2012
Sonstige Städte	Büroleiter Kommune; Mitarbeiterin Kommune	Explo 2, Oktober 2007
	Mitarbeiterin Kommune	SP1_1, 27.11.2007
	Mitarbeiterin Kommune	SP3_1, 30.11.2007
	Mitarbeiter Kommune	SP4_1, 7.12.2007
	Mitarbeiter Kommune	SP6_1, 3.1.2008
	Mitarbeiterin Kommune; Mitarbeiterin Kommune; Mitarbeiterin „TWINS2010“-Projekt	SP7_1, 11.1.2008
	Mitarbeiterin Kommune	SP8_1, 25.1.2008

	Mitarbeiterin Kommune	SP9_1, 8.2.2008
	Büroleiterin Kommune	SP10_1, 11.2.2008
Kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter		
Erststadt	Beate , Mitarbeiterin Kommune	S4_1, 29.6.2009
Zweitstadt	Mitarbeiterin Kommune	XXX, 7.3.2008
	Mitarbeiter Kommune; Mitarbeiterin Kommune	ST1_1, 18.7.2008
	Amtsleiter Kommune; Mitglied des Stadtrats	ST2_1, 19.11.2008
	Fachbereichsleiter Kommune	ST5_1, 21.7.2009
Drittstadt	Mitarbeiter Kommune	S3_1, Juli 2008
Zivilgesellschaftliche Akteure		
Erststadt	Vorsitzender Städtepartnerschaftsverein	BSP1_1, 6.3.2008
	Ursula , Lehrerin	BSP2_1, 7.9.2008
	Leiterin Sozialeinrichtung	BSP3_1, 10.11.2008
	Mitglied Städtepartnerschaftsverein	BSP5_1, 17.11.2008
Zweitstadt	Vorstandsmitglied Moscheeverein	BST8_1, 7.7.2011
Drittstadt	Geschäftsführer Sozialeinrichtung	BST6_1, März 2009
	Stellvertretender Schulleiter Bildungseinrichtung	BST7_1, 27.5.2009
Sonstige Städte	Mitglied Migrantenverein	XXX, März 2008
Bürgerinnen und Bürger		
Erststadt	Künstlerin, Journalistin	BSP4_1, 17.11.2008
„TWINS2010“-Projektmacherinnen und -Projektmacher		
Erststadt	Mitarbeiterinnen Kommune	TW6_1, TW6_2
Zweitstadt	Mitarbeiter Kommune; Mitarbeiterin Jugendeinrichtung	TW5_1
Drittstadt	Mitarbeiter Kommune; Kulturschaffende	TW1_1, TW1_2, TW1_2_2, TW12_1
Sonstige Städte	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Kommune; Kulturschaffende; Bürgerinnen und Bürger	TW2_1, TW3_1, TW4_1, TW7_1, TW7_2, TW8_1, TW9_1, TW10_1, TW11_1
„RUHR.2010“-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter		
	Projektleiterin „TWINS2010“	R1_1, R1_2
„TWINS2010“-Jurorinnen und -Juroren		
	Kulturschaffende	J1_1, J2_1
POLEN		
Städtepartnerschaftsbeauftragte		
Miasto	Mitarbeiterin Kommune	P6_1, 25.9.2008
	Mitarbeiter Kommune	P7_1, 25.9.2008
Zivilgesellschaftliche Akteure		
Miasto	Politikerin	P1_1, 22.9.2008
	Vorstand Kirchengemeinde	P3_1, 23.9.2008
	Leiter Sozialeinrichtung	P4_1, 23.9.2008
	Agnieszka , Lehrerin	P5_1, 24.9.2008
	Bogdana , Lehrerin	P8_1, 29.6.2009
Bürgerinnen und Bürger		
Miasto	Tomasz , Pensionär	P2_1, 22.9.2008
TÜRKEI		
Städtepartnerschaftsbeauftragte		
Şehir	Oberbürgermeister	T3_1, 11.5.2009
Zivilgesellschaftliche Akteure		
Şehir	Mitarbeiter Hochschule	T5_1, 12.5.2009
	Mitarbeiter Hochschule	T7_1, 13.5.2009
	Fatima , Mitarbeiterin Hochschule	T8_1, 13.5.2009

Bürgerinnen und Bürger		
Şehir	Praktikanten, Studenten	T1_1, Mai 2008
	Praktikantinnen, Studentinnen	T2_1, 18.7.2008
	Gülcan , Unternehmerin	T4_1, 11.5.2009
	Studentinnen und Studenten	T6_1, 13.5.2009
VERBÄNDE UND FÖRDERPROGRAMME		
	Referent Deutsche Sektion, RGRE; Mitarbeiterin Deutsche Sektion, RGRE	E1_1, 18.11.2009
	Leiterin Kontaktstelle Deutschland KS EfBB	E2_1, 8.12.2009
	Mitarbeiter Zentrum für Türkeistudien (ZfTI)	E3_1, 20.5.2011
	Referent Nationale Agentur Jugend in Aktion (JIA)	E4_1, 13.9.2011

1.4 Aufbau der Arbeit

Diese Arbeit ist zweiteilig angelegt. Im ersten Teil werde ich mich im 2. und 3. Kapitel zunächst grundsätzlicher mit dem Format Städtepartnerschaften beschäftigen, im zweiten Teil vom 4. bis zum 7. Kapitel mehr mit den deutsch- beziehungsweise ruhrgebiets-polnischen und deutsch- beziehungsweise ruhrgebiets-türkischen Beispielen.

Meinen zentralen theoretischen Ansatz, der sich auf die gesamte Arbeit bezieht, habe ich in dieser Einleitung bereits dargelegt. Im folgenden 2. Kapitel wird der Forschungsstand zu Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung in der deutschsprachigen überwiegend sozial- und politikwissenschaftlichen sowie kulturanthropologischen Literatur aufgearbeitet und werden neuere Ansätze aus der britischen Geografie näher betrachtet. Der Schwerpunkt wird hier auf der Frage liegen, auf welche Aspekte sich die Forschungen bisher konzentriert haben beziehungsweise inwiefern diese Forschungen einen Wandel oder eine Neuausrichtung von Städtepartnerschaften thematisieren und hilfreich sind, den gegenwärtigen Wandel von Städtepartnerschaften zu bestimmen. Den Ergebnissen dieser Analyse werde ich dann meinen eigenen Ansatz gegenüberstellen und noch einmal genauer herausarbeiten, welche Forschungslücken damit geschlossen werden können. Anschließend werde ich – im Sinne des mehrere Elemente miteinander in Verbindung sehenden Assemblage-Konzepts – noch weitere thematisch passende Forschungsansätze aus der politikwissenschaftlichen Stadtpolitik- und geografischen Stadtentwicklungsforschung, der Governance- und Gouvernementalitätsforschung verschiedener Disziplinen und der

kulturanthropologischen Europäisierungsforschung sichten. Diese werde ich auf ihre Möglichkeiten für die Analyse gegenwärtiger Städtepartnerschaften und ihres Wandels hin befragen sowie – umgekehrt – erörtern, inwiefern eine nähere Betrachtung von Städtepartnerschaften hier wertvolle Anregungen liefern kann.

Das 3. Kapitel wird sich auf Basis von deutschsprachiger wissenschaftlicher Sekundärliteratur und (verbands-)politischen Schriften mit der Ideen- und Entwicklungsgeschichte von Städtepartnerschaften vorwiegend mit deutschem Bezug beschäftigen, wobei vor allen Dingen herausarbeitet wird, inwiefern Veränderungen von Städtepartnerschaften durch insbesondere politische Akteure etwas Neues darstellen. Dabei wird es auch noch einmal um die Art bisheriger Forschungen zu Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung gehen, außerdem auch um die Frage des Formats. Weiter werde ich auf Basis von Kommunalzeitschriftenbeiträgen und Dokumenten der Europäischen Kommission nachzeichnen, wie Städtepartnerschaften in den vergangenen Jahren von Kommunalverbänden und der Europäischen Kommission verhandelt und neu verknüpft und ausgerichtet wurden. Hier werde ich vor allem mit Ansätzen aus der Governance- und Gouvernamentalitätsforschung verschiedener Disziplinen arbeiten, aber bisherige Forschungen zu Städtepartnerschaften auch noch einmal reflektieren.

Im 4. Kapitel werde ich mich eingehender mit meinem spezifischen Forschungsfeld beschäftigen und die entsprechenden Besonderheiten und Situationen des Ruhrgebiets, Polens und der Türkei im Zeitraum der Feldforschung als einen Teil von Assemblagen – auch in Bezug auf Städtepartnerschaften – aufarbeiten.

Im 5., 6. und 7. Kapitel werden konkrete Wandelsmomente im Feldforschungszeitraum beschrieben, es wird interpretiert und analysiert, welche Akteure derzeit was in Bezug auf Städtepartnerschaften aufgreifen, wie sie Städtepartnerschaften mit derzeitigen Entwicklungen und Prozessen in Verbindung bringen, wie sich in diesen Prozessen ein Wandel von Städtepartnerschaften vollzieht und welche Auswirkungen das auf das Format und darüber hinaus hat. Hier strukturieren entsprechende Wandelsmomente und Wandelsprozesse die Kapitel, und typische Aktivitäten, in deren Rahmen sie stattfinden, sind jeweils die Aufhänger, auch deshalb, weil diese in allen Städtepartnerschaften eine Rolle spielen. So lässt sich am Ende auch insgesamt verfolgen, wie sich das Format

verändert. Weil einige Entwicklungen in allen hier betrachteten Städtepartnerschaften vorkommen, ist diese Arbeit nicht nach Ländern untergliedert. In den Binnenkapiteln wird jedoch jeweils länderspezifisch differenziert, wenn sich Ausprägungen sehr voneinander unterscheiden. Zum Ende der Arbeit werden neben kommunalen städtepartnerschaftlichen Akteuren immer mehr auch weitere zivilgesellschaftliche und bürgerschaftliche städtepartnerschaftliche Akteure zu Wort kommen und die Akteure und ihr *assembling* immer vielstimmiger werden. In diesen Kapiteln wird dann auch mit Ansätzen aus der politikwissenschaftlichen Stadtpolitik- und geografischen Stadtentwicklungsforschung, der Governance- und Gouvernamentalitätsforschung verschiedener Disziplinen und der kulturanthropologischen Europäisierungsforschung gearbeitet.

Zum Schluss werde ich die Ergebnisse der Arbeit zusammenfassen, einander gegenüberstellen, den gegenwärtigen Wandel final sowohl insgesamt als auch in Bezug auf die verschiedenen städtepartnerschaftlichen Akteure hin bewerten und die Aussagekraft der Ergebnisse sowohl für das Format Städtepartnerschaften als auch für die Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie abschätzen. Hier werde ich dann auch Vorschläge für weitergehende Forschungen zu Städtepartnerschaften machen.

2. Forschungsstände: Stand der Forschungen zu Städtepartnerschaften und weitere hilfreiche Forschungsansätze

Der zentrale theoretische Ansatz dieser Arbeit ist in der Einleitung mit dem Assemblage-Konzept beziehungsweise dem erweiternden *assembling*-Ansatz und dem Formatgedanken bereits umfassend erläutert worden. In diesem Kapitel wird der Stand der Forschungen zu Städtepartnerschaften überwiegend mit deutscher Beteiligung und aus deutscher Perspektive aufgearbeitet. Es wird gefragt, wie entsprechende Städtepartnerschaften bisher erforscht wurden und Wandel thematisiert wurde. Auch wird ergründet, inwiefern diese Forschungen hilfreich sind, um den gegenwärtigen Wandel von Städtepartnerschaften zu bestimmen, beziehungsweise inwiefern der eigene Ansatz hierzu wertvolle Ergänzungen liefern kann. Darüber hinaus werden im Sinne des Assemblage-Konzepts mit einem Blick auf die Heterogenität, Verwobenheit, Prozesshaftigkeit, Veränderlichkeit und Produktivität gegenwärtiger Städtepartnerschaften auch zusätzliche passende Forschungsansätze erkundet, die zur besseren Bestimmung des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften noch partiell zu Rate gezogen werden können.

Eine übergeordnete oder einheitliche wissenschaftliche Theorie zu Städtepartnerschaften gibt es nicht. Vielmehr liegen Forschungen dazu als eine Reihe von Fallstudien aus unterschiedlichen Disziplinen und Ländern vor, die Städtepartnerschaften überwiegend einzelnen Forschungsinteressen und Forschungsansätzen zu- beziehungsweise unterordnen. So unterschiedlich diese mehrheitlich sozial- und politikwissenschaftlichen und neuerdings auch geografischen Arbeiten auf den ersten Blick erscheinen mögen, eine intensive Auseinandersetzung damit, die in diesem Kapitel begonnen und im nächsten fortgesetzt wird, zeigt, dass es zwischen ihnen sehr wohl Gemeinsamkeiten gibt und dass die Art und Weise dieser Forschungen in vielerlei Hinsicht bezeichnend für das Format Städtepartnerschaften ist.

Wie bereits aufgezeigt, sind am gegenwärtigen Wandel von Städtepartnerschaften zahlreiche Akteure aus verschiedenen politischen Bereichen beteiligt und werden

unterschiedliche übergreifende Entwicklungen adressiert. Um das *assembling* dieser städtepartnerschaftlichen Akteure besser nachvollziehen, interpretieren und analysieren zu können, um betrachten zu können, welche Entwicklungen und Diskurse sie in Städtepartnerschaften hineinragen beziehungsweise wie sie diese oder einzelne Elemente von Städtepartnerschaften damit verknüpfen und verändern, werden hier auch Forschungen zur derzeitigen Situation von Kommunen und Städten in Europa und einer globalisierten Welt sowie zu neueren Formen des Regierens aus verschiedenen Disziplinen herangezogen. Für eine entsprechende Auseinandersetzung mit deutsch-beziehungsweise ruhrgebiets-polnischen und deutsch-beziehungsweise ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften sind darüber hinaus auch Forschungsansätze erforderlich, die Prozesse und Praktiken unterschiedlicher, auch nicht-politischer städtepartnerschaftlicher Akteure in Europa greifen helfen, da diese Städtepartnerschaften ebenso (mit-)gestalten. Ich setze mich in diesem Kapitel daher auch mit dem Begriff der „Europäisierung“ und insbesondere mit kulturanthropologischer Europäisierungsforschung auseinander.

Insgesamt geht es hier nicht darum, gegenwärtigen Städtepartnerschaften einen Ansatz oder auch mehrere „überzustülpen“ und sie darin einzupassen. Es werden vielmehr im Sinne des Assemblage-Konzepts aus den empirisch-ethnografischen Beobachtungen heraus weitere passende Forschungsansätze zu ihrer Interpretation herangezogen und – umgekehrt – diese auch ergänzt. Ich bin mir dessen bewusst, dass ich mich damit an einer Konstruktion meines Forschungsfeldes beteilige und in gewissem Sinne auch selbst ein (theoretisches) *assembling* betreibe. Ich gestalte dies aber so offen wie möglich. Aus diesem Grund ziehe ich hier auch nicht nur einen, sondern verschiedene weitere adäquate Ansätze hinzu. Die werde ich in diesem Kapitel einführen und in den folgenden empirisch-ethnografischen Kapiteln anhand der dort aufgezeigten Wandelsmomente an passender Stelle wieder aufgreifen und kommentieren.

Im Folgenden wird zunächst der Stand der Forschungen zu Städtepartnerschaften, schwerpunktmäßig mit deutscher Beteiligung und überwiegend auf Basis deutschsprachiger Literatur, aufgearbeitet und bewertet. Anschließend werden, wiederum mit einem Schwerpunkt auf Entwicklungen in Deutschland, zentrale Ansätze – keine vollständigen Forschungsstände – und Perspektiven politikwissenschaftlicher Stadtpolitik- und geografischer Stadtentwicklungsforschung und der Governance- und

Gouvernementalitätsforschung verschiedener Disziplinen vorgestellt und dann entsprechende Ansätze der kulturanthropologischen Europäisierungsforschung betrachtet. Diese Gliederung entspricht auch weitgehend der Reihenfolge, in der die einzelnen Ansätze im Laufe der Arbeit wieder aufgenommen werden.

2.1 Stand der Forschungen zu Städtepartnerschaften

2.1.1 Wissenschaftliche Arbeiten

Wissenschaftliche Arbeiten zu Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung, aber auch insgesamt, gibt es nicht sehr viele.³¹ Bei den vorhandenen handelt es sich häufig um Dissertationen und wissenschaftliche Qualifizierungsarbeiten und diese lassen sich auffällig gut chronologisch entlang von Kombinationen bestimmter zeithistorischer, disziplinärer und inhaltlicher Schwerpunkte ordnen. Die ersten solcher Arbeiten entstanden in den 1960er- bis 1980er-Jahren. Sie waren überwiegend politikwissenschaftlich ausgerichtet und beschäftigten sich hauptsächlich mit Fragen nach persönlichen, ein gegenseitiges Verständnis fördernden Auswirkungen und der europapolitischen Reichweite von insbesondere deutsch-französischen Städtepartnerschaften, die in dieser Zeit vermehrt gegründet wurden³². Der Politikwissenschaftler Rolf-Richard Grauhan veröffentlichte 1968 den ersten im deutschsprachigen Raum bekannt gewordenen wissenschaftlichen Aufsatz zu deutsch-französischen Städtepartnerschaften. Darin geht er der Frage nach, inwiefern Städtepartnerschaften den Prozess einer europäischen Einigung auf Bevölkerungsbasis unterstützen, und kommt über den Weg eines sich auf diese Weise herausbildenden Zusammengehörigkeitsgefühls zu einem positiven Ergebnis (vgl. Grauhan 1968: 36; 97f.). Der Politikwissenschaftler Hansjürgen Garstka stellte 1972 in seiner Dissertation eine nach den beiden Weltkriegen veränderte Bedeutung von Kommunen bei der Schaffung stabiler Beziehungen zwischen Staaten fest, die sie über ein besseres Sich-Kennenlernen ihrer Bürgerinnen und Bürger quasi „von unten“ erreichen wollten, was er mit entsprechenden Beobachtungen in deutsch-französischen Städtepartnerschaften untermauert (vgl. Garstka 1972: 3; 111). Auch die Doktorarbeit des

³¹ Zu diesem Schluss kommen auch z.B. der Empirische Kulturwissenschaftler und Europäische Ethnologe Reinhard Johler (vgl. Johler 2009: 19), Andreas Langenohl (vgl. Langenohl 2010: 47), die britischen Geografen und Soziologen David Bell, Philip Hubbard und Mark Jayne (vgl. Jayne/Hubbard/Bell 2013: 240) sowie der deutsche Wirtschaftswissenschaftler Rolf Cremer, die in Neuseeland lehrende Wirtschaftswissenschaftlerin Anne de Bruin und die ebenfalls in Neuseeland ansässige Stadtsoziologin Ann Dupuis (vgl. Cremer/de Bruin/Dupuis 2001: 379).

³² Ich werde darauf im folgenden Kapitel noch näher eingehen.

Politikwissenschaftlers Thomas Grunert von 1981 beschäftigte sich mit deutsch-französischen Städtepartnerschaften. Grunert reklamiert schon im Titel seiner Arbeit, hier seien längerfristige Effekte von Städtepartnerschaften für den Prozess einer europäischen Einigung festzustellen (vgl. Grunert 1981).

Nicht zuletzt nach einer Kritik an diesen sich auf persönliche Auswirkungen fokussierenden und an öffentlichen Leistungserwartungen an Städtepartnerschaften ausrichtenden Arbeiten (vgl. Wagner 1995: 17; 19) ergründete die eingangs bereits erwähnte Politikwissenschaftlerin Beate Wagner in ihrer Dissertation etwa 14 Jahre später mögliche stabilisierende Effekte von Städtepartnerschaften auf der Basis ihrer außenpolitischen Stoßrichtung. Dazu setzt sie die regionalen städtepartnerschaftlichen Präferenzen deutscher Kommunen in ein Verhältnis zu entsprechenden staatlichen Schwerpunkten und bewertet abweichende Orientierungen, zum Beispiel auch im Hinblick auf deutsch-polnische Städtepartnerschaften, als potenzielles Korrektiv für Staatenbeziehungen (vgl. ebd.: 347). Die Dissertation des ebenfalls in der Einleitung schon genannten Historikers Ingo Bautz von 2002 setzte sich mit der Geschichte des europäischen Engagements deutscher Kommunen in den 1950er- und 1960er-Jahren auseinander. Bautz nimmt eine erweiterte Akteursperspektive auf europäische Einigungsprozesse in der Nachkriegszeit ein. Dabei interessieren ihn – ähnlich wie Wagner – das Verhältnis von Kommunen und Kommunalverbänden zu den Staatsregierungen und vergleichsweise kommunale Handlungsmöglichkeiten, die Bautz aber eher relativiert (vgl. Bautz 2002: 336).

Als ein weiterer Komplex wissenschaftlicher Arbeiten zu Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung jenseits dieser individuell beziehungsweise institutionell leistungsbezogenen lassen sich rechtswissenschaftliche Fallstudien finden, die in Reaktion auf jene von Beate Wagner ebenso aufgegriffenen konfliktreichen Auseinandersetzungen infolge einer Aufnahme städtepartnerschaftlicher Beziehungen deutscher Städte und Gemeinden nach Mittel- und Osteuropa³³ und in die Deutsche Demokratische Republik (DDR)³⁴ in den 1980er- und 1990er-Jahren erschienen. Der

³³ Mit der Bezeichnung „Mittel- und Osteuropa“ soll der Kritik an der vielfach homogenisierenden, dem Selbstverständnis von zahlreichen Akteuren widersprechenden und damit unzureichenden Bezeichnung „Osteuropa“ Rechnung getragen werden.

³⁴ Zu diesen spezifischen „inländischen“ Städtepartnerschaften sind Ende der 1980er-, Anfang der 1990er-Jahre auch einige überwiegend rechtswissenschaftliche und politikwissenschaftliche Arbeiten entstanden, die ich hier, weil sie zu weit vom eigentlichen Thema entfernt liegen, aber nicht näher

auch schon angeführte Völker-, Staatsrechtler und Politikwissenschaftler Dieter Blumenwitz beschäftigte sich bereits Anfang der 1980er-Jahre mit der rechtlich gültigen Reichweite insbesondere deutsch-polnischer Städtepartnerschaftsvereinbarungen – mit negativem Fazit. Anlass dafür seien politische und juristische Streitigkeiten über die Zulässigkeit und Verbindlichkeit von außenpolitischen Formulierungen in deutsch-polnischen Städtepartnerschaftsabkommen gewesen (vgl. Blumenwitz 1980: 11; 52).³⁵ Auch der Rechtswissenschaftler Ernst Georg Mayer behandelte 1986 in seiner Doktorarbeit anlässlich insbesondere deutsch-polnischer Kontroversen das spannungsreiche Verhältnis von kommunalen zu staatlichen Auslandstätigkeiten und Fragen ihrer rechtlichen Zulässigkeit. Er verwendet hierfür den Begriff „kommunale Auslandsbeziehungen“ (Mayer 1986: 3), um zu verdeutlichen, dass Kommunen zwar als außenpolitische Akteure in Erscheinung träten, aber keine Außenpolitik im staatlichen Sinne betrieben, sondern diese vielmehr unterstützten (vgl. ebd.: 2f.; 33). Der Politikwissenschaftler Johann Wolfgang Wimmer untersuchte in seiner 1989 veröffentlichten Dissertation ebenfalls die rechtliche Basis von Städtepartnerschaften aus deutscher Perspektive. Dabei sieht er die Verbindlichkeit städtepartnerschaftlicher Vereinbarungen – ähnlich wie Mayer – vor allen Dingen als eine Frage des politischen Bindungswillens an (vgl. Wimmer 1989: 49ff.; 53). Neben den rechtlichen Grundsätzen konzentriert er sich auch auf weitere auf die Gestaltungsmöglichkeit von Städtepartnerschaften einwirkende Aspekte und Besonderheiten von Kommunen wie auch auf die Arbeit kommunaler Dach- und Interessensverbände und finanzieller Förderprogramme (vgl. ebd.: 12), was mit den eingangs beschriebenen Beobachtungen korrespondiert.

Darüber hinaus gibt es einige wenige neuere wissenschaftliche Arbeiten zu Städtepartnerschaften aus unterschiedlichen Disziplinen, die sich mit veränderten Ausrichtungen von Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung, insbesondere während der 1990er-Jahre, beschäftigen. Dabei handelt es sich aber meist nur um eine Bestandsaufnahme veränderter Länderorientierungen, Inhalte und Formen städtepartnerschaftlicher Zusammenarbeit nach 1989 oder um vereinzelte neuere

betrachte. Autorinnen und Autoren dieser Arbeiten sind z.B. die Politikwissenschaftlerin Inge Maria Burgmer (vgl. Burgmer 1989), der Rechtswissenschaftler Oliver Schnakenberg (vgl. Schnakenberg 1990) und die Rechtswissenschaftlerin Beatrice von Weizsäcker (vgl. von Weizsäcker 1990). Das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) hat diese „innerdeutschen“ (Burgmer 1989: 11) bzw. „deutsch-deutschen“ (ebd.), wie Burgmer differenziert, Städtepartnerschaften 2010 noch einmal eingehender betrachtet (vgl. Christmann/Mahnken/Apelt 2010).

³⁵ Auf diese Kontroversen werde ich in den kommenden beiden Kapiteln noch weiter eingehen.

Aspekte, nicht aber um weitergehende Interpretationen oder Analysen ihres Wandels. Häufig sind diese Arbeiten im Rahmen von interdisziplinären Tagungen zusammengetragen worden, wie beispielsweise die im Herausgeberband der Politik- und Geschichtswissenschaftler Annette Jünemann, Emanuel Richter und Hartmut Ullrich versammelten Fallstudien (vgl. Jünemann/Richter/Ullrich 1994) oder jene im Tagungsband des Volkskundlers Hans-Werner Retterath speziell zu Ost-West-Städtepartnerschaften (vgl. Retterath 2009a).³⁶ Diese Arbeiten kommen überwiegend zu dem Ergebnis, dass sich, beginnend mit der Aufnahme von Städtepartnerschaften mit mittel- und osteuropäischen Kommunen, auch bei westeuropäischen Städtepartnern ein Trend hin zu einer verstärkt themen-, verwaltungs- und zusammenarbeitsorientierten Arbeitsweise erkennen lasse (vgl. Ullrich 1994: 10; Wagner 1995: 359). Weitere neuerlich erschienene vereinzelt Arbeiten wenden sich potenziellen neuen Ausrichtungen von Städtepartnerschaften zu wie etwa die Magisterarbeit der Kommunikationswissenschaftlerin Antonia Stock zu deutsch-französischen und deutsch-russischen Städtepartnerschaften als Felder „interkulturelle[r] Begegnung“ (Stock 2005) oder die politikwissenschaftliche Monografie von Martin Steffan, eine Anleitung zum Klimaschutz als einem zukunftsweisenden Inhalt auch für Städtepartnerschaften (vgl. Steffan 2000). Auch die 2014 erschienene Doktorarbeit des bereits erwähnten Politikwissenschaftlers Kai Pfundheller, die sich explizit mit Neuerungen von Städtepartnerschaften aus deutscher beziehungsweise nordrhein-westfälischer Perspektive beschäftigt, enthält eher eine Reihe von neuerlichen kommunalen Aktivitäten und Strukturdaten und gibt „Empfehlungen für erfolgreiche Städtepartnerschaften“ (Pfundheller 2014: 209ff.), als dass die Art, Umstände und Folgen entsprechender Veränderungen genauer analysiert werden.³⁷

³⁶ Auch Beate Wagner gibt in ihrer Arbeit einen Ausblick auf Veränderungen von Städtepartnerschaften in Bezug auf die Aufnahme entsprechender Beziehungen nach Mittel- und Osteuropa und führt allgemeinere Tendenzen auf (vgl. Wagner 1995: insb. 365ff.; ebd. 1994: insb. 127ff.).

³⁷ Eine Übersicht über den Stand der deutschen Forschungen zu Städtepartnerschaften geben auch Ingo Bautz und Johann Wolfgang Wimmer. Bautz unterscheidet – im Unterschied zu mir – dreifach, zunächst Forschungsansätze (zwei effektbezogene Ausprägungen), dann Disziplinen (eine rechtswissenschaftliche), und sieht Forschungen zu Städtepartnerschaften zunehmend als verdrängt von übergreifenden (politikwissenschaftlichen) Fragestellungen (vgl. Bautz 2002: 14ff.). Wimmer gliedert – außer nach Perspektiven (Effekt, Rechtsaspekte) – überdies noch nach länderspezifischen Fokussen (vgl. Wimmer 1989: 7ff.). Kulturanthropologische und europäisch-ethnologische Forschungsansätze berücksichtigen beide nicht. Lediglich Ingo Bautz erwähnt eine kritische Haltung von Europäischen Ethnologinnen und Ethnologen, gemeint ist hiermit wahrscheinlich die Arbeit des Kulturanthropologen Ronald Lutz (vgl. Lutz 1988), auf die ich noch zu sprechen komme, zur Tendenz einer Selbstinszenierung von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern im Rahmen öffentlicher städtepartnerschaftlicher Auftritte (vgl. Bautz 2002: 15f.).

Interessant für diese Arbeit und Fragen des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften sind allerdings jüngere politikwissenschaftliche und geografische Forschungen, die gegenwärtige Städtepartnerschaften, nicht nur solche mit deutscher Beteiligung, in weitergehenden Zusammenhängen betrachten, wie etwa dem einer generellen Aufgabenzunahme von Kommunen infolge von EU-Europäisierungsprozessen und wirtschaftlichen Globalisierungsprozessen oder in Verbindung mit neueren Formen staatsgrenzübergreifender kooperativer kommunaler Zusammenarbeit.³⁸ Dies schließt sich direkt an die eingangs beschriebenen Beobachtungen an. Hier ist zum Beispiel ein Aufsatz der schon kurz erwähnten Politik- und Verwaltungswissenschaftlerin Kristine Kern zu nennen. Sie sieht Städtepartnerschaften durch im Zuge entsprechender Prozesse entstandene, zeitlich befristete und themenbezogene Arten staatsgrenzübergreifender „Städtekooperation“ (Kern 2001: 106) als herausgefordert an. Außer der pauschalen Feststellung, dass Städtepartnerschaften davon zunehmend „abgelöst“ (ebd.) würden, verbindet sie damit aber keine weitergehende Schlussfolgerung für das Format. Ein Aufsatz des ebenfalls bereits vorgestellten österreichischen Geografen Bernhard Köhle setzt Städtepartnerschaften beziehungsweise „kommunale Partnerschaften“ (Köhle 2005: 11) in Relation zu anderen Partnerschaften, deren Begriffen und Formen, wie sie in der jüngeren Vergangenheit vermehrt etwa im Zusammenhang mit der Bearbeitung EU-europäischer und globaler Herausforderungen oder mit neuen Regierungsbeziehungsweise Governance-Konzepten³⁹ verwendet würden (vgl. ebd.: 4f.). Köhle nutzt diesen Vergleich jedoch lediglich zur besseren Begriffsabgrenzung und verfolgt mit seiner Studie, die eigentlich den Fördermöglichkeiten von städtepartnerschaftlichen Aktivitäten und dem Städtepartnerschaftsverständnis der Europäischen Kommission nachgeht, auch ansonsten eher arbeitspraxisbezogene beziehungsweise antragsstrategische Ziele (vgl. ebd.: 54f.). Dennoch ist sein Gedanke einer Nähe von Städtepartnerschafts- und Partnerschaftsbegriffen für diese Arbeit und eine Bestimmung des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften sehr hilfreich und ausbaufähig. Ich werde dies im nächsten Kapitel wieder aufgreifen.

³⁸ Anders als Andreas Langenohl, der diese Entwicklung in Forschungen zu Städtepartnerschaften als Folgen eines verstärkten theoretischen Interesses ansieht (vgl. Langenohl 2015: 16), bin ich der Ansicht, dass es sich bei diesen Ausrichtungen nicht nur um wissenschaftlich gesetzte Themen handelt. Ich werde in der Zusammenfassung dieses Abschnitts noch näher darauf eingehen.

³⁹ Auf (EU-)Governance-Begriffe und -konzepte werde ich weiter unten sowie im nächsten Kapitel noch näher zu sprechen kommen.

Noch etwas weiter führen Ansätze aus der britischen Geografie, die derzeitige Entwicklungen von Städtepartnerschaften mit neueren Trends in der Stadtentwicklung und entsprechenden Forschungsansätzen zusammenbringen. Der in der Einleitung schon angeführte britische Humangeograf Nick Clarke beispielsweise sieht Städtepartnerschaften britischer Städte und Gemeinden im Laufe ihrer Geschichte als von verschiedenen kommunalen staatsgrenzenübergreifenden Organisationen und Beziehungsformen geprägt an und damit insgesamt als Teil einer längeren und veränderlichen Historie kommunaler Auslandsbeziehungen (vgl. Clarke 2010: 174ff.). Auch er nimmt Städtepartnerschaften als verstärkt zurückgesetzt und durch kurzzeitigere Kooperationsformen ersetzt wahr (vgl. ebd. 2012: 801; ebd. 2011: 124). Er betrachtet sie aber auch als Foren eines ökonomisch motivierten zunehmenden Austauschs und Vergleichs unterschiedlicher (kommunaler) Herangehensweisen und führt damit einen möglichen neuen Forschungsansatz⁴⁰ zur Betrachtung von gegenwärtigen Städtepartnerschaften ein (vgl. ebd. 2012: 802; ebd. 2009: 502). Auch die britischen Geografen und Soziologen David Bell, Philip Hubbard und Mark Jayne beobachten Städtepartnerschaften im Zusammenhang mit einer zunehmenden Wettbewerbsorientierung von Städten und entsprechenden Forschungsansätzen. Sie gehen, auch als Kritik an Clarke, aber davon aus, dass Städtepartnerschaften, vor allem deren Prinzip „Gastfreundschaft“, dabei nach wie vor eine Rolle spielten und nicht vollständig marginalisiert oder verdrängt würden (vgl. Jayne/Hubbard/Bell 2013: 250f.). Die schon genannte deutsche in Großbritannien forschende Geografin Julia Grosspietsch sieht deutsch-britische Städtepartnerschaften derzeit nicht nur im urbanen Standortwettbewerb, sondern auch für EU-europäische Politikziele mobilisiert und dabei sowohl „functional changes“ (Grosspietsch 2009: 1289) als auch eine bisherige Varianten ergänzende „new form“ (ebd.) entstehen. Insbesondere die letzten beiden Ansätze kommen meinen eigenen Überlegungen nahe. Sie gehen von einem Wandel von Städtepartnerschaften bei gleichzeitig Gleichbleibendem aus und bringen gegenwärtige Städtepartnerschaften auch mit globalen Entwicklungen in Verbindung. Sie bleiben aber auf eine kommunale beziehungsweise (groß-)städtische Sichtweise beschränkt, wie es auch der Soziologe Andreas Langenohl sieht (vgl. Langenohl 2015:

⁴⁰ Auf diesen „Policy Mobility“- bzw. „Urban Policy Mobility“-Ansatz werde ich im folgenden Abschnitt noch vertiefend eingehen.

16), und gehen auch weder auf das transformative „wie“ noch auf Folgen eines entsprechenden Wandels ein.^{41, 42, 43}

Kulturanthropologische Forschungen⁴⁴ zu Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung weisen eine doppelte Rarität auf: Sie werden kaum zitiert und sind insgesamt sehr wenige, obwohl der bereits erwähnte Empirische Kulturwissenschaftler Hermann Bausinger bereits 1969 in einem explorativen Aufsatz Vorschläge für ethnografische Perspektiven auf die „Ortspartnerschaft“ (Bausinger 1969) eröffnete. Er fragt sich zwar zunächst, ob diese wegen ihres meist von städtischen Eliten oder Verbänden angeleiteten Charakters als Gegenstand volkskundlicher Forschungen überhaupt in Betracht käme (vgl. ebd.: 75f.). Dann beschreibt er aber ausführlich (und sichtlich davon angetan) verschiedene Beobachtungen einer deutsch-französischen Städtepartnerschaft im Bundesland Baden-Württemberg. Ihn interessieren wegen des vergleichsweise häufigen Vorkommens von Städtepartnerschaften dort insbesondere Fragen ihrer geografischen Ausbreitung, Ausdehnung und Distanz (vgl. ebd.: 78ff.). Beachtung schenkt er auch dem Verhältnis von Städtepartnerschaft, etwa für die Eingliederung von Vertriebenen, und Städtepartnerschaft, von politischer Ausrichtung und eigenständiger Entwicklung sowie Motivationen zur wechselseitigen Kontaktaufnahme, beteiligten und nicht beteiligten Akteuren, Besonderheiten und Mustern der Städtepartnerschaftsanbahnung und persönlichen sowie Vorortauswirkungen (vgl. ebd.: 80ff.). Rund 20 Jahre später brachte der Kulturanthropologe Ronald Lutz das Thema Städtepartnerschaften wieder auf die fachliche Agenda. Als aktives Mitglied eines Städtepartnerschaftsvereins berichtet er

⁴¹ Die vollständige Studie ist auch in Julia Grosspietschs Doktorarbeit nachzulesen (vgl. Grosspietsch 2010). Dass Städtepartnerschaften derzeit eine steigende ökonomische Bedeutung (zugeschrieben) bekommen, zeigt auch die Arbeit von Rolf Cremer, Anne de Bruin und Ann Dupuis am Beispiel von Städtepartnerschaften mit außereuropäischer Beteiligung (vgl. Cremer/de Bruin/Dupuis 2001).

⁴² Darüber hinaus gibt es auch vereinzelte Forschungsarbeiten zu deutsch-polnischen Städtepartnerschaften, etwa die des polnischen Raumplaners Marek Furmankiewicz (vgl. Furmankiewicz 2005; ebd. 2007). Ich werde Einzelheiten davon im 4. Kapitel wieder aufgreifen. An der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main ist außerdem eine sozialwissenschaftliche (leistungsbezogene) Diplomarbeit zu deutsch-polnischen Städtepartnerschaften entstanden (vgl. Bacic 2007).

⁴³ Überdies beginnen die deutschen und französischen Geschichtswissenschaften damit, eine eigene Forschungsperspektive auf Städtepartnerschaften zu entwickeln. Diese wendet sich einzelnen Zeitabschnitten von Städtepartnerschaften zu und ist vor allen Dingen an der Rolle von Städtepartnerschaften in (politischen) staatsgrenzenübergreifenden Beziehungen interessiert. Einen Überblick gab eine interdisziplinäre Tagung an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz im Oktober 2015 (vgl. Historisches Seminar der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 2015).

⁴⁴ Um meinen eigenen Ansatz besser in die kulturanthropologische Forschungslandschaft einordnen zu können, und auch, weil kulturanthropologische Forschungen viele Facetten bearbeiten, ändere ich an dieser Stelle die bisherige Gliederung des Kapitels und führe den Stand dieser Forschungen zu Städtepartnerschaften gesammelt und disziplinenbezogen auf.

essayistisch und (selbst-)kritisch aus der Arbeitspraxis. Er befürwortet Städtepartnerschaften als eine Möglichkeit „gegenseitiger Solidarität“ (Lutz 1988: 343) und zum „Verständnis des Fremden“ (ebd.). Lutz kritisiert aber gleichzeitig, dass dies nur möglich sei, wenn alltägliche Einsichten und auch Kontroversen zugelassen würden und die Teilnahme einer breiten Bevölkerung gewährleistet sei. Beides sieht er in Städtepartnerschaften zugunsten von offiziellen Kontakten und politischer Inszenierung als vernachlässigt an (vgl. ebd.: 343). Lutz' Beitrag ist zwar eher deskriptiv, aber einer der wenigen, der das Städtepartnerschaften zugeschriebene Leistungsvermögen kritisch hinterfragt. Er mahnt kulturanthropologische Forschungen an, Anspruch und Wirklichkeit von Städtepartnerschaften zu überprüfen (vgl. ebd.: 347). Erneut etwa 20 Jahre später veröffentlichte der Empirische Kulturwissenschaftler und Europäische Ethnologe Reinhard Johler einen Aufsatz, in dem er eine neue Forschungsperspektive auf Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung vorstellt. Diesem Aufsatz liegt keine eigene Forschung, aber die Vorbereitung auf ein umfangreicheres Forschungsprojekt zur Thematik zugrunde (vgl. Johler 2009: 20). Reinhard Johler sieht die besondere Leistung von Städtepartnerschaften in ihrer Eigenschaft, zwischen Privatem und Politischem, „in between“ (ebd.: 26), angesiedelt zu sein und Differenz- und Gemeinsamkeitserfahrungen in Europa für eine breite Bevölkerung persönlich erlebbar zu machen (vgl. ebd.: 27). Aus seiner Sicht führen sie in kommunalen Bereichen den Prozess einer europäischen Einigung fort und verstärken eine staatsgrenzenübergreifende Perspektive und Identität der Beteiligten. Johler mahnt allerdings an, dass Migrantinnen und Migranten, beispielsweise aus Süd-Ost-Europa, in diesen Prozess bisher wenig einbezogen worden seien, und sieht Städtepartnerschaften vor allen Dingen als symbolisch wirksam an (vgl. ebd.: 36).

Über diese drei kulturanthropologischen und europäisch-ethnologischen Betrachtungen von Städtepartnerschaften hinaus gibt es einzelne fachliche Aufsätze über Teilaspekte. Hans-Werner Retterath verfolgt die Haltung von Vertriebenen in Deutschland zu Städtepartnerschaften nach Mittel- und Osteuropa (vgl. Retterath 2009b) und betrachtet allgemeiner die Bedeutung von Migrantinnen und Migranten in Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung (vgl. ebd. 2011). Martina Becker, wie eingangs bereits erwähnt, ebenfalls Volkskundlerin, beschäftigt sich mit deutsch-polnischem Schüleraustausch und den Charakteristika der darin involvierten Lehrkräfte (vgl. Becker 2009; ebd. 2014). Der Empirische Kulturwissenschaftler und Schüler von Reinhard

Johler Christian Vogel thematisiert europäische Semantiken und deren alltägliche Auswirkungen im Zusammenhang mit deutsch-französischen Städtepartnerschaften in Tübingen (vgl. Vogel 2004). Die einzige mir bekannte umfangreiche ethnografische Arbeit, die im Fach je zu Städtepartnerschaften verfasst wurde, ist die Dissertation der Volkskundlerin Bettina Fieber. Sie behandelt überwiegend örtliche und soziokulturelle Auswirkungen und wechselseitige Beeinflussungen (kleinerer) deutsch-französischer und deutsch-italienischer Gemeinde-, Städte- und Regionalpartnerschaften im Rheingau, zum Beispiel im Stadtbild oder auf persönliche Gewohnheiten und Einstellungen (vgl. Fieber 1995: 2). Bettina Fieber und (bezogen auf den deutsch-polnischen Schüleraustausch) inzwischen auch Martina Becker sind zwei der wenigen Vertreterinnen aus dem Fach, die zumindest bis zu einem gewissen Grad nicht nur Erfahrungen und Einschätzungen von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, sondern auch von beteiligten Bürgerinnen und Bürgern berücksichtigen. Einige der anderen Autorinnen und Autoren streifen für diese Arbeit interessante Teilaspekte, etwa zum Verhältnis von politischen und anderen Dimensionen von Städtepartnerschaften. Mit einem Wandel beschäftigen sie sich allerdings nicht.⁴⁵

Streng genommen keine kulturanthropologische, sondern eine soziologische Arbeit, aber aufgrund ihres praxeologischen und auch ethnografischen Ansatzes an kulturanthropologische Überlegungen anschlussfähig, ist die 2015 erschienene Monografie des bereits mehrfach erwähnten Andreas Langenohl. Am Beispiel von Städtepartnerschaften hessischer (Klein-)Städte geht Langenohl politischen Bedeutungen von Städtepartnerschaften etwa bei der Schaffung einer „europäischen Bürgerschaft“ nach. Durchaus in kritischer Haltung zu (derzeitigen EU-)politischen Leistungserwartungen an Städtepartnerschaften vertritt er die These, dass staatsgrenzenübergreifende Effekte von Städtepartnerschaften erst durch spezifische Sozialtechniken und Aktivitäten vor Ort hergestellt und ermöglicht würden (vgl. Langenohl 2015: 2) und dass sich staatsgrenzenübergreifende Praktiken städtepartnerschaftlicher Akteure implizit in ökonomischen Marktformen bewegen (vgl. ebd.: 224). Langenohl beschäftigt sich also eher mit den Entstehungsbedingungen

⁴⁵ Im Fach Volkskunde lassen sich an österreichischen Universitäten noch einige weitere (unveröffentlichte) Arbeiten zu Städte- bzw., wie diese regional bezeichnet werden, „Ortspartnerschaften“ (Franke 1991) finden. Diese gleichen jedoch eher exemplarischen Bestandsaufnahmen, wie z.B. die Arbeiten von Jens Franke (vgl. ebd.) und Barbara Winkler (vgl. Winkler 2008).

und Transnationalisierungspraktiken von Städtepartnerschaften, ihrer politischen Dimension und ihren Veränderungen über die Zeit und lehnt sie eng an den EU-europäischen Einigungsprozess an, während ich in meiner eigenen Arbeit von einer transnationalen Verfasstheit gegenwärtiger Städtepartnerschaften ausgehe, über einen europäischen Rahmen hinausgehe und den gegenwärtigen Wandel betrachte. Vor allen Dingen aber seine Überlegungen zu einer politischen Geschichtsschreibung von Städtepartnerschaften (vgl. ebd.: 14ff.) decken sich in großen Teilen mit meinen eigenen und sind daher für diese Arbeit zentral. Auch seine Schlussfolgerungen zu im Wesentlichen EU-initiierten veränderten Austauschlogiken (vgl. ebd.: 223f.) und derzeitigen Herausforderungen von Städtepartnerschaften sind für diese Arbeit hilfreich, wenn ich sie auch nicht vollständig teile. Ich werde darauf an anderer Stelle und im Fazit wieder zurückkommen.

2.1.2 Zwischenfazit und Positionierung des eigenen Ansatzes

Der Überblick über den Stand der Forschungen zu Städtepartnerschaften mit deutschem Bezug und auf Basis deutschsprachiger Literatur zeigt, dass diese sich relativ deutlich entlang von unterschiedlichen historisch-politischen Ereignissen, disziplinären Herangehensweisen und inhaltlichen Aspekten differenzieren lassen. So entstanden die ersten Arbeiten vor dem Hintergrund verstärkter europäischer Einigungsbemühungen, waren meist politikwissenschaftlich ausgerichtet und beschäftigten sich mit den europapolitischen Leistungen und Möglichkeiten von vor allen Dingen deutsch-französischen Städtepartnerschaften. Eine spätere Gruppe kam nach konfliktreichen Abschlüssen beispielsweise deutsch-polnischer Städtepartnerschaftsvereinbarungen aus dem Bereich der Rechtswissenschaften und widmete sich Fragen der Legitimität entsprechender städtepartnerschaftlicher Aktivitäten. Eine dritte Riege entstammte unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, hatte keinen klaren Länderfokus und dokumentierte eher neuere Entwicklungen und Ausprägungen von Städtepartnerschaften vor allem nach 1989. Kulturanthropologische Arbeiten befassten sich parallel dazu mit vielen verschiedenen Facetten städtepartnerschaftlicher Arbeit. Dies lässt darauf schließen, dass hiesige wissenschaftliche Arbeiten zu Städtepartnerschaften zwar auf Veränderungen reagieren und diese aufnehmen, sie aber nicht weiter analysieren und sich häufiger an deren politischen Entwicklungen und entsprechendem politischen Stellenwert und normativen Erwartungen orientieren – so sieht es auch Andreas Langenohl (vgl. Langenohl 2010: 53; 54) – und weniger an

eigenständigen wissenschaftlichen Fragestellungen und auch Forschungsarbeiten und Forschungsergebnisse aus anderen Ländern kaum aufnehmen. Dies ist ein aus kulturalanthropologischer Sicht durchaus problematischer Befund, auf den ich im folgenden Kapitel noch einmal eingehen werde.

Etwas weiter führen Forschungen beispielsweise aus der britischen Geografie, die Städtepartnerschaften etwas freier und in größeren Zusammenhängen betrachten. Auch wenn diese nicht zwangsläufig Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung fokussieren und möglicherweise den Grad ihrer Normativität aufgrund einer anderen Situation nach dem Zweiten Weltkrieg auch etwas anders einschätzen – auch darauf werde ich im folgenden Kapitel noch näher eingehen –, lohnt es sich, diese Arbeiten hier einzubeziehen. Darin wird – ganz im Sinne eines Assemblage-Konzepts – ein erweiterter Blick auf den Gegenstand geworfen und werden (neuere) Entwicklungen ins Visier genommen, die Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung ebenso betreffen und für eine Betrachtung des gegenwärtigen Wandels wichtig sind. So thematisieren sie Städtepartnerschaften etwa in standortwettbewerblichen und EU-politischen Zusammenhängen und nehmen auch Veränderungen an ihnen wahr. Ein gegenwärtiger Wandel von Städtepartnerschaften wird jedoch auch in diesen Arbeiten eher unproblematisch festgestellt, als dass der Wandlungsprozess, dessen Praktiken und Folgen interpretiert und analysiert werden. Zudem bleiben auch sie bei der Betrachtung einiger weniger, meist kommunaler beziehungsweise großstädtischer städtepartnerschaftlicher Akteure stehen.

Bisherige Forschungsarbeiten zu Städtepartnerschaften ähneln sich also in ihrer Politikbezogenheit beziehungsweise in ihrer starken Fokussierung auf überwiegend (kommunal-)politische Akteure und Fragen. Dies eröffnet eine Fülle von Aspekten, die in Bezug auf gegenwärtige Städtepartnerschaften und ihren Wandel aus kulturalanthropologischer Perspektive noch eingängiger betrachtet werden können. Die allermeisten davon sind als Forschungsfragen schon in der Einleitung erwähnt. Zu ergänzen wäre angesichts einer gewissen inhaltlichen Engführung bisheriger Forschungsfragen vor allem in Bezug auf Deutschland die Frage einer Co-Konstruktion städtepartnerschaftlicher Entwicklungen durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Darauf werde ich im nächsten Kapitel noch verstärkt eingehen. An der Auseinandersetzung mit bestehenden Forschungen zu Städtepartnerschaften lässt sich

noch einmal verdeutlichen, worin die besondere Leistungsfähigkeit des Assemblage-Konzepts beziehungsweise des *assembling*-Ansatzes und des Formatgedankens in Bezug auf den gegenwärtigen Wandel von Städtepartnerschaften liegt: Es kann mehr als eine Bilanz gezogen werden. Es können übergreifende Entwicklungen, weitere Akteure und wechselseitige Verhältnisse im Zusammenhang sowie Prozesse, Praktiken und Folgen des Wandels mit offenem Ausgang beobachtet, weitergehend interpretiert und analysiert und damit auch zu enge Fokussierungen und normative Vorannahmen weitgehend umgangen werden. Angesichts all dessen und wegen des besonders lückenhaften Forschungsstands hierzu tritt eine meiner Forschungsfragen besonders hervor, nämlich die: Wer ist der oder wer sind (die eigentlichen) Akteure des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften?

2.2 Weitere hilfreiche Forschungsansätze aus anderen Forschungsbereichen

2.2.1 Aus der politikwissenschaftlichen Stadtpolitik- und geografischen Stadtentwicklungsforschung

Da Städtepartnerschaften, nicht zuletzt gebunden an einen offiziellen Vertrag, wie in der Einleitung bereits skizziert, immer auch mit einer Kommune und kommunalen und städtischen Entwicklungen in Verbindung stehen, muss zur weiteren Bestimmung ihres gegenwärtigen Wandels die besondere Situation von (deutschen) Kommunen und Städten in Europa und einer globalisierten Welt berücksichtigt werden. Dieser Abschnitt fasst daher zentrale Ansätze und Perspektiven der überwiegend politikwissenschaftlich, aber auch geografisch geführten Diskussion um derzeitige Handlungsbedingungen und Handlungsorientierungen kommunaler und städtischer Akteure und entsprechende Ansätze zusammen, um das *assembling* dieser Akteure in Bezug auf Städtepartnerschaften diesbezüglich interpretieren und analysieren zu können. Die spezielle Situation von Kommunen und Städten des Ruhrgebiets und der entsprechenden Partnerstädte wird im 4. Kapitel intensiver behandelt.

Innerhalb der deutschen Politikwissenschaften hat sich in den 1970er-Jahren der Bereich „Lokale Politikforschung“ beziehungsweise „Stadtpolitikforschung“ herausgebildet, um kommunal(-politisch-)e Entwicklungen auch im Zusammenhang mit übergreifenden Veränderungsprozessen und in Bezug auf das gesamte Stadtgefüge begreifen und analysieren zu können, wie auch der Politikwissenschaftler Hubert

Heinelt und die Politikwissenschaftlerin Margit Mayer und andere feststellen (vgl. Heinelt/Mayer 2001; Münch 2006b: 67ff.).⁴⁶ Aus der Perspektive dieser beiden Forschungszweige hat eine Reihe von externen Gründen dazu geführt, dass sich kommunale Arbeitsweisen in Deutschland sowohl innerhalb der Verwaltungen als auch in Bezug auf Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren stark verändert hätten. So sind aus Sicht der bereits erwähnten Politikwissenschaftler Jörg Bogumil und Lars Holtkamp, zweier Vertreter des Ansatzes der Lokalen Politikforschung⁴⁷, in einer zunehmenden Mitwirkungspflicht von Kommunen an landes- und bundespolitischen Aufgaben sowie in den für sie anfallenden finanziellen Lasten der Deutschen Einheit (vgl. Bogumil/Holtkamp 2006: 48) wesentliche Ursachen dafür auszumachen, dass sich die Haushaltslage deutscher Kommunen massiv verschlechtert habe und es zu einer zunehmenden „Ökonomisierung der Kommunalverwaltung“ (ebd.: 43) gekommen sei. Diese schlage sich, in Deutschland vermittelt durch das „Neue Steuerungsmodell (NSM)“ (ebd.: 48), in einer verwaltungsinternen Neuorientierung an betriebswirtschaftlichen Managementansätzen nieder, in einer stärkeren administrativen Dezentralisierung, einer größeren Leistungs- und Ergebnisorientierung kommunaler Arbeit und in einer Übertragung kommunaler Aufgaben an privatwirtschaftliche Akteure (vgl. ebd.: 81f.).⁴⁸ Eine an ökonomischen Kalkülen ausgerichtete Verwaltungsorganisation zeige sich aber auch an einer vermehrten Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in kommunale Angelegenheiten (vgl. ebd.: 80), etwa unter dem Schlagwort „kooperative Demokratie“ (ebd.: 114). In den Augen der Sozialwissenschaftler und Soziologen Hartmut Häußermann, Dieter Läßle und Walter Siebel, Vertreter des Ansatzes der Stadtpolitikforschung, gehen diese Veränderungen, insbesondere das Konzept der „Bürgerkommune“ (Häußermann/Läßle/Siebel 2008: 272), noch etwas weiter. So solle nicht nur die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an kommunalen Entwicklungsprozessen ermöglicht, sondern im Sinne einer „Koproduktion“ (ebd.: 273) auch verpflichtend sichergestellt werden, um eine Akzeptanz für die Durchsetzung bestimmter politischer Ziele zu erhöhen und vorhandene Ressourcen besser zu nutzen (vgl. ebd.: 272f.). Für Häußermann, Läßle

⁴⁶ Heinelt und Mayer beschreiben diesen Forschungszweig als relativ klein, aber vergleichsweise offen gegenüber Ansätzen aus benachbarten wissenschaftlichen Disziplinen, was innerhalb der Politikwissenschaften nicht nur auf Anerkennung gestoßen sei (vgl. Heinelt/Mayer 2001: 64ff.).

⁴⁷ Sicher sind sie hierbei nicht die einzigen. Da ihre Forschung aber immer wieder Beispiele des Ruhrgebiets heranzieht, das einen Schwerpunkt dieser Arbeit darstellt, werden ihre Arbeiten hier bevorzugt behandelt.

⁴⁸ Ähnlich sehen es auch die Sozialwissenschaftler und Soziologen Hartmut Häußermann, Dieter Läßle und Walter Siebel (vgl. Häußermann/Läßle/Siebel 2008: 295).

und Siebel lässt sich ein sinkender Wohlstand deutscher Kommunen und Städte auch auf weiterreichende Ursachen zurückführen, wie etwa auf eine wirtschaftliche Globalisierung, Folgeprobleme eines Strukturwandels zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft und eine zunehmend alternde und multiethnische Gesellschaft. Eine Ursachenbewältigung, insbesondere auch in Integrationsfragen, sei eine Herausforderung für die gesamte Stadt (vgl. ebd.: 8ff.). Ihr Konzept der „Bürgerkommune“ (ebd.: 272) spielt damit auf eine Neuordnung des Verhältnisses von Kommunen zu ihren Bürgerinnen und Bürgern und letztendlich auch auf einen Wandel von Staatswesen an. „Die Bürger und die Assoziationen, die sie gebildet haben (Vereine, Verbände), sollen als Partner für die staatliche Aufgabenerfüllung gewonnen und aktiviert werden.“ (Ebd.: 296) Ich werde weiter unten im Abschnitt 2.2.2 im Zusammenhang mit Governance- und Gouvernamentalitätsansätzen noch darauf zurückkommen, warum dies für eine Betrachtung des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften von Bedeutung ist.

Auch kritische Geografinnen und Geografen sehen eine zunehmende Ökonomisierung von (deutschen) Kommunen und Städten als derzeit prägende Entwicklungen, interpretieren entsprechende Veränderungen aber als noch weitergehende und neoliberale⁴⁹ Entwicklungstrends. Zwar weisen sie, wie die Geografinnen und Geografen Susanne Heeg, Andrej Holm und Robert Pütz (vgl. Holm/Heeg/Pütz 2009: 91), nicht jede Veränderung in Deutschlands städtischen Zentren per se so aus. Doch sehen sie in einer zunehmenden Orientierung städtischer Maßnahmen an ökonomischen Kriterien und in einem fortschreitenden Rückzug staatlicher und kommunaler Kräfte aus ehemals eigenen Aufgabenbereichen deutliche Kennzeichen des Neoliberalen wie Susanne Heeg und die Geografin Marit Rosol (vgl. Heeg/Rosol 2007: 492). Die zentrale Grundannahme entsprechender raumwissenschaftlicher Ansätze zu „neoliberaler Stadtpolitik“ (ebd.: 491) beziehungsweise „neoliberaler Stadtentwicklung“ (Holm/Heeg/Pütz 2009: 91) ist ihrem wesentlichen Begründer, dem US-amerikanisch-britischen Geografen David Harvey, zufolge, dass Kommunen und Städte mit dem Niedergang des Wohlfahrtstaates ihren Wohlstand nach kapitalistischen Methoden

⁴⁹ Unter „neoliberal“ wird hier in Anlehnung an den US-amerikanischen Stadtforscher Neil Brenner, den britischen in Kanada lehrenden Geografen Jamie Peck und den US-amerikanischen Stadtplaner Nik Theodore die durchaus ideologische Vorstellung verstanden, dass ein nicht gelenkter bzw. regulierter Wettbewerb der beste Garant für wirtschaftlichen und auch gesellschaftlichen Fortschritt sei (vgl. Theodore/Peck/Brenner 2011: 15). Darüber hinaus teile ich auch deren sowie Aihwa Ongs Einschätzung der Existenz unterschiedlich ausgeprägter Neoliberalisierungen (vgl. Ong 2007).

selbsttätig erwirtschafteten und quasi „unternehmerisch“ tätig werden müssten (vgl. Harvey 1989).⁵⁰ Damit verweisen kritische Geografinnen und Geografen über die bereits genannten Auswirkungen einer betriebswirtschaftlichen Organisation von Kommunalverwaltungen und einer stärkeren Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in die kommunale und städtische Aufgabenerledigung hinaus auch auf eine grundsätzliche Neuausrichtung städtischer Arbeitsweisen und Aktivitäten und ein stärkeres städtisches Konkurrenzverhalten als maßgebliche Konsequenzen, wie auch Heeg und Rosol resümieren (vgl. Heeg/Rosol 2007: 493ff.). Kommunen und Städte orientierten sich also zunehmend mehr an der Standortpolitik als an der Daseinsvorsorge (vgl. Mayer 1998: 429f.), weshalb die Geografin Annika Mattissek neoliberale Stadtpolitik auch als spannungsreiches „Stadtmarketing“ (Mattissek 2008: 11; 269) bezeichnet. Unabhängig davon, wie stark entsprechende Ausprägungen in deutschen Kommunen und Städten schon vorangeschritten seien – Häußermann, Läßle und Siebel weisen hier auf Unterschiede hin (vgl. Häußermann/Läßle/Siebel 2008: 356f.) –, ist neoliberale Stadtpolitik beziehungsweise Stadtentwicklung als Bedingung, Herausforderung und auch Diskurs anzusehen, wodurch die Arbeit kommunaler und städtischer Akteure beeinflusst wird. Es ist folglich in Bezug auf den gegenwärtigen Wandel von Städtepartnerschaften zu fragen, inwiefern sich diese Entwicklungen hier niederschlagen beziehungsweise welche Rolle Städtepartnerschaften dabei spielen (sollen). Dem werde ich vor allen Dingen im 5. und 6. Kapitel weiter nachgehen.

Mit der Feststellung einer zunehmenden Wettbewerbsorientierung von Städten eng verbunden sind Beobachtungen innerhalb der britischen kritischen Geografie von gleichzeitig konkurrierenden und miteinander kooperierenden Städten wie etwa bei den in der Einleitung bereits erwähnten britischen Geografen Eugene McCann und Kevin Ward (vgl. McCann/Ward 2011).^{51, 52} Hierzu haben sich unter dem Schlagwort „Policy Mobility“ (Peck/Theodore 2010: 169ff.) oder „Urban Policy Mobility“ (McCann 2011: 109) vor allen Dingen im anglo-amerikanischen Raum konstruktivistische Ansätze entwickelt, nach denen Städte und deren Vertreterinnen und Vertreter nicht einfach

⁵⁰ Nach Ansicht einiger Autoren, wie Brenner, Peck und Theodore, kommt Städten damit als „strategic targets and proving grounds“ (Theodore/Peck/Brenner 2011: 24) eine besondere Rolle in der Umsetzung und Erprobung neoliberaler Politiken zu. So sieht es auch Margit Meyer (vgl. Mayer 1998: 428f.).

⁵¹ Dies vertritt auch Kristine Kern (vgl. Kern 2002: 199).

⁵² Für den britischen Kulturwissenschaftler Shane Ewen und den britischen Raumplaner Michael Hebbert sind staatsgrenzenübergreifende Städtekooperationen bereits seit Langem ein Mittel zur Bearbeitung von Herausforderungen im Zusammenhang mit EU-Europäisierungs- und Globalisierungsprozessen (vgl. Ewen/Hebbert 2007: 337).

voneinander „kopierte“, sondern für übertragungswürdig gehaltene Konzepte und Praktiken modifizierten und diese und sich selbst im Prozess der Übernahme auch veränderten. In entsprechenden Politikmobilitätsansätzen wird damit nicht nur die Bedeutung von staatsgrenzenübergreifend operierenden städtischen Akteuren, ihren Städtekooperationen und Austauschgelegenheiten für konkrete städtische Veränderungsentscheidungen hervorgehoben, wie es etwa der US-amerikanisch-britische Geograf Ian Cook und Kevin Ward tun (vgl. Cook 2008: 776f.; Cook/Ward 2012: 138f.), sondern wird auch eine transnationale, assemblageartige Beschaffenheit von Städten betont wie bei Eugene McCann und Ward (vgl. McCann/Ward 2011: xv). Mit diesen Ansätzen lassen sich besonders statische und lineare „Voneinander-Lernen-Ansätze“, wie die der britischen Politikwissenschaftler David Dolowitz und David Marsh (vgl. Dolowitz/Marsh 2000) und der Politikwissenschaftlerin Susanne Lütz (vgl. Lütz 2007) und auch entsprechende Erwartungen an gegenwärtige Städtepartnerschaften kritisch hinterfragen, die, wie eingangs und weiter oben im Zusammenhang mit Nick Clarke bereits angedeutet (vgl. Clarke 2012: 802; ebd. 2009: 502), zunehmend auch als Gelegenheiten für Politiktransfer genutzt werden sollen. Politikmobilitätsansätze sind, wie es sich an Beobachtungen im Zusammenhang mit gegenwärtigen Städtepartnerschaften zeigt, aber auch selbst ergänzungsbedürftig, wie ich im 6. Kapitel deutlich machen werde.⁵³

Darüber hinaus halten deutsche Sozial- und Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler Handlungsentscheidungen von Kommunen und ihren Akteuren auch für zunehmend durch Gesetze und Vorschriften der Europäischen Union beeinflusst. Während diese überwiegend rechts- und politikwissenschaftlich geführte Diskussion⁵⁴ zunächst meist unter dem Blickwinkel einer Einengung kommunaler Handlungsspielräume, wie etwa bei dem Politikwissenschaftler Dietrich Thränhardt (vgl. Thränhardt 1998: 336), einer „Gefahr für die kommunale Selbstverwaltung“ (Ambrosius 2001: 61), wie bei dem Wirtschaftshistoriker Gerold Ambrosius, oder einer „Europabetroffenheit“ (Münch 2006b: 125ff.), wie es die schon genannte Politikwissenschaftlerin Claudia Münch allgemein zusammenfasst, geführt wurde,

⁵³ Auch wenn diese Ansätze nicht per se für deutsche Akteure entwickelt wurden, halte ich sie hier für anwendbar, da bei entsprechenden Zusammenkünften auch deutsche Akteure einbezogen werden.

⁵⁴ Da es sich hierbei im Wesentlichen um eine kurze Skizze der politikwissenschaftlichen EU-Europäisierungsforschung handelt, müsste diese streng genommen einen eigenen Gliederungsunterpunkt bekommen. Da ich sie aber nicht in Gänze nachzeichnen möchte und sie sich in den Aspekten, die ich im Folgenden anspreche, gut in die Liste der Fragen von derzeitigen und zukünftigen kommunalen und städtischen Herausforderungen eingliedern lässt, ordne ich sie hier nur unter.

folgten später auch Ansätze, die eine Bedeutungssteigerung oder verbesserte Möglichkeiten von Kommunen durch die Europäische Union betonten.⁵⁵ Hierbei sind maßgeblich Claudia Münch und der Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann zu nennen. Aus ihrer Sicht bietet die besondere politische Gliederung der Europäischen Union⁵⁶ Kommunen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neue politische Beteiligungsmöglichkeiten und neue Handlungsoptionen im Sinne von problemlösungsorientierten Lernmöglichkeiten (vgl. von Alemann/Münch 2006a; ebd. 2006c: 495). Als eine zentrale Aufgabe für Kommunen empfehlen sie daher, ihre „Europafähigkeit“ (ebd. 2006b: 16) beziehungsweise ihre „Europakompetenz“ (ebd.: 17) – verstanden als das Wissen um die für Kommunen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter relevanten Anforderungen und Möglichkeiten der Europäischen Union – weiter zu verbessern. Während Münch und von Alemann entsprechende Lernoptionen durchweg als positive, sogar emanzipatorische Errungenschaften bewerten und aktiv bewerben, äußert der einleitend bereits erwähnte Politikwissenschaftler und Kulturmanager Emanuel Richter hierbei Bedenken. Eine themenbezogene staatsgrenzenübergreifende Zusammenarbeit könne auch desintegrative Folgen haben, da sie sich kleinräumiger organisieren und damit dem politischen Zusammenspiel der Europäischen Union insgesamt entgegenwirken könne (vgl. Richter 1994: 54). Da der Aspekt des „Voneinander-Lernen-Könnens“, wie eingangs zitiert, bei einigen politischen städtepartnerschaftlichen Akteuren eine Rolle spielt, ist diese Diskussion in Bezug auf entsprechende Chancen und Möglichkeiten der Europäischen Union für Kommunen – ebenso wie die Kritik daran – wichtig und bei der Betrachtung des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften zu berücksichtigen. Ich werde dies vor allen Dingen im nächsten, aber auch im 5. Kapitel behandeln.

Derzeitige Handlungsbedingungen und Herausforderungen von (deutschen) kommunalen und städtischen Akteuren – so lässt sich an dieser Stelle mit Blick auf entsprechende (überwiegend deutschsprachige) politikwissenschaftliche und

⁵⁵ Claudia Münch hat die kommunalen Auswirkungen von Vorschriften der Europäischen Union seit dem Vertrag von Maastricht und der damit verbundenen Umsetzung des EU-Binnenmarktes zusammengetragen und analysiert. Sie beschreibt, wie auch Dietrich Thränhardt, weitreichende durch EU-Wettbewerbsrecht ermöglichte Eingriffe der Europäischen Union in einst eigene Zuständigkeitsbereiche der Kommunen wie die Wasser- und Energieversorgung und die kommunale Wirtschaftsförderung und führt aus, dass ein Großteil der mit dem EU-Binnenmarkt verbundenen neuen Vorschriften von den Kommunen einzuführen gewesen sei (vgl. Münch 2006b: 125ff.). Ihrer Ansicht nach war dies ein „Schock“ (ebd.: 269) und eine wesentliche Voraussetzung für den Beginn einer kommunalen EU-Orientierung, zum Beispiel auch in Bezug auf staatsgrenzenübergreifende Kooperationen.

⁵⁶ Ich werde darauf im folgenden Abschnitt noch intensiver eingehen.

geografische Forschungen zusammenfassen –, werden als durch sehr unterschiedliche überlokale Entwicklungen geprägt angesehen: neu übertragene Aufgaben, Bevölkerungsentwicklungen, globaler Wettbewerb und EU-europäische Vorschriften. Sie drücken sich vor allem in Finanzierungsschwierigkeiten und entsprechenden (neoliberalen und partizipativen) Bewältigungsstrategien aus. Es ist aus kulturanthropologischer Perspektive zu prüfen, inwiefern entsprechende kommunale und städtische Herausforderungen und deren Folgen insbesondere eine stärkere interne und externe ökonomische Ausrichtung, mehr Einbezug von Bürgerinnen und Bürgern und eine verstärkte EU-Wahrnehmung von Kommunen sowie ein (globaler) Standortwettbewerb auch in Bezug auf gegenwärtige Städtepartnerschaften verhandelt werden und ob Städtepartnerschaften oder einzelne ihrer Elemente von entsprechenden Akteuren damit verknüpft und verändert werden.

2.2.2 Aus der Governance- und Gouvernementalitätsforschung verschiedener Disziplinen

Wie in der Einleitung aufgezeigt und im vorausgehenden Abschnitt angedeutet, spielen in Bezug auf gegenwärtige Städtepartnerschaften auch veränderte Formen des Regierens beziehungsweise Aspekte der Lenkung und Regulierung⁵⁷ durch kommunale, verbandspolitische und EU-europäische und weitere politische städtepartnerschaftliche Akteure eine Rolle. So werden, wie angerissen, gegenwärtige Städtepartnerschaften und ihre zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Akteure immer mehr in Überlegungen zur Lösung kommunaler und weitergehender politischer Herausforderungen einbezogen und zu einer entsprechenden Mitwirkung angeregt. Solche und ähnliche regulierungsorientierten Fragen werden in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, vor allen Dingen aber in den Politikwissenschaften – und auch in der politischen Arbeit – unter dem Stichwort „Governance“ verhandelt. Da die Governance-Forschung für eine Betrachtung des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften und eine Einschätzung des *assembling* einiger politischer städtepartnerschaftlicher Akteure hilfreiche Impulse liefern kann und der Governance-Begriff insbesondere in seiner politikwissenschaftlichen Ausrichtung auch von politischen städtepartnerschaftlichen Akteuren selbst verwendet wird, werden hier

⁵⁷ Ich verwende hier die Begriffe „Lenkung“ und „Regulierung“ in Unterscheidung zu „Regelung“, um damit deutlich zu machen, dass es in den betrachteten politikhohen Zusammenhängen weniger um eine neutrale und akzeptierte Ordnung, sondern vielmehr um eine absichtsvolle und manchmal auch subtile Lenkung sowie um das (konkurrierende) Aushandeln von Kräfte- und Machtverhältnissen geht. Ich werde im Verlauf dieses Abschnitts noch intensiver darauf eingehen.

verschiedene Governance-Ansätze etwas ausführlicher vorgestellt. Der Schwerpunkt wird hierbei auf (deutschsprachigen) politikwissenschaftlichen Governance-Ansätzen liegen, um diese ebenso nachvollziehen wie auch kritisch betrachten zu können. Aber auch sozialwissenschaftliche und kulturalanthropologische Gouvernentalitätsansätze werden in die Debatte eingebracht.⁵⁸

Der Begriff „Governance“ verweist, politikwissenschaftlich gesehen, auf veränderte Regierungsbedingungen und Regierungscharakteristiken im Zuge zunehmender bereichs- und grenzübergreifender politischer Herausforderungen, Beziehungen und Prozesse, wie der Politikwissenschaftler Arthur Benz und andere konstatieren (vgl. Benz 2004: 17; Benz/Dose 2010a: 15; 17; De La Rosa/Kötter 2008: 13; Grande 2009; Mayntz 2009: 11). So ist eine mit Governance in dieser Disziplin verbundene zentrale Annahme die, dass angesichts dieser Komplexität Regieren im Sinne von „Steuerung und Kontrolle“ (Benz/Dose 2010a: 21) nicht mehr von einem Machtzentrum aus erfolge, etwa von einer Staatsregierung, sondern im Zusammenwirken verschiedener politischer, privatwirtschaftlicher und (zivil-)gesellschaftlicher Akteure quasi „arbeitsteilig“ ausgeübt und ausgehandelt werde, wie es Arthur Benz und der Politikwissenschaftler Nicolai Dose formulieren (vgl. ebd.). Folgt man der Politikwissenschaftlerin Sybille De La Rosa und dem Rechtswissenschaftler Matthias Kötter, dann hat der Begriff vier disziplinäre Ursprünge – die Wirtschaftswissenschaften, die Politikwissenschaften, die Entwicklungspolitik und die politikwissenschaftliche Steuerungstheorie – und ist teilweise mit sehr unterschiedlichen Bedeutungen belegt (vgl. De La Rosa/Kötter 2008: 12f.).⁵⁹ Aus diesem Grund sprechen zahlreiche Politik- und Sozialwissenschaftler wie Benz, Dose und andere Governance auch eine eindeutige Definition ab (vgl. Benz 2004: 21; Benz/Dose 2010a: 13; Mayntz 2009: 9; Schuppert 2008: 36). Sie unterscheiden aber zwischen einem eher eingegengten Begriffsverständnis, wonach Governance nur in Abgrenzung von einer Staatsregierung als zentralem Regierungsakteur definiert sei, und einem eher erweiterten, das verschiedenste politische, privatwirtschaftliche und (zivil)-

⁵⁸ Eine insbesondere in Bezug auf einen möglichen rechtswissenschaftlichen Beitrag hin bilanzierende Übersicht, wie Governance in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen be- und verhandelt wird, findet sich bei dem Rechts- und Verwaltungswissenschaftler Gunnar Folke Schuppert (vgl. Schuppert 2006).

⁵⁹ Von mehreren disziplinären Herkunftsquellen gehen auch Arthur Benz, Susanne Lütz, der Soziologe Uwe Schimank und der Politikwissenschaftler Georg Simonis (vgl. Benz/Lütz/Schimank/Simonis 2007: 10f.) und Gunnar Folke Schuppert (vgl. Schuppert 2008: 16) aus. Arthur Benz und Nicolai Dose unterscheiden sogar sieben verschiedene Auslegungen des Begriffs (vgl. Benz/Dose 2010a: 17ff.).

gesellschaftliche Regierungskonstellationen berücksichtige⁶⁰, und benennen einen gemeinsamen Kerninhalt für alle mit Governance befassten Wissenschaften. Nach Benz und Dose ist das schwerpunktmäßig eine Auffassung von Regieren als „Management von Interdependenzen zwischen Akteuren“ (Benz/Dose 2010a: 25) und bedeutet eine stärkere Hinwendung zur Betrachtung und Analyse entsprechender „Formen“ (ebd. 2010b: 215f.) und „Mechanismen“ (ebd.).⁶¹

Diese politik- und sozialwissenschaftlich dominierte Governance-Forschung behandelt also Fragen nach den Funktionsweisen von politischem beziehungsweise kollektivem Regieren – hier meist verstanden als „Regelung“ ohne zentrale Staatsintervention – und verfolgt gleichzeitig eine Verlagerung von ehemals staatlichen Aufgaben in die Gesellschaft hinein. Dabei gehen die hier zitierten Autorinnen und Autoren weniger von einem Verschwinden als vielmehr von einem Wandel des Staatswesens aus (vgl. Benz/Dose 2010a: 22; De La Rosa/Kötter 2008: 13; Schuppert 2011: 35).

Innerhalb der deutschsprachigen Politikwissenschaften sind entsprechende insbesondere „regelungsorientierte“ Governance-Ansätze auf verschiedene politische Bereiche angewendet und Governance spezifisch vorgefunden und konzeptionalisiert worden, zum Beispiel in kommunalen und städtischen Zusammenhängen. Die Raumplaner und Geografen Klaus Einig, Gernot Grabher, Oliver Ilbert und Wendelin Strubelt charakterisieren städtische Governance etwa als „Trilateralität“ (Einig/Grabher/Ilbert/Strubelt 2005: III) zwischen Verwaltungsbehörde, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Für den Politik- und Verwaltungswissenschaftler Werner Jann und den Politikwissenschaftler und Volkswirtschaftler Kai Wegrich stellt Governance ein „neuartiges Reformkonzept der Verwaltungspolitik“ (Jann/Wegrich 2010: 176) dar, das mit Vorstellungen eines „aktivierende[n]“ (ebd.: 181) Staates korrespondiere sowie mit einer Neuordnung des Verhältnisses von Staat, Markt und Bürgerinnen und Bürgern (vgl. ebd.: 181ff.). Dieser Governance-Ansatz in kommunalen Verwaltungen setzt stark

⁶⁰ Eine Unterscheidung eines „engen“ und „weiten“ Governance-Verständnisses lässt sich insbesondere finden bei Arthur Benz (vgl. Benz 2004: 16f.), der Soziologin Renate Mayntz (vgl. Mayntz 2009: 9f.) und Gunnar Folke Schuppert (vgl. Schuppert 2008: 24).

⁶¹ Dieses analytische und eher „regelungsmotivierte“ Begriffsverständnis teilen auch Renate Mayntz und Gunnar Folke Schuppert mit seinem Interesse an Governance als „Handlungskoordination“ (Schuppert 2008: 34) und adäquaten „Koordinationsstrukturen“ (ebd.). Andere eher soziologisch ausgerichtete Forschungen verbinden mit Governance etwas allgemeiner eine absichtsvolle gesellschaftliche Mitgestaltung „sozialer Ordnung“ (Schimank 2007: 29). Sie fragen mehr nach den sozioökonomischen Auslösern von gemeinschaftlichen „Regelungsweisen“, wie der Politikwissenschaftler Edgar Grande (vgl. Grande 2009: 79).

auf Mechanismen der Selbstverantwortung und geht einher mit den bereits beschriebenen ökonomisch orientierten, auch neoliberalen Lenkungs Konzepten einer „kooperativen Demokratie“ (Bogumil/Holtkamp 2006: 114) und „Bürgerkommune“ (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 272). Er ist daher für eine Betrachtung des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften besonders interessant, und es ist zu fragen, inwiefern auch städtepartnerschaftliche Akteure, vor allem zivilgesellschaftliche und bürgerschaftliche, hierbei angesprochen und eingebunden werden, was ich vor allen Dingen im 5. Kapitel machen werde. Lars Holtkamp, der sich explizit mit der Besonderheit von Governance in deutschen Kommunen beschäftigt, weist vergleichsweise etwas einschränkend, aber auch ergänzend auf „Trends zu einer starken Hierarchisierung, zu einem zunehmenden Einsatz von Politikkooperationen und zu einer vergleichsweise geringen Wettbewerbsorientierung bei relativ starken Privatisierungsinitiativen“ (Holtkamp 2007: 372) hin. Auch auf eine Mobilisierung von gegenwärtigen Städtepartnerschaften für staatsgrenzübergreifende kooperative politische Zusammenarbeit als Governance-Strategie werde ich im weiteren Verlauf dieser Arbeit in Bezug auf ihren Wandel achten.

Das Interesse der deutschsprachigen Politikwissenschaften richtet sich aber auch auf Governance in der Europäischen Union und deren spezifische Regierungsweise. Hier geht es vor allen Dingen um das übergreifende Zusammenwirken unterschiedlicher politischer, privatwirtschaftlicher und (zivil-)gesellschaftlicher Akteure und Bereiche innerhalb der EU, was der Politikwissenschaftler Markus Jachtenfuchs und die Politikwissenschaftlerin Beate Kohler-Koch mit der Bezeichnung „dynamisches Mehrebenensystem“ (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 1996: 16) für Aufbau und Arbeitsweise der EU zum Ausdruck gebracht haben.⁶² Inzwischen werden

⁶² Ein wesentliches Charakteristikum von „Governance in Mehrebenensystemen“ (Benz 2006: 95) liegt Arthur Benz zufolge in einer notwendigerweise gemeinsamen und abzustimmenden Erledigung politischer Aufgaben über mehrere politische Bereiche und Staatsgrenzen hinweg unter Einbezug auch privatwirtschaftlicher und (zivil-)gesellschaftlicher Akteure (vgl. ebd.: 95f.). Innerhalb der Politikwissenschaften wurde die EU erstmals Anfang der 1990er-Jahre als ein „Mehrebenensystem“ (ebd. 2010: 115) bzw. mit dem englischen Ausdruck „Multilevel Governance“ (ebd.) bedacht. Folgt man den britischen Politikwissenschaftlern Ian Bache und Matthew Flinders, sei der Begriff für Aufbau und Arbeitsweise der Europäischen Union in den angelsächsischen Politikwissenschaften entstanden und dort für das Feld der EU-Strukturpolitik entwickelt worden (vgl. Bache/Flinders 2004: 2). Diese Ansicht teilen auch Hubert Heinelt und die Politikwissenschaftlerin Michèle Knodt (vgl. Heinelt/Knodt 2008a: 8) und die Politikwissenschaftlerin Tanja Börzel (vgl. Börzel 2006: 81). Mit der Betonung sowohl politischer als auch privatwirtschaftlicher und (zivil-)gesellschaftlicher und vor allem miteinander verwobener und (Staats-)Grenzen übergreifender Aspekte des politischen Zusammenwirkens in der EU sei, darin sind sich zahlreiche Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler einig, eine Wende innerhalb der politikwissenschaftlichen Europaforschung eingeleitet worden. Das Interesse, so formuliert es

politikwissenschaftlich verschiedene und spezifische Regierungsweisen und Charakteristiken von mehrebenenbezogener EU-Governance unterschieden. Da es keine zentrale Entscheidungsgewalt gebe, müssen – laut dem Politikwissenschaftler Edgar Grande – beispielsweise Einigungen innerhalb der Europäischen Union in spezifischen übergreifenden „Politikarenen“ (Grande 2000: 14) und durch „Verhandlungsgeschick“ (ebd.: 17) erzielt werden.⁶³ Aus diesem Grund, so sieht es Beate Kohler-Koch, habe sich „network governance“ (Kohler-Koch 1999: 25) als zentrale, eine Mitbestimmung ermöglichende, aber auch demokratisch fragwürdige und in die einzelnen EU-Mitgliedsländer hineinreichende Regierungsart entwickelt (vgl. ebd.: 14ff.).⁶⁴ Eine Änderung von politischen Stoßrichtungen und eine politische Entscheidungsfindung würden dabei durch „*involvement* [Hervorhebung im Original]“ (ebd.: 28) und „Koordination“ (Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 172) zu erzielen versucht. Die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission behaupteten in diesen Prozessen aber eine nach wie vor starke Position (vgl. Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003: 19f.; Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 171).⁶⁵ In jüngerer Zeit haben die mit dem Weißbuch „Europäisches Regieren“ der Europäischen Kommission (vgl. Europäische Kommission 2001b) eingeführten „neuen Formen des Regierens“ (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2010: 88), auf die ich weiter unten im Zusammenhang mit Gouvernementalitätsansätzen noch mehr eingehen werde, verstärkt politikwissenschaftliche Aufmerksamkeit erhalten. Dem bereits erwähnten Hubert Heinelt und der Politikwissenschaftlerin Michèle Knodt zufolge hat sich die Europäische Kommission hierbei, wie bereits angedeutet, mit neuen Wissenspraktiken sowohl hinsichtlich der Anhäufung als auch der Bereitstellung von Informationen eine neue Machtposition verschafft. Als „Schnittstellen- und Informationsmanager“

beispielsweise Edgar Grande, habe sich damit von einer Suche nach Ursachen für eine Bereitschaft zu einer Europäischen Union hin zur Art und Weise ihres Regierens gewendet (vgl. Grande 2000: 12). Das Konzept Mehrebenensystem als solches ist laut Benz allerdings bereits zuvor bekannt gewesen, zum Beispiel in der deutschen Föderalismusforschung (vgl. Benz 2010: 114). Einen ausführlichen politikwissenschaftlichen Überblick über Forschungen zum EU-europäischen Mehrebenensystem bietet Claudia Münch (vgl. Münch 2006b: 31ff.).

⁶³ Dies formulieren auch der Politikwissenschaftler Thomas Conzelmann, Michèle Knodt und Beate Kohler Koch (vgl. Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 171f.).

⁶⁴ Der Demokratieaspekt findet sich auch bei Thomas Conzelmann, Michèle Knodt und Beate Kohler Koch (vgl. Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 171), Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (vgl. Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003: 24) und Tanja Börzel (vgl. Börzel 2009: 37).

⁶⁵ An diesen Annahmen gibt es aber auch innerhalb der Politikwissenschaften gewisse Kritik. Tanja Börzel weist beispielsweise darauf hin, dass koordinierendes Regieren kein eigenes „Werkzeug“ der Europäischen Union, sondern vielmehr eine zeitgemäße Technik darstelle (vgl. Börzel 2009: 27). Aber auch sie sieht, dass in der EU nach wie vor zentral regiert werde (vgl. ebd. 2006: 86). Weitere Kritik mahnt eine politikfeldspezifische Präzisierung der entsprechenden Charakteristiken innerhalb des EU-Mehrebenensystems an, wie etwa von Heinelt und Knodt (vgl. Heinelt/Knodt 2008a: 8; ebd. 2008b: 318).

(Heinelt/Knodt 2008b: 321) sowie mittels eines verstärkten Einbezugs von privatwirtschaftlichen und (zivil-)gesellschaftlichen Akteuren und Fachleuten versuche sie durch „das Prinzip der ‚Partnerschaft‘“ (Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 180f.), wie es der Politikwissenschaftler Thomas Conzelmann, Michèle Knodt und Beate Kohler-Koch formulieren, eine Legitimität der Europäischen Union zu verbessern (vgl. Heinelt/Knodt 2008b: 322). Ähnlich sehen es auch Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch. Auch sie vermuten hinter einem verstärkten Einbezug (zivil-)gesellschaftlicher Akteure vor allen Dingen ein Eigeninteresse der Europäischen Kommission (vgl. Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2010: 88), aber auch ein erweitertes Verständnis von EU-Governance, das zunehmend auf „Koproduktion“ (ebd.: 81) setze. Insbesondere diese partizipativen und kooperativen neuen Governance-Strategien der Europäischen Kommission sind für eine Betrachtung des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften von außerordentlicher Relevanz, aber auch kritisch zu sehen. Ich werde dies im übernächsten Abschnitt und im nächsten Kapitel wieder aufgreifen und vertiefen.⁶⁶

Politik- und sozialwissenschaftliche Governance-Ansätze sind aber trotz ihrer analytischen Stärken nicht nur auf Anklang, sondern auch auf einige Kritik gestoßen. So ist ihnen von Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern und anderen beispielsweise vorgehalten worden, sie unterstellten wegen ihrer Problemlösungsfokussierung eine Mitwirkungsbereitschaft, blendeten Machtfragen und Akteursansichten aus und vernachlässigten eine historische Genese von Governance (vgl. Benz/Lütz/Schimank/Simonis 2007: 18f.; Heeg/Rosol 2007: 494; Höppner/Nagl 2008: insb. 130). Die Kulturwissenschaftlerin Anke Draude wirft Governance-Forschung außerdem eurozentristische Tendenzen vor, da diese von einem westlich geprägten und dichotomen Staats-Gesellschafts-Verhältnis ausgehe (vgl. Draude 2008: 103ff.). Dazu lässt sich weiter kritisch ergänzen, dass insbesondere die politikwissenschaftliche Governance-Forschung auch selbst Governance im Sinne von Lenkungstendenzen beinhaltet, wenn sie beispielsweise unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen zur gemeinsamen Problembewältigung bestimmter Themen anregt. Eine Konzeptionalisierung von Governance als interdisziplinärer

⁶⁶ Neben diesen neueren Formen EU-europäischen Regierens gehören ältere Grundsätze, wie das Subsidiaritätsprinzip, das dem jeweils näherliegenden politischen Bereich und Akteur den Handlungsvortritt gewährt, und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nach wie vor auch zum Regierungsspektrum (vgl. Europäische Union Online 2015).

„Brückenbegriff“ (Schuppert 2006; ebd. 2008: 18) ist ein Indiz dafür, ebenso wie Überlegungen, Governance-Forschung disziplinenübergreifend zu betreiben, wie es beispielsweise Sybille De La Rosa und Matthias Kötter vorschlagen (vgl. De La Rosa/Kötter 2008: 15).

Auch vor dem Hintergrund dieser Kritiken können sozialwissenschaftliche und kulturanthropologische Gouvernamentalitätsansätze, die sich weniger mit dem Funktionieren als vielmehr mit den soziokulturellen Techniken und Auswirkungen von indirekter politischer Lenkung auseinandersetzen, wertvolle Ergänzungen und Korrekturen zur Governance-Forschung liefern. In Bezug auf die Arbeitsweise der Europäischen Kommission stellen beispielsweise die französischen Politikwissenschaftlerinnen Isabelle Bruno, Sophie Jacquot und der französische Politikwissenschaftler Lou Mandin verschiedene, seit dem Vertrag von Maastricht praktizierte staatsgrenzenübergreifende EU-Regulierungsstrategien zusammen wie „benchmarking, mainstreaming and the open method of co-ordination“ (Bruno/Jacquot/Mandin 2006: 519). Ihrer Ansicht nach handelt es sich dabei um auf Anreize, Überzeugungskraft und gegenseitiges Lernen setzende indirekte Anpassungstechniken (vgl. ebd.: 520).⁶⁷ Auch der britische Geograf Andrew Barry vertritt mit Blick auf die koordinierende Regierungsweise der Europäischen Kommission die Auffassung, dass sie die Schaffung einer fixen Ordnung durch einen permanenten Ordnungsprozess taktisch umgehe, bei dem sie zudem Vielfalt erhalten und nutzen könne (vgl. Barry 2002: 147). Die Kulturanthropologin Sabine Hess betont in ihren Studien zu EU-Migrationspolitiken weiter einen zunehmend unpolitisch erscheinenden EU-Lenkungscharakter infolge einer verstärkten Einbeziehung von privatwirtschaftlichen und (zivil-)gesellschaftlichen Akteuren und Nichtregierungsorganisationen (vgl. Hess 2006: 122f.) und hält diese gleichzeitig für zentrale Mitbestreiter eines „transnationalen Regierens“ (ebd. 2009: 194).⁶⁸ Hess bringt damit den Kern einer sozialwissenschaftlich-kulturanthropologisch ausgerichteten Gouvernamentalitätsforschung auf den Punkt: Lenkung und das Aufteilen von Macht erfolgten danach quasi eher unbewusst aus der Mitte der an entsprechenden Prozessen beteiligten Akteure und beziehe auch zahlreiche eigentlich unpolitische Akteure mit ein. Diesen zuletzt genannten gouvernementalen Blickwinkel, der sich in Anlehnung an ein

⁶⁷ So bewertet es auch Arthur Benz (vgl. Benz 2006: 106ff.).

⁶⁸ Diesen Aspekt der „NGOisierung“ (Hess/Karakayalı 2007: 53) von EU-Politik haben Sabine Hess und der Soziologe Serhat Karakayalı in einer anderen Arbeit noch weiter ausgebaut (vgl. ebd.).

entsprechendes Konzept des französischen Philosophen Michel Foucault als eine subtile, verinnerlichte und häufig unbemerkt mit getragene Art der Lenkung verstehen lässt (vgl. Foucault 2000: 65ff.), verwenden auch die britischen Sozialanthropologen Cris Shore und Susan Wright. Ihr Ansatz sieht Governance als neutralisierte Technik und „as a type of power which both acts *on* [Hervorhebung im Original] and *through* [Hervorhebung im Original] the agency and subjectivity of individuals as ethically free and rational subjects“ (Shore/Wright 1997: 6). Im weiteren Verlauf dieser Arbeit werden mit Blick auf ihren gegenwärtigen Wandel insbesondere „neutral erscheinende“, „verpackende“ und intrinsische gouvernementale Regierungstechniken weiter verfolgt, wie sie etwa die Europäische Kommission, aber auch weitere politische Akteure in Bezug auf gegenwärtige Städtepartnerschaften vornehmen. Dies wird ein Schwerpunkt des nächsten und des 5. Kapitels sein.⁶⁹

Für diese Arbeit sind Governance-Ansätze aus verschiedenen Disziplinen wichtig, aber auch ergänzungsbedürftig. Mit Hilfe von akteurs-, funktions- und vor allem regierungstechniksensiblen Gouvernamentalitätsansätzen kann im Folgenden beobachtet werden, inwiefern politische städtepartnerschaftliche Akteure Regulierungsstrategien verpacken und damit gegenwärtige Städtepartnerschaften oder Elemente von ihnen und ihre Akteure zur Bewältigung EU-europäischer, kommunaler und städtischer Herausforderungen mobilisieren und verändern. Eine kulturanthropologische Betrachtung von gegenwärtigen Städtepartnerschaften kann – umgekehrt – eine alltagspraktische Perspektive auf Governance ermöglichen und so einer allzu funktionalen Sicht auch nicht-intendierte Governance-Folgen und Governance-Praktiken gegenüberstellen. Dies kann die tatsächliche Reichweite allzu optimistisch proklamierter Governance-Ideale betreffen ebenso wie die Aneignung des „EU-Mehrebenensystems“ und seine Koproduktion durch insbesondere bürgerschaftliche städtepartnerschaftliche Akteure.

2.2.3 Aus der kulturanthropologischen Europäisierungsforschung

Die Einleitung und auch die vorangegangene Betrachtung des Stands der Forschungen zu Städtepartnerschaften haben gezeigt, dass ihnen politisch und wissenschaftlich häufig ein Beitrag zu einem europäischen Einigungsprozess zugeschrieben wurde und

⁶⁹ Mit einer Ergänzung von Governance- durch Gouvernamentalitätsansätze beschäftigen sich auch die Politikwissenschaftlerin Ulrike Höppner und der Historiker und Politikwissenschaftler Dominik Nagl (vgl. Höppner/Nagl 2008).

wird. Auch die bereits erwähnte Tatsache, dass Städtepartnerschaften derzeit von der Europäischen Kommission adressiert werden, verweist darauf, dass es Bezüge zwischen Städtepartnerschaften und Europa beziehungsweise der Europäischen Union gibt. Nicht zuletzt sind auch die derzeitigen Lebensumstände der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch der polnischen und türkischen, die in dieser Arbeit noch näher betrachtet werden, ein Grund, warum auch Europa beziehungsweise die Europäische Union ebenso wie Prozesse der Europäisierung als Teil gegenwärtiger Städtepartnerschaften in Bezug auf ihren Wandel berücksichtigt werden müssen. So werden hier zum Schluss auch zentrale Ansätze aus der kulturalanthropologischen und europäisch-ethnologischen Europäisierungsforschung betrachtet, die im Unterschied zur politikwissenschaftlichen Europa- und EU-Europäisierungsforschung alltägliche Dimensionen und Folgen von vielfältigen Europäisierungsprozessen berücksichtigen.

Aus der Perspektive der Kulturalanthropologie und Europäischen Ethnologie stellt Europa ein soziokulturelles, veränderbares und machtvolleres Konstrukt dar, das von verschiedenen Akteuren zu unterschiedlichen historischen Zeiten vielfältig ausgedeutet wurde und wird und jeweils spezifisch zu ermitteln ist. Die britischen Anthropologen Victoria Goddard, Josep Llobera und Cris Shore, die eine kulturalanthropologische Europäisierungsforschung mit ins Leben gerufen haben, sprechen daher auch von verschiedenen „Europes“ (Goddard/Llobera/Shore 1994: 30), also im Plural. Nach Goddard, Llobera und Shore war es lange Zeit fachlich umstritten, ob und wie kulturalanthropologisch in europäischen Zusammenhängen geforscht werden sollte (vgl. ebd.: 1; 14f.).⁷⁰ Es seien letztendlich aber jene staatsgrenzenübergreifenden, einen europäischen Zusammenhang erzeugenden und den Alltag der dort lebenden Menschen betreffenden Prozesse und Praktiken und daraus resultierende Veränderungen, die kulturalanthropologisch und europäisch-ethnologisch Forschende zunehmend interessierten (vgl. ebd.: 29f.) und die sie bis dato unter der Perspektive einer Europäisierung betrachten.

⁷⁰ Die Autoren zeichnen hier eine Entwicklung von einer anfänglichen Forschungskritik z.B. des niederländischen Sozialanthropologen Jeremy Boissevain an einer vormodernen Konservierung und Festschreibung einzelner Forschungsfelder (vgl. Boissevain 1975) bis hin zur Betrachtung vielfacher Wechselbeziehungen und komplexer Auswirkungen der entstehenden Europäischen Gemeinschaft(en) (EG) bzw. der EU auf einzelne Forschungsfelder nach. Auch Gisela Welz verweist in einem jüngeren Überblick über den Stand kulturalanthropologischer Europa- bzw. Europäisierungsforschung auf die anfängliche fachliche Skepsis gegenüber Forschungen in Europa wegen ihrer Nähe zu eigenen Lebens- und Gesellschaftsformen (vgl. Welz 2013a: 53).

John Borneman und Nick Fowler, zwei US-amerikanische Kulturanthropologen, haben Europäisierung sehr grundsätzlich als einen nach den beiden Weltkriegen und dem Ende der Ost-West-Spaltung beschleunigten visionären und einflussreichen Selbstpositionierungsprozess mit weitreichenden Auswirkungen auf individuelle und kollektive Selbstverständnisse bezeichnet: "For reasons both external and internal to Europe, Europeanization is now an accelerated process and a set of effects that are redefining forms of identification with territory and people." (Borneman/Fowler 1997: 488) Europäisierung geht aus ihrer Sicht zwar hauptsächlich, aber nicht nur, von der Europäischen Union aus (vgl. ebd.: 487f.).⁷¹ Ähnlich sieht es auch Reinhard Johler. Für ihn ist die Europäische Union derzeit „auch ein bedeutender, aber eben bei weitem nicht der einzige Akteur von Europäisierung“ (Johler 2004: 15). Auch der kanadische, an der Universität Luxemburg lehrende Politikwissenschaftler Robert Harmsen und der irische Anthropologe Thomas Wilson verbinden mit Europäisierung eine Vielzahl von Akteuren und umfangreiche soziokulturelle Transformationsprozesse, auch über die EU hinaus:

“While almost all usages of the term imply at least some EU dimension, Europeanization as a process is more explicitly about the transformation of local, regional, national and international structures and relations. Europeanization is about the practices involved in ‘being and becoming more European’, whether it be among farmers, factory workers, homemakers, civil servants or politicians, or more particularly within and between organs of power and decision-making.” (Harmsen/Wilson 2000: 24)⁷²

Kulturanthropologisch und europäisch-ethnologisch Forschende verfolgen also mit Europäisierung eine weit über den EU-europäischen Einigungsprozess hinausgehende Forschungsperspektive und betrachten umfangreiche soziokulturelle Veränderungsprozesse und Folgen eines Europäisch-Werdens. Neben dem Wirken der Europäischen Union berücksichtigen sie dabei auch (durchaus konkurrierende) Praktiken weiterer Akteure. Für eine Betrachtung von gegenwärtigen insbesondere deutsch- beziehungsweise ruhrgebiets-polnischen und deutsch- beziehungsweise ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften und deren Wandel ist ein solcher Europäisierungsansatz von grundlegender Bedeutung. So können nicht nur

⁷¹ John Borneman und Nick Fowler schlagen vor, die EU als „a continental political unit of novel order“ (Borneman/Fowler 1997: 510) und Europäisierung als „a spirit, a vision and a process“ (ebd.) zu begreifen.

⁷² Dieses alltagsbezogene transformative Verständnis von Europäisierung wird insbesondere auch in der Einleitung des Sammelbands der französischen Anthropologin Irène Bellier und von Thomas Wilson beschrieben (vgl. Bellier/Wilson 2000: 1) und von Gisela Welz in einem überblicksartigen Aufsatz (vgl. Welz 2005: 19f.).

Auswirkungen von (EU-)Europäisierungsprozessen, sondern auch akteurspezifische Europäisierungspraktiken in den Blick genommen werden.

Innerhalb der Kulturanthropologie und Europäischen Ethnologie haben sich bis dato vielfältige Vorstellungen entwickelt, wo und wie sich – häufig „unmerklich im alltäglichen Funktionieren und Handeln der beteiligten Organisationen und Akteure“ (Welz/Lottermann 2009b: 11), wie die bereits erwähnte Kulturanthropologin Gisela Welz und ich es formulieren – Varianten und Effekte von Europäisierung beobachten lassen. Insbesondere frühe Forschungen aus der französischen und anglo-amerikanischen Kultur- und Sozialanthropologie haben sich dabei der Europäischen Union und den Arbeitsweisen ihrer Organisationen zugewandt. So stellten etwa der französische Sozialanthropologe Marc Abélès (vgl. Abélès 2000), die britische Sozialanthropologin Maryon McDonald (vgl. McDonald 2006; ebd. 1993) und Cris Shore (vgl. Shore 2000) Europäisierungseffekte in Arbeitsroutinen, Stereotypen unter Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Arbeitsbegriffen der Europäischen Kommission heraus. Shore schafft in Auseinandersetzung mit dem Kulturbegriff der Europäischen Kommission mit „agents of European consciousness“ (ebd.: 26) eine Bezeichnung für einstellungsverändernde kulturpolitische EU-Europäisierungstechnologien, worunter er in gewissem Sinne auch Städtepartnerschaften fasst (vgl. ebd.).⁷³ Für eine Erforschung des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften, die, wie gezeigt, unter anderem von der Europäischen Kommission adressiert werden, sind aus dieser EU-zentrierten kulturanthropologischen Betrachtungsperspektive vor allen Dingen Ansätze interessant, die sich mit den lenkenden und regulierenden und häufig entpolitisierten Charakteristiken und Techniken EU-europäischen Regierens beschäftigen, wie im vorangegangenen Abschnitt bereits aufgezeigt wurde und hier noch um eine kulturpolitische Betrachtung ergänzt wird. In diesem Zusammenhang sind auch weitere Forschungen hilfreich, die sich mit der Konstruktion und den Konsequenzen einer mit „Möglichkeiten“, aber auch Pflichten und hierarchisierten Rechten ausgestatteten „europäischen Staatsbürgerschaft“ auseinandersetzen. Zu nennen sind hier die Arbeit der britischen Sozialanthropologin Annabel Black und von Cris Shore (vgl. Shore/Black 1994), weitere Arbeiten von Shore (vgl. Shore 2000; ebd. 2006a; ebd. 2006b), eine

⁷³ Mit einer sich im erweiterten Umfeld der Organisationen der Europäischen Union befindenden „Kaderschmiede“, dem Europakolleg im belgischen Brüssel, und damit einer erweiterten Perspektive auf Eliten in EU-Europäisierungsprozesse beschäftigt sich auch die Dissertation der Europäischen Ethnologin Kerstin Poehls (vgl. Poehls 2009).

Studie der irischen Anthropologin Nic Craith (vgl. Craith 2004) und Forschungsarbeiten der französischen Anthropologin Catherine Neveu und der russischen Anthropologin Elena Filippova (vgl. Neveu 2012; Neveu/Filippova 2000). Ich werde vor allen Dingen die Arbeiten von Cris Shore im 3. und 5. Kapitel wieder aufgreifen und mehr dazu schreiben.

Weitere, jüngere, überwiegend aus Deutschland stammende kulturanthropologische Forschungen zu Europäisierung beschäftigen sich mit Auswirkungen diverser von der Europäischen Union angestoßener Prozesse an einzelnen geografischen Orten. Hierbei werden neben unterschiedlichen Ausgestaltungsweisen und Effekten auch weitere Akteure und Mitproduzenten von (EU-)Europäisierung thematisiert. Der Sammelband von Gisela Welz und mir beispielsweise stellt verschiedene Fallstudien zusammen, in denen Vor-Ort-Effekte von kulturpolitischen Programmen⁷⁴, Umwelt-, Landwirtschafts- oder Migrationspolitiken der Europäischen Union nachvollzogen werden. Neben veränderten Selbstkonzepten gerieten hier auch Umdeutungen, Konflikte oder Widerstände als Folgen von EU-Europäisierungsprozessen in den Blick (vgl. Welz/Lottermann 2009a). Auch die relational argumentierende Arbeit von Reinhard Jöhler betont am Beispiel europäischer Großstädte nicht nur eine „Betroffenheit“, sondern auch eine (symbolische) Gestaltungsfähigkeit von Europäisierung durch Städte (vgl. Jöhler 2005: insb. 34; 35).⁷⁵ Der Aspekt eines Gestaltungsvermögens von Europäisierungsprozessen durch städtische Akteure ist für eine Betrachtung des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften relevant. Aus derzeitiger kulturanthropologischer Sicht ist eine zu starke Betonung einer geografischen Ortsdimension, insbesondere aus Sicht des Assemblage-Konzepts betrachtet, aber auch zu kritisieren. Allerdings liegen den hier genannten Arbeiten auch bereits, zumindest implizit, transnationale Vorstellungen zugrunde.

Darüber hinaus haben sich innerhalb der Kulturanthropologie und Europäischen Ethnologie noch eine weitere Forschungsrichtung und ein Verständnis von Europäisierung entwickelt, womit konkrete Interaktionen von Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern betrachtet werden. Dieses konzentriert sich auf

⁷⁴ Mit Effekten EU-europäischer kulturpolitischer Programme, insbesondere mit dem der Kulturhauptstadt Europas, auf einzelne Städte haben sich auch der Europäische Ethnologe Daniel Habit (vgl. Habit 2011) und der Historiker Kiran Patel (vgl. Patel 2013) auseinandergesetzt.

⁷⁵ Dieser Aspekt lässt sich auch in anderen Arbeiten von Reinhard Jöhler finden (vgl. Jöhler 2002; ebd. 2004).

Gemeinsamkeits- und Differenzkonstruktionen und Austauschprozesse im direkten persönlichen Kontakt. Der eingangs bereits erwähnte Europäische Ethnologe Wolfgang Kaschuba beschreibt in diesem Zusammenhang Europäisierung als „deepening knowledge about others and contact with others“ (Kaschuba 2007a: 30). Für ihn bedeutet Europäisierung damit „above all, cultural exchange and social encounter“ (ebd.: 39), „adopting the models and fashions of others“ (ebd.) und so insgesamt „connections and mixtures“ (ebd.). Er spricht deshalb auch von einer „hybriden Europäisierung“ (ebd. 2007b: 223). Kaschuba warnt aber davor, die so verstandene Europäisierung zu sehr in Kulturkategorien zu fassen und ihre Effekte damit quasi zu essentialisieren (vgl. ebd.: 206). Er mahnt hier vielmehr eine gewisse historische Sensibilität für etwaige Stereotype an (vgl. ebd.: 225). Dieser auf Transfers ausgerichtete Europäisierungsansatz ist auch hilfreich für eine Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Wandel von Städtepartnerschaften, da ein großer Teil städtepartnerschaftlicher Aktivitäten mit einem unmittelbaren mindestens binationalen Zusammentreffen und möglichen Wechselwirkungen verbunden ist. Allerdings sollten dabei entstehende Verbindungen und Veränderungen differenziert betrachtet und interpretiert und nicht zwangsläufig als europäisch gerahmt werden.⁷⁶ Ich werde dies im 6. Kapitel weiter thematisieren.

Kulturanthropologische und europäisch-ethnologische Europäisierungsforschung – so zeigt der bisherige Überblick – hilft verstehen, wie gegenwärtige Städtepartnerschaften und ihre Akteure „von oben“, „von unten“ und „von Angesicht zu Angesicht“ – einer Charakterisierung der Forschungsansätze durch Borneman und Fowler folgend (vgl. Borneman/Fowler 1997: 497) – in (EU-)Europäisierungsprozesse einbezogen und verändert werden, diese aber auch mit- beziehungsweise selbst gestalten. Die bisher genannten, aber vielfach (immer noch) auf einzelne geografische Orte bezogenen und ortsbasierten⁷⁷ (und inzwischen doch sehr auf das Aushandeln der EU konzentrierten) Ansätze kulturanthropologischer Europäisierungsforschung reichen jedoch nicht aus,

⁷⁶ Diese Einteilung entspricht weitgehend der gängigen Untergliederung kulturanthropologischer Europäisierungsforschung in „Top-down“- , „Bottom-up“- und „Face-to-face“-Ansätze (vgl. Borneman/Fowler 1997: 497). Gisela Welz hat darüber hinaus zwei weitere Blickwinkel auf Europäisierung vorgeschlagen: Mit „von den Rändern her denken“ (Welz 2005: 29) empfiehlt sie, Europa als spezifischen, auch den eigenen kulturellen Zusammenhang zu thematisieren. „[I]nstitutionalisierte Prozeduren, Regelungen und Standards“ (ebd. 2013a: 67) der Europäischen Union sind für sie ein weiterer Akteur von EU-europäischen Europäisierungsprozessen und daher als Forschungsgegenstand ebenfalls berücksichtigungswert.

⁷⁷ Ähnlich sehen das auch Nic Craith, der skandinavische Europäische Ethnologe Jonas Frykman und der britische Kulturökonom Ulrich Kockel (vgl. Kockel/Craith/Frykman 2012: 3).

um die europäische staatsgrenzenübergreifenden Praktiken und Bewegungen städtepartnerschaftlicher Akteure angemessen zu thematisieren.⁷⁸ Hier fehlt vor allem noch ein entscheidender Aspekt.

Innerhalb der Kulturanthropologie und Europäischen Ethnologie haben bisher nur einige wenige Fachvertreterinnen und Fachvertreter Europäisierung explizit als eine Form von Transnationalisierung thematisiert. Dies ist dann überwiegend in Gestalt von Schlagworten oder Randnotizen geschehen, ohne jedoch weitergehende theoretisch-konzeptionelle Überlegungen damit zu verbinden.⁷⁹ Neben Reinhard Johler und Wolfgang Kaschuba, die aber vor allen Dingen an entsprechend transnational geformten „Ergebnissen“ interessiert sind, stellt die Kulturanthropologin Regina Römhild Bewegungen in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen und veranschaulicht am Beispiel des südeuropäischen Mittelmeerraums, wie sich transnationale europäische Zusammenhänge konstituierten:

„Im Alltag der Menschen entsteht Europa durch Mobilität, durch die Erweiterung der Lebensbezüge über lokale, regionale und nationale Grenzen hinaus, durch die Erfahrungen mit und Verbindungen zu Menschen in anderen Ländern, die als soziales und kulturelles Kapital weitertransportiert werden und andernorts neue Verwendung finden.“ (Römhild 2000: 17)

Anders, als es das additive Konzept der Europäischen Union vorsieht, erkennt Römhild hierbei jedoch nicht „Einheit in Vielfalt“, sondern vielmehr eigene Verbindungen, die (EU-)Europa, seine geopolitischen und sozialen Unterschiede in spezifischer und nicht unbedingt konfliktfreier Art und Weise verhandelt und auch herausfordert (vgl. ebd.). Römhild sieht diese „Europäisierung von unten“ (ebd.: 27) oder auch „reflexive Europäisierung“ (ebd. 2009) vor allen Dingen dort auftreten, wo verschiedene mobile Praktiken aufeinandertrafen wie beispielsweise auf der griechischen Mittelmeerinsel Kreta (vgl. ebd. 2000: 27). Der britische Geograf Alisdair Rogers geht konzeptionell noch einen Schritt weiter, indem er folgende Besonderheiten eines europäischen

⁷⁸ Kerstin Poehls und Asta Vonderau haben ein Verständnis von Europäisierungsforschung entwickelt, das dem Assemblage-Konzept sehr nahekommt und auch ein wenig hilft, eine enge Bezogenheit auf einzelne geografische Orte zu überwinden: „Europäisierung wird hier vielmehr als ein zirkulärer, wissensbasierter Prozess verstanden, der in Zusammenhang mit globalen Entwicklungen und lokalen gesellschaftlichen Strukturen immer wieder neue Formen ausprägt.“ (Poehls/Vonderau 2006: 8) Ich möchte mit dem Assemblage-Konzept in eine etwas andere Richtung weisen (siehe auch das Ende dieses Abschnitts), den Ansatz aber zumindest erwähnen.

⁷⁹ Vgl. z.B. EU als „transnational regime“ (Borneman/Fowler 1997: 496); eine europäische Einigung als „transnationale Prozesse“ (Kokot/Dracklé 1996: 4); Europäisierung als „boundary crossing“ (Harmsen/Wilson 2000: 18); „(alltags-)kulturelle[r] Beitrag zum zusammenwachsenden Europa“ (Johler 2009: 17); „to produce a new ‚European‘ synthesis; a transnational whole greater than the sum of its national parts“ (Shore 2000: 207).

Zusammenhangs thematisiert: Europa stelle einen spezifischen mit charakteristischen historischen Hypothesen⁸⁰ und Bewegungen lenkenden Techniken⁸¹ durchsetzten Zusammenhang dar und rege zu regional sensiblen Forschungen an (vgl. Rogers 2000: 15).⁸² Seine Überlegungen beziehen sich – wie die meisten Überlegungen zu Transnationalisierung – überwiegend auf Migrationsprozesse. Sabine Hess und der Soziologe Vassilis Tsianos haben Rogers' Ansatz aufgegriffen. Sie bejahen eigenständige Bewegungen und Beziehungen von Migrantinnen und Migranten in die Europäische Union und merken gleichzeitig mit Blick auf die süd-osteuropäische EU-Außengrenze eine lenkende Wirkung EU-europäischer Grenzpolitiken an. Das „europäische Grenzregime“ (Hess/Tsianos 2007: 38) entwickle in Reaktion auf widerspenstige Wanderungsstrategien von Migrantinnen und Migranten neue Regulierungsweisen und produziere dabei deren Bewegungen gleichsam mit (vgl. ebd.). Folglich sieht insbesondere Sabine Hess EU-europäische Migrationspolitiken auch als transnationale Praktiken verschiedener Akteure (vgl. ebd.: 24; Hess 2006: 122f.; ebd. 2009: 194).

In dieser Arbeit geht es nicht um Migration oder Migrationspolitiken, und dennoch sind die hier genannten Überlegungen zu eigenständigen und gleichsam kanalisierten Bewegungen über (EU-)europäische Staatsgrenzen hinweg für eine Betrachtung des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften, insbesondere im Zusammenhang mit deutsch- beziehungsweise ruhrgebiets-türkischen, wichtig und anschlussfähig. Denn die dahinterliegende Frage sollte nicht nur sein, *wer* und *was* sich hierbei staatsgrenzenübergreifend in Bewegung setzt (und welche – transnationalen, ortsüberwindenden – Effekte dies hat), sondern muss in einem regulierten EU-europäischen Zusammenhang auch die sein, *wie* sich diese Bewegungen vollziehen. Städtepartnerschaftliche Akteure in Europa bewegen sich nämlich nicht irgendwie zwischen den und jenseits der Staaten, sondern sind immer bis zu einem gewissen Grad sowohl von staatlichen als auch von EU-europäischen Vorschriften geleitet. Diese besondere Situation gilt es als Teil und Spezifik europäischer gegenwärtiger

⁸⁰ Hier nennt Alisdair Rogers den europäischen Kolonialismus, eine besondere Variante der Nationalstaatenbildung, die Systemwende in Mittel- und Osteuropa und damit nach wie vor verbundene (Mobilitäts-)Unterschiede, einen demografischen Wandel und den Prozess der EU-europäischen Einigung (vgl. Rogers 2000: insb. 15).

⁸¹ Damit meint Rogers eine übergeordnete, sowohl Bewegungen erzeugende als auch lenkende Mobilitätsordnung der Europäischen Union (vgl. Rogers 2000: 15).

⁸² Auch Gisela Welz mahnt hierbei eine (macht-)sensible und selbst reflektierende Betrachtung europäischer Zusammenhänge an (vgl. Welz 2005: 28).

Städtepartnerschaften zu berücksichtigen und ebenso zu beobachten, wie diese spezielle Situation im Rahmen gegenwärtiger Städtepartnerschaften verhandelt wird und verändernd wirkt. Ich werde dies im 7. Kapitel wieder aufgreifen. Das in dieser Arbeit verfolgte Assemblage-Konzept beziehungsweise der *assembling*-Ansatz kann darüber hinaus auch helfen, in gegenwärtigen Städtepartnerschaften Verbindungen beziehungsweise Verknüpfungen zwischen Europäisierung und anderen Prozessen zu thematisieren, und damit wiederum nicht nur kulturanthropologische Europäisierungsforschung anregen.

2.2.4 Zwischenfazit und Positionierung des eigenen Ansatzes

Neben dem in dieser Arbeit zentralen theoretischen Assemblage-Konzept beziehungsweise *assembling*-Ansatz und dem Formatgedanken werden hier auf Basis erster Beobachtungen gegenwärtiger Städtepartnerschaften also auch noch weitere hilfreiche Forschungsansätze einbezogen, die einzelne Aspekte ihres gegenwärtigen Wandels und die Praktiken entsprechender Akteure besser bestimmen, interpretieren und analysieren helfen sollen. Mit Ansätzen aus der (deutschsprachigen) politikwissenschaftlichen Stadtpolitik- und geografischen Stadtentwicklungsforschung kann man ermitteln, inwiefern vor allen Dingen politische städtepartnerschaftliche Akteure derzeitige Herausforderungen an (deutsche) Kommunen und Städte wie Integrationsleistungen, Standortwettbewerb, EU-Anforderungen in Städtepartnerschaften hineinragen und Städtepartnerschaften oder Elemente davon umgekehrt auch zur Lösung mit entsprechenden Entwicklungen und Prozessen in Verbindung bringen und sie dabei verändern. Mit Ansätzen der sozialwissenschaftlichen und kulturanthropologischen Gouvernamentalitätsforschung lassen sich auch in scheinbar politikfernen Bereichen verschleierte Regulierungstechniken und „Verpackungen“ des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften erkennen und aufschlüsseln. Mit Ansätzen der kulturanthropologischen Europäisierungsforschung kann man vor allen Dingen ergründen, inwiefern Bürgerinnen und Bürger derzeit Städtepartnerschaften oder Elemente davon mit ihrem Alltagsleben im erweiterten Europa verknüpfen, Europa dabei mit konstruieren und wie sie im Rahmen von Städtepartnerschaften EU-europäische Grenzpolitiken verhandeln und Städtepartnerschaften dabei umändern. Aber auch umgekehrt können Beobachtungen in gegenwärtigen Städtepartnerschaften entsprechende Forschungsansätze anregen helfen.

Mit dem Assemblage-Konzept beziehungsweise dem *assembling*-Ansatz erweitert sich also nicht nur der Blick auf die Heterogenität, Verwobenheit, Prozesshaftigkeit, Veränderlichkeit und Produktivität verschiedener Akteure und Entwicklungen in gegenwärtigen Städtepartnerschaften. Damit weitet sich auch der Blickwinkel auf weitere zur Erforschung des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften passende themenverwandte Forschungsansätze wie die genannten. Das bringt verschiedene wissenschaftliche Disziplinen zum Thema in Dialog miteinander, wie auch die bereits erwähnte Europäische Ethnologin und Islamwissenschaftlerin Alexa Färber es thematisiert (vgl. Färber 2014: 100), weshalb ich entsprechende Ansätze hier zum besseren Verstehen auch ausführlicher beschrieben habe. Darin und in der Möglichkeit, miteinander verknüpfte, bisher nicht als zusammenhängende oder zusammengebrachte Elemente in Bezug auf gegenwärtige Städtepartnerschaften erkennen und in ihrer Interaktion spezifisch analysieren zu können, sehe ich einen besonderen Reiz des Assemblage-Konzepts beziehungsweise des *assembling*-Ansatzes und auch einen besonderen theoretischen Beitrag meiner Arbeit. Denn so kann der gegenwärtige Wandel von Städtepartnerschaften in seiner Spezifik bestimmt und können gegenwärtige Städtepartnerschaften und ihre Akteure auch mehr als Aktionsfelder mit einer eigenen Produktivität anstatt als Instrumente und Zielgruppe verstanden und gewürdigt werden.

3. Entwicklungen: Städtepartnerschaften als genuin politisches Konstrukt und die Etablierung einer Leiterzählung

In diesem Kapitel wird die Ideen- und Entwicklungsgeschichte von Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung und überwiegend aus deutscher Perspektive betrachtet. Dabei geht es um die Frage, inwiefern es Wandel beziehungsweise politisch initiierte Wandlungsprozesse von Städtepartnerschaften bereits früher gab, und dies wird auf Basis überwiegend deutschsprachiger wissenschaftlicher Sekundärliteratur und (verbands-)politischer Schriften ergründet. Das Kapitel ist damit kein klassisches Geschichtskapitel, sondern zeichnet eher den gängigen Diskurs zu Städtepartnerschaften und ihrer Entwicklung nach – mit dem Ziel, das Format Städtepartnerschaften und das *assembling* entsprechender politischer Akteure näher zu bestimmen. Diese Ausrichtung ist der Quellenlage geschuldet, aber auch der Art und Weise, wie Entwicklungen von Städtepartnerschaften bisher sowohl von politischen als auch von wissenschaftlichen Akteuren beschrieben worden sind. In diesem Sinne stellt dieses Kapitel auch eine Fortsetzung der Auseinandersetzung mit dem Stand der Forschungen zu Städtepartnerschaften dar.

Wie im letzten Kapitel bereits geschildert, greifen deutschsprachige wissenschaftliche Forschungen Entwicklungen von Städtepartnerschaften auf. Die ersten konzentrierten sich vor allen Dingen auf die Anfangszeiten insbesondere deutsch-französischer Städtepartnerschaften in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Werden Entwicklungen in den Folgejahren und Jahrzehnten beschrieben, geschieht dies meist in Form einer klar strukturierten, aufeinander aufbauenden, häufig tabellenartigen Auflistung von geografischen, inhaltlichen und formalen Veränderungen, wie auch bei Ingo Bautz und anderen zu finden (vgl. Bautz 2002: 43; Mirek 1989: 37f.; Pfundheller 2014: 94), wobei die einzelnen Autorinnen und Autoren mit ihren Arbeiten auch aufeinander aufbauen. Dieser Annahme einer stringenten Weiterentwicklung von Städtepartnerschaften möchte ich mit Blick auf die deutsche Seite mit dieser Arbeit widersprechen. Auch mit der etwas weicheren Formulierung des Briten Nick Clarke, dass es sich hierbei um eine „history of supplementations“ (Clarke 2011: 117) handele,

stimme ich nicht ganz überein. Städtepartnerschaften haben sich im Laufe ihrer Geschichte verändert. Es handelt sich dabei jedoch weder um eine lineare noch um eine ergänzende Entwicklung, sondern vielmehr um einen komplexen, durch verschiedene politische Ziele und Akteure geprägten Prozess, um ein *assembling*, dessen Zwischenergebnisse von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern jeweils festgeschrieben wurden und werden, wie noch zu zeigen ist. Meine eigenen Beobachtungen decken sich am ehesten mit denen, die Andreas Langenohl als „political historiography of town twinning“ (Langenohl 2015: 14) beschrieben hat, gehen aber auch darüber hinaus, wie ich im Laufe des Kapitels noch aufzeigen werde.

Ich werde also auf Basis des vorhandenen Quellenmaterials wesentliche Stationen und maßgebliche Akteure städtepartnerschaftlicher Entwicklungen rekonstruieren, wobei ich mich auf die frühe Ideengeschichte und auf aktuellere Entwicklungen vor allem auch im hier gewählten Feldforschungszeitraum von 2007 bis 2012 konzentrieren werde. Indem ich wissenschaftliche und politische Literatur einbeziehe, verwende ich zwar zwei unterschiedliche Quellentypen, kann so aber auch auf Überschneidungen und Abweichungen achten. Zunächst werde ich mit der Rekonstruktion der frühen Ideengeschichte von Städtepartnerschaften auf Basis wissenschaftlicher Sekundärliteratur beginnen, da diese Bücher und Aufsätze die wesentlichen Quellen sind, die mir für den Prozess in dieser Zeit vorlagen. Dann werde ich für Zeiten, für die diese verfügbar waren, mit einer inhaltlichen Analyse von (verbands-)politischen Schriften fortfahren. Hierbei werde ich mich auch intensiv mit neueren Anregungen für gegenwärtige Städtepartnerschaften seitens des europaweiten kommunalen Dach- und Interessensverbands Rat der Gemeinden und Regionen Europas und seiner deutschen Sektion auseinandersetzen. Anschließend werde ich mir noch einmal genauer die Art der Wissensgenerierung von wissenschaftlichen Arbeiten zu Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung ansehen. Im letzten Teil des Kapitels werde ich abschließend die Veränderungen von Städtepartnerschaften durch die Europäische Union beziehungsweise Europäische Kommission auf Basis von Originaldokumenten betrachten. Dies hat bisher in der wissenschaftlichen Literatur, soweit mir bekannt, mit Ausnahme einer ersten allgemeinen Bestandsaufnahme von Bernhard Köhle (vgl. Köhle 2005) nur noch Andreas Langenohl (vgl. Langenohl 2015: 29ff.) vorgenommen. Weil hier also auch etwas wissenschaftliche „Pionierarbeit“ geleistet wird, ist dieses Kapitel vor allen Dingen zum *assembling* der Europäischen Kommission ausführlicher, als es

mein Forschungsfeld verlangen würde, trägt aber zu einer notwendigen weiteren Bestimmung des Formats Städtepartnerschaften bei.

3.1 Ideen- und Entwicklungsgeschichte von Städtepartnerschaften

3.1.1 Städtepartnerschaften als kommunalpolitische Friedensinitiative der Nachkriegszeit

Auch wenn es bereits zu früheren Zeiten Beziehungen zwischen Kommunen, Gemeinden und Städten verschiedener Länder gegeben hat, wie auch der britische Kulturwissenschaftler Shane Ewen und der ebenfalls britische Raumplaner Michael Hebbert und andere kritisch anmerken (vgl. Ewen/Hebbert 2007; Köhle 2005: 14ff.; Stock 2005: 13ff.), sind Städtepartnerschaften den meisten (deutschen) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zufolge ein charakteristisches Nachkriegsphänomen und wesentlich von der Situation nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt.⁸³ Für Ingo Bautz beispielsweise sind sie dies „ihrer Form und ihrer Zielsetzung nach“ (Bautz 2002: 37), weil eigenständige staatsgrenzenübergreifende Beziehungen von Kommunen in der von Nationalstaaten dominierten Vor- und Zwischenkriegszeit nahezu unmöglich gewesen seien (vgl. ebd.: 122f.).⁸⁴ Städtepartnerschaften seien vielmehr durch ein für die Zeit nach 1945 bezeichnendes kommunales Selbstbewusstsein und (friedens-)politisches Rollenverständnis gekennzeichnet (vgl. ebd.). Auch Hansjürgen Garstka argumentiert, dass sich die deutschen Kommunen als einziger funktionstüchtiger politischer Verwaltungsbereich des Landes nach Kriegsende erstmals auch als Akteure stabiler staatsgrenzenübergreifender politischer Beziehungen

⁸³ Neben den hier Genannten sehen es so auch Thomas Grunert (vgl. Grunert 1981: 56), Ernst Georg Mayer (vgl. Mayer 1986: 4), Johann Wolfgang Wimmer (vgl. Wimmer 1989: 1) sowie Nick Clarke (vgl. Clarke 2009: 497; ebd. 2010: 174; ebd. 2011: 117).

⁸⁴ Damit grenzt Bautz sich von vereinzelt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ab, die erste Vorläufer von Städtepartnerschaften bereits in der Zwischenkriegszeit ansiedeln. Der politische Soziologe und Politikwissenschaftler Hans Manfred Bock beispielsweise begründet seine diesbezügliche Annahme damit, die Hauptakteure der nach dem Zweiten Weltkrieg zahlreich gegründeten deutsch-französischen Städtepartnerschaften hätten mit ihrem Schlagwort „Locarno von unten“ (Bock 1994: 14) zumindest rhetorisch an den friedenspolitischen Vertrag von Locarno im Jahr 1925 und die staatlichen Normalisierungsversuche in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen angeknüpft (vgl. ebd.: 13). Auch in der Gründung der Deutsch-Französischen Gesellschaft (DFG) und der komplementären französischen Ligue d'Etudes Germaniques (L.E.G.) im Jahr 1928 sieht Bock einen ersten gesellschaftlichen, wenn auch elitären Impuls einer Annäherung zwischen Deutschen und Franzosen, die mehrfach Krieg gegeneinander geführt hatten (vgl. ebd.: 15f.). Er identifiziert zudem einige Aktive der Zwischenkriegszeit auch als Akteure der Nachkriegszeit (vgl. ebd.: 25). Bautz sieht die Wahl von Städtepartnerschaften gerade als Abgrenzung von den gescheiterten staatlichen Annäherungsbemühungen in der Locarno-Ära (vgl. Bautz 2002: 123) und vertritt die Ansicht, ein Engagement in der Zwischenkriegszeit sei eine Tätigkeit von Einzelnen gewesen, was sich erheblich von dem späteren Engagement kooperierender Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker unterscheidet (vgl. ebd.: 37).

begriffen hätten (vgl. Garstka 1972: 32). Als „Vermittler zwischen Staat und Bürger“ (ebd.: 1) hätten sie angenommen, auf ihre Bürgerinnen und Bürger einwirken und sie mit geeigneten Mitteln zu einer dauerhaft friedliebenden Einstellung jenseits nationalstaatlicher Kalküle bewegen zu können (vgl. ebd.: 3). Andreas Langenohl sieht Städtepartnerschaften deshalb auch im Zusammenhang mit einer politischen Reorientierung Deutschlands nach 1945 (vgl. Langenohl 2015: 15).⁸⁵ Direkter Anlass zu deren Gründung seien vor allem deutsch-französische Versöhnungsabsichten gewesen (vgl. Grunert 1981: 56).⁸⁶

Prägende Umstände und Ursache für eine vermehrte Gründung von Städtepartnerschaften waren aus Sicht zahlreicher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler also das erschütternde „Erlebnis des Krieges“ (Bausinger 1969: 81), veränderte politische Kräfteverhältnisse und kommunalpolitische Rollenvorstellungen und nicht zuletzt ein verändertes Verständnis von Diplomatie nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Städtepartnerschaften sind demzufolge dabei von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern als eine bürgerbezogene, einstellungsverändernde, stabilisierende und damit auch funktionalistisch gedachte Form staatsgrenzenübergreifender Beziehungen entworfen worden. Dabei wurden sie vor allen Dingen als Effekt und Mittel deutsch-französischer Versöhnung verstanden.

3.1.2 Städtepartnerschaften als verbandspolitische Strategie in der Europabewegung

Mit der Entstehung zweier staatsgrenzenübergreifend operierender kommunalpolitischer Verbände haben Städtepartnerschaften – Ingo Bautz und anderen zufolge – nach anfänglichen „individuellen Versöhnungsgesten“ (Mirek 1989: 37), wie es der Politikwissenschaftler Holger Mirek formuliert, Ende der 1940er-, Anfang der 1950er-Jahre sowohl zahlenmäßig als auch qualitativ eine Veränderung erfahren. Gemeint sind hiermit die Internationale Bürgermeister-Union für deutsch-französische Verständigung und europäische Zusammenarbeit (IBU) und der Rat der Gemeinden

⁸⁵ Weitere Akteure von Städtepartnerschaften in dieser Zeit seien auch alliierte Besatzungsmächte gewesen (vgl. Bautz 2002: 44; 47).

⁸⁶ Inge Maria Burgmer weist darauf hin, dass die erste deutsch-britische Städtepartnerschaft bereits vor der ersten offiziellen deutsch-französischen gegründet worden sei (vgl. Burgmer 1989: 3). Burgmer möchte daher lieber etwas allgemeiner vom „Gedanken der Aussöhnung aller durch die Weltkriege verfeindeten Völker“ (ebd.: 3) sprechen. Angaben zu deutsch-britischen Städtepartnerschaften lassen sich bei der Sozialwissenschaftlerin Angelika Elisabeth Charlotte Volle (vgl. Volle 1976: 219ff.) und den bereits erwähnten Rolf Cremer, Anne de Bruin und Ann Dupuis finden (vgl. Cremer/de Bruin/Dupuis 2011: 380). Andreas Langenohl erwähnt überdies frühe deutsch-US-amerikanische Städtepartnerschaften (vgl. Langenohl 2015: 17). Rolf-Richard Grauhan sieht eine deutsch-französische Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg insgesamt als durch vielschichtige Ursachen bedingt an (vgl. Grauhan 1968: 39).

(und Regionen) Europas (RG(R)E), wie insbesondere auch bei Bautz (vgl. Bautz 2002: 47) und auf britischer Seite auch bei Clarke (vgl. Clarke 2010: 177) nachzulesen ist.

Im Jahr 1950 hätten deutsche und französische Bürgermeister⁸⁷ nach einer Zeit der gegenseitigen Annäherung die Gründung der Internationalen Union von Bürgermeistern zur deutsch-französischen Verständigung beschlossen und sie 1951 in Internationale Bürgermeister-Union für deutsch-französische Verständigung und europäische Zusammenarbeit umbenannt (vgl. Bautz 2002: 55; Garstka 1972: 41).⁸⁸ Die Initiative dazu sei unter anderem von dem Schweizer Schriftsteller Eugen Wyler und dem Schweizer Soziologieprofessor Hans Zbinden ausgegangen (vgl. Bautz 2002: 49). Das Engagement dieser beiden Intellektuellen habe sich auf eine Mischung aus deutsch-französischen Versöhnungsbestrebungen, kommunalen Selbstverwaltungsinteressen und Sympathien für einen europäischen Staatenbund gestützt, für den sie einen zwischenmenschlichen Vertrauensbildungsprozess als notwendige Vorbereitung angesehen hätten (vgl. ebd.). Programmatisch habe sich der Verband schließlich auf die Einrichtung verschiedener Austauschformen festgelegt, darunter auch auf „Korrespondenzstädte“ (Garstka 1972: 42). Gemeint waren damit – Garstka zufolge – zunächst briefliche Kontakte zwischen deutschen und französischen Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertretern als Möglichkeit zur ersten persönlichen Kontaktaufnahme zwischen Kommunalverwaltungen nach dem Krieg (vgl. ebd.). Diese Austauschform sei später als praktikables Mittel für eine dauerhafte persönliche Vertrauensausbildung für jedermann und so als Beitrag für eine langfristige Beziehungsstabilisierung durch Kommunen, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Bürgerinnen und Bürger befunden worden (vgl. ebd.). Sie habe schließlich 1952 als „Schaffung von Städtepaaren strukturell ähnlicher Städte (Korrespondenzstädte)“ (ebd.: 43) Eingang in einen erweiterten Richtlinienkatalog der IBU gefunden und sei zu einer zentralen Tätigkeit der Union geworden (vgl. ebd.: 43f.).⁸⁹

Auf Initiative wiederum einer Schweizer Persönlichkeit, des Historikers Adolf Gasser, und des Bürgermeisters der französischen Stadt Lyon, Édouard Harriot (vgl. Bautz

⁸⁷ Es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei weitgehend um Männer handelte, daher verwende ich hier auch nur die männliche Form.

⁸⁸ Die weniger populäre französische Bezeichnung des Verbands lautet Union Internationale des Maires (UIM) (vgl. IBU 1963).

⁸⁹ Eine ausführliche Darstellung der Geschichte der IBU findet sich insbesondere bei Ingo Bautz (vgl. Bautz 2002: 47ff.) und Hansjürgen Garstka (vgl. Garstka 1972: 35ff.). Ich stelle hier daraus nur die auf Städtepartnerschaften bezogenen sowie grundsätzlichen Überlegungen zusammen.

2002: 131; Garstka 1972: 45; Grauhan 1968: 40) sei im Jahr 1950 die Bildung eines weiteren kommunalpolitischen Verbands vorbereitet und schließlich ein Jahr später die Gründung des Rats der Gemeinden Europas (RGE)⁹⁰ vollzogen worden (vgl. Bautz 2002: 139f.; Garstka 1972: 45f.; Grunert 1981: 61). Die Schaffung des RGE sei wesentlich durch die theoretischen Überlegungen Adolf Gassers zu einer kommunalen Selbstverwaltung inspiriert gewesen.⁹¹ Gasser habe darin eine entscheidende Grundbedingung nicht nur für Demokratie, sondern auch für eine Kontrolle staatlicher Übermacht und eine Garantie für die Grundrechte und den Frieden in Europa gesehen. Kombiniert mit der Idee einer innerstaatlichen Gewaltenteilung und eines staatsgrenzenübergreifenden Zusammenschlusses, sei daraus, maßgeblich unterstützt von französischer Seite, ein auch mit kommunalen Kompetenzen ausgestatteter föderaler europäischer Verbund als Vision und Zielsetzung des RGE entstanden (vgl. Bautz 2002: 131ff.; Grunert 1981: 61). Zur Verwirklichung und Versinnbildlichung seines europapolitischen Konzepts habe der RGE die Gründung von Städtepartnerschaften vorangetrieben (vgl. Bautz 2002: 78).

In einer politischen Schrift zu den Zielen des RGE, verfasst von einem seiner Mitbegründer, dem französischen Bürgermeister Jean Bareth, betonte dieser den aus seiner Sicht möglichen Beitrag von Kommunen zu einem föderalen europäischen Verbund, der vor allen Dingen in einem Vermögen der Einbeziehung und Zusammenführung von Bürgerinnen und Bürgern liege (vgl. Bareth 1953: 8). In diesem Zusammenhang sah Bareth auch „Städteverbrüderungen“ (ebd.: 15) als zielführend an, die er folgendermaßen definierte: „die Begegnung zweier Gemeinden, die somit verkünden wollen, dass sie sich zu einem europäischen Schicksal zusammenschliessen [sic!], um ihre Probleme miteinander zu vergleichen und immer engere Freundschaftsbande zu entwickeln“ (ebd.: 16).⁹² Außerdem schrieb er ihnen folgendes Potenzial zu:

⁹⁰ Seine französischen und englischen Bezeichnungen waren Conseil des Communes d'Europe (CCE) und Council of European Municipalities (CEM). Eine Umbenennung des Verbands in Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) bzw. in Conseil des Communes et Régions d'Europe (CCRE) und Council of European Municipalities and Regions (CEMR) erfolgte 1984 (vgl. RGRE, Deutsche Sektion Online 2017a). Ich verwende, wie bereits geschrieben, im Verlauf dieser Arbeit der Lesbarkeit halber nur die deutsche Bezeichnung für den europaweiten Verband. Wenn ich mich nur auf die deutsche Sektion des RG(R)E beziehe, erwähnte ich dies explizit. Nähere Informationen zum RGRE und seinen Ländersektionen lassen sich auf seiner Website finden (vgl. CCRE/CEMR Online 2017a).

⁹¹ Den Auffassungen einiger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach sind Gassers Theorien auch Grundlage für die Überlegungen der IBU gewesen, wie z.B. bei Grunert zu lesen (vgl. Grunert 1981: 57).

⁹² Während Hans Zbinden einer Dokumentation der IBU zufolge auch den Ausdruck „Schwesterstädte“ (IBU 1962: 19) zur Bezeichnung von Städtepartnerschaften verwendet haben soll, benutzte Jean Bareth

„Diese Veranstaltungen tragen also zu der Entwicklung der Gemeinde bei, deren Horizont zum Mass [sic!] des Kontinents erweitert wird, sie vertiefen im Geist der Völker ihr Zugehörigkeitsgefühl zu Europa, indem sie zwischen ihnen wirklich enge Kontakte auf dem Gebiete ihrer tagtäglichen Aktivitäten schliessen [sic!].“ (Ebd.)

Deshalb und seitdem fördere der RGE die Gründung von Städtepartnerschaften aktiv durch beispielsweise die Bereitstellung von Texten für Städtepartnerschaftsurkunden (vgl. Grunert 1981: 64f.) und durch Kongresse und Informationsmaterialien. Dabei sei der RGE von Anfang an bemüht gewesen, Städtepartnerschaften „eine europäische Dimension zu verleihen“ (ebd.: 66) und vorrangig die Gründung sogenannter „Ringpartnerschaften“ (ebd.) mit mehreren Städten aus verschiedenen Ländern anzuregen.⁹³

Nach Auffassung von Bautz und anderen haben beide Verbände ähnliche, aber auch unterschiedliche Zielsetzungen gehabt. Die IBU habe, so Ingo Bautz, vordergründig die Annäherung und Versöhnung von deutschen und französischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern und Bürgerinnen und Bürgern für ein zusammenwachsendes Europa vorantreiben wollen (vgl. Bautz 2002: 47).^{94, 95} Dem RGE hingegen sei es hauptsächlich um eine Aufwertung der Kommunen gegenüber den Staatsregierungen und eine europäische Föderation gegangen (vgl. ebd.: 212). Beide Verbände hätten ihre Ziele mit Städtepartnerschaften voranzutreiben, zu verankern und insbesondere der RGE letztendlich auch zu legitimieren versucht.⁹⁶ Die städtepartnerschaftlichen Ansätze der IBU seien uneigennütziger, persönlicher und mehr auf einzelne Menschen gerichtet (vgl. ebd.: 61; 78; Garstka 1972: 48), die des RGE europapolitischer, veränderungsorientierter und mit einer größeren Außenwirkung ausgestattet gewesen (vgl. Bautz 2002: 78; Garstka 1972: 48). Bautz folgert überdies, in

den Begriff „Städteverbrüderungen“ (Bareth 1953: 15). Die unterschiedlichen Geschlechterbezeichnungen sind auch deshalb erwähnenswert, weil die Geschichte der EU-europäischen Einigung gerne als eine männliche Errungenschaft vorgetragen wird, wie bei Kerstin Poehls beschrieben (vgl. Poehls 2009: 58ff.). Der Begriff Städtepartnerschaften scheint schlussendlich aus den Reihen der IBU zu stammen (vgl. Grauhan 1972: 57).

⁹³ Eine detaillierte Betrachtung der Entstehung des RGE nehmen Ingo Bautz (vgl. Bautz 2002: 78ff.) und Thomas Grunert (vgl. Grunert 1981: 61ff.) vor.

⁹⁴ Bautz vermutet in der europäischen Umbenennung der IBU insgesamt eher verbandspolitische Gründe, die mit der Gründung des Rats der Gemeinden Europas im Jahr 1951 zu tun hätten (vgl. Bautz 2002: 55). Garstka bestätigt diese strategische Annahme indirekt, indem er festhält, dass sich die Zielsetzung der IBU auf das deutsch-französische Verhältnis beschränkt habe, nachdem der RGE eine europäische Einigung zu seinem Hauptziel erklärt habe (vgl. Garstka 1972: 44).

⁹⁵ Ob die Idee eines vereinten Europas Ziel oder Bedingung deutsch-französischer Versöhnung war, wird von verschiedenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterschiedlich bewertet. Christian Vogel beispielsweise sieht Europa umgekehrt als Legitimationsstrategie einer Annäherung von Deutschen und Franzosen (vgl. Vogel 2004: 44).

⁹⁶ Diesen Legitimationsaspekt sieht auch Wimmer (vgl. Wimmer 1989: 54).

den Überlegungen der IBU und des RGE habe sich trotz aller politischer Divergenzen und Konkurrenzen⁹⁷ durch eine Verbindung beider Ansätze eine Idealvorstellung von Städtepartnerschaften entwickelt:

„Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen setzte sich der europapolitisch engagierte RGE gegen die ausschließlich auf deutsch-französische Verständigung ausgerichtete IBU durch. Gleichzeitig kam es aber durch eine Synthese von symbolischer Form und Inhalt zu einer Vermischung beider Ansätze und damit zur Ausbildung eines Idealtyps europäischer Städtepartnerschaften, der bis heute gültig ist.“ (Bautz 2002: 47)

Den Darstellungen zufolge sind die beiden Kommunalverbände der Grund dafür, dass sich Städtepartnerschaften, motiviert durch theoretische funktionalistische und föderale Einigungsüberlegungen⁹⁸ im Rahmen einer Europabewegung⁹⁹, im größeren Stil und mit einer europapolitischen Ausrichtung fortentwickelt hätten. Nach Bautz ist daraus ein bestimmter Typus von Städtepartnerschaften entstanden, der friedenspolitische beziehungsweise einstellungsverändernde, verständigungsorientierte¹⁰⁰ und zusammenhaltstiftende ebenso wie europapolitische¹⁰¹ Grundsätze beinhaltet. Auch schwerpunktmäßige Betätigungsformen von Städtepartnerschaften, wie „Austausch“ und „Begegnung“ zwischen Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertretern und Bürgerinnen und Bürgern, sind demzufolge hier festgelegt worden.¹⁰² Folgt man Bautz, dann haben die Verbände damit wesentliche, bis dato fortdauernde Prinzipien und Aktivitäten und somit Elemente von Städtepartnerschaften formuliert. Um zu einem Format zu werden, fehlt aber noch ein entscheidender medialer Aspekt. Ich werde darauf weiter unten und unter 3.2 eingehen. Auch diese Entwicklungen werden von den

⁹⁷ Die IBU sei 1986 vollständig dem RGE beigetreten (vgl. Bautz 2002: 117f.).

⁹⁸ Die Politikwissenschaftler Andreas Grimmel und Cord Jakobeit bezeichnen diese Theorieansätze in ihrer frühen Form als nur teilweise empirisch fundierte Konzepte und in erster Linie als politische Programme (vgl. Grimmel/Jakobeit 2009: 19). Dies ist mit Blick auf wissenschaftliche Studien zu Auswirkungen von Städtepartnerschaften, die mit eben diesen Ansätzen arbeiten, kritisch im Auge zu behalten. Ich werde im nächsten Abschnitt noch näher darauf eingehen.

⁹⁹ Einen Einblick in die Entwicklung der Europabewegung gibt der Historiker und Politikwissenschaftler Wilfried Loth (vgl. Loth 1996: insb. 52ff.).

¹⁰⁰ Auf den Begriff der „Verständigung“ als personalisierte Form von „Friedensstiftung“ verweist Garstka (vgl. Garstka 1972: 3; 6). Ich werde diesen Punkt im 5. Kapitel noch einmal aufgreifen.

¹⁰¹ Dabei hätten die Kommunalverbände Städtepartnerschaften zunächst als Mittel einer westeuropäischen Einigung und somit als exklusiv westeuropäisches Konzept gedacht. Sowohl die IBU als auch der RGE hätten Städtepartnerschaften mit Städten und Gemeinden „aus Ostblockländern“ (Grunert 1981: 66) zunächst abgelehnt.

¹⁰² Dass Städtepartnerschaften von kommunalpolitischen Verbänden und Organisationen (und v.a. auch nationalen und internationalen Politiken) nicht nur in der Nachkriegszeit entscheidend mitgeprägt worden seien, sehen auch Hermann Bausinger (vgl. Bausinger 1969: 75), Kristine Kern (vgl. Kern 2001: 98) und Nick Clarke in seinen Arbeiten über Städtepartnerschaften mit britischer Beteiligung (vgl. Clarke 2010: 177ff.; ebd. 2009: 497). Deshalb kann hier auch von einer transnationalen Qualität entsprechender Debatten ausgegangen werden.

Autorinnen und Autoren im Zusammenhang mit deutsch-französischen Versöhnungsabsichten beschrieben.

Neben der IBU und dem RGE seien in den 1950er- und 1960er-Jahren noch ein weiterer kommunaler Verband und eine weitere Organisation entstanden, die entscheidend zu einer Zunahme von insbesondere deutsch-französischen Städtepartnerschaften und einer Verbreitung der damit verbundenen Ideen beigetragen hätten: der 1957 gegründete kommunale Weltbund der Partnerstädte (WPS), dessen populärerer Name die französische Bezeichnung *Fédération Mondiale des Villes Jumelées* (FMVJ)¹⁰³ ist, und das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW)¹⁰⁴. Andreas Langenohl spricht in diesem Zusammenhang auch von einer Pädagogisierung der europapolitischen städtepartnerschaftlichen Idee (vgl. Langenohl 2015: 22).

3.1.3 Neuere (verbands-)politisch forcierte Ausrichtungen von Städtepartnerschaften

Folgt man den Darstellungen in den (verbands-)politischen Schriften, insbesondere der Zeitschrift „Europa kommunal“ der deutschen Sektion des RG(R)E, die mir für diesen Zeitraum öffentlich zugänglich vorlag, dann hat der Kommunalverband in den 1970er- und 1980er-Jahren weitere veränderte Ausrichtungen von Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung empfohlen und festgestellt. Darunter waren geografische Ausdehnungen, wie Städtepartnerschaften in Entwicklungsländer, nach Süd-, Mittel- und Osteuropa und in die DDR (vgl. Hofmann 1980: 67; RGRE, Deutsche Sektion 1987: 35; ebd. 1989: 12). Zudem hat der Verband in Verbindung damit stets auch neue Tätigkeitsfelder und Formen städtepartnerschaftlicher Zusammenarbeit proklamiert, die sich seit etwa den 1990er-Jahren zunehmend als kommunalpolitisch, problemlösungsorientiert und kollaborativ lesen.^{105, 106}

¹⁰³ Sein englischer Name laute United Towns Organization (UTO) (vgl. Bautz 2002: 5). Weitere Einzelheiten zu diesem auch mit dem RGE konkurrierenden Verband finden sich bei Ingo Bautz (vgl. Bautz 2002: 314ff.) und Thomas Grunert (vgl. Grunert 1981: 66f.). Der FMVJ sei schließlich mit dem Internationalen Gemeindeverband (IGV), auf Französisch Union Internationale des Villes (UIV) und auf Englisch International Union of Local Authorities (IULA), fusioniert (vgl. Bautz 2002: 5).

¹⁰⁴ 1963 hätten die Regierungen von Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland (BRD) im Zuge des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrags „Élysée-Vertrag“ das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) bzw. auf Französisch L'Office franco-allemand pour la Jeunesse (OFAJ) eingerichtet und finanziert (vgl. Grauhan 1968: 73). Beides, der Deutsch-Französische Vertrag und eine großzügige finanzielle Förderung des DFJW von Städtepartnerschaftsaktivitäten, hätte schließlich zu einem regelrechten „Boom“ (Bautz 2002: 100) deutsch-französischer Städtepartnerschaften beigetragen (vgl. ebd.). Die Gründung des DFJW und seine Förderung habe außerdem die Rolle des Jugendaustauschs als städtepartnerschaftliche Aktivität gestärkt (vgl. Bock 1994: 30f.).

¹⁰⁵ Auch in der wissenschaftlichen Literatur thematisieren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entsprechend weiter veränderte Ausrichtungen von Städtepartnerschaften: Beate Wagner in Bezug auf

Verbandsvertreterinnen und Verbandsvertreter, wie Walter Leitermann, bis dato stellvertretender Generalsekretär der deutschen Sektion des RGR(E), haben stets neue geografische Ausprägungen von Städtepartnerschaften¹⁰⁷ mit veränderten „Motiven“ (Leitermann 2001a: 435) beziehungsweise einer neuen „Funktion“ (ebd. 2000: 13) begründet und auch mit erweiterten Arbeitsformen zusammengebracht. Zwar betonte der RGR(E) von Anbeginn an auch eine gewisse Problemlösungsorientierung von Städtepartnerschaften, wie das bereits erwähnte Zitat von Jean Bareth zeigt (vgl. Bareth 1953: 8). Verstärkt zum Ausdruck brachte der Verband diese aber in den 1980er- und 1990er-Jahren. So lauteten beispielsweise Anregungen in einer Resolution anlässlich eines internationalen Städtepartnerschaftskongresses im englischen Brighton, „Austausch noch vielfältiger zu gestalten und neue Formen der Zusammenarbeit in den Bereichen der Kultur, der Wirtschaft, der beruflichen Tätigkeit und der Politik zu suchen“ (RGE, Deutsche Sektion 1983: 109). Im Zusammenhang mit der Gründung von Städtepartnerschaften zwischen deutschen und mittel- und osteuropäischen Städten und Gemeinden kurz vor und nach der Systemwende von 1989 postulierte der RGR(E) auch eine verstärkte Kommunalthemenorientierung und eine Hinwendung zu einer vermehrt demokratie- und verwaltungsbezogenen städtepartnerschaftlichen Zusammenarbeit, die sich hierbei aber zunächst nur auf den „Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in Mittel- und Osteuropa“ (RGR(E), Deutsche Sektion 1993a: 292) konzentrierte. Diesem an „Kommunalpolitik“ (Leitermann 2001a: 436) ausgerichteten Neuorientierungsansatz von Städtepartnerschaften räumte der RGR(E) in den Folgejahren weitere Relevanz ein, jetzt auch im Hinblick auf eine Möglichkeit wechselseitigen kommunalen Erfahrungsaustauschs im Rahmen von Städtepartnerschaften, und setzte gleichzeitig neue (kommunal-)politisch relevante Themen auf die Agenda. In einer Dokumentation eines internationalen und in Kooperation mit der Europäischen Kommission

Städtepartnerschaften mit Städten und Gemeinden in Entwicklungsländern und in Mittel- und Osteuropa (vgl. Wagner 1994; ebd. 1995), die unter Fußnote 34 genannten Autorinnen und Autoren in Bezug auf Städtepartnerschaften mit DDR-Städten und -Gemeinden. Ingo Bautz (vgl. Bautz 2002: 43), Holger Mirek (vgl. Mirek 1989: 37f.), Kai Pfundheller (vgl. Pfundheller 2014: 94), Hartmut Ullrich (vgl. Ullrich 1994: 10), Beate Wagner (vgl. Wagner 1995: 27ff.; ebd. 1994: 129) und Johann Wolfgang Wimmer (vgl. Wimmer 1989: 4) dokumentieren entsprechende geografische, inhaltliche und formale Veränderungen auch insgesamt.

¹⁰⁶ Dass derartige Veränderungen nicht nur für Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung gelten, zeigen z.B. Arbeiten von Nick Clarke (vgl. Clarke 2010; ebd. 2011) oder von dem US-amerikanischen Geografen Wilbur Zelinsky (vgl. Zelinsky 1991: 7f.).

¹⁰⁷ Der RGR(E) verwendet in den Schriften neben dem Begriff Städtepartnerschaften auch die Begriffe „kommunale Partnerschaften“ und „Partnerschaften“. Die Verwendungsweisen scheinen weitgehend synonym, sollen aber nicht unkommentiert bleiben. Auf Konsequenzen unterschiedlicher Begriffe bzw. Begriffsverschiebungen werde ich im Laufe der nächsten Abschnitte noch eingehen.

ausgerichteten Kongresses mit dem Titel „Twinning for Tomorrow’s World“ im griechischen Rhodos aus dem Jahr 2007 hieß es:

“[T]winnings today can provide an excellent framework in which to tackle issues such as social inclusion, youth participation in public life, sustainable development and economic co-operation, the preservation of cultural heritage, dialogue for peace in the Mediterranean region and development aid.” (CCRE/CEMR 2007: 1)

Für den Zeitraum der hier durchgeführten ethnografischen Feldforschung hob die deutsche Sektion des RGRE – anlässlich des 60. Jubiläums der ersten „offiziell“ gegründeten Städtepartnerschaften – folgende zusätzliche neuerliche Orientierungen und Ausrichtungen von Städtepartnerschaften (mit deutscher Beteiligung) hervor: „Eintauchen statt touristische Oberflächlichkeit“ (Leitermann 2007: 55), „Sprachkenntnisse und interkulturelle Kompetenz“ (ebd.), „Berufliche Auslandserfahrungen“ (ebd.), „Erfahrungsaustausch der Kommunalverwaltungen“ (ebd.), „Projektarbeit und Netzwerke“ (ebd.: 56). 2011 empfahl der RGRE seinen Kommunen weitere Themen: “In order to modernise the twinning movement (...) explore new issues such as employment, climate change, urbanisation, diversity (...)” (CCRE/CEMR 2011a: 24) In Anlehnung daran betonte Günter Thum, ehemaliges Präsidiumsmitglied der deutschen Sektion des RGRE, in einem Artikel in „Europa kommunal“ stolz: „Die Städtepartnerschaftsbewegung hat sich weder überlebt, noch muss sie mit Hilfsmitteln künstlich am Leben erhalten werden. Sie hat Potenziale und passt mehr denn je in eine Zeit eines wachsenden großen Europas.“ (Thum 2010: 20)

In dieser Auflistung zeigen sich ähnliche Veränderungen von Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung, wie sie auch in den im vorangegangenen Kapitel beschriebenen wissenschaftlichen Arbeiten geschildert werden. Vor allen Dingen wird deutlich, dass der RGRE, hier vermittelt durch seine deutsche Sektion, Städtepartnerschaften in den vergangenen Jahren vermehrt zur Aufnahme von derzeitigen (kommunal-)politisch relevanten Themen, insbesondere aus den Bereichen kommunale Verwaltung, Stadt- und Bevölkerungsentwicklung, Nachhaltigkeit, EU-Nachbarschaftspolitik, motiviert. Darüber hinaus lässt sich auch erkennen, dass der Verband Städtepartnerschaften in Richtung verstärkter problemlösungsorientierter kooperativer und damit in Richtung neuerer Formen staatsgrenzenübergreifender kommunaler Zusammenarbeit lenkt, wie es auch Kristine Kern formuliert hat (vgl. Kern 2001: 106). Dies lässt sich sowohl als eine Form von Governance und Gouvernamentalität interpretieren, wenn Städtepartnerschaften hier, wie in dem oben genannten Zitat beschrieben, mit Rückgriff

auf ihre besonderen strukturellen Voraussetzungen zur problembezogenen Zusammenarbeit angeregt werden – entsprechende Formen von Kooperation hat Jens Holtkamp als Governance in deutschen Kommunen bezeichnet (vgl. Holtkamp 2007: 372) – als auch als *assembling*. Denn Verbandspolitikerinnen und Verbandspolitiker bringen hier neue, auch global relevante Themen in gegenwärtige Städtepartnerschaften ein, verknüpfen sie oder Elemente von Städtepartnerschaften damit und richten deren Arbeitsweise und Stoßrichtung anders aus. Diese Veränderungen haben vor allem auch Ähnlichkeit mit neueren Ausrichtungen und Förderzielen der Europäischen Kommission, wie ich weiter unten noch aufzeigen werde.

Über die Jahre hinweg haben Kommunalverbände, insbesondere der (deutsche) RG(R)E, aber auch immer wieder europäische Bezüge und Leistungen von Städtepartnerschaften hervorgehoben. So appellierte etwa Josef Hofmann, damals Erster Vizepräsident der deutschen Sektion des RGE, in einer Rede anlässlich eines internationalen Städtepartnerschaftskongresses in Mainz 1978 im Vorfeld der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament (EP) an Kommunen mit Partnerstädten, „ihre Bürger an die Urnen zu bringen“ (RGE, Deutsche Sektion 1978a: 118) und „Partnerstädte zu Funktions- und Kristallisationskernen des geeinten Europas von morgen zu erheben“ (ebd.: 118f.). In einer Resolution desselben Kongresses betonten die Anwesenden, bezogen auf die damals bevorstehende Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaften, ihr Anliegen, „daß [sic!] die politische Integration von Spanien, Portugal und Griechenland nach Europa hin durch möglichst umfangreiche und baldige Abschlüsse vieler Städtepartnerschaften vorbereitet und gefördert wird“ (ebd. 1978b: 123).¹⁰⁸ 1980 riefen das Präsidium und der Hauptausschuss der deutschen Sektion des RGE (deutsche) Kommunen dazu auf, „kommunale Partnerschaftsarbeit in Europa zu ergänzen durch projektgebundene Partnerschaftshilfe zugunsten strukturschwacher Gebiete“ (ebd. 1980: 66). Damit sollte „europäische Innenpolitik“ (ebd.) betrieben und „europäische Solidarität der Tat“ (ebd.) bewiesen werden. 1983 forderte der RGE in einer Schlussresolution des bereits erwähnten Städtepartnerschaftskongresses in Brighton Städtepartner auf, „das Projekt der Europäischen Union, das vom Europäischen Parlament vorgelegt worden ist, aktiv zu unterstützen“ (ebd. 1983: 110). Ende der 1980er pries erneut Josef Hofmann, diesmal als Präsident des RGE, die Bedeutung von Ost-West-Städtepartnerschaften als

¹⁰⁸ Dem scheinen allerdings, Mirek und anderen folgend, nicht viele Städte und Gemeinden entsprochen zu haben (vgl. Mirek 1989: 38; Wagner 1995: 29; Wimmer 1989: 237f.).

„wichtige Bausteine für das Europa der Zukunft“ (Hofmann 1988: 130) und für eine „gesamteuropäische Identität“ (ebd.). Während eines Städtepartnerschaftskongresses in Bordeaux in Frankreich verabredeten die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter, dass Partnerstädte „an der Spitze des Kampfes für das Europa der Bürger stehen und aktiv die Realisierung einer wirklichen ‚Europäischen Bürgerschaft‘ vorbereiten“ (RGRE, Deutsche Sektion 1987: 34), wie es im Zusammenhang mit der Entwicklung des Vertrags von Maastricht intensiv diskutiert wurde.¹⁰⁹ 1990 ließen sich in „Europa kommunal“ Formulierungen finden, die „die Vermittlung und Diskussion der EG-Politik zur selbstverständlichen Aufgabe von Städtepartnerschaften zwischen EG-Staaten“ (ebd. 1990: 60) empfahlen. Ein weiterer internationaler Städtepartnerschaftskongress im italienischen Ferrara Ende der 1990er-Jahre betonte einen wichtigen Beitrag von Städtepartnerschaften „für die Heranführung der Beitrittskandidaten“ (Vontz 1999: 43). Neuere Publikationen in der deutschsprachigen Verbandszeitschrift weisen auf Städtepartnerschaften mit nordafrikanischen Städten und Gemeinden als sinnvolle Weiterentwicklung hin (vgl. RGRE, Deutsche Sektion 2007a: 143). In ähnlicher Art und Weise betont der (deutsche) RGRE immer wieder auch persönliche europäisierende Wirkungen und Leistungen von Städtepartnerschaften durch städtepartnerschaftliche Austauschmaßnahmen.¹¹⁰

Diese Auflistung ließe sich beliebig fortsetzen. Sie zeigt deutlich, dass Repräsentantinnen und Repräsentanten des (deutschen) RG(R)E stets auch Verbindungen zwischen Städtepartnerschaften und einer europäischen Einigung gezogen und Städtepartnerschaften für den Prozess einer europäischen Einigung mobilisiert und stark gemacht haben und machen, wobei sich in den oben genannten Beispielen auch zunehmend eine Anlehnung an den Prozess der EU-europäischen Einigung und an EU-politische Themen, wie beispielsweise eine „europäische

¹⁰⁹ Dies schreibt auch Walter Leiermann (vgl. Leiermann 1999: 212).

¹¹⁰ Beinahe „mantraartig“ lassen sich in politischen Reden und Verbandspublikationen wiederholte Aufrufe finden, Städtepartnerschaften trügen beispielsweise „zur Bildung des Konsensus bei, der die europäische Gemeinschaft formt und letztlich den Willen zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa fördern wird“ (Brundert 1970: 61), sie seien „Mittel, das Europabewußtsein [sic!] generell in breiten Bevölkerungsschichten zu stärken und damit Toleranz für den europäischen Bürger aus dem Nachbarland zu wecken“ (Hofmann 1981: 27), und eine Möglichkeit, „auf kultureller und sportlicher Ebene Europa zu erfahren“ (Müller 1992: 58), sie hätten „die Akzeptanz bei den Bürgern und Bürgerinnen für den europäischen Einigungsprozess erhöht“ (Dieckmann 2000: 4), oder in einer etwas jüngeren, etwas veränderten Akzentuierung, Städtepartnerschaften seien eine „Plattform zur Förderung und zum Erlernen von Demokratie und eines europäischen Bürgerbewusstseins“ (Baltsch 2002: 125).

Bürgerschaft“, feststellen lässt.^{111, 112, 113} Dies zeigt auch: Trotz aller Veränderungen, werden dabei die einst von den Verbänden festgelegten, hier im Wesentlichen europäischen Prinzipien, Aktivitäten, Leistungen und Leistungserwartungen aktualisiert.

3.1.4 Zwischenfazit

Folgt man den Darstellungen in der überwiegend deutschsprachigen wissenschaftlichen und politischen Literatur, dann haben Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung im Laufe ihrer Entwicklungsgeschichte mehrere Veränderungen von einer friedenspolitischen zu einer europapolitischen zu einer kommunalpolitischen zu einer problemlösungsorientierten Ausrichtung und – damit einhergehend – zu neuen vielseitigen und kooperativen Arbeitsformen vollzogen. Die Ausführungen machen ebenso deutlich, dass an diesen Veränderungen immer auch politische Akteure sowohl aus Kommunen als auch aus Kommunalverbänden beteiligt waren und sind. Sie tragen stets großpolitische, zunehmend auch stadtentwicklungsbezogene und EU-politische Themen in Städtepartnerschaften hinein, um diese in diesem Rahmen bearbeiten zu lassen, und verändern sie dabei. Die Entwicklungen sind also keine „Selbstläufer“. Vielmehr haben die entsprechenden Akteure sie geprägt und müssen daher auch als wesentliche Schrittmacherinnen und Schrittmacher von Städtepartnerschaften verstanden werden (und sehen sich auch selbst so). Insbesondere Verbandspolitikerinnen und Verbandspolitiker versuchen, Städtepartnerschaften (kommunal-)politisch attraktiv zu halten oder zu nutzen, und bringen sie immer wieder mit aktuellen politischen Zielen und Herausforderungen in Verbindung. Aus dieser Perspektive können Städtepartnerschaften als durch und durch politische Konzepte und Konstrukte angesehen werden, wie dies Ingo Bautz in ähnlicher Art und Weise auch bereits für die Städtepartnerschaften der Europabewegung formuliert hat (vgl. Bautz 2002: 36).

¹¹¹ Damit lassen sich klare Unterscheidungen von Zeiträumen, in denen eine europäische Einigung für städtepartnerschaftliche Akteure eine Rolle gespielt habe, und anderen, wie bei Wimmer (vgl. Wimmer 1989: 130), zumindest mit Blick auf die (deutschen) Kommunal- und Verbandspolitikerinnen und Verbandspolitiker nicht halten.

¹¹² Dies sieht, aber eher nur feststellend, auch die Politikwissenschaftlerin Silke Klompaker-Böhm (vgl. Klompaker-Böhm 2008).

¹¹³ Dass dies bei Kommunen auch angekommen ist, zeigt sich besonders deutlich an der „Douzelage“. Dabei handelt es sich um einen Städtepartnerschaftsverbund, der 1989 zunächst zwischen Kommunen und Städten aus den ursprünglichen zwölf EG-Mitgliedsländern gegründet wurde und dann sukzessive, im Gleichschritt mit dem EG-EU-Erweiterungsprozess, weitere Kommunen und Städte aus den jeweils neuen Mitgliedsländern einbezogen hat. Zwischendurch umfasste die „Douzelage“ 27 Mitglieder aus den damals 27 EU-Ländern (vgl. Douzelage Online 2017).

Wandel beziehungsweise politisch initiiertes Wandel und ein *assembling* von Städtepartnerschaften oder ihren Elementen sind also an sich nichts Neues. Neu ist jeweils aber die Richtung, in die sie geleitet werden (sollen) und die es für die ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften in dieser Arbeit noch im Detail zu bestimmen gilt. Deutlich wird, dass sich ein entsprechend politisch initiiertes Wandel in den vergangenen Jahren auf der einen Seite immer mehr in Richtung auf kommunalpolitische, globale und auch EU-politische Themen bewegt und diese an Städtepartnerschaften mit entsprechenden problemlösungsorientierten und kooperativen Bearbeitungsvorschlägen herangetragen werden. Gleichzeitig haben (deutsche) Verbandspolitikerinnen und Verbandspolitiker Städtepartnerschaften auf der anderen Seite aber immer wieder auch an einstige funktionalistische einstellungsverändernde europäisch-zusammenhaltstiftende Prinzipien insbesondere des RG(R)E zurückgebunden, wobei sie diese auch zunehmend EU-europäisch auslegen.

Städtepartnerschaftliche Entwicklungen können (zumindest aus deutscher Perspektive und mit Blick auf politische Akteure) also nicht als abgeschlossene, aufeinander aufbauende, sich ergänzende „Phasen“ begriffen, sondern müssen vielmehr als eine Art von Kontinuum betrachtet werden, da immer wieder Anschlüsse an einstige Prinzipien gesucht werden. Es scheint bei ihrem Wandel also weniger um eine Ablösung zu gehen als vielmehr um eine Aktualisierung und Neuinterpretation des Formats. Ein von Langenohl im Zusammenhang mit der politischen Geschichtsschreibung von Städtepartnerschaften genannter „historical sense“ (Langenohl 2015: 14) wird von den Verbandsvertreterinnen und Verbandsvertretern hier nicht nur in einer zeitgemäßen, sondern auch in einer rückwirkenden Richtung betrieben. Auf diese Beobachtung werde ich im Laufe der Arbeit noch mehrfach zurückkommen. Dies mag „typisch deutsch“ sein, da hierzulande die Ideengeschichte von Städtepartnerschaften nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund der Kriegsergebnisse möglicherweise eine besondere Relevanz hat, wie es auch Andreas Langenohl betont (vgl. ebd.: 15). In dieser Orientierung an funktionalistischen einstellungsverändernden europäisch-zusammenhaltstiftenden Prinzipien steckt jedenfalls eine wesentliche Leiterzählung, woher Städtepartnerschaften kommen, was sie ausmacht und wie sie sich entwickeln können.

Inwiefern diese neueren kommunal- und (verbands-)politischen Strategien auch in den gegenwärtigen ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften zum Tragen kommen, wird in den kommenden Kapiteln noch geschildert. Da sich die Reihenfolge der Veröffentlichungen in der (deutschsprachigen) wissenschaftlichen Literatur zu Städtepartnerschaften, wie im letzten Kapitel vorgestellt, zu großen Teilen mit den in den (verbands-)politischen Schriften beschriebenen Entwicklungen und auch Beobachtungen inhaltlicher und formaler Ausrichtungen und einzelne Bewertungen decken, wie angedeutet, liegt die Annahme eines Zusammenhangs nahe. Aus diesem Grund wird im nächsten Abschnitt die Art und Weise der bisherigen wissenschaftlichen Wissensproduktion über Städtepartnerschaften (und ihre Entwicklungsgeschichte) vor allem im Hinblick auf eine nähere Bestimmung des Formats Städtepartnerschaften und seiner Entwicklung noch einmal genauer betrachtet.

3.2 Verflechtungen von Politik und Wissenschaft

3.2.1 (Kommunal-)politisch fokussierte Datenerhebung und Dateninterpretation

Ein Großteil der hier gesichteten und referierten deutschsprachigen wissenschaftlichen Arbeiten zu Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung bezieht sich auf überwiegend kommunalpolitische und verbandspolitische Schriften und Aussagen und leitet seine Ergebnisse daraus ab. So beruhen die ersten auffindbaren wissenschaftlichen Arbeiten zu Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung von Rolf-Richard Grauhan, Hansjürgen Garstka und Thomas Grunert allesamt auf weitgehend geschlossenen, schriftlich zu beantwortenden Fragebögen und Interviews oder vertiefenden Gesprächen mit verantwortlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sowie hochrangigen Repräsentantinnen und Repräsentanten der Kommunalverbände IBU und RGE, wie sich entsprechenden Einträgen in den Arbeiten entnehmen lässt (vgl. Grauhan 1968: 36; Garstka 1972: 56; Vorwort; Anhang; Grunert 1981: Vorwort). Garstkas Fragebögen wurden von der IBU verschickt (vgl. Garstka 1972: Anhang). Grunerts Datenbasis besteht großteils aus von der IBU und dem RGE selbst durchgeführten und von anderen kommunalpolitischen Verbänden während verschiedener Jahre in Auftrag gegebenen Fragebogenerhebungen, die er nur durch eine kleine eigene Befragung in deutschen und französischen Kommunen ergänzt und anschließend wiederum durch „Experten“ (Grunert 1981: Vorwort; XII) kommentieren und auf ihre Aussagekraft prüfen lässt (vgl. ebd.). Das beschriebene Vorgehen lässt sich in ähnlicher Art und

Weise auch in jüngeren Forschungen zu Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung finden. Kai Pfundheller beispielsweise bezog die Daten für seine Dissertation aus einem vom Ministerium für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebenen Forschungsprojekt, das unter anderem zum Ziel hat, „Erfolgsfaktoren für Best-Practice-Beispiele“ (Pfundheller 2014: 26) von Städtepartnerschaften zu identifizieren. Auch hier wurden mehrheitlich geschlossene Fragebögen erstellt und diese zusammen mit einem Begleitschreiben deutscher Kommunalverbände an die Kommunen und Kreise des Bundeslandes und potenzielle Interviewpartnerinnen und Interviewpartner verschickt, wie Pfundheller notiert (vgl. ebd.: 27f.). Auf dieser Basis wählt Pfundheller dann auch Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner „aus Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft und Medien“ (ebd.: 26) für vertiefende Befragungen aus.

Entscheidend in diesem Zusammenhang sind aber vor allen Dingen die Forschungsdesigns und die Dateninterpretation. Hier ist in erster Linie die Arbeit von Thomas Grunert zu erwähnen, auf die sich auch viele der nachfolgenden (deutschen) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beziehen. Grunert entwickelt aus europäisch-einigungstheoretischen Überlegungen, insbesondere zur Bedeutung der Bevölkerungshaltung und zu den Handlungsmöglichkeiten von Kommunen, Variablen, um potenzielle Wirkungen von Städtepartnerschaften zu messen. Nach einer detaillierten Zusammenstellung von quantitativen und qualitativen Aspekten und Effekten deutsch-französischer Städtepartnerschaften schlussfolgert er, dass „ein absolut kausaler Nachweis von unmittelbaren Wirkungen des ‚Konkretums‘ Städtepartnerschaften auf das ‚Abstraktum‘ Europäische Integration kaum zu erbringen ist“ (Grunert 1981: 5). Er bewertet Städtepartnerschaften aber dennoch als förderliche Beiträge einer (west-)europäischen Einigung, da sie nationale Einstellungen überwinden und somit staatsgrenzenübergreifende politische Entscheidungen unterstützen helfen (vgl. ebd.: 377f.). Ähnlich gelagerte Rückschlüsse lassen sich auch in der Arbeit von Rolf-Richard Grauhan finden (vgl. Grauhan 1968: 97f.). Kai Pfundheller konzentriert seine Arbeit neben einer Bestandsaufnahme etwas allgemeiner vor allem auf Erfolgskonzepte und eine entsprechende Beratung (vgl. Pfundheller 2014: 209).

Außerhalb Deutschlands arbeitet beispielsweise auch Nick Clarke überwiegend auf Basis von Dokumentenanalysen und Interviews mit (kommunal-)politischen

Repräsentantinnen und Repräsentanten. Insbesondere in seinen jüngeren Arbeiten begreift er Städtepartnerschaften zunehmend auch als inklusiv, „to include all forms of interurban partnerships“ (Clarke 2012: 799; ebd. 2009: 498).

Vor allen Dingen in den frühen (deutschen) Arbeiten zum Thema – das lässt sich mit Blick auf die hier zusammengestellten Arbeitsweisen festhalten –, sind die Forschungen überwiegend an politisch formulierten Erwartungshorizonten ausgerichtet und werden die Ergebnisse vielfach auf Basis von Aussagen nur spezifischer städtepartnerschaftlicher, überwiegend kommunaler und verbandspolitischer Akteure generiert, die meist nur aus einem Land stammen. Entsprechende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bewegen sich also fast ausschließlich im kommunal-beziehungsweise verbandspolitischen Diskurs und haben kommunalpolitische durchaus normative Leistungserwartungen an Städtepartnerschaften vielfach übernommen und fortgeschrieben.

3.2.2 Geteilte Begriffe und Definitionen

(Deutsche) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Politikerinnen und Politiker verwenden auch ähnliche Begriffe und Definitionen für Städtepartnerschaften mit deutschem Bezug. Thomas Grunert beispielsweise stellt in seiner Arbeit die Begriffe „Städtepartnerschaften“ (Grunert 1981: 78f.), „Städtekontakte“ (ebd.) und „Städtebeziehungen“ (ebd.) in Relation zueinander und betont die Schwierigkeit, unterschiedliche Grade der Beziehungsentwicklung und Beziehungsverfestigung voneinander unterscheiden zu können (vgl. ebd.). Der RGRE unterscheidet auf der Startseite seiner online verfügbaren „Datenbank der kommunalen Partnerschaften“ seinerseits zwischen „Partnerschaften (P): Förmliche, zeitlich und sachlich nicht begrenzte Partnerschaft, beruhend auf einem Partnerschaftsvertrag“ (RGRE, Deutsche Sektion Online 2017b), „Freundschaft (F): Eine Verbindung, die auf einer Vereinbarung beruht aber zeitlich begrenzt ist und/oder genau spezifizierte Projekte der Beziehung benennt“ (ebd.), und „Kontakt (K): Eine Verbindung ohne förmliche Festigung“ (ebd.). Er folgt damit – eigenen Angaben nach – arbeitspraxisbezogenen Überlegungen und will so sicherstellen, möglichst alle Formen „kommunaler Auslandsbeziehungen“ (ebd.) statistisch zu erfassen.¹¹⁴ Beate Wagner benutzt den Begriff „kommunale

¹¹⁴ Diese Differenzierung lässt sich auf der Website der deutschen Sektion des RGRE finden. Dass Polen so beispielsweise nicht untergliedert, darauf verweist auch Harald Lwowski, ehemals zuständig für den Deutsch-Polnischen Ausschuss im RGRE (vgl. Lwowski 2009: 175). Diese uneinheitlichen

Partnerschaften“ (Wagner 1995: 18) und hebt mit dem Adjektiv den entsprechenden politischen Bereich und die politischen Akteure hervor. Hans-Gerd von Lennep, ehemaliger Geschäftsführer der deutschen Sektion des RGRE, spricht sich in ländervergleichender Perspektive ebenfalls für den Begriff „kommunale Partnerschaften“ (von Lennep 1994: 57) aus. Damit wolle er auch Auslandsbezügen anderer kleiner Verwaltungsbereiche, wie der deutschen Kreise, französischen Départements oder englischen Counties begrifflich Ausdruck verleihen (vgl. ebd.). Die übergreifende Begriffsverwendung von Nick Clarke habe ich weiter oben schon erwähnt (vgl. Clarke 2012: 799; ebd. 2009: 498).

Auch in qualitativer Hinsicht lassen sich bei entsprechenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Politikerinnen und Politikern ähnliche Definitionen feststellen. Ernst Georg Mayer schlägt im Zuge der Untersuchung des Rechtscharakters von Städtepartnerschaften zum Beispiel eine Spezifizierung vor. Für ihn gehören eine gewisse Verbindlichkeit, ein staatsgrenzübergreifender Aspekt und eine bürgerschaftliche, persönliche und europäisch-zusammenhaltsstiftende Ausrichtung dazu (vgl. Mayer 1986: 19). Für den RGRE ist eine Städtepartnerschaft bis dato – in Anlehnung an die Definition Jean Bareths – „die Begegnung von zwei Gemeinden, die sich bereit erklären, gemeinsam mit einer europäischen Zielsetzung zu wirken, um ihre Probleme zu erörtern und immer engere Freundschaftsbande zu entwickeln“ (CCRE/CEMR Online 2017b).

Kai Pfundheller öffnet seine Definition von Städtepartnerschaften „allen gesellschaftlichen Gruppen“ (Pfundheller 2014: 41), begreift eine Städtepartnerschaft aber als „eine förmliche, zeitlich und sachlich nicht begrenzte Partnerschaft“ (ebd.) und auch als „Instrument“ (ebd.: 22). Für Nick Clarke sind Städtepartnerschaften „a device, a repertoire, and a model“ (Clarke 2011: 117), wobei mit „Repertoire“ spezifische Aktivitäten und Praktiken und mit „Model“ Varianten gemeint sind (vgl. ebd.).

(Deutsche) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben also mit der Verwendung gleicher oder ähnlicher Begriffe und Definitionen wie Politikerinnen und Politiker Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung mit europäisiert und mit kommunalpolitisiert sowie in jüngerer Zeit auch mit flexibilisiert und damit aus einem

Unterscheidungen sind auch Grund dafür, dass häufig unterschiedliche Angaben über die genaue Anzahl existierender Städtepartnerschaften pro Land zu finden sind.

engen europapolitischen Zusammenhang herausgehoben. So haben sie auch deren Wandel und deren Wandelbarkeit mit geschrieben. Der Eindruck, den Julia Grosspietsch nachfolgend beschreibt, ist bezeichnend für den Vorgang, nach meinen Beobachtungen mit Blick auf eine wahrnehmbare wiederkehrende Rückbindung an einstige Prinzipien jedoch nur bedingt zu teilen: “Town twinning has become a flexible framework open to any ideas and activities that makes it so diverse and hard to define.” (Grosspietsch 2009: 1284)

3.2.3 Teil- und parawissenschaftliche Studien

Darüber hinaus arbeiten (deutsche) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Bezug auf Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung häufig auch mit politischen Auftraggeberinnen und Auftraggebern zusammen. Exemplarisch ist hierfür die jüngere Studie des ehemaligen Regierungsdirektors und Referatsleiters im Bundesumweltministerium, Albert Statz, und der Politikwissenschaftlerin Charlotte Wohlfahrt im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung. Zentrales Thema der Studie ist die kommunale Zusammenarbeit und deren möglicher Beitrag zu einer an Nachhaltigkeitsprinzipien ausgerichteten Politik. Sie verbindet auf über 100 Seiten Bilanz, Formen und Kooperationsbeispiele sowie Hinweise auf entsprechende Förderprogramme zum Beispiel der Europäischen Kommission. Die zentrale These der Studie ist der bereits von Kristine Kern (vgl. Kern 2001: 106) bekannte Leitgedanke, dass staatsgrenzenübergreifende Entwicklungen wie Globalisierung und Europäisierung auch die Arbeit von Kommunen beeinflussten, sie hin zu einer verstärkten kurzzeitigen, themenorientierten Zusammenarbeit bewegten und dabei bilaterale Städtepartnerschaften um vielseitige Arbeitsformen mit höherer politischer Relevanz ergänzt hätten (vgl. Statz/Wohlfahrt 2010: 14ff.). Statz und Wohlfahrt schlagen nachhaltige Entwicklung als ein zukünftiges Thema für weitere Kooperationen vor (vgl. ebd.: 118) und führen neben dem Begriff Städtepartnerschaften für kontinuierliche Verbindungen die Begriffe „Kommunal- oder Städtebeziehungen bzw. transnationale Beziehungen von Kommunen“ (ebd.: 35) als aus ihrer Sicht umfassendere Bezeichnungen ein. Nach Aussage der Autorinnen und Autoren erhebt die Studie keinen streng wissenschaftlichen Anspruch, sondern diene eher Arbeitspraxis anleitenden und zusammenführenden Zwecken (vgl. ebd.: 11). Sie betrachten ihre Arbeit selbst als „Netzwerk-Instrument“ (ebd.: 12). Die Studie ist auf Basis von persönlichen und telefonischen Gesprächen mit kommunalen Fachleuten

entstanden, worunter sich auch zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter (der deutschen Sektion) des RGRE befinden (vgl. ebd.).^{115, 116}

In diesen Studien wirken (deutsche) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Politikerinnen und Politiker zusammen. Charakteristisch für sie ist, dass sie zwar mittels wissenschaftlicher qualitativer und quantitativer Interviewtechniken, aber auch verbunden mit politischen Zielen verfasst werden. In diesen Studien wird der Stand der (überwiegend sozial- und politikwissenschaftlichen) Forschungen zum Thema berücksichtigt, sie haben ansonsten aber eher einen antreibenden Charakter. Die Autorinnen und Autoren wollen Städtepartnerschaften verändern und setzen – wissenschaftlich begründet – neue Themen auf die städtepartnerschaftliche Agenda.

Gleichzeitig arbeiten (deutsche) Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker beziehungsweise Verbände zunehmend wissenschaftsähnlich vor allen Dingen auch ethnografieähnlich. Sie starten eigene oder auch fremde Fragebogenumfragen und reflektieren und kommentieren Städtepartnerschaften, deren Geschichte und deren zukünftige Entwicklungen erfahrungsnah. Ein Beitrag von Hans-Gerd von Lennep, damals Referent der deutschen Sektion des RGE, erschien in der Verbandszeitschrift „Europa kommunal“ aus dem Jahr 1983 beispielsweise, beschäftigte sich bereits früh mit Fragen des Erhalts und der Weiterentwicklung von Städtepartnerschaften. Darin unterstreicht von Lennep zunächst die Bedeutung von Städtepartnerschaften „bei der Entwicklung des europäischen Geistes“ (von Lennep 1983: 102) aus Sicht des Verbands und geht anschließend mit einer Bestandsaufnahme bestehender Aktivitäten dazu über, zu neuen Formen städtepartnerschaftlicher Zusammenarbeit anzuregen (vgl. ebd.: 103). Die inhaltlichen Grundlagen für diese und andere Aussagen des Artikels habe er über eine Auswertung anderer bereits vorliegender und von anderen Kommunalverbänden durchgeführter Fragebogenumfragen auf folgende Art und Weise erhalten:

¹¹⁵ In einer ähnlichen Art und Weise stellt sich die bereits indirekt erwähnte Studie der Akademie für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit (AIBIZ) in der Auslandsgesellschaft Deutschland e.V. (AgD) auf Initiative ihres Direktors und ehemaligen Staatsministers und Landtagsabgeordneten Wolfram Kuschke in Zusammenarbeit mit den Politikwissenschaftlern Uwe Andersen, Kai Pfundheller und Wichard Woyke dar (vgl. Andersen/Fischer/Kuschke/Pfundheller/Woyke 2010: 5).

¹¹⁶ Ähnlich wie Statz und Wohlfahrt plädieren darüber hinaus auch die überwiegend aus dem politischen und arbeitspraxisorientierten Spektrum stammenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung „Klimavorsorge und Entwicklungszusammenarbeit durch kommunale und regionale Partnerschaften“, organisiert von der Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart im Jahr 2008, aufgrund ihrer staatsgrenzenübergreifenden Beschaffenheit für Klimaschutz als Thema gegenwärtiger Städtepartnerschaften (vgl. Hutter/Link 2009).

„Bei Zugrundelegung der persönlichen Erfahrungen sowie der in den Geschäftsstellen der nationalen Sektion des Rats der Gemeinden Europas eingehenden Berichte über Partnerschaftsbegegnungen hat der Berichterstatter den Eindruck gewonnen, daß [sic!] Partnerschaften, die sich auf Begegnungen von Mitgliedern nur einer sozialen Schicht bzw. auf Vertreter der Gemeindeverwaltung beschränken, kaum mehr auffindbar sind.“ (Ebd.)

Ähnliche, überwiegend auf eigenen Erfahrungen basierende oder durch eigene Erfahrungen als bestätigt angesehene Berichte, verbunden mit arbeitspraxisorientierten Hinweisen, lassen sich auch in veröffentlichten Schriften des ehemaligen Amtsdirektors Johannes Sticker finden (vgl. Sticker 1982).

Diese Art der (Selbst-)Vergewisserung und Wissensgenerierung ist charakteristisch für einen Typus von Expertenwissen, den die US-amerikanischen Kulturanthropologen Douglas Holmes und Georg Marcus „para-ethnographic“ (Holmes/Marcus 2005: 237) nennen. Damit meinen sie erfahrungsbasiertes, in sozialen Beziehungen gewonnenes und häufig auch implizites in außerwissenschaftlichen Bereichen hergestelltes und genutztes Wissen, das ethnografisch produziertem Wissen ähnele (vgl. ebd.). Neben der Tatsache, dass diese Wissensform das Verhältnis zwischen einer ethnografisch forschenden und einer beforschten Person quasi „partnerschaftlich“ definiere und es für ethnografische Zugänge in Expertenkulturen genutzt werden könne, strukturiere es (globale) Gegenwart und Zukunft auch mit (vgl. ebd.).

Diese und ähnliche Praktiken der Wissensgenerierung und der entsprechenden Darstellung als einer Mischung aus (Selbst- und Fremd-)Fragebogenauswertungen, Dokumentenanalysen und Erfahrungswerten lassen sich, wenn auch nicht immer so deutlich wie bei von Lennep, in zahlreichen veröffentlichten Berichten der deutschen Sektion des RGRE finden.¹¹⁷ Das so her- und dargestellte Wissen wird auf diese Weise nach innen und außen legitimiert.

¹¹⁷ Walter Leitermann von der deutschen Sektion des RGRE publizierte im Jahr 1997 ebenfalls in „Europa kommunal“ einen Beitrag zur Entwicklungsgeschichte von Städtepartnerschaften. Er zeichnet darin eine für Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung geltende Entwicklungslinie seit dem Zweiten Weltkrieg über deutsch-französische und deutsch-mittel-und-osteuropäische Städtepartnerschaften, die einen praktischen Wendepunkt markierten, bis hin zu neuen städtepartnerschaftlichen Kooperationsformen, wie wissenschaftlicher Zusammenarbeit (vgl. Leitermann 1997: 7). Ein Teil seiner Aussagen basiert auf einer Anfang der 1990er-Jahre durchgeführten Fragebogenumfrage der deutschen Sektion des RGRE, andere Aussagen verschriftlicht er ohne Quellenangabe. Weitere Veröffentlichungen des deutschen RGRE zeigen auf Basis eigener Statistiken regelmäßige Bilanzen städtepartnerschaftlicher Entwicklungen (vgl. ebd. 1998; Spengler 2002; ebd. 2009). Auch darin befinden sich stets Kommentare zu Tendenzen der Zusammenarbeit sowie ein Rückblick auf städtepartnerschaftliche Entwicklungsgeschichte.

3.2.4 Wechselseitige Zitationen

Und nicht zuletzt zitieren sich (deutsche) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Politikerinnen und Politiker in Bezug auf Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung häufig selbstverständlich, wie zum Beispiel Emanuel Richter und andere (vgl. Gerhard/Heipcke/Richter 1994: 168).¹¹⁸ Auch ist auffällig, dass positive Leistungen von Städtepartnerschaften, wie sie zum Beispiel die deutsche Sektion des RGRE äußert, auch von ansonsten kritischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in ihren Arbeiten in der Regel bereitwillig fortgeschrieben werden. Ingo Bautz hält beispielsweise fest, dass Ergebnisse zu Wirkungen von Städtepartnerschaften trotz Kritik „inzwischen als gesicherte Erkenntnis“ (Bautz 2002: 15) gelten könnten und ihre Bedeutung trotz einiger Kritikpunkte nicht „grundsätzlich in Frage zu stellen“ (ebd.: 16) sei. Auch Bettina Fieber fordert dies in Bezug auf deren europäische Bedeutung ein (vgl. Fieber 1995: 22).

Und auch umgekehrt finden sich wissenschaftliche Ergebnisse in Veröffentlichungen der Verbände oder in politischen und arbeitspraxisorientierten Schriften wieder. Hans-Gerd von Lennep zitiert zum Beispiel in seinem zuvor vorgestellten Artikel auch Thomas Grunert (vgl. von Lennep 1983: 102). Vereinzelt haben (Nachwuchs-)Wissenschaftlerinnen und (Nachwuchs-)Wissenschaftler Texte in „Europa kommunal“ veröffentlicht, wie zum Beispiel der Politikwissenschaftler Phillip Andreas Maennle (vgl. Maennle 2004) oder Claudia Münch (vgl. Münch 2006a). In der Zeitschrift stehen auch immer wieder Rezensionen und Literaturhinweise auf wissenschaftliche Publikationen mit kommunalpolitischem Bezug, zum Beispiel auf die im vorangehenden Kapitel genannte Arbeit von Dieter Blumenwitz, die von Thomas Grunert und den Sammelband von Claudia Münch und Ulrich von Alemann (vgl. RGE, Deutsche Sektion 1981a; ebd. 1981b; RGRE, Deutsche Sektion 2007c).

In dieser Verflechtung legitimieren (deutsche) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Politikerinnen und Politiker Wissensproduktionen über Städtepartnerschaften nicht nur gegenseitig, sondern verbreiten und etablieren sie auch.

3.2.5 Zwischenfazit

(Deutsche) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben die Ideen- und

¹¹⁸ Weitere Beispiele hierfür finden sich auch bei Thomas Grunert (vgl. Grunert 1981: 329) und Johann Wolfgang Wimmer (vgl. Wimmer 1989: 4; 60; 166; 176).

Entwicklungsgeschichte von Städtepartnerschaften mit deutschem Bezug und entsprechende Veränderungen und Leistungen nicht nur dokumentiert. Sie haben sie auch fortgeschrieben, mit- und reproduziert, beziehungsweise wirken Politik und Wissenschaft hierbei zusammen. Dies wird nicht nur an der zeitlichen Nähe von politischen Entwicklungen und entsprechenden Themensetzungen der wissenschaftlichen Arbeiten deutlich, wie im vorangegangenen Kapitel bereits kurz angerissen. Auch die Art und Weise, wie (deutsche, aber auch britische) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Forschungen zu Städtepartnerschaften (mit deutscher, aber auch britischer Beteiligung) ihre Daten erheben und bewerten, Definitionen einsetzen und entwickeln und mit (europäischen Einigungs-)Theorien arbeiten, durch die Städtepartnerschaften auch selbst ideengeschichtlich angereichert wurden, macht dies klar. Wissenschaftliche Arbeiten zu Städtepartnerschaften, mindestens die mit deutscher Beteiligung, lassen sich also als politisiert bezeichnen und damit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ebenso als Akteure von Städtepartnerschaften, deren Wandel und deren Wandelbarkeit, da sie beispielsweise entsprechende Definitionen mit hervorbringen. Sie betreiben damit auch *assembling* und sind so Teil gegenwärtiger Städtepartnerschaften. Umgekehrt haben (Kommunal-)Politikerinnen und (Kommunal-)Politiker ihre Schriften auch an wissenschaftliche Arbeitsmethoden angelehnt und ihre Erkenntnisse und Ziele darüber legitimiert.

In diesen Verflechtungen zwischen Politik und Wissenschaft hat sich ein besonders wirkungsvoller und nahezu unhinterfragter Diskurs über Städtepartnerschaften, deren friedenspolitische Ursprünge, deren europäische, zusammenhaltsstiftende Leistungsfähigkeit und auch deren Wandelbarkeit etabliert. Ich will damit nicht sagen, dass entsprechende Annahmen falsch seien (oder mich gänzlich davon ausnehmen). Ich möchte aber auf eine spezifische Art der Wissensproduktion im Zusammenhang mit Städtepartnerschaften aufmerksam machen, die sehr ausgeprägt ist, und auf die Folgen. Nur so, in dieser speziellen Gemengelage, haben sich funktionalistische einstellungsverändernde europäisch-zusammenhaltsstiftende Prinzipien wie „Friedenssicherung“ und „Völkerverständigung“ und Aktivitäten, wie „Begegnung“ und „Austausch“, die diese hervorbringen sollen, sowie eine entsprechende Leiterzählung und das Format Städtepartnerschaften als ein Set all dieser Elemente verbreiten und verfestigen können. Vor allem in Deutschland vor dem Hintergrund seiner spezifischen (Nach-)Kriegsgeschichte ist diese Leiterzählung zum normativen

Maßstab auch vieler Forschungen geworden, wie auch Langenohl anmerkt (vgl. Langenohl 2015: 33). Das Gleiche betrifft neuere Vorstellungen der Wandelbarkeit von Städtepartnerschaften, die in ähnlicher Weise wieder formatiert werden.

Ich verfolge in dieser Arbeit das Ziel, normative Erwartungen an Städtepartnerschaften und Quellen wissenschaftlicher Arbeiten zu Städtepartnerschaften zu reflektieren. Ich prüfe kritisch, inwiefern diese Leiterzählung beziehungsweise das Format Städtepartnerschaften im Feld vorkommen. Das Assemblage-Konzept ist dabei insofern hilfreich, als dadurch weitere Akteure gegenwärtiger Städtepartnerschaften zu Wort kommen, insbesondere auch die Bürgerinnen und Bürger, und ihre Versionen beitragen können.

Kommunal- und verbandspolitische Akteure sind aber nicht die einzigen politischen Akteure, die Städtepartnerschaften mit definieren, sondern auch europäische Organisationen und die Europäische Kommission, nicht zuletzt über ihre Förderpolitiken. Auf diesen Aspekt und entsprechende Entwicklungen im hier gewählten Feldforschungszeitraum werde ich im folgenden und letzten Abschnitt dieses Kapitels noch genauer eingehen, da sie eine eigene Dynamik ausgebildet haben, die für gegenwärtige Städtepartnerschaften insgesamt auch eine besondere Relevanz besitzt. Um sie so nachvollziehbar wie möglich zu machen, bleibe ich dabei nahe an den Originaldokumenten.

3.3 Städtepartnerschaften im Fokus europäischer Organisationen

3.3.1 Städtepartnerschaften als Mittel der politischen Einflussnahme des Europarats auf Kommunen

So hat der 1949 gegründete Europarat¹¹⁹, in dem die Außenministerinnen und Außenminister europäischer Staaten¹²⁰ vertreten sind, bereits im Jahr 1955 damit begonnen, Kommunen mit Partnerstädten zu unterstützen und auch (geringfügig)

¹¹⁹ Der Europarat heißt auf Englisch Council of Europe (COE), so wird er auch abgekürzt. Sein französischer Name ist Conseil de l'Europe (vgl. COE, Parlamentarische Versammlung o.J.: 1).

¹²⁰ Der Europarat zählt bis dato 47 Mitgliedsländer, darunter sind auch beispielsweise Russland, die Schweiz und die Türkei. Er legt damit eine andere, eher geografische Europavorstellung als die Europäische Union zugrunde. So sieht es auch Bernhard Köhle (vgl. Köhle 2005: 44). Der Europarat ist nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Rat, dem regelmäßigen Zusammentreffen der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der Europäischen Kommission sowie dem Rat der Europäischen Union, in dem die vollständigen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten vertreten sind (vgl. COE Online 2017; Europäische Union Online 2017).

finanziell zu fördern (vgl. COE, Parlamentarische Versammlung o.J.: 2). Der Europarat mit seinem Ziel einer Förderung von Zusammenhalt, Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa (vgl. COE Online 2017) zeichnet seitdem, ausgewählt durch einen Unterausschuss seiner Parlamentarischen Versammlung, einmal im Jahr europabezogene und städtepartnerschaftliche Aktivitäten von Städten und Gemeinden seiner Mitgliedsländer aus (vgl. COE, Parlamentarische Versammlung o.J.: 2f.). Mit dem „Europapreis“ honoriert er „außergewöhnliche Leistungen zur Förderung des europäischen Einigungsgedankens“ (ebd.: 5). Der eigentliche Preis besteht aus einem Wanderpokal, einer Bronzemedaille, einer Urkunde und einem Reisetipendium für Jugendliche und wird in einem mehrstufigen Prozess vergeben. Kommunen aus den Mitgliedsländern können ihre europäischen Tätigkeiten nacheinander für das „Europadiplom“ (ebd.: 4), die „Ehrenfahne“ (ebd.), die „Ehrenplakette“ (ebd.) und schließlich für den „Europapreis“ als höchste Auszeichnung empfehlen (vgl. ebd.: 4ff.). Hierfür ist eine Bewerbung beim zuvor genannten Unterausschuss erforderlich, die über eine mehrjährige Zeitspanne hinweg anhängig bleibt und kontinuierlich durch neue Tätigkeitsberichte aktualisiert werden muss (vgl. ebd.: 6). Die Auszeichnung der einzelnen Stufen geschieht nach Kriterien wie Mitgliedschaft der Kommune in europaweiten Kommunalverbänden, Art, Anzahl und Aktivitäten der Städtepartnerschaften, europäische Veranstaltungen – hiermit sind vor allem internationale Veranstaltungen gemeint – und weiteres europäisches Engagement, beispielsweise in Form der Durchführung eines „Europatages“ (ebd.: 9). Der „Europapreis“ wird der entsprechenden Kommune im Rahmen einer von ihr veranstalteten öffentlichen Europafeierlichkeit vom Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats verliehen. Die Kommune muss sich außerdem verpflichten, nachhaltig mit anderen Europapreisträgerkommunen in Kontakt zu treten (vgl. ebd.: 11ff.).

Ingo Bautz bewertet die Unterstützung der Kommunen durch den Europarat, wozu er die Förderung von Städtepartnerschaften, aber auch die Einrichtung einer Europäischen Kommunalkonferenz beim Europarat zählt, eher kritisch. Er sieht sie ursprünglich nicht als kommunale Errungenschaft, sondern als bewusst zugelassenes Mittel, um seitens der Staatsregierungen im eigenen außenpolitischen Interesse gezielt auf Kommunen und Bürgerinnen und Bürger Einfluss nehmen zu können (vgl. Bautz 2002: 335). Vor allem die Europäische Kommunalkonferenz sei für die Regierungen als Möglichkeit einer

„europäischen Erziehung“ (ebd.: 233f.) von Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertretern und Bürgerinnen und Bürgern und als Instrument zur Relegitimierung von Nationalstaaten in Europa begriffen worden (vgl. ebd.).¹²¹ Auch ich halte eine Förderung von Städtepartnerschaften durch einen Preis des Europarats eher für eine lenkende Maßnahme für ein geeintes Europa sowie für den Europarat selbst.

3.3.2 Städtepartnerschaften als bürgerschaftliches und kommunalpolitisches Governance-Instrument der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission fördert Städtepartnerschaften beziehungsweise städtepartnerschaftliche Aktivitäten seit 1989 finanziell (vgl. Europäische Kommission 1997: 3). Ausschlaggebend dafür sind, einem Artikel in „Europa kommunal“ folgend, zwei auf Initiative des Europäischen Rats und des Europäischen Parlaments entstandene Berichte¹²² gewesen, die eine zusammenhaltsstiftende Leistung von Städtepartnerschaften würdigten, ihr eine besondere Bedeutung für die Herausbildung einer „europäischen Bürgerschaft“ als Unterstützung eines sich ausbildenden europäischen Binnenmarkts beimaßen und eine entsprechende Förderung empfahlen (vgl. RGRE, Deutsche Sektion 1988: 156ff.). Die Europäische Kommission bezuschusste anfänglich Austauschmaßnahmen von Bürgerinnen und Bürgern, Konferenzen und Fortbildungsseminare im Rahmen von Städtepartnerschaften (vgl. Europäische Kommission 1997: 13; Preston 1997: 26). Dabei fanden zunächst insbesondere solche Vorhaben Berücksichtigung, die zur Neugründung von Städtepartnerschaften anregten, mehrere Länder oder entlegene Städte und Gemeinden einbezogen und thematische Vorschläge der Europäischen Kommission aufgriffen, zum Beispiel auch das Thema „Unionsbürgerschaft“ (Europäische Kommission 1997: 14). Im Jahr 1993 verlieh das Generalsekretariat der Europäischen Kommission erstmals auch einen Preis, die „Goldenen Sterne der Städtepartnerschaft“, an Initiativen, „die durch ihr Engagement das europäische Einigungswerk und somit den Zusammenschluß [sic!] der europäischen Völker auf eindrucksvolle Weise gefördert haben“ (ebd.: 15). Die Förderung von städtepartnerschaftlichen Aktivitäten erwies sich aus Sicht der Europäischen Kommission als Erfolg. Sie habe die Beziehungsaufnahme von

¹²¹ Ähnlich sieht es auch Bettina Fieber (vgl. Fieber 1995: 24). Thomas Grunert wertet dies im Gegensatz als Anerkennung (vgl. Grunert 1981: 77).

¹²² Gemeint sind der „Adonnino-Bericht“ (vgl. Ausschuss für das „Europa der Bürger“ 1985: 15) und der „Fontaine-Bericht“, jeweils benannt nach ihrem Berichtersteller bzw. ihrer Berichterstellerin im Europaparlament.

Kommunen untereinander erleichtert, zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern ein persönliches Erleben der Europäischen Union ermöglicht und zur kollektiven Lösungsfindung für gemeinsame Probleme beigetragen (vgl. ebd. 2000b: 7). Mit der Begründung einer immer weiter steigenden Nachfrage änderte die Europäische Kommission im Jahr 2000 das Bewerbungsverfahren und führte ein weiter formalisiertes und thematisch ausdifferenziertes Ausschreibungsverfahren ein (vgl. ebd.).¹²³

Fortan publizierte die Europäische Kommission jährlich aktualisierte Aufrufe zur Einreichung von Förderanträgen. Der erste Aufruf betonte noch relativ allgemein Ziel und Zweck der Förderung wie „Stärkung des europäischen Bewusstseins“ (ebd. 2000a: 9) oder „Verbesserung des Dialogs zwischen der Europäischen Union und den Bürgern, um das Entstehen einer aktiven und partizipativen Unionsbürgerschaft zu fördern“ (ebd.). Er legte Zulassungskriterien, Auswahlkriterien, antragsberechtigte Akteure und teilnahmeberechtigte Länder fest, ebenso Finanzierungsmodalitäten, Antragsfristen und Einreichungsregelungen (vgl. ebd.: 9f.). In dem Aufruf für das Jahr 2002 wurde das Förderziel der „Entwicklung einer aktiven und engagierten Unionsbürgerschaft“ (ebd. 2001a: 8) verstärkt hervorgehoben und mit dem kurz zuvor erschienenen Weißbuch „Regieren in Europa“¹²⁴ (ebd.) verknüpft. Deutlicher als zuvor wurde zwischen Kriterien für Austauschmaßnahmen von Bürgerinnen und Bürgern einerseits und solchen für Konferenzen und Fortbildungsseminare andererseits unterschieden, und es wurden weiter zugespitzte zu berücksichtigende „Schwerpunktthemen (...), die zur Verbesserung des Wissens über das europäische Aufbauwerk und zur Vereinfachung des Erfahrungsaustauschs beitragen“ (ebd.), eingeführt. In der Aufforderung für das Jahr 2003 wurde zusätzlich eine Vernetzungsabsicht der Förderung betont und ausdrücklich differenziert zwischen Antragsberechtigten, die sich um eine Förderung von Austauschaktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern bewerben („Städte und Gemeinden“ (ebd. 2002: 6)), und solchen, die eine Bezuschussung von Konferenzen und Fortbildungsseminaren beantragen konnten („Gebietskörperschaften sowie (...) Verbände“ (ebd.)). Der Bewerbungsauftrag für das Jahr 2004 unterschied sich von seinen

¹²³ Hier ist zu erwähnen, dass die Förderung von städtepartnerschaftlichen Aktivitäten der Europäischen Kommission in den Jahren von 1989 bis 2000 mehrfach von Kürzungen betroffen gewesen zu sein scheint (vgl. RGR, Deutsche Sektion 1993e: 48; ebd. 1997: 246) und in dieser Zeit möglicherweise einmal sogar kurz vor einer vollständigen Streichung stand (vgl. ebd. 1994: 77ff.).

¹²⁴ Gemeint ist das Weißbuch „Europäisches Regieren“ der Europäischen Kommission zur Neuausrichtung der EU-Politik vom 25.7.2001 (vgl. Europäische Kommission 2001b).

Vorläufern weiterhin dadurch, dass die Zielsetzung der „Unterstützung von Städtepartnerschaften zur Förderung einer aktiven Unionsbürgerschaft (Bürgerbeteiligung)“ (ebd. 2003: 21) unmittelbar Bestandteil des Aufrufitels war. Darüber hinaus enthielt er auch einen Hinweis, dass eine Förderung von Aktivitäten aus Ländern, die für einen EU-Beitritt kandidierten, fortan nur noch nach Unterzeichnung eines gesonderten Abkommens möglich wäre (vgl. ebd.).

Was sich in der bis 2004 geltenden Förderung von städtepartnerschaftlichen Aktivitäten durch die Europäische Kommission bereits angekündigt hatte, erreichte im Jahr 2004 einen vorläufigen Höhepunkt: Die Zielsetzung spitzte sich immer weiter auf eine intensivere Information von Bürgerinnen und Bürgern über den EU-europäischen Einigungsprozess zu und sprach sie dafür verstärkt an. Die Anforderungen wurden verbindlicher und antragsberechtigte Akteure und für sie mögliche Förderbereiche und Themen mehr gegliedert. In Verbindung mit einigen haushaltsrechtlichen Veränderungen der Europäischen Union, so die offizielle Begründung, wurde die Förderung von städtepartnerschaftlichen Aktivitäten mit Beschluss des Rats der Europäischen Union vom 26.1.2004 Teil eines dreijährigen, übergreifenden Gemeinschaftsprogramms „zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft (Bürgerbeteiligung)“ (Rat der Europäischen Union 2004: 6). Damit wurde sie Bestandteil einer weiterreichenden EU-Bürgerschaftspolitik. In dem Beschluss leitete der Rat der Europäischen Union die Wichtigkeit einer Förderung von Städtepartnerschaften und anderen mit einer europäischen Zielsetzung arbeitenden bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen aus dem ins Stocken geratenen EU-europäischen Einigungsprozess und einer fehlenden Kenntnis von dem Prozess seitens der Bürgerinnen und Bürgern ab.¹²⁵ Er verknüpfte eine Förderung daher unter anderem mit den Zielen, Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Einrichtungen der Europäischen Union zu intensivieren, EU-Bürgerinnen und -Bürger in die Weiterentwicklung der Europäischen Union einzubeziehen und staatsgrenzenübergreifende bürgerschaftliche Austauschaktivitäten insbesondere durch Städtepartnerschaften weiter zu stärken (vgl. ebd.: 6ff.). Die Notwendigkeit einer

¹²⁵ Auch ein bereits im Vorjahr von der Europäischen Kommission herausgegebenes Magazin widmete sich, angesichts der beginnenden Debatte um eine zukünftige EU-Verfassung, explizit den zahlreichen bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Europa-initiativen. Es lobte „das Engagement von Menschen von der Basis“ (Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur 2003: 3), darunter explizit auch Städtepartnerschaften, ohne die „die Europäische Integration und Erweiterung der EU nicht so weit vorangeschritten“ (ebd.) wären. Auch Bernhard Köhle sieht Verbindungen zwischen Herausforderungen der Europäischen Union und einer Ausrichtung des Programms (vgl. Köhle 2005: 37).

solchen Förderung von Austauschmaßnahmen von Bürgerinnen und Bürgern betonte die Europäische Kommission kurze Zeit später auch im Zusammenhang mit der bevorstehenden EU-Osterweiterung (vgl. Europäische Kommission 2004a: 23). Auch dafür sah sie eine Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern und deren Zusammenarbeit mit EU-Organisationen als unabdingbar an, weshalb sie sich sogar für eine zukünftig noch weitergehende Veränderung des Programms zur Förderung einer „Bürgerbeteiligung“ (ebd. 2004b: 20) aussprach.¹²⁶

Diese Formulierungen des Rats der Europäischen Union und der Europäischen Kommission zeigen deutlich, dass es bei der Ausrichtung des Programms darum ging, EU-Bürgerinnen und -Bürger, ihre Initiativen, Organisationen und Möglichkeiten auch im Rahmen von Städtepartnerschaften zu Adressaten und Mitwirkenden des EU-europäischen Einigungsprozesses zu machen und sie einzubeziehen. In den Dokumenten lassen sich deutlich Überlegungen zu den bereits im vorangehenden Kapitel – zum Beispiel von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch – genannten neuen Regierungsweisen der Europäischen Kommission (vgl. Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2010: 88) beziehungsweise „New Governance“ (Hess/Karakayalı 2007) erkennen. Sie sind ausdrücklich im EU-Weißbuch „Europäisches Regieren“ von 2001 erwähnt, und es geht dabei unter anderem besonders darum, möglichst viele und vielfältige Akteure intensiver in die EU-europäische Einigungspolitik einzugliedern (vgl. Europäische Kommission 2001b: 14) und strategische „Partnerschaften“ (ebd.: 42) auszubilden. Die Europäische Kommission hat also spätestens seit diesem Zeitpunkt auch Städtepartnerschaften und insbesondere den durch sie möglichen Zugang zu bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren als direktes Ziel und Mittel der Politikgestaltung begriffen und deren Förderung ab dann immer weiter an der angestrebten koordinativen und partizipativen Arbeitsweise, wie sie auch Beate Kohler-Koch, Thomas Conzelmann und Michèle Knodt zuvor beschrieben haben (vgl. Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 172; 180f.), ausgerichtet.

Bezeichnenderweise enthielt der Reformvorschlag der Europäischen Kommission für eine Fortsetzung des Gemeinschaftsprogramms für den Zeitraum von 2007 bis 2013

¹²⁶ Auch der im Zusammenhang mit dem stagnierenden EU-europäischen Einigungsprozess und den Negativreferenden für eine EU-Verfassung entwickelte „Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“ der Europäischen Kommission weist auf einen stärkeren Einbezug von Bürgerinnen und Bürgern hin (vgl. Europäische Kommission 2005a).

zunächst den Titel „Bürger/innen für Europa“ (Europäische Kommission 2005b). In dem 52-seitigen Dokument wurde, auch auf Basis einer unmittelbar vorangegangenen öffentlichen Konsultation, eine Neujustierung des Programms wegen einer „Kluft“ (ebd.: 2) zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Einrichtungen der Europäischen Union begründet und nicht zuletzt festgemacht an der geringen Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament im Jahr 2004. Das Fortsetzungsprogramm sollte daher „die Bürger/innen in den Mittelpunkt“ (ebd.) stellen und ihnen „die Möglichkeit“ (ebd.) geben, „ihre Verantwortung als europäische Bürger/innen ernst- und wahrzunehmen“ (ebd.). Weiter sollte es dafür sorgen, „ihre Partizipation am Aufbau Europas zu verbessern“ (ebd.). Ein zentraler Gesichtspunkt war dabei auch „die Stärkung transeuropäischer Netzwerke“ (ebd.: 6). Da sich eine Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern, so stand darin geschrieben, nicht mit einem „Rechtsinstrument“ (ebd.: 7) fördern ließe, brauche man für die anvisierten Ziele „konkrete Aktionen auf europäischer Ebene, mit angemessener Mittelausstattung“ (ebd.: 7f.). Das so angedachte neue Programm bestehe „durch seine horizontale Dimension und seinen ganzheitlichen Ansatz bei der Förderung der aktiven europäischen Bürgerschaft“ (ebd.: 28). Sein „[e]uropäischer Mehrwert“ (ebd.: 29) liege in einer „Strukturierung der Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene“ (ebd.).

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union beschlossen noch im Jahr 2006 nach zwei Stellungnahmen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses¹²⁷ und des Ausschusses der Regionen, den Vorschlag der Europäischen Kommission für das Fortsetzungsprogramm von 2007 bis 2013 anzunehmen. Sie änderten ihn nur geringfügig, aber entscheidend. So lautete der Titel des Programms fortan „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union 2006a: 32). Es wurden vier mögliche Förderbereiche festgeschrieben, die jeweils mit unterschiedlichen Akteursgruppen und Aktivitäten verbunden wurden (vgl. ebd.: 34f.). Das neue Förderprogramm wurde mit zwei parallelen hochrangigen Pressekonferenzen der Europäischen Kommission in Brüssel und des Rats der Gemeinden und Regionen Europas im griechischen Rhodos im

¹²⁷ Die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses kritisierte unter anderem einen wenig ganzheitlichen Ansatz, eine zu geringe finanzielle Ausstattung und in diesem Zusammenhang auch einige Formulierungen des Programms: „So erscheint es wenig überzeugend, ein im Verhältnis zu dem, was auf dem Spiel steht, mit so bescheidenen finanziellen Mitteln ausgestattetes Programm als tragende Säule vorzustellen, die beim Aufbau Europas ‚die Bürger/innen in den Mittelpunkt stellt‘. Wer soll das glauben?“ (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2006: 31)

Rahmen des bereits erwähnten internationalen Kongresses der Öffentlichkeit vorgestellt (vgl. Europäische Kommission 2007). Die Verwaltung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft (2007-2013)“, ebenso wie bereits die des Vorläuferprogramms, wurde mit Beschluss der Europäischen Kommission der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA)¹²⁸ übertragen (vgl. ebd. 2009: 28f.).^{129, 130}

3.3.3 Das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“

Für den Zeitraum der im Rahmen dieser Arbeit durchgeführten ethnografischen Feldforschung galt das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ mit der Laufzeit von 2007 bis 2013 (vgl. Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur 2007). Da dies auch einige alltagspraktische Auswirkungen auf die Arbeit überwiegend kommunaler städtepartnerschaftlicher Akteure, auch in meinem Feld, hat und eine eigene Geschichte zu erzählen beginnt, werde ich es hier in seinen Entwicklungen und Details auch etwas ausführlicher vorstellen.

Neben übergreifenden und speziellen Programmzielen hatte das Programm auch permanente¹³¹ und jährlich aktualisierbare Themenschwerpunkte (vgl. ebd.: 6ff.). Es war in vier verschiedene Förderbereiche („Aktionen“ (ebd.: 11)) mit zusätzlichen Untereinheiten („Maßnahmen“ (ebd.)) unterteilt, die unterschiedliche Akteure und Aktivitäten zuließen, und legte die Bearbeitung weiter übergreifender Querschnittsthemen („Horizontale Merkmale“ (ebd.: 25)) nahe. Antragsberechtigte Akteure waren – zusammengenommen – Kommunen, Vereine, Bürgergemeinschaften, Verbände, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen (vgl. ebd.: 15). Antragsbedingung war, dass der

¹²⁸ Die Abkürzung leitet sich von der englischen Bezeichnung der Agentur The Education, Audiovisual and Culture Executive Agency ab.

¹²⁹ Die Europäische Kommission ist berechtigt, einen Teil ihrer Verwaltungsaufgaben auszugliedern. Dies solle ihr eine Konzentration auf nicht übertragbare Aufgaben ermöglichen. Sie behalte jedoch eine Kontroll- und Überwachungsfunktion für ausgelagerte Programme und trage die volle Verantwortung (vgl. Europäische Kommission 2009: 26). Eine Übertragung von Aufgaben auf „EU-Regulierungsagenturen“ (Europäische Kommission 2001b: 43) ist auch Teil einer Neuausrichtung „europäischen Regierens“ (ebd.). Dies sieht auch Cris Shore (vgl. Shore 2000: 90ff.).

¹³⁰ Sabine Hess hat für die Praktiken von am Nationalstaat vorbei agierenden von der Europäischen Kommission zum staatsgrenzenübergreifenden Regieren eingebundenen Akteuren den Ausdruck „[t]ransversal“ (Hess 2009: 194) eingeführt.

¹³¹ Diese waren: „Zukunft der Europäischen Union und ihre Grundwerte“ (Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur 2007: 8f.), „Aktive europäische Bürgerschaft: Beteiligung und Demokratie in Europa“ (ebd.: 9), „Interkultureller Dialog“ (ebd.), „Wohlbefinden der Menschen in Europa: Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt und nachhaltige Entwicklung“ (ebd.: 10), „Auswirkungen von EU-Politiken auf die Gesellschaft“ (ebd.).

Antragstellende oder die Antragstellende aus einem EU-Mitgliedsland stammte. Anträge einreichen konnten aber auch Vereinigungen aus den Ländern der Europäischen Freihandelszone (EFTA)¹³² beziehungsweise des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)¹³³, aus den Ländern, die für einen EU-Beitritt kandidierten, und aus Westbalkanländern, vorausgesetzt, dass diese ein gesondertes Abkommen für eine Programmbeteiligung unterzeichnet hatten und gewisse rechtliche und monetäre Auflagen erfüllten (vgl. ebd.: 16f.).¹³⁴ Eine Antragstellung war mit einem standardisierten Antragsformular zu genau festgelegten Fristen mehrmals jährlich möglich. Das Auswahlverfahren erfolgte über mehrere Stufen hinweg unter Berücksichtigung formaler, qualitativer und inhaltlicher Kriterien, die die Programmziele betrafen. Zu einer Förderung kam es nach erfolgreicher Bewerbung in Form eines Projekt- oder Betriebskostenzuschusses. Das Programm verfügte für die Gesamtlaufzeit über ein Budget von 215 Millionen Euro (vgl. ebd.: 18ff.; 14).

Für kommunale, bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche städtepartnerschaftliche Akteure und Aktivitäten war insbesondere die „Aktion 1 – Aktive Bürger/innen für Europa“ (ebd.: 31)¹³⁵ mit den Untereinheiten „Städtepartnerschaften“ (ebd.) und „Bürgerprojekte und flankierende Maßnahmen“ (ebd.) relevant. Die „Maßnahme 1 Städtepartnerschaften“ (ebd.: 32) umfasste als weitere Untereinheiten „Bürgerbegegnungen im Rahmen von Städtepartnerschaften“ (ebd.) und „Bildung thematischer Netzwerke zwischen Partnerstädten“ (ebd.). Erstere sollte dazu anregen, „eine große Bandbreite von Bürger/innen und Bürgergruppen aus Partnerstädten zusammenzubringen und dabei die Partnerschaft zwischen den Gemeinden dafür zu nutzen, starke, informelle und persönliche Beziehungen zwischen den Bürger/innen zu knüpfen“ (ebd.: 33).

Sie sollte sie zusätzlich zu einem Engagement „auf europäischer Ebene“ (ebd.: 34) motivieren. Die zweite sollte „zur Entwicklung einer thematischen Zusammenarbeit zwischen Partnerstädten“ (ebd.: 46) beitragen, da sich solche Verbindungen

¹³² Die Abkürzung stammt von der englischen Bezeichnung European Free Trade Association; auf Französisch Association européenne de libre-échange (AELE).

¹³³ Auf Englisch European Economic Area (EEA), auf Französisch L'espace économique européen (EEE).

¹³⁴ Die Türkei hat bis dato kein solches Abkommen geschlossen (vgl. EfBB, Kontaktstelle Deutschland Online 2017). Türkische Interessentinnen und Interessenten sind daher im Rahmen des Programms bisher nicht förderfähig.

¹³⁵ Weitere Förderbereiche lauteten „Aktion 2 – Aktive Zivilgesellschaft in Europa“ (Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur 2007: 11), „Aktion 3 – Gemeinsam für Europa“ (ebd.: 12), „Aktion 4 – Aktive europäische Erinnerung“ (ebd.).

insbesondere unter Kommunen als „wichtiges Instrument für die Anregung sachkundiger Diskussionen und den Austausch bewährter Praktiken erwiesen“ (ebd.) hätten. Städtepartnerschaften verfügten hierfür über ein herausragendes Potenzial (vgl. ebd.). In einer gesonderten Broschüre zur „Bildung thematischer Netzwerke zwischen Partnerstädten“ (ebd. 2008) hob die Europäische Kommission Städtepartnerschaften insgesamt als „direktes Kommunikationsrohr zwischen den Bürgern und der Zivilgesellschaft einerseits und den EU-Institutionen andererseits“ (ebd.: 2) hervor und betonte noch einmal aus ihrer Sicht den Mehrwert einer Gründung und Förderung themenorientierter Beziehungen zwischen Städtepartnerschaften. Diese verliehen Städtepartnerschaften „eine strategischere und strukturiertere Richtung“ (ebd.: 3). Sie gäben ihnen „ein gewisses Maß an frischer intellektueller Dynamik und Kreativität“ (ebd.: 6). Diese von der Europäischen Kommission bevorzugte doppelte Ausrichtung von städtepartnerschaftlichen Aktivitäten fand sich auch bereits auf einer Multimedia-DVD mit dem Titel „Two Ways to Town-Twinning“ aus dem Jahr 2005. Sie stellte in einer knapp 20-minütigen, in 20 Sprachen übersetzten filmischen Dokumentation idealtypisch eine eher persönliche, bürgernahe und am gegenseitigen Kennenlernen orientierte Initiative einer mehr sachlichen, thematisch ausgerichteten Zusammenarbeit gegenüber (vgl. ebd. 2005).

Der Blick auf die Programmdokumente zeigt deutlich, dass und wie die Europäische Kommission Städtepartnerschaften und ihre bürgerschaftlichen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteure im Zusammenhang mit ihrer neuen Regierungsweise einzubeziehen und aufzustellen versucht. Sie ist bestrebt, diese kooperativ auszurichten und entlang ihres Bedarfs zu sortieren. Dies entspricht einer Charakterisierung netzwerkartigen, koordinierenden EU-europäischen Regierens, wie es Beate Kohler-Koch beschrieben (vgl. Kohler-Koch 1999: 25) und Andrew Barry als einen permanenten Ordnungsprozess weiter verfeinert hat (vgl. Barry 2002: 147). Laut Hubert Heinelt und Michèle Knodt beabsichtigt die Europäische Kommission, auf diese Weise neues Wissen zu bündeln und darüber auch neue politische (und legitimatorische) Macht zu erhalten (vgl. Heinelt/Knodt 2008b: 321f.). Thomas Conzelmann, Michèle Knodt und Beate Kohler-Koch zufolge bildet das bereits beschriebene „partnerschaftliche“ Prinzip, das hier zur Anwendung kommt, eine typische (neue) Regierungsweise der Europäischen Kommission, die sie vor allen Dingen auch auf kommunale und zivilgesellschaftliche Bereiche anwende, um diese zu erreichen, sich

Zugänge zu schaffen, aber diese auch zur Übernahme von Neuerungen zu bewegen (vgl. Kohler-Koch/Conzelmann/Knodt 2004: 180f.).¹³⁶ Für Cris Shore geht es insbesondere bei dem Konzept einer „europäischen (Staats-)Bürgerschaft“ jedoch nicht nur um die Beseitigung eines Demokratiedefizits oder um eine Optimierung von Arbeitsweisen und Verfahren. Vielmehr sei dieses Konstrukt eine jener unpolitisch erscheinenden „agents of European consciousness“ (Shore 2000: 26), mit der die Europäische Kommission durch ein verändertes Selbstverständnis von Bürgerinnen und Bürgern diese zu lenken versuche (vgl. ebd.: 71) und so am Nationalstaat vorbei Macht ausüben wolle (vgl. ebd. 2006b: 715). Eine solche neutralisierte Regierungstechnik lässt sich hier auch in Form des stets sachlichen Anscheins finden und vor allem auch im Prinzip „Partnerschaft“ selbst, worauf ich weiter unten noch näher eingehen werde.

Nach der Veröffentlichung des ersten Leitfadens für das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ im März 2007 nahm die Europäische Kommission weitere Veränderungen vor. Im Jahr 2009 erschien ein aktualisierter Programmleitfaden, der unter anderem die Förderung einer mehrjährigen themenorientierten Zusammenarbeit zwischen Partnerstädten berücksichtigte und die Mindestteilnehmerzahlen von Städtepartnerschaftsaktivitäten erhöhte (vgl. Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur 2009: 44; 34). Auch waren in dieser Fassung erstmals nationale Kontaktstellen für weitere Programminformationen und Beratungen bei der Antragstellung erwähnt (vgl. ebd.: 16).¹³⁷ Eine von der Europäischen Kommission herausgegebene Broschüre zum Programm aus dem Jahr 2010 hob die Bedeutung dieser nationalen Kontaktstellen weiter hervor (vgl. Europäische Kommission 2010: 5) und betonte, die Ergebnisse des Gesamtprogramms fließen in die Politikentwicklung der „aktiven europäischen Bürgerschaft“ (ebd.: 4) ein. Im Jahr 2010 führte die Europäische Kommission eine Zwischenevaluierung des Programms durch, deren Ergebnisse sie im Jahr 2011 dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen in einem Bericht vorlegte. Darin betonte sie einen „klaren Mehrwert“ (ebd. 2011: 8) des Programms, insbesondere „in der Einflussnahme auf die

¹³⁶ Auch der schwedische Sozialwissenschaftler Magnus Dahlstedt sieht dieses Prinzip als ein von der Europäischen Union entwickeltes Governance-Konzept (vgl. Dahlstedt 2009: 18). Sie habe dies in den 1990er-Jahren im Zusammenhang mit einer (stagnierenden) Sozialpolitik entworfen (vgl. ebd.).

¹³⁷ Diese Kontaktstellen werden von der Europäischen Kommission finanziert und wurden seit dem Jahr 2009 bereits in zahlreichen Mitgliedsländern der Europäischen Union eingerichtet (vgl. Europäische Kommission 2010: 6).

Kapazität der Zivilgesellschaft und auf Netzwerke“ (ebd.). Sie schlussfolgerte aus der Zwischenevaluierung für ein mögliches Nachfolgeprogramm, „die politische Wirkung des Programms zu stärken“ (ebd.: 14) und es „enger mit den Kernthemen der EU-Agenda“ (ebd.) zu verknüpfen. Es müsse „kohärent sein mit Blick auf bessere europäische Governance und die Nutzung von Synergien mit anderen EU-Programmen und Politikfeldern“ (ebd.). Außerdem schlug sie eine Umverteilung der Programmfelder innerhalb des Programms vor (vgl. ebd.). Ein erneut aktualisierter Leitfaden von März 2011, diesmal herausgegeben von der Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission, die das Programm fortan betreute, führte sogar eine erweiterte, aufgeweichte Definition von Städtepartnerschaften als Kommunalkooperationen ein:

„*Städtepartnerschaften* [Hervorhebung im Original] sind im weiteren Sinne zu verstehen; daher wird hier auf Städte Bezug genommen, die bereits eine Städtepartnerschaftsvereinbarung unterzeichnet haben oder im Begriff sind, dies zu tun, oder die andere Formen der Partnerschaft zur Förderung ihrer Zusammenarbeit und ihrer kulturellen Verbindungen eingegangen sind.“ (Europäische Kommission, Generaldirektion Kommunikation 2011: 10)

Diese Neuerungen stießen nicht nur auf Zuspruch. Es gab einiges an Kritik. So fand beispielsweise die Kulturpolitische Gesellschaft, in deren Bonner Geschäftsstelle auch die deutsche Kontaktstelle des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ beheimatet ist, in einer Stellungnahme zu den Programmveränderungen im Jahr 2011 deutliche Worte:

„Aus den aktuellen Entwicklungen des Programms ‚Europa für Bürgerinnen und Bürger‘, der Zwischenevaluierung (Frühjahr 2011), den Veränderungen in den Fördermodalitäten seit Anfang 2011 und dem Arbeitsplan für 2012, wird ersichtlich, dass die Europäische Kommission das Bürgerschaftsprogramm neu ausrichtet. Die Förderung der bürgernahen, kleineren Projekte wird reduziert, die Mittel werden auf größere (und damit weniger) Projekte konzentriert. Die auf europäischer Ebene organisierte Zivilgesellschaft wird für den strukturierten Dialog mit der Europäischen Kommission gestärkt. Zugleich wird die top-down-Kommunikation seitens der Europäischen Kommission forciert. Die Reduktion der bürgernahen Förderung hat in diesem Jahr bereits zu großer Enttäuschung geführt und stellt ein Programm, das ‚Europa den Bürgern nahe bringen‘ will, grundsätzlich in Frage.“ (Kulturpolitische Gesellschaft e.V. 2011)

Auch der RGRE kritisierte im Rahmen einer Abschlusserklärung anlässlich eines internationalen Kongresses zum 60-jährigen Jubiläum des Verbands zum Thema „Citizenship and Twinning“ im polnischen Rybnik im September 2011, den ich ebenfalls besuchte, die vorgeschlagene Neuausrichtung des Programms. Der Verband

unterstützte zwar, vor allem in kommunaler Hinsicht, weitgehend das partizipativ und kooperativ angelegte neue Regierungsmodell der Europäischen Kommission (vgl. CCRE/CEMR 2011b: 1) und auch die von der Europäischen Kommission herausgearbeitete doppelte Ausrichtung von Städtepartnerschaften (vgl. ebd. 2011a: 24). Allerdings sprach er sich in einem auf dem Kongress entstandenen „White paper for an active European citizenship“ für eine eher gefühlsmäßig ansprechende Interpretation des Konzepts einer „europäischen Bürgerschaft“ und eine stärkere Hervorhebung und finanzielle Anerkennung entsprechender städtepartnerschaftlicher Leistungen aus:

“Whereas citizenship of the European Union is considered a political concept, European citizenship implies a more emotional dimension with roots in a body of shared values, the celebration of diversity, the respect of different identities and the protection of national heritages. Getting involved in joint projects as well as increased mobility help to develop this feeling of belonging. Town twinning is an example of this and a key instrument.” (Ebd.: 7)

Dieser Gang durch die Entwicklungen der Förderung städtepartnerschaftlicher Aktivitäten seitens der Europäischen Kommission lässt deutlich erkennen, dass diese das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ und damit auch Städtepartnerschaften immer weiter in ihren Dienst stellt und an ihren bürgerschaftspolitischen und kommunalpolitischen Agenden und Arbeitsroutinen ausrichtet. Darin fällt deutlich ein Bestreben auf, Städtepartnerschaften umzufunktionieren und auf eine Rolle als Vernetzungsinstrument, als „Partner“ zur Erreichung bürgerschaftlicher, zivilgesellschaftlicher und kommunaler Akteure festzulegen. Entscheidend dabei ist, dass die Europäische Kommission hier Städtepartnerschaften mit einem partnerschaftlichen Governance-Konzept zusammenbringt und „Twinning“ noch dazu in die Nähe von Verwaltungszusammenarbeit rückt.¹³⁸ Dadurch überlagern sich zwei

¹³⁸ Der englische Begriff für die finanzielle Förderung von Städtepartnerschaften durch die Europäische Kommission ist „town-twinning programme“ (Europäische Kommission 2000b: 7, englische Fassung). In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass die Europäische Kommission im Jahr 1998 überdies ein „Twinning“ (Europäische Kommission/Europäischer Rechnungshof 2003: 22) genanntes „Partnerschaftskonzept“ (ebd.) als „Hauptinstrument“ (ebd.) für Verwaltungsreformen in mittel- und osteuropäischen Ländern zur Vorbereitung auf deren EU-Beitritt einführte (vgl. ebd.). Bemerkenswert und möglicherweise nicht unabsichtlich ist die Namensähnlichkeit der beiden Konzeptionen (sie entspricht jedenfalls nicht unbedingt einer Wörterbuchübersetzung). Trotz unterschiedlicher Anlagen (für das „Twinning“ wurden z.B. finanzielle Mittel über nationale Kanäle verteilt, und in diesem Rahmen wurde ausschließlich gezielt und mit Verwaltungsexperten zusammengearbeitet) könnte die parallele Entwicklung und der angenommene Mehrwert des Twinning-Konzepts („einzigartiges Instrument für Heranführungshilfe“ (ebd.: 44); „völlig neuartige[r] Transfer von Know-how in komplexen Sachfragen“ (ebd.: 37)) möglicherweise auch im Zusammenhang mit der neuen Regierungsweise der Europäischen Kommission stehen. Dies sieht ähnlich auch Bernhard Köhle (vgl. Köhle 2005: 5). Das Konzept

Partnerschaftskonzepte, und das führt aufgrund der begrifflichen Nähe dazu, dass sich das einstige städtepartnerschaftliche eher europäisch-zusammenhaltsstiftende Partnerschaftskonzept nahezu unmerklich in Richtung eines eher problemlösungsorientierten Governance-Partnerschaftskonzepts verschiebt, so der im 2. Kapitel erwähnte Gedanke von Bernhard Köhle weiter gedacht (vgl. Köhle 2005: 4f.). Andreas Langenohl sieht hier noch eine deutlich umfassendere „governance transformation of twinning under the auspices of the EU“ (Langenohl 2015: 30). All dies hat zur Folge, dass auch neue Themen und Arbeitsformen im Rahmen von Städtepartnerschaften denkbar werden. Diese Verknüpfung und Bedeutungsveränderung, dieses *assembling* der Europäischen Kommission ist *gouvernemental* und kann daher, auch weil es eine Nähe zu anderen Formen kommunaler Zusammenarbeit aufweist, leicht von den Kommunalverbänden adaptiert und an ihre Mitglieder, die Kommunen, weitergegeben werden. Nur bei dem Bürgerschaftskonzept selbst weist der RGRE, wie gezeigt, auf seine einstigen funktionalistischen einstellungsverändernden europäisch-zusammenhaltsstiftenden Prinzipien hin und bleibt bei einem weiten Begriff.¹³⁹

Das Nachfolgeprogramm für den Zeitraum von 2014 bis 2020 unterscheidet in erster Linie nur noch zwischen Themen. Die zwei Themenbereiche sind „Europäisches Geschichtsbewusstsein“ (KS EfBB, Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ 2014) und „Demokratisches Engagement und Partizipation“ (ebd.). Gefördert werden Projekte in größerem Umfang in spezifischen Arbeitsformen, zu denen auch „Bürgerbegegnungen“ (ebd.), „Vernetzung von Partnerstädten“ (ebd.), „zivilgesellschaftliche Initiativen“ (ebd.) gehören. Im Rahmen der einzelnen Projekte können auch unterschiedliche Akteure zusammenkommen. Alle geförderten Projekte müssen sich mit den von der Europäischen Kommission gesetzten Themen auseinandersetzen (vgl. ebd.). Eine Vertreterin vom Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit (IPZ), das sich seit jeher als Fürsprecher, Unterstützer und Berater von Städtepartnerschaften sieht, kritisierte 2015 in einem Vortrag, dass EU- und Akteurswirklichkeiten hierbei sehr weit

„Twinning“ wird auch in einem weiteren Text der Europäischen Kommission beschrieben (vgl. Europäische Kommission, Generaldirektion Erweiterung 2006).

¹³⁹ Eine entsprechend durch die Europäische Kommission angeregte Veränderung reflektieren auch die Kommunalverbände selbst: „Die EU-Förderprogramme haben daher einen wesentlichen Anteil an einer Neuorientierung und Erweiterung der Partnerschaftsphilosophie.“ (Thum 2010: 19) So sieht es auch Walter Leitermann (vgl. Leitermann 2007: 56).

auseinandergingen (vgl. Historisches Seminar der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 2015).¹⁴⁰

3.3.4 Zwischenfazit

Europapolitische Organisationen wie der Europarat und die Europäische Kommission – das zeigt dieser Abschnitt deutlich –, fördern Städtepartnerschaften einst und derzeit nicht aus reiner Anerkennung, wie es etwa Bernhard Köhle formuliert (vgl. Köhle 2005: 20; 25f.), sondern weil sie damit politische Ziele verbinden und Städtepartnerschaften entsprechend instrumentalisieren und ausrichten wollen. Demzufolge müssen auch Auszeichnungen, Preise und Förderprogramme als politische Lenkungsstrategien gewertet werden. Während die Förderung des Europarats noch etwas weitergehende europapolitische Zielsetzungen im Fokus hat, lehnt sich das Förderkonzept der Europäischen Kommission eng an neuere Formen EU-europäischer Governance, bürgerschaftspolitische und kommunalpolitische beziehungsweise koordinierende und partizipative Zielsetzungen sowie an selbst gesetzte Inhalte an. Die Europäische Kommission versucht, über das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ auch Städtepartnerschaften zunehmend politisch, strategisch und kooperativ auszurichten, um Bürgerinnen und Bürger als Unterstützerinnen und Unterstützer des EU-europäischen Einigungsprozesses zu gewinnen und Kommunen und andere zivilgesellschaftliche Einrichtungen zur Lösung von (EU-politischen und globalen) Problemen zu bringen sowie dadurch auch weiteren Einfluss zu erhalten. Dies ist eine weitere und entscheidende Veränderung in der Entwicklungsgeschichte von Städtepartnerschaften. Denn Städtepartnerschaften werden hier in die Nähe zu anderen kooperativen und problemlösungsorientierten Formen (kommunaler) Zusammenarbeit gerückt und sowohl in ihrer Bedeutung, in ihrem Partnerschaftsverständnis als auch formal verändert. In dieser Ausrichtung der Europäischen Kommission ist eine weitere Erzählung entstanden, die Städtepartnerschaften zunehmend in Governance-Logiken

¹⁴⁰ Außer dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ sind auch weitere Programmbereiche der Europäischen Kommission in den vergangenen Jahren in ähnlicher Art und Weise neu strukturiert worden. Eine vergleichende Betrachtung kann im Rahmen dieser Arbeit leider nicht geleistet werden, wäre aber sicherlich für ein tieferes Verständnis von EU-Politiken und ihren Wandel aufschlussreich. Für den weiteren Verlauf dieser Arbeit soll jedoch noch das Programm „Jugend in Aktion (JIA)“, das inzwischen auch zum Programm ERASMUS+ gehört (vgl. Erasmus+ Online 2017), kurz Erwähnung finden, über das zum Teil auch Jugendaustausch im Rahmen von Städtepartnerschaften finanziert wird. Auch hier lassen sich Formulierungen finden, die Jugendliche und ihr Engagement verstärkt für den Prozess der EU-europäischen Einigung zu mobilisieren versuchen (vgl. Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union 2006b). Im Unterschied zum Programm „EfBB“ erfüllt die Türkei für „JIA“ die Zugangsvoraussetzungen, und somit können hier von und mit türkischen Initiativen Anträge gestellt werden.

fasst, wie es auch Andreas Langenohl betont (vgl. Langenohl 2015: 29f.). Eine kooperative, projektorientierte und eher funktionale Ausrichtung von Städtepartnerschaften – auch das wird hierbei deutlich – geht also zu einem großen Teil auf das Wirken der Europäischen Kommission zurück und kann als eine EU-Europäisierung von Städtepartnerschaften verstanden werden. Ähnliches beobachten auch Clarke und andere (vgl. Clarke 2009: 497; Kern 2001: 106f.; Köhle 2005: 54; Langenohl 2015: 29).

Das problemlösungsorientierte Governance-Partnerschaftskonzept der Europäischen Kommission bildet zusammen mit dem europäisch-zusammenhaltstiftenden des RGRE beziehungsweise der Kommunalverbände eine weitere, allerdings durchaus konkurrierende Erzählung gegenwärtiger Städtepartnerschaften. Im Folgenden wird es daher interessant sein, zu beobachten, inwiefern sowohl das Förderprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ als auch das Governance-Partnerschaftskonzept der Europäischen Kommission von weiteren, insbesondere kommunalen städtepartnerschaftlichen Akteuren aufgegriffen wird, ob und wie sie es verhandeln, für welche „Probleme“ sie gegenwärtige Städtepartnerschaften mobilisieren und ob dies dem Prozess der EU-europäischen Einigung zuarbeitet. Um neuen normativen Erwartungshorizonten an Städtepartnerschaften zu entgegen, sollte das Konzept der Europäischen Kommission und Governance insgesamt jedenfalls nicht zwangsläufig in den Mittelpunkt der Betrachtung gegenwärtiger Städtepartnerschaften gestellt werden. Denn – wie bereits geschrieben – politische Akteure sind nicht die einzigen Akteure von Städtepartnerschaften, und derzeitige Entwicklungen im Zusammenhang mit Städtepartnerschaften weisen auch über die Europäische Union hinaus.

4. Länderbezüge: Ruhrgebiets-polnische und ruhrgebiets-türkische Städtepartnerschaften und nationale und internationale Zusammenhänge

Nachdem in den vorangehenden Kapiteln der zentrale theoretische und methodische Ansatz dieser Arbeit, weitere hilfreiche Forschungsansätze und das Format Städtepartnerschaften und seine Entwicklungen eingehend beschrieben wurden, geht es in diesem und den folgenden um den gegenwärtigen Wandel in deutsch-beziehungsweise ruhrgebiets-polnischen und deutsch-beziehungsweise ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften.

In den ersten Kapiteln wurde deutlich, dass man – begreift man gegenwärtige Städtepartnerschaften als transnationale Zusammenhänge und Assemblagen – nicht zwischen „Vorder- und Hintergrund“ oder „Text und Kontext“ unterscheiden kann, da hier verschiedene Elemente zusammentreffen. Wohl aber lassen sich unterschiedliche Bestandteile, Bezüge und Wechselwirkungen von und in Assemblagen feststellen und herausarbeiten, so auch länderspezifische. In diesem Sinne werden hier auch entsprechende Länderspezifika verstanden und aufgearbeitet. Es geht also nicht darum, diese im Folgenden wie einen fest bestehenden „Rahmen“ oder eine „Bedingung“ um beziehungsweise unter die entsprechenden gegenwärtigen Städtepartnerschaften zu legen und eine Interpretation ihres Wandels nur daran auszurichten oder sie für absolut zu erklären. Vielmehr wird dann im weiteren Verlauf dieser Arbeit im Sinne des *assembling* nach von einzelnen städtepartnerschaftlichen Akteuren aufgegriffenen und verhandelten Länderanteilen und entsprechenden Folgen gefragt. Mit einer Betrachtung vergangener und derzeitiger Entwicklungen der hier einbezogenen Länder Deutschland, Polen und Türkei beziehungsweise des Ruhrgebiets und entsprechender Regionen und ihrer wechselseitigen Beziehungen soll überdies die Reichweite des Forschungsfeldes im Sinne des britischen Soziologen Michael Burawoy auch um eine historische Perspektive ausgedehnt und sollen gleichzeitig auch Neuerungen aufgezeigt werden (vgl. Burawoy 2000: 28). Länderspezifika bilden also einen weiteren möglichen Aspekt des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften.

Ich werde hier auf Basis von wissenschaftlich verfassten Länderberichten, statistischen Angaben und Artikeln in „Europa kommunal“ – in dem Bewusstsein, hier wohl die dominanten, aber allgegenwärtigen Deutungen aufzugreifen – zunächst einen Überblick über maßgebliche historische Entwicklungen und derzeitige Verhältnisse in den regionalen und nationalen Zusammenhängen der hier herangezogenen Städtepartnerschaften geben. Das Ruhrgebiet werde ich dabei etwas detaillierter beschreiben. Auch werde ich die wechselseitigen – überwiegend politischen – Länderbeziehungen vorstellen. Anschließend werde ich noch genauer auf die Genese von deutsch- beziehungsweise ruhrgebiets-polnischen und deutsch- beziehungsweise ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften eingehen. In gewissem Sinne wird diese Arbeit damit auch zu einer Momentaufnahme deutsch-polnischer und deutsch-türkischer Beziehungen und der Migrationsgeschichte des Ruhrgebiets im hier gewählten Feldforschungszeitraum. Hier werden jedoch nur die wesentlichen zur weiteren Interpretation der ethnografischen Beobachtungen notwendigen Informationen zusammengetragen. Zu den jüngeren Entwicklungen Polens und der Türkei in den Jahren nach meiner Feldforschungsphase werde ich mich in diesem Kapitel nicht äußern, da sie während meiner Feldforschung noch nicht relevant waren. Ich werde aber im Nachwort dieser Arbeit ein paar Überlegungen dazu anfügen.

4.1 Länderspezifika

4.1.1 Ruhrgebiet: Zusammenführung, Strukturwandel, Aktivierung

Die Geschichte der westdeutschen Gegend, die sich ungefähr zwischen den Flüssen Ruhr im Süden und Lippe im Norden, Teilen des Niederrheins im Westen und dem beginnenden Sauerland im Osten erstreckt, lässt sich – so der bereits erwähnte Historiker und ehemalige Bergmann Klaus Tenfelde und der Historiker Thomas Urban – partiell bis in die Römerzeit zurückverfolgen (vgl. Tenfelde/Urban 2010: 9). Das Ruhrgebiet als solches habe jedoch keine lange oder dynastisch ausgebildete Historie. Seine Herausbildung als eine Quasi-Einheit ist laut den beiden Historikern einzig und alleine auf die Entstehung der Montanindustrie, also die Verbindung von Bergbau, Rohstoffnutzung und Rohstoffweiterverarbeitung, in dem Landstrich Mitte des 19. Jahrhunderts zurückzuführen (vgl. ebd.). Auch aus Sicht des Geografen Hans Heinrich Blotevogel stellt das Ruhrgebiet räumlich und sozial einen durch und durch

montanwirtschaftlich und industriell begründeten Zusammenhang dar (vgl. Blotevogel 2001: 3f.).¹⁴¹

Im 18. Jahrhundert habe zunächst langsam ein systematischerer Abbau von Kohle und Erzen in dem bis dahin nur wenig besiedelten, landwirtschaftlich geprägten und politisch zersplitterten Gebiet eingesetzt (vgl. ebd.: 4; Tenfelde/Urban 2010: 9f.). Als um 1850 herum durch neue technische Entwicklungen bessere Kohle aus tieferen Erdschichten habe gewonnen, zu Koks veredelt, damit eine höhere Brenntemperatur erzielt und Eisenerze zu höherwertigem Stahl hätten geschmolzen werden können – und gleichzeitig die Nachfrage nach beiden Produkten gestiegen sei –, habe ein übergreifender Prozess eingesetzt und unterschiedliche Teile der Gegend miteinander in Beziehung gebracht (vgl. Tenfelde/Urban 2010: 10). Dies habe nicht nur zu einem massiven Ausbau von Transportwegen und Infrastruktur geführt, sondern auch zu einem explosionsartigen Bevölkerungswachstum und einer zunehmenden Verstädterung. Die Dörfer und bis dahin wenigen Städte seien miteinander verwachsen, hätten sich ausgedehnt und nicht zuletzt auch zahlreiche Migrantinnen und Migranten angezogen, auch polnische (vgl. ebd.: 10f.).

Die Montanindustrie veränderte laut den beiden Historikern und dem Geografen also nicht nur Landschaft und Siedlungsweise der Gegend fundamental, sondern auch die Bevölkerungszusammensetzung. Sie habe eine charakteristische, überwiegend aus Arbeiterinnen und Arbeitern bestehende Bewohnerschaft geschaffen, die Tenfelde und Urban „regionale Montangesellschaft“ (ebd.: 11) nennen und damit sowohl eine herkunftsmäßige Vielfalt als auch eine lebensstilistische Einheitlichkeit betonen. Blotevogel schreibt überdies, dass in den Augen vieler hier ein „Gegenbild der ‚deutschen Kulturlandschaft‘“ (Blotevogel 2001: 5) entstanden sei, ein wenig beschaulicher, dicht besiedelter, proletarischer Ballungsraum, der gleichsam Ablehnung und eine gewisse Faszination hervorgerufen habe und immer noch hervorrufe (vgl. ebd.: 15).

Die weitere Geschichte des Ruhrgebiets bildete laut der Darstellung des kommunalen Regionalverbands Ruhr (RVR) eine Abfolge von Zwischenkonjunkturen und vor allen Dingen Krisenerscheinungen. Nach dem Aufstieg des Ruhrgebiets als Industrieregion

¹⁴¹ Laut Hans Heinrich Blotevogel hat sich der Begriff „Ruhrgebiet“ um 1930 herum etabliert (vgl. Blotevogel 2001: 9).

seien im späten 19. Jahrhundert erste ökonomische und soziale Probleme zutage getreten und habe sich eine aktive Arbeiterinnen- und Arbeitervertretung zu formieren begonnen (vgl. RVR Online 2015). Im ersten Fünftel des 20. Jahrhunderts hätten Entschädigungsleistungen infolge des verlorenen Ersten Weltkriegs und die zeitweilige Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich zur Schließung zahlreicher Zechen geführt und die wirtschaftliche Situation verschärft. Nach einem konjunkturellen Aufschwung bis Ende der 1920er-Jahre und dem anschließenden Crash der New Yorker Börse habe das Ruhrgebiet erst wieder nach der Machtergreifung der Nazis und durch die Kriegswirtschaft prosperiert. „Diese [die Rüstungsindustrie] bricht bis 1937 alle Rekorde der Hochkonjunktur Mitte der 20er Jahre, allein die Stahlproduktion steigt um 400%.“ (Ebd.) Als nach dem Zweiten Weltkrieg der alliierte Plan einer vollständigen Demontage der Ruhrindustrie durch den sich abzeichnenden Ost-West-Konflikt abgewendet worden sei, habe das Ruhrgebiet erneut floriert und – auch dank zahlreicher zusätzlich hinzukommender Arbeitskräfte aus dem Ausland – wesentlich zum deutschen Wiederaufbau und Wirtschaftswunder beigetragen. Das Jahr 1957 und die Suezkrise schließlich hätten den wirtschaftlichen Blick auf den Brennstoff Erdöl gelenkt und den Rückbau der kohlebasierten Energiewirtschaft eingeleitet (vgl. ebd.). Dies hat auch nach Ansicht verschiedener Historikerinnen und Historiker wie Friedrich Lenger und anderen das weitgehend monoindustrielle Ruhrgebiet trotz zahlreicher Unterstützungs- und Auffangmaßnahmen, auch der Europäischen Union, in eine bis dato anhaltende ökonomische Misere und in den Zwang geführt, sich zu verändern und verändert aufzustellen (vgl. Lenger 2010: 9; Tenfelde/Urban 2010: 11ff.).¹⁴²

In den 1960er-Jahren erfolgte dies – nach Klaus Tenfelde und Thomas Urban – zunächst durch eine Bildungsoffensive, die der überwiegend aus Arbeiterinnen und Arbeitern zusammengesetzten Ruhrgebietsbevölkerung und deren Nachkommen, insbesondere den weiblichen, berufliche Alternativen habe bieten sollen. Zahlreiche Universitäten und Hochschulen seien seitdem dort gegründet worden (vgl. Tenfelde/Urban 2010: 12). Auch vielfältige Imagekampagnen und Bauprojekte arbeiteten und arbeiten daran, den mit Hans Heinrich Blotevogel zuvor beschriebenen schlechten Ruf des Ruhrgebiets nach innen und außen hin zu verbessern und die Region für „Einheimische“, Neubürgerinnen und Neubürger und Investitionen attraktiver zu

¹⁴² Einzelheiten zu den teilweise sehr aufsehenerregenden Schließungen von zunächst Zechen und dann auch Stahlwerken lassen sich auf der Webseite „Route Industriekultur“ des RVR nachlesen (vgl. RVR Online 2015).

machen und zur Mitwirkung am Projekt des Strukturwandels zu motivieren. Ein Beispiel ist die Kampagne „Ein starkes Stück Deutschland“, die der damals noch Kommunalverband Ruhr (KVR) genannte politische Zweckverband¹⁴³ 1985 ins Leben rief (vgl. RVR Online 2017b). Auch nachfolgende Werbeinitiativen wie „Der Pott kocht“ oder „Das Ruhrgebiet ... mehr als eine Stadt“ hätten das Ziel gehabt, die industrielle Vergangenheit aufzuwerten und das Ruhrgebiet in einem neuen, positiven Licht zu zeigen und eine regionale Bindung entstehen zu lassen (vgl. ebd.; Blotevogel 2001: 16).¹⁴⁴

Mit der von 1989 bis 1999 dauernden landespolitisch geförderten „Internationalen Bauausstellung Emscher Park (IBA)“ wurde der Versuch einer Umdeutung des Ruhrgebiets auch städtebaulich vorangetrieben, wie auf der dazugehörigen Website dargestellt (vgl. Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen Online 2017). Das Projekt der Kulturhauptstadt Europas „RUHR.2010“ schloss mit seinem Slogan „Metropole im Werden“ (RUHR.2010 GmbH 2011a) ideell daran an. Es zielte laut seiner Selbstdarstellung darauf ab, die 53 Städte und Gemeinden des Ruhrgebiets näher zusammenzurücken, ein neues Lebensgefühl zu stiften, künstlerische Strukturbildung weiter voranzutreiben und, nach den Worten eines seiner künstlerischen Direktoren, Dieter Gorny, auch einen neuen dienstleistungsorientierten Berufsstand, die Kreativwirtschaft, in die Region zu locken (vgl. Gorny 2011). Das bereits erwähnte Städtepartnerschaftsprojekt „TWINS2010“ stand in gewisser Weise quer zu all diesen Zielen und befand sich damit mitten im Prozess des Strukturwandels und diente zusätzlich einer Internationalisierung der Region (vgl. RUHR.2010 GmbH 2009: 7). Als jüngeres Beispiel setzt die in einem regionalen Wettbewerb ermittelte „InnovationCity Ruhr – Modellstadt Bottrop“ darauf, durch klimafreundliche Stadtplanung einen zukunftsweisenden Wirtschaftszweig, die nachhaltige Energiewirtschaft, im Ruhrgebiet zu stärken und so auch die Lebensqualität in der Gegend zu erhöhen (vgl. Innovation City Management GmbH Online 2017).

Derzeit umfasst das Ruhrgebiet 53 Städte und Gemeinden, zu denen neben bekannteren und größeren wie Duisburg, Oberhausen, Mülheim, Essen, Bochum und Dortmund auch weniger bekannte und kleinere wie Alpen, Moers, Oer-Erkenschwick oder Gevelsberg

¹⁴³ Seit 2004 heißt der kommunale Verband Regionalverband Ruhr (vgl. RVR Online 2017a).

¹⁴⁴ Die Doktorarbeit des Kommunikationswissenschaftlers Nils Rimkus bietet einen vertiefenden Überblick über den Versuch einer Imageverbesserung des Ruhrgebiets (vgl. Rimkus 2007).

gehören, wie auf dem Internetauftritt des RVR nachzulesen (vgl. RVR Online 2017c). Der bereits erwähnte kommunale Regionalverband Ruhr verfügt zwar über gewisse planerische und wirtschaftspolitische Kompetenzen und organisiert die Öffentlichkeits- und Informationsarbeit der Region nach außen (vgl. ebd. 2017d), faktisch aber wird das Ruhrgebiet von drei unterschiedlichen nordrhein-westfälischen Bezirksregierungen, Arnsberg, Düsseldorf und Münster, regiert und entsprechend politisch unterteilt (vgl. ebd. 2017e).

Zum mittleren Zeitpunkt der Feldforschung 2010 hatte das dicht besiedelte Ruhrgebiet zusammengenommen etwa 5.150.300 Einwohnerinnen und Einwohner und zwar mit sinkender Tendenz (vgl. RVR o.J.a). Davon waren rund 11 Prozent ohne deutschen Pass, Tendenz steigend (vgl. ebd. o.J.b). Etwa ein Viertel der Ruhrgebietseinwohnerinnen und -einwohner hatte dem Mikrozensus 2011 zufolge einen Migrationshintergrund (vgl. ebd. o.J.a).¹⁴⁵ 2010 waren 10,9 Prozent der Ruhrgebietsbewohnerinnen und -bewohner ohne Arbeit (vgl. RVR/IT.NRW Statistik-Portal Ruhr Online 2017). Arbeitslosigkeit und Einkommensunterschiede waren und sind laut Jörg Bogumil und den Politik-, Sozial- und Regionalwissenschaftlern Rolf Heinze, Franz Lehner und Klaus Peter Strohmeier in der Region allerdings höchst unterschiedlich verteilt, Reichtum aber war und ist grundsätzlich eine Seltenheit (vgl. Bogumil/Heinze/Lehner/Strohmeier 2012: 25). Nach wie vor teile die Autobahn A40 – der „Sozialäquator“ (ebd.: 24) – das gesamte Ruhrgebiet in einen „reicheren“ Süden und einen „ärmeren“ Norden (vgl. ebd.: 69ff.). Die schwache Einkommenssituation der Bevölkerung und die insgesamt ökonomisch schwierige Lage der Region betrafen nicht zuletzt die Kommunen massiv. Hohe Sozialkosten und geringe Steuereinnahmen führten seit Jahren dazu, dass zahlreiche Ruhrgebietskommunen sich verschuldeten, ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen konnten und ihre Finanzen unter die Aufsicht der Landesregierung gestellt würden (vgl. ebd.: 31ff.). Dies habe zur Folge, dass ihre Handlungsmöglichkeit vor allen Dingen bei den freiwilligen Aufgaben, zu denen auch Städtepartnerschaften zählen, empfindlich eingeschränkt werde (vgl. Holtkamp 2010: 76).

¹⁴⁵ Diese Zahl beinhaltet alle Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sowie alle nach 1955 zugewanderten Deutschen und Deutsche, von denen Vater oder Mutter oder beide nach 1955 nach Deutschland zugewandert sind (vgl. RVR o.J.c).

Jörg Bogumil, Rolf Heinze, Franz Lehner und Klaus Peter Strohmeier haben in einer gemeinsamen Publikation die aus ihrer Sicht zentralen derzeitigen Herausforderungen des Ruhrgebiets zusammengetragen. Neben einem egozentrisch geprägten Denken der Städte und einem auch in ethnischer Hinsicht extremen demografischen Wandel müsse die katastrophale Finanzsituation der Kommunen und die auch unter sozialen Gesichtspunkten prekären Lebensbedingungen sowie das Abdriften ganzer Bevölkerungsteile überwunden werden (vgl. Bogumil/Heinze/Lehner/Strohmeier 2010: 14). Eine übergreifende Profilbildung bei sinnvoller interkommunaler Zusammenarbeit und eine Mitwirkung und Beteiligung der Zivilgesellschaft zum Beispiel auch in Bildungsfragen stellen aus Sicht der Wissenschaftler aber mögliche und notwendige Lösungswege dar (vgl. ebd.: 172). Dies gilt es in Bezug auf gegenwärtige Städtepartnerschaften im Hinterkopf zu behalten.

4.1.2 Polen: Souveränität, Transformation, Anerkennung

Eine namentliche Erwähnung Polens lässt sich – dem Historiker Michael Müller zufolge – erstmals gegen 1000 nach Christus finden, als das in der zentralpolnischen Woiwodschaft¹⁴⁶ Großpolen liegende Einflussgebiet der Piastenfamilie vom römisch-deutschen Kaiser Otto III. als christianisiertes und souveränes Gebiet anerkannt worden sei (vgl. Müller 2009: 21). Nach einem erfolgreichen Bündnis mit dem Großherzogtum Litauen im 14. Jahrhundert und einer vergleichsweise frühen – zumindest den Adel betreffenden – republikanischen Ordnung im 16. Jahrhundert¹⁴⁷ (vgl. ebd.: 21ff.) gehören, nicht nur dem Politikwissenschaftler Dieter Bingen und dem polnischen Historiker Krzysztof Ruchniewicz folgend, vor allem tief greifende Erfahrungen mit Besetzung, Gewalt- und Zwangsherrschaft zu den besonders prägenden Ereignissen der polnischen Geschichte (vgl. Bingen/Ruchniewicz 2009a: 13).

Ende des 17. Jahrhunderts nahmen laut Müller die aufstrebenden und miteinander rivalisierenden Mächte Österreich, Preußen und Russland nach und nach polnisches Territorium vollständig gewaltsam ein (vgl. Müller 2009: 27ff.). Zwischen 1795 und dem Ende des Ersten Weltkriegs habe Polen als Staat nicht existiert (vgl.

¹⁴⁶ „Woiwodschaft“ ist die Bezeichnung für den polnischen Kommunen übergeordneten Regierungsbereich. Polen verfüge über 16 Woiwodschaften (vgl. Ziemer/Matthes 2010: 266).

¹⁴⁷ Um den Zusammenhalt des entstehenden Nationalstaats Polen zu wahren, hätten die in dieser Zeit Herrschenden ihren Anhängerinnen und Anhängern unter anderem zugebilligt, ihre unterschiedlichen – christlichen – Religionsauffassungen individuell zu bestimmen und zu leben und im Gegenzug verlangt, Andersgläubige zu achten (vgl. Müller 2009: 25).

Bingen/Ruchniewicz 2009b: 15). 1939 überfielen Nazi-Deutschland und die Sowjetunion – Bingen folgend – das wieder errichtete Polen und teilten es unter sich auf. Die nationalsozialistische Besatzungsmacht hätte zahlreiche Polinnen und Polen aus dem westlichen Teil der von ihr besetzten Gebiete vertrieben, um diesen komplett mit dem Deutschen Reich zu verbinden und „deutsch“ zu besiedeln. Die Nazis hätten Tausende von Mitgliedern der Landeselite getötet, entrechtet und die Verbleibenden unterworfen oder zu Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern gemacht. Im östlichen besetzten Landesteil hätten sie mit den dort lebenden oder dorthin vertriebenen Polinnen und Polen eine Art „Staat zweiter Klasse“ eingerichtet, ein Arbeitskräftereservoir zur Produktion von Kriegsmitteln, wie es Dieter Bingen formuliert (vgl. Bingen 2009: 70ff.). Auf okkupiertem polnischen Territorium haben – so Bingen – die Deutschen darüber hinaus einen Großteil der Konzentrations- und Vernichtungslager errichtet und in deren größten Lagern alleine bis zu fünf Millionen europäische Jüdinnen und Juden ermordet (vgl. ebd.: 74).

Laut dem bereits in der Einleitung erwähnten Politikwissenschaftler und Historiker Klaus Ziemer und der ebenfalls bereits genannten Historikerin Claudia-Yvette Matthes bauten die Sowjets nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sozialistische Strukturen in dem wiederhergestellten, aber gebietsmäßig im Vergleich zur Zwischenkriegszeit veränderten Polen auf, was viele Polinnen und Polen erneut als ungeliebte „Fremdherrschaft“ (Ziemer/Matthes 2010: 258) wahrgenommen hätten. Die neuen Machthaber, so schreibt der polnische Politikwissenschaftler Andrzej Friszke, hätten die Position einer einzelnen Partei gesichert, die öffentliche Meinung unterdrückt und Ländereien und Wirtschaftsbetriebe enteignet (vgl. Friszke 2009a: 80f.).¹⁴⁸ Im Vergleich zu anderen sozialistisch geführten Staaten sei in der Volkrepublik Polen jedoch die Landwirtschaft nicht zwangskollektiviert und die katholische Kirche von Repressionen weitgehend ausgenommen worden (vgl. ebd.: 85). Anfang der 1980er-Jahre habe sich die entstehende Oppositions- und Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* erfolgreich gegen die vor allen Dingen in wirtschaftlicher Hinsicht schlechter werdenden Verhältnisse aufgelehnt, was die Machthabenden mit der Verhängung des Kriegsrechts und harten Einschnitten gegenüber der polnischen Bevölkerung beantwortet hätten. Ende der 1980er-Jahre erkannten sie – Friszke zufolge – die *Solidarność* jedoch noch vor der finalen Systemwende als Gesprächspartnerin für einen

¹⁴⁸ Andrzej Friszke differenziert hier jedoch zwischen über die Zeit hinweg unterschiedlichen Führungsstilen und Führungspersönlichkeiten des polnischen Sozialismus (vgl. Friszke 2009a).

Reformdialog an (vgl. ebd. 2009b: 113ff.). Neben den Kriegserlebnissen gehört auch diese zivilgesellschaftliche Kraft zu den historisch prägenden Ereignissen Polens.

In den 1990er-Jahren habe Polen seine volle Souveränität zurückerhalten und sich selbstbestimmt nach Westeuropa orientiert (vgl. Ziemer/Matthes 2010: 267). Als wichtige außenpolitische Ziele dieser „Heimkehr nach Europa“ (Pysz 2009: 242) hätten der Beitritt des Landes zur Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) 1999 gegolten und seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union 2004 (vgl. Ziemer/Matthes 2010: 268).¹⁴⁹ Der Politikwissenschaftler Kai-Olaf Lang beschreibt Letztere sogar als einen nationalen Schwerpunkt in der Transformation (vgl. Lang 2009: 589). Am EU-Beitrittsreferendum 2003 beteiligten sich nach Matthes und Ziemer rund 60 Prozent der Polinnen und Polen, wovon etwa Dreiviertel mit „Ja“ gestimmt hätten (vgl. Ziemer/Matthes 2010: 268). Polen galt lange Zeit als EU-freundlich¹⁵⁰, wobei es insbesondere in den Jahren von 2007 bis 2013 auch ein großer Nutznießer von EU-Fördergeldern gewesen sei (vgl. Lang 2009: 596ff.). Im Jahr 2007 wurde Polen schließlich auch Teil des Schengen-Raums, was seinen Bürgerinnen und Bürgern eine passkontrollfreie staatsgrenzenübergreifende Mobilität innerhalb der Europäischen Union ermöglichte (vgl. Auswärtiges Amt Online 2017a). Die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit, das Recht, in jedem EU-Land Arbeit zu suchen und anzunehmen, ein weiteres Grundrecht für EU-Staatsbürgerinnen und EU-Staatsbürger, hätten Polinnen und Polen in Österreich und Deutschland bis 2011 jedoch zunächst nur eingeschränkt erhalten (vgl. Bader/Buras/Lottermann 2012: 26).

Im Zeitraum der hier durchgeführten Feldforschung ließen sich über Polen folgende Aussagen treffen:¹⁵¹ Klaus Ziemer charakterisierte Polen politisch gesehen als eine parlamentarische, präsidiale Demokratie mit einem Staatsoberhaupt, einem Regierungsoberhaupt und einer zweikammerigen Volksvertretung (vgl. Ziemer 2009: 149ff.). Die Verwaltung sei dreiteilig aufgebaut. Die bereits erwähnten Woiwodschaften bildeten den teilweise selbstbestimmten, teilweise zentralbestimmten Regierungsbereich direkt unterhalb der Staatsregierung. Es folgten die selbstbestimmten Kreise und schließlich die nach dem Prinzip der territorialen Selbstverwaltung ebenfalls

¹⁴⁹ Polen ist dem Europarat bereits 1991 beigetreten (vgl. COE Online 2017).

¹⁵⁰ Die weiteren Entwicklungen unter der nationalkonservativen Staatsregierung mit dem Staatspräsidenten Andrzej Duda und der Ministerpräsidentin Beata Szydło sind abzuwarten. Ich werde im Nachwort dieser Arbeit darauf zurückkommen.

¹⁵¹ Die allgemeinen Angaben etwa zum Staatsaufbau gelten aber nach wie vor.

selbstbestimmten Kommunen (vgl. Ziemer/Matthes 2010: 266). Wirtschaftlich betrachtet sei Polen – nach Piotr Pysz, polnischer Wirtschaftswissenschaftler – kapitalistisch-marktwirtschaftlich orientiert und betreibe seinen ökonomischen Transformationsprozess seit 1989 mit klaren Gestaltungsvorstellungen (vgl. Pysz 2009: 242). Dennoch befinde es sich immer noch im Wandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft mit großen regionalen Entwicklungsunterschieden, wie der polnische Regionalwissenschaftler Marek Proniewski schreibt (vgl. Proniewski 2009: 263ff.). Das relativ gute gesamtpolnische Wirtschaftswachstum (vgl. Mączyńska 2009: 277) wirke sich – zumindest bis zum Jahr 2009 – nur wenig auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigungssituation aus (vgl. Piotrowska 2009: 282f.). Das Stadt-Land-Gefälle und die landesweiten Schwankungen der Arbeitslosenzahlen seien laut der polnischen Sozialwissenschaftlerin Małgorzata Szyłko-Skoczny – zumindest für das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends gesprochen – enorm. Während zu Beginn der Feldforschung im Norden des Landes, wo auch die hier näher betrachtete polnische Partnerstadt Miasto liegt, 10,9 Prozent der Menschen arbeitslos gewesen seien, in der nordöstlichen Woiwodschaft Ermland-Masuren sogar 19 Prozent, seien es im südlichen Klempolen und Schlesien „nur“ etwa 9 Prozent gewesen (vgl. Szyłko-Skoczny 2009: 298).¹⁵² Aus diesen Gründen erklärte die polnische Wirtschaftswissenschaftlerin Maria Piotrowska 2009 auch: „Polen ist eines der ärmsten Länder der Europäischen Union.“ (Piotrowska 2009: 282) Viele Polinnen und Polen seien deshalb ausgewandert oder pendelten zwischen den Ländern, um Arbeit zu finden (vgl. Pallaske 2011: 177ff.). All dies gilt es in Bezug auf die Interpretation des gegenwärtigen Wandels von entsprechenden Städtepartnerschaften zu berücksichtigen.

4.1.3 Türkei: Stabilität, Neues versus Althergebrachtes, Einbeziehung

Die Türkei ist, dem bereits erwähnten Islamwissenschaftler Udo Steinbach folgend, im Zuge des Niedergangs des Osmanischen Reiches entstanden (vgl. Steinbach 2012b: 14ff.). Um den endgültigen Zerfall des einstigen Imperiums zu verhindern und die Expansionsbestrebungen europäischer Staaten zurückzudrängen, habe sich eine interne Widerstandsbewegung gegründet, die in einer ihrer Ausprägungen einen radikalen türkischen Nationalismus und eine weltliche Ausrichtung als Zusammenhalt fördernde

¹⁵² Es ist davon auszugehen, dass die Aussagen der polnischen Wirtschaftswissenschaftlerinnen Elżbieta Mączyńska (vgl. Mączyńska 2009) und Maria Piotrowska (vgl. Piotrowska 2009) sowie von Małgorzata Szyłko-Skoczny (vgl. Szyłko-Skoczny 2009) für die gesamte Dauer der hier durchgeführten Feldforschung weitgehend gültig waren.

und zukunftsweisende Strategie angesehen habe (vgl. ebd.: 17f.). Als nach dem Ersten Weltkrieg das verbleibende Territorium des Osmanischen Reiches habe aufgeteilt werden sollen, habe der Offizier und Sympathisant dieser Widerstandsströmung Mustafa Kemal politisch und militärisch dagegen mobil gemacht, insbesondere gegen die Gebietsansprüche Griechenlands. Seine militärischen Erfolge hätten 1923 zur völkerrechtlichen Anerkennung der Türkei geführt und ihn später mit dem Beinamen „Atatürk“ zu deren erstem Präsidenten werden lassen (vgl. ebd.: 19ff.).

In den Folgejahren hat Mustafa Kemal – Steinbach weiter folgend – das bis dahin existierende Staats- und Gesellschaftswesen osmanischer Prägung schlichtweg umgekrempelt. Seine Politik des Kemalismus habe in der Ablehnung althergebrachter geistlicher Ordnungen gegründet, in denen er den Hauptgrund für den Zusammenbruch des Osmanischen Reiches gesehen habe, und sich mehr an der Philosophie europäischer Nationalstaatenbildung orientiert. „Atatürk“ und seine Anhänger hätten eine strikte Trennung – oder besser: Kontrolle – von Religion, dem sunnitischen Islam, durch den Staat organisiert, die Türken als Staatsvolk konstruiert, herkömmliche Kleidungsweisen abgeschafft, die arabische Schrift durch die lateinische Schreibweise ersetzt und eine Wirtschaftsform mit staatlichen Eingriffsmöglichkeiten eingeführt (vgl. ebd.: 29ff.). Darüber hinaus hätten sie anders lautende ethnische Bezeichnungen untersagt, zum Beispiel auch die der Kurdinnen und Kurden, und weitere Glaubensrichtungen verboten (vgl. ebd.). Kurz: Kemal und die ihn umgebende neue Landeselite versuchten – so der Sozial- und Islamwissenschaftler Dietrich Jung – wesentliche Reformen des Landes durch ein homogenisierendes, weltliches, an Europa orientiertes politisches Programm autoritär durchzusetzen (vgl. Jung 2012: 91f.). Eine daraus resultierende Konfliktlinie zwischen verordneter Einheit und vorhandener Vielfalt, wie es der Politikwissenschaftler Günter Seufert ausdrückt (vgl. Seufert 2012: 208), beziehungsweise zwischen neuen und herkömmlichen Lebensweisen, wie es der Jurist Christian Rumpf und Udo Steinbach nennen (vgl. Rumpf/Steinbach 2010: 1084), kennzeichne die Türkei immer noch. Dies habe – bis 2012 – auch bereits mehrere Male zur gewaltsamen Machtübernahme der türkischen Armee geführt, die sich dem Schutz der kemalistischen Grundsätze verschrieben habe (vgl. Jung 2012: 107).

Einen Wendepunkt gab es – nach Dietrich Jung – erst wieder nach dem Wahlsieg und Regierungsantritt der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP)¹⁵³ im Jahr 2002, als erstmals wieder eine aus einem religiösen Umfeld heraus entstandene Gruppierung die Regierung des Landes übernommen habe (vgl. ebd.: 86). Lange haben einige Beobachterinnen und Beobachter, beispielsweise auch der Jurist und Türkeikenner Christian Rumpf und Udo Steinbach, der Partei ein Integrations- und Lösungspotenzial für die genannten innertürkischen Spannungen zugesprochen (vgl. Rumpf/Steinbach 2010: 1054; Steinbach 2012b: 64f.). Unter dem bis dato amtierenden AKP-Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan habe außerdem die bisher konsequenteste EU-Orientierung des Landes begonnen (vgl. Jung 2012: 101; 108). Dann aber setzte eine immer noch andauernde zunehmend gewaltsamer werdende Unterdrückung von Regierungskritikerinnen und Regierungskritikern durch Erdoğan ein, die mit heftigen Polizeiattacken gegen Demonstrantinnen und Demonstranten auf dem zentralen Taksim-Platz in der türkischen Metropole Istanbul im Jahr 2013 begann.¹⁵⁴

Neben den beschriebenen immer wiederkehrenden, meist autoritären Reformversuchen und Regierungsweisen sowie Konflikten zwischen progressiven und konservativen Kräften charakterisiert die Türkei auch ihr langwieriger und nach wie vor nicht abgeschlossener Versuch eines Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften beziehungsweise zur Europäischen Union¹⁵⁵ und ist für ein weitergehendes Verständnis des Landes und für diese Arbeit von zentraler Bedeutung. Das Land Türkei ist – laut Rumpf und Steinbach – als eines der ersten Mitglieder bereits 1949 dem Europarat beigetreten (vgl. Rumpf/Steinbach 2010: 1090f.). 1963 hätten dessen Vertreterinnen und Vertreter ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zur Vorbereitung des Eintritts in die Europäische Zollunion unterzeichnet, was schließlich 1996 erfolgt sei. 1987 habe die türkische Regierung erstmals einen Antrag auf eine vollwertige EG-Mitgliedschaft gestellt. Die Europäische Kommission habe darauf aber, auch aufgrund einer noch schwachen

¹⁵³ Die Abkürzung der Partei ergebe sich aus dem türkischen Namen Adalet ve Kalkınma Partisi (vgl. Steinbach 2012a: 622).

¹⁵⁴ Ich werde auch darauf sowie auf jüngere Entwicklungen im Nachwort dieser Arbeit noch einmal zu sprechen kommen.

¹⁵⁵ Damit hätten die türkisch-europäischen Beziehungen nicht begonnen. Einen Einblick in europäisch-türkische (Wechsel-)Beziehungen vergangener Jahrhunderte bietet der Islamwissenschaftler Maurus Reinkowski (vgl. Reinkowski 2008).

Wirtschaftskraft sowie des nicht gelösten Kurden- und des Zypernkonflikts¹⁵⁶, zunächst negativ reagiert. Im Jahr 1997 habe die Türkei trotz einiger vorzuweisender vor allem wirtschaftlicher Leistungssteigerungen, anders als andere europäische Staaten, keinen EU-Kandidatenstatus erhalten. Das sei erst 1999 geschehen. Seit dem Jahr 2005 führe die EU nun offizielle Beitrittsgespräche mit der türkischen Regierung (vgl. ebd.; Aksoy 2012: 386f.). Nicht nur nach Meinung des deutschen Journalisten Horst Bacia handelt es sich dabei jedoch um Verhandlungen mit offenem Ausgang (vgl. Bacia 2012).¹⁵⁷ Dieser langwierige und zähe Prozess habe zu einem abnehmenden Interesse auch der türkischen Bevölkerung an einer EU-Mitgliedschaft geführt (vgl. ebd.: 460). Nichtsdestotrotz hätten die beitragsvorbereitenden Maßnahmen unter Ministerpräsident Erdoğan beträchtlichen Einfluss auf Politik und Alltag in dem aufstrebenden Land genommen und nähmen dies immer noch (vgl. Jung 2012: 90). Und der bisher nicht erfolgte Beitritt hinterlässt auch insofern Spuren, als türkische Bürgerinnen und Bürger nach wie vor ein Visum benötigen, um in die EU einzureisen (vgl. Auswärtiges Amt Online 2017b).¹⁵⁸

Im Zeitraum der hier durchgeführten Feldforschung galten für die Türkei folgende Angaben:¹⁵⁹ Rumpf und Steinbach charakterisierten die Türkei in politischer Hinsicht formal¹⁶⁰ als eine parlamentarische Demokratie (vgl. Rumpf/Steinbach 2010: 1055ff.). Sie habe einen Präsidenten als Staatsoberhaupt, einen Ministerpräsidenten als Regierungschef und eine einkammerige Volksvertretung, die allerdings wegen einer hohen Prozent-Hürde für kleinere Parteien unzugänglich sei (vgl. ebd.: 1059ff.). Die Staatsverwaltung der Türkei sei zentralistisch organisiert. Strukturen der Staatsregierung setzten sich in den untergeordneten 81 Provinzen und Bezirken fort. Theoretisch gegebene Selbstverwaltungsmöglichkeiten unterlägen praktisch einer staatlichen Finanzabhängigkeit, auch bei den Kommunen (vgl. ebd.: 1069ff.; 1089f.). Wirtschaftlich gesehen habe die Türkei – laut dem Wirtschaftswissenschaftler Heiko Schuß – in den weniger als 100 Jahren seit ihrer Gründung einen turbulenten, aber

¹⁵⁶ Keiner der hier genannten Konflikte, weder der Kurden- noch der Zypernkonflikt, spielen in den hier näher betrachteten Städtepartnerschaften eine Rolle, weshalb sie hier auch nicht weiter behandelt werden.

¹⁵⁷ Horst Bacia hat das türkische Beitrittsgesuch in einem ausführlichen Essay hintergründig und anschaulich zusammengefasst (vgl. Bacia 2012). Über die zentralen innertürkischen Positionen und die öffentliche türkische Debatte zum EU-Beitrittsgesuch des Landes informiert z.B. der Aufsatz der Amnesty-International-Mitarbeiterin Amke Dietert (vgl. Dietert 2012).

¹⁵⁸ Auch auf weitere Entwicklungen bezüglich eines EU-Beitritts der Türkei werde ich mich im Nachwort noch einmal beziehen.

¹⁵⁹ Es ist fraglich, inwiefern die allgemeinen Angaben etwa zum Staatsaufbau nach wie vor gelten.

¹⁶⁰ Nicht nur Christian Rumpf und Udo Steinbach weisen immer wieder auf Diskrepanzen zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit in der Türkei hin (vgl. Rumpf/Steinbach 2010: 1058).

rasanten Wechsel von einer landwirtschaftlich geprägten zu einer industriellen, dienstleistungsorientierten und exportausgerichteten Ökonomie vollzogen (vgl. Schuß 2012: 328ff.). Als starke wirtschaftliche Einnahmequellen gälten unter anderem der Tourismus und Geldüberweisungen von im Ausland lebenden Familienmitgliedern (vgl. ebd.: 358). Für das sich – zumindest bis 2012 – immer weiter liberalisierende und stabilisierende Wirtschaftswesen sieht Schuß insbesondere auch die Kriterien für einen EU-Beitritt verantwortlich, die seit dem Antritt der AKP-Regierung privilegiert behandelt und umgesetzt würden (vgl. ebd.: 340). Dennoch habe das Land in den vergangenen Jahren mit wirtschaftlichen Schwächen und Problemen zu kämpfen gehabt. Dazu zählten eine hohe Arbeitslosigkeit insbesondere unter Jugendlichen, die zum Zeitpunkt meiner Feldforschung 2009 bei mehr als 25 Prozent gelegen habe (vgl. ebd.: 351). Auch ein eklatantes Gefälle zwischen der Wirtschaftskraft im hoch entwickelten türkischen Westen und weniger begünstigten Osten des Landes gelte es zu bewältigen, wobei sich in den 2000er-Jahren ein wirtschaftlicher Aufschwung einiger Städte im Zentrum und Südosten des Landes vollzogen habe und die Unterschiede abschwächen helfe (vgl. ebd.: 354ff.).¹⁶¹ Nicht zuletzt ist diese zentralanatolische wirtschaftliche Entwicklung für diese Arbeit beachtenswert, da sich hier in der Nähe auch die in dieser Arbeit eingehender betrachtete türkische Partnerstadt Şehir befindet.

4.1.4 Zwischenfazit

Sowohl Polen als auch die Türkei sind durch historische Momente gekennzeichnet, in denen, in unterschiedlichen Gewichtungen, Souveränität beziehungsweise Stabilität und das Verhältnis zu (West-)Europa eine maßgebliche Rolle spielten und spielen. Im Falle Polens war dies in vielen Fällen mit verheerenden Kriegserfahrungen verbunden. Während Polen mittlerweile vollwertiges EU-Mitglied ist und das Land und seine Bürgerinnen und Bürger inzwischen neben allen Pflichten auch alle Rechte der Zugehörigkeit zur Europäischen Union genießen, gilt dies für die Türkei sowie Türkinnen und Türken nicht. Für Aufenthalte in EU-europäischen Ländern ist nach wie vor ein Visum erforderlich, eine Arbeitserlaubnis gibt es nur in Ausnahmefällen. Wirtschaftlich stehen im Zeitraum der Feldforschung sowohl das Ruhrgebiet als auch Polen und die Türkei, insbesondere auch in den hier betrachteten Städten im Norden Polens und westanatolischen Teil der Türkei, vor beachtlichen Herausforderungen. Für das Ruhrgebiet und insbesondere seine Kommunen ist es entscheidend, weite Teile der

¹⁶¹ Dies dürfte für den großen Teil meiner Feldforschung gültig gewesen sein.

Bevölkerung in die Lösung ökonomischer Problemlagen einzubeziehen. Für die polnische Stadt gilt es, die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Für die türkische stehen auch eine Steigerung der wirtschaftlichen Entwicklung und ein Umgang mit einer erhöhten Jugendarbeitslosigkeit im Fokus. Dies sind wesentliche Spezifika der Länder und Regionen, die auch in den hier näher betrachteten gegenwärtigen Städtepartnerschaften verhandelt werden und den gegenwärtigen Wandel (unterschiedlich) mit begründen können.

4.2 Länderbeziehungen

4.2.1 Deutsch-ruhrgebiets-polnische Beziehungen: Historisch, gefördert, weitgehend normalisiert

Auch wenn es in der Geschichte Momente gab, in denen Deutschland und Polen sich nicht feindlich gegenüberstanden, beeinflussten die bereits beschriebenen einschneidenden Ereignisse, die Beteiligung Preußens an den Teilungen, die Folgen der Besetzung durch Nazi-Deutschland und der Holocaust, die wechselseitigen Beziehungen auch noch in dieser Zeit, wie Krzysztof Ruchniewicz betont (vgl. Ruchniewicz 2011: 131). Jedoch habe es im Umgang mit der Vergangenheit Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland gegeben. Während die Machthabenden der DDR schon bald nach 1945 gezwungenermaßen wieder staatliche Beziehungen zum Nachbarland aufgenommen hätten, hätten die behördlichen Verbindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen noch jahrelang brach gelegen (vgl. ebd.: 131f.). Erst 1972 habe die BRD mit dem damaligen sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt wieder offizielle Kontakte geknüpft und hätten sich auch die gesellschaftlichen Beziehungen verbessert (vgl. Bingen/Ruchniewicz 2009c: 649f.).

Ein wesentlicher Meilenstein war hierbei – nach Bingen und Ruchniewicz – der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (auch: Warschauer Vertrag), in dem unter anderem der nach 1945 gezogene Verlauf der polnischen Westgrenze entlang der Flüsse Oder und Neiße anerkannt worden sei, was für Polen von großer Bedeutung gewesen sei (vgl. ebd.: 650). Auch die darauffolgende Aufnahme der Arbeit der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission zur

angemessenen Schilderung der Geschichte im Schulunterricht beider Länder habe zu einer Verbesserung des Verhältnisses und einer Zunahme des Austauschs zwischen der BRD und der Volkrepublik Polen beigetragen (vgl. Ruchniewicz 2011: 132). In den 1980er-Jahren hätten zudem zahlreiche kirchlich und zivilgesellschaftlich organisierte materielle Hilfsprojekte die wechselseitigen Beziehungen gestärkt (vgl. Bingen/Ruchniewicz 2009c: 650).

Auch nach der Systemwende von 1989 standen im deutsch-polnischen Verhältnis Verträge im Zentrum. Hier schufen – laut Dieter Bingen – der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze (auch: Deutsch-polnischer Grenzvertrag) und der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit (auch: Deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag), mit denen die Oder-Neiße-Grenze durch das wiedervereinigte Deutschland endgültig festgeschrieben worden sei und zahlreiche staatsgrenzenübergreifende Organisationen ins Leben gerufen worden seien, weitere stabilisierende Beziehungsbedingungen (vgl. Bingen 2011: 32). Unter diesen damals etablierten Organisationen sei auch das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) gewesen. Während der 1990er-Jahre habe dann insbesondere die zivilgesellschaftliche und kommunale deutsch-polnische Zusammenarbeit floriert, wobei Bingen vor allen Dingen Letztere auch als durch ein Abhängigkeitsverhältnis gekennzeichnet charakterisiert (vgl. ebd.: 32ff.).

In den Folgejahren verschlechterte sich die Stimmung – Dieter Bingen zufolge – politisch wieder ein wenig, als mit dem erfolgten Beitritt Polens zur NATO und zur EU weniger Unterstützung des Landes notwendig gewesen sei und dieses auch nach seiner neuen politischen Rolle gesucht habe (vgl. ebd.). Auftretende politische Interessensunterschiede, beispielsweise in der Irakkrise, der EU-Verfassungsdebatte oder beim Bau einer deutsch-russischen Ostseepipeline hätten vergangene historische Feindbilder erneut mobilisiert (vgl. ebd.: 45). Seit 2007 jedoch übten sich politische und intellektuelle Vertreterinnen und Vertreter beider Länder in der Gestaltung derzeitiger, insbesondere neuer EU-europäischer Aufgabenfelder wie dem der Energiepolitik, und versuchten, eine „erwachsene Partnerschaft“ (ebd.: 29) zu etablieren. Dass sich deutsch-polnische Beziehungen nicht nur politisch immer weiter beruhigen, sondern sich unter Achtung der wechselseitigen Geschichte zunehmend auch gesellschaftlich nach vorne

gewandt ausrichten und neue Themen aufgreifen, bestätigen – zumindest bis 2012 – auch Meinungsbilder und Projekte beider Ländern (vgl. Łada 2011; Lottermann 2012).¹⁶²

Auch wenn über die deutsch-polnischen Beziehungen gerne als politische oder zivilgesellschaftliche Errungenschaft gesprochen wird, dürfen ihre wirtschaftliche Dimension und der ökonomische Anteil daran nicht aus den Augen verloren werden. Das Auswärtige Amt bezeichnet Deutschland als über viele Jahre hinweg bedeutendsten Wirtschaftspartner Polens (vgl. Auswärtiges Amt Online 2017c). Mindestens 25 Prozent der polnischen Exporte gehen demzufolge in dieses Nachbarland. Deutsche Wirtschaftsbetriebe sind laut der Amtsstatistik Polens größte und wichtigste Investorengruppe (vgl. ebd.). Laut dem Journalisten Reinhold Vetter hat Deutschland von EU-Strukturfondsgeldern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Polen maximal profitiert (vgl. Vetter 2011: 262). Aber auch polnische Unternehmerinnen und Unternehmer schätzten Deutschland zunehmend als Investitionsland (vgl. ebd.). Vetter folgerte deshalb 2011: „Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen haben zur Versachlichung und Stabilisierung der deutsch-polnischen Nachbarschaft generell beigetragen.“ (Ebd.: 268) Der Verlauf vor allem der politischen deutsch-polnischen Beziehungen hat direkte Bezüge zur Entwicklung deutsch-polnischer Städtepartnerschaften, wie weiter unten noch detaillierter aufgezeigt wird.¹⁶³

Die Beziehungen zwischen dem Ruhrgebiet und Polen sind ebenfalls sehr komplex, aber, wie bereits beschrieben, eng verbunden mit der Geschichte der Montanindustrie und der damit verbundenen Arbeitsmigration ins Ruhrgebiet sowie mit der deutsch-polnischen Geschichte. Etwa seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts seien gezielt und verstärkt Arbeitskräfte aus dem zu dieser Zeit preußisch besetzten Polen für den Ruhrgebietsbergbau angeworben worden, was eine starke Migration dorthin ausgelöst habe, wie etwa die Germanistin Veronika Grabe und der polnische Politikwissenschaftler Andrzej Kaluza notieren (vgl. Grabe/Kaluza 2007: 65). Viele dieser sogenannten „Ruhrpolen“ (Peters-Schildgen 2007: 18) hätten sich nach 1918 jedoch in das wieder gegründete Polen zurück- oder weiterbewegt. Auf den

¹⁶² Wie sich das Verhältnis unter der nationalkonservativen polnischen Regierung entwickelt, bleibt abzuwarten.

¹⁶³ Man könnte die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen auch mit Blick auf ihre Kunst- und Kulturbeziehungen oder Wissenschaftsbeziehungen erzählen. Jedoch waren die politischen Beziehungen hier sehr entscheidend, weshalb ich sie hier auch in erster Linie beschrieben habe.

Verbleibenden, so schreibt Susanne Peters-Schildgen vom Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen, habe ein starker Assimilationsdruck gelastet, der nach der Machtübernahme der Nazis in Diskriminierung, Unterdrückung und Verfolgung gegipfelt habe. Nach dem Überfall auf Polen hätten die Nazis polnische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nach Nordrhein-Westfalen und in die Ruhrgebietsindustrien verschleppt (vgl. ebd.). Viele davon seien nach dem Krieg als sogenannte „Displaced Persons (DPs)“ (Osses 2007: 44) dort geblieben, da ihnen eine Ausreise in das wieder errichtete Polen – nach Dietmar Osses, Historiker, Erziehungswissenschaftler und Germanist am Westfälischen Landesmuseum für Industriekultur – nicht ohne Weiteres möglich war (vgl. ebd.). Schließlich seien über Umwege auch deutsche Vertriebene von Polen nach Nordrhein-Westfalen und ins Ruhrgebiet gelangt, vor allen Dingen aus Schlesien, Pommern und dem damaligen Ostpreußen (vgl. Kift 2007b: 57), sowie sich Deutschland verbunden fühlende Aussiedlerinnen und Aussiedler (vgl. Grabe/Kaluza 2007: 65ff.). Ende der 1980er-Jahre lebten im Ruhrgebiet – laut Dagmar Kift, Historikerin und wissenschaftliche Referentin des Westfälischen Landesmuseums für Industriekultur – also äußerst unterschiedliche Gruppierungen mit Polenbezug (vgl. Kift 2007a: 12). Das Verhältnis zwischen „Einheimischen“ und diesen Migrantengruppen sei nicht immer einfach, je nach Stadt aber höchst unterschiedlich, verlaufen (vgl. Osses 2007). Es sei auch durch zahlreiche polnische Organisationen geprägt gewesen, die sich vor allen Dingen in Bochum gebildet hätten (vgl. Peters-Schildgen 2007: 17).

Immer noch lässt sich im Ruhrgebiet ein reges polnisches Organisations- und Vereinswesen finden. So gibt es polnische Supermärkte, Restaurants, Diskotheken oder solche, die sich so inszenieren, sowie polnisch-begründete Glaubensgemeinschaften. Weiterhin unterhält der Flughafen Dortmund ein starkes Streckennetz in viele polnische Großstädte. Nicht zuletzt die Namensgebung „Polonia Dortmund“ für das ehemalige Spielertrio des Fußballbundesligisten Borussia Dortmund, bestehend aus den polnischen Spielern Jakub „Kuba“ Błaszczykowski, Robert Lewandowski und Łukasz Piszczek, oder die interaktiv gestaltete, veranstaltungsorientierte Website „polenimpott.de“ (vgl. PolenImPott Online 2017) zeugen von einer starken Präsenz und von wechselseitigen Verbindungen. 2014 lebten, so die letzte mir vorliegende statistische Zahl, über 50.000 Personen mit polnischem Pass im Ruhrgebiet (vgl. RVR o.J.b) sowie unzählige Menschen mit polnischer Vergangenheit, polnischen Vorfahren und

Pendelmigrantinnen und -migranten. Aus dem einst asymmetrischen Verhältnis ist jedoch längst ein zumindest partiell wechselseitig abhängiges geworden. Polen ist seit Jahren einer der zehn größten Import- und Exportpartner Nordrhein-Westfalens (vgl. IT.NRW Informationssystem Außenhandel Online 2017a).

4.2.2 Deutsch-ruhrgebiets-türkische Beziehungen: Gegenwartsbezogen, problematisch, asymmetrisch

Beziehungen zwischen historischen Vorläufern Deutschlands und historischen Vorläufern der Türkei mögen sich im Guten wie im Schlechten über einige Jahrhunderte hinweg zurückverfolgen lassen. Dennoch ist, auch was den Fokus dieser Arbeit betrifft, dem Turkologen Claus Schöning zuzustimmen, dass von deutsch-türkischen Beziehungen im eigentlichen Sinne erst ab etwa Ende des 19. Jahrhunderts gesprochen werden könne (vgl. Schöning 2012: 7). Hierbei ist vor allen Dingen die militärische Zusammenarbeit, die sogenannte „Waffenbruderschaft“ (Steinbach 2012b: 74), im Ersten Weltkrieg zu nennen. Die scheidenden osmanischen Machthaber kämpften – laut Udo Steinbach – damals an der Seite des deutschen Kaiserreichs und seiner Verbündeten, wohl auch, um sich des zunehmenden Einflusses anderer europäischer Mächte zu erwehren (vgl. ebd.: 18). Nach der Machtergreifung der Nazis habe die Türkei deutschen Intellektuellen Zuflucht gewährt, sich ansonsten gegenüber Nazi-Deutschland aber weitgehend neutral verhalten (vgl. ebd.: 38).

Zu einer Intensivierung der wechselseitigen Beziehungen mit immer noch anhaltenden Folgen sei es dann wieder in den 1960er-Jahren gekommen, genauer 1961, als die wirtschaftlich aufstrebende Bundesrepublik Deutschland, dem Sozialwissenschaftler Jan Hanrath folgend, ein Anwerbeabkommen für Arbeiter mit der sich ebenfalls wirtschaftlich verändernden Türkei geschlossen hat – mit durchaus beiderseitigem Interesse und Nutzen (vgl. Hanrath 2011: 15). Die damals Bundesanstalt für Arbeit genannte deutsche Behörde habe in dieser Zeit aktiv um überwiegend junge männliche Arbeitskräfte geworben (vgl. Berg 1990: 195). Vorwiegendes Auswahlkriterium waren laut dem Politikwissenschaftler Stefan Luft und der türkischen Politikwissenschaftlerin Aysel Yollu-Tok gute körperliche Voraussetzungen der türkischen Arbeiter, die sich noch in der Türkei ärztlichen Inspektionen hätten unterziehen lassen müssen (vgl. Luft 2011: 11; Yollu-Tok 2011: 25). Die deutschen Anwerbestrateginnen und -strategen hätten mit einem vorübergehenden Arbeitsaufenthalt in der BRD kalkuliert (vgl. Luft

2011: 11). Als jedoch auch nach der Beendigung der aktiven deutschen Anwerbung im Zuge der Öl- und Wirtschaftskrise 1973 türkische Arbeiter (gezwungenermaßen) in Deutschland geblieben und ihre Familien nachgezogen seien, hätten sich türkische und deutsche Entwicklungen unweigerlich miteinander zu verweben und auch zu problematisieren begonnen, wie Udo Steinbach schreibt (vgl. Steinbach 2012b: 75). Dies zeigen auch die schwierigen innerdeutschen Integrationsdebatten, die sich nicht selten an „den Türken“ festmachten (vgl. Hanrath 2011: 16), oder polarisierende Medienberichte, in die von deutscher und türkischer Seite nationale Konflikte hineingetragen und mobilisiert würden, zum Beispiel die Auseinandersetzung mit der Religion des Islam, wie der Politikwissenschaftler Claus Leggewie und der Kommunikationsexperte Jan Dirk Kemming ausführen (vgl. Leggewie/Kemming 2012: 598), oder der Kurden-Konflikt (vgl. Steinbach 2012b: 75).¹⁶⁴

Bis dato bilden Türkinnen und Türken, so Jan Hanrath, die größte Migrantengruppe – beziehungsweise Menschen mit türkischer Vergangenheit oder türkischen Vorfahren die größte Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund – in Deutschland (vgl. Hanrath 2011: 16). Die kontroversen Auseinandersetzungen darüber, ob Deutschland nun ein Einwanderungsland sei – bis zum Inkrafttreten des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 2000 habe es quasi keine deutsche Einwanderungspolitik gegeben (vgl. ebd.) – oder insbesondere türkische Migrantinnen und Migranten und ihre Nachfahren eine „Parallelgesellschaft“ bildeten (vgl. ebd. 18), wirken jedoch im Aus- und Inland wenig beziehungsfördernd. Vielmehr trügen sie häufig dazu bei, dass selbst langjährig in Deutschland lebende türkische Migrantinnen und Migranten oder gar Eingebürgerte und ihre in Deutschland geborenen Nachfahren pauschalisiert und renationalisiert (vgl. ebd.: 21) und, wie Claus Leggewie und Jan Dirk Kemming formulieren, „der Türke“, wenn auch nicht unbedingt die Türkei, zum fremden, muslimischen Anderen stilisiert würden (vgl. Leggewie/Kemming 2011: 596).

Auch die Auseinandersetzungen um einen EU-Beitritt der Türkei, in denen Deutschland, je nach Regierungszusammensetzung, durchaus unterschiedliche Positionen eingenommen habe, wie der türkische Politikwissenschaftler Metin Aksoy aufzeigt (vgl. Aksoy 2012: 387ff.), hätten das deutsch-türkische Verhältnis bis dato

¹⁶⁴ Als jüngeres Beispiel ist hier auch Erdogans unter anderem in Deutschland durchgeführter Wahlkampf für das Referendum zur Änderung der türkischen Verfassung im Jahr 2017 zu nennen. Ich werde darauf im Nachwort noch einmal zurückkommen. Die weiteren Entwicklungen sind abzuwarten.

geprägt. Auf der anderen Seite prägte der Verlauf der innerdeutschen Integrationsdebatte die Haltung der Bundesregierung zum EU-Beitritt der Türkei, wie Steinbach argumentiert (vgl. Steinbach 2012b: 75ff.). Dass sich die deutsche Bundeskanzlerin wiederholt für eine „privilegierte Partnerschaft“ (Aksoy 2012: 389) ausgesprochen habe, verärgere die türkische Seite (vgl. ebd.). Die Türkei erwarte angesichts der zahlreichen Verbindungen beider Ländern miteinander vielmehr eine Unterstützung ihrer Position in Europa durch Deutschland (vgl. Steinbach 2012b: 76).¹⁶⁵

Die wechselseitigen Beziehungen stabilisierend und belebend, wenn auch nicht gleichwertig, wirken aber die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen. Laut Auswärtigem Amt ist Deutschland der wichtigste Wirtschaftspartner der Türkei (vgl. Auswärtiges Amt Online 2017d). Auch im Tourismussektor seien deutsche Urlauberinnen und Urlauber aus türkischer Sicht eine, wenn nicht sogar die Hauptzielgruppe (vgl. ebd.; Schuß 2012: 358). Seit 2004 gibt es in Deutschland eine Türkisch-Deutsche Industrie- und Handelskammer (TD-IHK); seit 1985 betreibt der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) ein türkisches Kontaktbüro (vgl. Auswärtiges Amt Online 2017d). Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit, hat sich darüber hinaus, dem Sozialwissenschaftler Horst Unbehaun folgend, in Deutschland ein kleines, aber feines Unternehmertum türkischer Migrantinnen und Migranten und ihrer Nachfahren etabliert, das Arbeitsplätze schafft, vor allem die türkische Klientel im Land bedient und aus seinen zahlreichen Verbindungen zur Türkei Kapital schöpft (vgl. Unbehaun 2012: 580).¹⁶⁶

Wie Türcinnen und Türcen ins Ruhrgebiet gelangten und wie das wechselseitige Verhältnis des Ruhrgebiets und der Türkei aussieht, dazu gibt es nur wenige wissenschaftliche Untersuchungen.¹⁶⁷ Die sich auf eine eigene Umfrage unter 400 türkischen Bergleuten beziehende Dissertation des eingangs genannten Sozialwissenschaftlers Aloys Berg liefert hierzu die wesentlichen Aussagen. Die Beziehungen des Ruhrgebiets zur Türkei seien ebenfalls eng an den Bergbau und an die

¹⁶⁵ Die türkische Kommunikationswissenschaftlerin Necla Mora hält die Umgangsweise insbesondere Deutschlands in der EU-Beitrittsdebatte sogar für rassistisch (vgl. Mora 2012: 360; 370). Die 2017 erfolgten Verhaftungen von auch deutschen Journalistinnen und Journalisten und Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtlern durch den türkischen Staat erschweren eine deutsche Unterstützung eines türkischen EU-Beitritts derzeit jedoch extrem und belasten das politische Verhältnis schwer.

¹⁶⁶ Auch hier sind die weiteren Entwicklungen zu beobachten.

¹⁶⁷ Ein Grund hierfür könnte der sein, dass sich Türcinnen und Türcen im gesamten Bundesgebiet niederließen, während Polinnen und Polen ursprünglich fast ausschließlich ins Ruhrgebiet zogen (vgl. Berg 1990: 273).

Geschichte der Arbeitsmigration nach Deutschland gebunden. Die türkischen Migranten seien in den 1960er-Jahren überwiegend aus den westlichen Teilen der Türkei, insbesondere aus den ländlichen Gebieten entlang des Schwarzen Meeres und des Marmarameers, gekommen (vgl. Berg 1990: 189). Zwar erfuhren – Klaus Tenfelde zufolge – türkische Arbeitskräfte durch das aufkommende Engagement von Gewerkschaften eine intensivere Eingliederung in zumindest diese berufliche Seite des Ruhrgebiets als Jahre zuvor Polinnen und Polen (vgl. Tenfelde 2006: 21). Dennoch sei das Verhältnis zwischen „Einheimischen“ und Türkinnen und Türken mindestens anfänglich stark durch die Wahrnehmung von Andersartigkeit und Fremdheit geprägt gewesen, was sich an deren islamischem Glauben festgemacht habe (vgl. ebd.: 13; 25).

2014 lebten im Ruhrgebiet, ebenfalls die letzte mir vorliegende statistische Zahl, 211.303 türkische Staatsangehörige (vgl. RVR o.J.b). Das entspricht einem Anteil von rund 33 Prozent an der nicht-deutschen Bevölkerung der Region (vgl. ebd.). Der Anteil türkischer Migrantinnen und Migranten und ihrer Nachfahren an der Bevölkerung ist vermutlich aber um ein Vielfaches höher. In den Städten des Ruhrgebiets befinden sich nahezu überall türkische Imbisse, Supermärkte und Einzelhandelsgeschäfte. Auch in der regionalen Kunst- und Kulturszene sind türkische Migrantinnen und Migranten und ihre Nachfahren zahlreich vertreten. Beispiele hierfür sind das jährlich stattfindende türkisch-deutsche Literaturfest „Literatürk“ (vgl. Kulturzentrum GREND e.V. Online 2017) oder die Tanzakademie „Pottporus“. Zwar bezeichnet sich der eingetragene Verein ausdrücklich als ethnisch neutral; jedoch lassen sein origineller Name Rückschlüsse auf den Bosphorus und damit auf einen türkischen Zusammenhang zu (vgl. pottporus e.V. Online 2017). Darüber hinaus gibt es im Ruhrgebiet etliche Moscheevereine und mit der DiTiB¹⁶⁸-Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh auch eine der größten Moscheen in ganz Deutschland. Auf der Weseler Straße im Duisburger Stadtteil Marxloh befindet sich überdies die „Hochzeitsmeile“, eine deutschlandweit und darüber hinaus beachtete Konzentration von Brautmodenläden. Die überwiegend von türkischen Migrantinnen und Migranten und ihren Nachfahren geführten Geschäfte sind nicht nur wahre Magnete für Heiratswillige, sondern zeugen auch von dem regen türkisch-migrantischen Unternehmertum in der Region. Die Türkei ist, landesweit

¹⁶⁸ DiTiB ist die Abkürzung für die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion, auf Türkisch Diyanet İşleri Türk İslam Birliği, und ist ein eingetragener mit der türkischen Staatsregierung in Verbindung stehender Verein und bundesweiter Dachverband zur Koordinierung ansässiger türkisch-islamischer Glaubensgemeinschaften (vgl. DiTiB Online 2017).

gesehen, zwar eher in den mittleren Rängen, aber seit Jahren einer der 20 größten Import- und Exportpartner Nordrhein-Westfalens (vgl. IT.NRW Informationssystem Außenhandel Online 2017b).

4.2.3 Zwischenfazit

Die deutsch-polnischen Beziehungen haben infolge der verheerenden Geschichte nach wie vor einen starken Vergangenheitsbezug, setzen aber – bisher – auf Zusammenarbeit und Zukunftsgestaltung. Das wechselseitige Verhältnis ist zwar in wirtschaftlicher Hinsicht immer noch ungleich, aber schon lange nicht mehr einseitig. Menschen mit Polenbezug stellen eine der frühesten und auch vielschichtigsten Migrationsgruppen des Ruhrgebiets dar und haben sich über die Jahre hinweg nahezu assimiliert. Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei sind nicht durch einen Krieg belastet, aber aufgrund politisch bisher noch nicht gelöster Integrationsfragen und nicht erfüllter Erwartungen – etwa bezüglich einer deutschen Unterstützung des EU-Beitrittsvorhabens – dennoch problematisch und auch negativ aufgeladen. Ökonomisch gesehen ist die Türkei im Zeitraum der Feldforschung trotz eines enormen Wirtschaftswachstums in einigen Sektoren sehr von Deutschland abhängig. Türkische Migrantinnen und Migranten und ihre Nachfahren stellen bis dato die größte und daher auch die am meisten wahrgenommene Migrantengruppe des Ruhrgebiets dar. All diese Beziehungen stehen vor Gestaltungsaufgaben und treffen im Ruhrgebiet und somit auch in entsprechenden gegenwärtigen Städtepartnerschaften aufeinander.

4.3 Städtepartnerschaftliche Beziehungen

4.3.1 Deutsch-polnische Städtepartnerschaften: Gefördert, politisiert, institutionalisiert

Städtepartnerschaften zwischen deutschen¹⁶⁹ und mittel- und osteuropäischen Städten und Gemeinden entwickelten sich, wie im vorangegangenen Kapitel bereits angeklungen, erst vergleichsweise spät. Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sehen auf deutscher Seite erst eine einsetzende staatliche

¹⁶⁹ Die Politikwissenschaftlerin Sybille Tempel weist auf die Notwendigkeit hin, hier zwischen städtepartnerschaftlichen Beziehungen der DDR und solchen der Bundesrepublik zu unterscheiden (vgl. Tempel 1997: 651). Städte und Gemeinden der DDR hätten bereits früh Städtepartnerschaften nach Mittel- und Osteuropa geschlossen, und diese seien vielfach von den Staatsregierungen auch erzwungen worden. Sie hätten aber häufig nach der Systemwende Ende der 1980er-Jahre keinen Bestand mehr gehabt (vgl. ebd.: 652).

Entspannungspolitik in den 1970er-Jahren als wesentliche Voraussetzung für die Gründung von entsprechenden Städtepartnerschaften, wie zum Beispiel Ernst Georg Mayer und andere (vgl. Mayer 1986: 6; Wagner 1995: 29; Wimmer 1989: 24f.). Während in der BRD politisch links orientierte Stimmen eindringlich die Aufnahme entsprechender Städtepartnerschaften beschworen und sie als gute Möglichkeit ansahen, die „Feindbildpropaganda“ (Vogel/Munier 1987: 24) des Ost-West-Konflikts zu überwinden, wie etwa die Kommunalpolitiker Gerald Munier und Ralph-Günther Vogel im Blatt „Alternative Kommunalpolitik“ schrieben, blieben sie führenden konservativen deutschen Politikerinnen und Politikern jedoch bis in die späten 1980er-Jahre hinein suspekt. Das Auswärtige Amt riet noch 1988 in einer Informationsbroschüre dazu, bei der Aufnahme städtepartnerschaftlicher Beziehungen nach Mittel- und Osteuropa auf politisch verfängliche Passagen in den Städtepartnerschaftsvereinbarungen zu achten: „Die östliche Seite neigt dazu, derartige Erklärungen für ihre eigenen außenpolitischen Ziele einzusetzen; daher ist hier Enthaltensamkeit der Kommunen geboten.“ (Auswärtiges Amt 1988: 178)¹⁷⁰ Grund für solche Warnungen waren insbesondere auch Entwicklungen in den deutsch-polnischen städtepartnerschaftlichen Beziehungen.

Die Gründung der ersten offiziellen¹⁷¹ deutsch-polnischen Städtepartnerschaft zwischen den beiden Hansestädten Bremen und Danzig im Jahr 1976 war – so Beate Wagner – eine Folge insbesondere der spezifischen deutsch-polnischen Annäherungspolitik (vgl. Wagner 1994: 113).^{172, 173, 174} Weitere Entwicklungen hätten sich aber zunächst schwierig gestaltet. Einer Umfrage des Deutschen Städtetags unter seinen Mitgliedern im Auftrag des Auswärtigen Amtes von 1977 zufolge, verliefen Kontakte mit mittel- und osteuropäischen Städten und Gemeinden zu dieser Zeit in der Bundesrepublik eher

¹⁷⁰ Beate Wagner betont dennoch den heterogenen Verlauf von Städtepartnerschaften nach Mittel- und Osteuropa und empfiehlt, diese einzeln zu betrachten (vgl. Wagner 1994: 111).

¹⁷¹ Es habe auch während der Zeit des „Eisernen Vorhangs“ vereinzelte persönliche Kontakte zwischen deutschen und polnischen Städten und Gemeinden gegeben, beispielsweise zwischen Vertriebenen in ihre alten Herkunftsstädte oder die ihrer Eltern oder zwischen christlichen Kirchengemeinden, wie Sybille Tempel herausarbeitet (vgl. Tempel 1997: 653).

¹⁷² Wagner nennt hier neben z.B. den Konferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) den erstmaligen Besuch von Edward Gierek, dem Chef der damals regierenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), auf Polnisch Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (PZPR), in Bonn 1976 (vgl. Wagner 1994: 113).

¹⁷³ Sybille Tempel bewertet darüber hinaus auch einen Briefwechsel der polnischen Bischöfe mit ihren deutschen Kollegen zum Thema Versöhnung im Jahr 1965 als wichtige gesellschaftliche Vorbedingung einer verstärkten wechselseitigen deutsch-polnischen Kontaktaufnahme (vgl. Tempel 1997: 653).

¹⁷⁴ Unter den ersten deutsch-polnischen Städtepartnerschaften waren überdies die Städtepartnerschaften zwischen Göttingen und Thorn (1978), Nürnberg und Krakau (1979), Hannover und Posen (1979) und Kiel und Gdingen (1985) (vgl. Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung 1986: 26).

einseitig und offiziell, und waren zusätzlich durch die Problematik unterschiedlicher Sprachen, Währungseinheiten und Mobilitätsmöglichkeiten erschwert (vgl. Fiedler 1978: 37f.).¹⁷⁵ Hinzu kamen laut dem RGE in den deutsch-polnischen städtepartnerschaftlichen Beziehungen ernsthafte innenpolitische und diplomatische Verstimmungen, die daraus resultierten, dass polnische Politikerinnen und Politiker außenpolitische Vereinbarungen zum Bestandteil von Städtepartnerschaftsvereinbarungen zu machen versucht hätten (vgl. RGE, Deutsche Sektion 1979: 72). Konkret waren damit die sogenannten „Wohlverhaltensklauseln“ (Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung 1986: 26) gemeint, die polnische Politikerinnen und Politiker in den Einleitungen (Präambeln) von Städtepartnerschaftsvereinbarungen hätten verankert haben wollen und damit – so fassten es jedenfalls führende konservative deutsche Politikerinnen und Politiker auf – eine radikale Auslegung von unter anderem Inhalten des Warschauer Vertrags über die Kommunen einzulösen versucht hätten (vgl. ebd.: 27; RGE, Deutsche Sektion 1979: 72). Deutsche Politikerinnen und Politiker¹⁷⁶ sahen laut Wagner dahinter eine verdeckte außenpolitische Strategie der Regierung der Volksrepublik Polen, die im Warschauer Vertrag genannte Oder-Neiße-Linie unmittelbar als fixe Grundlage für den Verlauf der polnischen Westgrenze festzuschreiben (vgl. Wagner 1995: 92f.). Außerdem fürchteten sie – nach Ansicht des Slavisten, Historikers und Journalisten Johannes Grotzky –, Polen könne versuchen, so auf Basis entsprechender Formulierungen gegen anders lautende Forderungen von beispielsweise Vertriebenenverbänden vorzugehen und sich damit in innenpolitische Angelegenheiten einzumischen (vgl. Grotzky 1980: 1317). Aus diesen Gründen hätten entsprechende Formulierungen in den Städtepartnerschaftsvereinbarungen in der Bundesrepublik Deutschland zu kommunal- und verfassungsrechtlichen Beschwerden geführt (vgl. Wagner 1995: 96) – und auch zu zahlreichen juristischen und rechtswissenschaftlichen Auseinandersetzungen über die gesetzmäßigen Kompetenzen von Kommunen, wie bereits im 2. Kapitel aufgezeigt. Die betroffenen deutschen Kommunen hätten den Wortlaut jedoch stets verteidigt und seien nicht davon abgerückt (vgl. ebd. 1994: 114).^{177, 178}

¹⁷⁵ Der Kommunalpolitiker Klaus Peter Fiedler postuliert daher in einer späteren Veröffentlichung für Städtepartnerschaften mit Mittel- und Osteuropa auch einen anderen, unterstützenden Städtepartnerschaftsbegriff als für vergleichbare westeuropäische Pendanten (vgl. Fiedler 1980: 676).

¹⁷⁶ Der polnische Völkerrechtler Ludwik Gelberg beschreibt diese als revisionistische „Gegner des Warschauer Vertrags (...) und der Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung“ (Gelberg 1980: 189).

¹⁷⁷ Wagner wertet dies als Indiz für eine gewisse Eigenständigkeit der Kommunen gegenüber Staatsregierungen (vgl. Wagner 1995: 347), anders als eine Instrumentalisierung von

Nach diesen problematischen und stockenden Anfängen entwickelten sich Städtepartnerschaften zwischen deutschen und polnischen Städten und Gemeinden, Veröffentlichungen in „Europa kommunal“ folgend, bis 1989 positiv weiter und erfuhren nach 1990 einen rasanten Zuwachs (vgl. Gebauer/Lwowski 1996: 19). Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, zum Beispiel die Politikwissenschaftlerin Sybille Tempel, machen dafür insbesondere auch Abschluss und Folgen des Deutsch-polnischen Grenzvertrags und des Deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags verantwortlich wie die daraus resultierenden Gründungen staatsgrenzenübergreifend agierender Organisationen und deren Engagement (vgl. Tempel 1997: 654). Die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit (SdpZ)¹⁷⁹ beispielsweise, mit Büros in Warschau und Berlin, fördert seit 1991/1992 bilaterale Projekte (vgl. RGRE, Deutsche Sektion 1992b: 61; SdpZ Online 2017). Das Deutsch-Polnische Jugendwerk¹⁸⁰, mit Sitz in Potsdam und Warschau, bezuschusst von Beginn des Jahres 1993 an Zusammenreffen und gemeinsame Vorhaben im Schüler- und Jugendbereich (vgl. DPJW Online 2017; RGRE, Deutsche Sektion 1993d: 36). Mit der erstmaligen Ausrichtung einer deutsch-polnischen Städtepartnerschaftstagung im Oktober 1992 fand auch der inhaltliche, thematische kommunalpolitische Austausch zwischen Deutschland und Polen eine Plattform (vgl. ebd. 1992a: 291). Durch die Gründung des Deutsch-Polnischen Ausschusses innerhalb der deutschen Sektion des RGRE 1996, die laut „Europa kommunal“ zusammen mit dem Polnischen Städteverband¹⁸¹ beschlossen wurde (vgl. Lwowski 1996b: 49), institutionalisierte sich der Länderschwerpunkt auch innerverbandlich. Der 1996 in der deutsch-polnischen Grenzstadt Görlitz/Zgorzelec erstmals abgehaltene Deutsch-Polnische Partnerschaftskongress sollte laut seinen Protagonisten symbolisch und tatsächlich zentrale Koordinierungsinstanz gemeinsamer Aktionen werden und diese in Schwung halten (vgl. ebd. 1996a: 302).¹⁸²

Städtepartnerschaften von polnischer Seite (vgl. ebd.: 107). Eine zentralstaatliche Kontrolle aller Kommunalbeziehungen bescheinigt auch Marek Furmankiewicz (vgl. Furmankiewicz 2005: 146; 148).

¹⁷⁸ Besonders zugespitzt habe sich die Problematik in der Städtepartnerschaft zwischen Nürnberg und Krakau, die zwischenzeitlich von polnischer Seite auch aufgekündigt worden sei (vgl. Blumenwitz 1980: 48). Beater Wagner (vgl. Wagner 1995: 97ff.) und Johannes Grotzky (vgl. Grotzky 1980: 1318ff.) beschreiben diesen Konflikt detailliert.

¹⁷⁹ Auf Polnisch heißt sie Fundacja Współpracy Polsko-Niemieckiej (FWPN) (vgl. SdpZ Online 2017).

¹⁸⁰ Auf Polnisch ist sein Name Polsko-Niemiecka Współpraca Młodzieży (PNWM) (vgl. DPJW Online 2017).

¹⁸¹ Auf Polnisch heißt der Verband Związek Miast Polskich (ZMP). Sein englischer Name ist Association of Polish Cities (APC) (vgl. ZMP Online 2017).

¹⁸² Auch Sybille Tempel hat die Entwicklung, wenn auch nur bis 1996, skizziert (vgl. Tempel 1997).

Kommunalzeitungen proklamierten in dieser Zeit aber auch veränderte inhaltliche Akzentsetzungen deutsch-polnischer Städtepartnerschaften. Wurde Anfang der 1980er-Jahre noch zu alltäglich unterstützenden, sachlichen Hilfeleistungen für Polinnen und Polen aufgerufen (vgl. RGE, Deutsche Sektion 1982: 35) oder in Bezug auf Mittel- und Osteuropa insgesamt zu versöhnenden Aktivitäten (vgl. Hofmann 1984: 72), gab es Ende der 1980er auch andere Schwerpunktsetzungen. So nannten das Präsidium und der Hauptausschuss der deutschen Sektion des Rats der Gemeinden und Regionen Europas zur Zeit der Systemwende Unterstützung bei der politischen Transformation in Mittel- und Osteuropa (vgl. RGRE, Deutsche Sektion 1989: 12) und das Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Mithilfe beim „Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung“ (Mombaur 1991: 50) als wesentliche Ziele einer Zusammenarbeit. Dies beschreibt auch der polnische Raumplaner Marek Furmankiewicz (vgl. Furmankiewicz 2005: 146). Immer wieder wurde dabei jedoch auch an einen friedenserhaltenden Aspekt von Städtepartnerschaften erinnert (vgl. von Lennep 1992: 3).

1997 kam es dann zur Katastrophenhilfe im Zuge eines verheerenden Hochwassers des deutsch-polnischen Grenzflusses Oder (vgl. Baltsch 1997: 251). In den 2000er-Jahren schienen auch in Bezug auf Städtepartnerschaften nach Polen Vorbereitungen des Beitritts zur Europäischen Union in den zentralen Blick geraten zu sein (vgl. ebd. 2000: 8; Leitermann 2001b: 173), ebenso wie Technologie- und Wissenstransfer (vgl. Olbrycht 2004: 89). Entsprechende Maßnahmen wurden auch von der im 3. Kapitel bereits erwähnten „Heranführungsunterstützung“¹⁸³ der Europäischen Kommission für die EU-Beitrittskandidaten in Mittel- und Osteuropas und von dem im Zusammenhang mit diesem „Twinning“ (Europäische Kommission/Europäischer Rechnungshof 2003: 22; Europäische Kommission, Generaldirektion Erweiterung 2006) eingesetzten Verwaltungspersonal mit befördert. Eine verstärkte Aktivität und Nachfrage von kommunalen Beraterinnen und Beratern aus westlichen europäischen Ländern bestätigen auch Umfragen unter polnischen, tschechischen und slowakischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, wie sie beispielsweise die norwegischen, slowakischen und polnischen Sozial- und Politikwissenschaftler Harald Baldersheim, Jan Bucek und Paweł Swianiewicz durchgeführt haben (vgl. Baldersheim/Bucek/Swianiewicz 2002: 132).

¹⁸³ Siehe Fußnote 138.

Mitte 2017 verzeichnet die Datenbank der deutschen Sektion des RGRE 437 Städtepartnerschaften zwischen deutschen und polnischen Städten, Gemeinden und Kreisen (587, wenn zusätzlich die „Städtefreundschaften“ und „Städtekontakte“ hinzugezählt werden). Nordrhein-Westfalen hält davon 84 (105), das Ruhrgebiet 25 (27) (vgl. RGRE, Deutsche Sektion Online 2017b). Sie wurden alle – laut der Datenbank – zwischen 1989 und 2015, also innerhalb der vergangenen 28 Jahre, gegründet. Einigen ruhrgebiets-polnischen Städtepartnerschaften gingen allerdings sogenannte Patenschaften voraus, die Ruhrgebietskommunen zum Beispiel einst für Deutsche übernommen hatten, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus Polen vertrieben worden waren. Auf Ruhrgebietsseite sind es überwiegend mittelgroße Städte¹⁸⁴, die Städtepartnerschaften mit polnischen Städten haben. Gelsenkirchen und Mülheim dürften die größten Städte sein. Bochum hat interessanterweise keine Städtepartnerschaft nach Polen, obwohl es, wie unter 4.2.1 geschrieben, als Zentrum der Ruhrpolen gelte (vgl. Peters-Schildgen 2007: 17). Auf polnischer Seite sind ebenfalls vor allem Mittelstädte mit Ruhrgebietsstädten verbunden. Die bekanntesten sind die Partnerstädte von Gelsenkirchen und Mülheim, das in Ermland-Masuren gelegene Allenstein und das oberschlesische Oppeln (vgl. RGRE, Deutsche Sektion Online 2017b), beide durch eine starke deutsche Minderheit gekennzeichnet.

4.3.2 Deutsch-türkische Städtepartnerschaften: Nicht gefördert, EU-europäisiert, wenig institutionalisiert

Deutsche Städtepartnerschaften mit süd-osteuropäischen Städten und Gemeinden standen zunächst eher nicht auf der Agenda. Laut der Datenbank der kommunalen Partnerschaften der deutschen Sektion des RGRE wurden die ersten Städtepartnerschaften zwischen deutschen Städten und Gemeinden und türkischen bereits Mitte der 1960er-Jahre geknüpft (vgl. RGRE, Deutsche Sektion Online 2017b). Die Datenbank hat hier als ältesten Eintrag das rheinland-pfälzische Betzdorf und das westtürkische Denizli 1966 (vgl. ebd.).¹⁸⁵ Über die anfängliche Entwicklung dieser

¹⁸⁴ Mit „mittelgroße Stadt“ oder auch „Mittelstadt“ werden hier Städte zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern bezeichnet. „Große Stadt“ oder „Großstadt“ meint Städte mit darüber liegenden, „kleine Stadt“ oder „Kleinstadt“ solche mit darunter liegenden Einwohnerzahlen. Diese Bezeichnung und etwaige Abstufungen folgen einer Klassifizierung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (vgl. BBSR Online 2017).

¹⁸⁵ Weitere früh gegründete waren Böblingen und Bergama (1967), Bonn und Yalova (1969) und Darmstadt und Bursa (1971) (vgl. RGRE, Deutsche Sektion Online 2017b). Bursa hat die Städtepartnerschaft mit Darmstadt laut einem Artikel der Frankfurter Rundschau (FR) im Frühjahr 2017 unterbrochen (vgl. FR Online 2017). Darauf sowie auf jüngere Entwicklungen werde ich auch im Nachwort dieser Arbeit zu sprechen kommen.

Städtepartnerschaften ist wenig bekannt. In „Europa kommunal“ wies der damalige Vizepräsident der deutschen Sektion des RGE, Hermann Schmitt-Vockenhausen, 1978 auf zunehmende Gesuche türkischer Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertreter nach Städtepartnerschaften mit einer deutschen Stadt oder Gemeinde hin (vgl. Schmitt-Vockenhausen 1978: 58). Dabei nannte er touristische Beweggründe auf türkischer Seite und versuchte, mit Argumenten, die die Möglichkeit eines besseren gegenseitigen Verständnisses priesen, auch das Interesse deutscher Städte und Gemeinden, insbesondere solcher mit einem hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten, an entsprechenden Städtepartnerschaften zu wecken (vgl. ebd.). Bis 1990 kam es – nach den Auskünften der RGRE-Datenbank – jedoch gerade einmal zu vier weiteren offiziellen Gründungen (vgl. RGRE, Deutsche Sektion Online 2017b). Es folgten weitere Ermutigungs- und Sondierungsversuche von Verbandsseite (vgl. RGRE, Deutsche Sektion 1993c: 207). In den 1990er-Jahren versechsfachte sich laut Datenbank dann die Anzahl von Städtepartnerschaften zwischen deutschen und türkischen Städten und Gemeinden (vgl. RGRE, Deutsche Sektion Online 2017b). Die meisten der derzeit bestehenden Städtepartnerschaften entstanden aber erst nach der Jahrtausendwende (vgl. ebd.). Den vorläufigen Höhepunkt auch einer Institutionalisierung von deutsch-türkischen Städtepartnerschaften bildete eine kommunale Tagung dazu in Nürnberg im Jahr 2011, organisiert von der deutschen Sektion des RGRE und der Heinrich-Böll-Stiftung, um einen Überblick zu erhalten und sich auszutauschen (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung/RGRE, Deutsche Sektion 2011).

Inhaltlich lässt sich an den Veröffentlichungen in „Europa kommunal“ ein zunächst auf Toleranzförderung und Vorurteilsabbau in der eigenen Bevölkerung setzendes Gründungsinteresse erkennen (vgl. RGE, Deutsche Sektion 1983: 109; Schmitt-Vockenhausen 1978: 58). Es folgten Einträge, in denen eine Problematik aufgrund des bestehenden Wohlstandsgefälles zwischen den Ländern Deutschland und der Türkei zum Ausdruck kam (vgl. RGRE, Deutsche Sektion 1993b: 256). Kritische politisch links orientierte Stimmen richteten sich zwischenzeitlich auch gegen eine vorschnelle Aufnahme entsprechender städtepartnerschaftlicher Kontakte wegen des Umgangs der türkischen Regierung mit der kurdischen Minderheit (vgl. ebd. 1995: 132). Ausländerfeindliche Übergriffe in Deutschland – insbesondere auf Migrantinnen und Migranten und Asylbewerberinnen und Asylbewerber – schienen weitere Gründungen dieser Städtepartnerschaften trotz eines ähnlich lautenden Aufrufs (vgl. Spengler 2000)

nicht befördert zu haben. Aber der angestrebte Beitritt der Türkei zur Europäischen Union, eine Unterstützung dieses Vorhabens durch kommunalen Erfahrungsaustausch und eine Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel im Rahmen der EU-Heranhilfsförderung hatten zahlreiche bejahende Beiträge in „Europa kommunal“ zur Folge (vgl. Hoffschulte 2005: 30ff.; RGRE, Deutsche Sektion 2007b: 148; Wolz 2003: 225) und könnten möglicherweise ein Grund für die stärkere Zunahme deutsch-türkischer Städtepartnerschaften seit den 2000er-Jahren gewesen sein. Hierzu wäre eine vertiefende eigene Forschung vonnöten. Im Jahr 2013 lobte der türkische Staat zusammen mit dem türkischen Kommunalverband Türkiye Belediyeler Birliği¹⁸⁶ und der türkischen Großstadt Istanbul eine Förderung für Städtepartnerschaften Istanbul Statteile aus, die einer EU-Europäisierung der Metropole dienen sollten (vgl. RGRE, Deutsche Sektion Online 2013). Eine eigene Organisation, die deutsch-türkische Städtepartnerschaften fördert, gibt es bisher nicht.

Mitte 2017 verzeichnet die Datenbank der deutschen Sektion des RGRE 67 Städtepartnerschaften zwischen deutschen und türkischen Städten, Gemeinden und Kreisen (96, wenn die „Städtefreundschaften“ und „Städtekontakte“ hinzugezählt werden). Nordrhein-Westfalen hält davon 23 (35), das Ruhrgebiet 14 (20) (vgl. ebd. 2017b). Gegründet wurden diese zwischen 1993 und 2014, der überwiegende Teil davon in den 2000er-Jahren. Seitens des Ruhrgebiets unterhalten auch zahlreiche Großstädte wie Duisburg und Dortmund Städtepartnerschaften in die Türkei. Auch von türkischer Seite sind eher größere und bekanntere Städte darunter, wie beispielsweise die nahe der syrischen Grenze liegende Millionenstadt Gaziantep, Beykoz, ein sich auf der asiatischen Seite befindender Stadtteil von Istanbul, oder der am Mittelmeer gelegene populäre Badeort Alanya (vgl. ebd.).

4.3.3 Zwischenfazit

Städtepartnerschaftliche Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Städten und Gemeinden sind in der Vergangenheit immer wieder politisch herausgefordert und weiterentwickelt worden. Dabei werden sie sowohl an neuen politischen Aufgaben und Zielen, unter anderem in Bezug auf die Europäische Union, als auch an einstigen friedenssichernden, europäisch-zusammenhaltstiftenden städtepartnerschaftlichen Prinzipien ausgerichtet. Deutsch-polnische Städtepartnerschaften weisen zudem einen

¹⁸⁶ Sein englischer Name lautet Union of Municipalities of Turkey (UMT).

hohen Grad an Förderung und Institutionalisierung zum Beispiel in Verbänden und Organisationen auf. Städtepartnerschaftliche Beziehungen zwischen deutschen und türkischen Städten und Gemeinden scheinen auf der einen Seite einstigen städtepartnerschaftlichen Prinzipien zu folgen wie dem der „Völkerverständigung“, werden auf der anderen Seite aber auch auf die eigene Stadtbevölkerung bezogen. Sie werden mit Wohlstandsunterschieden in Verbindung gebracht, und es wird auf unterschiedliche (materielle, immaterielle) Interessen hingewiesen. Die EU-Heranzüchtungsförderung scheint Einfluss auf die Gründung deutsch-türkischer Städtepartnerschaften ausgeübt zu haben. Städtepartnerschaften zwischen deutschen und türkischen Städten und Gemeinden sind im Zeitraum der Feldforschung noch wenig institutionalisiert. Es wird im Folgenden spannend sein, zu beobachten, inwiefern sich diese ersten Beobachtungen in den ruhrgebiets-polnischen beziehungsweise ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften widerspiegeln.

5. Begründung – Völkerverständigung und europäische Integration revisited

Dieses Kapitel und die folgenden setzen sich intensiv mit empirisch-ethnografischen Beobachtungen des gegenwärtigen Wandels des Nachkriegsformats Städtepartnerschaften am Beispiel von ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften auseinander. Im Zentrum steht dabei das zentrale Interesse dieser Arbeit: *wie* sich dieser Wandel vollzieht, welche Folgen dies hat und wie verschiedene Akteure ein historisch etabliertes Format gegenwartsfähig machen. Wie in der Einleitung ausführlich beschrieben, gehe ich dem hier mit Hilfe des Assemblage-Konzepts beziehungsweise des *assembling*-Ansatzes und des Formatgedankens nach. Das heißt, ich konzentriere mich im Folgenden vor allen Dingen auf das *assembling* einzelner städtepartnerschaftlicher Akteure. Ich schaue mir an, welche Entwicklungen und Diskurse sie im Zeitraum der Feldforschung in Städtepartnerschaften hineinarbeiten, wie sie Städtepartnerschaften oder Elemente von Städtepartnerschaften mit übergreifenden Entwicklungen und Prozessen verknüpfen und sie dabei verändern sowie welche Konsequenzen das hat. So habe ich den *assembling*-Ansatz zuvor als akteurszentrierte praxisorientierte Erweiterung des Assemblage-Konzepts definiert. Auch achte ich darauf, wie Europa dabei verhandelt wird.

Bei alledem stehen einzelne Momentaufnahmen von Wandelsprozessen und Wandlungspraktiken im Mittelpunkt der Betrachtungen. Diese strukturieren diese Arbeit ebenso wie einschlägige Prozesse und städtepartnerschaftliche Aktivitäten, auf die sie verweisen. Sie sind dann auch Aufhänger für die einzelnen Abschnitte und die nächsten Kapitel. Da es sich bei den Aktivitäten – Begründung, Austausch und Begegnung –, auf die hier immer wieder angespielt wird, um wesentliche Elemente von Städtepartnerschaften handelt, lässt sich so am Ende auch insgesamt verfolgen, wie sich das Format Städtepartnerschaften verändert beziehungsweise wie es derzeit ausgerichtet wird. Bei allen Betrachtungen schließe ich an meine Ausgangsbeobachtungen an, dass Städtepartnerschaften und ihre Elemente derzeit nicht abgeschafft, ersetzt oder ergänzt, sondern erhalten und umgewandelt werden. Meine Beobachtungen beziehen sich

hauptsächlich auf Forschungsdaten, die ich in den Jahren von 2007 bis 2012 gesammelt habe.

Im vorangegangenen Kapitel wurden die spezifischen Gemengelagen der Länder und Regionen der hier betrachteten gegenwärtigen Städtepartnerschaften und ihre politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen, die auch in Bezug auf entsprechende Städtepartnerschaften eine Rolle spielen, näher beleuchtet. Dieses Kapitel geht noch etwas genauer auf die Besonderheiten der hier in Augenschein genommenen Städte des Ruhrgebiets, Polens und der Türkei ein. Es werden Wandlungsprozesse und Wandlungspraktiken entlang von Begründungen, Finanzierungsmöglichkeiten und Akteuren gegenwärtiger Städtepartnerschaften betrachtet. Diese Aspekte werden im Feld staatsgrenzenübergreifend als besonders grundlegend für Städtepartnerschaften hervorgehoben und sind gliederungstechnisch daher auch einzelnen Länderperspektiven übergeordnet.

Das Kapitel wird sich zunächst an Interviewaussagen kommunaler städtepartnerschaftlicher Akteure, später auch an solchen von zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern und Einzelpersonen orientieren und deren Gründe für eine Aufnahme entsprechender Städtepartnerschaften oder eines entsprechenden Engagements wiedergeben. Auch wird es genauer auf den Umgang mit städtepartnerschaftlichen Förderprogrammen insbesondere der Europäischen Kommission und städtepartnerschaftliche Akteure selbst eingehen: Wer macht derzeit die Städtepartnerschaften der einzelnen Städte? Was zeichnet die Personen aus? Die Betrachtung von Städten und Städtepartnerschaften aus Ruhrgebietsperspektive fällt dabei, wie bereits beschrieben, etwas detaillierter aus als die der polnischen und türkischen Gegenstücke. Hier liegt mehr Material vor, da ich zunächst eine breitere Herangehensweise gewählt und mit verschiedenen Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertretern des Ruhrgebiets gesprochen habe, bevor ich, bezogen auf nur drei Städtepartnerschaften des Ruhrgebiets, nämlich die von Erststadt, Zweitstadt und Drittstadt, auch intensive und sich über einen längeren Zeitraum erstreckende teilnehmende Beobachtung durchgeführt und ebenso die entsprechenden polnischen und türkischen Partnerstädte, Miasto und Şehir, mit einbezogen habe. Die Darstellung wird also auch etwas breiter beginnen und dann immer mehr auf dicht beschriebene

Zusammenhänge einzelner weniger gegenwärtiger Städtepartnerschaften und deren Wandel eingehen.

5.1 Eine erste Ortsbestimmung von Städtepartnerschaften in den Kommunen

Im Grunde genommen kam ich schon vor dem Beginn meiner eigentlichen Feldforschung mit dem gegenwärtigen Wandel von Städtepartnerschaften in Berührung, nämlich bei der Frage, wo in den Kommunen man entsprechende Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner findet. Geht man davon aus, dass es sich um eine Repräsentationsaufgabe oder die Pflege von staatsgrenzenübergreifenden Beziehungen handelt, würde man sie am ehesten im Umfeld des Oberbürgermeisters oder der Oberbürgermeisterin vermuten.

Auf zahlreiche Städtepartnerschaften des Ruhrgebiets traf dies auch zu. Aber ich fand verantwortliche Personen auch in anderen Ressorts von Ruhrgebietskommunen, etwa im Bereich Zentrale Verwaltungsdienste oder in den Fachbereichen Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing, wo man sie nicht unbedingt suchen würde. Darüber hinaus ließen sich kommunale Akteure, die zusätzlich zu den eigentlichen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Ruhrgebietskommunen an gegenwärtigen Städtepartnerschaften mitwirkten, noch in weitaus vielfältigeren Arbeitsbereichen von Kommunalverwaltungen antreffen. Hier war vor allen Dingen bei den näher betrachteten ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften zum Teil noch eine ganze Reihe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auch Führungspersonen, aus den kommunalen Sozial- und Integrationsämtern, Kinder- und Jugendämtern, EU- Informationsbüros und den Stadträten beteiligt. In keinem Fall waren Städtepartnerschaften die einzige Aufgabe der kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ruhrgebietskommunen. Vielmehr waren sie stets auch mit anderen Angelegenheiten betraut und arbeiteten häufig sogar nur mit weniger als der Hälfte ihres Stundenkontingents oder unregelmäßig an den Städtepartnerschaften ihrer Stadt.

In der polnischen Kommune fand ich die entsprechenden Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Abteilung Bildung, Kultur, Sport, in der türkischen in zentraler Position, beziehungsweise gab es hier aufgrund noch keine speziell mit dieser Funktion beauftragte Person, weil gerade erst Neuwahlen stattgefunden hatten. Die Aufgabe

übernahm erst einmal der Oberbürgermeister selbst. In der polnischen Kommune waren im Zeitraum der Feldforschung – mit Ausnahme des ehemaligen Verantwortlichen – keine weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen kommunalen Bereichen an der städtepartnerschaftlichen Arbeit beteiligt. Im Fall der türkischen waren es – den Interviewaussagen kommunaler Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ruhrgebietskommune zufolge – zuvor auch Personen aus dem Bereich Stadtentwicklung gewesen, die sich für die Zusammenarbeit interessierten.

Städtepartnerschaften werden also vor allen Dingen in den Ruhrgebietskommunen höchst unterschiedlichen kommunalen Aufgabenbereichen beigeordnet und stehen damit, so scheint es mir, eher im Zentrum als am Rande derzeitiger kommunaler Entwicklungen.¹⁸⁷

5.2 (Be-)Gründungsmotive und (Be-)Gründungsprozesse

5.2.1 Nationale Außen- und Symbolpolitik

5.2.1.1 „Der erste Schritt Richtung Osten“

Die Interviews, die zu den ersten in diesem Abschnitt getroffenen Aussagen führten, fanden nahezu alle in den Amtsräumen von kommunalen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern für Städtepartnerschaften, sogenannten Städtepartnerschaftsbeauftragten, des Ruhrgebiets statt. Für die Interviews vereinbarte ich im Vorfeld Termine, die zwar meist schnell und zeitnah zugesagt wurden, den Interviewten aber auch eine gewisse Vorbereitungszeit ließen. Manche kommunalen Interviewpartnerinnen und Interviewpartner wollten meine Fragen im Vorfeld zugeschickt bekommen, wobei ich stets nur sehr grob und allgemein mein Forschungsinteresse umschrieb (derzeitige Ausrichtung, ruhrgebiets-polnischer, ruhrgebiets-türkischer Schwerpunkt, Europa). Die Bereitschaft, mit mir über die derzeitige städtepartnerschaftliche Arbeit und Entwicklung zu sprechen, war in der Regel groß. Die Interviews dauerten meist ungefähr eine Stunde. Manchmal saßen mehrere kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Städtepartnerschaften involviert waren, am Interviewtisch. Häufig fanden die Gespräche in der regulären

¹⁸⁷ Ich schreibe meine Feldbeobachtungen im Präteritum, meine Interpretationen und Analysen im Präsens. Damit will ich nicht etwa eine Kluft der Überlegenheit zwischen mir und meinem Forschungsfeld ziehen, sondern vielmehr dem Feld im Sinne des Assemblage-Konzepts eingestehen, dass es sich seit der Zeit der Durchführung der Feldforschung auch schon wieder verändert hat. Denn was ich hier abbilde, sind, wie geschrieben, Momentaufnahmen.

Arbeitszeit, das heißt auch während des normalen kommunalen Arbeitsbetriebs statt. Nicht jede Ansprechperson einer Ruhrgebietskommune hatte nur Städtepartnerschaften als Zuständigkeitsgebiet, das war eher die Ausnahme, sodass die Interviews immer wieder auch durch andere Pflichten oder Telefonanrufe unterbrochen wurden. Bereits hier kam ich zum ersten Mal auch in Kontakt mit gegenwärtigen städtepartnerschaftlichen Arbeitsbedingungen und ihrem Wandel.

Auf meine Frage nach den Gründen für eine Aufnahme von Städtepartnerschaften nach Polen, was zum Teil bereits mehr als 15 Jahre zurücklag, erhielt ich häufig folgende oder ähnlich lautende Antwort von den Städtepartnerschaftsbeauftragten des Ruhrgebiets: „Der Schritt nach [polnische Partnerstadt] war ja der erste Schritt Richtung Osten.“ (SP4_1, 7.12.2007) So formulierte es der Städtepartnerschaftsbeauftragte einer mittelgroßen, aber etwas ländlichen und entlegenen Stadt des nördlichen Ruhrgebiets. Die Stadt hatte neben der polnischen auch noch eine französische und eine britische Partnerstadt sowie einige lose Verbindungen zu weiteren Städten. Der Kontakt zu der spezifischen polnischen Stadt sei über die französische Partnerstadt zustande gekommen, mit der die polnische Stadt ebenfalls verschwistert sei. Den ersten Impuls habe der polnische Oberbürgermeister gegeben (vgl. ebd.). „[N]ach dem Fall der Mauer (...), also nach 1990, ist der Wunsch aufgekommen, dass man auch ne Partnerschaft mit einer osteuropäischen Stadt aufnimmt, (...) um diesen Gedanken des Näherkommens und des Wegfalls der Mauer zu dokumentieren.“ (SP5_1, 12.12.2007) So lautete die Aussage eines anderen Städtepartnerschaftsbeauftragten einer größeren Ruhrgebietsstadt, Zweitstadt, die auch eine Städtepartnerschaft mit einer türkischen Stadt unterhielt, mit der ich mich noch eingehender beschäftigen werde. Der Städtepartnerschaft mit der polnischen Stadt seien mehrjährige Kontakte im Jugendbildungsbereich vorausgegangen; die Initiative zur Gründung habe schließlich die deutsche Kommunalverwaltung übernommen (vgl. ebd.). Ein weiterer kommunaler Interviewpartner nannte die Beweggründe seiner Großstadt, Drittstadt, für eine Städtepartnerschaft nach Polen eine „Modeerscheinung“ (SP11_1, 22.2.2008) und ein „Symbol“ (ebd.). Auch diese Stadt des Ruhrgebiets hatte mehrere Städtepartnerschaften, darunter auch eine ruhrgebiets-polnische und eine ruhrgebiets-türkische, die ich hier auch immer wieder heranziehen werde. Die Gründung der Städtepartnerschaft mit der polnischen Stadt sei auf Ruhrgebietsinitiative hin und nach mehrjährigen zähen Sondierungsgesprächen mit der damals noch kommunistischen

polnischen Kommunalverwaltung erfolgt. Ein Problem sei die Bezeichnung der Partnerstadt in den offiziellen Verträgen gewesen, nämlich ob man sie mit dem polnischen oder dem deutschen Namen versehe. In der Ruhrgebietsstadt lebten zahlreiche deutsche ehemalige Bürgerinnen und Bürger der polnischen Stadt (vgl. ebd.). Ein vierter Städtepartnerschaftsbeauftragter äußerte im Interview, die Entscheidung für eine Städtepartnerschaft mit einer polnischen Stadt habe „vor dem Hintergrund der Geschichte“ (ExII_1, Oktober 2007) stattgefunden. Die Aufnahme einer Städtepartnerschaft mit einer polnischen Stadt seiner mittelgroßen nördlichen Ruhrgebietsstadt sei auf kommunalpolitische Initiative hin erfolgt. Die ausgewählte polnische Stadt sei ebenfalls eine ehemalige Bergbaustadt und eine Empfehlung eines ortsansässigen Wirtschaftsunternehmens und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen gewesen (vgl. ebd.).

Diese Städtepartnerschaften nach Polen sind den Aussagen kommunaler Verantwortlicher für Städtepartnerschaften zufolge also vor allem aus eher großpolitischen und externen Anlässen, auch aus politischen Zwängen, und mit einem hohen politischen, historischen und auch europäischen Sendungsbewusstsein gegründet worden. Nationale Außenpolitik, Symbolpolitik, Geschichte und Europa spielen hier eine maßgebliche Rolle. Mit der „osteuropäischen“ Städtepartnerschaft wurde das europäische Portfolio einer Stadt gemäß den entsprechenden politischen Entwicklungen ergänzt und erweitert.¹⁸⁸ Die Wahl der polnischen Partnerstadt war hierbei mitunter sogar beliebig. Manchmal ging eine längere Vorlaufzeit voraus, bevor es zur Gründung einer offiziellen Städtepartnerschaft kam.

5.2.1.2 „Für die Beziehung zwischen Deutschland und Polen“

Um eine polnische Perspektive zu erhalten, interviewte ich beispielhaft einen langjährigen, zu diesem Zeitpunkt gerade eine andere Aufgabe übernehmenden Städtepartnerschaftsbeauftragten einer mittelgroßen nordpolnischen Stadt, Miasto, auf die ich im nächsten Abschnitt noch weiter zu sprechen kommen werde. Er hatte ein umfangreiches Gedächtnis für die Geschichte der Städtepartnerschaft mit der

¹⁸⁸ In den Gesprächen erschien es mir, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, nicht so, als hätten diese Städte bereits vor 1989 Kontakt mit ihren späteren polnischen Partnerstädten gehabt. Diese Frage war bei mir aber auch nicht zentral. Wie bereits erwähnt, beschäftigen sich andere politikwissenschaftliche, aber auch historische Forschungen zu Städtepartnerschaften sehr stark damit, inwiefern nationale Außenpolitik auch von deutsch-polnischen Städtepartnerschaften unterstützt worden sei oder diese ihr sogar den Weg gebnet hätten, wie z.B. die von Beate Wagner (vgl. Wagner 1994; ebd. 1995).

entsprechenden Ruhrgebietsstadt und sprach sehr gut Deutsch. Das Gespräch fand in seinem kleinen, unter anderem auch mit städtepartnerschaftlichen Geschenken und Erinnerungsstücken vollgestopften Kellerbüro statt. Er nahm sich während seiner Arbeit sehr viel Zeit, um mit mir ausführlich über seine Erlebnisse und Erfahrungen aus seiner Zeit als Städtepartnerschaftsbeauftragter zu sprechen, und fragte auch danach noch einmal nach dem Fortschritt meiner Arbeit. Das Thema schien ihn wirklich zu interessieren (vgl. P7_1, 25.9.2008).

Auch dieser polnische Städtepartnerschaftsbeauftragte hob, wenn auch nicht direkt, als Aufnahmegrund eine eher nationale und übergreifende Bedeutung der Städtepartnerschaft mit der Ruhrgebietsstadt hervor, nämlich die Bewältigung der Geschehnisse im Zweiten Weltkrieg. Die deutsch-polnischen Städtepartnerschaften seien wichtig „besonders für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene, vielleicht auch für die Beziehung zwischen Deutschland und Polen, auch für die Leute, welche den Krieg überlebt haben“ (ebd.).

Diese Aussage betont noch etwas mehr als die der Städtepartnerschaftsbeauftragten des Ruhrgebiets einen hohen Stellenwert der deutsch- beziehungsweise ruhrgebiets-polnischen Städtepartnerschaften in den wechselseitigen Länderbeziehungen und zur Aufarbeitung von und Erinnerung an die Kriegsergebnisse. Mit diesem überwiegend außenpolitisch, historisch und bilateral ausgerichteten Fokus unterscheidet er sich deutlich von der Sichtweise und Herangehensweise seiner Nachfolgerin, auf deren Perspektive ich weiter unten noch eingehen werde.

5.2.1.3 *Erststadt und Miasto*

Im Zentrum der Betrachtung ruhrgebiets-polnischer Städtepartnerschaften steht in dieser Arbeit die Städtepartnerschaft zwischen Erststadt und Miasto. Diese sei, wie in verschiedenen Gesprächen immer wieder betont wurde, „durch Bewegungen von unten“ (ExI_1, 16.10.2007) entstanden.

Erststadt liegt im Ruhrgebiet und ist eine eher kleine Großstadt. Wie viele andere Ruhrgebietsstädte auch hatte sie mit den Folgen der niedergegangenen Montanindustrie zu kämpfen und suchte nach einem neuen Image und wirtschaftlichen Profil. Hierbei profitierte sie von der Ansiedlung einiger gut laufender Technologieunternehmen und

einer Hochschule sowie einer historisch vergleichsweise früh gegründeten Zeche, die sie nach Stilllegung im Zusammenhang mit der industriellen Geschichte des Ruhrgebiets auch erfolgreich touristisch vermarktete. Wie in anderen Ruhrgebietsstädten war die Bevölkerungszusammensetzung von Erststadt sehr heterogen. Die Kommune selbst gab an, dass dort Menschen aus über 100 Nationen lebten. Neben der Städtepartnerschaft nach Polen verfügte die Stadt über sieben weitere mit anderen Städten Europas sowie Mittelamerikas (vgl. SPM1)¹⁸⁹.

Die Städtepartnerschaft mit Miasto ging – nach einem ortsansässigen Chronisten – auf eine Patenschaft¹⁹⁰ der Ruhrgebietskommune für die nach 1945 aus der nordpolnischen Stadt vertriebenen Deutschen zurück (vgl. SPM2). Die mittelgroße polnische Stadt hatte im Verlauf ihrer Geschichte wechselnde Staatszugehörigkeiten. Sie gehörte von Beginn der Teilungen Polens bis zum Ende des Ersten Weltkriegs zu Preußen beziehungsweise Deutschland und war auch Schauplatz des deutschen Überfalls auf Polen im September 1939 und der folgenden Nazi-Gewaltherrschaft. Auf Stadtgebiet richteten die nationalsozialistischen Besatzer Lager für Kriegsgefangene und Polinnen und Polen ein und trieben zahlreiche polnische Bürgerinnen und Bürger zur Zwangsarbeit nach Zentralpolen und ins Deutsche Reich. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Deutsche aus der Stadt vertrieben, und sie erhielt wieder einen polnischen Namen (vgl. SPM3). Die Kommunalverwaltung von Erststadt hat es dem Chronisten zufolge den Vertriebenen und Flüchtlingen dann ermöglicht, sich in Erststadt niederzulassen, um dort eine zentrale Anlaufstelle zu haben. Die Kontakte der Deutschen zur polnischen Herkunftsstadt seien jedoch nicht abgerissen. Sie hätten einen Heimatverein gegründet, der die Beziehungen nach Polen auch über kommunistische Zeiten hinweg aufrechterhalten habe, und Bürgerinnen und Bürger sowie Initiativen der polnischen Stadt in dieser Zeit auch materiell unterstützt. Nachdem Vertreterinnen und Vertreter des Heimatvereins und die polnische Kommune nach dem Mauerfall zunächst einen Freundschaftsvertrag zwischen den beiden Kommunen erwirkt hätten, sei dieser Ende der 1990er-Jahre, als es nach der Systemwende politisch „opportun“ (ExI_1, 16.10.2007) gewesen sei, auch wieder zunächst auf Anfrage der polnischen Kommune,

¹⁸⁹ Der Anonymisierung der Städte halber sind auch die entsprechenden Informationsquellen anonymisiert. Sie sind nicht im Literaturverzeichnis enthalten, sind mir aber bekannt, protokolliert und liegen mir vor.

¹⁹⁰ Wie in den vorangehenden Kapiteln bereits beiläufig erwähnt, ist mit „Patenschaft“ die Eingliederung oder Unterstützung von nach dem Zweiten Weltkrieg aus Polen vertriebenen Deutschen seitens der entsprechenden deutschen Kommune gemeint.

in eine offizielle Städtepartnerschaft umgewandelt worden (vgl. SPM2). Daran sei neben dem engagierten Heimatvereinsvorsitzenden auch maßgeblich der damals amtierende charismatische Oberbürgermeister von Erststadt beteiligt gewesen (vgl. BSP5_1, 17.11.2008).¹⁹¹

Im Zeitraum der Feldforschung zeichnete sich Miasto vor allen Dingen durch eine strategisch günstige Verkehrslage auf dem Weg zwischen Zentralpolen und der Ostsee aus, die die Stadt auch wirtschaftlich zu nutzen versuchte. Deren Beschäftigungsquote war mittelmäßig. Außer der Städtepartnerschaft mit Erststadt unterhielt sie noch neun weitere Städtepartnerschaften. Einige davon teilte sie mit der deutschen Partnerstadt. Die jüngsten Städtepartnerschaften waren Mitte der 2000er-Jahre nach Lettland und in die Ukraine, also in die Nachbarländer gegründet worden (vgl. SPM3).

Die Städtepartnerschaft zwischen Erststadt und Miasto ist also auf Basis einer Vertriebenen-Patenschaft gegründet und dann in einer außenpolitisch passenden Zeit in eine Städtepartnerschaft umgewandelt worden. Sie hat eine lange, historisch nicht einfache Vorgeschichte. Diese ist – wie die deutsch-polnische Geschichte – Thema der derzeitigen städtepartnerschaftlichen Aktivitäten sowie auch kirchliche, sportliche, künstlerische und aktuelle Themen.

5.2.2 Kommunale Integrationspolitik

5.2.2.1 „Denn hier wohnen ja so viele Türken“

Die Gründe für eine Aufnahme von Städtepartnerschaften in die Türkei klangen in den Interviewaussagen entsprechender Städtepartnerschaftsbeauftragter des Ruhrgebiets etwas anders. Diese Städtepartnerschaften waren jüngeren Datums und vielfach erst in den der 2000er-Jahren gegründet worden: „Die eigenen Beweggründe waren eigentlich, [eine] türkische Partnerstadt würde uns gut stehen, denn hier wohnen ja so viele Türken und die Türken sind nach [Stadt] alle durch den Bergbau gekommen.“ (SP8_1, 25.1.2008) So beschrieb eine Städtepartnerschaftsbeauftragte die Entscheidung ihrer Kommune für eine türkische Partnerstadt. Sie schilderte die Aufnahme von Städtepartnerschaften der etwas abseits liegenden Mittelstadt des nördlichen Ruhrgebiets als einen zunächst langwierigen Prozess. Viele Jahre habe die Vorstellung

¹⁹¹ Nahezu identisch erzählten auch andere Interviewpartner von Erststadt und Miasto diese Geschichte, sodass man von einer gemeinsamen Version ausgehen kann (vgl. z.B. BSP5_1, 17.11.2008; P6_1, 25.9.2008).

geherrscht, „eine Bergarbeiterstadt braucht(e) so was nicht“ (ebd.). Die Gründung einer Städtepartnerschaft in die Türkei sei schließlich die Premiere gewesen und sei auf Initiative des Kulturdezernenten und vor allem eines türkischen Künstlers erfolgt, der von der Ruhrgebietsstadt in die Türkei zurückgekehrt sei. Der Abschluss sei dann rasend schnell vonstatten gegangen, als der türkische Künstler zusammen mit dem türkischen Oberbürgermeister in die Ruhrgebietsstadt gereist sei (vgl. ebd.). Auch andere Städtepartnerschaftsbeauftragte brachten ähnliche Argumente für eine türkische Partnerstadt vor: „[D]er größte Ausländeranteil in [Stadt] sind türkische Mitbürger und um da einfach auch eine Verbindung herzustellen“ (SP1_1, 27.11.2007), sagte eine andere Städtepartnerschaftsbeauftragte. Der Städtepartnerschaft ihrer mittelgroßen Ruhrgebietsstadt seien eine Schulfreundschaft und dann eine langjährige Schulpartnerschaft vorausgegangen, die über intensive Kontakte von und zu einer in die Türkei zurückgekehrten ehemaligen Mitschülerin entstanden sei. Den offiziellen Antrag zur Gründung einer Städtepartnerschaft habe schließlich der türkische Oberbürgermeister gestellt (vgl. ebd.). Der Städtepartnerschaftsbeauftragte der großen Ruhrgebietsstadt Drittstadt hob in vergleichbarem Tenor die Absichten seines Stadtoberhaupts hervor, „vor dem Hintergrund der starken türkischen Minderheit hier in der Stadt das vielleicht auch als Brücke zu sehen, die Integration hier in [Drittstadt] voranzutreiben“ (SP11_1, 22.2.2008). Die letztendliche Entscheidung seiner finanziell sich in einer schwierigen Situation befindenden Kommune für eine Städtepartnerschaft in die Türkei sei nach einem längeren Konsultationsprozess unter Einbeziehung von integrationspolitisch arbeitenden Einrichtungen, des Integrationsrats und von Bürgerinnen und Bürgern erfolgt sowie nach einem auch kritischen kommunalpolitischen Abstimmungsprozess zur Frage, ob die Stadt eine weitere Städtepartnerschaft überhaupt brauche. In dieser Zeit hätten sich jedoch bereits zahlreiche zivilgesellschaftliche Kontakte im Schulbereich und im Gesundheitswesen gebildet. Der erste Impuls sei aus der türkischen Migrantinnen- und Migrantengemeinschaft gekommen, die den gesamten Prozess auch maßgeblich vorantrieben und die mögliche Partnerstadt auch vorgeschlagen habe (vgl. ebd.). Aber auch wirtschaftliche Erwägungen wurden von einzelnen Städtepartnerschaftsbeauftragten des Ruhrgebiets als Aufnahmegrund genannt (vgl. ST5_1, 21.7.2009).

In einer weiteren Ruhrgebietsstadt wurde die Gründung einer Städtepartnerschaft in die Türkei auf den Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Solingen in den 1990er-

Jahren zurückgeführt, „weil man dagegen etwas tun wollte“ (SP3_1, 30.11.2007).¹⁹² Die Städtepartnerschaftsbeauftragte nannte dies einen Gedanken von „Völkerverständigung, die Verständigung unter den Menschen halt zu fördern“ (ebd.). Ihre Großstadt gehörte zu den finanziell schwächsten Kommunen des Ruhrgebiets überhaupt. Die Suche nach einer türkischen Partnerstadt habe sich zunächst auf die Herkunftsstadt der meisten der dort lebenden Türkinnen und Türken konzentriert. Als von da kein Interesse gekommen sei, habe man schließlich das intensive Werben einer türkischen Touristenstadt angenommen. Auch hier habe die türkische Migrantinnen- und Migranten-Community das Unterfangen, das ebenfalls durch den Stadtrat habe beschlossen werden müssen, intensiv unterstützt (vgl. ebd.). Das Motiv der „Völkerverständigung“ (SP1_1, 27.11.2007) brachte auch eine andere im Zusammenhang mit ruhrgebiets-polnischen Städtepartnerschaften bereits erwähnte Städtepartnerschaftsbeauftragte. Sie betonte überdies, dass eine Städtepartnerschaft in die Türkei helfe, „die deutsch-türkische Partnerschaft zu intensivieren und zu besiegeln“ (ebd.), und meinte damit, die Vielseitigkeit bestehender Verbindungen in die Türkei aufzuzeigen und bewusst zu machen (vgl. ebd.).

Diese Städtepartnerschaften in die Türkei sind jüngeren Datums und laut den Interviewaussagen der Städtepartnerschaftsbeauftragten des Ruhrgebiets aus etwas anderen Gründen als die nach Polen geschlossen worden. Die Gründe orientieren sich eher an kommunal- beziehungsweise integrationspolitischen, internen und derzeitigen Gegebenheiten. Sie sind durch die Situation der jeweiligen Stadt motiviert, sollen eine hohe Signalwirkung haben, haben aber auch einen hohen Veränderungsanspruch, der sich jedoch hauptsächlich auf die eigene Stadtgesellschaft richtet. Integrationspolitik und Gegenwart sind hier zentrale Themen. Im Unterschied zu anderen, zu früheren Zeiten geschlossenen Verbindungen führen bei diesen ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften Veränderungen in der eigenen Bevölkerung zur Aufnahme von Städtepartnerschaften mit einem bestimmten Länderschwerpunkt. Die Wahl der Partnerstadt erfolgte meist sehr bewusst beziehungsweise wurde meist sehr ausführlich begründet. Häufig waren türkische Migrantinnen und Migranten oder ihre Nachfahren maßgeblich an der Aufnahme entsprechender Städtepartnerschaften beteiligt und es

¹⁹² Diese Städtepartnerschaftsbeauftragte brachte die Gründung der ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaft explizit mit ausländerfeindlichen Übergriffen in Verbindung und steht damit möglicherweise in Verbindung mit dem in „Europa kommunal“ publizierten entsprechenden Aufruf, wie im 4. Kapitel kurz erwähnt.

hatten bereits vorher migrantische Verbindungen in die Türkei bestanden. Einigen der Städtepartnerschaften gingen längere politische Abstimmungsprozesse voraus. Oft wurde die letztendliche Entscheidung von der türkischen Seite forciert.

5.2.2.2 Zweitstadt und Şehir

Im Mittelpunkt der Betrachtung ruhrgebiets-türkischer Städtepartnerschaften steht in dieser Arbeit die Städtepartnerschaft zwischen Zweitstadt und Şehir, die Interviewaussagen zufolge eher zufällig zustande gekommen ist.

Die Großstadt Zweitstadt liegt ebenso im Ruhrgebiet. Trotz des Strukturwandels ging es ihr wirtschaftlich verhältnismäßig gut. Vor allem im Bereich Verkehr war sie stark, ein Fachgebiet, zu dem sich auf Stadtgebiet auch seit einiger Zeit eine Hochschule befand. Neben ihrer Wirtschaftskraft legte die Kommune auch großen Wert auf eine angemessene Bevölkerungsentwicklung und die Inklusion beziehungsweise Integration von möglichst vielen Bevölkerungsteilen. Sie verfügte über ein vergleichsweise bereits sehr früh gegründetes zentrales Amt für Integrations- und Migrationsfragen und hatte im Zeitraum der Feldforschung auch einen eigenen kommunalen Informations- und Servicebereich für EU-Ausschreibungen und EU-Förderprogramme. Neben der Städtepartnerschaft mit der türkischen Stadt gab es insgesamt acht weitere Partnerstädte in Europa, Nord- und Südamerika. Die Kommune unterhielt auch Kontakte zu weiteren türkischen Städten (vgl. SPM4).

Während einer offiziellen Reise in die Türkei, so erzählten mir die kommunalen Interviewpartner von Zweitstadt, bei der eigentlich ganz andere Punkte auf dem Programm gestanden hätten, habe die kommunale Delegation zufällig in der zentral gelegenen westtürkischen Großstadt Şehir übernachtet. Dort sei es zum Kontakt zwischen Kommunalpolitikern¹⁹³ beider Seiten gekommen (vgl. SP5_1, 12.12.2007). Als sich die Ruhrgebietskommune einige Zeit später und nach ersten Projekten schließlich dazu entschlossen habe, trotz eines eigentlich anders lautenden Ratsbeschlusses noch eine Städtepartnerschaft mit einer türkischen Stadt aufzunehmen, sei man auf diesen Kontakt zurückgekommen. „[S]o Städtepartnerschaften muss man auch immer so ein bisschen von dem Geist der Zeit und von einer Entwicklung der Stadt abhängig machen.“ (ST2_1, 19.11.2008) Bei den Überlegungen habe vor allen

¹⁹³ Es ist in diesem Fall davon auszugehen, dass es sich im Wesentlichen um Männer handelte.

Dingen die Idee eine Rolle gespielt, über eine Identifikation der in Zweitstadt lebenden türkischen Migrantinnen und Migranten und ihrer Nachfahren mit der Städtepartnerschaft deren Anerkennung und einen verbesserten Zugang zu ihr und so Unterstützung in Integrationsfragen zu erhalten. Şehir sei diesbezüglich sehr passend erschienen, da ihr ein hoher symbolischer Wert bei der Gründung des türkischen Nationalstaats zugeschrieben werde. Auch die Vorstellung, die Integration hiesiger türkischer Migrantinnen und Migranten und ihrer Nachfahren zu verbessern, indem man sie „eine sehr moderne, eine sehr fortschrittliche“ (SP5_1, 12.12.2007) türkische Stadt erfahren lasse, die nicht ihre eigentliche Herkunftsstadt sei, sei eine leitende Überlegung gewesen (vgl. ebd.). Aufgrund von anstehenden Wahlen auf türkischer Seite seien erste Bemühungen jedoch ins Stocken geraten, sodass die Ruhrgebietskommune begonnen habe, Sondierungsgespräche mit anderen türkischen Kommunen zu führen. Als schließlich ein neuer türkischer Oberbürgermeister festgestanden habe, habe dieser alles darangesetzt, das Blatt wieder zu wenden und die einst geplante Städtepartnerschaft schnell umzusetzen. Der Oberbürgermeister von Zweitstadt sei noch während laufender Verhandlungen mit Mitarbeitern¹⁹⁴ einer anderen türkischen Kommune von einer Delegation des einstigen Favoriten überrascht worden und schon am nächsten Tag sei die Städtepartnerschaft in der türkischen Presse verkündet worden (vgl. ST2_1, 19.11.2008). Die Ruhrgebietskommune habe schließlich angenommen; die in Zweitstadt lebenden türkischen Migrantinnen und Migranten und ihre Nachfahren hätten das Vorhaben unterstützt (vgl. ebd.).

Die Großstadt Şehir war im Zeitraum der Feldforschung eine aufstrebende und florierende Provinzhauptstadt. Sie bildete einen wichtigen Verkehrsknotenpunkt zwischen der türkischen Hauptstadt, dem Westen des Landes und der Mittelmeerregion und versuchte, dies auch gewinnbringend einzusetzen und zu vermarkten. Die Stadt verfügte über einige gut laufende Wirtschaftszweige im Bereich Landwirtschaft, Lebensmittelproduktion, Rohstoffabbau und -veredelung sowie über eine expandierende Gesundheitstourismusbranche. Die verzeichnete Arbeitslosigkeit war im innertürkischen Vergleich gering. Außer der Städtepartnerschaft ins Ruhrgebiet hatte sie noch sieben weitere Partnerstädte, überwiegend in Zentral- und Ostasien (vgl. SPM4).

¹⁹⁴ Auch dies dürften überwiegend Männer gewesen sein.

Die Städtepartnerschaft zwischen Zweitstadt und Şehir hat also keine Vorgeschichte. Sie beruht im Wesentlichen auf derzeitigen politischen Beweggründen und damit zusammenhängenden Erwägungen. Trotz aller strategischen Überlegungen ist ihr konkretes Zustandekommen eher zufällig. Die kommunalen Vertreter beider Städte sind sich buchstäblich einfach über den Weg gelaufen. Sinn machen sie erst im Nachhinein aus dem Zusammentreffen, was angesichts des komplexen kommunalpolitischen Abstimmungsprozesses der Ruhrgebietsstadt auch erforderlich erscheint. Diese Städtepartnerschaft unterliegt einer anderen Begründungsnotwendigkeit als die zwischen Erststadt und Miasto. Ursachen dafür könnten der neue Länderschwerpunkt und die derzeitige Finanzsituation der Ruhrgebietskommune sein. Die Aktivitäten dieser Städtepartnerschaft umfassen sowohl integrationspolitische als auch stadtentwicklungspolitische und wirtschaftliche, aber auch künstlerische Themen.

5.2.3 Kommunale Integrations- und Governance-Partnerschaften

5.2.3.1 „Dass die interkulturelle Entwicklung der Stadt dadurch gefördert wird“

Man könnte die beschriebenen kommunal- beziehungsweise integrationspolitischen ruhrgebiets-türkischen (Be-)Gründungsbeispiele und Ausrichtungen einfach und schnell als neue Motive oder gar neuartige Städtepartnerschaften bezeichnen. Bei genauerem Hinsehen lässt sich diese Annahme so jedoch nicht ohne Weiteres halten, und es muss eine differenziertere Bewertung stattfinden. So erläuterte mir ein kommunaler Mitarbeiter von Drittstadt in einem längeren Interview etwas ausführlicher, warum seine Kommune eine Städtepartnerschaft in die Türkei aufgenommen habe. Er arbeitete im kommunalen Arbeits- und Sozialdezernat und war als Koordinator für ein längerfristiges Projekt zuständig, das ein funktionierendes Zusammenleben in der ethnisch vielfältigen Großstadt ermöglichen und deren staatsgrenzenübergreifenden Verbindungen und Potenziale herausstellen und stärken sollte. Auf die Frage, welche Rolle die Städtepartnerschaft mit der türkischen Stadt dabei spiele, zeigte er mir eine scheinbar neue, aktuelle Ausrichtung von Städtepartnerschaften auf:

„Klassische Partnerschaften laufen zwischen den Schulen, zwischen den Institutionen, aber das hat eine geringe Einwirkung auf gesellschaftliche Entwicklungen der Städte selber. Wir haben gesagt, unsere Intention ist, dass die Stadt [Drittstadt] sich im, im Kontext, in der Weiterentwicklung international entwickelt, dass das eine internationale Stadt wird, dass die interkulturelle Entwicklung der Stadt dadurch gefördert wird.“
(SP2_1, 29.11.2007)

Städtepartnerschaften, insbesondere die ruhrgebiets-türkische, aber nicht nur diese, sollen nach dieser Vorstellung Einfluss auf die Fortentwicklung der Stadt nehmen und ethnische Vielfalt sichtbar und erfahrbar machen. Sie sollen helfen, damit umgehen zu lernen und Diversität letztendlich auch zu nutzen. Veränderungen, die durch städtepartnerschaftliche Aktivitäten in einzelnen Personen oder Einrichtungen gegebenenfalls hervorgerufen werden, sollen eine Wirkung für ein größeres gemeinschaftliches politisches Ziel entfalten. Diese Argumentation folgt jedoch keinesfalls einer neuen, sondern vielmehr einer einstigen funktionalistischen Vorstellung von Städtepartnerschaften, wie sie bereits Akteure der kommunalen Europabewegung und „Gründungsväter“ von Städtepartnerschaften nach dem Zweiten Weltkrieg gepflegt haben, wie im 3. Kapitel ausführlich beschrieben. Neu ist hier nur die Länderkombination deutsch- beziehungsweise ruhrgebiets-türkisch und die gezielte Anwendung funktionalistischer einstellungsverändernder (europäisch-)zusammenhaltsstiftender Prinzipien für integrationspolitische Ziele und nach innen in Bezug auf die eigene Stadt.

5.2.3.2 „Der Friedenssicherung, jetzt der inneren Sicherheit“

Ganz ähnlich lässt sich die Aussage einer anderen, ebenfalls bereits erwähnten Städtepartnerschaftsbeauftragten einer großen Ruhrgebietsstadt deuten. Sie begründete die Aufnahme einer ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaft anlässlich des Solinger Brandanschlags damit, dass hierbei „eigentlich der Kerngedanke der Völkerverständigung und der Friedenssicherung, jetzt der inneren Sicherheit in dem Fall noch mehr“ (SP3_1, 30.11.2007) eine Rolle gespielt habe.

Genau wie funktionalistische einstellungsverändernde europäisch-zusammenhaltsstiftende Grundsätze sind auch „Völkerverständigung“ und „Friedenssicherung“ einstige Prinzipien von Städtepartnerschaften. Auf sie wird hier Bezug genommen, und sie werden hier umgedeutet. Aus „Völkerverständigung“ wird sinngemäß „interkulturelle Verständigung“, aus „Friedenssicherung“ „innere Sicherheit“ gemacht. Damit rückt die Städtepartnerschaftsbeauftragte Städtepartnerschaften in derzeitige migrationspolitische und – in Anlehnung daran, gleich dem derzeit dominierenden Diskurs – auch in sicherheitspolitische Bedeutungszusammenhänge. Möglicherweise streift sie hier einen außenpolitischen Diskurs, der Einwanderungsfragen mit Sicherheitsfragen verknüpft, wie es

beispielsweise auch der Politikwissenschaftler, Psychologe und Antirassismusaktivist Tobias Pieper herausstellt (vgl. Pieper 2012). Oder sie adressiert eine innenpolitische Debatte, in der das Erleben von Vielfalt und der kompetente Umgang damit als Präventionsmaßnahme und Sicherheitsgarant verstanden werden, wie es etwa die deutsche Partei Bündnis 90/Die Grünen einst in ihr Wahlprogramm geschrieben haben (vgl. Frevel 2013).¹⁹⁵

Städtepartnerschaften werden hier jedenfalls nicht gänzlich neuartig gegründet, geschweige denn verworfen, abgelöst, ersetzt oder ergänzt, sondern einstige städtepartnerschaftliche Prinzipien werden neu gewendet und zeitgemäß reinterpretiert, damit sie zu derzeitigen Herausforderungen passen. Dieses *assembling* kommunaler Akteure des Ruhrgebiets bringt neu gegründete Städtepartnerschaften sowohl mit der etablierten Leiterzählung des Formats zusammen als auch durch eine Umwandlung einstiger städtepartnerschaftlicher Prinzipien mit derzeitigen kommunalen Herausforderungen in Verbindung, wie dem Umgang mit Zuwanderung und der Ausgestaltung sich ethnisch immer weiter pluralisierender Städte. Dies haben, wie im 2. Kapitel aufgezeigt, beispielsweise Hartmut Häußermann, Dieter Läßle und Walter Siebel als eine der zentralen derzeitigen Anforderungen von (deutschen) Kommunen markiert (vgl. Häußermann/Läßle/Siebel 2008: 11 ff.). Die Städtepartnerschaftsbeauftragten des Ruhrgebiets verschieben hierfür bewusst oder unbewusst Bedeutungen und lenken mögliche Effekte von Städtepartnerschaften nach innen auf die eigene Stadt, um sie zur Bewältigung entsprechender – im Fall der ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften überwiegend kommunaler integrationspolitischer – Problemlagen einzusetzen. Im Zusammenhang mit der „interkulturellen Stadt“ und der multiethnischen Gesellschaft erhalten Städtepartnerschaften durch dieses *assembling* einen aktuellen Sinn und eine neue Stoßrichtung.¹⁹⁶

5.2.3.3 „Partnerschaftsarbeit, die fängt auch schon in diesem Fall hier im Ort an“

Aber auch noch in einer weiteren Hinsicht wurden insbesondere ruhrgebiets-türkische

¹⁹⁵ In diesem Zusammenhang wäre es interessant zu beobachten, ob es infolge der seit 2015 vermehrt aus Syrien nach Deutschland kommenden Flüchtlinge mit einer ähnlichen Argumentation auch zur Gründung von Städtepartnerschaften in die Herkunftsländer von Flüchtlingen kommt.

¹⁹⁶ Was im Zuge dieses *assembling* geschieht, unterscheidet sich damit erheblich von dem, was Holger Mirek (vgl. Mirek 1989: 37f.) oder Antonia Stock (vgl. Stock 2005) als „interkulturelle Kommunikation“ im Zusammenhang mit Städtepartnerschaften bezeichnen. Denn hier wird sie zur Verständigung innerhalb der eigenen Stadt angewendet.

Städtepartnerschaften von kommunalen Akteuren des Ruhrgebiets für eigene integrationspolitische Ziele neu ausgerichtet. Dies machten gleich mehrere Ereignisse während meiner Feldforschung deutlich. Einmal stellte mir ein kommunaler Mitarbeiter von Zweitstadt stolz zwei Praktikantinnen der türkischen Partnerstadt Şehir zum Interview vor. Es handelte sich um Studentinnen der Soziologie der Hochschule von Şehir, die ein Praktikum bei der Ruhrgebietskommune absolvierten. Während dieser Zeit hatten sie die Aufgabe, auf Türkisch und mit einem Fragebogen in Erfahrung zu bringen, warum, so die Auffassung der Kommune, zahlreiche der älteren türkischen Migrantinnen, die in der Ruhrgebietsstadt lebten, kaum Deutsch sprachen und kommunale Angebote nur wenig wahrnahmen. Für die beiden Studentinnen, die ebenfalls so gut wie kein Deutsch sprachen, war dies ihrer eigenen Aussage nach der erste Aufenthalt im Ausland (vgl. T2_1, 18.7.2008).

Zivilgesellschaftliche und bürgerschaftliche städtepartnerschaftliche Akteure der türkischen Partnerstadt werden hier in kommunale, integrationspolitische Aufgabenbereiche einbezogen und eingespannt. Ihr Besuch der Partnerstadt erfährt dabei eine Wendung. Sie sollen nicht nur Land und Leute kennen lernen, sondern auch der Kommune und deren Bürgerinnen und Bürgern helfen beziehungsweise sie unterstützen, was sie möglicherweise nicht ungern machen.

Besonders deutlich wurde der Aspekt einer solchen unterstützenden nach innen wirkenden Neuorientierung insbesondere zivilgesellschaftlicher städtepartnerschaftlicher Akteure von ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften in der Interviewaussage eines bereits erwähnten Städtepartnerschaftsbeauftragten einer mittelgroßen Ruhrgebietsstadt, und zwar in der Art und Weise, wie er die Arbeit seines Städtepartnerschaftsvereins beschrieb:

„Es ist uns ein ganz, ganz wichtiges Anliegen, beispielsweise diese verkrusteten Strukturen aufzubrechen, dass türkische Frauen hier teilweise noch gar kein Deutsch sprechen, hier vor Ort, dass wir die in Sprachkurse kriegen, dass die//dass die Deutsch lernen. Wir treffen uns immer wieder und sagen, Leute, der Schlüssel auch für eure Kinder ist, dass ihr nicht mit denen Türkisch redet. Natürlich könnt ihr//ist es wichtig, dass man seine Heimatsprache möglicherweise auch beibehält, ist ein Stück Identität, ja klar, aber das nutzt den Kids nix in den Schulen. Also, Partnerschaftsarbeit, die fängt auch schon in diesem Fall hier im Ort an und die betreiben wir da auch recht intensiv, aber manchmal gibt=s schon Rückschläge.“ (SP4_1, 7.12.2007)

Hier wird nicht nur die Bedeutung eines städtepartnerschaftlichen Prinzips verändert, sondern das ganze städtepartnerschaftliche Partnerschaftskonzept nach innen gedreht. Der Städtepartnerschaftsverein unter der Leitung des Städtepartnerschaftsbeauftragten wendet seine Arbeit in Bezug auf die eigene Stadt an. Insbesondere ruhrgebiets-türkische Städtepartnerschaften und entsprechende zivilgesellschaftliche Akteure werden so zu „Partnern“ bei der Lösung eigener kommunaler integrationspolitischer Aufgaben erklärt. Diese diskursiven Bedeutungsverschiebungen lassen sich, den Worten von Cris Shore und Susan Wright folgend, als versteckte, möglicherweise auch unbewusste, aber wirksame politische Lenkungsstrategie bezeichnen: “Policies are most obviously political phenomena, yet it is a feature of policies that their political nature is disguised by the objective, neutral, legal-rational idioms in which they are portrayed.” (Shore/Wright 1997: 8) Das im 3. Kapitel bereits erwähnte und vom Wortlaut her verwandte gouvernementale Partnerschaftskonzept der Europäischen Kommission bildet den Schlüssel für diese Strategie. Unter dem Oberbegriff „Partnerschaft“ werden Städtepartnerschaften samt ihren zivilgesellschaftlichen Akteuren hier mit anderen problemlösungsorientierten Partnerschaftskonzepten gleichgesetzt und zu „Governance-Partnern“ für eigene kommunale Herausforderungen gemacht und in Prozesse der kommunalen Aufgabenerledigung einbezogen. Sie sollen sich an einer Lösung dieser Aufgaben beteiligen. Dieses *assembling* kommunaler städtepartnerschaftlicher Akteure entspricht dem Konzept „kooperative Demokratie“ (Bogumil/Holtkamp 2006: 114) oder dem des „aktivierende[n]“ (Jann/Wegrich 2010: 181) Staats von Werner Jann und Kai Wegrich und auch der bereits erwähnten, sich wandelnden neoliberalen kommunalen Regierungsauffassung von Häußermann, Läßle und Siebel, die auch aus Gründen der Kostenreduzierung das Verhältnis von (deutschen) Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern im Sinne eines kollaborativen Zusammenwirkens (unbemerkt) neu ordnet (vgl. Häußermann/Läßle/Siebel 2008: 296). Auf etwaige damit verbundene Folgen werde ich in den kommenden Abschnitten noch näher eingehen. Im Unterschied zu dem problemlösungsorientierten Governance-Partnerschaftskonzept der Europäischen Kommission, das sei noch erwähnt, richtet sich das kommunale jedoch an eigenen Agenden aus.

Mit Blick auf die oben genannten Beispiele stehen die Effekte dieses *assembling* allerdings dem eigentlich damit formulierten Ziel der Kommunen, mit der ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaft zu wertschätzen und mehr Integration der eigenen

türkischen Migrantinnen und Migranten in der Stadt zu erreichen, diametral entgegen. Werden die beiden Soziologiestudentinnen von Şehir oder der Städtepartnerschaftsverein der Ruhrgebietsstadt und seine zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Akteure in den örtlichen Integrationsprozess und die Integrationsarbeit einbezogen, dann wird hier zwischen Türkinnen und Türken, die integrieren können, und türkischen Migrantinnen und Migranten oder ihre Nachfahren, die integriert werden müssen, erst einmal unterschieden. Teilweise wurden dafür in den Interviews auch drastische Worte gefunden: „[D]ie Türken in der Türkei sind moderner als ein, ja, es geistern Zahlen, Schätzungen durch die Gegend, ich sage jetzt mal grob 25 Prozent der hier lebenden, hier lebenden türkischen Migranten.“ (ST1_1, 18.7.2008) Die türkischen Migrantinnen und Migranten beispielsweise von Zweitstadt werden hier also erst einmal als Problem markiert. Die Folge ist eine mehrfache Hierarchisierung der Bevölkerungen durch den Einsatz der Städtepartnerschaft und zunächst zumindest keine Anerkennung.

Dass insbesondere ruhrgebiets-türkische Städtepartnerschaften und ihre zivilgesellschaftlichen Akteure in kommunale integrationspolitische Governance-Prozesse einbezogen werden, kann eine ruhrgebietspezifische Entwicklung sein, die auf die besonderen ethnischen und bevölkerungsbezogenen Herausforderungen, wie sie Bogumil und andere aufgeführt haben (vgl. Bogumil/Heinze/Lehner/Strohmeier 2010: 14; 172), sowie auf die unzureichende finanzielle Ausstattung zahlreicher Kommunen und eine entsprechende Legitimationsnotwendigkeit von Städtepartnerschaften zurückzuführen ist. Sie müssen in dieser Logik eben einfach etwas leisten, um als sinnvoll angesehen zu werden, und unterliegen einer besonderen Rechtfertigungspflicht. Wahrscheinlich ist es aber ein derzeitiger bundesweiter Trend, wie auch die Dokumentation der bereits erwähnten kommunalen Tagung zu deutsch-türkischen Städtepartnerschaften in Nürnberg zeigt:

„Überraschend bei der Umfrage war, dass den städtepartnerschaftlichen Beziehungen vielfach auch eine integrative Wirkung in die Kommunen hinein zugeschrieben wird. Die politischen Probleme der deutsch-türkischen Beziehungen wie der Beitritt zur EU oder Islamisierungstendenzen in der Türkei spielen offenkundig keine große Rolle.“ (Heinrich-Böll-Stiftung/RGRE, Deutsche Sektion 2011: 5)¹⁹⁷

¹⁹⁷ Zur Vorbereitung auf die Konferenz hatten die Veranstalterinnen und Veranstalter extra eine eigene Umfrage unter den bis dahin bestehenden bundesweiten deutsch-türkischen Städtepartnerschaften durchgeführt. Einige der Umfrageergebnisse decken sich mit meinen Beobachtungen, wie etwa Gründe der Aufnahme (hier wurden auch zum Teil die gleichen kommunalen Akteure befragt). Diese wurden im Rahmen der Umfrage allerdings nicht weiter interpretiert. Andere Ergebnisse hingegen teile ich nicht, zum Beispiel auch, dass der geplante EU-Beitritt der Türkei bei der Aufnahme von entsprechenden

Allerdings handelte es sich bei einer Anwendung von Städtepartnerschaften zur Unterstützung kommunaler integrationspolitischer Aufgaben nicht nur um eine Entwicklung der ruhrgebiets-türkischen, sondern auch der ruhrgebiets-polnischen und anderer Städtepartnerschaften des Ruhrgebiets. Hier wiesen sie allerdings in eine andere Richtung und adressierten auch eine andere Zielgruppe. So schilderte der Städtepartnerschaftsbeauftragte von Drittstadt die Strategie, die ruhrgebiets-polnische Städtepartnerschaft ebenso wie andere Städtepartnerschaften für das Ziel einer verbesserten „interkulturellen Verständigung“ und des „interkulturellen Verständnisses“ seiner – jungen – Bürgerinnen und Bürger einzusetzen:

„Heute haben wir den interessierten Bürger, der sich genauso für eine Fahrt nach Frankreich interessiert wie nach Polen und wir haben im Schüleraustausch und das ist das Schöne daran, auch einen Austausch. Es kommen Jugendliche hierhin, die finanziellen Mittel haben sich ein bisschen angeglichen, sie sind noch nicht gleich, aber sie kommen hin, die lernen, die sprechen genauso gut Englisch, wie unsere Kinder hier, die können sich untereinander verständigen, auch außerhalb von Deutsch, sondern die können auch heute Englisch ganz gut kommunizieren, was auch sehr wichtig ist und sie lernen sich kennen. Das ist das wichtigste. Und das ist auch das, wo wir heute hinwollen, wir wollen weg von diesen, sage ich mal Hilfestellung für irgendwas, das machen wir gerne, aber heute müssen wir eigentlich dahin zu gehen, dass wir also mit [polnische Partnerstadt] genauso verfahren wie mit [britische Partnerstadt], mit [französische Partnerstadt].“ (SP11_1, 22.2.2008)

Es zeichnet sich in dieser Aussage eine Tendenz ab, nicht nur ruhrgebiets-türkische und ruhrgebiets-polnische, sondern Städtepartnerschaften der Ruhrgebietsstadt insgesamt unter einem Ansatz etwa der kommunalen „interkulturellen Bildung“ von Bürgerinnen und Bürgern zu subsumieren, was nach innen wie nach außen Auswirkungen haben kann. Auch das entspricht einer zentralen derzeitigen Herausforderung von (deutschen) Kommunen und einem – koordinierenden – Governance-Partnerschaftskonzept. Aber auch Ansätze einer grundsätzlich stärkeren problemorientierten und interkommunalen Zusammenarbeit wurden von den Städtepartnerschaftsbeauftragten ins Feld geführt. Ich werde darauf im folgenden Kapitel noch mehr eingehen.

5.2.3.4 Eine eigene Vereinsgründung

Eine Neuausrichtung beziehungsweise Neuorientierung von Städtepartnerschaften hin

Städtepartnerschaften nur eine untergeordnete Rolle spielen. Darauf werde ich im Folgenden noch vertiefend eingehen. Die vollständigen Ergebnisse der Umfrage sind in einer Tagungsdokumentation nachzulesen (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung/RGRE, Deutsche Sektion 2011: 9ff.). Auch Kai Pfundheller stellt in seiner Arbeit zu NRW-Kommunen und ihren Städtepartnerschaften fest, dass neuerdings Städtepartnerschaften mit türkischen Kommunen zu Integrationszwecken aufgenommen würden (vgl. Pfundheller 2014).

zu aktuellen Themen blieb jedoch nicht unbedingt folgenlos. Hier gab es beispielsweise einen sehr engagierten Erststädter Städtepartnerschaftsvereinsvorsitzenden, der die Aufarbeitung der deutsch-polnischen Geschichte sowohl seiner Stadt als auch grundsätzlich zum Dreh- und Angelpunkt seines städtepartnerschaftlichen Engagements machte. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ruhrgebietskommune ebenso wie andere Bürgerinnen und Bürger der Stadt schätzten seine Initiative, setzten aber auch sehr auf eine Einbeziehung von derzeitigen, eher problemlösungsorientierten Themen in die Städtepartnerschaft nach Polen (vgl. ExI_1, 16.10.2007). Schließlich gründete sich ein weiterer Verbund von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, der sich anderen Themen in der Städtepartnerschaft zuwandte und separate Wege ging.

Das Beispiel zeigt, wenn einstige Städtepartnerschaftsthemen verändert werden, muss dies nicht immer harmonisch verlaufen. Dies kann sogar in Opposition zu herkömmlichen Themen geraten. Es zeigt auch, dass sich gegenwartsorientierte Themen zumindest in politisch stark aufgeladenen deutsch-ruhrgebiets-polnischen Städtepartnerschaften nicht ohne Weiteres mit etablierten in Einklang bringen lassen. Im Gegenteil, es kann zu regelrechten Zielkonflikten, Konkurrenzen oder gar Brüchen kommen. In dem oben beschriebenen Beispiel hat die Aufnahme von aktuellen Themen die Folge, dass sich die engagierte Bürgerschaft von Erststadt teilt.

5.2.3.5 „Wir haben eine Moderationenrolle eingenommen“

Eine Neuausrichtung beziehungsweise Neuorientierung veränderte städtepartnerschaftliche Arbeit teilweise aber auch grundsätzlich. Einige der Ruhrgebietskommunen gaben an, städtepartnerschaftliche Arbeit derzeit an zivilgesellschaftliche Einrichtungen und Akteure zu delegieren, um sie gegenüber politischen Macht- und Personenwechseln der Partnerstadt, beispielsweise der türkischen, unempänglich zu machen und auf sichere Beine zu stellen:

„Wir müssen auch bei der ganzen Partnerschaftsgeschichte zusehen, dass wir schnell irgendwo an diese Bevölkerung, Vereine, Organisationen rankommen. Damit die sich untereinander irgendwo korrespondieren, austauschen, sprich, die Freiwilligenzentrale, sprich die Feuerwehr vielleicht, sprich einige Schulen vielleicht, die Handelskammer, die//das müssen wir schon, ich sehe hier auch eine Gefahr, sage ich mal in Führungsstrichen, es ist bei uns, (wenn unser) Oberbürgermeister, der voll hinter dieser Sache steht, in fünf Jahren abdankt oder in fünf Jahren nicht mehr gewählt wird, wird der nächste Oberbürgermeister rein in die Fußstapfen reingehen, weil seine Mannschaft drumrum, die diese Partnerschaft gehegt und gepflegt hat in Führungsstrichen zu 99 Prozent noch gleich bleibt, ja. Dies ist in der Türkei nicht so, wenn der Oberbürgermeister dabei abdankt, das haben wir ja in einigen Fällen erlebt,

dann kann das durchaus passieren, dass die ganze Mannschaft ausgetauscht wird und wir da vor einem Scherbenhaufen stehen, wo wir dann im Prinzip in Anführungszeichen bei Null wieder anfangen müssen.“ (ST2_1, 19.11.2008)

Andere Städtepartnerschaftsbeauftragte von Ruhrgebietskommunen verbanden mit einer Delegation von Aufgaben auch eine veränderte Arbeitsaufteilung zwischen Kommune und Zivilgesellschaft und gar eine neue Rollenvorstellung von Verwaltung und Bürgerschaft, was städtepartnerschaftliche Arbeit angeht, wie im Fall von Erststadt:

„Ja, die [Kommunalverwaltung] beschränkt sich (...) zunehmend eigentlich auf das Repräsentative (...). Leider, ja. (...) Und vielleicht Hilfestellung mit Behörden, wenn es Passprobleme gibt oder mit der deutschen Botschaft oder wenn, wir müssen ja hier, unsere Ausländerbehörde muss ja bestätigen, dass die Menschen hier versorgt sind, versichert sind, ne, und nicht dem Staat zu Last fallen, sage ich jetzt mal. Da sind wir unterstützend und wir haben selber weniger eine aktivierende oder Impuls gebende Rolle, was so Projekte angeht, weil wir die Ressourcen gar nicht haben, ne. Also, dann ist es wirklich dann beschränkt auf den repräsentativen Teil (...). Also, wir haben eine Moderationrolle eingenommen.“ (ExI_1, 16.10.2007)

Wie genau sich die Städtepartnerschaftsbeauftragten eine solche „Moderationrolle“ vorstellten, machte folgende Momentaufnahme deutlich. Die Kommunalverwaltung von Erststadt lud seit einiger Zeit einmal im Jahr Vorsitzende der örtlichen Städtepartnerschaftsvereine und andere Mitwirkende der Städtepartnerschaften zu einem gemeinsamen Termin mit der Bezeichnung „Runder Tisch“ ein. Diese Treffen hatten eine Besprechung aller städtepartnerschaftlichen Aktivitäten des neuen Jahres zum Ziel. Hierzu waren alle städtepartnerschaftlichen Akteure und Mitwirkenden der Stadt geladen. Das Treffen, an dem ich teilnahm, fand in einem Sitzungssaal des Erststädter Rathauses statt. Als bald wurde die Tür des Sitzungssaals geöffnet, und die Anwesenden nahmen im Raum Platz. Der Saal hatte eine etwas dröge Sitzungsatmosphäre, die dominierenden Farben waren grau und braun. Vor den Fenstern befanden sich lange und dichte Vorhänge. An den Wänden standen Vitrinen. In der einen oder anderen konnte man eine Städtepartnerschaftsurkunde oder ein Symbol beziehungsweise Souvenir aus einer Partnerstadt erkennen. Im Raum waren kreisförmig Tische mit Getränken und Namensschildern aufgestellt. In der rechten Ecke neben dem Eingang befand sich ein Buffettisch mit belegten Brötchen. Der Saal füllte sich, und ich stellte mit einigem Erstaunen fest, dass fast alle Plätze eingenommen wurden. Insgesamt dürften etwa 20 bis 30 Personen im Raum Platz gefunden haben. Die meisten davon waren männlich. Der Altersdurchschnitt dürfte bei etwa 50 Jahren gelegen haben. Außer den zivilgesellschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteuren

waren noch die Städtepartnerschaftsbeauftragte, der Referent des Oberbürgermeisters sowie der Oberbürgermeister selbst und der stellvertretende Bürgermeister anwesend. Der Oberbürgermeister eröffnete die Runde und begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Städtepartnerschaftsbeauftragte gab eine kurze Einführung zu den geplanten städtepartnerschaftlichen Aktivitäten auf der Basis einer Tischvorlage, die vorab verteilt und ausgelegt worden war. Sie bat die Anwesenden, reihum Änderungen, Erläuterungen und Ergänzungen abzugeben. Es folgte eine Reihum-Darstellung verschiedener Vorhaben. Nach etwa zwei Stunden fasste der Oberbürgermeister die Beiträge mit den Worten zusammen, dass es sich um „lebendige Städtepartnerschaften“ handele. Er zeigte sich beeindruckt von der Vielzahl der Aktivitäten und davon, „dass sich viele hier wohl fühlen“. Er äußerte noch seinen Dank an alle, die zur „Vernetzung“ beitragen (vgl. Feldnotizen Prot_P, 31.1.2008).

Ähnliche Prozesse in fast identischem Wortlaut schilderten auch Städtepartnerschaftsbeauftragte anderer Ruhrgebietsstädte. Es finde eine Arbeitsteilung statt, die Kommunalverwaltung koordiniere, die Arbeit machten Freundeskreise (vgl. SP4_1, 7.12.2007); die Verwaltung koordiniere Aktivitäten, schaffe Rahmenbedingungen, Vereine und Ehrenamtliche belebten die Städtepartnerschaft (vgl. SP6_1, 3.1.2008).

Ein solches Vorgehen wird nicht unbedingt von allen kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nur positiv aufgenommen, wie das oben aufgeführte Zitat der Städtepartnerschaftsbeauftragten von Erststadt zeigt. Eine solche Arbeitsaufteilung entspricht auch einem – koordinierenden – Governance-Partnerschaftskonzept, in dem die Kommune Akteure aus der Zivilgesellschaft und Bürgerschaft in ihre Arbeit einbezieht, sich scheinbar „neutral“ verhält oder gar zurückzieht, aber dennoch regulieren kann. Politische Lenkung erfolgt hier als eine Form der „Handlungskoordination“ (Schuppert 2008: 34). Die Kommunalverwaltung informiert sich, regt an und aktiviert zivilgesellschaftliche Akteure, wie es Jann und Wegrich herausgestellt haben (vgl. Jann/Wegrich 2010: 181), sich untereinander auszutauschen und sich stärker zu verbinden, um letztendlich leistungsfähiger zu werden. In gewissem Sinne wird hier so etwas wie eine tragende Zivilgesellschaft für Städtepartnerschaften überhaupt erst geformt, Stadtgesellschaft aber auch integriert. In dem oben beschriebenen Moment geschieht dies in Bezug auf Städtepartnerschaften, kann aber

darüber hinausweisen. In einer solchen Rollenaufteilung verändert sich jedenfalls das Verhältnis von Staat, (Markt) und Bürgerinnen und Bürgern, was nach Jann und Wegrich eine der wesentlichen Folgen von (kommunalpolitischen) Governance-Prozessen ist (vgl. ebd.: 181ff.). Mit Blick auf die hier betrachteten Städte bleibt es jedoch fraglich, ob sich entsprechende Prozesse tatsächlich „partizipativer“ entwickeln oder ob nicht vielmehr eine veränderte Form von Top-down-Politik daraus entsteht.

Für eine Betrachtung von Städtepartnerschaften mindestens des Ruhrgebiets ist entscheidend, dass Kommune und Bürgerinnen und Bürger in dieser veränderten Rollenaufteilung sowohl ein Stückchen auseinanderdriften als auch zusammenkommen. Anders als Albert Statz und Charlotte Wohlfahrt in ihrer Studie im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung (vgl. Statz/Wohlfahrt 2010: 26; 117) zeigen die Ergebnisse meiner Feldforschung bei diesem *assembling* kommunaler städtepartnerschaftlicher Akteure also auch verbindende Effekte im Zusammenhang mit gegenwärtigen Städtepartnerschaften.

5.2.4 Kommunale Europapolitik und EU-europäische Arbeitsmarktpolitik

5.2.4.1 „Für dieses Zusammenwachsen in Europa“

Neben den genannten außenpolitischen, kommunalen beziehungsweise integrationspolitischen Gründen haben die Städtepartnerschaftsbeauftragten des Ruhrgebiets immer wieder auch Europa als Anlass für die Aufnahme und Gründung von ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften angeführt. Wie insbesondere im 3. Kapitel beschrieben, ist die Überzeugung, persönliche Einstellungen verändern und Zusammenhalt zwischen Menschen verschiedener Länder stiften zu können, und sind damit funktionalistische einstellungsverändernde europäisch-zusammenhaltsstiftende Prinzipien einstige Grundsätze von Städtepartnerschaften. Im 2. Kapitel habe ich darüber hinaus ergänzend zusammengetragen, dass nach Ansicht von Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftlern derzeit eine Wegbereitung und Umsetzung von EU-europäischen Politiken ebenso zum Aufgabenfeld von Kommunen gehören wie der Auf- und Ausbau (EU-)europäischer interkommunaler Zusammenarbeit, wie es beispielsweise Claudia Münch und andere formuliert haben (vgl. Münch 2006b: 125ff.; von Alemann/Münch 2006a; ebd. 2006c: 495). Städtepartnerschaften wird hierbei von kommunalen und anderen Europapolitikerinnen und Europapolitikern vor allen Dingen

das Vermögen zugeschrieben, eine „europäische Bürgerschaft“ als Träger und Grundlage eines europäischen Einigungsgedankens beziehungsweise in der Vorstellung der Europäischen Kommission auch des EU-europäischen Einigungsprozesses ausbilden zu können. Darüber hinaus wird ihnen, wie bekannt, auch eine arbeitspraktische Problemlösungskompetenz in kommunalen Angelegenheiten attestiert.

Ein kommunaler Mitarbeiter, ein Amtsleiter von Zweitstadt, wiederholte diesen einstigen städtepartnerschaftlichen, europäisch-zusammenhaltstiftenden Grundsatz im Interview noch einmal in seinen eigenen Worten:

„[U]nd für mich ist eigentlich für dieses Zusammenwachsen in Europa, für die Chancen, in den Städten die Leute mitzunehmen, die Leute zu überzeugen, dass gar kein Weg an dem Thema Zusammenleben vorbeiführt, dafür ist das Thema Städtepartnerschaften ganz wichtig.“ (ST2_1, 19.11.2008)

In der Aussage eines anderen bereits mehrfach zitierten Städtepartnerschaftsbeauftragten von Drittstadt klang dies ähnlich, wobei er im Unterschied zur Vergangenheit für die Gegenwart eine explizit auf Bürgerinnen und Bürger ausgerichtete Zielrichtung und eine viel grundsätzlichere, aktivierende Bedeutung von städtepartnerschaftlicher Arbeit für Europa formulierte:

„Früher war es sozusagen, ja, wir müssen was für Friedensaussöhnung tun und so weiter, heute ist schon, stellt man ganz klar fest, Städtepartnerschaften sind notwendig, um überhaupt den Bürger zu erreichen. Und wenn ich den Bürger erreiche, erreiche ich auch etwas für Europa, und wenn ich den Bürger nicht erreiche, dann erreiche ich Europa nicht. Klar, es gibt Kommunen, die haben keine Partnerschaften, den[en] geht es so nicht schlechter, aber sie werden dort mehr Schwierigkeiten haben, europäische Themen rüber zu bringen als in Kommunen, die sich schon sehr stark europäisch ausgerichtet haben, das ist meine persönliche Meinung dazu.“ (SP11_1, 22.2.2008)

Aus seiner Sicht spielten bei einem Erreichen von Bürgerinnen und Bürgern vor allen Dingen die Mitnahme von Jugendlichen und der an Städtepartnerschaften herangetragene „interkulturelle Bildungsaspekt“ eine Rolle:

„Ja, wichtig ist eben der Jugendbereich, das ist ganz wichtig, dass der sich entwickelt, eben dass die jungen Leute das andere Land kennen lernen. Heute gibt=s, sage ich mal, wer heute einen vernünftigen Beruf erlernen möchte, muss die Chance haben, zumindest auch eine Zeit lang, wenn es auch nur ein Schüleraustausch ist, sich im Ausland aufzuhalten, sich da auch zurecht zu finden, interkulturelles Verstehen dafür auch zu haben. Ich sage mal, wir stellen es ganz klar fest, die Jugendlichen, die an Schüleraustauschbegegnungen teilgenommen haben, an internationalen Jugendbegegnungen, sind eher bereit, im Ausland zu studieren, sind eher bereit, die eigene Heimat mal zu verlassen, um sich weiter zu entwickeln. (...) Wir haben jetzt, vor Kurzem war jetzt eine junge Dame, die rief dann an, ja, die hat jetzt an einer Jugendbegegnung teilgenommen und hat sich dann, studiert jetzt in Maastricht Englisch

und Französisch, (keine Ahnung), also, die macht jetzt was ganz anderes und hat sozusagen die Sachen genutzt und ist dann ins Ausland gegangen, so hat sie auch sich da weitergebildet und heutzutage, kriegt man, muss man europäischer denken, man kann heute nicht mehr sagen, man lebt in [Drittstadt] und man bleibt die nächsten 50 Jahre in [Drittstadt], ich weiß nicht, wo Sie früher gewohnt haben, aber Sie haben wahrscheinlich auch einen anderen Lebensweg.“ (Ebd.)

Der hier zitierte Städtepartnerschaftsbeauftragte der Ruhrgebietsstadt lehnt sich in seiner Argumentation also an den einstigen europäisch-zusammenhaltstiftenden Grundsatz von Städtepartnerschaften an. Er streift zumindest den Aspekt der Erreichbarkeit von Bürgerinnen und Bürgern, den auch die Europäische Kommission ins Feld geführt hat. Er endet aber auch bei eher persönlichen Qualitäten und Qualifikationen, die europabezogene städtepartnerschaftliche Arbeit ausbilden könne.

5.2.4.2 „So viel wie möglich ausländische, internationale Kontakte zu bekommen“

Ein anderer kommunaler Interviewpartner, ein Fachbereichsleiter von Zweitstadt, brachte es durch den durch städtepartnerschaftliche Arbeit erhofften „interkulturellen Mehrwert“ noch etwas deutlicher auf den Punkt:

„[I]mmer wieder muss ich sagen, ist es also gerade für die jüngere Generation wichtig, so viel wie möglich ausländische, internationale Kontakte zu bekommen, sei es jetzt nur aus Spaß, sei es, ja, aus kulturellem Hintergrund oder auch im Rahmen von Schule und Ausbildung, weil das ist für die Zukunft, also, für eine, jede persönliche Zukunft, aber auch für die Zukunft unserer Stadt enorm wichtig, dass wir die guten Fachkräfte, die wir in unseren kleinen und mittleren Servicebetrieben brauchen und (die) immer mehr mit dem internationalen Wettbewerb auch arbeiten, dass wir uns gut aufstellen und da ist das ein wichtiger Baustein.“ (ST5_1, 21.7.2009)

„Interkulturelle Bildung“ und „interkulturelle Kompetenz“ werden hier in dieser Aussage auch als europäische Eigenschaften, angestrebte Ziele und Leistungen städtepartnerschaftlicher Arbeit beschrieben. Jedoch ist die übergeordnete Zielsetzung hierbei nicht mehr alleine die Schaffung „immer engere[r] Freundschaftsbande“ (Bareth 1953: 16) oder das „Zusammenwachsen in Europa“, sondern ganz konkret die Ausbildung des EU-europäischen Arbeits- und Binnenmarkts¹⁹⁸, sogar das Funktionieren der globalen Ökonomie. Bürgerinnen und Bürger Europas sollen sich kennen lernen, sich in Auseinandersetzung miteinander persönlich weiterentwickeln, um konkurrenzfähige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sein. Auch hier werden einstige funktionalistische (einstellungsverändernde) europäisch-

¹⁹⁸ Insofern kann Andreas Langenohl zugestimmt werden, dass städtepartnerschaftliche Praktiken den EU-europäischen Markt adressierten (vgl. Langenohl 2010: 47). In meiner Feldforschung stellt dies jedoch nur einen Aspekt städtepartnerschaftlicher Referenzen dar.

zusammenhaltsstiftende Prinzipien von Städtepartnerschaften bemüht, vielleicht nicht gänzlich umgedeutet, aber doch weiterentwickelt und in gewissem Sinne auch umgedreht und auf die eigene Stadt bezogen. Gegenwärtige Städtepartnerschaften werden hier zu arbeitsmarktpolitischen, stadtentwicklungspolitischen Hilfsmitteln einer Ruhrgebietskommune gemacht, wobei so sowohl EU-europäische als auch kommunal definierte Themen und Politikziele, nämlich gut ausgebildete Fachkräfte, eine gute Beschäftigungssituation und gute Chancen im globalen Standortwettbewerb zu haben, vorkommen. In diesem *assembling* kommunaler städtepartnerschaftlicher Akteure wird auch die spezielle Situation des Strukturwandels des Ruhrgebiets verhandelt.

Neben der Ausbildung einer „interkulturellen Kompetenz“ einzelner Bürgerinnen und Bürger sahen die Städtepartnerschaftsbeauftragten und kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ruhrgebiets noch einen anderen Mehrwert in europäischer städtepartnerschaftlicher Zusammenarbeit: „Und das ist wirklich eigentlich so der Weg, oben wird ein Rahmen gemacht und unten hilft man sich gegenseitig bei der Lösung von Problemen, die ganz unterschiedlich sein können.“ (ST2_1, 19.11.2008)

Ein weiteres Mal wird der europäisch-zusammenhaltsstiftende Grundsatz von Städtepartnerschaften also auch hier nicht nur als verbindend gedacht, sondern auch in eigener Sache gewendet, Europa zur stadtentwicklungspolitischen Ressource gemacht. Mit diesem *assembling* werde ich mich im nächsten Kapitel noch intensiver befassen.

In Bezug auf ruhrgebiets-polnische und ruhrgebiets-türkische Städtepartnerschaften im Besonderen ließen sich in den Aussagen der Städtepartnerschaftsbeauftragten des Ruhrgebiets auch leicht veränderte europäische Ausrichtungen ablesen. Während mit Blick auf ruhrgebiets-polnische Städtepartnerschaften immer noch eher allgemein „ein ganz wichtiger Beitrag zur europäischen Einigung“ (SP1_1, 27.11.2007) genannt wurde, wobei hiermit auch eine Vertiefung des EU-europäischen Einigungsprozesses gemeint sein kann, war es bei ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften ein viel strategischeres (EU-)europäisches Erweiterungsargument: „Wir führen im Prinzip diese Leute vor Ort, ob es die Kommune ist oder die Handelskammer ist oder ob es die Wirtschaft dort ist, eigentlich an Europa ein bisschen ein Stück weit näher heran.“ (ST2_1, 19.11.2008)

Zahlreiche Kommunen des Ruhrgebiets berichteten außerdem, ihre europabezogenen städtepartnerschaftlichen Aktivitäten zertifizieren zu lassen, um den „Europapreis“ des Europarats zu erhalten:

„Das ist also eine Anerkennung und Würdigung der Leistungen und der//für die Förderung des europäischen Gedankens. (...) Anerkennung, dass man sich für Europa engagiert, dass diese Stadt nicht eine einseitige Europapolitik betreibt, sondern dass man wirklich offen ist für alle europäischen Staaten, für die Beitrittsländer genauso, wie für die, die schon lange Europa angehören.“ (SP1_1, 27.11.2007)

Dass auch ein solcher Preis ebenso wie andere Ehren und Güter kein reiner Selbstzweck für Europa ist, sondern ebenso verändert und zum Wohl der eigenen Stadt eingesetzt werden kann, wird das folgende Kapitel zeigen.

5.2.4.3 „Hard projects“, „Soft projects“

Neben dem ehemaligen Städtepartnerschaftsbeauftragten von Miasto interviewte ich in der polnischen Partnerstadt auch seine Nachfolgerin. Beide Interviews vermittelte mir eine mir bekannte in die Städtepartnerschaft zwischen Erststadt und Miasto involvierte Erststädter Bürgerin, Ursula¹⁹⁹, auf die ich am Ende dieses Kapitels noch näher zu sprechen kommen werde. Ohne diesen „Vertrauensvorschuss“ wären intensivere persönliche Gespräche in einer längeren Form und zu einem gewünschten Termin wohl nur schwer möglich gewesen, obwohl die Städtepartnerschaftsbeauftragte von Miasto mir auch auf meine „blinde“ E-Mail-Anfrage hin geantwortet hatte. Die Interviews mit beiden Städtepartnerschaftsbeauftragten von Miasto fanden an einem Tag statt und gingen auch ineinander über. Sie war noch sehr neu im Geschäft, und die Städtepartnerschaftsarbeit machte auch nur einen Teil ihrer Aufgaben aus, während der ehemalige Städtepartnerschaftsbeauftragte, wie bereits geschrieben, die Funktion sehr lange und sehr intensiv ausgefüllt hatte. Das Gespräch mit ihr führte ich auf Englisch, da sie – im Unterschied zu ihrem Vorgänger – kein Deutsch sprach. Es fand in einem der repräsentativeren Amtsräume des Rathauses von Miasto statt (vgl. P6_1, 25.9.2008).

Noch bevor ich das Interview zunächst auf die Gründe der Städtepartnerschaft mit Erststadt lenken konnte, betonte die Städtepartnerschaftsbeauftragte, dass Städtepartnerschaften allgemein derzeit vor allen Dingen auf die Zielgruppe von Jugendlichen hin ausgerichtet sein und als übergreifende europäische Projekte

¹⁹⁹ Wie die Städtenamen sind auch alle Eigennamen, wie in der Einleitung bereits erwähnt, anonymisiert bzw. pseudonymisiert. Eine Übersicht befindet sich in der Tabelle in der Einleitung, eine detailliertere Beschreibung der Personen im letzten Abschnitt dieses Kapitels.

ermöglicht und so auch finanziert werden sollten: “I think that the main target of this twinning should be youth people, youth people from our countries and European projects can give us a chance to arrange much more activities than now.” (Ebd.)

Ähnlich wie die zuvor zitierten Städtepartnerschaftsbeauftragten der Ruhrgebietsstädte argumentierte sie auch mit einem möglichen kompetenzbildenden Effekt, der sich positiv auf die Lebensführung und zukünftige Berufschancen von jungen Menschen in der EU auswirken könne:

“It is a kind of preparation to our young persons for living in the European Union. (...) I think that we are producing ve//new value, kind of a young person, who is open for other nations, for other religions and who has the occasion to speak in other languages. I think that this exchange of young persons is a very, very important aim of our twinning. (...) Because the young persons are our future. And they should work in the common European market, labour market, and they have to have knowledge about the European Union especially about other countries, I think.” (Ebd.)

Auf die Frage, warum sie gerade diese (europäische) Art und Ausrichtung von Städtepartnerschaften bevorzuge, führte die Städtepartnerschaftsbeauftragte von Miasto die Situation Polens als immer noch relativ junges Mitgliedsland der Europäischen Union ins Feld: “[W]e are member of the European Union since, since four years.” (Ebd.) Außerdem machte sie eine Unterscheidung zwischen „hard projects, infrastructure“ (ebd.) and „soft projects“ (ebd.) und unterfütterte dies folgendermaßen: “I don’t like these soft projects because many money is blown in the wind. (...) I prefer these infrastructure projects. Because we are a too poor country, we are not too poor, we need, very, plenty of investments.” (Ebd.)

Gegenwärtige städtepartnerschaftliche Zusammenarbeit in Europa soll aus Sicht dieser polnischen Städtepartnerschaftsbeauftragten also generell, zumindest derzeit, in den Dienst arbeitsmarktpolitischer Entwicklungen gestellt, als Investition in die nachfolgende Generation und Zukunft des Landes begriffen und durch EU-europäische Projektmittel finanziert werden. Hier nannte sie insbesondere auch das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (vgl. ebd.). Dabei nehmen bürgerschaftliche städtepartnerschaftliche (EU-)Projekte im Vergleich zu anderen, strukturpolitischen (EU-)Projekten für sie einen weitaus geringeren Stellenwert ein, was sie mit dem Stand der wirtschaftlichen Entwicklung Polens begründet, dessen Weiterentwicklung sie ein Primat einräumt. Dies deckt sich in gewissem Sinne mit der Art, wie der Pole Marek Furmankiewicz aus wissenschaftlicher Sicht Städtepartnerschaften und andere Arten von Städtekooperationen beschreibt und klassifiziert (vgl. Furmankiewicz 2007: 358).

Möglicherweise zeigt sich darin eine Art neue polnische Erzählung von gegenwärtigen Städtepartnerschaften.

Als ich ein halbes Jahr später noch einmal Miasto besuchte, bekleidete eine junge Frau das Amt der Städtepartnerschaftsbeauftragten. Wenige Wochen nach dem Interview hatte meine ehemalige Interviewpartnerin die Abteilung gewechselt; sie hatte dem Hörensagen nach eine Stelle im kommunalen Wirtschaftsbereich angetreten (vgl. P6_1, 25.9.2008).

Auch in der Darstellung der Städtepartnerschaftsbeauftragten von Miasto ist Europa beziehungsweise der EU-europäische Integrationsprozess ein Grund und eine wesentliche Begründung für die Aufnahme und den Erhalt von Städtepartnerschaften von kommunaler Seite. Städtepartnerschaften jeglicher europäischer Kombination werden hier derzeit sehr offensiv und weitgehend ohne Rückbindung an einstige städtepartnerschaftliche Prinzipien als strategische Erfüllungsgehilfen EU-europäischer Integrations- beziehungsweise Vertiefungsziele sowie wirtschaftlicher Entwicklungsziele des Landes Polen begriffen. Die Städtepartnerschaftsbeauftragte bringt hier die im 4. Kapitel beschriebene Suche nach einer neuen (politischen) Identität Polens in Europa ebenso ein wie die ökonomisch schwierige Situation der Bevölkerung und wendet Städtepartnerschaften darauf hin an. Anders als bei den Ruhrgebietskommunen scheinen Städtepartnerschaften mit Blick auf die Städtepartnerschaftsbeauftragte von Miasto damit derzeit jedoch nicht nur für eigene kommunale, sondern auch für eigene nationale Politikziele und Herausforderungen gewendet zu werden. Ihr *assembling* ist möglicherweise auf die vergleichsweise starke politische Zentralisierung des Landes zurückzuführen. Europa bedeutet für die Städtepartnerschaftsbeauftragte von Miasto in erster Linie die Europäische Union, wobei die EU gleichzeitig sowohl Ressource als auch Referenzpunkt ihrer städtepartnerschaftlichen Arbeit ist.

Dass diese sehr strategische Sicht auf Städtepartnerschaften in einem sehr politischen Zusammenhang wie dem deutsch-polnischen nicht unstrittig ist, zeigt das Verhältnis des ehemaligen Städtepartnerschaftsbeauftragten von Miasto zu seiner Nachfolgerin. Sie vertreten in diesem Punkt völlig unterschiedliche und auch konfligierende Standpunkte. Hier werden das alte und das neue (und auch innerlich geteilte) Polen sowie eine noch

unsichere Zukunft des Landes ebenso wie einstige und derzeitige Ausrichtungen von Städtepartnerschaften durchaus konflikthaft verhandelt.

5.2.4.4 Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei

Şehir hatte im Zeitraum meiner Feldforschung keine Ansprechperson für Städtepartnerschaften, da in der türkischen Kommune gerade Wahlen gewesen waren und ein politischer Wechsel im Rathaus stattgefunden hatte und die Belegschaft weitgehend ausgewechselt worden war. Aus diesem Grund war es besonders schwierig, ein Interview mit einem Vertreter oder einer Vertreterin der Kommune zur Städtepartnerschaft mit Zweitstadt zu bekommen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltung von Zweitstadt versuchten zwar, mich von Deutschland aus nach Kräften bei der Suche nach einem Gesprächstermin zu unterstützen. Aber ich erhielt bis zu meiner Abreise keine Antwort. In Şehir begleitete ich dann die offizielle Delegation der Ruhrgebietsstadt bei ihrem Antrittsbesuch im Rathaus und hatte Gelegenheit, mit Hilfe einer sehr gut Deutsch sprechenden Mitarbeiterin der Hochschule von Şehir, Fatima, auf die ich ebenfalls am Ende dieses Kapitels noch näher eingehen werde, dem neuen Oberbürgermeister zumindest ein paar kurze Fragen zu stellen. Die Atmosphäre während dieses Besuchs war hoch offiziell. Die Ruhrgebietsdelegation wurde von ausschließlich männlichen Mitarbeitern der türkischen Kommune regelrecht durch das Rathaus eskortiert. Der Antrittsbesuch und die Gespräche selbst fanden dann in einem großen, holzgetäfelten Amtsaal mit türkischer Flagge statt. Der neue Oberbürgermeister saß auf einem thronähnlichen Holzstuhl und wandte sich mit Hilfe von Übersetzerinnen und Übersetzern sehr förmlich und reihum an alle Anwesenden. Meine Fragen wurden auf Türkisch übersetzt und die Antworten rückübersetzt (vgl. T3_1, 11.5.2009).

Als Hauptgrund, warum die Städtepartnerschaft mit Zweitstadt aus Sicht seiner Kommune wichtig sei, nannte der neue Oberbürgermeister von Şehir – laut eines Übersetzers – umgehend die angestrebte Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union. Die deutsche Partnerstadt könne dabei helfen, den Weg schrittweise zu bewältigen. Als weiteren wichtigen Grund gab er eine Zusammenarbeit im Bildungsbereich an (vgl. T3_1, 11.5.2009). Aus teilnehmender Beobachtung der Städtepartnerschaft vor und nach diesem Gespräch, an dem auch andere kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Şehir teilgenommen hatten, konnte ich außerdem

erfahren, dass den Vertreterinnen und Vertretern von Şehir auch stadtentwicklungspolitische und touristische Themen wichtig waren, beide jedoch auch häufig mit einem EU-europäischen Interesse verbunden (vgl. Feldnotizen Prot_T, 25.6.2009). Hierauf werde ich im nächsten und übernächsten Kapitel noch intensiver eingehen.

Auch aus Sicht von Şehir ist Europa beziehungsweise der angestrebte türkische Beitritt zur EU ein direkter Grund für die Aufnahme der Städtepartnerschaft mit Zweitstadt und wird hier mit der Städtepartnerschaft zusammengebracht. Wie im Fall von Miasto artikulieren auch Kommunalpolitiker von Şehir dies sehr direkt. Ähnlich wie von der Städtepartnerschaftsbeauftragten von Miasto wird die Städtepartnerschaft mit der Ruhrgebietsstadt hier für eigene kommunale, vor allem aber eigene nationale Politikziele eingesetzt, und das in sehr strategischer Art und Weise. Dieses *assembling* türkischer kommunaler städtepartnerschaftlicher Akteure entspricht dem zentralistischen Verhältnis zwischen den Kommunen und der Staatsregierung der Türkei. Mit Europa ist auch hier vor allen Dingen die Europäische Union gemeint; ein Beitritt zur EU ist derzeit ein wichtiges städtepartnerschaftliches Handlungsziel.

5.3 Finanzierung

5.3.1 Externe Mitteleinwerbung

5.3.1.1 „Ohne europäische Fördermittel könnten wir das nicht machen“

Neben den Gründen und Begründungen für ruhrgebiets-polnische und ruhrgebiets-türkische Städtepartnerschaften war auch deren Finanzierung immer wieder ein Thema in den Gesprächen mit den Städtepartnerschaftsbeauftragten aller befragten Städte. In den hier geführten Interviews wiesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl von Ruhrgebietskommunen als auch von der polnischen und der türkischen Kommune immer wieder auf die große Bedeutung von pekuniären Zusatzmitteln hin, um städtepartnerschaftliche Aktivitäten in Zeiten klammer Kommunalkassen finanzieren zu können. Die Städtepartnerschaftsbeauftragte von Erststadt erzählte mir beispielsweise, dass das Budget für die städtepartnerschaftliche Arbeit ihrer Kommune innerhalb von zehn Jahren um über 90 Prozent auf insgesamt nicht mehr als circa 10.000 Euro herunter gefahren worden sei (vgl. ExI_1, 16.10.2007). Damit lassen sich – je nach Entfernung und Größe der Gruppe – nicht einmal mehr die Reisekosten in eine

Partnerstadt angemessen decken. Die Unkosten müssen also aus den Töpfen anderer kommunaler Ressorts, durch die Partnerstädte oder durch die Einwerbung von Fördermitteln getragen werden.

Den Fördermitteln der Europäischen Kommission schrieben Städtepartnerschaftsbeauftragte der Ruhrgebietsstädte und der polnischen und türkischen Partnerstadt dabei eine wichtige Rolle zu:

„Ja, da sind wir auf Drittfinanzierung immer sehr stark angewiesen. Ich habe auch den Eindruck, das ist bei unseren Partnern auch so. Also, das, was wir jetzt mit der [Hochschule] machen, das sind im Regelfall immer EU-Projekte, die die dann von der Türkei aus gefördert bekommen und da habe ich auch den Eindruck, wenn das nicht wäre, würden viele Dinge nicht zustande kommen und eigentlich, meine//aus meiner Sicht ein sehr wichtiger Bestand.“ (SP5_1, 12.12.2007)

Genannt wurden von den Städtepartnerschaftsbeauftragten des Ruhrgebiets vor allem Programme wie „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ oder auch das eigentlich für Jugendaustauschmaßnahmen vorgesehene Programm „Jugend in Aktion“.²⁰⁰ Viele Städtepartnerschaftsbeauftragte des Ruhrgebiets hielten diese Mittel für gut und beschrieben deren Akquirierung insbesondere über das Programm „Jugend in Aktion“ als vergleichsweise einfach:

„Ja. Also, ohne europäische Fördermittel könnten wir das nicht machen, es ist einfach so, also, das ist nicht viel, das sind dann mal 15, 20.000 Euro, aber das ist eben sehr interessant, sehr wichtig, auch da Mittel in Anspruch zu nehmen. Da gibt es das Programm, ‚Jugend in Aktion‘ heißt das und das ist eigentlich auch so sehr, sehr praktikabel aufgebaut, man weiß, wie viel Geld man bekommt, wenn der Antrag genehmigt wird, das haben die sehr gut, sage ich mal, das ist sehr gut organisiert. Und die arbeiten auch an ihren Anträgen. Ich finde, das ist das praktikabelste Beispiel von EU-Mitteln, die es gibt im Gegensatz zu manchen Mitteln, die in Brüssel entschieden werden, die eben dann durch die Bürokratie laufen (...). Aber hier hat man sage ich mal dezentrale Mittel, dezentrale Verteilung, man hat hier in Köln einen Ansprechpartner beziehungsweise in Bonn, man ruft da an, man kriegt entsprechende verbindliche Auskunft und man kann also die Mittel auch entsprechend abrufen relativ zügig, also, das ist eigentlich ganz ordentlich gemacht.“ (SP11_1, 22.2.2008)

Förderprogramme der Europäischen Kommission mit einer einfachen Handhabung, guter Kalkulierbarkeit und persönlicher Erreichbarkeit werden von einigen Städtepartnerschaftsbeauftragten des Ruhrgebiets also gerne gewählt und durchaus als Arbeitserleichterung oder sogar Ermöglichung ihrer Arbeit angesehen.

²⁰⁰ Siehe Fußnote 140.

5.3.1.2 „Man muss immer lange im Voraus planen“

Andere kritisierten Fördermittel der Europäischen Kommission aber auch, vor allem, wenn dahinter aufwendige und langwierige Antragsverfahren stehen wie bei dem Programm „EfBB“, wie im letzten Kapitel beschrieben:

„Ja, das bedeutet einmal, bevor wir überhaupt eine Aktivität planen, muss die Finanzierung stehen und muss das Programm stehen und das fängt damit an, dass man wirklich eben in Europaprogramm(en) anfängt zu suchen, gibt es irgendwas, was da konform ist, passt das zu dem, was wir vorhaben und wie können wir das bestücken mit Personen, die das interessiert, die da teilnehmen an dieser Maßnahme. Dann muss ein Termin gefunden werden und entsprechend, (sie) haben sehr lange Vorlaufzeiten für diese Förderanträge, das heißt, ich fange jetzt schon an für 2008, 2009 diese Begegnungen so aufzustellen, dass ich schon weiß, Montag, Mittwoch, Donnerstag in jenem August passiert das und das, denn ohne diese lange Vorlaufzeit kommt man nicht an die Fördergelder und ohne diese lange Vorlaufzeit könnten wir die Begegnungen gar nicht bewerkstelligen. Wenn jetzt jemand spontan kommt und sagt, wir sind jetzt 20 Leute, wir wollen gerne Polen einladen, könnt ihr uns helfen, bin ich als Stadt gebunden an meinen Haushaltsplan, habe ich keine finanziellen Spielräume, dass ich sagen kann, ich kann da einen Zuschuss gewähren, weil die Vorlaufzeit von einem Jahr einfach eingehalten werden muss und das bedeutet für die tägliche Arbeit, dass man sehr, sehr vorausschauend planen muss, auch wenn das für viele nicht so ersichtlich ist, aber spontane Aktionen sind so gut wie überhaupt nicht möglich, wenn es darum geht, dass finanzielle Mittel benötigt werden. Man muss immer lange im Voraus planen, so ein bis zwei Jahre ist unser Zeitrahmen.“ (SP1_1, 27.11.2007)

Lange Vorarbeitszeiten und eine fehlende Flexibilität von entsprechenden Fördermitteln bemängelten auch weitere Städtepartnerschaftsbeauftragte des Ruhrgebiets, was in Einzelfällen sogar dazu geführt habe, dass man die Mittel gar nicht habe in Anspruch nehmen können. „Da ist der EU-Fördertopf, so flexibel ist der nicht. Die wollen das gerne immer schon fast ein Jahr im Voraus wissen, das wussten wir auch nicht.“

(SP4_1, 7.12.2007) Aber auch aus Gründen anderer damit verbundener Bedingungen erschienen Mitteln der Europäischen Kommission nicht allen

Städtepartnerschaftsbeauftragten als praktikabel: „[U]nd man kriegt 50 Prozent, muss sehr hohe Auflagen erfüllen, Dinge tun, die man gar nicht tun wollte, viel mehr Leute einladen.“ (SP3_1, 30.11.2007) Auch die Nachbereitungszeit wurde teilweise kritisiert:

„[U]nd auch im Nachhinein, die ganzen Nachweise, es müssen Originalunterschriften sein und Sie rennen hinter den Teilnehmern her, wenn Sie ne Veran//so wie jetzt in [Stadt] ne Veranstaltung hatten, da haben über 200 Leuten aus anderen Städten teilgenommen. Sie müssen von jedem einzelnen ne//die Unterschrift haben, wie lange der da war und die Anschrift und die Telefonnummer oder die Schule, weiß der Kuckuck was, ein Riesenaufwand.“ (SP4_1, 7.12.2007)

Die Einwerbung von Drittmitteln insbesondere der Europäischen Kommission ist also aus Sicht der hier befragten Städtepartnerschaftsbeauftragten des Ruhrgebiets auch mit

einem erheblichen Aufwand verbunden, und dieses Prozedere greift den Darstellungen zufolge nicht unerheblich in die städtepartnerschaftliche Arbeit ein. Es gibt Unterschiede zwischen den einzelnen Programmen. Aber eine sehr genaue zeitliche Abstimmung darauf, auch eine gewisse inhaltliche und strukturelle Anpassung, etwa hinsichtlich von Mindestteilnehmerzahlen oder einer Mindestzahl erforderlicher Partner, eine zeitintensive Nachbereitung und eine projektförmig organisierte Arbeit sind Folgen und werden auch als störend wahrgenommen. Die Inanspruchnahme von Finanzmitteln der Europäischen Kommission strukturiert also städtepartnerschaftliche Arbeit, verändert sie und wandelt sie. Zu den Effekten, die möglicherweise durch entsprechende Projekte für Europa entstehen, kommen andere im kommunalen Arbeitsbereich dazu. Hier wird in gewissem Sinne auch ein europäischer Grundsatz nach innen gewendet. Eine Europäisierung findet im Rahmen entsprechender Projekte nicht nur staatsgrenzenübergreifend, sondern als EU-Europäisierung auch in den Kommunen beziehungsweise den Einrichtungen der Antragsstellenden statt. Es stellt sich die Frage, was hier Mittel und was Zweck dieses *assembling* der Europäischen Kommission ist und ob diese Veränderungsprozesse im Sinne „europäischen Regierens“ (Europäische Kommission 2001b: 43) nicht auch angestrebt sind. Es scheint dabei jedenfalls nicht mehr nur um europäische, verbindende Effekte zu gehen, was auch bereits im 3. Kapitel deutlich wurde. Dazu passt auch der Satz, den eine Referentin für das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ einmal auf einer Informationsveranstaltung fallen ließ, die ich zusammen mit der Städtepartnerschaftsbeauftragten von Erststadt besuchte: „Die Formulare sind letztendlich darauf ausgerichtet, dass man verstanden hat, in welcher Untergruppe sich die Maßnahme befindet.“ (Feldnotizen Prot_P, 11.2.2009) Es geht also möglicherweise vor allen Dingen darum, sich in die Arbeitsroutinen der Europäischen Kommission einzuüben.

Manche Kommunen, wie zu Beginn meiner Feldforschung auch Zweitstadt, unterhalten sogar eigene EU-Arbeitsbereiche und -Servicebereiche mit eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, um über Ausschreibungen und Verfahren nicht nur zu städtepartnerschaftlichen Fördermöglichkeiten informiert zu sein. Darüber hinaus verfügen zahlreiche Förderprogramme der Europäischen Kommission, wie bereits erwähnt, auch über nationale Kontaktstellen wie das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (vgl. EfBB, Kontaktstelle Deutschland Online 2017; E2_1,

8.12.2009; E4_1, 13.9.2011). Deren engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reisen oft viele Tage im Jahr von Stadt zu Stadt und von Veranstaltung zu Veranstaltung, um die Programme bekannt zu machen und deren Antragsverfahren zu erläutern. Im Verbandsbereich gibt es das bereits erwähnte IPZ, das Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit. Dessen Belegschaft arbeitet sich in Förderprogramme hinein, die städtepartnerschaftliche Aktivitäten finanzieren können, gibt entsprechend Auskunft und unterstützt das Schreiben von Anträgen. Im Zusammenhang mit (nicht nur) städtepartnerschaftlichen Förderprogrammen bildet sich derzeit quasi ein eigener Dienstleistungsbereich heraus. Die Förderprogramme verändern also auch diese Landschaft und die Arbeit entsprechender Organisationen und Personen.

5.3.1.3 „Man muss eben versuchen, das eher andersrum zu machen“

Aber nicht nur eine Anpassung an EU-europäische Fördermittel wurde mir von Städtepartnerschaftsbeauftragten des Ruhrgebiets geschildert, sondern auch ein etwas freierer Umgang damit:

„Bisschen, ja, man muss, man muss seine eigene Idee haben, man darf nicht den Fehler machen, ein Programm nur nach den Mitteln zu gestalten, das wäre jetzt total falsch, man muss natürlich gucken, wie kann man die Schlagworte, die bei solchen Programmen immer wieder drin sind, das ist eben die Interkulturalität als Thema, wie kann man das in einem, in seinem Programm mit einbauen, aber jetzt nicht den Fehler machen, ich mache jetzt ein Programm Interkulturalität, nur weil das jetzt von der EU, von Brüssel gewollt ist und lasse meine eigene Idee außen vor. Man muss eben versuchen, dass eher andersrum zu machen. Man hat sein Programm, man hat seine Idee und versucht dann, diese Schlagworte irgendwo zumindest auf dem Papier mit einzubauen.“ (SP11_1, 22.2.2008)

Auch ein anderer Städtepartnerschaftsbeauftragter einer Ruhrgebietsstadt bekräftigte dies angesichts der Komplexität: „Aus dem Grunde kochen wir hier eigentlich schon eher unsere eigene Suppe.“ (SP4_1, 7.12.2007) Auch die kommunalen Akteure von Erststadt griffen, wann immer möglich, lieber auf einen ortsansässigen Unternehmer zurück, als externe Mittel einzuwerben. Auch wurde mehrfach geäußert, dass für die Beantragung anderer Mittel der Europäischen Union beziehungsweise der Europäischen Kommission durchaus auch einfach nur pro forma auf Partnerstädte zurückgegriffen worden sei, „dass also die EU bestimmte Projekte hat, wo sich Partner gesucht werden oder wo Partner gesucht werden müssen, und dann fragt man eben in den Partnerstädten nach“ (SP5_1, 12.12.2007).

Die hier befragten Städtepartnerschaftsbeauftragten des Ruhrgebiets wenden Fördermittel der Europäischen Union und Kommission also auch in eigener Sache und emanzipieren sich ein Stückweit von den Vorschriften. Entsprechende Mittel und Städtepartnerschaften werden also auch in diesem Fall an eigene kommunale Ziele anzupassen versucht, was nicht heißt, dass dabei die zuvor beschriebenen Effekte gänzlich ausbleiben. Ebenso können eigenständige Nutzungsweisen von Antragstellerinnen und Antragstellern auch in umgekehrte Richtung Auswirkungen haben.

5.3.1.4 „Dass wir die ja wirklich an Europa ranholen“

Für die polnische und die türkische Partnerstadt, Miasto und Şehir, schien die Akquirierung von Drittmitteln insbesondere der Europäischen Union und Europäischen Kommission hingegen einen gänzlich eigenen, kapitalen Wert zu haben, wie in dem Interview mit der Städtepartnerschaftsbeauftragten von Miasto bereits angedeutet wurde. Entsprechende Mittel bedeuteten hier sowohl finanzielle Möglichkeiten als auch eine Vertiefung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Auch für türkische städtepartnerschaftliche Akteure könnte dies möglicherweise zutreffen, wie die im folgenden Interviewausschnitt geschilderte Beobachtung zeigt:

„[S]o, aber dass wir die ja wirklich an Europa ranholen, in dem wir nämlich sagen, wir sind gerne bereit, euch profitieren zu lassen und sind gerne bereit, euch bei uns mit hinzunehmen, euch zu zeigen, wie leben wir, wie ist das Programm und sie auch mit unseren anderen Städtepartnerschaften zusammenzubringen. Wir haben ja ganz viele EU-Projekte und bei den EU-Projekten braucht man ja in der Regel immer drei bis vier andere Partner und da ist die Türkei sehr dran interessiert und wenn die rüberkommen, wir haben auch schon mit Gästen aus [Stadt] waren wir auch schon in [englische Partnerstadt] zum Beispiel, [Şehir] hat hier [englische Partnerstadt] getroffen.“ (ST2_1, 19.11.2008)

Einige Programme der Europäischen Union beziehungsweise der Europäischen Kommission sind also offen für türkische Partner, beziehungsweise mit einigen hat die Türkei auch Abkommen geschlossen, sodass ihre Bürgerinnen und Bürger darauf zugreifen und zumindest in Teilen auch ohne Mitgliedschaft und trotz schwieriger Visa-Verfahren an der Europäischen Union partizipieren können. Ich werde darauf im 7. Kapitel noch näher eingehen.

5.4 Akteure

5.4.1 Vielfältige Mitwirkende aus der Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft

Als letzten Punkt in diesem Kapitel beschäftige ich mich intensiver mit den Akteuren gegenwärtiger Städtepartnerschaften und ihres Wandels. Die Europäische Union beziehungsweise die Europäische Kommission sind Akteure von Städtepartnerschaften, wie im 3. und in diesem Kapitel bereits aufgezeigt und auch in anderen Forschungsarbeiten bereits beschrieben, etwa bei Julia Grosspietsch und anderen (vgl. Grosspietsch 2009; Köhle 2005; Langenohl 2015). Auch der RGR und weitere (kommunal-)politische Verbände sind dem Akteursspektrum zuzurechnen, ebenso wie kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Was aber in den meisten wissenschaftlichen Arbeiten und politischen Studien vernachlässigt wird und weshalb ich dem hier auch einen besonderen Raum einräumen möchte, sind städtepartnerschaftliche Akteure im zivilgesellschaftlichen und vor allen Dingen bürgerschaftlichen Bereich. Das Assemblage-Konzept ermöglicht es in besonderem Maße, städtepartnerschaftliche Akteure, auch solche, die bisher weniger aufgefallen sind, im Zusammenhang mit Städtepartnerschaften wahrzunehmen und die Aktivitäten verschiedener Akteure in Relation zueinander zu setzen. So sind auch materielle Gegenstände Akteure in Städtepartnerschaften, wie beispielsweise Geschenke, worauf im nächsten Kapitel noch intensiver eingegangen wird. Und auch immaterielle Regeln und Regularien, wie etwa die bereits angesprochene Visa-Pflicht für Türkinnen und Türken bei Einreise in die EU, wirken auf Städtepartnerschaften ein, was Thema des 7. Kapitels sein wird. In diesem Abschnitt wird sich aber zunächst vor allem damit beschäftigt, welche Akteure noch in den Kommunen und vor allen Dingen den Städten anzutreffen sind, was sie auszeichnet und wie sie ihr Engagement für Städtepartnerschaften derzeit begründen.

Neben Vertreterinnen und Vertretern und Mitgliedern aus den bekannten städtepartnerschaftlichen Vereinen gehörten aus Ruhrgebietsperspektive auch Personen aus städtischen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Schulen und aus Sportvereinen zu den städtepartnerschaftlichen Akteuren in meinem Forschungsfeld. Bei den ruhrgebiets-polnischen Städtepartnerschaften ließen sich überdies Akteure aus der freiwilligen Feuerwehr, der Polizei, sozialen Einrichtungen oder auch der Kirche finden. Bei den ruhrgebiets-türkischen waren es darüber hinaus auch Personen aus Migrant-

und Moscheevereinen und der türkischsprachigen Presse, auf die ich im Feld traf, sowie Repräsentantinnen und Repräsentanten von mittelständischen Wirtschaftsunternehmen und der Handelskammer.

Ebenso, wie in den Kommunalverwaltungen vor allem des Ruhrgebiets derzeit vielfältige Akteure mit Städtepartnerschaften befasst sind, ist auch in den Städten und Partnerstädten eine Reihe von Akteuren aus sehr unterschiedlichen Bereichen an der Städtepartnerschaft beteiligt und diese gestalten sie mit.

Im Fall des polnischen Miasto waren überwiegend Personen aus einer sozialen Einrichtung, einer Schule und einem Kulturverein in der Städtepartnerschaft aktiv. Was das türkische Şehir angeht, engagierten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Internationalen Büros der dortigen Hochschule für die Städtepartnerschaft ebenso wie der Inhaber eines Hotelunternehmens und der Vertreter der Handelskammer. Für alle schienen Städtepartnerschaften eine sinnvolle Anknüpfungsstelle zu sein. Einen Verein für Städtepartnerschaften gab es weder im Fall von Miasto noch von Şehir, nur Drittstadt und Erststadt hatten einen Städtepartnerschaftsverein und dort sowohl speziell für die entsprechende ruhrgebiets-polnische Städtepartnerschaft als auch – zu einem sehr späten Zeitpunkt meiner Feldforschung – in übergeordneter Funktion.²⁰¹

5.4.2 Leidenschaftlicher Einsatz

5.4.2.1 „Man muss ein Herz haben dafür“

Im Feld traf ich auf sehr unterschiedliche Personen, die in den Kommunen für Städtepartnerschaften arbeiteten. Es gab sowohl jüngere als auch ältere, sowohl Männer als auch Frauen. Einige wenige schienen eher reaktiv zu sein und waren vielleicht das, was man sich unter einer Verwaltungspersönlichkeit vorstellen würde. Die allermeisten aber agierten proaktiv und waren sehr engagiert. Unter den interviewten Städtepartnerschaftsbeauftragten sowohl des Ruhrgebiets als auch von Miasto waren zahlreiche, die städtepartnerschaftliche Arbeit nicht als Verwaltungsarbeit ansahen. Sie hielten es vielmehr für eine notwendige Voraussetzung für eine gelingende Städtepartnerschaft, dass man sich persönlich darin einbringe. Barbara, die Städtepartnerschaftsbeauftragte von Erststadt, beschrieb ihre persönliche Arbeitseinstellung so: „Also, ohne dem Engagement sähe es jetzt ein bisschen trauriger

²⁰¹ Siehe auch die Tabelle auf Seite 24f.

aus, mit meinem, ja, also, ich habe mich eigentlich auch auf diese Stelle beworben, weil mich Städtepartnerschaften interessieren, speziell.“ (ExI_1, 16.10.2007) Dass sie sich für diese Arbeit interessierte, nahm man ihr ohne Weiteres ab. Sie war eine sehr umgängliche, zugängliche Frau, eine neugierige und begeisterungsfähige obendrein, die in ihrer Freizeit Musik machte und eine Zeit lang im Ausland gelebt hatte. Während eines Abends mit Gästen aus den Partnerstädten ihrer Stadt, unter anderem aus Russland, stimmte sie zu später Stunde mit tiefer, voller Stimme einen deutschen Chanson an. Die Russinnen zeigten sich begeistert, applaudierten und sangen mit (vgl. Feldnotizen Prot_TW, 9.11.2007).

Auch Verwaltungsleiterinnen und Verwaltungsleiter des Ruhrgebiets schrieben den Städtepartnerschaftsbeauftragten bestimmte Qualitäten zu beziehungsweise setzten sie voraus:

„Hier ist diese Städtepartnerschaft von der Verwaltung ausgegangen, weil wir als Verwaltung gesagt haben, wir wollen es und weil der Anstoß aber aus der türkischen Ebene gekommen ist. Aber egal wie, es muss aber immer Leute geben, die dahinter stehen. Ich denke, dass ist auch jedem klar und wenn es nicht Leute gibt, die da auch mit Herzblut, mit viel Engagement und am Anfang auch mit Geld hinter stecken, dann ist das [nicht] möglich. Weil, wenn wir das jetzt hier so larifari angesiedelt hätten, dann hätte man sich einmal besucht, man hätte sich die Hand geschüttelt und dann wäre das alles wieder sehr schnell eingeschlafen, weil wir gerade festgestellt haben in den Jahren, wo diese Aufbauarbeit war, war ich glaube ich mindestens jeden Monat einmal in der Türkei und andere Mitarbeiter auch, der Oberbürgermeister auch.“ (ST2_1, 19.11.2008)

Der Referent des Oberbürgermeisters von Erststadt, der auch einst für Städtepartnerschaften zuständig war, formulierte die Anforderung an einen Städtepartnerschaftsbeauftragten folgendermaßen:

„Und, wie sie gerade sagte, man muss ein Herz haben dafür. Also kann man nicht jeden Verwaltungskollegen und Kollegin für diese Aufgabe nehmen. Ich denke, da muss man so ein bisschen sich engagieren und am Wochenende Zeit opfern, ohne dass jede Stunde aufgeschrieben wird. Also, da gehört ein bisschen mehr dazu. Und das kann auch nicht jeder. Das kann man auch nicht von jedem verlangen. Also, es ist auch wichtig, dass man da auch die richtigen Personen für diese Stelle findet und weil man ja auch für eine Akzeptanz kämpfen muss. Es ist eine freiwillige Leistung, und es gibt ja auch Kollegen, die fragen, warum macht ihr das eigentlich, warum fährt denn die Kollegin da hin, hat die nichts anderes zu tun in Zeichen knapper Kassen und wo jeder da ums Geld ringt.“ (ExI_1, 16.10.2007)

Auch der ehemalige Städtepartnerschaftsbeauftragte von Miasto bestätigte in einem anderen Zusammenhang:

„Das, das ist Zusammenarbeit zwischen Menschen aus diesen Städten, da muss man, es geht gut, es geht gut, wenn, wenn in zwei Städten ist, ich sage immer so, ein Idiot, welcher möchte, nicht zu gucken auf Geld, nicht zu gucken auf die Zeit, aber er möchte, dass es funktioniert, dass geht, dass die Arbeit wirklich geht weiter.“ (P7_1, 25.9.2008)

Wer für Städtepartnerschaften verantwortlich ist, bedarf aus Sicht der Interviewpartnerinnen und Interviewpartner zumindest des Ruhrgebiets und von Miasto einer starken Leistungsbereitschaft, sogar einer gewissen Leidenschaft für die Aufgabe, einer altruistischen Grundeinstellung – auch angesichts knapper Kassen kann die Arbeit oft nicht entsprechend entlohnt werden – und auch einer Bereitschaft, sich mit der Tätigkeit zu identifizieren und sich ihr mit der ganzen Persönlichkeit zu widmen. Es verbindet sich damit mit Städtepartnerschaften also auch ein durchaus spezifisches Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerprofil. Und nicht umsonst werden Entwicklungen und Errungenschaften von Städtepartnerschaften gerne auch entlang von Personennamen erzählt, wie dies in meiner Feldforschung immer wieder der Fall war.

5.4.2.2 „Eine sehr europäische, persönliche Einstellung“

Eine zuvor bereits erwähnte Städtepartnerschaftsbeauftragte einer Ruhrgebietsstadt erzählte mir, wie sie privat Gäste aus den Partnerstädten zu begrüßen pflege: „Bei mir zu Hause gibt es drei Fahnenmasten, und im Sommer hängen da immer Fahnen dran, eine europäische, eine deutsche und die Fahne des Gastes, der gerade da ist.“ (SP8_1, 25.1.2008) Ein anderer Städtepartnerschaftsbeauftragter sagte:

„Und darin sehe ich die größten Vorteile, dass man vor dem Hintergrund auch einer persönlichen Einstellung, einer sehr europäischen, persönlichen Einstellung hier die Möglichkeit hat, in der Praxis Hilfestellungen zu leisten und letztendlich damit eben halt auch Bemühungen eines menschlichen Mit//mitmenschlichen Miteinanders unterstützen kann.“ (SP6_1, 3.1.2008)

Viele der Städtepartnerschaftsbeauftragten nicht nur des Ruhrgebiets äußern sich also auch als überzeugte Europäerinnen und Europäer. Hier wird auch wieder eine Rückbindung an einstige europäisch-zusammenhaltsstiftende städtepartnerschaftliche Prinzipien betrieben.

5.4.2.3 „Eine Brücke zwischen den beiden Volksgruppen“

Darüber hinaus waren unter den kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor allen Dingen in ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften auch viele Migrantinnen und Migranten tätig. Ein Mitarbeiter, der für die Kommunalverwaltung von Zweitstadt

zahlreiche Übersetzungsaufträge erfüllte, stellte sich und seine Arbeit im städtepartnerschaftlichen Umfeld folgendermaßen vor:

„Also, mein Name ist [Name], und da ich türkischer Staatsbürger bin und auch in der Türkei groß geworden und (da) auch zur Schule gegangen bin, beherrsche ich auch meine Muttersprache perfekt, genauso, wie auch die deutsche Sprache, die mittlerweile auch meine zweite Heimat geworden ist, Deutschland, und (...) bin ich hier mit dabei, also im Boot und helfe in den Bereichen bei der Stadtverwaltung, also gerade hier im Amt für Integration, bei dieser Integrationsarbeit, das was hier in [Zweitstadt] momentan abläuft, besser zu gestalten. Und bilde hierbei mit meinen zwei Sprachen, also, Deutsch und Türkisch, und auch die Kenntnisse der beiden Kulturen, bilde hierbei eine Brücke zwischen den beiden Volksgruppen und gebe dann sozusagen, wenn es nötig ist, meine Kenntnisse dann weiter, damit in beiden Städten, die mittlerweile auch jetzt, [Zweitstadt und Şehir], also Partnerstädte geworden sind, Arbeit einen besseren Ablauf kriegt und dass man sich gegenseitig besser versteht, warum, weshalb, das und dies warum so ist, also, kurz gesagt, ist das meine Arbeit.“ (ST1_1, 18.7.2008)

Die Kompetenzen, die sich der kommunale Mitarbeiter hier zuschreibt, sprachlich und „kulturell“ versiert zu sein und eine Mittlerrolle in der staatsgrenzenübergreifenden Zusammenarbeit einnehmen zu können, ist eine bekannte Figur im deutschen integrationspolitischen und kommunalpolitischen Zuwanderungsdiskurs, wie ihn auch Kommunalverbände rezipieren (vgl. Spengler/Statz 2011). Migrantinnen und Migranten oder ihre Nachfahren bekommen häufig entsprechende Qualitäten zugesprochen, setzen sie aber auch selbst als Kapital ein. Die hier beschriebene Person ist auf ihre Tätigkeit sehr stolz, ebenso wie auf eine Anstellung bei der Kommune. Das war dem Mitarbeiter mehrfach deutlich anzumerken. Auch der Volkskundler Hans-Werner Retterath hat ein verstärktes Vorkommen von Migrantinnen und Migranten in der städtepartnerschaftlichen Zusammenarbeit beobachtet und empfohlen (vgl. insb. Retterath 2011). Anders, als sie als „kulturelle Dolmetscher“ (ebd.: 471) oder „vernachlässigte[] Ressource“ (ebd.: Titel) zu betrachten, interessiert mich jedoch vielmehr, wie sie selbst die gegenwärtigen Städtepartnerschaften mit gestalten und sich auch aneignen. Ich werde darauf im weiteren Verlauf noch genauer eingehen.

5.4.3 Biografische Projekte

5.4.3.1 „Ich habe vielleicht auch so nen Familienauftrag gekriegt“

Neben den Städtepartnerschaftsbeauftragten sind Vertreterinnen und Vertreter oder Mitglieder von Städtepartnerschaftsvereinen sowie engagierte Einzelpersonen aus den Städten zentrale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und Akteure. In meinem Feld bin ich, sowohl was das Ruhrgebiet als auch die polnische und türkische Partnerstadt betrifft, auf zahlreiche entsprechende Persönlichkeiten gestoßen. Auch

darunter waren sowohl Männer als auch Frauen (Männer jedoch häufiger auf den wenigen zu vergebenden offiziellen Posten wie beispielsweise als Vereinsvorsitzer). Im Unterschied zu den Städtepartnerschaftsbeauftragten waren diese zivilgesellschaftlichen Akteure oder Einzelpersonen häufig ähnlichen – älteren – Alters.

Im Folgenden stelle ich einige zentrale Personen von Erststadt, Miasto, Zweitstadt und Şehir detaillierter vor und arbeite heraus, warum und wie sie sich für Städtepartnerschaften engagieren beziehungsweise wie sie ihr in der Regel ehrenamtliches Engagement begründen:

Die während meiner Feldforschung etwa 60-jährige Lehrerin Ursula hatte polnische Großeltern, die schon um 1900 ins Ruhrgebiet gekommen waren. Zudem war eine ihrer früheren Klassenkameradinnen Polin gewesen. 2003 fuhr Ursula im Rahmen einer städtepartnerschaftlichen Reise zuerst nach Russland und anschließend erstmals nach Polen („es wollte ja keiner nach Polen vor 20 Jahren oder vor 30 Jahren“ (BSP2_1, 7.9.2008)). Auf diesem Wege wollte sie als gerade nach Erststadt Gezogene in erster Linie Menschen aus ihrer Stadt kennen lernen. Für Polen begann sie sich erst im Anschluss verstärkt zu interessieren und freundete sich mit Agnieszka, ebenfalls Lehrerin, von Miasto an: „Und dann bin ich das zweite Mal im Sommer hingefahren, und da gab es so nen Knackpunkt da irgendwie, (...) ich hatte so=nen Gefühl, so, hier gehör' ich hin.“ (Ebd.) Mit der neuen polnischen Freundin startete sie schon bald gemeinsame Schulprojekte, finanziert über das ehemalige schulische Austauschprogramm COMENIUS²⁰² der Europäischen Kommission. Um Agnieszka bei Besuchen nicht immer zur Last zu fallen, aber häufiger dort sein zu können, mietete Ursula eine kleine Wohnung in Miasto. Darüber hinaus stellten die Freundinnen auch ein städtepartnerschaftliches Austauschprojekt speziell für Frauen aus den beiden Partnerstädten auf die Beine und beteiligten sich an einem „TWINS2010“-Projekt zur Kulturhauptstadt Europas „RUHR.2010“. Über ihr Engagement sagte sie: „[I]ch habe vielleicht auch so nen Familienauftrag gekriegt.“ (Ebd.) Alle Aktivitäten führten Ursula und Agnieszka eigenständig und nicht im Rahmen des Erststädter Städtepartnerschaftsvereins durch. Neben anderen Reizen war Polen für Ursula auch „ein bisschen exotisch“ (ebd.).

²⁰² Siehe hierfür auch das 7. Kapitel, Fußnote 210.

Tomasz war weit über 60 Jahre alt und ein pensionierter Erdkundelehrer von Miasto. Tomasz war Sohn ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter und hatte mit seiner Familie unter der Nazi-Gewaltherrschaft auch eine Zeit lang in einem Arbeitslager gelebt, wo ihm verboten wurde, Polnisch zu sprechen. Auf Anregung des Vorsitzenden des Erststädter Städtepartnerschaftsvereins kam er 2007 nach Erststadt, um in einer Schule als Zeitzeuge von seinen Erfahrungen zu berichten. Tomasz wollte auf diese Art dazu beitragen, dass die Geschichte nicht vergessen werde (vgl. P2_1, 22.9.2008).

5.4.3.2 „Die Deutschen sind für mich sehr wichtig“

In Miasto war meine Hauptansprechperson Agnieszka. Sie war etwa Ende 30, Mutter von drei Kindern und Deutschlehrerin. Über ein Praktikum in einem Kindergarten, das der Vorsitzende des Erststädter Städtepartnerschaftsvereins ihr vermittelt hatte, kam sie zum ersten Mal nach Erststadt. Agnieszka sah darin für sich eine große Chance, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern und zu lernen, wie eine solche Einrichtung in einem anderen Land funktioniert. Sie hielt die Städtepartnerschaft für eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sie als polnische Staatsbürgerin überhaupt in den Genuss einer solchen Option in Deutschland gekommen sei. In den städtepartnerschaftlichen Projekten mit Ursula engagierte sie sich, weil sie nicht nein sagen könne, wie sie mit einem Augenzwinkern sagte (vgl. P5_1, 24.9.2008).

Fatima, damals Mitte 30, war die Tochter türkischer Migranten. Sie hatte viele Jahre in Deutschland gelebt und war dort auch zur Schule gegangen, bevor sie in die Türkei zurückkehrte. Diese Vergangenheit und die immer noch bestehende intensive Beziehung zu Deutschland waren für sie ein Hauptgrund, sich im Rahmen der ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaft zwischen Zweitstadt und Şehir zu engagieren:

„Also, als ich Gastarbeiterkind war, kann ich sagen, also, die Deutschen sind für mich sehr wichtig, weil ich fühle mich, wenn ich nach Deutschland komme, wie zu Hause und die nehmen mich wirklich wie ein Freund, also, das gefällt mir. Und ich denke, dass muss sich auch hier in [Zweitstadt], auch in [Şehir] mit den anderen Menschen auch verbreiten, nicht nur zwischen einigen Leuten bleiben, sondern zu den anderen Firmen, Betrieben, oder Stadt, Handelskammer, alle sollen hier mitmachen. Also allein, also, ich ka//denke immer, ich bin hier heute da und morgen kann hier mich vielleicht niemand finden, aber Partnerschaft und Freundschaft muss ja irgendwie immer lebendig sein.“ (T8_1, 13.5.2009)

Fatima arbeitete in der Hochschule von Şehir und dort als Mitarbeiterin im Internationalen Büro. Sie übernahm im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Zweitstadt häufig – unentgeltlich – die Rolle einer Übersetzerin. Darüber hinaus vermittelte sie mit Mitteln des ERASMUS²⁰³-Förderprogramms zahlreiche Studierende und Hochschulmitarbeiterinnen und -mitarbeiter auch an Zweitstädter Partnereinrichtungen.

Auch Gülcan, eine Freundin von Fatima, wuchs als Kind türkischer Migranten in Deutschland auf, hat aber später in der Türkei studiert. In Şehir leitete sie recht erfolgreich ein mittelständisches Exportunternehmen. Ähnlich wie Fatima empfand auch sie eine nach wie vor enge emotionale Verbindung zu Deutschland und leitete daraus ihre Motivation, aber auch eine besondere Kompetenz und sogar eine gewisse Verpflichtung ab, die Städtepartnerschaft im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen und damit auch die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei weiter voranzubringen. Sie versuche hier, geschäftliche Beziehungen zu stiften und hat während meiner Feldforschung Kontakt zu einer Zweitstädter Unternehmerin aufgenommen (vgl. T4_1, 11.5.2009).

Wie diese kurzen Portraits von zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteuren des Ruhrgebiets, der polnischen und der türkischen Partnerstadt zeigen, bilden bei vielen von ihnen persönliche Umstände die Basis für ein städtepartnerschaftliches Engagement. Während Bürgerinnen und Bürger des Ruhrgebiets vor allen Dingen familiäre Bezüge insbesondere nach Polen als Begründung angeben, Bürgerinnen und Bürger von Miasto historische und berufliche, sind es bei den Personen von Şehir eigene Migrationserfahrungen. Städtepartnerschaftliches Engagement ist hier also vielfach biografisch motiviert und scheint eine Möglichkeit zu bieten, die eigenen Beziehungen zum anderen Land aufzuarbeiten oder auch produktiv daran anzuknüpfen. Das *assembling* dieser Personen wendet das Format biografisch. Wenn man so will, wird das Interesse am anderen Land, wird „Völkerverständigung“ hier zum Verstehen auch der eigenen Herkunft, aber auch als Vermittlungsauftrag umgewandelt. Deutlich wird auch, dass auf Seiten der ruhrgebiets-polnischen Städtepartnerschaft viele Bürgerinnen und Bürger engagiert sind, auf Seiten der Städtepartnerschaft zwischen Zweitstadt und Şehir sind es bislang noch kaum welche beziehungsweise eher Funktionstragende.

²⁰³ Siehe hierfür auch das 7. Kapitel, Fußnote 210.

5.5 Zwischenfazit

In diesem Kapitel habe ich mich mit Wandelsprozessen und Wandlungspraktiken bezogen auf die Begründung, Finanzierung und Akteure gegenwärtiger ruhrgebiets-polnischer und ruhrgebiets-türkischer Städtepartnerschaften beschäftigt. Im Zentrum stand dabei das *assembling* entsprechender, hier überwiegend kommunaler städtepartnerschaftlicher Akteure im Zeitraum der Feldforschung.

Dabei zeigt es sich, dass insbesondere Neugründungen, Finanzierungsweisen und ein Mitwirken an Städtepartnerschaften von den Akteuren aller drei Länder in dieser Zeit mit zahlreichen kommunalen, nationalen, EU-europäischen, globalen und persönlichen Herausforderungen verbunden sind und verbunden werden und dass dabei einstige Gründungsargumente und Prinzipien von Städtepartnerschaften verändert werden, ebenso wie die Ausrichtung des Formats.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ruhrgebietskommunen verbinden insbesondere Neugründungen von Städtepartnerschaften mit türkischen Städten, aber nicht nur ruhrgebiets-türkische Städtepartnerschaften mit integrationspolitischen, arbeitsmarktpolitischen und stadtentwicklungspolitischen Überlegungen. Dabei wenden sie einstige städtepartnerschaftliche Prinzipien neu, sodass Städtepartnerschaften für derzeitige kommunale ruhrgebietstypische Herausforderungen wie Migration, demografischer Wandel und veränderte Anforderungen an zukünftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer passen und darauf reagieren können. Aus „Völkerverständigung“ wird beispielsweise „interkulturelle Verständigung“, aus „Friedenssicherung“ „innere Sicherheit“ gemacht, Europa auf den EU-europäischen Arbeits- und Binnenmarkt bezogen. Auch in weniger deutlichen Momenten zeigen sich Rückbezüge zu einstigen städtepartnerschaftlichen Prinzipien, was sowohl legitimatorische als auch normative Gründe haben kann. Ihr *assembling* führt jedoch nicht nur zu Bedeutungsveränderungen von Städtepartnerschaften und einzelner ihrer Elemente, sondern hat auch weitergehende soziokulturelle Folgen. Denn gegenwärtige Städtepartnerschaften werden von kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ruhrgebietsstädte auch insgesamt neu ausgerichtet und – mit entsprechender Bedeutungsverschiebung des Partnerschaftskonzepts – zu Governance-Partnern für die Erledigung eigener, überwiegend integrationspolitischer Aufgaben gemacht und auf die

eigene Bevölkerung bezogen. Dabei treten auch vereinzelt Konflikte auf und verändern sich Rollenaufteilungen zwischen Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern.

Auch seitens der polnischen und türkischen Partnerstadt erfahren Städtepartnerschaften im Zeitraum der Feldforschung einen Wandel. Hier werden sie im Fall von Miasto jedoch weitaus direkter für wirtschaftliche Entwicklungsprozesse und sowohl bei Miasto als auch bei Şehir für Prozesse mit dem Ziel der Vertiefung beziehungsweise Erreichung einer EU-Mitgliedschaft mobilisiert und somit eher für nationale Politikziele. Auf der polnischen Seite führt diese Neuausrichtung ebenfalls zu Konflikten, aus der türkischen Perspektive scheint eine strategische Betrachtung von Städtepartnerschaften eher als normal begriffen zu werden. Dies ist wahrscheinlich mit unterschiedlichen normativen Behandlungen des Formats zu erklären und auch mit der Dauer der jeweiligen Städtepartnerschaft.

Weiterhin zeigen die Momentaufnahmen in diesem Kapitel, dass finanzielle Zusatzmittel in den Partnerstädten aller drei Länder wesentliche und notwendige Triebfedern gegenwärtiger Städtepartnerschaften sind. Hierbei kommt vor allen Dingen Förderprogrammen der Europäischen Kommission eine gestiegene Bedeutung zu. Für die türkische Kommune stellen diese eine Chance dar, in ausgewählten Fällen und Feldern auch ohne Mitgliedschaft an der EU partizipieren zu können. Diese Mittel können städtepartnerschaftliche Arbeit im Sinne einer Projektförmigkeit, Multilateralität oder Themensetzung auch verändern und schon im Antragsverfahren EU-europäisieren. Einzelne Kommunen des Ruhrgebiets gehen damit aber auch sehr selbstbewusst um und ordnen die Mittel mehr ihren eigenen Zielen und Prioritäten unter.

Schließlich macht eine nähere Betrachtung von kommunalen, zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Akteuren in diesem Kapitel auch deutlich, dass sich die städtepartnerschaftliche Akteurslandschaft vervielfältigt und dass entsprechende Personen sowohl des Ruhrgebiets als auch der polnischen und türkischen Partnerstadt ihr Engagement häufig lebensgeschichtlich begründen. So lässt sich für das Kapitel und das *assembling* entsprechender Akteure insgesamt festhalten, dass gegenwärtige Städtepartnerschaften bei aktualisierten Prinzipien für den Forschungszeitraum gesprochen eine kommunale Governance-Orientierung und Innenwendung erfahren.

6. Austausch – Positionierung im globalen Standortwettbewerb

In diesem Kapitel werden Wandelsprozesse und Wandlungspraktiken sowie Folgen des *assembling* ruhrgebiets-polnischer und ruhrgebiets-türkischer städtepartnerschaftlicher Akteure bei Geschenkübergaben und Wissenstransfers betrachtet. Auch diese beiden städtepartnerschaftlichen Elemente beziehungsweise Tätigkeitsfelder spielen in meinem Forschungsfeld eine große Rolle und werden von den städtepartnerschaftlichen Akteuren aller drei Länder immer wieder erwähnt. Sie stellen übergreifende und zentrale Betätigungsfelder gegenwärtiger Städtepartnerschaften dar und verweisen auf Austausch als eine typische Aktivität in ihrem Rahmen, weshalb das Kapitel auch entsprechend betitelt ist.

Hinter dem Konzept des Austauschs in Städtepartnerschaften steht die Idee des wechselseitigen Kennenlernens und Zusammenwachsens im kommunalen beziehungsweise städtischen Bereich. Andere Sichtweisen und Herangehensweisen sollen bekannt und erfahren, Gemeinsamkeiten entdeckt werden und dabei soll auch der eigene Horizont erweitert werden. So wünschten städtepartnerschaftliche Vordenker wie Jean Bareth, verfeindete Völker und Europa enger zusammenzubringen und Frieden zu stiften, und empfahlen Austausch prinzipiell allen Akteuren einer Stadt in sämtlichen Bereichen (vgl. Bareth 1953: 25). Für die Kommunen sollte Austausch auch wechselseitige Unterstützung und Problembewältigung beinhalten (vgl. ebd.: 16). Im Laufe der weiteren städtepartnerschaftlichen Entwicklungen wurde daraus immer mehr auch ein Austausch von Gütern, Wissen und Erfahrungen, wie auch im 3. Kapitel bereits nachgezeichnet, und dies wurde insbesondere von der Europäischen Kommission weiter aufgegriffen und forciert. Der einstige Grundsatz des europäischen Zusammenwachsens wurde dabei jedoch nie aus den Augen verloren. Austausch ist somit eine schwerpunktmäßige städtepartnerschaftliche Aktivität und Praxis zugleich. In jedem Fall ist städtepartnerschaftlicher Austausch vom Ideal her auf Gegenseitigkeit angelegt. So sieht es auch Andreas Langenohl, der in diesem Zusammenhang auch von bestimmten städtepartnerschaftlichen „ethics of exchange“ (Langenohl 2015: 220) spricht.

Dieses Kapitel wird sich um den gegenwärtigen Wandel von Städtepartnerschaften beim Austausch von Geschenken und in Momenten des Wissenstransfers am Beispiel der ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften drehen. Dabei interessiert mich vor allen Dingen, wer was austauscht, mit welchen Folgen, wo Möglichkeiten und Grenzen des Transfers liegen, und auch, wie Europa dabei verhandelt wird. Da es beim Austausch immer um aufeinander bezogene Handlungen geht, in die alle Beteiligten involviert sind, und dies auch ein übergreifendes Thema in allen hier betrachteten gegenwärtigen Städtepartnerschaften ist, wird in diesem Kapitel auch nicht nach unterschiedlichen Länderperspektiven gegliedert. Es wird aber gekennzeichnet und verdeutlicht, welcher Partner gerade agiert. Im Unterschied zum vorangehenden Kapitel basieren die hier zusammengestellten Daten überwiegend auf teilnehmender Beobachtung der entsprechenden gegenwärtigen Städtepartnerschaften von Erststadt und Miasto, Zweitstadt und Şehir sowie von Drittstadt und seiner türkischen Partnerstadt, wobei die Momentaufnahmen in allen drei Ländern gesammelt wurden. Auch wird dieses Kapitel verstärkt zivilgesellschaftliche städtepartnerschaftliche Akteure berücksichtigen.

6.1 Geschenkübergaben

6.1.1 Beziehungspflege

6.1.1.1 „Nicht so westlich da rüberkommen“

In Vorbereitung auf eine von Ursula, der deutschen, und Agnieszka, der polnischen Lehrerin im Zusammenhang mit ihrem Frauenaustauschprojekt organisierte Reise von Erststädter Bürgerinnen nach Miasto nahm ich an einem Gespräch über die Wahl des „richtigen“ Gastgeschenks teil. Die Reise sollte vor allem dem Kennenlernen von Frauen aus beiden Partnerstädten entlang ihrer beruflichen und persönlichen Interessen dienen und das Gastgeschenk gleich zu Beginn des Besuchs übergeben werden. Das Gespräch fand im kleinen Kreis der etwa fünf von Erststadt mitreisenden Frauen im Ratskeller von Erststadt an einem Nachmittag kurz vor der Abreise statt. Ursula, die Miasto schon häufiger besucht hatte, beriet die zum ersten Mal dorthin Reisenden. Das Ziel war, etwas auszuwählen, das den Frauen von Miasto Freude mache und das es auf polnischer Seite nicht gebe, ohne jedoch zu dick aufzutragen oder Überlegenheit auszustrahlen oder an alte „Ostzeiten“ zu erinnern. Ursula kommentierte und moderierte die einzelnen Vorschläge und versuchte, angemessene Mengen zu finden und

Stolperfallen zu vermeiden. „Das ist nicht mehr so wie früher“, „das haben sie auch, aber sie freuen sich trotzdem darüber“, „wir wollen ja auch nicht so westlich da rüberkommen“, riet sie von manchen Vorschlägen ab. Die Frauen einigten sich schließlich auf Kaffee und Schokolade (vgl. Feldnotizen Prot_P, 14.4.2009).

In dem Gespräch debattieren die Mitreisenden darüber, welches Gut beziehungsweise welche Güter sich als Geschenke und für eine Übergabe an Vertreterinnen von in diesem Fall überwiegend zivilgesellschaftlichen polnischen Einrichtungen und Einzelpersonen in der Partnerstadt am besten eignen. Dabei achtet die Reiseleiterin besonders darauf, die polnischen Partnerinnen und Partner nicht zu pikieren. Die Geschenke sollen zwar originell sein und ein Zugewinn, aber sowohl ein richtiges Maß haben als auch den richtigen Ton treffen. In jedem Fall soll vermieden werden, ungleiche Lebensverhältnisse oder ökonomische Unterschiede zu stark zu thematisieren oder festzuschreiben. Die Reisenden finden mit den Lebens- und Genussmitteln schließlich eine Lösung, die sie für hochwertig und unverfänglich genug halten und mit denen sie den Besuchten von Miasto einfach Freude bereiten wollen. Hier werden alte wirtschaftliche Ost-West-Differenzen und Missverhältnisse verhandelt und reflektiert. Dass die Wahl ausgerechnet auch auf das Konsumgut Kaffee fällt, eigentlich das Klischeegeschenk der ehemals von kommunistisch-kapitalistischen Gegensätzen geprägten Ost-West-Beziehungen, trägt eine gewisse Ironie in sich. Es ist aber vielleicht auch ein Zeichen eines zumindest in diesem Fall inzwischen weitgehend normalisierten und souveränen Umgangs mit diesem Teil der Vergangenheit, obwohl so ein kleiner Teil davon auch erhalten wird. Außer, dass sie eine Besonderheit für die polnischen Gastgeberinnen darstellen sollen, sollen diese Geschenke und Güter also gute, angeglichene und aufgeklärte Beziehungen zu den Bürgerinnen der Partnerstadt sowie Freundlichkeit und Höflichkeit demonstrieren und pflegen.

6.1.2 Türöffner

6.1.2.1 Türkischer Honig

Eine andere Momentaufnahme stammte von einem Besuch von Gülcan, der türkischen Unternehmerin und Rückkehrerin, in Zweitstadt, bei dem sie auf eigenen Wunsch hin mit Vertreterinnen und Vertretern der in der Ruhrgebietsstadt ansässigen Industrie- und Handelskammer (IHK) bekannt gemacht und zusammengebracht wurde. Auch sie überreichte Geschenke, ein Bild mit silbernen Pferden darauf und Türkischen Honig,

die bekannte türkische Süßware aus weißem Nougat. Ein Gegengeschenk seitens der Mitarbeiter der Handelskammer gab es nicht, dafür Getränke und einen Dank im Namen der IHK (vgl. Feldnotizen Prot_T, 25.5.2009).

Die Wahl und Übergabe des Geschenkguts hier erscheinen anders als im ersten Beispiel, aber ebenso sorgfältig ausgesucht. Gülcan überreicht den Wirtschaftsvertreterinnen und Wirtschaftsvertretern des Ruhrgebiets typische türkische Produkte, die in ihrer Perspektive und aus der Perspektive ihres Landes heraus einen besonderen Wert haben. Die Süßware ist sogar ein nicht nur in der Türkei sehr beliebtes, sondern auch in anderen Ländern erfolgreiches türkisches Exportgut. Die Geschenke haben mindestens eine doppelte Botschaft. Sie sollen Achtung und Wertschätzung ausdrücken und dazu dienen, gute Beziehungen einzuleiten. Gleichzeitig transportieren sie auch eine ökonomische Botschaft. Gülcan nutzt die Städtepartnerschaft, bringt Geschäftliches ein und präsentiert sich mit den Gütern auch als potenzielle Handelspartnerin eines wirtschaftlich florierenden Landes und knüpft Hoffnungen an zukünftige Geschäftsbeziehungen daran.

6.1.3 Statements

6.1.3.1 Der Stadt ihr Bestes zeigen

Noch einmal anders gestalteten sich Geschenkübergaben zwischen kommunalen städtepartnerschaftlichen Akteuren bei verschiedenen offiziellen Besuchen. Die folgende Szene spielte sich am Ende eines mehrtägigen Besuchs von kommunalen Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Partnerstädte in Erststadt ab. Erststadt hatte zu den Feierlichkeiten eines alljährlichen Erntefestes mit dem Namen einer bestimmten Gemüsesorte eingeladen. Nach dem gemeinsamen Essen und Buffet folgte die Überreichung von Geschenken, ungewöhnlicherweise hier am Ende des Treffens. Erststadt verschenkte ein liebevoll verpacktes Paket mit Wein, Süßigkeiten und einer Spardose in der entsprechenden Gemüseform. „Alles hat mit [Erststadt] zu tun“, wie Barbara, die Städtepartnerschaftsbeauftragte von Erststadt später erklärte. Vertreterinnen und Vertreter der russischen Partnerstadt übergaben Süßigkeiten und unter anderem eine Wollmütze an den ehemaligen langjährigen Oberbürgermeister von Erststadt in einer Tüte mit Stadtwappen. Vom polnischen Miasto gab es einen Bildband, ebenfalls in einer Tüte mit Stadtwappen. Die ostdeutsche Partnerstadt überreichte einen

Fresskorb. Die einzelnen Städte beschenkten sich auch untereinander (vgl. Feldnotizen Prot_P, 5.9.2008).

In diesem Beispiel werden Konsumgüter und Souvenirs verschiedener Art zwischen den einzelnen kommunalen städtepartnerschaftlichen Akteuren ausgetauscht. Die Geschenkübergaben hier haben allesamt etwas Wohlwollendes, Vertrautes und Freundschaftliches an sich. Gleichzeitig verkörpern und zeigen sie aber auch – mit Ausnahme des Fresskorbs vielleicht – auf Besonderheiten und Stärken der jeweiligen Städte. Das Erntefest, zu dem Erststadt eingeladen hatte, genoss einen hohen Stellenwert in der Stadt und auch eine gewisse Ausstrahlung in das Ruhrgebiet, worauf die Erststädterinnen und Erststädter sehr stolz waren. Die verschenkte Spardose verweist auf das Thema des Festes und soll an das lebendige Treiben erinnern. Als Geschenk und Souvenir transportiert sie diese „Marke“ und Botschaft in die Partnerstädte. Sie wird damit zum Akteur eines Stadtmarketings im Rahmen der gegenwärtigen Städtepartnerschaften. Auch die Tüte mit dem Stadtwappen der russischen Partnerstadt und der Bildband der polnischen Partnerstadt sind Stadtmarketingprodukte. Sie präsentieren ästhetisch aufbereitet und auch mit etwas Pathos Besonderheiten der eigenen Städte und tragen diese in die Partnerstädte.

Eine weitere Veranstaltung in Zweitstadt verlief vergleichbar. Nach dem Essen begrüßten sich die kommunalen Delegationen freundlich und förmlich und teilten Geschenke aus. Zunächst sprach der Städtepartnerschaftsbeauftragte von Zweitstadt und beschenkte die in diesem Fall polnischen Gäste mit einer Jutetasche mit Stadtinformationspaket und – obligatorischem – Regenschirm. Dann dankte eine kommunale Mitarbeiterin der polnischen Partnerstadt auf Deutsch und teilte wiederum Geschenke aus, unter anderem einen Kalender mit Ansichten von Sehenswürdigkeiten der polnischen Stadt (vgl. Feldnotizen Prot_PT, 6.2.2008).

Auch diese Episode im Rahmen eines Besuchs von kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der in dieser Arbeit nicht näher besprochenen polnischen Partnerstadt von Zweitstadt verläuft nach dem bereits beschriebenen Muster. Als städtepartnerschaftliche Geschenke werden Stadtmarketingprodukte vergeben, die Informationen über städtische Besonderheiten und Charakteristiken vermitteln. Es sind stilisierte Erklärungen und Demonstrationen des Eigenen, die hier in Geschenkform hin- und hergewechselt

werden, und es ist nicht einmal auszuschließen, dass einzelne Personen diese zum Beispiel bei wiederholten Besuchen doppelt und dreifach erhalten, wie mit dem Regenschirm angedeutet.

Noch etwas deutlicher kam dieser marketing- beziehungsweise marktorientierte Aspekt von Geschenkübergaben in meiner Feldforschung in folgendem Moment zum Tragen. Dies ereignete sich im Zusammenhang mit einem Jugendtheaterprojekt von Drittstadt im Rahmen der Vorbereitungen auf das Jahr der Kulturhauptstadt Europas „RUHR.2010“ und das städtepartnerschaftliche „TWINS2010“-Projekt, auf das ich im nächsten Kapitel noch näher eingehen werde. An einem Abend des mehrtägigen Programms lud die Stadtspitze von Drittstadt die Jugendlichen und Betreuerinnen und Betreuer der Ruhrgebietsstadt sowie der polnischen, türkischen, britischen, skandinavischen und französischen Partnerstadt zu einem Empfang in ein repräsentatives Gebäude. Außer den Mitwirkenden waren auch weitere kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Politikerinnen und Politiker der Ruhrgebietsstadt sowie die örtliche Presse anwesend. Es folgte der übliche Austausch von Geschenken, wobei ich sehen konnte, dass die mitgereisten Vertreterinnen und Vertreter der türkischen Partnerstadt eine aufwendig gefertigte Glasvase überreichten, während eine Vertretung der Kommunalverwaltung von Drittstadt allen Betreuerinnen und Betreuern eine Image-DVD der Stadt übergab (vgl. Feldnotizen Prot_PT, 25.7.2008).

Hier tauschen kommunale städtepartnerschaftliche Akteure beziehungsweise Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter Manufakturprodukte mit Multimediaprodukten als städtepartnerschaftliche Geschenke. Dabei lässt sich nicht länger von Geschenken im eigentlichen Sinne sprechen. Es werden vor allen Dingen von der Ruhrgebietskommune ökonomische Leistungen, Leistungsmöglichkeiten und Leistungsziele relativ direkt zur Schau und auch gegenüber gestellt. Die türkische Partnerstadt von Drittstadt war unter anderem für ihre Tourismusindustrie sowie ihre Handwerkskunst bekannt und wollte dies auch international weiter bekannt machen. Die Ruhrgebietsstadt versuchte wie viele andere Ruhrgebietsstädte auch, ein Profil als Technologie- und Dienstleistungsstandort aufzubauen und sich innovativ zu präsentieren. Zwar kann die Multimedia-DVD auch darauf verweisen, dass die, wie im vorangehenden Kapitel kurz beschrieben, finanzschwache Ruhrgebietsstadt keine zusätzlichen Mittel für weitere oder außerordentliche Geschenke hat. Dennoch weist das

Produkt ebenso wie die Glasvase auf eine wirtschaftliche Zielsetzung und ein wirtschaftliches Profil, das die Städte etablieren möchten. In der direkten Gegenüberstellung wirken beide Profile jedoch wie aus zwei unterschiedlichen historischen Zeiten und meilenweit voneinander entfernt.

Aus der sozialanthropologischen Literatur, die in Anlehnung an die Beobachtungen des französischen Ethnologen und Soziologen Marcel Mauss²⁰⁴ in archaischen Gesellschaften verfasst wurde, ist bekannt, dass Geschenke und der Austausch von Waren kein Selbstzweck seien und auch nicht gänzlich frei von (ökonomischen) Kalkülen erfolgten. Häufig gingen damit sogar sehr konkrete Erwartungen an längerfristige Verbindungen und Gegenleistungen einher, wie es beispielsweise der Schweizer Sozialanthropologe Hanspeter Znoj formuliert und auch als Unterfütterung von Geschäftsbeziehungen der Gegenwart festhält (vgl. Znoj 2012: 19). In den zuletzt gezeigten Beispielen stellen die involvierten überwiegend kommunalen städtepartnerschaftlichen Akteure ihre marketingorientierten und wirtschaftlichen Absichten deutlich zur Schau. Zwar bleibt der äußere Rahmen des üblichen Austauschs von Geschenken im städtepartnerschaftlichen Zusammentreffen formal bestehen, aber die Botschaften und Aussagen, die mit der Wahl dieser Geschenke und Güter vermittelt werden, sind ökonomisch. Auch hier wird ein städtepartnerschaftliches Element mit einem aktuellen Zweck verbunden und umgewandelt. Im Zuge dieses *assembling* kommunaler städtepartnerschaftlicher Akteure werden diese Geschenke zu Trägern und Statements des eigenen Leistungsvermögens und angestrebter (städtischer) wirtschaftlicher Ziele und Beziehungen, und sie werden ökonomisiert.

Vor allen Dingen die letzte Momentaufnahme zeigt unmissverständlich, dass Städtepartnerschaften derzeit nicht etwa neben dem üblichen kommunalen Geschäft herlaufen, sondern sich mitten darin befinden beziehungsweise eingearbeitet werden. Als Folge dieses *assembling* werden sie Teil neoliberaler, auch spannungsreicher, weil umstrittener und nicht von allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen geteilter Stadtmarketingstrategien, wie es mit der bereits erwähnten Annika Mattissek treffend beschrieben werden kann (vgl. Mattissek 2008: 11; 269). Dies zeigt nebenbei auch, dass sich Kommunen derzeit immer mehr auch an Standortpolitik als nur an der Versorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger orientieren, wie es auch Margit Mayer formuliert hat (vgl.

²⁰⁴ Gemeint ist damit im Original Mauss' Werk „Essai sur le don“ (vgl. Mauss 1923/24).

Mayer 1998: 429f.), und zwar in allen Bereichen. Gegenwärtige Städtepartnerschaften werden damit durchsetzt von kapitalistischen Logiken, die dem des „urban entrepreneurialism“ (Harvey 1989: 6) entsprechen, das David Harvey geprägt hat. Städtepartnerschaften sind also im (globalen) Standortwettbewerb angekommen und werden von kommunalen Akteuren auch weiter darauf ausgerichtet. Im Zusammenhang mit Stadtpolitik stellen auch David Bell, Philip Hubbard und Mark Jayne entsprechende Wandelsprozesse von Städtepartnerschaften fest:

“[W]hat is also clear from our research findings is that there is also an explicit acknowledgement by both public and private-sector élites that the kind of reciprocity of effort and benefit, constituted through mutual understanding, friendship and activities that Zelinsky described as constituting ‘old-style’ twinning, has become ever more important to ‘new urban politics’.” (Jayne/Hubbard/Bell 2013: 248)

Auch für diese britischen Wissenschaftler erhalten einstige städtepartnerschaftliche Aktivitäten und Prinzipien, wie auch „Gegenseitigkeit“, in wettbewerblichen städtischen Zusammenhängen derzeit eine neue Bedeutung, erleben sogar eine Art Renaissance (vgl. ebd.: 251). Diese Überlegungen einer zeitgemäßen Erneuerung einstiger städtepartnerschaftlicher Prinzipien decken sich mit meinen, allerdings beschränken sich die Beobachtungen der zuletzt genannten Wissenschaftler auf die bezeichneten Elemente, auf den stadtpolitischen Bereich sowie auf Großstädte und Metropolen. Festhalten lässt sich an dieser Stelle aber auch: Anders, als in dem Zitat formuliert, verändern sich mit einer wettbewerblichen Ausrichtung auch Ideale städtepartnerschaftlichen Austauschs. Ich werde darauf im Folgenden noch weiter eingehen.

Ähnlich wie mit den Geschenken verhielt es sich auch mit Einladungen von kommunalen städtepartnerschaftlichen Akteuren zum Essen oder zu Empfängen wie beispielsweise bei einem Mittagessen in Zweitstadt. Vom Chauffeur, einem jungen Mann, der früher im Bergbau gearbeitet hatte, zum Zeitpunkt der Feldforschung als Fahrer bei der Kommune angestellt war, wurde ich auf Einladung des Städtepartnerschaftsbeauftragten von Zweitstadt zum Mittagessen mit einer polnischen Delegation abgeholt. Die Fahrt dorthin führte an grünen Parks und Landschaften vorbei hin zu einem beeindruckenden schlossartigen Anwesen. Der Städtepartnerschaftsbeauftragte empfing mich und führte mich in einen großen Saal, wo die Gruppe bereits kurz zuvor Platz genommen hatte. Außer dem Städtepartnerschaftsbeauftragten waren ein zweiter Ansprechpartner der

Ruhrgebietskommune für die polnische Partnerstadt, die Europabeauftragte von Zweitstadt, einige andere Mitglieder der Zweitstädter Kommunalverwaltung und etwa sieben kommunale Vertreterinnen und Vertreter der polnischen Partnerstadt anwesend. Ich nahm neben dem Städtepartnerschaftbeauftragten Platz und genoss ein mehrgängiges Menü (vgl. Feldnotizen Prot_PT, 6.2.2008).

Und auch ein weiterer Empfang von Zweitstadt spielte sich nach dem gleichen Muster ab. Das Mittagessen fand dieses Mal auf einem staatlichen Gehöft einige Kilometer von Zweitstadt entfernt statt. Zusammen mit den Gästen von Şehir und von weiteren anderen Partnerstädten betrat ich einen festlich dekorierten Innenhof in einer schlossähnlichen Umgebung. Die im Viereck gestellten weiß gedeckten Tische und das Ambiente erschienen mir wie bei einer Hochzeitsfeier (vgl. Feldnotizen Prot_T, 25.6.2009).

Beide Male werden überwiegend kommunale Vertreterinnen und Vertreter der Partnerstädte zum Mittagessen eingeladen. Vor allen Dingen die zweite Umgebung erscheint für diesen Zweck deutlich überdimensioniert. Hier wird nicht nur ein Mehr-Gänge-Menü angeboten, sondern ein architektonisches Glanzstück der Stadt präsentiert. Dies kann aus besonderer Wertschätzung und Gastfreundschaft heraus erfolgen, aber auch mit einem gewissen Kalkül. Hier wird ein „Filetstück“ der Stadt vorgeführt, und das soll nachhaltig beeindrucken. Neben Geschenkübergaben entsprechen also auch weitere städtepartnerschaftliche Elemente derzeit nicht mehr nur gastfreundlichen Zielen. Auch Bell, Hubbard und Jayne sehen Gastfreundschaft als etwas, das in gegenwärtigen Städtepartnerschaften zunehmend mit ökonomischen Absichten verknüpft und zur strategischen Standortbewerbung eingesetzt werde (vgl. Jayne/Hubbard/Bell 2013: 249). Julia Grosspietsch beobachtet Städtepartnerschaften darüber hinaus insgesamt als „a boosterist attempt to promote a city’s economic competitiveness“ (Grosspietsch 2009: 1291) und sieht sie hierbei auch eine neue Form annehmen (vgl. ebd.: 1289).

Dass gegenwärtige Städtepartnerschaften und einzelne ihrer Elemente bei den ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften vor allen Dingen von den Ruhrgebietskommunen in den (globalen) Standortwettbewerb einbezogen und zur Standortpräsentation genutzt wurden, zeigten auch Aussagen von

kommunalen Interviewpartnern, die mir gegenüber auf die Modellhaftigkeit einer angestrebten Neuausrichtung ihrer Städtepartnerschaften hinwiesen. So hielt es etwa ein kommunaler Mitarbeiter von Zweitstadt in Bezug auf die Nutzung der ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaft in integrationspolitischen Fragen (vgl. ST2_1, 19.11.2008). Weiter gehörten dazu auch Aussagen, die eine Präsentation von Städtepartnerschaften als Zeichen der Internationalisierung einer Stadt²⁰⁵ (nach außen und innen hin) beschworen, wie im Interview mit den Verantwortlichen für Städtepartnerschaften von Erststadt:

„Ja, also, für uns zeigt das die Internationalität und Weltoffenheit (aus/auf). Also, wir haben auch, der Lions Club hat uns Straßenschilder, also, Eingangsschilder, Ortseingangsschilder gespendet, wo unsere Städtepartnerschaften verewigt sind. (Die haben gesagt), das ist doch eigentlich schäbig für euch. Ihr habt so lebendige Städtepartnerschaftsbeziehungen, das ist nirgendwo so dokumentiert.“ (ExI_1, 16.10.2007)

All diese Beispiele machen deutlich, dass auch hier, zumindest von den privatwirtschaftlichen und kommunalen städtepartnerschaftlichen Akteuren, städtepartnerschaftliche Elemente wie Geschenke und insbesondere einstige Prinzipien wie „Gastfreundschaft“ derzeit nicht etwa abgeschafft, sondern reaktiviert und umgedeutet werden, um in global-ökonomische Zusammenhänge zu passen und hier wirksam zu werden. Dabei unterscheiden sich die Art der Botschaft und der Grad der Deutlichkeit des entsprechenden *assembling*. Dass insbesondere bei der hier näher betrachteten türkischen Partnerstadt Şehir Gastfreundschaft auch sehr direkt für ökonomische Zwecke eingesetzt werden kann, wird das nächste Kapitel im Zusammenhang mit Tourismuswerbung noch zeigen. In all diesen Fällen werden städtepartnerschaftliche Elemente beziehungsweise einstige Prinzipien im Unterschied zu den im letzten Kapitel genannten „Völkerverständigung“ und „Europa“ nach außen gerichtet, aber auch für einen eigenen Zweck gewendet. Insofern verändern sich auch hierbei Ausrichtungen städtepartnerschaftlicher Aktivitäten.

6.1.4 Komik

6.1.4.1 „Look what I got: It's an umbrella“

Aber nicht immer wurden in den hier näher betrachteten ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften entsprechende Elemente ökonomisch-

²⁰⁵ Einen Einsatz von Städtepartnerschaften als Mittel der Internationalisierung einer Stadt sieht auch Julia Grosspietsch, wobei sie hierunter eher ein Einbringen in transnationale Netzwerke als eine symbolische Demonstration versteht, wie in dem hier gezeigten Beispiel (vgl. Grosspietsch 2009: 1299).

strategisch gewendet. Während eines Besuchs von Vertretern²⁰⁶ von Şehir in Zweitstadt endete die gegenseitige Begrüßung auch mit dem üblichen Austausch von Geschenken. Während Zweitstadt ein Gemälde mit einem Motiv der Stadt, das ein Künstler der polnischen Partnerstadt geschaffen hatte, schenkte, gaben die kommunalen Vertreter von Şehir allen anwesenden Mitarbeitern der Ruhrgebietskommune eine Porzellantasse, die bei Hitzeeinwirkung ein Bild von „Atatürk“ preisgab, sowie Kaffee und Konfekt (vgl. Feldnotizen Prot_PT, 6.2.2008).

Und auch ein weiterer Moment, der sich ganz zu Beginn meiner Feldforschung während eines Empfangs für verschiedene Partnerstädte einer großen Ruhrgebietsstadt ereignete, war eher komisch. Ich unterhielt mich mit einem kommunalen Mitarbeiter der britischen Partnerstadt. Mein „Interpreter“, wie er sich selbst aufgrund langjähriger städtepartnerschaftlicher Erfahrungen vorstellte, erzählte, dass er beim letzten Kontakt mit der Ruhrgebietsstadt einen Regenschirm geschenkt bekommen habe. Als er das Päckchen dieses Abends öffnete, sagte er: „Look what I got: It’s an umbrella.“ Daraufhin tauschten wir kleine, scherzhafte Vorurteile über den Grund dieses „Regengeschenks“ aus: das schlechte Wetter in Deutschland oder das schlechte Wetter in England (vgl. Feldnotizen Prot, 30.11.2007).

Insbesondere bei den Geschenkübergaben geht es also auch nach wie vor sehr freundschaftlich und mit viel Nettigkeit zu. Und sie stellen eine gewisse Norm dar. Nichts zu überreichen, geht nicht, kommt einem Affront gleich und bringt den Partner in eine Bredouille. Bei dem bereits erwähnten Besuch in Şehir beispielsweise war die neue Spitze der Partnerkommune noch zu wenig mit den üblichen städtepartnerschaftlichen Gepflogenheiten vertraut. Es wurden Geschenke überreicht (eine Tasse von einem Zweitstädter Künstler). Der türkische Oberbürgermeister hatte kein Geschenk, lud stattdessen aber zum Essen ein (vgl. Feldnotizen Prot_T, 9.5.2009).

6.2 Wissenstransfers

6.2.1 Gemeinsamkeitskonstruktionen

6.2.1.1 „Die passte eigentlich so von der Größe her“

Während meiner Feldforschung verwiesen insbesondere die kommunalen und

²⁰⁶ Diese waren nur Männer.

zivilgesellschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteure immer wieder auch auf die Möglichkeit eines Austauschs von Wissen und Erfahrungen²⁰⁷ im Rahmen von Städtepartnerschaften. Wie bereits im 1. Kapitel erwähnt, halten zahlreiche Kommunen insbesondere diesen Austausch zu sie betreffenden Themen und Herausforderungen und die damit verbundene Möglichkeit, voneinander lernen zu können, für eine sehr zeitgemäße Ausrichtung des Formats. Kommunalverbände propagieren die Chancen eines verwaltungsthemenbezogenen Austauschs im Zusammenhang mit Städtepartnerschaften, wie beispielsweise der RGR (vgl. Leitermann 2007: 55). Die Europäische Kommission forciert die „Bildung thematischer Netzwerke“ (Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur 2007: 46)²⁰⁸ zur themenbeziehungsweise problemlösungsorientierten Zusammenarbeit im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, wie bereits im 3. Kapitel aufgezeigt. Es werden also von politischer Seite ein maßgebliches Interesse und auch hohe (Leistungs-)Erwartungen in insbesondere diese städtepartnerschaftliche Ausrichtung gesetzt. Darüber hinaus äußern Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker immer wieder auch, dass ein Austausch im Rahmen von Städtepartnerschaften dem besseren Kennenlernen und der Vermittlung von Alltagswissen über andere Länder dienen könne (vgl. Leitermann 1997; ebd. 2007). Es werden hierbei also auch verschiedene Wissensarten angesprochen.

Interessant waren in diesem Zusammenhang Schilderungen davon, wie sich die Städtepartnerschaftsbeauftragten des Ruhrgebiets und auch der Partnerstädte nach der Wahl eines bestimmten Länderschwerpunkts auch für eine konkrete Stadt entschieden hätten. So erzählte der bereits erwähnte Fachbereichsleiter von Zweitstadt in Bezug auf die noch relativ junge türkische Partnerstadt Şehir: „[D]ie passte eigentlich so von der Größe her und von verschiedensten Dingen, auch so ein zentraler [Verkehrsstandort], und so hat sich das entwickelt.“ (ST5_1, 21.7.2009) Im weiteren Verlauf des Gesprächs führte er diesen Punkt des „Passens“ noch weiter aus:

²⁰⁷ Aus kulturalanthropologischer Perspektive wird „Wissen“, seine Produktion, Darstellung und Vermittlung als ein kultureller Aushandlungsprozess verstanden, wie auch die Kulturalanthropologin Gertraud Koch zusammenfasst (vgl. Koch 2009: 96). Dieses Verständnis geht kritisch mit unhinterfragtem, für allgemeingültig erklärtem oder unterschiedlich gewertetem Wissen um. Es betrachtet vielmehr Prozesse, in denen Wissen produziert, geteilt, für gültig erklärt und objektiviert wird. „Erfahrung“ kann darüber hinaus als ein im Alltag erprobtes, situiertes, häufig auch körpergebundenes und implizites Wissen verstanden werden. Ich folge hier dem Wissensverständnis der Akteure und kommentiere dies später.

²⁰⁸ Entsprechendes lässt sich auch, wie bereits geschildert, in weiteren, neueren Veröffentlichungen der Europäischen Kommission finden (vgl. Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur 2008; Europäische Kommission, Generaldirektion Kommunikation 2011: 40).

„[W]ir müssen (dann schon) nach einer Stadt gucken, die so gewisse Ähnlichkeiten hat, und [Şehir] hat, der Kern [Şehir] hat rund 160.000 Einwohner. Die sind auch in vielen Bereichen sehr landwirtschaftlich geprägt. Die liegen, ja, wenn man von oben [Stadt] sieht und unten [Stadt], liegen die genau in der Mitte und es gehen also die wesentlichen Verkehrsknotenpunkte dann auch durch diese Stadt. Die haben auch einen großen Gesundheitsbereich (...) und darum haben sich da auch mehrere Hotels entwickelt. Und das ist auch der Bereich, der ja hier geprüft wird, ja, (...) und so ist es dann [Şehir] geworden.“ (Ebd.)

Die Art und Weise, wie der kommunale Vertreter der Ruhrgebietsstadt hier die Wahl für Şehir erläutert, zeigt, dass auch Zweitstadt trotz aller Zufälligkeit, mit der diese Verbindung zustande gekommen ist, auf gewisse strukturelle Ähnlichkeiten und inhaltliche Anknüpfungspunkte achtete. Den Aussagen dieses Interviewpartners folgend, scheint das auch eine Voraussetzung für die Auswahl einer (neuen) Partnerstadt gewesen zu sein.

Auch der schon genannte Amtsleiter von Zweitstadt ging im Interview auf den Aspekt einer notwendigen Ähnlichkeit zwischen beiden Partnerstädten ein:

„[D]ass das auch eine Stadt ist, die vergleichbar ist mit uns. Weil was nützt mir ne Stadt wie Istanbul mit 17 Millionen Einwohnern oder ne Stadt wie Ankara, die über ganz andere Möglichkeiten und auch über ganz andere Probleme verfügen oder haben als wir. Wenn ich mit denen eine Städtepartnerschaft mache, das ist sehr schwierig (...). Es muss ja auch so von den Möglichkeiten, die man sieht, miteinander zu kooperieren, passen. (...) Überall, wo wir hinkamen, ha= m wir gesehen, die arbeiten so ähnlich wie wir, die ha= m ein sehr modernes Verwaltungswesen dort, die gehen auf die Bürger zu wie unser Oberbürgermeister auch (...), das waren alles so Punkte, wo wir gesagt haben, nachdem wir uns ja zusammengesetzt haben dann auch auf der Verwaltungsebene, mit dem OB, das könnte passen, das könnte für uns passen. Ich glaube, das hat sich auch, war auch eine richtige Entscheidung.“ (ST2_1, 19.1.2008)

Und auch jener türkische Migrant und kommunale Mitarbeiter von Zweitstadt, der für die Kommunalverwaltung zahlreiche Übersetzungsaufträge übernahm, erklärte die Auswahl von Şehir als Partnerstadt mit zahlreichen Übereinstimmungen: „[E]s sind viele Gemeinsamkeiten halt mit [Şehir] und [Zweitstadt], und deswegen finde ich es gut, dass wir also mit [Şehir] eine Partnerschaft geschlossen haben.“ (ST1_1, 18.7.2008)

Eine ähnliche Größe, wirtschaftliche Beschaffenheit, Verkehrslage, touristische Orientierung, Arbeitsweise der Kommunalverwaltung und auch ähnliche stadtentwicklungspolitische Vorhaben sind Aspekte, die die kommunalen Vertreter von Zweitstadt hier aufzählen und die zur Auswahl der spezifischen türkischen Partnerstadt

geführt haben beziehungsweise diese aus ihrer Sicht als eine gute Wahl erscheinen lassen. Ob es an dieser Stelle tatsächlich ein Auswahlkriterium oder vielmehr eine nachträgliche Sinnstiftung ist – fest steht, dass die kommunalen Vertreter hier eine (neue) Partnerstadt entlang von einigen strukturellen Ähnlichkeiten und thematischen Gemeinsamkeiten auswählen, weil sie darin eine wesentliche Voraussetzung für eine fruchtbare Zusammenarbeit sehen. Über diese stadtentwicklungspolitischen Inhalte will man sich potenziell austauschen.

6.2.1.2 „Dass da so gemeinsam ein bisschen Honig draus gesaugt werden soll“

Auch der Städtepartnerschaftsbeauftragte von Drittstadt nannte ähnliche Punkte, die zur Auswahl der neuen türkischen Partnerstadt seiner Stadt und zum Zustandekommen gerade dieser Städtepartnerschaft geführt hätten:

„[Drittstadt] war nicht die einzige Stadt, die sich um [türkische Partnerstadt] beworben hatte, sage ich mal. (...) Aber dann, ich weiß nicht nach welchen Kriterien das dann gewesen ist, das lag mehr an [türkische Partnerstadt], [Drittstadt] wäre ihnen lieber, das ist im Endeffekt auch wahrscheinlich von der Stadtstruktur her ein bisschen ähnlicher (...), weil [türkische Partnerstadt] ist zwar eine sehr reiche Stadt, [Drittstadt] ist nicht so reich wie [türkische Partnerstadt], aber hat einen sehr hohen Grünanteil und es ist eben eine Stadt auch am Fluss, [am Meer] natürlich ((lacht)). (...) Und auch von der Stadtgröße (...) war das für die in [türkische Partnerstadt] wohl interessanter mit uns eine Partnerschaft einzugehen. (...) Die Region selbst ist sehr multikulturell, also, hat eigentlich so das eher vollzogen, was wir eigentlich gar nicht so weit haben, (...) und vielleicht wäre das interessanter als jetzt sage ich mal eine Gemeinde zu nehmen in Ostanatolien, wo wir sozusagen wieder als, ich sage mal, Bittsteller, nein, wir als Geber auftreten und die als Bittsteller, also, das wäre dann wieder so eine Art Patenschaft gewesen, aber wir wären nicht, es wär' nicht so auf gleicher Ebene gewesen.“ (SP11_1, 22.2.2008)

Zwar scheint die Gemeinsamkeit von Drittstadt und der türkischen Partnerstadt vor allen Dingen in Bezug auf die Lage am „Fluss“ (Ruhrgebietsfluss versus Meer) etwas konstruiert. Aber auch hier werden strukturelle Ähnlichkeiten und ähnliche stadtentwicklungspolitische Herausforderungen als Gründe für die Auswahl der Partnerstadt angegeben und als Voraussetzung für eine fruchtbare und zusätzlich auch gewinnbringende Städtepartnerschaft angesehen. Die Ruhrgebietskommune, auch das wird hier deutlich, will bei der neuen, gegenwärtigen Städtepartnerschaft einen ebenbürtigen Partner haben, auch davon profitieren und nicht draufzahlen.

Die Mitarbeiterin des Städtepartnerschaftsbeauftragten von Drittstadt, die ebenso für die ruhrgebiets-türkische Städtepartnerschaft zuständig und bei dem Interview ebenfalls

anwesend war, ging auf diesen letzten Punkt des Profitieren-Wollens aufgrund von strukturellen Ähnlichkeiten und gemeinsamen Berührungspunkten noch etwas näher ein und beschrieb, wovon genau sie sich Profit verspreche:

„Dadurch sage ich mal ist das halt diese Aussage, es passte, weil das irgendwo sehr viele Gemeinsamkeiten gibt, die man dann auch weiter fördern kann, wo man vergleichen kann, und gerade beim Krankenhaus weiß ich auch, dass da so gemeinsam ein bisschen, ja, ich sage mal Honig draus gesaugt werden soll, auch aus den Erfahrungen, die jeweils gemacht werden auf den Gebieten, da sollen auch Tagungen gemacht werden und ich denke, dann ist so ne Partnerschaft auch einfacher zu leben in der Umsetzung, wenn man sagt, das passt als wenn, wenn man jetzt sagen würde, [Drittstadt] macht eine Partnerschaft mit nem Dorf (...), wo das dann auch schwierig ist, denke ich mal, solche Sachen hineinzuintegrieren irgendwo.“ (Ebd.)

Strukturelle Ähnlichkeiten und thematische Überschneidungen zwischen Partnerstädten sind aus Sicht dieser Mitarbeiterin einer Ruhrgebietskommune Voraussetzung nicht nur für eine funktionierende, sondern auch für eine gewinnbringende Städtepartnerschaft, weil man auf dieser Basis Wissen und Erfahrungen austauschen und voneinander lernen und sich prinzipiell verbessern kann. Dabei bezieht sie sich indirekt auf Wissen über bestimmte Arbeitsverfahren und auf fachliches Wissen. Gemeinsamkeiten werden hier also auch als Voraussetzung für einen erfolgreichen und ertragreichen Wissenstransfer gesehen. Dies erinnert an Überlegungen des bereits im 2. Kapitel vorgestellten Politikmobilitätsforschers Ian Cook. Der legt in seinen Forschungen besonderen Wert darauf, nicht nur zu ergründen, dass und wie Wissen beziehungsweise Politiken transferiert würden, sondern empfiehlt, einen Schritt zurückzugehen und zu fragen, wie sie überhaupt erst transferierbar gemacht würden. “What is more, there has been little consideration of the multifaceted ways in which policies are interpreted and (re)presented as both ‘successful’ and ‘appropriate’.” (Cook 2008: 776)

Gemeinsamkeitskonstruktionen, so lässt sich im Anschluss daran formulieren, können als städtepartnerschaftliche Strategien verstanden werden, sich für einen Wissenstransfer aufzustellen und ihn potenziell zu ermöglichen.

Der Austausch von Wissen und Erfahrungen ebenso wie Gemeinsamkeiten, auch das zeigt das Beispiel, werden hier in einen Kosten-Nutzen-Zusammenhang gestellt und damit auch ökonomisiert. Auch hierbei wird ein einstiges städtepartnerschaftliches Prinzip gewandelt, haben sich Städte und Gemeinden zu anderen Zeiten auch bereits aufgrund symbolischer Gemeinsamkeiten und vermeintlich ideeller Zielsetzungen zusammengefunden. Dieses *assembling* kommunaler städtepartnerschaftlicher Akteure

des Ruhrgebiets führt dazu, dass sowohl Wissenstransfer als auch Gemeinsamkeiten im Rahmen von gegenwärtigen Städtepartnerschaften kalkuliert, leistungs- und ergebnisorientiert verhandelt werden. Grund für diese Wendung können sowohl die besondere derzeitige wirtschaftliche Situation des Ruhrgebiets sein als auch eine fortschreitende Neoliberalisierung von Kommunal- und Stadtpolitik (in Deutschland), wie sie Jörg Bogumil und Lars Holtkamp beschrieben haben (vgl. Bogumil/Holtkamp 2006: 43). Auch eine EU-Europäisierung könnte hier eine Rolle spielen, indem hier etwa die von der Europäischen Kommission aufgezeigte problemlösungsorientierte städtepartnerschaftliche Ausrichtung aufgegriffen wird. In jedem Fall weisen die Interviewaussagen auf einen Wandel städtepartnerschaftlicher Austauschideale, der „ethics of exchange“ (Langenohl 2015: 220), hin. Die Gegenseitigkeit beziehungsweise Ausgeglichenheit verlagert sich in Richtung eines Gewinnstrebens. Langenohl sieht für eine entsprechende Veränderung in erster Linie das problemlösungsorientierte Governance-Partnerschaftskonzept der Europäischen Kommission verantwortlich (vgl. ebd.: 223). Aus meinen bis hier geschilderten und auch noch folgenden Beobachtungen scheinen es vielmehr aber auch wirtschaftliche und neoliberale Globalisierungsprozesse zu sein, die sich hier niederschlagen beziehungsweise von den städtepartnerschaftlichen Akteuren hier in den städtepartnerschaftlichen Austausch hineingearbeitet werden. Anders ausgedrückt, es sind die großen (politischen) Zeitfragen, die hier auch von Städtepartnerschaften und ihren Akteure bearbeitet werden.

Aber nicht nur Vertreterinnen und Vertreter der Ruhrgebietskommunen, auch die der türkischen Partnerkommune von Zweitstadt, Şehir, argumentierten mit gewissen strukturellen Ähnlichkeiten für die Wahl der spezifischen Partnerstadt, wie das Zitat eines offiziellen Kommunalvertreters zeigte: “[Zweitstadt] has the same population and cultur(al) specialities. It reminds of [Şehir].” (T3_1, 11.5.2009) Auch in den Aussagen einiger Betriebspraktikantinnen und Betriebspraktikanten von Şehir, die Zweitstadt auf Basis einer Kooperation beider Handelskammern und finanziert durch ein von der Hochschule von Şehir beantragtes Stipendium der Europäischen Kommission besuchten und in verschiedenen Zweitstädter Firmen hospitierten, ließen sich – laut Aussage des Übersetzers – ähnliche strukturelle und thematische Gemeinsamkeitsansätze finden: „[U]nd ich meine die Städte passen auch irgendwie zusammen von der Größe, von der Einwohnerzahl her und [Şehir] ist auch eine Stadt, die viel mit [Verkehr], [Gestein] arbeitet.“ (T1_1, Mai 2008) Und auch das, was sich die Vertreterinnen und Vertreter

von Şehir versprochen, glich der Herangehensweise der Ruhrgebietskommune. Man wolle voneinander lernen und profitieren können durch einen Austausch von Wissen und Erfahrungen, hier vor allen Dingen auf wirtschaftlichen Gebieten (vgl. ebd.).

Aus dieser türkischen Perspektive scheinen die Gemeinsamkeitskonstruktionen noch mehr in Richtung auf wirtschaftliche Zusammenarbeit und wirtschaftlichen Austausch zu deuten. Die Gründe des Zusammengehens mögen hier noch etwas strategischer und profitorientierter angelegt sein als im Fall von Zweitstadt, aber sie folgen einem ähnlichen Muster. Dies lässt darauf schließen, dass die genannten gegenwärtigen Städtepartnerschaften hier entweder in einen ähnlichen, möglicherweise EU-europäischen Diskurszusammenhang eingearbeitet werden oder aber in einen global-ökonomischen. Jedenfalls ist es keine Entwicklung, die nur Zweitstadt betrifft. In allen genannten Fällen zeigt sich darüber hinaus auch, dass Gemeinsamkeitskonstruktionen noch immer eine verbindende Wirkung haben, die aufgrund des eingearbeiteten ökonomischen Kalküls aber sowohl in Kooperation als auch in Konkurrenz münden können. Dieses *assembling* hat Auswirkungen auf das Format Städtepartnerschaften, wenn diese fortan nach Leistung bewertet werden.

6.2.1.3 „Man darf sich nicht zu stark duplizieren“

Weil es eben auch um einen Zugewinn ging, durften sich die Städte aus Sicht der Städtepartnerschaftsbeauftragten des Ruhrgebiets aber auch nicht zu sehr gleichen. Wie in einem der vorangegangenen Zitate bereits angedeutet, machte es aus ihrer Sicht auch Sinn, sich eine „stärkere“ oder zumindest unterschiedliche Partnerstadt zu wählen, um einen gewissen Fortgang und Spannung zu erhalten:

„[M]an darf sich nicht zu stark duplizieren, also, ich sage mal, so ne Stadt, wie [Drittstadt] und [französische Partnerstadt], die sind sehr ähnlich, auch mit Fluss und so weiter, aber da würden sich wahrscheinlich, irgendwann wird sich die Sache dann auch, ja, das Interesse nicht mehr da, es muss schon was Neues dabei, es muss schon für, es muss eine Ähnlichkeit da sein, aber es darf nicht eine Gleichheit sein, ne, also, man darf nicht sagen, O.K., wir nehmen jetzt die Stadt X und Y, die sind also genau identisch und die Leute sind genau identisch, da haben die kein Interesse sich zu treffen, weil die ja nichts Neues feststellen würden, also, es muss schon so ein bisschen der exotische Gedanke dahinter bleiben. Das mit [Skandinavien] ist immer, ja, in [Skandinavien] war ich noch nie, oder jetzt mit England, ja, wie leben Menschen in England, da muss immer noch so für die Leute, die da hinfahren oder die hier hinkommen, der Punkt sein, wie leben die Menschen dort, sind die genauso wie wir, oder sind die anders, also, es muss noch ein Reiz des Fremden sein, das ist ganz wichtig.“ (SP11_1, 22.2.2008)

Ebenso wie Gemeinsamkeiten sind also auch Unterschiede ein wesentliches Element gegenwärtiger Städtepartnerschaften und eines städtepartnerschaftlichen gewinnorientierten Wissenstransfers aus Ruhrgebietssicht, wobei hier auch ein Transfer alltäglichen Wissens beziehungsweise von Wissen über unterschiedliche Lebensweisen von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen ist.

6.2.1.4 „Eine polnische Doktorandin“

Auch bei zivilgesellschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteuren ließen sich ähnliche Herangehensweisen finden. Ursula baute das gemeinsam mit Agnieszka ins Leben gerufene spezifische städtepartnerschaftliche Frauenaustauschprojekt grundsätzlich auf Basis von Gemeinsamkeiten zwischen den Mitreisenden und den Besuchten auf, wie sie es auch bei dem bereits erwähnten Vorbereitungstreffen für die Bürgerinnenreise erläuterte. Hierbei gehe es ihr darum, dass sich Personen trafen, die sich aufgrund gewisser, zum Beispiel beruflicher Gemeinsamkeiten oder ähnlicher Interessen, austauschen könnten (zum Beispiel eine Ärztin mit einer Ärztin). Grund dafür sei, dass sich Personen ja nicht ohne Weiteres sympathisch seien, sondern deshalb, weil man etwas gemeinsam habe. Ich wurde im Vorfeld einer entsprechenden Reise im Rahmen des Projekts, an der ich auch teilnahm und die ich im nächsten Kapitel noch genauer beschreiben werde, ebenso gefragt, mit wem ich mich gerne treffen würde, und es wurde mir „eine polnische Doktorandin“ vorgeschlagen (vgl. Feldnotizen Prot_P, 14.4.2009). Im Interview sagte Ursula:

„Und ich finde einfach, das habe ich ja auch vorher schon gesagt, dass Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen und Ländern und was weiß ich wie, dass die auch einfach miteinander reden müssen, und das ist ein Aspekt, eine Möglichkeit, wieder Kontakte zu haben, sich auszutauschen, sich zu vergleichen, Gemeinsamkeiten festzustellen, diese großen Distanzen vielleicht zu überwinden oder so.“ (BSP2_1, 7.9.2008)

Auch bei diesen Gemeinsamkeitskonstruktionen geht es um eine Möglichkeit des Wissenstransfers, hier entlang von beruflichen oder persönlichen Interessen. Ein entsprechender Austausch sowie Gemeinsamkeiten sollen hier jedoch nicht nur ein Voneinander-Lernen ermöglichen, sondern auch Verbindungen stiften. Thematischen Gemeinsamkeiten wird also direkt auch eine gemeinschaftsbildende Funktion zugeschrieben. Dies kann eine Besonderheit eines zivilgesellschaftlichen Austauschs sein oder auch des deutsch-ruhrgebiets-polnischen Zusammenhangs, in dem es eine sehr trennende Geschichte zu überwinden gilt. In jedem Fall zeigt das Beispiel, dass thematische Gemeinsamkeiten auch von zivilgesellschaftlichen

städtepartnerschaftlichen Akteuren als Grundlage für einen Wissenstransfer eingesetzt werden und eine zeitgemäße Form der Verbindung darzustellen scheinen, die jedoch potenziell, je nach Thema, über Europa hinausweist. Negativ ausgedrückt, kann ihr *assembling* desintegrative Folgen für Europa haben, wie es Emanuel Richter im 2. Kapitel ausgedrückt hat (vgl. Richter 1994: 54). Positiv betrachtet, verbindet es Europa mit der Welt.

Dass Ursula mit ihrem Konzept Erfolg hatte, zeigten Rückmeldungen wie etwa die ihrer polnischen Freundin Agnieszka: „Früher wusste ich nicht, dass ist es möglich, eine Freundschaft mit jemandem aus dem Ausland, jetzt sehe ich, dass die Leute leben ähnlich, brauchen ähnliche Sachen und, obwohl wir uns unterscheiden, bindet die Leute etwas.“ (P5_1, 24.9.2008) Mit diesem Aspekt werde ich mich im 7. Kapitel noch weiter auseinandersetzen.

6.2.2 Selbstdarstellungen

6.2.2.1 Demonstrativ

Was sich in gegenwärtigen ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften im Rahmen einzelner Veranstaltungen ereignete, die zum Austausch von Wissen und Erfahrungen organisiert worden waren, zeigten folgende drei Momentaufnahmen:

Eine türkische Delegation von Şehir besuchte Zweitstadt für mehrere Tage. Unter den Mitreisenden waren sowohl der neue Oberbürgermeister der türkischen Partnerstadt, seine Frau und kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch Vertreter der in der türkischen Stadt ansässigen Handelskammer. Die Delegation war groß und umfasste fast 20 Personen. Die Gäste von Şehir waren von der Ruhrgebietskommune in erster Linie zu einem überregionalen Stadtfest nach Zweitstadt eingeladen worden. Auf dem Programm standen aber auch einige fachliche Austauschtermine.

Am Vormittag fand auf Wunsch der Kommunalverwaltung von Şehir, die einen Freizeitpark zu bauen plante, eine Präsentation eines Zweitstädter Revitalisierungsbeziehungsweise Strukturwandelprojekts im Rathaus von Zweitstadt statt. Das Projekt sah vor, auf dem Gelände einer ehemaligen Kohlezechenanlage einen Park zu errichten und dem vom Strukturwandel stark betroffenen Stadtteil damit neue Impulse zu

verleihen. Der Sitzungssaal war sehr voll. Es mussten zusätzliche Stühle geholt werden. Scheinbar war die Anzahl der Mitreisenden missverständlich kommuniziert worden oder fiel größer aus als geplant. Außer der angereisten Delegation von Şehir waren auch der Bürgermeister eines Stadtteils einer anderen großen türkischen Stadt sowie einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltung von Zweitstadt inklusive Übersetzerinnen und Übersetzer anwesend.

Eine Mitarbeiterin des Rathauses von Zweitstadt begann mit einer PowerPoint-Präsentation. Sie stellte zunächst Zweitstadt insgesamt als einen Verkehrsknotenpunkt des Ruhrgebiets und ganz Deutschlands vor. Hierbei zog sie Parallelen zu Şehir („wie [Şehir]“, „alle Wege führen nach [Şehir]“) und begründete auch noch einmal, dass Şehir wegen einer ähnlich zentralen Lage als Partnerstadt ausgewählt worden sei. Ihr Vortrag wurde immer wieder unterbrochen durch Zwischenfragen. Die Fragen der türkischen Gäste wurden übersetzt, zumeist von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Zweitstädter Kommunalverwaltung, die türkische Familienbezüge hatten. Die erste Frage drehte sich darum, warum Zweitstadt die Kohleförderung gestoppt habe. Seien keine Ressourcen mehr vorhanden gewesen, oder sei dies eine politische Entscheidung gewesen? Die Mitarbeiterin des Rathauses von Zweitstadt antwortete, dass Ressourcen noch vorhanden, deren Förderung aber unrentabel geworden sei. Sie fuhr fort und zeigte wesentliche Bauten von Zweitstadt. Weiter präsentierte sie die Kultur- und Freizeitstätten von Zweitstadt wie zum Beispiel auch eine Badesportanlage. Auch wies sie gesondert auf eine Vielzahl von in Zweitstadt existierenden ethnischen Communities hin, etwa anhand von Fotografien eines religiösen Festes oder einer folkloristischen Mädchentanzgruppe. Sie sprach noch über die Stadtgeschichte, erwähnte beispielsweise die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg und Leerstände, die sich im Zuge des Strukturwandels ergeben hätten, und Kaufhäuser. Auch ein türkisches Kaufhaus habe sich angesiedelt, sei aber inzwischen wieder geschlossen, nun sei an dieser Stelle eine Kultureinrichtung. Dann erläuterte sie die Einwohnerstruktur von Zweitstadt, hob hervor, dass es mehr als 15.000 türkische Migrantinnen und Migranten und deren Nachfahren in Zweitstadt gebe, wovon rund ein Fünftel inzwischen eingebürgert sei. Daran schlossen sich zahlreiche Nachfragen der von Şehir mitgereisten kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und weiterer Personen an, zum Beispiel nach einem Wahlrecht auch für Nicht-Eingebürgerte oder nach Windrädern und ob die auch privat zu betreiben seien. Schließlich kam die Mitarbeiterin des Rathauses zur Präsentation

einer ehemaligen Arbeitersiedlung, die direkt an das zu revitalisierende Zechengelände grenzte, und erwähnte, dass dort auch türkische Migrantinnen und Migranten Häuser erworben hätten. Sie präsentierte weiter eine Industriebrache, deutete einen dort gegebenenfalls geplanten Moscheebau an. Die gesamte PowerPoint-Präsentation war unterlegt mit der Unterzeile „Gemeinsam Zukunft bauen“ sowie mit einem freundlich anmutenden deutschen und türkischen Fähnchensymbol.

Anschließend verließ die Gruppe das Rathaus und brach zu einer Stadtrundfahrt auf. Die erste Station der Stadtführung war die Arbeitersiedlung, die zuvor besprochen worden war. Dort traf die Gruppe, die nacheinander ankam und sich auf der Straße sammelte, eine Bewohnerin, die türkische Migrantin war oder türkische Vorfahren hatte und ihr Leben in der Siedlung schilderte. Nach dem Mittagessen brach die Gruppe auf zu einer Stadtführung im klimatisierten Bus. Die erste Station führte auf ein Gewerbegebiet, wo auch Werbung für türkische Investorinnen und Investoren gemacht wurde, dann durch die flache Landschaft und zu der bereits angesprochenen Badesportanlage, die sich die überwiegend Anzug tragenden kommunalen Mitarbeiter von Şehir interessiert zeigen ließen. Zu Fuß ging es dann durch den Zweitstädter Kurpark an einer neu gebauten Kuranlage vorbei. Es handelte sich dabei um eine mit Salzwasser betriebene Holzkonstruktion, die einen würzig-ätherischen Geruch verströmte. Rings um die Anlage standen Parkbänke, und es gab einen gepflasterten Weg, auf dem überwiegend, aber nicht nur, ältere Menschen spazierten. Hier stoppte die Gruppe und bestieg die wallartige Konstruktion, was normalerweise nicht möglich war. Die kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Şehir zeigten großes Interesse daran. Ein Herr sagte auf dem Rückweg zu mir: “It is very interesting, we have salt, we have water.” Er schien hier Anknüpfungsmöglichkeiten für Şehir zu sehen (vgl. Feldnotizen Prot_T, 25.6.2009).

Wie beschrieben, erfolgt die Präsentation auf Wunsch der Delegation von Şehir zur Anregung des Baus eines eigenen Freizeitparks. Sie stellt ein entsprechendes, wenn auch sehr spezielles Projekt von Zweitstadt vor, geht dabei jedoch weit über das von den türkischen Gästen gewünschte hinaus. Die kommunale Mitarbeiterin von Zweitstadt zeigt nicht etwa (nur) das Projekt und seine planerischen oder technischen Details, wie man vielleicht hätte erwarten können, sondern die Stadt insgesamt und facettenreich. Sie erwähnt vieles, was wohl eher im Interesse von Zweitstadt liegt beziehungsweise als

gezielte Information von Zweitstadt an die türkische Partnerstadt vermittelt werden soll, zum Beispiel den Anteil türkischer Migrantinnen und Migranten und deren Nachfahren an der Stadtbevölkerung. All das bettet sie immer wieder in den kooperativen Zusammenhang der beiden Partnerstädte ein. Aber auch die Fragen der türkischen Gäste gehen weit über das eigentlich formulierte Interesse hinaus, weisen in verschiedene Richtungen und zielen auf verschiedene Details. Zum Teil sind es inhaltliche Nachfragen, zum Teil Fragen mit weitergehenden, auch politischen Interessen, die hier gestellt werden. Mindestens in einem Fall scheinen sich aus dem Termin konkrete Anregungen für die türkischen Gäste zu ergeben, wie der Kommentar zu der Kuranlage und deren Komponenten zeigt, die was Şehir angeht ebenfalls vorhanden sind.

6.2.2.2 Wechselseitig

Auch eine andere Veranstaltung zum Ziel eines Wissens- und Erfahrungsaustauschs fand in Zweitstadt statt, als eine Delegation von Şehir, damals noch mit dem ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt und einer Gruppe von Mitgliedern eines Interessensverbands auf eigenen Wunsch zu diesem Zweck anreiste. Bei der komplementären Verbandsvertretung von Zweitstadt angekommen, wurde die türkische Delegation von zwei Personen sowie einem Übersetzer empfangen. Die eine Person schien der Geschäftsführer zu sein, die andere war eine Mitarbeiterin. Die Gruppe wurde in einen Raum im Souterrain geführt und eingeladen, an hufeisenförmig gestellten Tischen Platz zu nehmen. Auf den Tischen standen Kekse und Kaffee. In der Mitte der Tischgruppe war ein Flipchart, das die Strukturen des deutschen Verbands zeigte.

Das Gespräch begann mit einer Einführung in die Strukturen des deutschen Verbands durch den Geschäftsführer. Die Vorstellung war lang und sehr ausführlich. Dann folgte eine Runde von Rückfragen. Die türkischen Verbandsmitglieder stellten zahlreiche Fragen. Darin ging es unter anderem um die Anzahl der örtlichen Verbandsangehörigen und die Anzahl der im Verband organisierten Mitglieder bundesweit. Der Geschäftsführer der Zweitstädter Verbandsvertretung erläuterte vor allem die Verluste von Mitgliedern und erklärte sie mit Sparzwängen, gesellschaftlichen Trends und politischen Entwicklungen. Es folgten weitere Fragen zur Struktur des deutschen Verbands und zur Existenz eines Dachverbands. Der Geschäftsführer stellte die Struktur und Formen der Verbandszusammenarbeit deutschlandweit vor und kam dabei unter

anderen auf die Spezifik eines deutschen Feiertags, der vom Verband alljährlich gefeiert wurde, zu sprechen. Die nächsten Fragen der türkischen Verbandsmitglieder drehten sich um die Bereitstellung finanzieller Mittel zur rechtlichen Unterstützung einzelner Verbandsangehöriger. Der Geschäftsführer der Zweitstädter Verbandsvertretung erläuterte erneut lange und ausführlich die einzelnen Optionen und stellte die Kostenübernahme als „sehr teuer, aber sehr wichtig“ dar. Ergänzend fügte er noch hinzu, dass es dem deutschen Verband nicht nur um eine finanzielle, sondern auch um eine psychische Unterstützung gehe. Dann stellte ein Verbandsmitglied von Şehir eine Frage nach der Mitgliedschaft der Bergleute im deutschen Verband und fragte den Geschäftsführer der Zweitstädter Verbandsvertretung und seine Mitarbeiterin nach ihrer Meinung zur Aufgabe des Bergbaus. Der Geschäftsführer startete daraufhin einen längeren Exkurs zur Energiepolitik und zur Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung.

Anschließend folgten eine Reihe von Gegenfragen der Zweitstädter Verbandsvertreter. So wollten sie zum Beispiel wissen, wer von der türkischen Gruppe welchem Teil des türkischen Verbands angehöre. Die Anwesenden erläuterten ihre Zugehörigkeiten. Der Oberbürgermeister von Şehir schilderte die Anzahl und Aktivitäten des Verbands und dessen unterschiedliche Funktionen und erklärte die türkische Besonderheit einer Zusammenarbeit von entsprechenden Verbänden und politischen Parteien. Auf diesen Aspekt reagierte insbesondere die Mitarbeiterin der Zweitstädter Verbandsvertretung sehr kritisch. Es folgte ein kleiner Exkurs über die entsprechende – eher oppositionelle – Situation Deutschlands. Dann sprach wieder der Oberbürgermeister von Şehir und stellte die Arbeit eines bestimmten Bereichs des Verbands vor. Die Vertreter der Zweitstädter Verbandsvertretung ergänzten hierzu, dass dies in Deutschland ähnlich sei.

Es folgten noch zwei abschließende Fragen an die Vertreter der Zweitstädter Verbandsniederlassung, nach dem Umgang mit Säumniszahlungen in Deutschland und nach der Berufsbiografie des Geschäftsführers und seiner Mitarbeiterin. Der Geschäftsführer stellte klar, dass er ehrenamtlich arbeite, die Mitarbeiterin sagte, dass sie durch die Frauenförderung an die Stelle gekommen sei. Dann endete dieser Programmpunkt, und die Gruppe ging gemeinsam auf Einladung der Zweitstädter Verbandsvertretung zum Mittagessen (vgl. Feldnotizen Prot_PT, 6.2.2008).

Auch dieser Termin kommt auf Wunsch von Şehir zustande. Angefragt ist ein Austausch mit deutschen Verbandsvertretern über Bedingungen und Inhalte ihrer Arbeit. Die Vertreter der Zweitstädter Verbandsniederlassung stellen Strukturen und Felder ihre Tätigkeit sehr detailliert vor und sind auch an Einzelheiten der türkischen Verbandsarbeit interessiert. Im Unterschied zum ersten Beispiel kommt es hier zu gegenseitigen Rückfragen und einem detailreichen wechselseitigen Austausch von Informationen. Dabei werden von beiden Seiten, sowohl der Ruhrgebietsseite als auch der türkischen auch sehr deutlich eigene Positionen dar- und klargelegt, was vereinzelt auch zu Spannungen führt, zum Beispiel bei der Frage um das „richtige“ Verhältnis von Verband und Politik. Hier vertritt die Ruhrgebietsseite ein völlig anderes Umgangsverständnis als die Vertreter aus der türkischen Partnerstadt. Überdies erläutern die Anwesenden einander immer wieder auch Besonderheiten ihrer jeweiligen Länder.

6.2.2.3 Ungleich

Eine dritte Veranstaltung zum Wissens- und Erfahrungsaustausch spielte sich während des Gegenbesuchs einiger polnischer Frauen von Miasto in Erststadt im Rahmen des städtepartnerschaftlichen Frauenaustauschprojekts von Ursula und Agnieszka ab. Ursula und einige andere Erststädter Frauen hatten für die polnischen Frauen ein Zusammentreffen mit mehreren Erststädter Frauenorganisationen organisiert, um ihnen Beispiele entsprechender Einrichtungen zu zeigen. Das Thema hatte sich während vorangehender Treffen als sehr interessant für die Frauen von Miasto herauskristallisiert. Sie hatten angemerkt, dass es vergleichbare Einrichtungen und Initiativen auf polnischer Seite nicht gebe. Die letztendliche Initiative, dies zum Thema im Rahmen des Projekts zu machen, ging dann von Erststädter Seite aus.

Das Treffen fand an einem zentralen Ort statt, und zwar in den Räumlichkeiten der Erststädter Volkshochschule. Die Vertreterinnen der Frauenorganisationen und die Frauen von Miasto stellten sich, nur teilweise mit Hilfe einer Übersetzung, einander vor. Ursula betonte noch einmal das Konzept des Programms und sagte, dass Anlass für das Programm ähnliche Berufe und ähnliche Interessen der Frauen seien.

Die Vertreterin einer ersten Organisation erläuterte das Konzept ihres Vereins als eine Anlaufstelle für Frauen unterschiedlichster nationaler Zugehörigkeiten. Die

Gleichstellungsbeauftragte von Erststadt, die ebenfalls anwesend war, hakte ein und begann, die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland und deren Errungenschaften zu erzählen. Die rechtlich verankerte Unterstützung von Frauen in Deutschland, betonte sie, sei neu. Eine der mitgereisten Frauen von Miasto ergänzte: „Das ist immer noch das größte Problem bei uns in Polen.“ Die Gleichstellungsbeauftragte von Erststadt stellte weiter die Errungenschaften der deutschen Frauenbewegung als einen langwierigen, schrittweisen Prozess dar. Die Frauen tauschten sich daraufhin darüber aus, was es in Polen bereits gebe und was nicht. Agnieszka erläuterte, dass selbst gewaltsame Streitigkeiten in der Familie beispielsweise als Privatsache gesehen würden. Eine andere der mitgereisten polnischen Frauen führte fort, dass polnische Frauen aufgrund familiärer Verpflichtungen und religiöser Gründe häufig dennoch gezwungen seien, bei ihren Familien zu bleiben.

Die Vertreterin einer weiteren Erststädter Frauenorganisation verteilte Visitenkarten mit einer E-Mail-Adresse als Möglichkeit für Kinder, gewaltsame häusliche Auseinandersetzungen zu melden. Die Karte war mehrsprachig. Eine der Frauen von Miasto bemerkte, dass es schade sei, dass diese nicht auf Polnisch sei. Die Gleichstellungsbeauftragte von Erststadt schilderte weitere Kommunikationsmittel, die sie kenne und verwende. Sie schloss, dass es zwar viele Mittel, aber auch in Deutschland Frauen gebe, für die der Zugang zu entsprechenden Unterstützungsmöglichkeiten schwierig sei. Dann berichtete noch einmal die Vertreterin der erstgenannten Organisation. Sie antwortete auf Ursulas Nachfrage, dass es in ihrem Verein keine Untergruppe für Polen gebe, nur einen Bericht über die Situation Polens in einem Handbuch und gab an, dass die Finanzierung eigenständig erfolge.

Abschließend überlegten die Anwesenden, wie Frauen von Miasto und anderen polnischen Städten sich vergleichsweise organisieren könnten. Erste Maßnahmen gebe es bereits, zum Beispiel eigene Treffen, angeschlossen an bestehende Vereine, oder Recherchen im Internet. Die Gleichstellungsbeauftragte von Erststadt mahnte immer wieder, dass die Frauen „nicht nur Kaffee trinken“ sollten, und forderte sie indirekt zu politischem Handeln auf. Ursula sagte, dass sich schon einiges verändert habe und dass es immer mehr werde. Die Vertreterin der erstgenannten Erststädter Organisation lobte, dass das schon eine ganze Menge sei, und Agnieszka ergänzte: „Das ist Wind von West.“ (Feldnotizen Prot_P, 22.6.2009)

Dieser Termin kommt aufgrund eines gemeinsamen Themas und als eine städtepartnerschaftliche Initiative für Frauen der polnischen Partnerstadt zustande. Ziel ist es, den Frauen von Miasto entlang von Erststädter Beispielen aufzuzeigen, wie eine Stärkung und Unterstützung von Frauen zivilgesellschaftlich organisiert und institutionalisiert werden kann, was es in Polen – nach Aussage der Frauen von Miasto – in dieser Form noch nicht gibt. Während des Termins schildern verschiedene Vertreterinnen von Erststädter Frauenorganisationen und einer Gleichstellungsstelle ihre Herangehensweisen und Konzepte. Es werden wechselseitig Informationen über die jeweiligen Bedingungen in Deutschland und Polen ausgetauscht, wobei die Erststädter Frauen sehr überzeugt auftreten und die polnischen Frauen stets bemüht sind, noch nicht stattgefundenen Entwicklungen in ihrem Land aus der gesamtgesellschaftlichen Situation Polens heraus zu erklären und auch zu rechtfertigen, zum Beispiel mit der Rolle der Religion. Am Ende des Treffens ordnen sie ihre Entwicklungen denen im „Westen“ nach.

In allen drei Momentaufnahmen findet in Teilen ein Austausch von Wissen und Erfahrungen statt. Mal ist dieser stärker demonstrativ ausgerichtet wie im ersten Beispiel, mal wechselseitig wie im zweiten, mal ungleich beziehungsweise ein wenig „maternalistisch“ wie im dritten. Mal wird mehr faktisches und fachliches, mal mehr alltägliches Wissen und solches über die Lebensweisen in den Städten und Ländern mitgeteilt. Vor allen Dingen aber findet in allen Beispielen eine Darstellung und Erklärung beziehungsweise eine Positionierung des Eigenen statt. Die kommunalen und zivilgesellschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteure bringen sich und die Entwicklungen ihrer Städte, Institutionen und Länder hier in ein Verhältnis zueinander beziehungsweise setzen sich in Beziehung. Diese Beobachtungen sind sowohl bei der politischen Beurteilung der Reichweite entsprechender Veranstaltungen als auch bei der Erforschung von Wissenstransfer im Rahmen von Städtepartnerschaften – sowie in Bezug auf den eigentlich sehr kritisch argumentierenden Politikmobilitätsansatz – unbedingt zu beachten. Um exemplarisch Nick Clarke zu zitieren, der in seine Forschungen aber neue Formen staatsgrenzenübergreifender kommunaler Zusammenarbeit jenseits von Städtepartnerschaften einbezieht und deshalb möglicherweise auch zu anderen Ergebnissen kommt: „[I]ntercity comparison“ (Clarke 2012: 802) findet statt, ob „urban policy mobility“ (ebd.) hier ebenfalls erfolgt, bleibt zunächst offen. In meinem Forschungsfeld in gegenwärtigen ruhrgebiets-polnischen und

ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften haben sich entsprechende Zusammenkünfte jedenfalls häufig in erster Linie als Präsentationsforen zur Selbstdarstellung beziehungsweise als Aushandlungsarenen wechselseitiger Positionen und Wertigkeiten im (globalen) Standortwettbewerb herausgestellt. Vielfach wird im Zuge dieses *assembling* kommunaler und zivilgesellschaftlicher städtepartnerschaftlicher Akteure auch eher Politik gemacht als transferiert. In allen drei Veranstaltungen jedoch setzen sich die Personen miteinander auseinander und kommen so zumindest für den Moment in Kontakt.

6.2.3 Vergleiche

6.2.3.1 „Dass zum Beispiel Ankara in der Behindertenarbeit meilenweit voran ist“
Zueinander in ein Verhältnis setzten sich die hier näher betrachteten ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteure auch in zahlreichen anderen Momenten während und vor allem nach einer Veranstaltung zum Ziel des Wissens- und Erfahrungsaustauschs. Der Amtsleiter von Zweitstadt schilderte folgenden für ihn überraschenden Eindruck von einem Besuch eines städtischen Inklusionsprojekts, auf das er im Zuge kommunaler Kontakte von Zweitstadt mit der türkischen Hauptstadt gestoßen sei:

„Wir haben natürlich in der Türkei mit ganz, ganz vielen Einrichtungen schon Kontakt aufgenommen, wir haben uns in [Şehir], in [Stadt], in Ankara auch Einrichtungen angeguckt, dabei auch festgestellt, dass zum Beispiel Ankara in der Behindertenarbeit meilenweit voran ist. In Ankara gibt es ein System, wonach zum Beispiel in jeder U-Bahn-Station Internetcafés für Blinde sind (...). Das ist ja bei uns etwas, das ist auf dem Papier da, aber das gibt=s so gut wie nirgendwo, mir ist so gut wie keine Stadt bekannt, wo man in der U-Bahn-Station (...) ein Blindencafé eröffnet hat.“ (ST2_1, 19.1.2008)

Mit Blick auf seinen kommunalen Verantwortungsbereich besucht der kommunale Amtsleiter der Ruhrgebietsstadt integrative Einrichtungen der Türkei im Rahmen der Städtepartnerschaft und darüber hinaus. Die Existenz von Blindencafés an zahlreichen so öffentlichen Stellen wie U-Bahn-Stationen der türkischen Hauptstadt überrascht ihn. Das hat er in dem Land anscheinend nicht erwartet. Er nimmt den neuen Eindruck aber nicht einfach mit oder leitet daraus eigene Vorhaben und Überlegungen ab, sondern er zieht Bilanz und stellt einen Vergleich mit der derzeitigen Lage in seiner Stadt und Umgebung an. Dieser fällt zu Ungunsten des Eigenen aus.

Der Zweitstädter Fachbereichsleiter berichtete von einem Termin, zu dem Vertreterinnen und Vertreter von Şehir nach Zweitstadt kamen, um sich dort von einem

Stadtplanungsprojekt, ein anderes als das zuvor erwähnte Revitalisierungsprojekt, inspirieren zu lassen:

„Ich glaube, für die Türkei kann es interessant sein, zu sehen, wenn wir so ein großes planerisches Ding anfangen, das ist für die auch noch relativ neu, habe ich in den Vorgesprächen mitbekommen, wie intensiv wir da mit der Bürgerbeteiligung rangehen. Also, wir ham=s ja, sind ja da ein ganz intensives, ne intensive Methode, dann also die Bürger mit einzubeziehen, um dann möglichst alle Wünsche unter einen Hut zu kriegen von unterschiedlichen Bereichen. Das ist es in der Türkei ja oft nicht, da wird das dann, ne, so entschieden in den Parlamenten und den Stadtregierungen, und dann wird=s gemacht. Und ich glaube, das ist für die ganz interessant, mal zu sehen, wie so ein Partizipationsprozess bei uns abläuft.“ (ST5_1, 21.7.2009)

Der Fachbereichsleiter von Zweitstadt beschreibt hier die Arbeit seiner Stadt beziehungsweise Kommune in Sachen Bürgerbeteiligung als anregend, sogar beispielgebend für ähnliche Planungsvorhaben der türkischen Partnerstadt. Er sieht darin ein Vorbild für die Arbeit der türkischen Kommune, da dort ebenso wie in der gesamten politischen Arbeit der Türkei seiner Meinung nach Entscheidungen mehr über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg getroffen werden.

Die Art und Weise, wie hier über städtische und kommunale Projekte, Arbeitsweisen und Wissensstände gesprochen wird, ist voller Bewertungen. Hier wird – in Nick Clarkes Worten – „intercity comparison“ (Clarke 2012: 802) betrieben beziehungsweise werden kommunale Leistungsvergleiche angestellt und Maßstäbe zu setzen versucht. Dies schließt nicht aus, dass dabei auch etwas gelernt oder vermittelt wird, aber primär teilen die kommunalen städtepartnerschaftlichen Akteure, hier vor allem des Ruhrgebiets und insbesondere gegenüber den türkischen Städten und Kommunen, ihre Eindrücke auf Werteskalen ein und markieren Über- und Unterlegenheit. Diese demonstrieren sie nach außen hin – mir gegenüber – auch. Die kommunalen städtepartnerschaftlichen Akteure des Ruhrgebiets positionieren sich und stellen heraus, wo sie aus ihrer Sicht in der staatsgrenzenübergreifenden (Städte-)Konkurrenz stehen oder auch ankommen möchten. Hier werden teilweise neue (Leistungs-)Grenzen zwischen den Akteuren gezogen.

Der Fachbereichsleiter von Zweitstadt schien darüber hinaus Austausch auch generell eher ökonomisch zu betrachten und einen Wissens- und Erfahrungsaustausch mit Şehir – außer im Jugendbereich – vor allen Dingen in wirtschaftlicher Hinsicht als sinnvoll und gewinnbringend zu erachten:

„Also, auch von der Architektur her, da, da bin//sind wir ja auch schon vielseitiger, weil man halt da hinten auch aus unterschiedlichen Gründen nur bestimmte Stile bauen kann. Für uns sind die großen Dinge, wovon man lernen kann, ist so, so, und da erhoffe ich mir noch viel mehr von, dass ich, also, die wirtschaftlichen Kontakte da, dass man das noch mal intensiver ausbaut über Austausch von Jugendlichen, dass man sich also mal anguckt, wo gibt es eigentlich noch Märkte, wo wir, mit kleinen Unternehmen, wo die auch mal in solche Projekte im Ausland machen können. Und, und das also weiterzuentwickeln. (Ne, weil) die Großen suchen sich sowieso ihre Partner weltweit, die ha=m ihre Abteilung, ihre Sachen, aber das gibt es auch für, da gibt es auch Chancen für kleine Sachen, kleine, feine Bereiche für hochwertiges deutsches Handwerk oder (andere), und da können wir von denen auch noch lernen, wie man noch an neue Märkte rankommt.“ (ST5_1, 21.7.2007)

Während er also Entwicklungen der türkischen Partnerstadt in anderen Gebieten gegenüber den eigenen zum Teil deutlich abwertet, sieht der Zweitstädter Kommunalvertreter im wirtschaftlichen Austausch und im Austausch über wirtschaftspolitische Strategien mit Şehir Lernpotenzial auch für Zweitstadt. Neben dem (globalen) Standortwettbewerb werden in dieser gegenwärtigen Städtepartnerschaft also auch Wohlstandsunterschiede zwischen den beiden Ländern Deutschland und der Türkei verhandelt und Städtepartnerschaften daraufhin ausgerichtet. Mit diesem *assembling* setzen die Akteure auf Teilhabe.

Entsprechende Vergleiche, Über- und Unterordnungen und Positionierungen blieben nicht immer ohne Folgeaktionen. Während eines Interviews mit dem kommunalen Mitarbeiter und Übersetzer von Zweitstadt schilderte er einige Anregungen, die Şehir von Zweitstadt mitgenommen und auch übertragen habe. Konkret sei es dabei um Infrastrukturprojekte gegangen wie einen Fahrradweg oder ein übergreifendes Fahrkartensystem im öffentlichen Personennahverkehr, das die Verwendung einer Fahrkarte über mehrere Buslinien hinweg ermögliche. Während seiner Ausführungen lachte seine Kollegin, die ebenfalls anwesend war, einmal laut auf und kommentierte das Gehörte mit den Worten, sie könne nicht glauben, dass es all das vorher noch nicht gegeben habe. Der kommunale Mitarbeiter und Übersetzer reagierte darauf leicht verärgert (vgl. ST1_1, 18.7.2008).

6.2.3.2 „Also, wir können ne ganze Menge lernen“

Auch Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Einrichtungen in den gegenwärtigen ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften stellten Vergleiche und Positionierungen während und nach Veranstaltungen zum

Wissens- und Erfahrungsaustausch an. So tauschte sich zum Beispiel eine Erststädter Sozialeinrichtung mit einer ähnlichen Einrichtung im polnischen Miasto aus. Die Leiterin der Erststädter Einrichtung hob im Interview zahlreiche Aspekte hervor, die ihr an der polnischen Einrichtung gefielen. Sie lobte beispielsweise die gute, nahezu gleichwertige fachliche Arbeit des Personals und die kollegiale Arbeitsweise im Haus, „dass dort zum Beispiel bei Renovierungsarbeiten alle mit anpacken“ (BSP3_1, 10.11.2008). Aus ihrer Sicht brachte der Austausch wichtige Erkenntnisse:

„Also, wir können ne ganze Menge lernen, wie man improvisieren kann und ne fachlich hervorragende Arbeit hingelegt bekommt. Nicht so sich lähmen lassen durch alles mögliche, sondern das Ziel im Auge haben, und dann geht es los. Das finde ich immer wieder, ach, voller Energie und Antriebskraft stecken (die), ich bin begeistert. Also, diese Freude, die dann überkommt.“ (Ebd.)

Insgesamt sah die Leiterin ihre Einrichtung „einen kleinen Schritt weiter auf dem Weg zum selbstbestimmten Leben“ (ebd.), aber die Einrichtung von Miasto als durchaus vergleichbar an: „Aber ansonsten, denke ich mir mal, sind die Ziele gleich, drüben und hier.“ (Ebd.)

Die Erststädter Einrichtungsleiterin lobt an der polnischen Sozialeinrichtung einiges, vor allen Dingen Arbeitsweisen und soziale Aspekte des Kollegiums. Sie kritisiert auch entsprechend weniger ausgereifte Entwicklungen auf Erststädter Seite. Insgesamt sieht sie die eigene Einrichtung als etwas fortgeschrittener an, betrachtet den Austausch mit der polnischen Einrichtung aber als durchaus anregend für die eigene Arbeit.

Die komplementäre Sozialeinrichtung von Miasto besuchte ich zusammen mit Agnieszka, ohne deren Übersetzung ich auch nicht weitergekommen wäre. Die Einrichtung war, ähnlich wie die der Ruhrgebietsstadt, abgelegen, allerdings in einer noch kleineren Siedlung, und war schmucklos, aber gepflegt. Der polnische Leiter der Einrichtung und eine Mitarbeiterin empfingen uns sehr freundlich und beantworteten meine Fragen, obwohl um sie herum der fordernde Einrichtungsalltag weiterlief. Agnieszka übersetzte, dass die Mitarbeiterin von einem Besuch der Erststädter Sozialeinrichtung sehr angetan gewesen sei, insbesondere von der Möglichkeit eines eigenständigen betreuten Wohnens. Das habe ihr sehr gefallen, und entsprechende Möglichkeiten gebe es auf polnischer Seite nur selten. Auch von der Ausstattung des Hauses sei sie sehr begeistert gewesen, es sei „reicher möbliert“ (P4_1, 23.9.2008) und habe eine bessere Ausstattung, die den Bewohnerinnen und Bewohnern mehr

(Freizeit-)Aktivitäten als die polnische Einrichtung ermögliche. Aber einige Dinge hätten sich auch als ähnlich herausgestellt, etwa einzelne Ausbildungsetappen für Einrichtungsmitarbeiterinnen und Einrichtungsmitarbeiter oder Betreuungssätze. Laut Agnieszka nahm die Mitarbeiterin der Sozialeinrichtung von Miasto vor allen Dingen folgenden Eindruck vom Besuch der Ruhrgebietseinrichtung mit: „Das Gefühl, dass, nach der Reise nach [Erststadt] sind sie sicher, können sie sicher sein, dass sie hier etwas gut machen, dass sie so gut sind wie zum Beispiel in [Erststadt]. Das Gefühl, dass sie nicht schlimmer sind, ist wichtig.“ (Ebd.) Einige Dinge seien ihr im Vergleich sogar positiver ausgefallen:

„Im Vergleich: Beide Seiten haben beobachtet, dass in Deutschland ist alles der Plan. Die Leute sind, man kann sagen brav, still und bei uns mehr lebendig, nicht so ordentlich, aber sind mehr zufrieden. Lächeln sich, ja, zufrieden, lachen. Obwohl es nicht so nach Plan geht, bei uns ist mehr spontan.“ (Ebd.)

Ähnlich äußerten sich laut dem Übersetzer auch die türkischen Betriebspraktikantinnen und Betriebspraktikanten von Şehir, die Zweitstadt auf Basis einer Kooperation beider Handelskammern besuchten und in verschiedenen Zweitstädter Firmen hospitierten. Auf der einen Seite wisse man, dass Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht weiterentwickelt sei als die Türkei (vgl. T1_1, Mai 2008). Auch die Ausbildungsstandards für bestimmte Berufe und Branchen seien in Deutschland besser, und man könne davon etwas mitnehmen (vgl. ebd.). Aber in manchen Bereichen sahen die Praktikantinnen und Praktikanten der türkischen Partnerstadt auch ihre eigenen Arbeitsgewohnheiten als besser oder passender an. So zum Beispiel im Verkaufswesen: „Also, wenn bei mir in der Türkei ein Kunde kommt, kann ich mich mit ihm über ganz normale Dinge, über Gott und die Welt unterhalten, kann ihm einen Tee bestellen, kann ihm einen Tee ausgeben. (...) Also, da ist die Kundennähe viel, viel näher als wie hier. (...) Das ist natürlich auch irgendwo die türkische Gastfreundschaft, die spiegelt sich dort wider.“ (Ebd.)

Und auch einer der türkischen Verbandsmitglieder, der Zweitstadt besuchte hatte, zog aus dem Vergleich mit der Arbeitsweise des deutschen Verbands ein für sich positives Fazit. Er sagte, dass er erst gedacht habe, die deutschen Verbände seien besser organisiert wegen der höheren Mitgliederzahlen und der längeren Traditionen. Dann aber habe er während der Veranstaltung gemerkt, dass sie ähnliche Probleme hätten. Er schlussfolgerte, dass man aus diesen Erfahrungen aber lernen könne (vgl. Feldnotizen Prot_PT, 6.2.2008).

Die beschriebenen zivilgesellschaftlichen städtepartnerschaftlichen Vergleiche nach Veranstaltungen zum Wissens- und Erfahrungsaustausch im Rahmen der ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften dienen auch der Feststellung von Über- und Unterlegenheit und der Feststellung der eigenen Position und Wertigkeit. Im Unterschied zu den kommunalen steckt in diesen zivilgesellschaftlichen Leistungsvergleichen aber auch ein gewisses Maß an Annäherung, Aufwertung und Anerkennung, sowohl was Wissensstände als auch was den eigenen Stellenwert angeht. Insbesondere die zivilgesellschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteure vom polnischen Miasto und vom türkischen Şehir schöpfen daraus viel Positives. Sie erkennen im Vergleich eigene Stärken, heben diese hervor und erleben sich dadurch auch als vergleichsweise aufgewertet, gehen gestärkt aus dem Zusammentreffen heraus.

Für die polnischen zivilgesellschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteure hatten Veranstaltungen zum Wissens- und Erfahrungsaustausch und der Leistungsvergleich mit zivilgesellschaftlichen Einrichtungen der Ruhrgebietsstadt noch eine andere Dimension. Bogdana, eine polnische Deutschlehrerin, und eine der Frauen von Miasto, die auch am städtepartnerschaftlichen Austauschprojekt von Ursula und Agnieszka teilgenommen und Erststadt besucht hatte, zog vor allen Dingen aus der bereits näher beschriebenen Veranstaltung mit Frauenorganisationen sehr viel Anregendes. Sie äußerte dabei und danach mehrfach konkretes Interesse, in der polnischen Partnerstadt eine Frauenorganisation nach Erststädter Vorbild aufzubauen. Dabei setzte sie auf die Unterstützung der Partnerstadt:

„[V]ielleicht, wenn ich pensioniert werde, und das wäre schon in drei Jahren, da bemühe ich mich darum, so eine Einrichtung bei uns in [Miasto] zu organisieren, und da haben wir ganz ernsthaft beim letzten Treffen darüber mit auch mit [Barbara] und [Gleichstellungsbeauftragte von Erststadt] gesprochen, und sie würden auch sehr gerne dabei helfen, das wäre eine ganz, ganz tolle Sache.“ (P8_1, 29.6.2009)

Bogdana erläuterte im Interview auf meine Nachfrage noch einmal konkret, was für sie dieser wissensbasierte Austausch mit Erststadt bedeute: „Insofern, also, das verstehe ich unter dem Begriff, es fehlt uns Wissen. Ja, das kann anders sein.“ (Ebd.) Ähnlich, wenn vielleicht auch etwas weniger optimistisch, äußerte sich auch Agnieszka auf die Frage, warum sie einst die Möglichkeit eines Praktikums in einem Ruhrgebietskindergarten, wie im vorangehenden Kapitel bereits beschrieben, genutzt habe: „Ich wollte bisschen gucken und vielleicht (...) etwas bei uns ändern, was hat mir gefallen, aber das, das ist

nicht leicht. Bei uns funktioniert alles so lange, das ist schwer, etwas zu verändern.“
(P5_1, 24.9.2009)

Beide Frauen der polnischen Partnerstadt sehen also in dem Neuen, in dem Wissen, das sie insbesondere in den zivilgesellschaftlichen Einrichtungen der Ruhrgebietsstadt sammeln konnten und können, Handlungspotenzial und Veränderungspotenzial für ihre eigene Stadt und auch Gesellschaft. Sie verorten sich hierbei nicht nur, sondern sie ziehen etwas für sich aus dem Vergleich heraus. Dabei reflektieren sie aber auch Hindernisse und strukturelle Unterschiede.

Der Leiter der Sozialeinrichtung von Miasto bewertete das Veränderungspotenzial durch Wissens- und Erfahrungsaustausch mit einer vergleichbaren Erststädter Einrichtung sogar als noch etwas weiterführender. Agnieszkas Übersetzung folgend, konnte er so gewonnenes Wissen über bewährte Verfahren argumentativ gegenüber polnischen Politikerinnen und Politikern einsetzen und damit verhindern, dass den Bewohnerinnen und Bewohnern der Einrichtung beispielsweise körperliche Arbeit untersagt worden wäre (vgl. P4_1, 23.9.2008). Und auch die türkischen Praktikantinnen und Praktikanten von Şehir bestätigten, dass sie mit den bei Zweitstädter Betrieben gewonnenen Einsichten Entwicklungen in ihrer türkischen Stadt anregen wollten. In den Worten des Übersetzers: „Also, wir würden, wir wollen eigentlich im Prinzip unmögliche Dinge möglich machen in der Türkei.“ (ST1_1, Mai 2008)

Für die hier zitierten polnischen und türkischen zivilgesellschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteure von Miasto und Şehir dienen Vergleiche zu Fach- und Verfahrensfragen während und nach entsprechenden Veranstaltungen zum Wissens- und Erfahrungsaustausch in gegenwärtigen Städtepartnerschaften also der Feststellung eigener Positionen, aber auch der Aufwertung und Verbesserung eigener Situationen. Insbesondere die polnischen zivilgesellschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteure von Miasto scheinen in Einzelfällen auch bereits so erhaltenes Wissen erfolgreich eingesetzt zu haben. Wissen stellt in diesem Zusammenhang also auch Veränderungspotenzial und Handlungsmacht dar. Dies deckt sich mit einem Wissensbegriff des deutschen Soziologen Nico Stehr, der Wissen unter anderem als eine Fähigkeit, „existierende Herrschafts- und Machtgefüge wirkungsvoll begrenzen und verändern“ (Stehr 2000: 78) zu können, bezeichnet. Die beschriebenen

Beobachtungen sind auch anschlussfähig an die Feststellung des Politikmobilitätsansatzes von Ian Cook und dem britischen Geografen Kevin Ward zur Rolle von internationalen Konferenzen bei der Organisation von Wissenstransfers. Cook und Ward sehen hier im Vergleichen eine Vorstufe zum Lernen (vgl. Cook/Ward 2012: 147), wobei ich mit meinen Beobachtungen ergänzen würde, dass dies eher auf zivilgesellschaftliche als auf kommunale städtepartnerschaftliche Akteure zutrifft. Ihr *assembling* kann ausgleichen und (Leistungs-)Grenzen überwinden.

6.2.3.3 „Das hat auch so mit meiner Stellung auf der Welt was zu tun“

Und auch Bürgerinnen und Bürger der ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften sammelten in verschiedenen städtepartnerschaftlichen Austausch- und Begegnungsveranstaltungen, auf die ich im nächsten Kapitel noch weiter eingehen werde, Eindrücke hier vor allem des Alltagslebens in den Partnerstädten und zogen Vergleiche. Während des Besuchs von Erststädter Frauen in Miasto unternahmen sie (ohne die polnischen Frauen) in meinem Beisein einen Stadtspaziergang. Ursula führte uns durch Miasto, durch die Straßen, durch eine kleine Stadtrandsiedlung und zum Fluss. Die mitgereisten Erststädter Frauen kommentierten nahezu jeden Eindruck. Es ging um den Zustand der Straßen („gar nicht so schlecht“) und um den allgemeinen Zustand der Siedlung („wie in Süddeutschland“, „keine Kehrmaschine“, „für mich ist das wie ein Zeitsprung“). Auch die Nutzung des Flusses wurde kommentiert („das erobern sie sich langsam“) oder der Zustand einer handbetriebenen Schleuse („wie im vorigen Jahrhundert“) (vgl. Feldnotizen Prot_P, 14.4.2009).

Die Frauen der Ruhrgebietsstadt setzen alle Eindrücke, die sie während des Spaziergangs von Zuständen und Entwicklungen der polnischen Partnerstadt erhalten, in ein Verhältnis zu dem, was sie kennen. Auch dabei bewerten sie ihre Eindrücke und schreiben ihnen Wertigkeiten zu. Nicht immer, aber meistens schneidet das Eigene dabei besser ab. Häufig wählen sie zur Betrachtung nur solche Impressionen aus, die ihnen im Vergleich am sonderbarsten und altertümlichsten vorkommen.

Auf meine Nachfrage hin beschrieb Ursula im Interview, warum sie diese Vergleiche ziehe und was sie ihr bedeuteten:

„Ja, das ist ja schon fast philosophisch ((lacht)). Ich denke, das hat irgendwas damit zu tun, auch mit meinem, mit meinem Standpunkt auf der Welt, mit mir, da, wo befinde

ich mich und wo befinden sich die anderen, wie weit sind die, wie nah sind die, wie fremd sind die, das [hat] auch so mit meiner Stellung auf der Welt was zu tun.“ (BSP2_1, 7.9.2008)

Es sind stark reflektierende Überlegungen, die Ursula hier anstellt. Die machen deutlich, dass es auch bei Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der hier betrachteten Städtepartnerschaften um das Feststellen des Eigenen geht. Auch hier werden wie bei den kommunalen und zivilgesellschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteuren im Vergleich eigene Positionen und Wertigkeiten ermittelt. Bei den ruhrgebiets-polnischen bürgerschaftlichen Vergleichen werden wahrgenommene Unterschiede aber auch entlang des modernisierungstheoretischen Diskurses einer „nachholenden Modernisierung“ (Müller 1998: 184) verhandelt, wie der Politikwissenschaftler Klaus Müller die vergleichsweise defizitäre Bewertung von Entwicklungen im postsozialistischen „Osten“ gegenüber denen des „Westens“ beschreibt. In gewissem Sinne wird damit in diesen Vergleichen auch eine alte Grenze zwischen den Akteuren revitalisiert.

Bei einem Besuch der türkischen Partnerstadt Şehir mit einem Jugendtanzprojekt einer Zweitstädter Jugendeinrichtung ging ich zusammen mit den Betreuerinnen und Betreuern und einigen Zweitstädter Jugendlichen durch die türkische Partnerstadt. Auch dort stellten die Mitgereisten bald Vergleiche an. Einer der Jugendlichen bemerkte beispielsweise, dass das Obst, das vor Ort gereicht wurde, sehr nach Obst schmecke. Während eines Rundgangs über einen Basar, auf dem neben Textilien auch Lebensmittel und Fleisch angeboten wurden, fotografierte einer der Betreuer und Jugendpfleger immer wieder aufgeschnittene Tierkadaver, die er als „Horrorbilder“ bezeichnete (vgl. Feldnotizen Prot_T, 9.5.2009).

Ähnlich wie bei der Reise der Erststädter Frauen sind es bei den Betreuerinnen und Betreuern und Jugendlichen von Zweitstadt die vergleichsweise „exotischen“, „ursprünglichen“ und archaischen Eindrücke, die beim Besuch der türkischen Partnerstadt aufgegriffen und mal mehr, mal weniger explizit mit dem Eigenen verglichen werden. Auch hier wird nicht immer absichtlich, aber doch eine eigene Überlegenheit und höhere Wertigkeit konstruiert. Dabei werden auch bekannte Figuren des Orientalismus gestreift und aktualisiert, wie der US-amerikanische Literatur- und Kulturwissenschaftler Edward Said die imaginäre, aber trennende Grenzziehung und

festschreibende Unterscheidung zwischen „Orient“ und „Okzident“ bezeichnet (vgl. Said 1978).

Wegen meiner unzureichenden oder ganz fehlenden Sprachkenntnisse war es zwar deutlich schwieriger, entsprechend gezogene Vergleiche bei den Ruhrgebietsbesuchen von polnischen oder türkischen bürgerschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteuren aufzuschnappen. Einige ließen sich aber dennoch verstehen oder auf Nachfrage rekonstruieren. So kommentierte Bogdana in Bezug auf ihre Eindrücke von Erststadt im Nachgespräch beispielsweise: „[U]nd auch viele Leute, die Fahrradtouren machen, die sitzen einfach draußen in der Natur, die liegen auf der Wiese und ein Buch lesen oder mit dem Hund spielen, also, bei uns so ausgelassene Stimmung, das sieht man ziemlich selten.“ (P8_1, 29.6.2009) Und eine Gruppe von türkischen Jugendlichen antwortete auf die Frage, was ihnen an Zweitstadt während eines Besuchs besonders aufgefallen sei, der viele Verkehr, viele Motorroller, Bier und dass Deutschland ein „developed country“ sei (vgl. Feldnotizen Prot_T, 9.5.2009). Aber es gab vor allen Dingen unter den Bürgerinnen und Bürgern von Şehir auch Kommentare, die in eine andere, kritische Richtung wiesen: „[D]ie Deutschen sind so bisschen kälter, denken die Menschen.“ (T8_1, 13.5.2009)

Einige der Kommentare entsprechen weitgehend den Tendenzen der Vergleiche der Ruhrgebietsbürgerinnen und Ruhrgebietsbürger, in denen beispielsweise Bogdana die Entwicklungen von Erststadt als etwas positiver und einer der türkischen Jugendlichen die von Zweitstadt als etwas fortschrittlicher einordnet, was den Ost-West- beziehungsweise Orient-Okzident-Unterscheidungen entspricht. In anderen Rückmeldungen, vor allen Dingen seitens der türkischen Jugendlichen von Şehir, werden eigene Errungenschaften aber auch als vergleichsweise positiver angesehen. Auch hier aber werden alltagsweltliche Eindrücke der Partnerstadt in Relation zum Eigenen gesetzt und wird dessen Stellenwert ermittelt.

6.2.4 Erfolgreiche Wissenstransfers und Grenzen

6.2.4.1 „Guck’ dir die Bordsteinkante an“

In einigen Fällen der hier beschriebenen gegenwärtigen ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften kam es auch zu einem tatsächlichen Transfer von Wissen, wie auch am Beispiel der beiden Sozialeinrichtungen von

Erststadt und Miasto beschrieben. In diesem letzten Abschnitt im 6. Kapitel beschäftige ich mich damit, welches Wissen von wem wohin erfolgreich vermittelt wurde, wo Möglichkeiten, aber auch Grenzen eines staatsgrenzenübergreifenden Wissenstransfers lagen und wie (Wissens-)Transfer im Rahmen von städtepartnerschaftlichem Austausch insgesamt bewertet wurde.

Der türkische Mitarbeiter und Übersetzer von Zweitstadt schilderte ein Beispiel, in dem Wissen von Zweitstadt nach Şehir übertragen worden sei:

„Ich sage, wenn Delegationen aus [Şehir] kommen, wenn wir jetzt speziell über [Şehir] sprechen, bin ich ja sozusagen dann von Anfang bis zum Schluss bis zum Winkewinkel-Machen am Flughafen bin ich dann mit dabei (...) und da kann ich dann also stilvoll verfolgen, was die unter sich sprechen, was die sich angucken, worüber die reden und so weiter. Da kann ich nur sagen, die nehmen sehr, sehr viel aus [Zweitstadt] nach [Şehir] mit, also, sehr viel Positives, also, Positives in dem Sinne gegenüber, was in [Şehir] momentan herrscht. Also, wie gesagt, diese (Wort/Bord/Stand/Rand), selbst der Bürgermeister, als der hier war, da war dann auch der Leiter der technischen Abteilung dabei, und da hat er ihm gesagt, so nach dem Motto, [Name] komm' mal, guck' dir die Bordsteinkante an, komm, sieh sie dir an, guck sie dir an, und du weißt ja, wie sie bei uns sind, also, du weißt, was deine Aufgabe ist, mach' sofort Bilder und so weiter. Und es ist auch in der letzten Zeit jede Menge Boulevards jetzt geschaffen worden in [Şehir], also, Straßen sind breiter gemacht worden, Bordsteinkanten und alles Mögliche, genauso hier, wir haben ja gesagt, [Zweitstadt] blüht auf, in [Şehir] genauso. Also, die haben auch sehr viel von uns sozusagen übernommen und haben das dann in [Şehir] integriert, und darauf bin ich auch stolz.“ (ST1_1, 18.7.2008)

In dem Beispiel wird eine erfolgreich durchgeführte bauliche Maßnahme der Ruhrgebietsstadt von der türkischen Partnerstadt aufgegriffen. Şehir überträgt etwas von Zweitstadt, das es dort noch nicht gibt, aber für eine hilfreiche oder auch ästhetische Weiterentwicklung gehalten wird. Es handelt sich um ein konkretes und anschauliches Objekt und die damit verbundenen technischen Details. Der kommunale technische Leiter von Şehir bekommt laut dem Übersetzer die Aufgabe, entsprechendes Wissen darüber zu sammeln und in der Stadt ein- und umzusetzen. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Wortwahl „integriert“. Der kommunale technische Leiter, so lässt sich diese Aussage des Übersetzers interpretieren, kann das Objekt nicht einfach abgucken oder eins zu eins nachbilden, sondern muss es an die örtlichen Gegebenheiten von Şehir an- und einpassen.

Der Mitarbeiter und Übersetzer von Zweitstadt führte die damit verbundene Wissensbeschaffung noch ein wenig weiter aus:

„Ja, (...) die haben sich die ganzen zum Beispiel Bordsteine, also, wie hoch hier die liegen oder wie tief die hier liegen, die gucken sich das Ganze an, wenn die hier sind, und sprechen unter sich, guck' dir das mal an, hier liegen sie so tief und bei uns sind die hoch, da muss man Änderungen treffen, da//also, es wird vieles von hier mitgenommen.“ (Ebd.)

Auch dieses Zitat macht deutlich, hier werden ein Objekt und damit verbundene technische Details nicht einfach übertragen. Wissen aus der Partnerstadt wird nicht arglos kopiert, sondern es muss eine gewisse Übertragungs- beziehungsweise Übersetzungsleistung, es muss Wissensarbeit geleistet werden, damit es anderswo auch funktioniert. Der technische Leiter von Şehir scheint das erfolgreich bewerkstelligt zu haben. In gewissem Sinne lässt sich bei einem solchen Übertragen von einer „hybride[n] Europäisierung“ (Kaschuba 2007b: 223) sprechen, wie Wolfgang Kaschuba ein „adopting the models and fashions of others“ (ebd.) infolge direkten Kontakts in Europa beschrieben hat. Mit Blick auf die hier gemachten Beobachtungen ist jedoch zu ergänzen, dass eine entsprechende Vermischung nicht ohne Mitarbeit der Akteure geschieht. Es ist also ein aktiver Prozess, in dem zwei Länder – beziehungsweise Europa – hier ein kleines Stück zusammenwachsen, ohne den Moment ausschließlich als europäisch klassifizieren zu wollen.

Kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Zweitstadt erzählten mir noch von einem weiteren, sich in Planung befindenden Wissenstransfer zu einem Infrastrukturprojekt von Zweitstadt nach Şehir. Hier sollten dann Fachleute der Ruhrgebietsstadt mit nach Şehir fahren, um dort beraten und unterstützen zu können (vgl. ST5_1, 21.7.2009). Auch dieses Vorhaben wäre also mit einer Übersetzungsleistung und Wissensarbeit verbunden.

6.2.4.2 „*Concept of Europe, we have to understand it very well*“

Die kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Zweitstadt berichteten auch noch von weiteren Feldern, in denen ein Austausch von Wissen und Erfahrungen zwischen beiden Partnerstädten stattfand oder geplant war. In der Auffassung des Amtsleiters von Zweitstadt unterstützte die Ruhrgebietskommune die türkische Partnerstadt, „indem wir dann nämlich unser Know-how übertragen, indem wir denen die Fehler, die wir gemacht haben, aufzeigen, um ihnen dabei zu helfen, diese Fehler nicht noch mal zu machen“ (ST2_1, 19.1.2008). Ein großes Thema hierbei war auch das Wissen, was die türkische Partnerkommune zur Erfüllung der Auflagen für eine

Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union benötige. Das Interesse daran sei bereits vor einiger Zeit von Şehir gekommen, damals noch unter dem ehemaligen Oberbürgermeister. Aber auch der neue Oberbürgermeister hatte dies, wie bereits kurz erwähnt – laut seiner Übersetzer – auf die städtepartnerschaftliche Agenda gesetzt.

Zweitstadt kam diesem Wunsch gerne nach:

„Wir führen im Prinzip diese Leute vor Ort, ob es die Kommune ist oder die Handelskammer ist oder ob es die Wirtschaft dort ist eigentlich an Europa ein bisschen ein Stück weit näher heran. Denn wenn die Türkei Mitglied in der EU sein wird, was zwar noch lange dauern wird, dann hat sie nur eine Chance, wenn sie im Vorfeld viel, viel Arbeit leistet, viel, viel Arbeit leistet, (reinlegt), dass zum Beispiel wir die drauf aufmerksam (gemacht haben), hör mal, [Şehir] ist die Hochburg der [Geflügelfarmen] im Prinzip, 80 Prozent der Eier in der Türkei kommen aus [Şehir], was müsst ihr, wie müsst ihr euch umstellen, wenn ihr an Europa (...), hier sind die Auflagen, 280 Seiten, wie halte ich ein Huhn, nur mal zum Beispiel. Oder wir haben Praktikanten hier gehabt, die hier ein Praktikum gemacht haben bei Saturn, Praktikum gemacht haben bei einer Zeitung, Praktikum gemacht haben im Krankenhaus und, und, und, um dieses System auch mal kennen zu lernen. Denn das wird langfristig auf diese Leute zukommen. Und Europa wird sich im Prinzip auf den Kommunen abspielen, wenn man sich da im Vorfeld schon Netzwerke aufgebaut hat, wird das für eine Stadt wie [Şehir] mit Sicherheit später viel, viel einfacher sein, in vielen Fragen voranzukommen wie manch anderer Stadt.“ (Ebd.)

Hier geht es darum, Wissen, Verfahrenswissen, Auflagen, die für einen Beitritt zur Europäischen Union notwendig sind und deren Umsetzung zu einem großen Teil auch von den Kommunen geleistet werden muss, zu vermitteln. Der Umfang ist komplex, und inwiefern entsprechende Informationen auch weitergegeben wurden, konnte ich im Rahmen meiner Feldforschung nicht nachvollziehen. Deutlich wird aber, dass Zweitstadt hier die Rolle eines Wissensvermittlers übernimmt und die Partnerstadt beziehungsweise die Partnerkommune bereits vorausschauend entsprechend vorzubereiten und einzustellen versucht.

Der Städtepartnerschaftsbeauftragte von Zweitstadt beschrieb noch etwas detaillierter, worin genau das Interesse der türkischen Partnerkommune – seiner Meinung nach – an EU-Beitrittswissen liege:

„Also da besteht ein sehr, sehr hohes Interesse an der Thematik. Das haben wir auch gemerkt, wenn wir Firmen besucht haben, wo auch die Geschäftsführer immer wieder dieses Thema ansprechen und sagen, wie sind denn die Standards in Europa. Die Handelskammer hat uns zum Beispiel berichtet und gesagt, für den ganzen Lebensmittelbereich krepeln die im Moment alles um auf die EU-Norm, um schon diese Voraussetzung zu erfüllen, also, die warten erst gar nicht ab, bis irgendwann der Tag da ist, ob er nun kommt oder nicht, wissen wir ja nicht, weil sie sagen, wir passen uns heute schon an, damit das keine Hürde mehr ist, also, da sind die sehr intensiv dran

beschäftigt, die Leute, die an den wichtigen Schnittstellen stehen, sitzen, um eben sicherzustellen, dass man keinerlei Hemmnisse im eigenen Land aufbaut. Also, da ist ein sehr großes Bemühen.“ (SP5_1, 12.12.2007)

Dieses Zitat zeigt, dass es der türkischen Partnerkommune, unabhängig von einem EU-Beitritt der Türkei, darum geht, über die EU und deren Anforderungen Bescheid zu wissen und informiert zu sein, vor allen Dingen im wirtschaftlichen Bereich. Şehir versucht, sich bereits im Vorfeld auf die Europäische Union – spezifischer: auf den EU-europäischen Binnenmarkt – einzustellen, um hier mitwirken zu können. Daran wird auch deutlich, ein EU-Beitritt der Türkei hat auf kommunaler Ebene, und wahrscheinlich nicht nur dort, schon längst begonnen. Das „Mehrebenensystem“ der EU, in diesem Fall die Möglichkeit einer Kooperation von Kommune zu Kommune über Staatsgrenzen hinweg, leistet hier wertvolle Starthilfe. Darauf werde ich im folgenden Kapitel noch einmal zu sprechen kommen.

Aus der Sicht eines der Mitarbeiter des Internationalen Büros der Hochschule von Şehir, die, wie bereits kurz erwähnt, auch in die gegenwärtige Städtepartnerschaft mit Zweitstadt involviert war, sei dafür aber noch ein viel umfangreicheres Wissen notwendig, nämlich „what is Europe, what is the opinion of Europe, what is the European, I (...) what is to be a European, maybe you know, European concept, concept of Europe, we have to understand it very well.“ (T5_1, 12.5.2009)

Neben dem Wissen über Verfahren und Standards geht es dem türkischen Hochschulmitarbeiter also auch um Wissen über Werte und Lebensweisen, das für einen EU-Beitritt und für eine zukünftige Rolle in (EU-)Europa wichtig ist. Er sieht die Aufgabe seiner Hochschule darin, türkische Bürgerinnen und Bürger auch mit Hilfe der Städtepartnerschaft entsprechend vorzubereiten. Auf diesen Aspekt werde ich auch im nächsten Kapitel noch ausführlicher eingehen.

6.2.4.3 „Es ist ein ständiges Geben und Nehmen“

Unabhängig davon, in welche Richtung ein Wissenstransfer lief, ob die Städte und Kommunen eher Wissen weitergaben oder eher welches abfragten, alle hier näher betrachteten ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften bewerteten einen Austausch von Wissen und Erfahrungen im Rahmen von

Städtepartnerschaften ähnlich. So resümierte der Städtepartnerschaftsbeauftragte von Zweitstadt:

„Also, wir bekommen von [Şehir] ne ganze Menge Anregungen und Gedanken und auch, ja, aktive Mitarbeit, um ich sage mal unsere Stadt weiterzuentwickeln mit Hilfe der türkischstämmigen Bevölkerung und das Einbeziehen, dass wir die Leute enger einbeziehen können.“ (ST5_1, 21.7.2009)

Und auch der Amtsleiter von Zweitstadt äußerte: „[E]s ist ein ständiges Geben und Nehmen, und ich wünsche mir, dass beide genug bekommen, und dann sind sie auch alle zufrieden.“ (ST2_1, 19.1.2008)

Trotz eines gewissen Ungleichgewichts, trotz einer Tendenz, aus dem Geben etwas mehr ein Nehmen zu machen, konstatieren die (kommunalen) städtepartnerschaftlichen Akteure eine Gleichwertigkeit und Reziprozität und heben die positiven Aspekte eines Wissens- und Erfahrungsaustauschs hervor.

Die Leiterin der Sozialeinrichtung von Erststadt sagte darüber hinaus:

„Es geht mir darum, dass wir auf Mitarbeitenebenen einen Austausch auch mit einer anderen europäischen Nachbarschaft machen, dass wir nicht nur in unserem eigenen Saft uns//uns bewegen, sondern da dann auch wirklich über die Grenze hinaus von Erfahrungen, die andere machen, profitieren.“ (BSP3_1, 10.11.2008)

Sie stellt einen städtepartnerschaftlichen Austausch von Wissen und Erfahrungen also auch in den Zusammenhang eines zusammenwachsenden Europas beziehungsweise repräsentiert ihn (neben eigenem Profit) entsprechend. Auch hier wird bei allen Veränderungen ein einstiges städtepartnerschaftliches Ideal und Prinzip nicht etwa abgeschafft, sondern hochgehalten. In diesem Sinne werden hier die „ethics of exchange“ (Langenohl 2015: 220) bei aller Veränderung auch wieder aktualisiert.

6.3 Zwischenfazit

Dieses Kapitel handelte von Wandelsprozessen und Wandlungspraktiken bei Geschenkübergaben und im Rahmen von Veranstaltungen zum Austausch von Wissen und Erfahrungen in gegenwärtigen ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften. Dabei ging es um das entsprechende *assembling* hier überwiegend kommunaler und zivilgesellschaftlicher städtepartnerschaftlicher Akteure im Zeitraum der Feldforschung.

Es wird deutlich, wie Geschenkübergaben und entsprechende Veranstaltungen zum Wissens- und Erfahrungsaustausch von den städtepartnerschaftlichen Akteuren aller drei Länder ihrer Form nach gewahrt werden, dabei aber mit derzeitigen global-ökonomischen Anforderungen verknüpft werden, und dass sowohl die genannten Betätigungsfelder als auch die Aktivität Austausch und das Format insgesamt wesentlich verändert werden.

Insbesondere Vertreterinnen und Vertreter der Ruhrgebietskommunen, aber auch solche der türkischen und polnischen Partnerstädte wählen als Geschenke zunehmend solche Objekte aus, die ein Statement über das bestehende oder angestrebte Profil ihrer Stadt abgeben, und binden Städtepartnerschaften in den (globalen) Standortwettbewerb ein, also in Zusammenhänge, die weit über den geografischen europäischen Raum hinausweisen. Geschenke werden dabei ebenso zu Akteuren von Städtepartnerschaften wie auch des (globalen) Standortwettbewerbs.

Weiterhin suchen kommunale Akteure sowohl des Ruhrgebiets als auch der polnischen und türkischen Partnerstädte neue Partnerstädte entlang von strukturellen und inhaltlichen Gemeinsamkeiten aus, um sich Möglichkeiten für einen Wissenstransfer zu eröffnen. Insbesondere die Ruhrgebietskommunen setzen ihre Anforderungen daran verstärkt in einen Kosten-Nutzen-Zusammenhang, was zu einer Ökonomisierung gegenwärtiger Städtepartnerschaften führt, Austauschideale verändert und sich sowohl in Kooperation als auch in Konkurrenz ausdrücken kann. Hierbei kann es sich um eine ruhrgebietspezifische Ausprägung, bedingt durch den Strukturwandel der Region, handeln, der hier bearbeitet wird, eine fortschreitende EU-Europäisierung der Kommunen oder auch um weitergehende neoliberale Globalisierungsprozesse. Aber nicht nur die betrachteten Kommunen, auch zivilgesellschaftliche städtepartnerschaftlicher Akteure vor allem der ruhrgebiets-polnischen Städtepartnerschaften stellen sich für einen Wissenstransfer auf. Damit verbundene Themen drehen sich um Institutionenaufbau in den Partnerstädten und weisen ebenso tendenziell über Europa hinaus.

Außerdem wird deutlich, dass sowohl kommunale, zivilgesellschaftliche als auch vereinzelt bürgerschaftliche städtepartnerschaftliche Akteure in den gegenwärtigen ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften

Veranstaltungen, die dem Austausch von Wissen und Erfahrungen dienen, in erster Linie zur Demonstration und Feststellung eigener Positionen und Wertigkeiten verwenden. Dabei werden teilweise auch neue Grenzen gezogen (global-ökonomische) und alte (Ost-West, Orient-Okzident) aktualisiert. Vor allem die zivilgesellschaftlichen Akteure leiten aus Vergleichen vor und nach entsprechenden Veranstaltungen aber auch konkrete Handlungsmöglichkeiten für sich ab.

Schließlich zeigt sich, dass ein erfolgreicher Transfer von Wissen vor allen Dingen an eine intensive Wissensarbeit geknüpft ist und dass Austausch trotz eines sich verändernden Ideals nach wie vor von den städtepartnerschaftlichen Akteuren als etwas Gegenseitiges begriffen wird. Insgesamt macht das *assembling* der kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteure in diesem Kapitel deutlich, dass eine typische Aktivität ebenso wie gegenwärtige Städtepartnerschaften für den Zeitraum der Feldforschung gesprochen eine Ökonomisierung erfahren, die sowohl nach außen als auch nach innen zielt, aber städtepartnerschaftlichem Austausch auch einen zur Zeit passenden Sinn verleiht.

7. Begegnung – Ausgleich ökonomischer und politischer Unterschiede und Mobilität

In diesem letzten Kapitel geht es um Wandlungsprozesse und Wandlungspraktiken von Gründen der Teilnahme an städtepartnerschaftlichen Veranstaltungen und um Besuche der Ruhrgebietsstädte sowie der polnischen und türkischen Partnerstädte. Es bezieht sich damit vor allen Dingen auf sogenannte Begegnungsveranstaltungen. Neben einem Austausch im kommunalen Bereich sind es diese Veranstaltungen mit überwiegend Bürgerinnen und Bürgern der Partnerstädte, die einen wesentlichen Anteil meiner Feldforschung bestimmen.

Ähnlich wie aus (kommunal-)politischer Sicht im kommunalen und zivilgesellschaftlichen Bereich staatsgrenzenübergreifende Nähe, Vertrauen, Verbindung und auch eine wechselseitige Leistungssteigerung durch arbeitspraktischen Wissens- und Erfahrungsaustausch geschaffen werden sollen, soll dies bei Bürgerinnen und Bürgern das persönliche Zusammentreffen, also das unmittelbare Kennenlernen, leisten. So lobte bereits Jean Bareth städtepartnerschaftliche Begegnungen als „eine der ansprechendsten und nützlichsten Erscheinungen der europäischen Aktion“ (Bareth 1953: 12). In der funktionalistischen Überzeugung der „Gründungsväter“ von Städtepartnerschaften nach dem Zweiten Weltkrieg war es insbesondere diese Aktivität, durch die Angehörige unterschiedlicher (europäischer) Länder persönliche Gemeinsamkeiten und Besonderheiten entdecken und menschliche Eigenschaften und Sympathien über nationale Ressentiments stellen sollten und so auf zwischenmenschlicher Ebene, quasi durch die Hintertür, eine solide Trägerschaft für ein friedlich geeintes Europa entstehen sollte. Auch sollten Begegnungen die Möglichkeit bieten, andere Länder zu bereisen und die Vielfalt Europas kennen zu lernen. Persönliche Bande können sich auch zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteuren entwickeln. Es sind aber vor allen Dingen Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch jüngere Menschen, an die sich diese städtepartnerschaftliche Aktivität richtete und immer noch richtet, wie auf der Website

des RGRE zu lesen (vgl. CCRE/CEMR Online 2017b) und die hier – aber als Akteure – auch näher in den Blick genommen werden sollen.

Mein zentrales Interesse ist, was Bürgerinnen und Bürger aus den hier betrachteten Partnerstädten derzeit dazu veranlasst, auch angesichts zahlreicher auch privatwirtschaftlicher Konkurrenzangebote an städtepartnerschaftlichen Begegnungsveranstaltungen teilzunehmen, wie sich das konkrete Zusammentreffen im eigenen und anderen Land gestaltet und wie Europa dabei verhandelt wird. Auch in diesem Kapitel soll kein normativer Abgleich zwischen einem „Soll“ und einem „Ist“ erfolgen. Auch soll sich nicht nur auf einen Aspekt, in diesem Fall den Europaaspekt, konzentriert werden, sondern es soll sich erneut dem *assembling* entsprechender städtepartnerschaftlicher Akteure und dessen Folgen zugewendet werden. Das heißt, es wird den Entwicklungen und Prozessen nachgegangen, die derzeit in Begegnungsveranstaltungen hineingebracht, mit Städtepartnerschaften oder Elementen von Städtepartnerschaften verknüpft werden und auf sie auch verändernd wirken. Im Unterschied zu den vorherigen Kapiteln wird in diesem überwiegend auf zivilgesellschaftliche und bürgerschaftliche städtepartnerschaftliche Akteure eingegangen. Es wird sich neben einigen Interviewaussagen vor allen Dingen um Eindrücke aus teilnehmender Beobachtung der gegenwärtigen Städtepartnerschaften von Erststadt und Miasto, Zweitstadt und Şehir und hier auch von Drittstadt drehen. Insbesondere in dieses Kapitel werde ich meine eigenen Reiseerlebnisse einfließen lassen. Auch hier wird nicht nach übergeordneten Themen und Prozessen gegliedert und werden länderspezifische Unterschiede nur dort deutlich gemacht, wo sie auftreten.

7.1 Begegnungsrahmen

7.1.1 Ein ehrenamtliches Frauenaustauschprojekt

Während meiner Feldforschung betrachtete ich vor allen Dingen vier Programme, in denen ein Zusammentreffen von Bürgerinnen und Bürgern der Ruhrgebietsstädte und der polnischen und türkischen, aber auch anderer Partnerstädte stattfinden sollte. Auch wenn ich sie im Folgenden Projekte nenne, wähle ich hierfür zunächst bewusst den Ausdruck „Programm“ und stelle ihn voran, da diese Veranstaltungen und Projekte planvoll organisiert waren und bestimmte Arrangements und Abläufe zu bestimmten Zielen führen sollten. Das erste Projekt war, wie im vorangegangenen Kapitel bereits

beschrieben, das *Austauschprojekt für Frauen* von Erststadt und Miasto. Die beiden Lehrerinnen Ursula und Agnieszka hatten es eigenständig und ehrenamtlich auf die Beine gestellt, um Frauen der Ruhrgebietsstadt und der polnischen Partnerstadt einander entlang ihrer beruflichen oder auch persönlichen Interessen näherzubringen, wie bereits beschrieben. Das Austauschprojekt bestand jeweils aus Besuch und Gegenbesuch, sodass beide Partnerstädte involviert waren und die Teilnehmerinnen auch beide Partnerstädte besuchten und kennen lernten. Die spezifischen Projektthemen und Programmpunkte leiteten sich stets von den speziellen Wünschen und Interessen der Teilnehmerinnen ab.

7.1.2 Drei pädagogisch-künstlerische „TWINS2010“-Projekte

Die anderen drei Projekte fanden mehr oder weniger im Rahmen des Kulturhauptstadtgroßprojekts „TWINS2010“ statt. „TWINS2010“ war eines der Aushängeschilder der Kulturhauptstadt Europas „RUHR.2010“. Im Rahmen von „TWINS2010“ organisierten von einer künstlerischen Fachjury ausgewählte Kommunen, Kunst-, Bildungseinrichtungen und Eigeninitiativen aus allen 53 Städten und Gemeinden des Ruhrgebiets in den Jahren von 2007 bis 2010 gemeinsame Projekte mit Einrichtungen aus ihren und den Partnerstädten anderer Ruhrgebietsstädte. Auch mit Initiativen aus den ebenfalls im Jahr 2010 mit dem Titel „Kulturhauptstadt Europas“ bedachten Städten Pécs (Ungarn) und Istanbul (Türkei) konnten Projekte durchgeführt werden. An „TWINS2010“ beteiligten sich sowohl bekannte Künstlerinnen und Künstler als auch weniger erfahrene Akteure. Neben der Förderung eines europäischen Gedankens war ein selbsternanntes Ziel von „TWINS2010“ die Schaffung „eines der größten internationalen Kreativnetzwerke“ (RUHR.2010 GmbH 2009: 7), was aus Sicht der Organisatorinnen und Organisatoren im Endeffekt auch erfolgreich eingelöst wurde. In der abschließenden Projektbilanz nach dem Kulturhauptstadtjahr hieß es:

„Mit TWINS hat RUHR.2010 Europa bewegt. Nicht mit einer großen Geste, sondern intensiv, kontinuierlich und eindrucksvoll. Mehr als 1.700 Kulturpartner aus 257 Städten, 39 Ländern und vier Kontinenten haben die 100 künstlerisch-kreativen Ideen mit Leben gefüllt. Das wechselseitige Verstehen und Lernen, die Wertschätzung und das solidarische Miteinander haben alle bewegt, nicht nur Aktive, sondern auch die Besucher der unzähligen Veranstaltungen in den Städten der Metropole Ruhr und in Europa. Keine Kulturhauptstadt zuvor konnte so viele europäische Geschichten in einem Jahr zusammentragen.“ (Pleitgen/Scheytt 2011: 11)

Im Rahmen von „TWINS2010“ begleitete ich ein weiteres von kommunalen Mitarbeiterinnen von Erststadt initiiertes frauenorientiertes Projekt. Es handelte sich um

ein *Buchprojekt*, an dem außer von der polnischen Partnerstadt Miasto auch Frauen anderer Partnerstädte von Erststadt mitwirkten und ihren unterschiedlichen Alltag in vergleichbaren Berufs- oder Lebenssituationen schilderten. Das Projekt hatte sowohl einen reflektorischen als auch einen dokumentatorischen Ansatz. Es umfasste mehrere Planungstreffen von Projektkoordinatorinnen der teilnehmenden Partnerstädte. Am Ende des Projekts standen eine Veröffentlichung und ein feierliches Zusammentreffen aller Beteiligten. Darüber hinaus nahm ich an einem *Jugendtanzprojekt* teil, das von einer mit der Zweitstädter Kommunalverwaltung in Verbindung stehenden Jugendeinrichtung und einer künstlerischen Hochschulinitiative der türkischen Partnerstadt Şehir organisiert wurde. Das Projekt lief bereits seit einiger Zeit und in dessen Rahmen wurden abwechselnd türkische Jugendliche nach Zweitstadt und Jugendliche der Ruhrgebietsstadt nach Şehir eingeladen, um Kontakte zu kreieren und sich künstlerisch auszutauschen. Im Zeitraum meiner Feldforschung bereiteten sich die beteiligten Projektpartner gerade auf ein „TWINS2010“-Projekt vor. Sie planten, das Jugendtanzprojekt weiter auszubauen, um den beteiligten jungen Menschen ein künstlerisches Ausdrucksmedium zu verschaffen und wechselseitige Inspiration zu bieten. Das vierte Projekt, das ich intensiver verfolgte, war ein mehrteiliges *Jugendtheaterprojekt* von Theaterpädagoginnen und Theaterpädagogen einer Drittstädter Kunsteinrichtung in Kooperation mit Theaterinitiativen von vier weiteren Partnerstädten, darunter auch einer polnischen und einer türkischen. Hier wurde bereits in den zwei Jahren vor dem eigentlichen Kulturhauptstadtjahr – zusammen mit jeweils wechselnden Jugendgruppen der beteiligten Partnerstädte – ein gewaltkritisches deutsches Theaterstück aus der Zwischenkriegszeit zeitgemäß interpretiert und auch aufgeführt.

So unterschiedlich diese („TWINS2010“-)Projekte auf den ersten Blick erscheinen mögen, es verbindet sie ein engagiertes bis erzieherisches Bestreben, europaweite persönliche Bindungen auszubilden. Als Projekte sind sie nur zeitweilig organisiert und entsprechen einem durch Effizienz- und Ergebnisorientierung bestimmten Arbeitsmodus.²⁰⁹ Bei den Jugendkunstprojekten kommen zusätzlich noch der Anspruch

²⁰⁹ Andreas Langenohl sieht in der Projektförmigkeit von derzeitigen städtepartnerschaftlichen Veranstaltungen auch einen wesentlichen EU-politischen Beitrag, insbesondere des Programms „EfBB“ (vgl. Langenohl 2015: 30). Wie auch an anderer Stelle bin ich der Ansicht, dass EU-Europäisierung eine Perspektive ist, mit der man entsprechende Entwicklungen betrachten kann, aber bei einer Betrachtung gegenwärtiger Städtepartnerschaften nicht die einzige sein sollte, weshalb ich eine Betrachtung der

eines künstlerischen Ertrags und Mehrwerts und der Zusammenhang mit der Kulturhauptstadt Europas „RUHR.2010“ und, damit verbunden, das Ziel einer möglichst großen öffentlichen Wirkung hinzu. Das städtepartnerschaftliche Begegnungskonzept wird hier also mit einem längerfristigen Vernetzungs- und auch Verwertungsgedanken sowie weiteren durchaus ehrgeizigen (künstlerischen) Zielen verbunden, die in komprimierter Zeit realisiert werden sollen. Es ist im Folgenden also spannend zu beobachten, inwiefern sich auch dies in den gegenwärtigen städtepartnerschaftlichen Begegnungsveranstaltungen artikulieren wird.

7.2 Teilnahmebeweggründe

7.2.1 Lebensbereicherung

7.2.1.1 „Blind date with Europe“

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der einzelnen Projekte gaben verschiedene Antworten auf die Frage, was sie zum Mitmachen motiviert habe und warum sie sich auf ein solches zum Teil mit intensiven Vorbereitungen und Trainings verbundenes Projekt eingelassen hätten. Eine Erststädter Teilnehmerin des Frauenbuchprojekts, eine geschätzt 45-jährige Journalistin und Künstlerin, erklärte mir bei Projektbeginn:

„Also, ich wünsche mir erst mal Erhellendes, interessante Einblicke in das Leben Anderer, also, nicht nur in das der anderen Nationen, sondern auch in das der eigenen Gruppe, und ich wünschte mir wirklich einen Kontakt zu//zu Frauen aus diesen Partnerstädten, also, so wie ich das vorhin schon gesagt habe, ich fände es richtig klasse, wenn es eine Gelegenheit gäbe, dass mal alle so zusammenkommen könnten.“ (BSP4_1, 17.11.2008)

Während eines längeren Zwiegesprächs im Nachgang des Interviews unterstrich sie zusätzlich noch einen europäischen Gedanken mit den Worten, wie sehr sie sich auf ein „blind date with Europe“ (ebd.) im Zusammenhang mit dem Projekt freue.

Persönliches Interesse, neue Erkenntnisse, vielleicht sogar längerfristige Kontakte sind also Teilnahmebeweggründe dieser Erststädter Frau. In ihrer Antwort streift sie einstige städtepartnerschaftliche Ziele einer Begegnung, wie das persönliche Kennenlernen einzelner Personen „unterhalb“ des Nationalstaats sowie eine daraus möglicherweise resultierende andauernde Verbindung. In einem zweiten Schritt bringt sie auch Europa als Argument mit ein. Es ist aber in erster Linie Neugier auf ein möglicherweise

Projektförmigkeit hier nicht auf einen EU-Zusammenhang beschränke. Das Projekt von Ursula und Agnieszka war nicht mit entsprechenden Drittmitteln gefördert.

nachhaltiges Zusammentreffen mit Frauen anderer Ländern, das sie hier treibt, kombiniert mit einer Lust auf etwas Neues, Exotisches, Unbekanntes, ein Erlebnis.

Eine Zweitstädter Jugendliche antwortete mir auf die Frage, warum sie zu dem Jugendtanzprojekt nach Şehir mitgefahren sei, ganz ähnlich, wenn auch etwas zielgerichteter. Für sie stelle dies eine Chance dar, sie sei noch nie in der Türkei gewesen und habe schauen wollen, wie man mit Menschen, ohne deren Sprache zu sprechen, umgehen könne. Einige Jugendliche von Şehir sagten, ihre Motivation zur Projektteilnahme sei es gewesen, andere Länder zu sehen, nicht unbedingt nur Deutschland. Sie hätten aber auch Erfahrungen sammeln und neue Tanzstile kennen lernen wollen (vgl. Feldnotizen Prot_T, 9.5.2009). So sah es auch eine junge türkische Teilnehmerin des Jugendtheaterprojekts von Drittstadt. Es sei ihr Wunsch gewesen, andere Nationen kennen zu lernen (vgl. Feldnotizen Prot_TW, 25.7.2009).

In allen drei letzten Fällen sind es also ebenfalls eine gewisse Neugierde und Interesse, etwas dazulernen, was die Jugendlichen zur Teilnahme an der Begegnungsveranstaltung bringt, aber auch ein starkes Interesse, andere Länder zu erkunden. Während dies bei der Zweitstädter Jugendlichen eher etwas allgemeiner auf das Sammeln von Erfahrungen im Umgang mit etwas Unbekanntem zielt, ist es bei den türkischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern konkreter formuliert. Ihre Antworten lassen darauf schließen, dass es ihnen um ein Dazulernen im persönlichen, künstlerisch-technischen und im geografischen Sinne geht. Vor allen Dingen den Reiseaspekt betonen sie sehr stark.

7.2.1.2 „Das ist mein Land“

Aber es kamen auch andere Antworten von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieser und anderer Projekte und Veranstaltungen, die weniger mit einem (Kennen-)Lernen zu tun hatten. Auf einem Vorbereitungstreffen und Informationsabend für eine Reise von Bürgerinnen und Bürgern nach Miasto äußerte ein potenzieller Erststädter Teilnehmer höheren Alters, dass er Ahnenforschung betreibe und es deshalb für ihn interessant sei, nach Polen mitzukommen (vgl. Feldnotizen Prot_P, 8.4.2008). Ähnlich begründete auch Beate, eine Mitarbeiterin der Kommunalverwaltung von Erststadt, ihre Teilnahme an dem Frauenaustauschprojekt von Ursula und Agnieszka. Sie war in den 1960er-Jahren mit ihren Eltern und Geschwistern aus einer kleinen Stadt in der Nähe

von Miasto als Spätaussiedlerin nach Deutschland gekommen. Um ihre Geburtsregion auch einmal „aus der Perspektive einer Erwachsenen“ (S4_1, 29.6.2009) zu betrachten, nehme sie an dem Projekt teil. Noch etwas weitergehender äußerte sich eine junge Teilnehmerin des Jugendtanzprojekts von Zweitstadt, zu dem auch ich mit in die Türkei gefahren war. Sie hatte türkische Vorfahren und fiel mir bereits bei der Ankunft am türkischen Flughafen auf, als sie sehr laut und emotional ausrief: „Das ist mein Land!“ Zum Ende des Aufenthalts in Şehir hin fragte ich sie noch einmal etwas genauer nach ihren Teilnahmebeweggründen. Sie wiederholte, dass sie mitgefahren sei, weil sie die Türkei als ihr Heimatland sehe, weil sie dorthin wolle und zum ersten Mal seit zwölf Jahren wieder da sei. Auf die Frage, was ihr schönster Moment während der kurzen Reise gewesen sei, antwortete sie, mit anderen Türkinnen und Türken zusammen zu sein. Ihr schwierigstes Problem sei die Sprache gewesen. Sie verstehe die anderen manchmal nicht und schäme sich dafür; es sei für sie wie ein Sprachkurs (vgl. Feldnotizen Prot_T, 9.5.2009). Während des zweiten Teils des Jugendtheaterprojekts von Drittstadt sprach mich ein junger türkischer Teilnehmer auf türkische Migrantinnen und Migranten in Deutschland an. Er sagte, dass das auch ein Grund für seine Teilnahme am Projekt gewesen sei. Er wolle deren Situation kennen lernen und im Sinne des gewaltkritischen Projektthemas auch handeln. “You see, I have got lots of things to do”, fasste er sein Interesse zusammen (vgl. Feldnotizen Prot_TW, 25.7.2009).

Bei den Antworten dieser Teilnehmerinnen und Teilnehmer stehen eher biografische Anliegen im Vordergrund. Für (ältere) Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer mit polnischen Vorfahren oder Bezügen stellen Reisen in die Partnerstadt eine Art Vergangenheitsbewältigung oder Kontaktaufnahme mit ihrer Herkunft dar. Die (jungen) Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit türkischen Vorfahren wollen durch diese Reisen diesen Teil ihrer Biografie ein Stück weit in die Gegenwart integrieren. Im Grunde genommen entspricht das auch den Gründungsmotiven und Gründungsprozessen ihrer jeweiligen Städtepartnerschaften. In all diesen letzten Fällen ist die Auseinandersetzung mit der eigenen Herkunft oder der der Familie jedoch auch ein – wenn nicht sogar der ausschlaggebende – Punkt für eine derzeitige Teilnahme an einer städtepartnerschaftlichen Begegnungsveranstaltung. Dies kann, muss aber nicht mit der besonderen Situation des Ruhrgebiets zusammenhängen, weil hier sehr viele polnische und türkische Migrantinnen und Migranten leben.

7.2.1.3 „Bescheinigung“

Während der ersten beiden Teile des Jugendtheaterprojekts von Drittstadt erkundigte ich mich noch einmal intensiver nach den Gründen der Teilnahme einzelner Jugendlicher. Die Antworten der jungen Drittstädterinnen und Drittstädter lauteten, „ist gut für unsere Bewerbung“, „nach [Skandinavien] will ich auch mal“ und „kann man dafür eine Bescheinigung kriegen?“. Bei einem Abendessen am Ende eines Projekttages erzählten mir vor allen Dingen die weiblichen Drittstädter Jugendlichen, dass sie schon an zahlreichen internationalen Austauschprogrammen teilgenommen hätten, wie Schüleraustausche oder COMENIUS-Projekte²¹⁰. Eine von ihnen gab an, sogar schon einen „Europapass“²¹¹ zu haben. Die Gruppe der Drittstädter sei über die Schule zur Projektteilnahme bewegt worden. Ein Lehrer habe ihnen gesagt, dies sei gut für eine spätere Bewerbung (vgl. Feldnotizen Prot_TW, 25.7.2008).

Diese Jugendlichen der Ruhrgebietsstadt sind zur Projektteilnahme von einer Lehrperson angeregt worden. Bei ihnen spielt neben einem Interesse an anderen Ländern auch die Möglichkeit eine Rolle, sich die Projektteilnahme zertifizieren zu lassen und damit ihre Lebensläufe im Hinblick auf ihr späteres Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerprofil aufzubessern. Eine Projektteilnahme beinhaltet für sie also auch eine Aussicht auf einen persönlichen Zugewinn und wird mit einem gewissen Kalkül angegangen.

7.2.1.4 „Shopping“

Die Projektteilnehmerinnen und Projektteilnehmer der polnischen Partnerstadt von Drittstadt wurden ebenfalls durch Aushänge ihrer Lehrerinnen und Lehrer, die in deutscher und englischer Sprache verfasst waren, zu einer Teilnahme am Projekt und die damit verbundene Reise in die Ruhrgebietsstadt angeregt. Sie äußerten ein Interesse daran, ihre Sprachkenntnisse aufzubessern. Auf die Frage, was sie denn an Drittstadt

²¹⁰ Das COMENIUS-Programm förderte bis 2014 die Mobilität von Schülerinnen und Schülern, so wie es das ERASMUS-Programm für Studierende und das LEONARDO-Programm für Berufspraktikantinnen und Berufspraktikanten taten. Alle sind Teil des Lebenslangen-Lernen-Konzepts der Europäischen Kommission und seit 2014 im Programm Erasmus+ aufgegangen (vgl. Erasmus+ Online 2017).

²¹¹ Was der „Europapass“ genau war oder ist, habe ich leider nicht rekonstruieren können. Es könnte sein, dass damit der „Europapass“, ursprünglich eine Initiative der Europäischen Kommission und des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop), auf Englisch Centre for the Development of Vocational Training, zur besseren und europaweit vergleichbaren Darstellung von Berufsqualifikationen gemeint war (vgl. Europass Online 2017). Wenn keine offizielle, könnte es eine schulinterne Auszeichnung für ein besonderes europäisches Engagement gewesen sein.

interessiere und was sie die nächsten Tage machen wollten, antworteten zwei Teilnehmerinnen wie aus einem Mund „Shopping“ (vgl. ebd.).

Bei den Teilnehmerinnen der polnischen Partnerstadt von Drittstadt steht neben anderen Gründen wie dem Sprachenlernen auch eine Befriedigung von Konsumbedürfnissen mit im Vordergrund.

7.2.1.5 „Opportunity“

Die jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der türkischen Partnerstadt von Drittstadt antworteten auf meine Frage: „I would like to come back again“, „I would like to go to Germany as there are many Turks“ und „I would like to come to Germany, there is opportunity“. Die Jugendlichen seien über eine Mitgliedschaft in einem „Student Council“ auf das Projekt aufmerksam geworden. Hier habe das Motto gegolten, wer zuerst anrufe, dürfe mit (vgl. ebd.). Während des zweiten Teils des Jugendtheaterprojekts im darauffolgenden Jahr sprach ich nach einem Mittagessen noch einmal und länger mit den türkischen Jugendlichen der entsprechenden Partnerstadt von Drittstadt, diesmal über die Visa-Pflicht für Türkinnen und Türken bei Einreise nach Deutschland und in die Europäische Union. Sie erklärten mir, dass es einer Einladung bedürfe und eines Bescheids, was mehrere Wochen dauern könne (diesmal habe es auf den Tag genau geklappt). Projekte wie dieses, so schilderte mir ein türkischer Jugendlicher, erleichterten die Verfahren. Für ihn sei das ein Grund gewesen, teilzunehmen (vgl. Feldnotizen Prot_TW, 25.7.2009). Ich werde weiter hinten in diesem Kapitel noch einmal intensiver auf diesen Punkt zurückkommen.

All diese Beweggründe haben etwas mit einer Bereicherung des eigenen Lebens und Lebenslaufs zu tun. Mal geht es um eine Befriedigung von Neugier, Erlebnislust und den Wunsch, dazuzulernen, mal um den Umgang mit der eigenen transnationalen Biografie, mal um die Verbesserung von persönlichen Arbeits- und Lebensmöglichkeiten. Die städtepartnerschaftlichen Begegnungsveranstaltungen werden hier insbesondere von den Jugendlichen mit sehr persönlichen Lebensumständen und empfundenen Missständen verknüpft und daraufhin angewendet. Ihr *assembling* richtet sie auf persönliche Bedürfnisse und Anliegen hin aus. Trotz des gemeinsamen Nenners unterscheiden sich die Teilnahmebeweggründe aber entlang der Länderzugehörigkeiten der Projektteilnehmerinnen und Projektteilnehmer erheblich,

auch in ihrer Intensität und persönlichen Bedeutung. Eine Aufbesserung der Vita ist etwas anderes als die Möglichkeit, durch eine Teilnahme an einem solchen Projekt Konsumbedürfnisse decken zu können, und wieder etwas anders als die Option, auf diese Weise vielleicht überhaupt erst in ein anderes Land (ein-)reisen zu können. Entsprechend dürfte die Teilnahme für die Jugendlichen der Ruhrgebietsstadt und der polnischen und türkischen Partnerstadt auch einen unterschiedlichen Stellenwert haben, was sich zum Teil in den unterschiedlichen Teilnahmebedingungen widerspiegelt.

7.2.2 *Alternatives Reisen*

7.2.2.1 *„Aber nicht so als Tourist“*

Wieder andere, vor allen Dingen erwachsene Teilnehmerinnen und Teilnehmer, äußerten vor allem erlebnisorientierte Gründe, die sie zur Teilnahme an einer städtepartnerschaftlichen Begegnungsveranstaltung bewogen hätten. Die Erststädter Lehrerin Ursula nannte als Grund für ihre erste städtepartnerschaftliche Polenreise Folgendes:

„Ich habe das in der Zeitung gelesen und habe dann gesagt, das ist für mich auch ne Möglichkeit, ein bisschen anders in so ein Land zu reisen als mit einer Reisegesellschaft. Es gibt sicher andere Kontakte als mit ner Reisegesellschaft, was ja auch so ist. (...) Ja, das war=n eigentlich, das war so der erste Grund, warum ich da hinfahren wollte, weil ich nicht mehr so Lust hatte, in Länder zu fahren, so als Tourist. So als reiner Tourist, deshalb bin ich auch noch nie wirklich in der Türkei gewesen, weil ich keine Lust habe, da als Tourist hinzufahren. Ich würde gerne mit jemandem da hinfahren, mit Eltern von meinen Schülern oder so, oder, aber nicht so als Tourist.“
(BSP2_1, 7.9.2008)

Ursula sieht in der städtepartnerschaftlichen Reise eine andere Form zu reisen, eine Form, die es auch ermöglicht, mit „Einheimischen“ in Kontakt zu treten und die Distanz einer Touristin beziehungsweise eines Touristen ein wenig aufzugeben.

Die Art zu reisen, die hier im Zusammenhang mit einer gegenwärtigen städtepartnerschaftlichen Begegnungsveranstaltung beschrieben wird, stellt für die beteiligte Person des Ruhrgebiets mehr als nur einfaches Reisen dar. Sie schreibt ihr eine intensivere Kontaktmöglichkeit mit einem anderen Land und der Bevölkerung zu. „Städtepartnerschaftlich reisen“ wird hier als gleichzeitig touristisches und zwischenmenschliches Erlebnis beschrieben. Es wird zu einem anderen, eigenen Tourismuskonzept erklärt und so auch von den städtepartnerschaftlichen Akteuren vermarktet wie beispielsweise dem Vereinsvorsitzenden, der die Reise organisiert hatte,

möglicherweise auch, um das Interesse einer jüngeren Generation auf Städtepartnerschaften zu lenken. Auch wird diese Art zu reisen als eine Form der Begegnung im Sinne eines Eintauchens und persönlichen Erlebens des anderen Landes gesehen. Die Vielzahl an erfahrungsbasierten Reiseberichten, die im Anschluss an eine städtepartnerschaftliche Reise bereits produziert und veröffentlicht wurden, unterstützt diese Annahme. Als Beispiel sei hier die Reportage von Roland Günter, Vorsitzender des Deutschen Werkbunds Nordrhein-Westfalen, genannt, der die türkische Partnerstadt von Oberhausen bereiste und seine Eindrücke in Tagebuchform festhielt (vgl. Günter 2007). Die Möglichkeit des Reisens ist also auch noch Bestandteil gegenwärtiger Städtepartnerschaften und erhält als Alternative zum Pauschalismus eine neue Bedeutung. Auch dieses *assembling* hat zur Folge, dass aus einem städtepartnerschaftlichen Element eine Bereicherung des eigenen Lebens wird.

7.3 Besuche

7.3.1 Rundumerlebnis

7.3.1.1 „Voller Eindrücke, voller Erlebnisse, sehr beeindruckt“

Wie aber ist es nun, selbst an einer städtepartnerschaftlichen Begegnungsveranstaltung beziehungsweise einer städtepartnerschaftlichen Reise für Bürgerinnen und Bürger teilzunehmen? Ich habe während meiner Feldforschung zwei dieser Projekte beziehungsweise solcher Reisen mitgemacht. Eine ging im Rahmen des Frauenaustauschprojekts von Ursula und Agnieszka zusammen mit Barbara, der Städtepartnerschaftsbeauftragten von Erststadt, und anderen Erststädter Bürgerinnen nach Miasto (und später zum Gegenbesuch nach Erststadt). Die andere ging mit dem Jugendtanzprojekt und mehreren seiner Zweitstädter Betreuerinnen und Betreuern nach Şehir.

Die Reise nach Miasto fand in einer Woche nach Ostern statt und dauerte nur wenige Tage. Neben Ursula waren Barbara, die Städtepartnerschaftsbeauftragte von Erststadt, Beate, die bereits kurz erwähnte kommunale Mitarbeiterin und Bürgerin von Erststadt, eine weitere Erststädter Bürgerin und ich mit von der Partie. Agnieszka erwartete uns am polnischen Flughafen. Ich reiste als Feldforscherin mit und war allen Teilnehmerinnen auch als solche bekannt, war ansonsten aber voll in das Programm

integriert. Das Programm, das mehrheitlich nach den Berufen und Interessen der Teilnehmerinnen aufgestellt war, sah folgenden Ablauf vor:

„[Dienstag], Anreise, 15.10 Uhr, Ankunft [Flughafen], 16.30 Uhr, Fisch essen in einem ganz einfachen, urigen Fischrestaurant, 18.30 Uhr, Unterkunft beziehen, 20.00 Uhr, Begrüßungsabend in der Teestube
[Mittwoch], 9.00 Uhr, Standrundgang, Spaziergang [Fluss, Flussbrücke], 12.00 Uhr, Mittagessen [Café], 14.00 Uhr, Besuch im Rathaus, 16.00 Uhr, Probe für [Barbara] mit der Klavierspielerin, 18.00 Uhr, ein öffentlicher Abend mit deutschen Liedern und Texten, danach, Ausklang bei [Agnieszka]
[Donnerstag], 9.00 Uhr, [Stadt], Gedenkstätte für 6000 von Deutschen ermordete Polen, 12.00 Uhr, [Stadt] – mittelalterliche Burg und Ort, 15.00 Uhr, Altenheim [Stadt] mit [Agnieszka], 19.00 Uhr, Besuch in der Sprachschule bei [Bogdana], 20.00 Uhr, gemütlicher Abend bei [Ursula]
[Freitag], 9.30 Uhr, [Stadt] mit dem Zug, Stadtführung mit [Tomasz], ca. 17.00 Uhr, Rückkehr aus [Stadt], 19.00 Uhr, Autorinentreff
[Samstag], 10.00 Uhr, Treffen mit der Apothekerin, 12.00 Uhr, Besuch in der Gärtnerei bei [Name], 14.00 Uhr, Besuch [Sozialeinrichtung], Vorstellung der Theatergruppe, 17.00 Uhr, Besuch [Dorf], Besichtigung der Kirche und Besuch bei [Agnieszkas] Mutter und evtl. bei [Name] und [Name], 20.00 Uhr, Abschiedsabend.“ (SPM5)

Das Programm enthält viele verschiedene Punkte. Nahezu lückenlos folgen persönliche Zusammentreffen, touristische Ausflüge, offizielle Veranstaltungen und ein historischer Gedenk Anlass aufeinander. Auch schließt es ein Arbeitstreffen des „TWINS2010“-Buchprojekts mit den Mitwirkenden der polnischen Partnerstadt ein. Nicht erwähnt sind noch einige zusätzlich stattfindende Arbeitsgespräche zwischen Barbara und der Kommunalverwaltung von Miasto. Das Programm umfasst insgesamt also einen Großteil der zu dieser Zeit zwischen Erststadt und Miasto laufenden städtepartnerschaftlichen Aktivitäten. Jeder Tag ist von morgens bis abends ausgefüllt.

Insbesondere der letzte Tag, Samstag, eignet sich angesichts seines dichten Ablaufs für eine detaillierte Betrachtung. Da die ebenfalls mitreisende, nicht mit einem Namen versehene Erststädter Bürgerin gelernte Apothekerin war, stand für sie auch ein Besuch bei einer Apothekerin von Miasto auf dem Programm, wie es das Konzept des Frauenaustauschprojekts vorsah. Wir anderen kamen aber ebenfalls mit. Die Apotheke lag in einem weniger zentralen, aber sehr belebten Viertel von Miasto, einer Hochhaussiedlung. Wir warteten in den Verkaufsräumen, dass uns die polnische Apothekerin abholte und begrüßte. Unmittelbar am Schalter der – sehr sauberen, betriebsamen und sehr gut ausgestatteten – Apotheke, sprach uns ein alter Mann an, der sich als ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter vorstellte, der auch schon Erststadt besucht habe. Er winkte uns freundlich zu.

Dann holte uns die polnische Apothekerin ab und führte uns zunächst in die geräumigen und auffällig sauberen Lagerräume, dann in die oberen Verwaltungsräumlichkeiten des Gebäudes, wo wir uns auf einem Sofa niederließen und miteinander sprachen.

Agnieszka übersetzte. Die polnische Apothekerin war eine junge, sehr gut gekleidete, sehr dynamisch wirkende Frau mit modischem Kurzhaarschnitt. Wir bekamen einen Kaffee angeboten, und es entwickelte sich ein engagiertes Gespräch voller Bewunderung für die Frau seitens der Erststädterinnen. Sie erzählte, dass der Betrieb ein Familienbetrieb sei. Sie, ihr Mann, zuvor ihre Eltern (nur die Kinder sollten nicht, es sei ein Kampf und zu viel Arbeit) arbeiteten mit den Apotheken. Polenweit besäßen sie mehrere Läden. Agnieszka übersetzte, dass nach der kommunistischen Zeit („in der Demokratie“) viele insbesondere junge Polinnen und Polen eine Apotheke gegründet hätten, ohne dass sie eine Ahnung von dem Geschäft gehabt hätten. Aus diesem Grund würden sich qualitativ gut geführte Apotheken abheben. Auch ginge es dem Gewerbe gut, weil es zu kommunistischen Zeiten keine guten Medikamente gegeben hätte, die Menschen häufig krank gewesen seien und derzeit häufiger auf eigene Rechnung Arzneien kauften. Kurz, aus den genannten Gründen sei ihr Geschäft florierend.

Die anschließende Diskussion, die überwiegend zwischen den beiden Apothekerinnen geführt wurde, kreiste um folgende Punkte: einen Vergleich, Homöopathie (gebe es auf polnischer Seite nicht), rechtliche Lage, Haftung (in beiden Ländern gleich), Kundenstamm (deutsche Apotheken hätten dreimal so viele Kunden wie polnische zu versorgen), Gewinnspanne (in Deutschland sei die erlaubte Gewinnspanne höher als in Polen), Geschäftsstrategie (die polnische Apothekerin kaufe gesammelt für mehrere Apotheken ein, könne so preisgünstigere Einkäufe machen und entsprechend günstig anbieten), Konkurrenz durch das Internet (das sei aus polnischer Sicht aus Qualitätsgründen kein Thema), das Angebot des Tages (Umckaloabo und Prostatamittel sollten wir kaufen, das sei gerade günstig).

Die Erststädterinnen zeigten sich begeistert und beschlossen, sich die Frau „warmzuhalten“. Gerne, sagte Barbara, hätten sie sie für das Buchprojekt als Unternehmerin angesprochen, aber damals hätten sie sie noch nicht gekannt. Sie schenkten der polnischen Apothekerin einen Bildband von Erststadt. Auf dem Rückweg drehten sich noch zahlreiche Gespräche um den Besuch und die Frau. Polnische Apotheken hätten einen anderen Stellenwert, eher so wie früher auch deutsche. Barbara

merkte an, dass Frauen hier eine andere Power hätten, eher so wie in Russland. Jemand merkte an, dass die polnischen Frauen die deutschen überholt hätten.

Auf dem Weg zur nächsten Station des Tages, einem Besuch bei einer Gärtnerin, ebenfalls einer Freundin von Agnieszka, sprach ich mit Ursula noch mal über ihre Motive eines städtepartnerschaftlichen Engagements. Sie wolle ein wertfreies Sprechen (über Polen), man spreche zwar über Unterschiede und erlebe sie, sie wolle sie aber nicht bewerten. Sie habe ein negatives Beispiel im Kopf, den Besuch einer Erststädterin, die immer betont habe, was in Deutschland aus ihrer Sicht besser sei. Das wolle sie vermeiden. Weiter sei ihr Hauptgrund für städtepartnerschaftliche Zusammenarbeit aus ihrer Schulzeit rührend, in der sie von der „Erbfeindschaft“ zwischen Deutschland und Frankreich gehört habe, und den Versuch, dieses Verhältnis zu normalisieren. Das Gleiche wolle sie auch in Bezug auf Polen erreichen. Sie wolle zeigen, wie es dort sei, ihrer Meinung nach gehe das nur durch persönliches Kennenlernen.

Bei der polnischen Gärtnerei angekommen, trafen wir auf die Tochter der Gärtnerin. Sie selbst schien nicht da zu sein, sodass uns die Tochter dann auch das Gelände zeigte. Sie führte uns in die Gewächshäuser, zu den Beeten und zu einem der angestellten Gärtner, für den Agnieszka übersetzte. Es entwickelte sich ein Gespräch über Pflanzenarten. Beate fragte, warum keine Bepflanzungstische eingeführt würden, dass sei doch einfacher. Der Gärtner erläuterte, dass die Erdnähe besser für die Pflanzen sei und das Angebot ständig wechsele. Die Tochter der Gärtnerin erzählte uns noch, dass sie in der Gärtnerei helfe, wenn sie nicht studiere. Das Wohnhaus sei seit Jahren unverputzt, es reiche finanziell noch nicht für mehr.

Auf dem Weg zur nächsten Station führen wir bei Agnieszkas Mutter vorbei. Dort tranken wir Kaffee und aßen Kuchen. Sie wohnte mit Agnieszkas Schwester und deren Kindern in einem Haus auf dem Land. Sie fragte uns nach unseren Familienhintergründen und Kindern. Nach einer knappen Stunde ging es auch schon weiter zum nächsten Programmpunkt, der Sozialeinrichtung von Miasto. Der Weg dorthin führte an einem See vorbei. Es ging kurz um die Frage der Sauberkeit des Wassers. Agnieszka sagte, dass Umweltschutz „noch kein Thema“ sei, ebenso wie Stadtplanung. Häuser würden „einfach so“ gebaut.

Der Besuch der Sozialeinrichtung, die Kontakte nach Erststadt pflegte, schien, schaute man sich die Programme der vorangehenden Veranstaltungen an, im Rahmen der Besuche der polnischen Partnerstadt Miasto obligatorisch zu sein. Dieser Besuch bestand aus Kaffee, Kuchen, einem Treffen mit dem Leiter der Einrichtung und einer Führung durch das Haus. Für uns war sie erweitert worden um eine kurze Theatervorstellung. Ein pädagogischer Mitarbeiter (Theatertherapeut) hatte mit einigen der Bewohnerinnen und Bewohner ein kleines, einfaches Szenenspiel einstudiert. Dabei standen sie zum Beispiel hinter einer beleuchteten Trennwand und machten Pantomime. Dieses Stück war extra für Barbara, die auch an Schauspielerei interessiert war, an diesem Tag noch einmal aufgeführt worden. Der Therapeut war extra aus einer weiter entfernten polnischen Stadt gekommen. So saßen wir also als kleine Gruppe in einem Kellerraum, der zum Theaterraum umfunktioniert worden war, und sahen uns das Stück an. Barbara war begeistert.

Auf dem Rückweg nach Miasto führen wir noch bei einer anderen Freundin von Agnieszka, einer der Autorinnen des Buchprojekts, vorbei und besuchten ihren sich im Umbau befindenden Bauernhof. Dann gab es außerhalb des Programms noch eine Präsentation eines historischen Buchs über Miasto im örtlichen Museum, die wir ebenfalls besuchten. Die Präsentation hatte einen eher offiziellen Charakter, sie wurde auf Polnisch, Deutsch und Englisch übersetzt und mit einer Diapräsentation unterstützt. Es waren einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltung von Miasto dabei.

Den Abschluss des Tages und der Woche bildete ein Essen in einem neuen Restaurant am Fluss, das wir beim Stadtspaziergang schon kurz besichtigt hatten. Außer uns kamen noch Bogdana und zwei weitere Freundinnen von Agnieszka plus deren Ehemänner hinzu. Die Stimmung war ausgelassen, lustig. Dann verabschiedeten sich die Frauen sehr herzlich voneinander. Ich verabschiedete mich von Bogdana bis zum Wiedersehen im darauffolgenden Juni in Erststadt. Ich selbst war nach dem Programm völlig erschöpft. Die Frauen hingegen waren sehr vergnügt (vgl. Feldnotizen Prot_P, 14.4.2009).

In diesen Feldnotizen wird deutlich, dass an diesem einzigen Tag sehr viele Inhalte und Eindrücke zusammenkommen und zusammengebracht werden. Das Programm will

einen umfassenden Einblick in derzeitiges polnisches Alltagsleben vermitteln. Gleichzeitig finden immer wieder polnische und deutsch-polnische Geschichte Eingang. Auch werden verschiedene Folgen postsozialistischer Transformation thematisiert und verhandelt. Die Frauen ziehen Vergleiche mit den jeweils eigenen Lebenssituation und der Situation Deutschlands. Und es wechseln permanent informelle und informative Anlässe einander ab. Interessant ist, dass Ursula als eine der Organisatorinnen das Konzept der Veranstaltung gedanklich an die deutsch-französische Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg anlehnt. Nach diesem Vorbild will sie auch die deutsch-polnische Annäherung gestalten. Angesichts dessen lässt sich die Veranstaltung als eine zeitgemäße Interpretation lesen. Ursula und auch Agnieszka liefern vielfältige, aktuelle, berufliche, persönliche, touristische Anknüpfungspunkte. Sie verbinden das einstige städtepartnerschaftliche Begegnungskonzept mit aktuellen Inhalten und wenden es auf die Bedürfnisse der Frauen und dieser Zeit an. Aus ihrem *assembling* entsteht eine zeitgemäße themen- und erlebnisorientierte Form des einstigen funktionalistischen städtepartnerschaftlichen Begegnungskonzepts. Es ist intensiv und wirksam. Dies zeigte auch ein Online-Teilnehmerinnenbericht einer früheren Reise nach einem fast identischen Programm: „Bin wieder da – voller Eindrücke, voller Erlebnisse, sehr beeindruckt von der Herzlichkeit unserer polnischen Gastgeber/innen und noch mehr beeindruckt von der rasanten Entwicklung [Gegend].“ (SPM6)

7.3.2 *Tourismus*

7.3.2.1 *Wie im Urlaub*

In Şehir erwartete mich etwas völlig anderes. Ich begleitete eine Zweitstädter Jugendgruppe, die zu einem zusammen mit der dortigen Hochschule organisierten Jugendtanzprojekt in die türkische Partnerstadt fuhr. Mit dabei waren ein hauptamtlicher Jugendpfleger und eine hauptamtliche Jugendpflegerin einer mit der Zweitstädter Kommunalverwaltung in Verbindung stehenden Jugendeinrichtung. Außerdem reisten mit eine künstlerische Betreuerin, eine junge Übersetzerin sowie etwa zehn Jugendliche, davon einige mit türkischen Vorfahren, wie bereits erwähnt. Auch dieses Projekt, das im Monat Mai stattfand, dauerte nur wenige Tage. Ich war allen als Doktorandin bekannt und wurde den Jugendlichen auch als Forscherin vorgestellt.

Schon auf dem Hinweg gab es zahlreiche Spekulationen darüber, wo die Gruppe dieses Mal wohl untergebracht werden würde. Im Flugzeug saß ich neben dem Jugendpfleger.

Er deutete an, dass die Unterbringung während dieses Aufenthalts in einem luxuriösen Hotel stattfinden und möglicherweise als Dank für die bisherige gute Zusammenarbeit gewertet werden könne. Der Jugendpfleger freute sich darüber, bemerkte jedoch, dass diese Tatsache nicht ganz unproblematisch für die Städtepartnerschaft sei, da man möglicherweise mit einer Gegenleistung darauf werde reagieren müssen.

Wir erreichten schließlich ein luxuriöses Wellnesshotel. Alle Mitglieder der Zweitstädter Reisegruppe, auch die Jugendlichen, sollten dort übernachten. Das Hotel war in der Eingangshalle mit Marmor ausgekleidet. Es gab einen Fitnessbereich, ein Schwimmbad, eine Sauna, einen großen Speisesaal, mehrere Aufenthalts- und Konferenzräume. Die Anlage wirkte noch relativ neu. Ich bezog ein Zimmer zusammen mit der künstlerischen Betreuerin und der Übersetzerin.

Der Morgen nach der Ankunft begann mit einem opulenten Frühstücksbuffet in den Speiseräumen des Hotels. Neben dem Genuß aller erdenklichen überwiegend türkischen Köstlichkeiten (Oliven, Käse, eine türkische Wurstspezialität, Brot, Toast, Obst etc.) konnte man vom Speiseraum einen Blick durch die Glasfronten auf das hügelige Umland und die entstehenden (Hotel-)Bauten in der direkten Umgebung werfen. Als ein Kellner an unserem Tisch vorbeikam und fragte, woher wir kämen, antwortete er auf unsere Antwort hin mit einem Satz auf Deutsch. Ich fühlte mich wie im Urlaub (vgl. Feldnotizen Prot_T, 9.5.2009).

Ein Aufenthalt in einem luxuriösen Hotel ist während einer Reise in eine Partnerstadt, noch dazu einer Begegnungsveranstaltung mit Jugendlichen, nicht unbedingt zu erwarten. Es kann Ausdruck von Gastfreundschaft sein. Vielleicht wird hier aber auch ein geschicktes Tourismusmarketing mit potenziellen Neukundinnen und Neukunden betrieben, in einem wirtschaftlichen Bereich, den die Partnerstadt aufbauen möchte, wie auch an anderer Stelle im 5. Kapitel bereits erwähnt. In jedem Fall verbinden sich hier touristische und unternehmerische Aspekte mit der Begegnungsveranstaltung. Dafür spricht auch, dass die türkischen Jugendlichen nicht im Hotel untergebracht waren.

Auch andere Eindrücke während der Feldforschung ließen vermuten, dass im Fall von Şehir Geschäftliches in die Begegnungsveranstaltung hineingearbeitet wurde. Parallel zu dem eigentlichen Anreisegrund, dem Jugendtanzprojekt, fanden zahlreiche mehr

oder weniger offizielle, mehr oder weniger spontane Termine statt, die der Zweitstädter Jugendpfleger und die Jugendpflegerin zum Teil auch im Namen der Kommunalverwaltung von Zweitstadt wahrnahmen. Ich begleitete sie zu den allermeisten, so zum Beispiel zu einem Termin mit dem Vorsteher des Internationalen Büros der dortigen Hochschule. Der türkische Büroleiter und ein weiterer Mitarbeiter empfingen uns. Es gab Gebäck und auf Wunsch Tee oder Kaffee. Das Zimmer des Büroleiters war relativ einfach, enthielt aber trotzdem eine Sitzecke für Besuch. Fatima, die bereits beschriebene Rückkehrerin, begleitete uns und übersetzte vom Deutschen ins Türkische. Der Büroleiter sprach gutes Englisch und richtete seine Rede ohne Übersetzung direkt an uns. Er stellte sich persönlich vor, er hatte mehrere Jahre in Deutschland gelebt und sagte, dass man, als er im Alter von 20 Jahren war, nicht einfach habe das Land verlassen können. Seine Aufgabe im Internationalen Büro nannte er „international business“ und beschrieb, dass sie darin bestehe „to connect our people with Europe and the other way round“. Er selbst fahre einige Tage später in eine deutsche Großstadt, um eine Mitgliedschaft seiner Fakultät in einem europäischen Verbund vorzubereiten. Die Zweitstädter Jugendpflegerin erzählte ihm, dass eine Verwandte von ihr vom gleichen Fach sei, und bot einen fachlichen Kontakt an, den der Büroleiter dankbar annahm. Der Zweitstädter Jugendpfleger bedankte sich für die freundliche Ansprache, sagte ebenfalls ein paar freundliche Worte auf Englisch und bat dann Fatima um Übersetzung. Er erläuterte die Beziehung zwischen der türkischen Hochschule und der Jugendeinrichtung. Der Jugendpfleger stellte noch ein weiteres Vorhaben mit der Hochschule vor. Der türkische Büroleiter lobte das Projekt wegen seines Vernetzungsaspekts. Es wurden noch Geschenke ausgetauscht. Dann ging es weiter zum nächsten Termin in der Hochschule (vgl. ebd.).

Diese Szene zeigt sehr gut, wie quasi nebenbei und „hinter den Kulissen“ der eigentlichen Begegnungsveranstaltung von verschiedenen Akteuren der türkischen Partnerstadt, aber auch der Ruhrgebietsstadt beruflich-geschäftliche Interessen eingebracht und die städtepartnerschaftlichen Kontakte auch für geschäftliche Zwecke eingesetzt werden. Das alles findet in der freundlich-gastlichen Atmosphäre der Städtepartnerschaft statt. Das einstige städtepartnerschaftliche Prinzip der „Gastfreundschaft“, die „hospitality“ (Jayne/Hubbard/Bell 2013: 249), um mit den Worten von David Bell, Philip Hubbard und Mark Jayne zu sprechen, wird hier angewendet und – in Erweiterung der Briten – auch in einem geschäftlichen Sinn

gewendet. Infolge dieses *assembling* werden Städtepartnerschaften derzeit wie selbstverständlich auf eigene wirtschaftliche Interessen ausgerichtet.

Dass im Fall von Şehir wirtschaftliche, insbesondere touristische Aspekte einen besonderen Stellenwert in der gegenwärtigen Städtepartnerschaft mit Zweitstadt hatten, bestätigten auch kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Zweitstadt. So schilderte etwa der kommunale Mitarbeiter und Übersetzer von Zweitstadt, dass Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalverwaltung von Şehir und andere die Stadt und ihre touristische Infrastruktur auf Zweitstädter Festen als Reiseziel präsentierten:

„[Damit die deutschen Bürger auch] mitkriegen, was überhaupt die Stadt [Şehir] ist, wo es ist, was [sie] überhaupt alles zu bieten hat und so weiter, damit auch irgendwann mal der deutsche, [Erststädter] Bürger überlegt, Mensch, wir haben doch eine Partnerstadt in der Türkei, nicht immer nach Antalya, vielleicht einmal nach [Şehir] reisen und dort mal (...) gucken (...). Also, die präsentieren sich dann (halt) [hier im Rahmen des Fests] mit großen Plakaten und machen Werbung für die Stadt und (bilden) einen Infostand noch zusätzlich.“ (ST1_1, 18.7.2008)

Die türkische Partnerstadt Şehir wirbt bei Zweitstadt im Rahmen der gegenwärtigen Städtepartnerschaft also ganz gezielt um potenzielle Touristinnen und Touristen. Dass sie das vergleichsweise unvermittelt macht, hat möglicherweise den Grund, dass Städtepartnerschaften deutscher und türkischer Städte und Gemeinden, insbesondere türkische Städte und Gemeinden, nicht in einem Nachkriegszusammenhang, sondern einem derzeitigen entstanden sind und damit eher strategische und auch wirtschaftliche Ziele verfolgen (können).

Dass sich auch in anderen gegenwärtigen Städtepartnerschaften Begegnungsveranstaltungen und Stadt- beziehungsweise Tourismusmarketing vermischten sowie Informationen über touristische Potenziale einer Partnerstadt gezielt mit Begegnungsveranstaltungen verbunden wurden, zeigte auch folgender Eindruck während des ersten Jugendtheaterprojekts von Drittstadt. Hier sollte sich zu Beginn der mehrtägigen Veranstaltung jede der am Projekt beteiligten Partnerstädte einmal präsentieren. Eine sympathische Vertreterin mittleren Alters der skandinavischen Partnerkommune begann. Sie stellte die skandinavische Partnerstadt als „the [country’s] paper town“ vor und gleichzeitig als eine Stadt „on the top of Europe“. Sie betonte Ähnlichkeiten mit Drittstadt („the river“), stellte die ökonomische Infrastruktur der Stadt dar (Firmen, Papierfabrik) und erläuterte das politische System. So gebe es im Land keine Bürgermeister oder Bürgermeisterinnen, aber „town manager“. Auch

erwähnte sie die Städtepartnerschaften der Stadt; die skandinavische Partnerstadt habe mehrere Städtepartnerschaften und „Cousin“-Partnerschaften. Dann zählte sie die touristischen Besonderheiten der skandinavischen Partnerstadt auf. Es gebe viele Sommerhäuser, „because we have 1000’s of lakes“, Kunst, Sport, Golf und eine „snow sculpture competition“. Auf ihre Formulierung „there is good life“ erhielt sie einige Lacher. Dann erwähnte sie noch, dass die Stadt in Kürze eine Gemeindereform durchlaufen werde, sie solle mit Nachbarstädten zusammengeführt werden. Dies sei um „better lives“ zu ermöglichen und habe auch finanzielle Gründe. Ressourcen sollten zusammengelegt werden. Sie schloss ihre Präsentation damit, dass es dann „90.000 people and 450 lakes“ gebe.

Anschließend präsentierte die türkische Partnerstadt von Drittstadt durch einen Sprecher der Gruppe einen professionell geschnittenen Imagefilm auf Englisch. Dieser zeigte „our friends from Poland“ und beschrieb ein polnisches Viertel in Istanbul, ganz in der Nähe der türkischen Partnerstadt. Weiter präsentierte der Film Handwerkskunst als Spezialität der türkischen Partnerstadt („known worldwide“), unterlegt mit leicht orientalisches klingender Musik, und erläuterte, dass diese Industrie postindustriellem Wandel ausgesetzt sei. Schließlich zeigte er noch die wunderschöne Küstenlinie der türkischen Partnerstadt sowie dort ansässige Gastronomien und einen Park „with trees (...), imported from all over Europe“.

Für die polnische Partnerstadt von Drittstadt hatten die Jugendlichen auch einen eigenen Film mit ihrer Sicht auf die Stadt gedreht („self-made“, „handmade quality“) und mit Englisch untertitelt. Er zeigte das Rathaus („it is the most important place in our town, here, the politicians (debate) on our future“), ein Jugendhaus (hier stellten sich die Jugendlichen mit ihren Hobbys vor), die Flussbrücke („most important place“), eine katholische Kirche („like you know, Poland is a very catholic country“), eine Solidarność-Gedenkstätte, die Schilder mit Verweisen auf die Partnerstädte, noch einmal das Rathaus mit der polnischen und der EU-Flagge und einen Tag in der Schule (Rettungsaktion) sowie weitere Bilder von der polnischen Partnerstadt (Bronzefiguren).

Aus der englischen Partnerstadt von Drittstadt war keine Betreuerin und kein Betreuer mitgereist, sodass die Jugendlichen eine „Live Performance“ zu ihrer Stadt abhielten und sie selbst präsentierten. Sie taten sich ein wenig schwer damit und erwähnten ein

bisschen selbstironisch die Größe der Stadt, eine Zuglinie und einen stinkenden Fluss („it smells, like Ruhr“). Daraufhin bekamen sie Unterstützung von dem Städtepartnerschaftsbeauftragten von Drittstadt, der auf die Besonderheiten der Stadt anspielte. Die Moderatorinnen und Moderatoren aus den Reihen der Drittstädter Theaterpädagoginnen und Theaterpädagogen fragten weiter nach Industrien, nach dem Fußball-Club, nach dem künstlerischen Leben und danach, was man in „a five minutes walk“ alles sehen könne. Die Jugendlichen antworteten: „Roundabouts with flowers“, „shops“, „Victorian houses“. Jemand aus dem Publikum fragte, was es dort für Jugendliche gebe. Die Antwort lautete: „Parks“, „shops“. Jemand fragte sie, ob sie die Stadt mögen würden. Eine Jugendliche aus der englischen Partnerstadt antwortete: “No, (...) it’s too small.” Eine andere sagte: “It’s a lot better than we say.” Ihr war die Präsentation offensichtlich unangenehm, was sich bestätigte, als sie schließlich fragte, ob sie sich nicht hinsetzen könne, denn „it get’s a bit awkward (...), such a bad view“.

Dann präsentierte die Gruppe aus der französischen Partnerstadt von Drittstadt ihre Stadt. Auch hier sprach eine Teilnehmerin frei und auf Deutsch (es wurde auf Englisch übersetzt). Sie hob die Pub-Vielfalt der französischen Partnerstadt hervor, ebenso wie einen der letzten wilden Flüsse in Europa und die lange Regierungszeit durch die sozialistische Partei („das ist schon sehr wichtig für unsere Geschichte“). Es folgten Fragen aus dem Publikum. Eine Person wollte gerne ihr Französisch verbessern und fragte, ob es für einen jungen Mann möglich sei, in die französische Partnerstadt zu kommen. Eine junge hübsche Französin antwortete mit einem starken Akzent: “Of course (...), you can stay with me.” Es wurde gelacht.

Zum Schluss präsentierten noch die Jugendlichen von Drittstadt selbst. Sie erwähnten den Fluss sowie ein Einkaufszentrum. Eine Frage aus dem Publikum richtete sich daraufhin direkt an die Vortragenden und hakte nach: “So, where is that hammer located?” Die Jugendlichen nannten weiter ein Jugendparlament, ein Reggae-Festival, die ethnisch diverse Bevölkerung der Stadt („Turks, not so many British, Polish, quite a few, Russians, just depends on the part you live“) und das Grün der Stadt („one of the greenest cities“) (vgl. Feldnotizen Prot_TW, 25.7.2008).

In diesen Szenen werden wirtschaftliche, politische und europäische Themen unter die gegenwärtige städtepartnerschaftliche Begegnungsveranstaltung gemischt. Teilweise

wird hier mit viel Humor, teilweise mit großer Ernsthaftigkeit Landestypisches vorgestellt und die eigene Stadt in Europa unter touristischen Gesichtspunkten vermarktet. Tourismus wird so zu einem wesentlichen Bestandteil gegenwärtiger Städtepartnerschaften, und städtepartnerschaftliche Begegnungsveranstaltungen werden zu Plattformen dafür unfunktioniert. Dieses *assembling* der verschiedenen kommunalen und bürgerschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteure macht einmal mehr Tourismus und (globale) Ökonomie zu Bestandteilen von gegenwärtigen Städtepartnerschaften, ökonomisiert sie und wendet sie nach außen. Dass es dabei in der Regel um eine geschönte, positive Darstellung der Städte geht, scheint allen Beteiligten bekannt und wird besonders am Beispiel der Präsentation der englischen Partnerstadt deutlich. Deren junge Vertreterinnen und Vertreter lassen nur wenig Gutes an der Stadt, einer von ihnen ist dies unangenehm, hier scheint ein Tabu gebrochen.

7.3.3 Kompensieren

7.3.3.1 „Jetzt habe ich Ferien“

Nachdem ich bei den beiden Auslandsbeispielen meine eigenen Eindrücke etwas mehr in den Vordergrund gestellt habe, komme ich hier zu den Erlebnissen der Bürgerinnen und Bürger von Miasto und Şehir in Erststadt und Zweitstadt und denen der polnischen und türkischen Bürgerinnen und Bürger in Drittstadt. In Bezug auf ihren Gegenbesuch in Erststadt schilderten mir die Frauen von Miasto folgende Eindrücke. Bogdana, die polnische Deutschlehrerin, beschrieb am Ende des Aufenthalts, was ihr am Besuch der deutschen Partnerstadt Erststadt besonders gefallen habe:

„[W]ir hatten hier eine Schifffahrt auf der Ruhr mit [Personenschifffahrtsunternehmen], da stand ich einfach auf dem Schiff und konnte ich die Sonne, die Wärme genießen, und da habe ich mir gedacht, jetzt brauchst du dir keine Sorgen mehr zu machen, genieße die Zeit, jetzt hast du endlich Ferien, nach zehn Monaten, ja, zum ersten Mal hatte ich so ein Gefühl, jetzt habe ich Ferien.“ (P8_1, 29.6.2009)

Für Bogdana stellt der Besuch der Ruhrgebietsstadt eine Pause von ihrem ansonsten sehr anstrengenden und fordernden Alltag dar. Als Lehrerin und Mutter genießt sie hier eine Auszeit und schätzt vor allem auch das Freizeitprogramm, das ihr die Erststädter Frauen in der Partnerstadt bieten. Sie nimmt Abstand von jeglicher Form von Alltag und versucht, sich zu erholen. Sie gibt einem persönlichen Bedürfnis Vorrang, und gerade das verschafft ihr ein gutes Gefühl gegenüber der Partnerstadt. Möglicherweise ist die vergleichsweise kostengünstige Fahrt nach Erststadt für sie auch die einzige Möglichkeit, sich Urlaub in einem anderen Land zu leisten.

Einen ähnlichen Gedanken bestätigte auch Agnieszka, ebenfalls Mutter mehrerer Kinder: „[D]ie Besuche in [Erststadt] kosten weniger als im Reisebüro, weil wir bei [Ursula] wohnen, die Besuche sind anders als offiziell. (...) Und natürlich es geht nicht um das Geld, aber andere Möglichkeiten. Für mich ist das wichtig, sehr wichtig.“ (P5_1, 24.9.2008)

Aus der Perspektive von Bogdana und Agnieszka hat ein unkompliziertes, kostengünstiges Reisen im Zusammenhang mit einer städtepartnerschaftlichen Begegnungsveranstaltung immer noch einen hohen Stellenwert. Angesichts des herausfordernden und finanziell komplizierten Alltags der berufstätigen Frauen erhält dieser Aspekt sogar eine starke Bedeutung, wenn auch mit einer zeitgemäßen und persönlichen Ausrichtung.

7.3.3.2 „*They want to see what is available somewhere else*“

Auch das Thema Einkaufen spielte während der Besuche von Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere bei Bürgerinnen der polnischen Partnerstädte, immer wieder eine Rolle. So erzählten es bereits die polnischen Jugendlichen und Schülerinnen, die am Jugendtheaterprojekt von Drittstadt teilnahmen. Und auch einige ältere Bürgerinnen von Miasto, die anlässlich eines Stadtfestes nach Erststadt gekommen waren und eine Shopping-Tour dem offiziellen Programm vorzogen hatten, bestätigten diesen Eindruck. Eine mitgereiste polnische Übersetzerin erläuterte mir zur Abwesenheit der kleinen Gruppe: “They always go shopping.” Sie berichtete auch vom Besuch einer polnischen Delegation in England, die sie ebenfalls begleitet hatte, die in zwei Tagen sowohl ein volles Programm absolvieren als auch hätte einkaufen gehen wollen. “[T]hey want so see what is available somewhere else”, erklärte die polnische Übersetzerin mir dazu (vgl. Feldnotizen Prot_P, 5.9.2008).

Einkaufen in den Nachbarländern ist also ein Thema in den gegenwärtigen ruhrgebiets-polnischen Städtepartnerschaften, insbesondere auf Seiten der polnischen Bürgerinnen. Aber wie das letzte von der polnischen Übersetzerin interpretierte Beispiel zeigt, geht es dabei nicht zwangsläufig nur um das Erfüllen eines bloßen Konsumbedürfnisses. Es geht auch darum, zu reflektieren, Unterschiede festzustellen, eigene Positionen zu ermitteln, Vorstellungen des Möglichen zu entwickeln und vor allem am EU-europäischen Wirtschaftsraum zu partizipieren.

7.3.3.3 „Da bringe ich immer etwas mit“

Bogdana beschrieb von ihren Aufenthalten in Erststadt noch eine andere, aber damit verwandte Einkaufsstrategie:

„Und das möchte ich auch bei mir in der Schule anwenden. Vielleicht habe ich Glück und kann mir auch solche Lernmaterialien anschaffen. (...) Einige Bücher, also, (...) ich denke mir zwölf Bücher für meine jüngsten Schüler, also, sehr bunt mit kurzen Texten, die habe ich schon in [Erststadt] gekauft und die habe ich schon bei [Ursula] gelassen. Meine Schüler warten schon, das ist immer bei uns in Polen etwas Besonderes, dass die Frau [Bogdana], unsere Lehrerin, direkt nach Deutschland kommt, da bringt sie immer also neue Bücher, aktuelle Sachen mit, da muss ich unbedingt hier in [Stadt] auch Textmarker und auch Filz//Filzstifte kaufen, die glitzern, das ist für jüngste Schüler, oder zum Beispiel solche Hefte, wo die Linien bunt sind, das macht besonders viel Spaß, und die hat Frau [Bogdana] in Deutschland, ja, kapiert du das, in Deutschland hat sie das (gekauft). Und da bringe ich immer etwas mit besonders bei dieser Gelegenheit, wenn ich mit dem Auto nach Deutschland (komme).“ (BSP8_1, 29.6.2009)

Bogdana kauft während ihres Aufenthalts in Erststadt und in den umliegenden Städten etwas ein, das es auf polnischer Seite so scheinbar (noch) nicht gibt, um es dorthin mitzunehmen. Damit verwendet sie die Besuche der Partnerstadt, um an Möglichkeiten zu kommen, die es so in Polen (noch) nicht gibt, und damit in Polen eine Art Pionierrolle einzunehmen. Diese Einkäufe in der Partnerstadt verschaffen ihr also einen kleinen „Vorsprung“ und auch einen zumindest zeitweiligen Statuszugewinn und ermöglichen ihr gleichzeitig auch, Unterschiede und Ungleichheiten zwischen beiden Ländern ein wenig auszugleichen.

Ein zweites Beispiel wies in eine ähnliche Richtung. Ursula und Agnieszka wollten im Sommer zusammen mit einigen anderen Frauen von Miasto ans Mittelmeer in Urlaub fahren. Um Agnieszka hohe Gebühren und zusätzliche Kosten bei der Bezahlung der Unterkunft zu ersparen, schlug Ursula vor, das Geld an ihrer statt zu transferieren und von Agnieszka dann später zurückzubekommen. „Das sind so die kleinen Deals“, kommentierte Ursula das Vorgehen (vgl. Feldnotizen Prot_P, 14.4.2009).

Begegnungsveranstaltungen und städtepartnerschaftliche Bande werden also derzeit vor allen Dingen bei den ruhrgebiets-polnischen Städtepartnerschaften, insbesondere von den Bürgerinnen und Bürgern, auch zum Ausgleich von ökonomischen Differenzen und Wohlstandsunterschieden in Europa genutzt. Ihr *assembling* lenkt Städtepartnerschaften auch auf persönliche Bedürfnisse, hat aber gleichzeitig eine ausgleichende und auch annähernde Wirkung nach außen.

7.3.4 Überwinden

7.3.4.1 „Sie hätten kein Visum bekommen. Punkt“

Für Besuche und Gegenbesuche im Rahmen von Städtepartnerschaften ließ sich während meiner Feldforschung eine Reihe von (kommunalen) Vereinbarungen finden, die ein staatsgrenzenübergreifendes Zusammentreffen erleichterten. Dies waren in erster Linie Finanzierungs- und Einladungsregelungen. So erwies es sich immer wieder als mehr oder weniger offizielle „Regel“, dass die anreisende Delegation oder anreisende Gäste ihre Transportkosten selbst trugen und die aufnehmenden Gastgeberinnen und Gastgeber zumindest einen großen Teil der Kosten und die (Kosten für die) Unterbringung vor Ort übernahmen. Diese „Kostenübernahmeregelung“ fand fast immer Anwendung (auch im zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Bereich), es sei denn, es waren vorab erfolgreich Fördergelder eingeworben worden. Dann konnten Kosten auch einmal vollständig von einer Seite übernommen werden. Manche Ruhrgebietskommunen, wie zum Beispiel auch Erststadt, halfen ihren Bürgerinnen und Bürgern zusätzlich auch mit einem kleinen Tagegeld bei Reisen in eine Partnerstadt aus. Darüber hinaus boten Kommunen Unterstützung auch in der Form an, dass sie für Anreisende aus den Partnerstädten offizielle Einladungen ausstellten. Mitunter machten diese Einladungsschreiben aus einer Reise in die Partnerstadt überhaupt erst eine städtepartnerschaftliche Reise und ermöglichten den Zugang zu entsprechenden Privilegien.

So war es zum Beispiel bei einer Verwaltungsbeamtin von Miasto, die im Rahmen des Frauenaustauschprojekts nach Erststadt reisen und dort auch bei der komplementären Einrichtung hospitieren wollte. Das Einladungsschreiben sollte dazu dienen, dass diese den Aufenthalt nicht auf Basis ihres persönlichen Urlaubs antreten musste, sondern als Dienstreise deklarieren konnte (vgl. Feldnotizen Prot_P, 9.2.2009). Für die türkischen Bürgerinnen und Bürger hatten diese offiziellen Einladungsschreiben aber noch eine ganz andere Relevanz hinsichtlich der benötigten Visa.

Wie die Momentaufnahme und die Teilnahmebeweggründe der türkischen Jugendlichen im Zusammenhang mit dem Jugendtheaterprojekt von Drittstadt weiter oben bereits angedeutet haben, vereinfachte eine offizielle Einladung der deutschen Partnerstadt die Ausstellung eines Visums. Dies bestätigte mir auch der Amtsleiter von Zweitstadt im Interview. Es gebe einen Passus zur Pflege von kulturellen Beziehungen, den man im

Fall von städtepartnerschaftlichen Aktivitäten bemühen könne und der eine entsprechende Einreise erleichtere (vgl. ST2_1, 19.1.2008).

Ein Vorhaben im Rahmen einer Städtepartnerschaft, verbunden mit der notwendigen Einladung und Klassifizierung durch die deutsche Kommune, ermöglicht in dieser Zeit also Türkinnen und Türken einen vereinfachten Zugang zu einem Visum für Deutschland²¹² und damit auch zu einem Mitgliedsland der Europäischen Union und zum Schengen-Raum. Das verleiht gegenwärtigen Städtepartnerschaften einen eigenen Wert und eröffnet türkischen bürgerschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteuren eine Fülle von Möglichkeiten.

Welche elementare Bedeutung dies für die Jugendlichen zum Teil hatte, zeigten auch die folgenden Interviewaussagen von einem türkischen Migranten und Mitglied des Stadtrats, der eine Gruppe von Praktikantinnen und Praktikanten von Şehir während ihres Aufenthalts in Zweitstadt betreute. Die jungen Männer und Frauen hatten sich mit einem Einladungsschreiben der Zweitstädter Kommune und einem extra bereitgestellten Praktikumsplatz erfolgreich für ein entsprechendes Mobilitätsprogramm der Europäischen Kommission und damit für einen Zutritt in die EU beworben:

Betreuer: „[U]nd diese Leute hätten doch nie ne Chance gehabt, sage ich mal, in Europa irgendwie ein Praktikum zu machen, wenn nicht diese Kontakte der Städte//
Ich: Ja, können Sie das noch ein bisschen mehr ausführen, ich kann vermuten, was Sie meinen, aber warum ha=m sie//hätten sie weniger Chancen gehabt oder warum hätten sie sonst nicht

Betreuer: Sie hätten kein Visum bekommen. Punkt. So, wenn ne Einladung von ner Stadt für ein Praktikum ist, dann bekommen die ein Visum schneller, sage ich mal beziehungsweise sicherer, als wenn die als Privatperson [kommen] oder ich einladen würde oder so was. A) hätten sie nicht die Möglichkeit, hier irgendwo zu arbeiten, weil=s verboten wäre, aber im Sinne eines Praktikums dürften sie das im Prinzip, und B) als Privatperson. Wenn das Generalkonsulat in Izmir oder in Istanbul sagt, nix, wir geben dir kein Visum, das müssen sie nicht mal begründen. (...) diese Leute hätten im Prinzip nie die Chance gehabt, von [Şehir] vielleicht mal Europa zu sehen, auch wenn sie fertig studiert sind.“ (ST2_1, 19.1.2008)

Aus türkischer Sicht stellt dies in dieser Zeit also eine exklusive Möglichkeit dar. Für Bürgerin und Bürger des Nicht-EU-Landes Türkei sind die Zugänge zur Europäischen Union sowohl aufenthalts- als auch arbeitsrechtlich erschwert. Der städtepartnerschaftliche Kontakt, verbunden mit dem Programm der Europäischen

²¹² Was derzeit notwendig ist, um ein Visum für Deutschland bzw. den Schengen-Raum zu erhalten, lässt sich auf der Website des Auswärtigen Amtes nachlesen (vgl. Auswärtiges Amt Online 2017e).

Kommission, bildet hier aber ein wirkungsvolles Sprungbrett. Dies ermöglicht erleichterten Zutritt, Finanzierung und Arbeitserfahrung in der EU zugleich und damit in gewisser Weise verbesserte persönliche und auch berufliche Perspektiven.

Die Hochschule der türkischen Partnerstadt von Zweitstadt wandte diese fruchtbare Kombination aus städtepartnerschaftlicher Kooperation und EU-europäischem Mobilitätsprogramm gezielt an. So schilderte zum Beispiel der bereits erwähnte Mitarbeiter des Internationalen Büros: “And, I can say that we, we can benefit from this partnership very well because we sent students to [Zweitstadt].” (T5_1, 12.5.2009)

Worin genau aus seiner Sicht der Mehrwert lag, beschrieb er wie folgt:

“Yes, as you know, we are the, we are not the full member of the European countries. We are candidates of the members of EU. And I think, that ERASMUS programme, generally, EU programmes for Turkey bring many advantages, to see European cities, European system of education, and our students, when our students go to Europe, after they return, they bring some, some advantages, some great, great, how do you say, they are full of information about Europe, they are full of hope in the//for the future because they know European people and they know the people, some marry in Europe, they live in an international ground, international activities, and after they return here, they say, we want to go again to Europe. And we are, we have many agreements with//in the European universities in many areas (...) and we sent more than 100 students to Europe.” (Ebd.)

Die städtepartnerschaftliche Einladung und der Praktikumsplatz in Kombination mit dem Mobilitätsprogramm der Europäischen Kommission ermöglichen also in dieser Zeit einen erleichterten Zutritt zur Europäischen Union und zu deren Arbeitsmarkt. Interessanterweise werden hier Städtepartnerschaften und ein EU-europäisches Mobilitätsprogramm miteinander verbunden. Gegenwärtige Städtepartnerschaften erhalten dabei einen neuen Sinn. Sie werden Rechtsressource, Mobilitätsressource, Arbeitsmarktrezource und verschaffen gleichzeitig auch noch Zugänge zu Fördertöpfen der Europäischen Union beziehungsweise Europäischen Kommission. Durch das *assembling* der zivilgesellschaftlichen Akteure der türkischen Partnerstadt in Zusammenarbeit mit der Ruhrgebietsstadt bekommen Städtepartnerschaften derzeit eine neue sehr strategische Bedeutung sowohl für einzelne türkische Bürgerinnen und Bürger als auch für das Land Türkei.

7.3.4.2 „*Manchmal müssen sie gleich alles machen, wenn sie schon mal in Europa sind*“

Der erleichterte Zugang zu EU-Europa durch Städtepartnerschaften und ihre Elemente

wurde im Rahmen meiner Feldforschung durch türkische bürgerschaftliche städtepartnerschaftliche Akteure auch auf einer anderen, sehr persönlichen Ebene praktiziert und systematisiert und dabei von Ruhrgebietsseite nicht nur positiv aufgenommen. Während des zweiten Teils des Jugendtheaterprojekts von Drittstadt spielte sich folgende Szene ab. Als ich an einem Tag in die Kunsteinrichtung kam, ärgerte sich eine der Drittstädter Betreuerinnen lauthals, dass die Betreuerinnen und Betreuer der türkischen Jugendgruppe für drei Tage ihre Jugendlichen alleine gelassen hätten, nach Paris gefahren seien, die Tickets schon vorab gebucht und nichts davon gesagt hätten. Sie sagte: „Also, manchmal müssen sie gleich alles machen, wenn sie schon mal in Europa sind.“ Verständnis zeigten sie und ebenso die anderen Drittstädter dafür eher wenig (vgl. Feldnotizen Prot_T, 25.7.2009).

Ähnliche Geschichten bekam ich auch in einem Interview geschildert. Dabei wurde berichtet, wie der Aufenthalt in der Ruhrgebietspartnerstadt für eine individuelle Rundreise durch umliegende europäische Hauptstädte, Amsterdam, Paris und Rom verwendet worden sei (vgl. BST7_1, 27.5.2009). In all diesen Fällen reagierten die städtepartnerschaftlichen Akteure des Ruhrgebiets darauf mit Ärger und Unverständnis.

In diesem Missfallen zeigt sich, hier wird offensichtlich ein zumindest aus deutscher Sicht so verstandenes Projektziel oder städtepartnerschaftliches Prinzip verletzt und führt auf deutscher Seite zu Konfliktreaktionen. Diese Szene lässt sich aber auch anders lesen. Bei diesen *assembling* der türkischen bürgerschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteure geht es nicht darum, unhöflich zu sein, Gastgeberinnen und Gastgeber im Rahmen der Städtepartnerschaft zu brüskieren, ein künstlerisches Projektziel, Städtepartnerschaften und ihre Ziele zu missachten oder den darin enthaltenen europäischen Einigungsgedanken zu konterkarieren. Ganz im Gegenteil: Städtepartnerschaften, das Begegnungskonzept und der einstige europäische Einigungsgrundsatz erhalten hier derzeit sogar einen neuen, sehr hohen Stellenwert. Städtepartnerschaften und ihre Elemente ermöglichen vielen der türkischen bürgerschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteure einen erleichterten Zutritt, vielleicht zum ersten Mal einen Zugang zum Ruhrgebiet, nach Deutschland und zur EU. Städtepartnerschaftliche Elemente und Errungenschaften werden hier sehr wirkungsvoll mit politischen und systemischen Unterschieden in Europa verbunden. Sie werden zur Mobilitätsressource, Staatsgrenzen werden überschritten und politisch-systemische

Ungleichheiten zumindest zeitweilig ausbalanciert. Türkinnen und Türken integrieren sich auf bürgerschaftlicher Ebene so ein wenig selbst. Städtepartnerschaftliche Begegnungsveranstaltungen und das Begegnungskonzept erhalten so in diesen gegenwärtigen ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften eine neue Bedeutung, gegenwärtige Städtepartnerschaften einen neuen europäischen Wert. Ihr *assembling* hat damit eine ausgleichende und europäisierende Wirkung.

Gleichzeitig zeigt sich hier im übertragenen Sinne auch ein interessanter Umgang mit dem EU-europäischen Mehrebenensystem. Der kommunale Bereich und seine staatsgrenzenübergreifenden Möglichkeiten werden hier erkannt und „querverbindend“ genutzt. Hier wird zum Umgang mit der EU-Grenz- beziehungsweise EU-Visa-Politik und – in Anlehnung an entsprechende Überlegungen von Sabine Hess und Vassilis Tsianos (vgl. Hess/Tsianos 2007: 38) sowie von Alisdair Rogers (vgl. Rogers 2000: 15) – das EU-Mehrebenensystem und seine staatsgrenzenübergreifenden Optionen angeeignet und es lenkt auch selbst. Im gleichen Maße, wie das EU-Mehrebenensystem hier gebraucht wird, produziert es staatsgrenzenübergreifende Bewegungen auch mit. Transnationalisierung und Europäisierung wirken hier wechselseitig konstitutiv und formen sich gegenseitig. Es entsteht dabei aber eine eigene, ausgleichende Version von Europa, um Regina Römhilds an anderer Stelle formulierten Gedanken aufzugreifen (vgl. Römhild 2000: 17), beziehungsweise von europäischer Einigung.

7.3.5 Zuordnen

7.3.5.1 „One from each country“

In diesem letzten Abschnitt in diesem Kapitel geht es darum, als was und wie sich Personen begegneten, wenn sie im Rahmen von gegenwärtigen Städtepartnerschaften aufeinandertrafen und sich intensiver miteinander beschäftigten: Wie stellten sie sich vor, wie näherten sie sich (vielleicht) an.

Während meiner Erforschung der Städtepartnerschaft von Zweitstadt und Şehir konnte ich folgende Szene beobachten. Der hauptamtliche Jugendpfleger der Zweitstädter Jugendeinrichtung, der mit einer Jugendgruppe zu dem Jugendtanzprojekt nach Şehir gefahren war, lobte seine Jugendlichen immer wieder mit den Worten: „Ihr seid alle tolle Diplomaten.“ Bei einer anderen Gelegenheit während der selben Reise ermahnte er die noch junge Übersetzerin, sie sei etwas ungestüm aufgetreten, und tadelte sie mit den

Worten, er habe sie als „Botschafterin“ mitgenommen (vgl. Feldnotizen Prot_T, 9.5.2009).

Aus Sicht des Jugendpflegers hat der Besuch der Partnerstadt also auch eine offizielle und politische Komponente, nämlich die, auch den Staat beziehungsweise das Land Deutschland positiv zu repräsentieren und die Beziehungen zwischen den Ländern zu stärken. Die Jugendlichen reisen aus seiner Perspektive auch als Staatsvertreterinnen und Staatsvertreter, und er führt sie entsprechend ins Feld. Damit verbindet er bestimmte Verhaltenserwartungen, vielleicht auch konkrete Erziehungsabsichten, wie etwa die, sich auf internationalem Parkett sicher bewegen zu lernen. Möglicherweise knüpft er mit seinen Worten auch an einstige funktionalistische einstellungsverändernde (europäisch-)zusammenhaltsstiftende städtepartnerschaftliche Prinzipien an, dass ein Kennenlernen von Bürgerinnen und Bürgern friedliche Beziehungen auch zwischen Staaten schaffe. In jedem Fall erzeugt er damit einen Nationalstaatenbezug.

Einzelne Nationalstaatenbezüge und Betonungen ihrer Besonderheiten ließen sich auch in anderen gegenwärtigen städtepartnerschaftlichen Begegnungsveranstaltungen finden. Insbesondere während der Kunstprojekte kamen diese immer wieder zum Ausdruck. So machten etwa beim ersten Teil des Jugendtheaterprojekts von Drittstadt vor allen Dingen die Drittstädter Theaterpädagoginnen und Theaterpädagogen immer wieder nationale Anspielungen und setzten diese auch als Stilmittel ein. Einmal wurden beispielsweise Gruppen gebildet. Unter dem Kommando „One from each country“ sollten entlang der Buchstaben des Namens des Theaterstücks Teams entstehen, und zwar so, dass in jedem Team mindestens eine Person pro beteiligte Partnerstadt vertreten war. Gleichzeitig erhielten die Jugendlichen ein Umhängeband, das mit deutschen Flaggen und denen des jeweiligen Herkunftslandes bedruckt war und an dem ein Namensschild mit dem Stadtwappen von Drittstadt hing. Sobald alle Jugendlichen Gruppen zugeordnet waren, sollten sie laut die einzelnen Buchstaben und so den Namen des Theaterstücks rufen (vgl. Feldnotizen Prot_TW, 25.7.2008).

Interessant an dieser Gruppenbildung ist, dass Personen hier gleichzeitig unterschieden und zusammengebracht und dabei zunächst re- und dann denationalisiert werden. Sie werden zuerst als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger angesprochen und abgeholt, um anschließend zu etwas Neuem, nicht unbedingt Staatlichem, zusammengeführt zu

werden. Das Muster erinnert an das Konstrukt „Einheit in Vielfalt“ der Europäischen Union und ist möglicherweise eine pädagogische Variante davon oder von „Völkerverständigung“. Ganz aufgelöst werden die Unterschiede hier jedoch nicht. Die Flaggen am Umhängeband und die nationale Zugehörigkeit haben Bestand und machen die Jugendlichen weiterhin als Angehörige eines Staates erkennbar.

Im Folgejahr kam es bei dem Drittstädter Jugendtheaterprojekt zu einer ähnlichen Szene. Zwar gab es dieses Mal keine Umhängeschilder. Aber die Gruppe überlegte in gemischten Kleingruppen, wie sie mit verschiedenen Tönen und Geräuschen eine Dramaturgie aufbauen konnte. Hierbei brachten sich die Jugendlichen verschiedenartig ein. Einige taten das, was sie gut konnten (zum Beispiel Klavierspielen, Singen), andere experimentierten, wieder andere erarbeiteten einen Ablauf, weitere verhielten sich eher schüchtern und wussten nicht so recht, was sie beitragen konnten, sodass ihnen eine Aufgabe zugewiesen wurde. Eine Teilnehmerin machte den Vorschlag, einige Passagen in ihren jeweiligen Muttersprachen zu sprechen (vgl. Feldnotizen Prot_TW, 25.7.2009).

Die Jugendlichen begegnen sich hier trotz eines übergreifenden Oberthemas also immer wieder auch als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger beziehungsweise als Angehörige einer Sprachgruppe. Es bleibt offen, ob in diesem spielerischen Umgang ein Bewusstsein für die Wirkung von Nationalismen demonstriert und ein Erhabensein darüber ausgedrückt werden soll oder ob hier auch einfach nur nationale Zugehörigkeiten als dominierende Form der Zuordnung in internationalen Zusammenhängen zum Ausdruck kommen. Fest steht jedenfalls, dass das Nationalstaatliche bei diesen Begegnungsveranstaltungen im wahrsten Sinne des Wortes „ins Spiel gebracht“ wird.

7.3.5.2 Sprachrohr der Region

Bei anderen gegenwärtigen städtepartnerschaftlichen Begegnungsveranstaltungen, insbesondere gemeinsamen Ausflügen in die direkte Umgebung einer Partnerstadt, ließen sich darüber hinaus auch Tendenzen finden, verstärkt Besonderheiten der entsprechenden Region zu betonen. So geriet einer der kommunalen Mitarbeiter von Zweitstadt bei einer Autofahrt durch die frühlinghafte und strahlend grüne Landschaft ins Schwärmen, erzählte Wissenswertes über die einzelnen Wegstationen und wurde immer mehr zum begeisterten Lokalpatrioten (vgl. Feldnotizen Prot_T, 25.6.2009). Und

auch ich ertappte mich dabei, wie ich bei einem Spaziergang mit einer polnischen Bürgerin aus der englischen Partnerstadt von Erststadt anfang, Geschichten der Gegend zum Beispiel zu Bergbauhalden zu erzählen und zu einer Vertreterin und einem Sprachrohr der Region wurde und auch so angesprochen wurde (vgl. Feldnotizen Prot_P, 5.9.2009).

Im Rahmen gegenwärtiger städtepartnerschaftlicher Begegnungsveranstaltungen gibt es also immer wieder auch Momente der staatlichen Zuordnung und Verortung. Während bei Besuchen im anderen Land, wie bei dem ruhrgebiets-türkischen Jugendtanzprojekt, eine nationale Zuordnung stärker zum Ausdruck kommt, ist es beim Besuchwerden in der eigenen Stadt und Umgebung aber auch eine regionale.

7.3.5.3 *Lieblingsmusik*

Darüber hinaus gab es auch Momente, in denen sich die bürgerschaftlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer städtepartnerschaftlicher Begegnungsveranstaltungen entlang gemeinsamer Themen trafen, wie etwa bei dem bereits mehrfach erwähnten Frauenaustauschprojekt, was dann allerdings auch das Oberthema direkt vorgab.

Bei den Projekten mit Jugendlichen aus verschiedenen Partnerstädten entwickelten sich zum Teil auch währenddessen eigenständig gemeinsame Themen. Während eines Tischgesprächs zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendtheaterprojekts von Drittstadt fragten sie sich beispielsweise gegenseitig nach ihrer Lieblingsmusik. Gleiches konnte ich während einer Stadtrallye beobachten, bei der ich einen Nachmittag lang als Betreuerin einsprang. Während dieser Rallye sollten die Jugendlichen aus den Partnerstädten zusammen die Stadt erkunden und verschiedene markante Stellen aufspüren und besichtigen. Während des Gangs durch die Stadt tauschten sich einige Jugendliche erneut über Musik aus. Ein Mädchen aus Skandinavien stimmte ein Lied an, und die, die das Lied kannten, sangen mit. Andere begannen, die englische Nationalhymne zu singen (wohl mehr zum Spaß). Als es zu regnen anfang, witzelte jemand über Engländer im Regen (vgl. Feldnotizen Prot_TW, 25.7.2008).

Auch bei der gemeinsamen Unternehmung dieser Jugendlichen scheint das Nationale nicht zu verschwinden, aber die Jugendlichen finden ein Thema, einen Bereich, in dem

sie sich treffen können, die Lieblingsmusik. Sie schaffen sich damit einen eigenen an ihrem Alltagsleben orientierten Bezugspunkt.

7.3.5.4 „Die meisten mailen nahezu jeden Tag mit ihren neuen Freunden“

Ein intensives Kennenlernen beobachtete ich einmal und das abseits vom offiziellen Programm. Während eines Besuchs wohnte die Polin der englischen Partnerstadt bei der Erststädter Künstlerin und Journalistin und Teilnehmerin des Buchprojekts. Die beiden schienen sich sehr sympathisch zu sein und tauschten sich rege aus, zum Beispiel über das Zugehörigkeitsgefühl der polnischen Engländerin, zu England oder zu Großbritannien. Dieses Zusammentreffen hatte eindeutig persönliche Züge. Meine Anwesenheit kam mir teilweise sehr störend vor (vgl. Feldnotizen Prot_P, 5.9.2008). Eine rege Freundschaft, auch über die Städtepartnerschaft hinaus, pflegten auch Ursula und Agnieszka. Dies war das Ergebnis von (beruflichen) Gemeinsamkeiten, viel Sympathie und mehrfachem Aufeinandertreffen über viele Jahre hinweg.

Aber auch wenn sie zum Beispiel wegen sprachlicher Differenzen nicht so recht zusammenkamen, empfanden und beschrieben die bürgerschaftlichen und kommunalen Teilnehmerinnen und Teilnehmer von städtepartnerschaftlichen Begegnungsveranstaltungen des Ruhrgebiets die gemeinsame Zeit häufig als sehr intensiv. Der Abschied der Zweitstädter Jugendlichen von der Partnerstadt Şehir nach einem geglückten gemeinsamen Auftritt mit dem Tanzprojekt beispielsweise verlief voller Aufmerksamkeiten und sehr emotional. Ein Armband wurde verschenkt (ich bekam auch eines, was ich noch sehr lange trug), ein Betreuer der türkischen Gruppe hielt eine anrührende Rede („mögen alle unsere Wünsche in Erfüllung gehen“). Es wurden Tränen vergossen und heimlich Händchen gehalten. Einige der Jugendlichen hatten sich möglicherweise ein bisschen verliebt (vgl. Feldnotizen Prot_T, 9.5.2009).

Ähnlich berichtete mir auch eine kommunale Städtepartnerschaftsbeauftragte einer anderen Ruhrgebietsstadt, mit der ich Kontakt pflegte, per E-Mail von einem „TWINS2010“-Projekt mit Jugendlichen, das auch in Zusammenarbeit mit einer polnischen Partnerstadt stattfand:

„Wie Sie ja wissen, mussten wir unser Nachtreffen bzw. die Berichterstattung für Presse und unseren Bürgermeister terminlich vorziehen. Von den 17 mitgereisten Jugendlichen aus [Stadt] waren an dem Abend 15 anwesend, 2 hatten sich entschuldigt. Alle waren noch ganz aufgeregt und entsprechend laut ging es zu. Die meisten mailen nahezu jeden Tag mit ihren neuen Freunden und die ersten Einladungen für Besuche gibt es auch

schon. An dem Abend wurden [Betreuer] und ich bestimmt hundert Mal gefragt, wann wir denn endlich nach Polen fahren. Die Jugendlichen können es kaum noch abwarten und würden am liebsten 2 Wochen dort bleiben..... Geplant sind aber nur vier Tage. Wann die Reise stattfindet, wird derzeit in [Stadt] abgeklärt. Wir denken an Ende April oder Mai.“ (TW7, per E-Mail, 18.12.2008)

Menschliche, persönliche Zusammentreffen finden also ebenso statt, häufig jedoch ein wenig abseits vom offiziellen Programm und stets verbunden mit Sympathien und auch mit etwas mehr Zeit. Aber unabhängig davon werden die meisten gegenwärtigen städtepartnerschaftlichen Begegnungsveranstaltungen vor allen Dingen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Ruhrgebiets in der Regel als geglückt beschrieben.

7.3.5.5 Danach ging es weiter zum nächsten Programmpunkt

Wie Teilnehmerinnen und Teilnehmer städtepartnerschaftlicher Begegnungsveranstaltungen dem Thema Geschichte, Kriegserinnerung und Versöhnung begegneten und damit umgingen, zeigte diese letzte Momentaufnahme des Besuchs von Miasto im Rahmen des Frauenaustauschprojekts. Geschichte war während meiner Feldforschung präsent. Insbesondere bei den ruhrgebiets-polnischen Städtepartnerschaften tauchte Geschichte auch immer wieder auf, wie in Person ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter oder deren Kindern, wie Tomasz oder der Bürger vor dem Besuch der polnischen Apothekerin. Am dritten Tag der Reise nach Miasto stand der Gang zu einer Gedenkstätte des Nazi-Terrors auf dem Programm. Morgens sollten die ehemaligen Massengräber für Tausende von den Nationalsozialisten ermordeten Polinnen und Polen besichtigt werden. Anschließend sollte es zu einem Ausflug ins Umland weitergehen. Ich war gespannt, wie sich dieser Gegensatz aushalten ließ.

Wir gingen in den schönen Frühlingswald. Außer den Erststädterinnen war Agnieszka mit dabei. Es war ein herrlich frischer Morgen. Auf dem Waldboden und an den Rändern des Wegs zu der Gedenkstätte und dem Mahnmal für die Massengräber, wo tausende polnische Zivilistinnen und Zivilisten von Nazi-Einheiten erschossen und begraben worden waren, hatten sich unzählige kleiner weißer und blauer Blümchen ausgebreitet. Das sah wunderschön aus. Eine Mitreisende von Erststadt deutete die kleinen Blümchen als so etwas wie die Seelen der Toten. Die Schönheit stand für sie aber nicht im Widerspruch zu dem Grauen, das sich dort ereignet hatte. Ursula sagte,

dass es ihr immer wieder ein Bedürfnis sei, zu der Stätte zu gehen und auch andere mitzunehmen. Sie hatte Tulpen dabei, die sie dort niederlegen wollte. An den ehemaligen Grabstätten, die in angelegter Form kreuz und quer im Wald verteilt zu finden waren, redeten wir über unsere Empfindungen, die sich hauptsächlich in Fassungslosigkeit ausdrückten, und Filme über die NS-Zeit (der Pianist, der Vorleser) und verweilten dort eine Weile still. Trotz allem war die Stimmung irgendwie entspannt und angeregt durch den Frühling. Danach ging es weiter zum nächsten Programmpunkt. Die Eindrücke von der Gedenkstätte kamen in den Gesprächen nicht weiter vor. Niemand sprach von Schuld (vgl. Feldnotizen Prot_P, 14.4.2009).

Der Besuch der Gedenkstätte ist ein sehr eindringlicher Moment. Dort hat sich grausame deutsch-polnische Geschichte ereignet, die während der Besichtigung und durch die entsprechenden Gespräche erinnert und in die Gegenwart geholt wird. Trotz der schrecklichen Ereignisse bleibt die Stimmung der ruhrgebiets-polnischen Gruppe aber gut. Die Worte der Frauen sind offen und ehrlich, aber trotz aller Emotionalität eher sachlich und nicht anklagend. Auch bleibt ein Sinn für die Umgebung und die Schönheit des nahenden Frühlings sowie für das weitere Programm. Während des Rests des Tages wird nicht weiter über den Gedenkstättenbesuch gesprochen. Der Besuch der Gedenkstätte ist somit Teil, aber nicht Hauptbestandteil oder Hauptanlass der Reise in die Partnerstadt. Ausfallen und wegbleiben kann und soll er wahrscheinlich auch nicht, aber er nimmt nur einen sehr kleinen Raum im Programm ein, eben den Moment, der in der Gedenkstätte verbracht wird. Geschichte wird hier also zum anerkannten Bestandteil der Gegenwart der ruhrgebiets-polnischen Städtepartnerschaft. Sie wird aber gleichzeitig auch zu einem Thema unter vielen. Dies kann ein Kennzeichen von sich weitgehend normalisiert habenden deutsch-polnischen Beziehungen sein, wie es Dieter Bingen und andere formuliert haben (vgl. Bingen 2011; Łada 2011), oder auch von neuen Themensetzungen im Rahmen von gegenwärtigen Städtepartnerschaften, bei denen ihre Elemente aber weder verloren gehen noch ersetzt werden.

7.4 Zwischenfazit

In diesem Kapitel wurden Wandlungsprozesse und Wandlungspraktiken von Teilnahmebeweggründen sowie Besuche der Ruhrgebietsstädte und deren polnischer und türkischer Partnerstädte im Rahmen von städtepartnerschaftlichen

Begegnungsveranstaltungen behandelt. Es ging um das entsprechende *assembling* überwiegend bürgerschaftlicher städtepartnerschaftlicher Akteure im Feldforschungszeitraum.

Dabei wird sichtbar, dass auch Gründe für die Teilnahme an städtepartnerschaftlichen Begegnungsveranstaltungen und die Besuche selbst von bürgerschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteuren aller drei Länder derzeit mit vielfältigen persönlichen, ökonomischen und EU-politischen Herausforderungen verknüpft werden. Hierbei werden einzelne Elemente von Städtepartnerschaften wie Einladungsschreiben sowie Begegnungsveranstaltungen insgesamt zur persönlichen Bereicherung, zum touristischen Erlebnis, zum Ausgleich von Wohlstandsunterschieden und zur Teilhabe an der Europäischen Union hin gewendet und in ihrer Bedeutung verändert – mit dennoch europäisierenden Effekten.

So nehmen ältere und jüngere bürgerschaftliche städtepartnerschaftliche Akteure der hier näher betrachteten gegenwärtigen ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften aus sehr persönlichen Beweggründen an den Veranstaltungen teil. Darunter sind Neugier, Erlebnislust, ein Interesse, dazuzulernen, und der Wunsch, transnationale Biografien zu leben. Bürgerinnen und Bürger des Ruhrgebiets interessieren sich darüber hinaus dafür, im Rahmen städtepartnerschaftlicher Begegnungsveranstaltungen Auslandserfahrungen zu sammeln, die sie auch berufsqualifizierend einsetzen können. Bürgerinnen und Bürger der polnischen Partnerstädte decken dabei auch Konsumbedürfnisse und versuchen, Wohlstandsunterschiede zwischen den Ländern auszugleichen. Bürgerinnen und Bürger der türkischen Partnerstädte eignen städtepartnerschaftliche Begegnungsveranstaltungen an, um Einreisehindernisse in die Europäische Union zu überwinden und leichter Zugang zu ihr zu erhalten.

Teilnehmende Beobachtung während verschiedener Besuche der Partnerstädte Miasto und Şehir zeigen weiter, wie städtepartnerschaftliche Begegnungsveranstaltungen im Rahmen der ruhrgebiets-polnischen Städtepartnerschaft in Anlehnung an das einstige deutsch-französische Versöhnungskonzept im Feldforschungszeitraum neu und themenorientiert interpretiert werden. Im Fall der ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaft werden sie auch zum Teil sehr direkt mit touristischen und

wirtschaftlichen Zielen verbunden. Vor allen Dingen eine sehr eigenständige strategische Nutzung städtepartnerschaftlicher Begegnungsveranstaltungen durch insbesondere Bürgerinnen und Bürger der türkischen Partnerstädte führen auf Seiten der Ruhrgebietsakteure auch zu Verärgerung und kleineren Konflikten. Hier werden unterschiedliche wirtschaftliche und politische Situationen der Länder ebenso verhandelt wie eine unterschiedliche Zielvorstellung städtepartnerschaftlicher Projekte und normative Betrachtung des Formats Städtepartnerschaften.

Weiterhin lässt sich erkennen, dass auch in gegenwärtigen ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen städtepartnerschaftlichen Begegnungsveranstaltungen Personen Nationalstaaten zugeordnet werden und dies ein üblicher Repräsentationsmodus ist. Darüber hinaus zeigen sich aber auch Formen regionaler Zuordnung. Auch Geschichte ist nach wie vor Bestandteil gegenwärtiger – insbesondere ruhrgebiets-polnischer – städtepartnerschaftlicher Begegnungsveranstaltungen, aber nur als ein Thema unter vielen.

Insgesamt wird in diesem Kapitel verdeutlicht, dass bürgerschaftliche städtepartnerschaftliche Akteure wechselseitige Besuche im Rahmen von Städtepartnerschaften mit einer Vielzahl derzeitiger Entwicklungen und Ziele verknüpfen und gegenwärtige Städtepartnerschaften – für den Zeitraum der Feldforschung gesprochen – zu Ressourcen für eine persönliche Weiterentwicklung sowie zur Teilhabe an und für Zugänge zu EU-Europa machen. Ihr *assembling* verleiht insbesondere den Begegnungsveranstaltungen im Rahmen von gegenwärtigen Städtepartnerschaften damit eine neue Bedeutung, die sich mehr auf das Alltagspraktische und Eigene bezieht, aber dennoch verbindende und ausgleichende europäisierende Effekte hat. Das zeigt, dass Bürgerinnen und Bürger Akteure von gegenwärtigen Städtepartnerschaften und am Wandel des Formats mit beteiligt sind.

8. Fazit: Formatwandel, Folgen, euro-globale Assemblagen und die (Un-)Möglichkeit einer Neuausrichtung eines historisch etablierten Formats

In dieser Arbeit ging ich von der Beobachtung aus, dass insbesondere politische Akteure von Kommunen, Kommunalverbänden, der Europäischen Kommission und im Zusammenhang mit der Kulturhauptstadt Europas „RUHR.2010“ auch Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker seit einiger Zeit Veränderungsvorschläge an Städtepartnerschaften herantragen, um diese neu auszurichten. Entsprechende Anregungen werden staatsgrenzenübergreifend artikuliert und lassen eine Nähe zu derzeitigen kommunalen Herausforderungen, neueren kooperativen Formen staatsgrenzenübergreifender kommunaler Zusammenarbeit und weitergehenden (politisch vorangetriebenen) sozioökonomischen Veränderungsprozessen wie Stadtentwicklung, EU-Europäisierung und Standortmarketing erkennen. In Anbetracht dessen, dass es sich bei Städtepartnerschaften um ein in einer historisch sehr einschlägigen Phase nach dem Zweiten Weltkrieg geprägtes und vor allem in Deutschland auch mit sehr normativen Prinzipien und bestimmten Aktivitäten fest verbundenes Konstrukt handelt, habe ich diese Veränderungen aufgegriffen und den gegenwärtigen Wandel des Nachkriegsformats Städtepartnerschaften zum zentralen Thema meiner Arbeit gemacht. Mich interessierten dabei vor allem der Wandlungsprozess, die Art und Praktiken des Wandels und seine Folgen. Auch die Frage der Akteure, der Europabezug und die Veränderungsmöglichkeiten eines historisch etablierten Formats waren für mich von großer Bedeutung. Alldem ging ich hier am Beispiel von deutsch-polnischen und deutsch-türkischen Städtepartnerschaften des Ruhrgebiets und Forschungsdaten nach, die ich im Zeitraum zwischen 2007 und 2012 gesammelt habe.

Angesichts der Vielzahl der involvierten staatsgrenzenübergreifenden Akteure, Entwicklungen und Prozesse habe ich Städtepartnerschaften als einen dynamischen und in sozialer und geografischer Hinsicht vielseitig beeinflussten transnationalen Forschungsgegenstand konzipiert, was ich auch in einer passenden übergeordneten

Gliederungsweise dieser Arbeit deutlich gemacht habe, und wählte ein Assemblage-Konzept nach dem Vorbild von Paul Rabinow (vgl. Rees/Caduff 2004: 25), um entsprechende Akteure, Prozesse und Veränderungen zumindest zeitlich befristet greifen zu können. Assemblagen verstand ich folglich als eine spezifische zeitweilige, instabile und produktive Verknüpfung von verschiedenen Akteuren, Diskursen und Bezügen und als ein einzelne geografische Orte übergreifendes und transformatives Kulturkonzept. Mit Assemblagen meinte ich sowohl die speziellen, sich derzeit in Städtepartnerschaften konstituierenden Zusammenhänge als auch Städtepartnerschaften in ihrer derzeitigen Unbestimmtheit selbst. Dies brachte ich auch mit dem Begriff „gegenwärtige“ Städtepartnerschaften zum Ausdruck. Das Assemblage-Konzept erweiterte ich mit einem strategischen und ergebnisoffenen praxisorientierten Ansatz, um das Wirken entsprechender Akteure, das mir in Bezug auf Städtepartnerschaften zentral erschien, zu fassen, worunter ich, Theodore Schatzki folgend, sowohl menschliche als auch dingliche Akteure zählte (vgl. Schatzki 2010: 134). In Anlehnung an die Arbeiten einiger britischer und nordamerikanischer Geografen um Colin McFarlane, Eugene McCann und Kevin Ward (vgl. McCann/Roy/Ward 2013: 581) entwickelte ich daraus einen akteurszentrierten praxisorientierten *assembling*-Ansatz, um die verschiedenen Verknüpfungs- und Veränderungsleistungen vielfältiger Akteure im Umgang mit gegenwärtigen Städtepartnerschaften feststellen und stärker auf das sowohl implizite als auch strategische Assemblage-Machen fokussieren zu können. Sowohl das Assemblage-Konzept als auch den *assembling*-Ansatz verstand ich, einer Formulierung von George Marcus folgend (vgl. Hess/Schwertl 2013b: 315), in erster Linie als theoretisch-konzeptionelles Hilfswerkzeuge zur näheren Bestimmung und Erfassung des gegenwärtigen Wandel(n)s von Städtepartnerschaften. Entsprechend vertrat ich in dieser Arbeit auch sowohl ein transnationales als auch ein praxisorientiertes Kulturverständnis und betrachtete diverse Akteure, die Veränderungen an Städtepartnerschaften vornahmen, auch zivilgesellschaftliche und bürgerschaftliche Akteure. Städtepartnerschaften verstand ich darüber hinaus im Rückgriff auf einige medienanthropologische Überlegungen aber auch als ein historisch etabliertes Format, das aus einem Set bewusst entwickelter Prinzipien und Aktivitäten besteht, deren Inhalte und Formen kontinuierlich medial gestützt und verbreitet werden, und siedelte meine Forschung exakt in diesem Spannungsverhältnis zwischen (neuer, assemblageartiger) Unbestimmtheit und (beharrlicher, formaler) Bestimmtheit an.

Dem Assemblage-Konzept beziehungsweise dem *assembling*-Ansatz und dem Formatgedanken folgend, verortete ich mein Forschungsfeld zum gegenwärtigen Wandel von Städtepartnerschaften an zeitweiligen Knotenpunkten und in Momenten, in denen, gemessen am bisher Dagewesenen, neue, irritierende beziehungsweise mit herkömmlichen Vorstellungen konfligierende Varianten von Städtepartnerschaften beziehungsweise von einzelnen ihrer Elemente auftraten. Hier machte sich meiner Ansicht nach der gegenwärtige Wandel von Städtepartnerschaften insbesondere fest. Ich rekonstruierte, interpretierte und analysierte entsprechende Momentaufnahmen und strukturierte entlang von dabei adressierten Prozessen, Themen und städtepartnerschaftlichen Aktivitäten auch meine Arbeit beziehungsweise deren Ergebnisse, um so auch weitergehende Aussagen über den gegenwärtigen Wandel des Formats treffen zu können. Darüber hinaus wählte ich auch bewährte Methoden wie leitfadengestützte und ethnografische Interviews, teilnehmende Beobachtung und Dokumentenanalyse zur Erforschung gegenwärtiger Städtepartnerschaften in den genannten Zusammensetzungen. Einen Vergleich führte ich nicht durch, wohl aber kontrastierte ich Eindrücke und unterschied Ergebnisse länderspezifisch, wenn unterschiedliche Ausprägungen erkennbar waren.

In dem auf meine Einleitung folgendem 2. Kapitel beschäftigte ich mich zunächst mit dem Forschungsstand zu Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung in der deutschsprachigen Literatur und aus deutscher Perspektive und mit der Frage, inwiefern diese Forschungen helfen, den gegenwärtigen Wandel von Städtepartnerschaften zu bestimmen, beziehungsweise inwiefern Wandel hier bereits thematisiert wurde. Hier konnte ich herausarbeiten, dass diese mehrheitlich politikwissenschaftlichen Arbeiten bisher überwiegend reaktiv vorgegangen sind und Veränderungen von Städtepartnerschaften mit deutscher Beteiligung dokumentiert, sie jedoch nicht weitergehend analysiert haben. Auch Arbeiten aus der britischen Geografie, in denen zwar umfangreichere Entwicklungen von Städtepartnerschaften festgestellt und diese auch in weiterreichende (auch weiterreichende wissenschaftliche) Zusammenhänge gesetzt worden sind, beließen es häufig bei einer Feststellung und gingen in ihren Betrachtungen auch nicht unbedingt über den kommunalen beziehungsweise großstädtischen und EU-europäischen Bereich hinaus. Beidem stellte ich meinen eigenen Ansatz, das offene Assemblage-Konzept beziehungsweise den *assembling*-Ansatz und den Formatgedanken gegenüber und arbeitete deren zusätzliches

Erkenntnispotenzial heraus, das ich vor allem in der Fähigkeit sah, vielfältige Verknüpfungen und Akteure und ihre auch unintendierten Verknüpfungsleistungen und Veränderungsbeiträge in den Blick zu bekommen. Mit weiteren Anleihen bei thematisch passenden Forschungsansätzen aus der politikwissenschaftlichen Stadtpolitik- und geografischen Stadtentwicklungsforschung, der Governance- und Gouvernamentalitätsforschung verschiedener Disziplinen und der kulturanthropologischen Europäisierungsforschung versuchte ich, Veränderungen von gegenwärtigen Städtepartnerschaften noch weiter bestimmbar zu machen und – umgekehrt – im Verlauf der Arbeit dann auch mit meinen eigenen Ergebnissen Anregungen und weiterführendes Erkenntnispotenzial für diese Forschungsansätze zu formulieren. Auch diese Einbeziehung weiterer hilfreicher Forschungsansätze und den daraus entstehenden Dialog zwischen den Disziplinen begriff ich wie Alexa Färber als konsequente Folge einer Anwendung des Assemblage-Konzepts (vgl. Färber 2014: 100) beziehungsweise des *assembling*-Ansatzes.

Im 3. Kapitel wandte ich mich dann der Ideen- und Entwicklungsgeschichte von Städtepartnerschaften zu und auch hier der Frage nach Veränderungen und Wandel beziehungsweise politisch initiierten Wandelsprozessen. Hierfür rekonstruierte ich auf Basis der mir zur Verfügung stehenden, überwiegend deutschsprachigen wissenschaftlichen Sekundärliteratur und (verbands-)politischen Schriften den gängigen Diskurs. Von Diskurs sprach ich auch deshalb, weil sich die Darstellungen in den unterschiedlichen Quellenarten sehr ähnelten und aufeinander verwiesen. Ich konnte feststellen, dass Städtepartnerschaften schon seit Ende des Zweiten Weltkriegs mit bestimmten und auch wechselnden politischen Vorstellungen und Zielen verknüpft wurden und Veränderungen und politische Ziele genuine Bestandteile von Städtepartnerschaften sind. Auch konnte ich rekonstruieren, dass dabei vor allen Dingen von kommunalpolitischen Verbänden bestimmte Prinzipien und Aktivitäten von Städtepartnerschaften entwickelt und immer wieder aktualisiert und aufgegriffen worden sind. Darüber hinaus arbeitete ich heraus, dass Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in ihren Selbstbeschreibungen von Städtepartnerschaften erfahrungsbasiert und ethnografieähnlich vorgegangen sind und vorgehen und dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor allem in Deutschland dazu beigetragen haben, bestimmte normative Vorstellungen von Städtepartnerschaften zu festigen. Vielfach wurden hier kommunalpolitische Deutungen fortgeschrieben und mit- und

reproduziert beziehungsweise wirkten und wirken hier Politik und Wissenschaft zusammen. In diesem Wechselspiel, so meine Schlussfolgerung daraus, wurde eine Art Leiterzählung geschaffen, die Städtepartnerschaften als funktionalistisches einstellungsveränderndes und europäisch-zusammenhaltsstiftendes Nachkriegsphänomen festschrieb und weitergab und das Format mit entsprechenden normativen Prinzipien und charakteristischen Aktivitäten etablierte. Diese Leiterzählung – auch das ist ein weiteres Ergebnis meiner Untersuchung – wurde und wird zunehmend durch eine weitere Erzählung der Europäischen Kommission ergänzt beziehungsweise von ihr auch durchkreuzt. Hier werden Städtepartnerschaften – vermittelt über ein ähnlich lautendes, aber rivalisierendes Partnerschaftskonzept und mobilisiert durch entsprechend ausgerichtete Förderprogramme – mit Governance-Prozessen in Verbindung gebracht und ein problemlösungsorientiertes, durchaus konkurrierendes Governance-Städtepartnerschaftskonzept forciert. Für den weiteren Verlauf der Arbeit, so schloss ich, gelte es zu prüfen, inwiefern entsprechende Prinzipien und Aktivitäten und Erzählungen auch in meinem Forschungsfeld auftauchen und verhandelt werden.

Während die ersten Kapitel sich eher grundlegender und allgemeiner mit dem Format Städtepartnerschaften beschäftigten, betrachtete ich, beginnend mit dem 4. Kapitel, dann mein spezifisches Forschungsfeld und die Situation des Ruhrgebiets, Polens und der Türkei im Zeitraum der Feldforschung als Teil entsprechender Assemblagen auch in Bezug auf gegenwärtige Städtepartnerschaften. Dabei kam ich zu dem Schluss, dass sowohl aus polnischer als auch aus türkischer Perspektive Fragen des Verhältnisses zu (West-)Europa beziehungsweise zur Europäischen Union und in allen drei Ländern beziehungsweise Regionen, in unterschiedlichen Gewichtungen wirtschaftliche Fragen und Herausforderungen derzeit eine große Rolle spielen. Was die Länderbeziehungen angeht, hielt ich fest, dass diese zwischen Deutschland und Polen zwar durch einen Krieg und damit verbundene Gräueltaten geprägt, aber inzwischen weitgehend normalisiert und auch zukunftsorientiert sind. Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei hingegen sind nicht durch vorausgegangene kriegerische Auseinandersetzungen gekennzeichnet, aber durch ungelöste Integrationsfragen von türkischen Migrantinnen und Migranten und deren Nachfahren sowie durch die im Zeitraum der Feldforschung beginnende aggressive türkische Innen- und Außenpolitik belastet. Darüber hinaus sind Deutschland, das Ruhrgebiet, Polen und die Türkei seit

vielen Jahren durch Migrationsbewegungen und wirtschaftliche Entwicklungen eng miteinander verbunden. Städtepartnerschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zeigten sich bis dato eher politisch, versöhnungsorientiert und institutionalisiert, die zwischen Deutschland und der Türkei eher wirtschaftlich und materiell orientiert und noch wenig etabliert. All dies, so meine Schlussfolgerung, spielte eine Rolle in gegenwärtigen Städtepartnerschaften.

Im 5., 6. und 7. Kapitel beschrieb, interpretierte und analysierte ich dann Momentaufnahmen in den gegenwärtigen ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften, in denen sich ein Wandel des Formats abzeichnete. Hierbei standen vor allen Dingen zwei spezifische Städtepartnerschaften, zwischen der Ruhrgebietsstadt Erststadt und der nordpolnischen Stadt Miasto und der Ruhrgebietsstadt Zweitstadt und der westtürkischen Stadt Şehir, aber immer wieder auch eine polnische und eine türkische Städtepartnerschaft von dem ebenso im Ruhrgebiet gelegenen Drittstadt im Zentrum. Im 5. Kapitel setzte ich mich dann, vom Feld ausgehend, mit Wandlungsprozessen und Wandlungspraktiken von Begründungen, Finanzierungsmodellen und Akteuren der genannten gegenwärtigen Städtepartnerschaften und dem entsprechenden *assembly* überwiegend kommunaler städtepartnerschaftlicher Akteure auseinander. Es zeigte sich, dass städtepartnerschaftliche Akteure von Ruhrgebietskommunen vor allen Dingen ruhrgebiets-türkische Städtepartnerschaften mit kommunalen Integrationsfragen – und damit der politikwissenschaftlichen Stadtentwicklungspolitik- und geografischen Stadtentwicklungsforschung zufolge mit einer zentralen derzeitigen kommunalen Herausforderung – verbanden und sie dabei sowohl in ihrer Bedeutung als auch in ihrer Ausrichtung veränderten. Sie setzten sie ebenso wie ihre zivilgesellschaftlichen Akteure als Governance-Partner bei der Erledigung kommunaler Aufgaben ein und wendeten sie auf die eigene Bevölkerung an. Dazu wandelten sie einstige städtepartnerschaftliche Prinzipien wie „Friedenssicherung“ und „Völkerverständigung“, hierarchisierten einzelne Bevölkerungsgruppen und veränderten auch das Verhältnis zwischen Kommune und Bürgerschaft, was ebenfalls dem politikwissenschaftlichen und geografischen Befund neuerer kommunaler Regierungsweisen entspricht. Die kommunalen städtepartnerschaftlichen Akteure der polnischen Partnerkommune verbanden mit gegenwärtigen Städtepartnerschaften eher wirtschaftliche Interessen, was teilweise auch zu Konflikten mit eher historisch orientierten Vorstellungen vor allen

Dingen im Zusammenhang mit den deutsch- beziehungsweise ruhrgebiets-polnischen Städtepartnerschaften führte. Die kommunalen Akteure der türkischen Partnerkommune wandten sie sehr direkt auf den angestrebten EU-Beitritt der Türkei hin an. Auch entlang der Finanzierung von Städtepartnerschaften zeichneten sich Veränderungen ab. In den Partnerstädten aller drei Länder erwiesen sich aus unterschiedlichen Gründen finanzielle Zusatzmittel als wesentliche Voraussetzung für die Begründung und Pflege gegenwärtiger Städtepartnerschaften. Hierbei erhielten Fördermittel der Europäischen Kommission eine gesteigerte Bedeutung, die aber eher von polnischer und von türkischer als von Ruhrgebietsseite angenommen wurden. Dennoch veränderten neue Finanzierungskonzepte städtepartnerschaftliche Arbeitspraxis in einzelnen Fällen. Sie ließen sie projektförmiger und multilateraler werden, EU-politische Themen aufgreifen oder – wie im Fall der polnischen Kommune – Städtepartnerschaften sogar hinter finanziell lukrativeren EU-Projekten zurückstehen. Und sie führten wie bei der türkischen Partnerstadt auch dazu, gegenwärtige Städtepartnerschaften insgesamt mehr auf die Einwerbung von Finanzmitteln der Europäischen Kommission, auch als Mittel für andere Zwecke, auszurichten. Auch bei zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteuren aller drei Länder ließen sich Veränderungen erkennen, zeichneten sie sich doch durch eine große Heterogenität aus und engagierten sie sich vor allen Dingen aus biografischen Gründen. Entlang der Themen dieses Kapitels zeigte sich insgesamt in dieser Zeit eine zunehmende kommunale Governance- und Innenorientierung von Städtepartnerschaften bei gleichzeitig aktualisierten und veränderten einstigen städtepartnerschaftlichen Prinzipien.

Im 6. Kapitel betrachtete ich Wandelsmomente bei Geschenkübergaben und im Rahmen von Veranstaltungen zum Austausch von Wissen und Erfahrungen und das *assembling* überwiegend zivilgesellschaftlicher städtepartnerschaftlicher Akteure. Hier stellte sich heraus, dass Geschenke nicht nur zur Pflege von guten Beziehungen wie bei der ruhrgebiets-polnischen Städtepartnerschaft oder als symbolisches Instrument in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wie bei der ruhrgebiets-türkischen, sondern übergreifend im (globalen) Standortwettbewerb von Städten eingesetzt wurden. Auch in Momenten des Wissens- und Erfahrungsaustausches ließen sich Tendenzen erkennen, gegenwärtige Städtepartnerschaften in Kosten-Nutzen-Zusammenhänge zu stellen, insbesondere bei Kommunen des Ruhrgebiets, und zur wechselseitigen Positionierung

zu nutzen, aber auch Vergleiche anzustellen und neue Handlungskonzepte daraus abzuleiten. Letzteres kam vor allen Dingen bei zivilgesellschaftlichen städtepartnerschaftlichen Akteuren der polnischen Partnerstadt vor. Daraus schloss ich – in Anlehnung an eine Formulierung von Andreas Langenohl (vgl. Langenohl 2015: 220) –, dass sich in diesen Prozessen städtepartnerschaftliche Austauschideale veränderten. Auch wurden infolge von Vergleichen alte und neue Grenzen zwischen den Akteuren gezogen. Weiter merkte ich auf Basis dieser Beobachtungen an, dass es wichtig sei, diese konkurrierenden und zum Teil auch konfligierenden Aushandlungsprozesse sowohl bei der Formulierung politischer Erwartungen an als auch bei der Erforschung von Wissenstransfer im Rahmen von Städtepartnerschaften zu berücksichtigen. Obwohl ein Wissenstransfer, wenn er stattfand, vor allen Dingen von materiellem und infrastrukturellem Wissen eher einseitig verlief, repräsentierten beteiligte Akteure entsprechende Prozesse jedoch als gegenseitig und positiv und aktualisierten damit auch wieder städtepartnerschaftliche Austauschideale. Auch hier ließ sich im Zeitraum der Feldforschung kein Verschwinden einstiger städtepartnerschaftlicher Prinzipien und Aktivitäten, sondern vielmehr eine Umwandlung, aber auch eine zunehmende Ökonomisierung und Außenorientierung von Städtepartnerschaften erkennen.

Schließlich beschäftigte ich mich im 7. Kapitel mit Wandlungsprozessen und Wandlungspraktiken von Teilnehmegründen und mit Besuchen im Rahmen von städtepartnerschaftlichen Begegnungsveranstaltungen und dem *assembling* von hier überwiegend Bürgerinnen und Bürgern. Hier konnte ich insofern Veränderungen aufzeigen, als dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer von städtepartnerschaftlichen Begegnungsveranstaltungen ihre Teilnahmegründe aus eigenen Lebensumständen ableiteten. Dabei folgten die Bürgerinnen und Bürger der Ruhrgebietsstädte sowohl persönlicher Neugier als auch Erlebnislust, Bürgerinnen und Bürger aller beteiligten Städte auch biografischen Gründen. Bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Ruhrgebietsstädte spielten überdies lebenslaufstrategische und berufliche Überlegungen eine Rolle, bei denen der polnischen Partnerstädte auch Konsumbedürfnisse und bei denen der türkischen auch reisestrategische Überlegungen. Darüber hinaus zeigte insbesondere meine eigene teilnehmende Beobachtung von städtepartnerschaftlichen Begegnungsveranstaltungen, dass sich hier im Feldforschungszeitraum auch andere Aspekte unter die Veranstaltungen mischten, wie etwa ein neues themenorientiertes

Begegnungskonzept sowie eine gezielte Tourismuswerbung, Letztere vor allem von den Akteuren der türkischen Partnerstädte vorangetrieben. Aber auch Praktiken zum Ausgleich von Wohlstandsunterschieden und unterschiedlichen Mobilitätsmöglichkeiten in der Europäischen Union auf Seiten der polnischen und türkischen städtepartnerschaftlichen Akteure konnte ich beobachten und mit Ansätzen kulturanthropologischer Europäisierungsforschung wie dem von Regina Römhild (vgl. Römhild 2000: 17) als eine eigene, ausgleichende Form (EU-)europäischer Einigung erklären. Weiterhin wurde deutlich, dass im Rahmen städtepartnerschaftlicher Begegnungsveranstaltungen nationale Zuordnungen und Zuschreibungen überwogen, aber es gab auch regionale. Wie auch Wandelsmomente in den anderen beiden Kapiteln zeigten, wurden Städtepartnerschaften beziehungsweise einzelne ihrer Elemente hier in dieser Zeit mehr auf eigene, persönliche Bedürfnisse und Anliegen hin ausgerichtet, ohne jedoch dadurch sämtliche Außenwirkung einzubüßen. Die Städtepartnerschaften wirkten so vielfach auch ausgleichend.

Als zentrale Ergebnisse dieser Arbeit kann ich vor dem Hintergrund meines theoretischen Ansatzes und meiner Forschungsfragen und in Bezug auf die hier näher betrachteten ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften mit Blick auf den genannten Feldforschungszeitraum Folgendes festhalten: In den Städtepartnerschaften *trifft derzeit eine Vielzahl von aktuellen Entwicklungen, Prozessen und Akteuren aufeinander*. Darunter sind – insbesondere im Hinblick auf die Kommunen und Städte des Ruhrgebiets – Prozesse der Stadtentwicklung, des demografischen Wandels, des Strukturwandels sowie die schwierige Finanzsituation von Kommunen. Darüber hinaus zeigen sich sowohl bei den ruhrgebiets-polnischen als auch bei den ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften Auswirkungen des (globalen) Standortwettbewerbs, wirtschaftliche Entwicklungsziele von Kommunen, Städten und Ländern, wirtschaftliche und politische (Wohlstands-)Unterschiede zwischen einzelnen Ländern und Prozesse der EU-Europäisierung. Bei den ruhrgebiets-polnischen Städtepartnerschaften zeichnen sich auch Folgen historischer Ereignisse wie Krieg und der Niedergang des Kommunismus und bei den ruhrgebiets-türkischen auch zukünftige Herausforderungen wie ein angestrebter Beitritt zur Europäischen Union ab. Diese Städtepartnerschaften stehen derzeit also im Zentrum zahlreicher aktueller transnationaler Prozesse und Entwicklungen. Weiterhin sind in den Städtepartnerschaften derzeit auch vielfältige Akteure sowohl aus den Kommunen, der

Zivilgesellschaft als auch der Bürgerschaft aktiv. Städtepartnerschaftliche Akteure aller drei Länder arbeiten diese Entwicklungen und Prozesse in die Städtepartnerschaften ein beziehungsweise bringen Städtepartnerschaften damit in Verbindung, um sie mit ihrer Hilfe zu lösen oder abzufedern. So schaffen sie gegenwärtige Städtepartnerschaften, die sich auch durch neue Themen auszeichnen.

Dabei ersetzen sie die Städtepartnerschaften jedoch nicht und schaffen sie auch nicht ab. Vielmehr *wandeln sie einstige städtepartnerschaftliche Prinzipien und Aktivitäten ab* beziehungsweise verändern deren Bedeutungen, wie beispielsweise „Friedenssicherung“, „Völkerverständigung“, einen europäisch-zusammenhaltstiftenden Grundsatz, aber auch Geschenkübergaben, Veranstaltungen zum Austausch von Wissen und Erfahrungen und Besuche und besetzen sie neu. Dies trifft vor allen Dingen auf die städtepartnerschaftlichen Akteure des Ruhrgebiets zu und zeigt wahrscheinlich die hohe Normativität des Formats in deutschen Zusammenhängen, die sich nicht so einfach abschütteln lässt. Die polnischen und türkischen städtepartnerschaftlichen Akteure handeln hier weitaus ungezwungener und direkter. Vor allen Dingen ein sehr strategisches Vorgehen der türkischen städtepartnerschaftlichen Akteure fordert die Ruhrgebietsakteure auch heraus und verursacht kleinere Konflikte. Aber auch von der polnischen Partnerstadt werden Veränderungen von Städtepartnerschaften nicht einfach hingenommen. Eine Neuausrichtung von Städtepartnerschaften muss deshalb mit Blick mindestens auf die deutsche Seite auch als ein *Formatwandel* und als ein Prozess verstanden werden, da hier eine etablierte Größe vorsichtig in eine neue Fassung überführt wird und dabei wesentliche Elemente ihrer Form – zumindest nach außen hin – auch erhalten bleiben. Diese Elemente sind also Bestandteile auch von gegenwärtigen Städtepartnerschaften.

Im Prozess des gegenwärtigen Wandels *verändern städtepartnerschaftliche Akteure aber auch die Ausrichtung von Städtepartnerschaften*. Städtepartnerschaftliche Akteure aller drei Länder und aus allen Bereichen, Kommunen, der Zivilgesellschaft und der Bürgerschaft, wenden Städtepartnerschaften zunehmend *nach innen an*, auf ihre *eigene Bevölkerung* und ihre *eigenen Themen, aktuellen Herausforderungen und Bedürfnisse*. Bei den kommunalen städtepartnerschaftlichen Akteuren des Ruhrgebiets sind dies integrationspolitische, bei denen der polnischen und türkischen Partnerkommune landespolitische und wirtschaftliche Herausforderungen. Bei den zivilgesellschaftlichen

städtepartnerschaftlichen Akteuren, insbesondere den polnischen, steht der Aufbau zivilgesellschaftlicher Institutionen im Zentrum. Bei den bürgerschaftlichen sind es auf Ruhrgebietsseite erlebnisorientierte, auf polnischer Seite bildungs- und konsumorientierte und insgesamt biografische Anliegen sowie bei den türkischen auch Fragen der Einreisestrategie und des Zugangs zur Europäischen Union. Diese gegenwärtigen Städtepartnerschaften werden damit strategischer und zweckdienlicher ausgerichtet, ohne jedoch ihre einstige Linie gänzlich zu verlassen. Sie werden nach wie vor entlang einstiger städtepartnerschaftlicher Prinzipien und Aktivitäten repräsentiert, diese nur nach innen gewendet. Aber das übergeordnete Prinzip „Partnerschaft“ beziehungsweise das Partnerschaftskonzept erfährt hierbei eine Wendung. Die gegenwärtigen Städtepartnerschaften werden zu *Partnerschaften in eigenen Angelegenheiten*. Dies drückt sich auch im Titel dieser Arbeit aus, wobei dieser Wandel in meinem Forschungsfeld alle städtischen Akteure einschließt und sich hier – zumindest von der Tendenz her – nicht zwischen einem kommunalen und bürgerschaftlichen Vorgehen unterscheiden, sondern eher von einem insgesamten Zeitgeist sprechen lässt. Trotz einer verstärkten Innenwendung haben die hier betrachteten gegenwärtigen Städtepartnerschaften auch Außenwirkungen. Sie stiften nach wie vor staatsgrenzenübergreifende Verbindungen, die aber entlang von ähnlichen Themen funktionieren und so potenziell auch über Europa hinausweisen.

Im Zuge des gegenwärtigen Wandels *verändern diese Städtepartnerschaften auch ihre Form*. In den hier betrachteten Fällen kommt es auch zu Projektarbeit und multilateraler Zusammenarbeit, vor allen Dingen im Rahmen des Kulturhauptstadtprojekts „TWINS2010“. Es könnte sein, dass hier eine EU-europäische Erzählung wirksam wird. Allerdings werden auch bei dieser vielleicht neuen Art der Zusammenarbeit bevorzugt eigene Themen verwendet und einstige städtepartnerschaftliche Prinzipien und Aktivitäten aktualisiert und neu interpretiert, sodass davon auszugehen ist, dass – anders als in anderen Forschungen beobachtet – in meinem Forschungsfeld eine EU-Europäisierung von Städtepartnerschaften derzeit eher zurückhaltend ist. Etwas anders sieht es bei der polnischen und der türkischen Partnerstadt aus. Hier werden Fördermittel der Europäischen Kommission und EU-Themen verstärkt aufgegriffen. In keinem Fall jedoch, auch das zeigen die Beispiele in dieser Arbeit deutlich, lassen sich gegenwärtige Städtepartnerschaften und ihr Wandel alleine auf Europa oder die EU

reduzieren. Sie sind beziehungsweise werden vielmehr mit *Entwicklungen und Prozessen in der ganzen Welt* verwoben.

Bei dem gegenwärtigen Wandel von Städtepartnerschaften zeigen sich *unterschiedliche Effekte*. Wandlungspraktiken kommunaler städtepartnerschaftlicher Akteure vor allen Dingen des Ruhrgebiets rufen auch unbeabsichtigte soziokulturelle Folgen hervor wie Konflikte um die zukünftige Ausrichtung von Städtepartnerschaften oder eine Hierarchisierung von Bevölkerungsgruppen. Bei den zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Akteuren der polnischen und türkischen Partnerstädte haben Wandlungspraktiken auch kompensatorische Wirkungen. Vor allen Dingen die Aneignung städtepartnerschaftlicher Errungenschaften und Beziehungen zur Erleichterung von Einreisen in die Europäische Union ist in dieser Hinsicht sehr wirkungsvoll. Hier zeigt sich auch eine Form europäischer Bürgerinnen und Bürger, die sich durch (implizites) Wissen um die vielfältigen Möglichkeiten Europas und der Europäischen Union auszeichnen und das auch anwenden können. Sie verschaffen sich damit Zugänge zur Europäischen Union, leben diese und gestalten diese durch ihre Alltagspraxis (unbewusst) auch mit.

Insgesamt zeigt diese Arbeit: Ein historisch über lange Jahre gewachsenes und durch intensive Diskurse gestütztes und etabliertes Format wie Städtepartnerschaften lässt sich nicht ohne Weiteres beliebig verändern, sondern wird eher langsam abgewandelt. Weiter dominieren politische Akteure von Kommunen, Verbänden und auch der Europäischen Kommission nach wie vor, wenn auch zum Teil unterschiedlich, den öffentlichen Diskurs darüber, wie Städtepartnerschaften derzeit funktionieren (sollen) und aufzustellen sind. Zivilgesellschaftliche und bürgerschaftliche Akteure leben Städtepartnerschaften jedoch und integrieren sie zum Teil sehr effektiv in ihr Alltagsleben und entwickeln eigene neue Varianten davon. Das macht sie ebenfalls zu Akteuren von Städtepartnerschaften und deren gegenwärtigen Wandels und lässt sie nicht auf die Rolle einer „Zielgruppe“ reduzieren. Dabei entwickeln sie auch eine Form von europäischer Einigung, die ausgleichend wirkt und auch über die Europäische Union hinausweist. Insgesamt stellen sich die ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften in meinem Feld etwas aktiver dar. In allen Fällen sind die hier beschriebenen Neuerungen nur als vorübergehende Ausprägungen zu betrachten. Es sind Momentaufnahmen gegenwärtiger Städtepartnerschaften in einer bestimmten

historischen Konstellation, hier dem Zeitraum zwischen 2007 und 2012, die sich aber auch weiter verändern können, wenn neue Entwicklungen, Prozesse oder Akteure hinzukommen. Dies betrifft auch das Partnerschaftskonzept, das sich durch die Entwicklungsgeschichte von Städtepartnerschaften auch stets immer wieder verändert hat beziehungsweise verändert wurde. Weiter sind die Ergebnisse dieser Arbeit auch als Spezifik kleinerer Städte, europäischer Städte und in der Regel bilateraler Städtepartnerschaften zu verstehen. Forschungen zu Großstädten, zu Städtepartnerschaften mit außereuropäischen Partnern oder zu sogenannten Ringpartnerschaften liefern möglicherweise andere Ergebnisse.

Für die Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie ist diese Arbeit nicht nur aus empirisch-ethnografischer Sicht, was das Format Städtepartnerschaften beziehungsweise – etwas abstrakter ausgedrückt – die Grenzen und Möglichkeiten der Instrumentalisierungsfähigkeit eines historisch etablierten Formats angeht, sondern auch in theoretischer Hinsicht interessant. Das Assemblage-Konzept leistet in eher unübersichtlichen und aktuellen Feldern wie diesem eine wirkungsvolle Hilfe, um genau diese Vielseitigkeit und zum Teil auch überraschende Beziehungen und Kräfteverhältnisse einfangen und entschlüsseln zu können, ohne sie jedoch festzuschreiben. Es ist hierbei vor allen Dingen als theoretisch-konzeptionelles Hilfswerkzeug stark, um entsprechende Felder greifen und auf dieser Basis weitere, auch theoretische Schlussfolgerungen abzuleiten zu können. In diesem Sinne will ich mit dieser Arbeit auch dafür plädieren, das Assemblage-Konzept weder über- noch unterzubewerten, es weder für absolut zu erklären, noch es als obsolet zu betrachten, sondern es hinsichtlich seiner konzeptionellen Stärken, die es zweifelsohne hat, einzusetzen. Im hier betrachteten Feld hilft es jedenfalls, neben einer näheren Bestimmung und Erfassung des gegenwärtigen Wandels von Städtepartnerschaften auch Folgen und Wirkungen aufzuzeigen, die weit über das eigentliche Forschungsfeld hinausweisen. Hier zeigt sich auch, dass Assemblagen auch Effekte in anderen als den eigentlich betrachteten Zusammenhängen hervorrufen können. Oder es wird deutlich, dass eine analytische Trennung zwischen Europäisierung und Globalisierung bei einer Betrachtung komplexer aktueller Phänomene eigentlich nicht hilfreich ist. Zwar lassen sich damit Blickwinkel und Perspektiven schärfen, der Alltagspraxis und der Ausdehnung des Feldes wird dies jedoch nicht immer gerecht. Deshalb sollte dies auch zusammen analysiert werden – unter Berücksichtigung aller entsprechenden

Besonderheiten. Hierbei lässt sich auch festhalten, dass sich Assemblagen in europäischen beziehungsweise EU-europäischen Zusammenhängen immer auch durch die Besonderheit der Geschichte und EU-europäischer Grenzpolitik auszeichnen, wie dies in ähnlicher Art und Weise bereits Alisdair Rogers formuliert hat (vgl. Rogers 2000: 15), und ergänzend dazu auch durch Prozesse einer wirtschaftlichen Globalisierung. So sollte hier auch von euro-globalen Assemblagen gesprochen und diese stets in ihrer Spezifik bestimmt werden.

Mit dem *assembling*-Ansatz, den ich mit dieser Arbeit auch stark machen und weiterempfehlen möchte und in dem ich auch den zentralen theoretischen Beitrag dieser Arbeit sehe, hat sich darüber hinaus auch zeigen lassen, dass sich Assemblagen, dass sich (neue) kulturelle Zusammenhänge nicht einfach nur „zufällig“ ereignen, sondern (soziale) Akteure nach wie vor einen wesentlichen Anteil daran haben. Mit diesem Forschungsansatz kann nicht nur ein neuer Zustand oder ein neues Zwischenergebnis eines Phänomens festgestellt, sondern der entsprechende Herstellungsprozess näher betrachtet werden. Er verschiebt den Fokus vom *momentanen Zustand* auf das *momentane Zustandekommen*, vom *Wandel* auf das *Wandeln*. Damit betont er auch eine Prozesshaftigkeit und Ergebnisoffenheit von Wandelsprozessen. Sein analytischer Mehrwert gegenüber dem Assemblage-Konzept liegt aber vor allen Dingen im Aufdecken von Akteurspraktiken und Gestaltungsvarianten und darin, Aktion gegenüber Reaktion hervorzuheben oder zumindest nicht aus dem Blick zu verlieren. In der akteurszentrierten praxisorientierten Erweiterung des Assemblage-Konzepts sehe ich damit folglich weiterführendes kritisches und analytisches Potenzial, weil das Assemblage-Konzept so, wie auch in Bezug auf seine Verwendung als theoretisch-konzeptionelles Hilfswerkzeug bereits indirekt angedeutet, davor bewahrt wird, sich zu einem automatisch angenommenen, (erneut) starren und externen Kulturkonzept zu entwickeln. Der *assembling*-Ansatz betont damit also auch die Veränderlichkeit von Zuständen, aber auch ihre Veränderbarkeit und damit auch die Handlungsfähigkeit von sozialen Akteuren in sich „ereignenden Formen“ (Rees/Caduff 2004: 25). Hier öffnet er den Blick auf Co-Konstruktion und Handlungsmacht – bei aller Sensibilität für die Eigenproduktivität und Zeitweiligkeit der Ereignisse. Bei beidem, der hier verwendeten Form des Assemblage-Konzepts und seiner hier vorgenommenen Erweiterung durch den *assembling*-Ansatz handelt es sich um eine spezifisch kulturanthropologische Zuspitzung und Anwendung.

Ohne die entsprechenden Forschungsansätze oder Perspektiven in Bezug auf das hier gewählte Forschungsfeld überbetonen zu wollen, gibt diese Arbeit auch wertvolle Anregungen für die kulturanthropologische Europäisierungs- und die Governance-beziehungsweise Policy-Forschung verschiedener Disziplinen. So zeigt die Betrachtung gegenwärtiger Städtepartnerschaften, insbesondere solcher, die sich zwischen Städten und Gemeinden eines EU-Mitgliedstaats und eines Nicht-EU-Mitgliedstaats bewegen, dass sich Europäisierung, sogar EU-Europäisierung, auch in Momenten ereignen kann, in denen sie nicht per se intendiert ist. Ähnlich lässt sich dies für politische Prozesse formulieren. Die empirisch-ethnografische Erforschung gegenwärtiger Städtepartnerschaften macht deutlich, dass auch Akteure, die sich nicht zwangsläufig als politisch begreifen oder bewusst an politischen Prozessen etwa in ihrer Stadt, Gemeinde oder Kommune partizipieren, Teile davon werden und dazu beitragen können. Vielleicht lässt dies – umgekehrt – aber auch einen Schluss im Hinblick auf den Charakter entsprechender Prozesse zu. Diese gestalten sich in vielerlei Hinsicht allumfassend und vielschichtig.

Für Städtepartnerschaften selbst bietet diese kulturanthropologische Studie Einblicke in die komplexen Zusammenhänge, Akteurslandschaften und Kräfteverhältnisse, die Städtepartnerschaften, nicht nur in Deutschland derzeit ausmachen. Dabei ist sie mehr als eine Bilanz derzeitiger Entwicklungen. Sie arbeitet auch analytisch wesentliche und kulturelle Besonderheiten des Formats und seines (gegenwärtigen) Wandels heraus – wie Städtepartnerschaften gegenwartsfähig gemacht werden – ebenso wie intendierte und nicht-intendierte Folgen entsprechender Veränderungen und die Nicht-Begrenzbarkeit von Städtepartnerschaften auf einen europäischen Raum. Eine empirisch-ethnografische Studie ist in der Lage, Zwischentöne aufzunehmen und pauschale Rückschlüsse und Bewertungen zu vermeiden, etwa dass Städtepartnerschaften derzeit ersetzt würden. Damit ist sie auch für die städtepartnerschaftliche Arbeitspraxis interessant, können diese Ergebnisse in der praktischen Arbeit doch reflektiert und berücksichtigt werden. Eine „Best Practice“ aufzeigen oder ein „Erfolgsrezept“ für eine zukünftige Ausrichtung von Städtepartnerschaften geben – das kann und möchte ich mit dieser Arbeit nicht. Wohl aber lässt sich angesichts der hier erarbeiteten Ergebnisse aussagen, dass Neuausrichtungen von Städtepartnerschaften in Deutschland wahrscheinlich umso erfolgreicher und akzeptierter sind, je näher sie entlang einstiger

städtepartnerschaftlicher Prinzipien operieren und je mehr sie vermögen, auch zivilgesellschaftliche Akteure und Bürgerinnen und Bürger als Akteure und Sinnstifter und deren aktuelle Herausforderungen und Interessen mit einzubinden – also, je besser sie Verbindungen zwischen Etabliertem und Neuem herstellen können.

Was den Stand der Forschung zu Städtepartnerschaften angeht, leistet diese kulturanthropologische Arbeit einen Beitrag dazu, den Blick auf das Format und seine kulturellen Besonderheiten und Kontinuitäten zu weiten und vor allen Dingen die Vielfalt und Vielschichtigkeit städtepartnerschaftlicher Akteure und Themen jenseits der kommunal- und verbandspolitischen Agenden zu berücksichtigen. Auch ist sie als unbedingtes Plädoyer zu verstehen, disziplinenübergreifend und am besten (mit entsprechenden Sprachfähigkeiten) auch staatsgrenzenübergreifend zu agieren, um die deutsche doch sehr normative Perspektive auf das Format zu überwinden. Eine weitergehende Auseinandersetzung und eine Gegenüberstellung des *assembling* städtepartnerschaftlicher Akteure unterschiedlicher Länder wären eine elegante, nicht wertende Möglichkeit, daran Kritik zu üben oder darüber zu reflektieren. In dieser Hinsicht plädiere ich auch sehr dafür, in Zukunft verstärkt regional und vergleichend arbeitende Studien auf die städtepartnerschaftliche Forschungsagenda zu setzen und ebenso vermehrt wissenschaftliche Literatur aus anderen Ländern zum Thema zu rezipieren. Auch ist es sicher interessant, sich häufiger neueren, ungewöhnlicheren und außereuropäischen Länderkombinationen zuzuwenden.

9. Nachwort

Die Daten, die zu den Ergebnissen der hier vorliegenden Arbeit führten, sind im Zusammenhang mit ruhrgebiets-polnischen und ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften in einem Zeitraum zwischen 2007 und 2012 mittels einer empirisch-ethnografischen Feldforschung erhoben worden. Sie entstammen einem spezifischen und – trotz drastischer Ereignisse wie der globalen Finanzkrise, des schweren Unfalls im japanischen Atomkraftwerk Fukushima und der Erschießung Osama bin Ladens in dieser Zeit – weitgehend friedlichen und von Kooperationsbereitschaft geprägten Zeitraum Europas und der Welt und sind auch so einzuordnen.

Seit dem Ende der Feldforschung und dem Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Arbeit hat sich in vergleichsweise kurzer Zeit vor allen Dingen die Situation Polens und der Türkei erheblich verändert, was in dieser Form im Zeitraum der Feldforschung nicht vorhersehbar war. In Bezug auf Polen führte ein politischer Machtwechsel im Jahr 2015 zu einer ultrakonservativen Regierung mit sehr autoritären und nationalistischen Tendenzen. Eine verstärkte Mediensenur, Versuche, das Gerichtswesen des Landes zu kontrollieren, politisch motivierte Personalkündigungen und eine immer wieder demonstrierte anti-EU-europäische und auch anti-deutsche Haltung sind Folgen davon und spalten auch die polnische Bevölkerung. Was die Türkei angeht, so entwickelt sich die Regierung Erdoğan, der im Zeitraum meiner Feldforschung noch ein integratives Potenzial für das Land und für Europa zugeschrieben wurde, zunehmend zu einem präsidentialen Regime. Erdoğan strebt nicht nur an, die vollständige Kontrolle über die nationale Medienlandschaft zu erlangen, sondern wendet sich mit Demonstrationsverboten, Massenverhaftungen von und Berufsverboten für politische Gegnerinnen und Gegner sowie mit der erfolgreichen Durchführung eines Verfassungsreferendums im Sommer 2017, durch das sein Einflussbereich immer größer wird, auch gewaltsam gegen die eigene Bevölkerung. Auch eine zunehmende anti-deutsche und anti-EU-europäische Rhetorik seitens der türkischen Regierung sind vernehmbar. Zudem hat sich die wirtschaftliche Situation beider Länder seit meiner

Feldforschung verändert. Was Polen angeht, bleibt die Wirtschaft bislang stabil. Die türkische Ökonomie leidet derzeit jedoch unter einem Einbruch der Touristenzahlen. Ein Beitritt zur Europäischen Union scheint, auch aufgrund des außenpolitischen Gebarens der türkischen Regierung, weiter entfernt denn je. Das EU-Parlament plädiert angesichts des drohenden Präsidialsystems derzeit sogar für eine Aussetzung der Beitrittsgespräche mit der Türkei. Würde meine Feldforschung im Jahr 2017 stattfinden, käme sie mit großer Wahrscheinlichkeit auch zu anderen Ergebnissen.

Erste Veränderungen bei deutsch- beziehungsweise ruhrgebiets-polnischen und vor allen Dingen deutsch- beziehungsweise ruhrgebiets-türkischen Städtepartnerschaften lassen sich bereits wahrnehmen: Zeitungsberichten zufolge gestalten sich Austauschaktivitäten und Kontaktaufnahmen derzeit schwierig. Einige dieser Städtepartnerschaften ruhen derzeit wegen der heiklen politischen Situation. Im März 2017 lud die deutsche Sektion des RGRV Vertreterinnen und Vertreter von deutschen Kommunen mit türkischen Partnerstädten zu einem Krisentreffen ein, um sich über aktuelle Entwicklungen, Konsequenzen für die Städtepartnerschaften und mögliche Umgangsweisen auszutauschen. Im April veröffentlichte der Verband eine Erklärung, in der er seine große Sorge um eine gefährdete Selbstbestimmtheit türkischer Kommunen zum Ausdruck brachte. Dies wirft zahlreiche neue Fragen auf, mit denen sich weitere Forschungen zu deutsch-polnischen und deutsch-türkischen Städtepartnerschaften beschäftigen könnten.

Nach meinen Beobachtungen, dass einstige städtepartnerschaftliche Prinzipien und Aktivitäten nicht etwa ersetzt, sondern aktualisiert und abgewandelt werden, äußere ich vor diesem Hintergrund folgende Vermutung: Das einstige europäisch-zusammenhaltstiftende Prinzip könnte in diesem Zusammenhang – vor allem vor dem Hintergrund entsprechender nationalistischer Alleingänge – eine neue Bedeutung erhalten. Es könnte gegenüber pragmatischen Formen der städtepartnerschaftlichen Zusammenarbeit wieder viel stärker akzentuiert und vorangetrieben werden, als das in meinem Feldforschungszeitraum der Fall war. In jedem Fall möchte ich für eine Fortsetzung der Erforschung gegenwärtiger Städtepartnerschaften auch und gerade mit Städten und Gemeinden in krisenhaften, sich renationalisierenden Ländern plädieren.

10. Literaturverzeichnis

Abélès, Marc (2000): „Virtual Europe“. In: Irène Bellier/Thomas M. Wilson (Hg.), *An Anthropology of the European Union. Building, Imagining and Experiencing the New Europe*, Oxford et al.: Berg Publishers, 31-52.

Adam, Jens/Vonderau, Asta (2014): „Formationen des Politischen. Überlegungen zu einer Anthropologie politischer Felder“. In: Dies. (Hg.), *Formationen des Politischen. Anthropologie politischer Felder*, Bielefeld: transcript Verlag, 7-32.

Aksoy, Metin (2012): „Das Verhältnis der Türkei zur Europäischen Union und die Haltung Deutschlands“. In: Claus Schöning/Ramazan Çalık/Hatice Bayraktar (Hg.), *Türkisch-deutsche Beziehungen. Perspektiven aus Vergangenheit und Gegenwart*, Berlin: Klaus Schwarz Verlag, 374-403.

Ambrosius, Gerold (2001): „Kommunale Selbstverwaltung im Zeichen des Subsidiaritätsprinzips in Europa“. In: Helmut Brede (Hg.), *Wettbewerb in Europa und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben*, Baden-Baden: Nomos Verlag, 55-64.

Andersen, Uwe/Fischer, Sigmar/Kuschke, Wolfram/Pfundheller, Kai/Woyke, Wichard (2010): *Von Städtepartnerschaften zu kommunalen Netzwerken – Kommunale Vernetzung als Motor bürgerschaftlichen Engagements in der europäischen Öffentlichkeit. Abschlussbericht eines Projekts (Juni 2010)*, Dortmund: Auslandsgesellschaft Deutschland e.V.

Anthropology Department UC Berkeley Online (2017): „Assemblage: Concept & Configuration“. <http://anthropology.berkeley.edu/courses/assemblage-concept-configuration>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Appadurai, Arjun (1996): „Here and Now“. In: Ders., *Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization*, Minneapolis: University of Minnesota Press, 1-23.

Appadurai, Arjun (1991): „Global Ethnoscapes: Notes and Queries for a Transnational Anthropology“. In: Richard G. Fox (Hg.), *Recapturing Anthropology. Working in the Present*, Santa Fe: School of American Research Press, 191-210.

Ausschuss für das „Europa der Bürger“ (1985): „Bericht des Ausschusses für das ‚Europa der Bürger‘ an den Europäischen Rat von Mailand (Mailand, 28.-29. Juni 1985)“. Bulletin der Europäischen Gemeinschaften n° Beilage 7/85.

Auswärtiges Amt (1988): „Merkblatt. Städteverbindungen zwischen Kommunen der Bundesrepublik Deutschland und Kommunen in der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten“. In: Paul von Kodolitsch (1989) (Hg.), *Kommunale „Außenpolitik“*. Zur Auslandsarbeit der Gemeinden und zu den innerdeutschen Städtepartnerschaften, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik, 177-181.

Auswärtiges Amt Online (2017a): „Schengener Übereinkommen“.

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/EinreiseUndAufenthalt/03_Visabestimmungen/Schengen_node.html, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Auswärtiges Amt Online (2017b): „Übersicht zur Visumpflicht bzw. -freiheit bei

Einreise in die Bundesrepublik Deutschland“. http://www.auswaertiges-amt.de/DE/EinreiseUndAufenthalt/03_Visabestimmungen/StaatenlisteVisumpflicht.htm?nn=350374, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Auswärtiges Amt Online (2017c): „Beziehungen zu Deutschland“.

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Polen/Bilateral_node.html#doc331962bodyText2, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Auswärtiges Amt Online (2017d): „Beziehungen zu Deutschland“.

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Bilateral_node.html#doc336370bodyText3, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Auswärtiges Amt Online (2017e): „Visabestimmungen“.

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/EinreiseUndAufenthalt/03_Visabestimmungen/Visabestimmungen_node.html#doc350344bodyText2, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Bache, Ian/Flinders, Matthew V. (2004): “Themes and Issues in Multi-level Governance”. In: Dies. (Hg.), *Multi-level Governance*, Oxford: Oxford University Press, 1-11.

Bacia, Horst (2012): „Ausgang ungewiss – die Verhandlungen über einen Beitritt zur EU“. In: Udo Steinbach (Hg.), *Länderbericht Türkei*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 431-463.

Bacic, Valerija (2001): *Leistungen und Grenzen von Städtepartnerschaften zwischen West- und Mitteleuropa. Eine Fallstudie am Beispiel Frankfurt-Krakau*, Frankfurt a. M.: Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main [unveröffentlichte Diplomarbeit].

Bader, Katarina/Buras, Piotr/Lottermann, Annina (2012): „Die Zukunft der jungen ArbeitnehmerInnen sichern – Arbeitnehmerfreizügigkeit weiter ausgestalten“. In: Annina Lottermann (Hg.), *NRW und Polen im Dialog. Perspektiven und Anregungen für eine zukünftige Zusammenarbeit*, Essen: Kulturwissenschaftliches Institut Essen, 26-31.

Baldersheim, Harald/Bucek, Jan/Swianiewicz, Pawel (2002): “Mayors Learning across Borders: The International Networks of Municipalities in East-Central Europe”. *Regional & Federal Studies* 12/2002/2, 126-137.

Baltsch, Barbara (2002): „Vom Austausch zur vertieften Zusammenarbeit“. *Europa kommunal* 4/2002, 123-125.

Baltsch, Barbara (2000): „Partnerschaften sind notwendiger denn je“. Europa kommunal 1/2000, 8-10.

Baltsch, Barbara (1997): „Partnerstädte in Not“. Europa kommunal 5/1997, 251.

Bareth, Jean (1953): Die Gemeinde und Europa. Städteverbrüderungen und interkommunale Begegnungen, Genf: o.V.

Barry, Andrew (2002): “In the Middle of the Network”. In: John Law/Annemarie Mol (Hg.), Complexities. Social Studies of Knowledge Practices, Durham/London: Duke University Press, 142-165.

Bausinger, Hermann (1969): „Ortspartnerschaft. Organisierte kommunale Kontakte und ihre Auswirkungen auf das Volksleben“. In: Wolfgang Jacobeit/Paul Nedo (Hg.), Probleme und Methoden volkskundlicher Gegenwartsforschung. Vorträge und Diskussionen einer internationalen Arbeitstagung in Bad Saarow 1967, Berlin: Akademie Verlag, 75-92.

Bautz, Ingo (2002): Die Auslandsbeziehungen der deutschen Kommunen im Rahmen der europäischen Kommunalbewegung in den 1950er und 60er Jahren, Siegen: Fachbereich 1, Universität Siegen. Als elektronisches Dokument unter: <http://www.ub.uni-siegen.de/pub/diss/fb1/2002/bautz/bautz.pdf>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

BBSR Online (2017): „Laufende Stadtbeobachtung – Raumabgrenzungen“. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp_node.html, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Beck, Stefan/Wittel, Andreas (2000): „Forschung ohne Feld und doppelten Boden. Anmerkungen zur Ethnographie von Handlungsnetzwerken“. In: Irene Götz/Andreas Wittel (Hg.), Arbeitskulturen im Umbruch. Zur Ethnographie von Arbeit und Organisation, Münster et al.: Waxmann Verlag, 213-225.

Becker, Martina E. (2014): Begegnung – Erkundung – Erlebnis. Der deutsch-polnische Schüleraustausch als Erfahrungsfeld von Lehrkräften, Münster: Fachbereich 08 Geschichte/Philosophie, Westfälische Wilhelms-Universität Münster [unveröffentlichte Dissertation, Druck in Vorbereitung].

Becker, Martina E. (2009): „Die Rolle von Lehrkräften im Rahmen kommunaler Partnerschaften am Beispiel deutsch-polnischer Schulpartnerschaften“. In: Hans-Werner Retterath (Hg.), Kommunale Partnerschaften zwischen West und Ost, Freiburg: Johannes-Künzig-Institut, 127-147.

Bellier, Irène/Wilson, Thomas M. (2000): “Building, Imagining and Experiencing Europe: Institutions and Identities in the European Union”. In: Dies. (Hg.), An Anthropology of the European Union. Building, Imagining and Experiencing the New Europe, Oxford et al.: Berg Publishers, 1-27.

Benz, Arthur (2010): „Multilevel Governance – Governance in Mehrebenensystemen“. In: Ders./Nicolai Dose (Hg.), Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 111-135.

Benz, Arthur (2006): „Governance in Mehrebenensystemen“. In: Gunnar Folke Schuppert (Hg.), Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklung, Baden-Baden: Nomos Verlag, 95-120.

Benz, Arthur (2004): „Einleitung: Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?“. In: Ders. (Hg.), Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 11-28.

Benz, Arthur/Dose, Nicolai (2010a): „Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?“. In: Dies. (Hg.), Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13-36.

Benz, Arthur/Dose, Nicolai (2010b): „Von der Governance-Analyse zur Policytheorie“. In: Dies. (Hg.), Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 251-276.

Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (2007): „Einleitung“. In: Dies. (Hg.), Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9-25.

Berg, Aloys (1990): Polen und Türken im Ruhrkohlenbergbau. Ein Vergleich zweier Wandlungsvorgänge mit einer Fallstudie über „Türken im Ruhrgebiet“, Bochum: Fakultät für Sozialwissenschaften, Ruhr-Universität Bochum [unveröffentlichte Dissertation].

Bewerbungsbüro Kulturhauptstadt Europas 2010 (2006): Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel. Bewerbung „Essen für das Ruhrgebiet – Kulturhauptstadt Europas 2010“. Kurzfassung Dezember 2005, Essen: Bewerbungsbüro Kulturhauptstadt Europas 2010.

Bewerbungsbüro Kulturhauptstadt Europas 2010 (2003): Ruhrgebiet Kulturhauptstadt Europas 2010. Skizzen und Ideen zur Bewerbung, Essen: Bewerbungsbüro Kulturhauptstadt Europas 2010.

Bingen, Dieter (2011): „Einübung in erwachsene Partnerschaft. Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen“. In: Ders./Peter O. Loew/Krzysztof Ruchniewicz/Marek Zybura (Hg.), Erwachsene Nachbarschaft. Die deutsch-polnischen Beziehungen 1991-2011, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 29-50.

Bingen, Dieter (2009): „Polen im Zweiten Weltkrieg“. In: Ders./Krzysztof Ruchniewicz (Hg.), Länderbericht Polen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 70-77.

Bingen, Dieter/Ruchniewicz, Krzysztof (2009a): „Einleitung“. In: Dies. (Hg.), Länderbericht Polen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 11-14.

Bingen, Dieter/Ruchniewicz, Krzysztof (2009b): „Geschichtlicher Überblick“. In: Dies. (Hg.), Länderbericht Polen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 15-16.

Bingen, Dieter/Ruchniewicz, Krzysztof (2009c): „Deutschland und Polen“. In: Dies. (Hg.), Länderbericht Polen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 649-673.

Blotevogel, Hans Heinrich (2001): „Industrielle Kulturlandschaft im Ruhrgebiet. Die Geschichte einer schwierigen Annäherung“. Institut für Geografie Diskussionspapier 3/2001. Als elektronisches Dokument unter: <http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-5199/blotevogel3.pdf>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Blumenwitz, Dieter (1980): Die deutsch-polnischen Städtepartnerschaftsabkommen im Lichte des Staats- und Verfassungsrechts, Bonn: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen.

Bock, Hans Manfred (1994): „Europa von unten. Zu den Ursprüngen und Anfängen der deutsch-französischen Gemeindepartnerschaften“. In: Annette Jünemann/Emanuel Richter/Hartmut Ullrich (Hg.), Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas, Frankfurt a. M. et al.: Peter Lang Verlag, 13-35.

Börzel, Tanja (2009): „Informelle Politik in Europa. Regieren in oder durch Netzwerke?“. In: Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Brigitte Leucht (Hg.), Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem. Von 1945 bis zur Gegenwart, Wien et al.: Böhlau Verlag, 27-38.

Börzel, Tanja (2006): „European Governance – nicht neu, aber anders“. In: Gunnar Folke Schuppert (Hg.), Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklung, Baden-Baden: Nomos Verlag, 72-94.

Bogumil, Jörg/Heinze, Rolf G./Lehner, Franz/Strohmeier, Klaus Peter (2012): Viel erreicht – wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet, Essen: Klartext Verlag.

Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (2006): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Boie, Jenni/Davidovic-Walther, Antonia/Drieschner, Carsten/Fenske, Michaela/Götttsch, Silke/Imeri, Sabine/Kaschuba, Wolfgang/Keller-Drescher, Lioba/Schneider, Franka (2009): „Volkskundliches Wissen und gesellschaftlicher Wissenstransfer: zur Produktion kultureller Wissensformate im 20. Jahrhundert (DFG-Forschungsverbund)“. In: Michael Simon/Thomas Hengartner/Timo Heimerdinger/Anne-Christin Lux (Hg.), Bilder. Bücher. Bytes. Zur Medialität des Alltags, Münster et al.: Waxmann Verlag, 183-199.

Boissevain, Jeremy (1975): “Introduction: Towards a Social Anthropology of Europe”. In: Ders./John Friedl (Hg.), Beyond the community: Social process in Europe, The Hague: Department of Educational Science of the Netherlands, 9-17.

Borneman, John/Fowler, Nick (1997): “Europeanization”. Annual Review of Anthropology 26/1997, 487-514.

Brundert, Willi (1970): „Die politische Bedeutung von Städtepartnerschaften“. Der Städtetag 2/1970, 60-61.

Bruno, Isabelle/Jacquot, Sophie/Mandin, Lou (2006): “Europeanization through its instrumentation: benchmarking, mainstreaming and the open method of co-ordination...toolbox or Pandora’s box?” *Journal of European Public Policy* 13/2006/4, 519-536.

Burawoy, Michael (2000): “Introduction. Reaching for the Global”. In: Ders./Joseph A. Blum/Sheba George/Zsuzsa Gille/Teresa Gowan/Lynne Haney/Maren Klawiter/Steven H. Lopez/Seán Ó Riain/Millie Thayer (Hg.), *Global Ethnography. Forces, Connections, and Imaginations in a Postmodern World*, Berkeley et al.: University of California Press, 1-40.

Burgmer, Inge Maria (1989): „Zur Einführung“. In: Dies., *Städtepartnerschaften als neues Element der innerdeutschen Beziehungen*, Bonn: Europa-Union-Verlag, 1-11.

CCRE/CEMR (2011a): WHITE PAPER. For an active European citizenship, Brüssel/Paris: CCRE/CEMR.

CCRE/CEMR (2011b): Citizens of Europe! European Congress on Citizenship and Twinning, Rybnik, 29 Sept. – 1. Oct. 2011, Final Declaration, Rybnik: CCRE/CEMR.

CCRE/CEMR (2007): Twinning for Tomorrow’s World. Practical Handbook, Brüssel/Paris: CCRE/CEMR.

CCRE/CEMR Online (2017a): <http://www.ccre.org/en>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

CCRE/CEMR Online (2017b): „Ein kurzer Überblick“. <http://www.twinning.org/de/page/ein-kurzer-%C3%9Cberblick#.VaYau7UjyvA>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Christmann, Gabriela/Mahnken, Gerhard/Apelt, Andreas H. (2010): „Deutsch-deutsche Partnerschaften. Städte, Landkreise und Gemeinden als Gestalter der deutschen Einheit. Studie des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer“. In: Freie Hansestadt Bremen (Hg.), *Im Blick: Deutsch-deutsche Städtepartnerschaften. Der Beitrag der Kommunen im Einheitsprozess*, Bremen: Edition Temmen, 65-79.

Clarke, Nick (2012): “Actually Existing Comparative Urbanism: Imitation and Cosmopolitanism in North-south Interurban Partnerships”. *Urban Geography* 33/2012/6, 796-815.

Clarke, Nick (2011): “Globalising care? Town twinning in Britain since 1945”. *Geoforum* 42/2011/1, 115-125.

Clarke, Nick (2010): “Town twinning in Cold-War Britain: (Dis)continuities in twentieth-century municipal internationalism”. *Contemporary British History* 24/2010/2, 173-191.

Clarke, Nick (2009): “In what sense ‘spaces of neoliberalism’? The new localism, the new politics of scale, and town twinning”. *Political Geography* 28/2009/8, 496-507.

Clifford, James/Marcus, Georg E. (Hg.) (1986): Writing Culture. The Poetics and Politics of Ethnography, Berkeley et al.: University of California Press.

COE, Parlamentarische Versammlung (o.J.): Europapreis. Vier europäische Auszeichnungen für Städte und Gemeinden, o.O.: Parlamentarische Versammlung COE.

COE Online (2017): <http://www.coe.int>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Coleman, Simon/Collins, Peter (2006): "Introduction: 'Being...Where?' Performing Fields on Shifting Grounds". In: Dies. (Hg.), Locating the Field. Space, Place and Context in Anthropology, Oxford et al.: Berg Publishers, 1-21.

Collier, Stephen J./Ong, Aihwa (2005): "Global Assemblages, Anthropological Problems". In: Dies. (Hg.), Global Assemblages. Technology, Politics, and Ethics as Anthropological Problems, Malden et al.: Blackwell Publishing, 3-21.

Cook, Ian R. (2008): "Mobilising Urban Policies: The Policy Transfer of US Business Improvement Districts to England and Wales". Urban Studies 45/2008/4, 773-795.

Cook, Ian R./Ward, Kevin (2012): "Conferences, informational infrastructures and mobile policies: The process of getting Sweden 'BID ready'". European Urban and Regional Studies 19/2012/2, 137-152.

Craith, Máiréad Nic (2004): "Culture and citizenship in Europe. Questions for anthropologists". Social Anthropology 12/2004/3, 289-300.

Cremer, Rolf D./de Bruin, Anne/Dupuis, Ann (2001): "International Sister-Cities: Bridging the Global-Local Divide". American Journal of Economics and Sociology, 60/2001/1, 377-401.

Dahlstedt, Magnus (2009): "The Partnering Society: Governmentality, Partnerships and Active Local Citizenship". The Open Urban Studies Journal 2/2009, 18-27.

De Certeau, Michel (1988): Kunst des Handelns, Berlin: Merve-Verlag.

De La Rosa, Sybille/Kötter, Matthias (2008): „Governance(-forschung) im Kontext der Disziplinen“. In: Dies./Ulrike Höppner (Hg.), Transdisziplinäre Governanceforschung. Gemeinsam hinter den Staat blicken, Baden-Baden: Nomos Verlag, 11-33.

DeLanda, Manuel (2006): A New Philosophy of Society: Assemblage Theory and Social Complexity, London/New York: Continuum.

Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1987): A Thousand Plateaus: Capitalism and Schizophrenia, Minneapolis: University of Minnesota Press.

Dieckmann, Bärbel (2000): „Kommunale Europaarbeit fördern“. Europa kommunal 1/2000, 3-5.

Dietert, Amke (2012): „Die Beitrittsdebatte in der Türkei“. In: Udo Steinbach (Hg.), Länderbericht Türkei, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 464-475.

DiTiB Online (2017): <http://www.ditib.de>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Dolowitz, David P./Marsh, David (2000): „Learning from Abroad: The Role of Policy Transfer in Contemporary Policy-Making“. *Governance: An International Journal of Policy and Administration* 13/2000/1, 5-24.

Douzelage Online (2017): <http://www.douzelage.eu>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

DPJW Online (2017): <http://www.dpjw.org>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Draude, Anke (2008): „Wer regiert wie? Eurozentrismus in der Governanceforschung und der Versuch einer methodischen Grenzüberschreitung“. In: Sybille De La Rosa/Ulrike Höppner/Matthias Kötter (Hg.), *Transdisziplinäre Governanceforschung. Gemeinsam hinter den Staat blicken*, Baden-Baden: Nomos Verlag, 100-115.

EfBB, Kontaktstelle Deutschland Online (2017): <http://www.kontaktstelle-efbb.de>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Einig, Klaus/Grabher, Gernot/Ilbert, Oliver/Strubelt, Wendelin (2005): „Urban Governance. Zur Einführung“. *Information zur Raumentwicklung* 9-10/2005, I-IX.

Erasmus+ Online (2017): <http://www.erasmusplus.de>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Europäische Kommission (2011): „Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Bericht über die Zwischenevaluierung des Programms ‚Europa für Bürgerinnen und Bürger‘ 2007-2013“. KOM(2011) 83 endgültig, 1.3.2011.

Europäische Kommission (2010): Heute handeln für das Europa von morgen. Programm ‚Europa für Bürgerinnen und Bürger‘ (2007-2013), Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.

Europäische Kommission (2009): „Beschluss der Kommission vom 20. April 2009 zur Einrichtung der Exekutivagentur ‚Bildung, Audiovisuelles und Kultur‘ für die Verwaltung der Gemeinschaftsmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Audiovisuelles und Kultur gemäß der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates (2009/336/EG)“. *Amtsblatt der Europäischen Union* L 101 vom 21.4.2009, 26-30.

Europäische Kommission (2007): „Sich Europa zu eigen machen: das neue Programm ‚Europa für Bürgerinnen und Bürger‘ läuft an“. IP/07/625, 8.5.2007. Als elektronisches Dokument unter:
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/625&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Europäische Kommission (2005a): „Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“. KOM(2005) 494 endgültig, 13.10.2005.

Europäische Kommission (2005b): „Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm ‚Bürger/innen für Europa‘ für den Zeitraum 2007-2013 zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft“. KOM(2005) 116 endgültig, 6.4.2005.

Europäische Kommission (2004a): „Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Unsere gemeinsame Zukunft aufbauen. Politische Herausforderungen und Haushaltsmittel der erweiterten Union – 2007-2013“. KOM(2004) 101 endgültig/3, 12.3.2004.

Europäische Kommission (2004b): „Mitteilung der Kommission. Aktive Bürgerschaft konkret verwirklichen: Förderung der europäischen Kultur und Vielfalt durch Programme im Bereich Jugend, Bürgerbeteiligung, Kultur und audiovisuelle Medien“. KOM(2004) 154 endgültig, 9.3.2004.

Europäische Kommission (2003): „Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen. GD EAC Nr. 64/03. Unterstützung von Städtepartnerschaften zur Förderung einer aktiven Unionsbürgerschaft (Bürgerbeteiligung) 2004 (2003/C 283/17)“. Amtsblatt der Europäischen Union C 283 vom 26.11.2003, 21-28.

Europäische Kommission (2002): „Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen. GD EAC Nr. 50/02. Unterstützung von Städtepartnerschaften 2003 (2002/C 220/08)“. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 220 vom 17.9.2002, 6-12.

Europäische Kommission (2001a): „Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen. DG EAC Nr. 63/01. Unterstützung von Städtepartnerschaften 2002 (2001/C 283/07)“. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 283 vom 9.10.2001, 8-14.

Europäische Kommission (2001b): „Europäisches Regieren. Ein Weißbuch“. KOM(2001) 428 endgültig, 25.7.2001.

Europäische Kommission (2000a): „Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen. GD EAC Nr. 75/00. Unterstützung von Städtepartnerschaften 2001 (2000/C 320/07)“. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 320 vom 9.11.2000, 9-12.

Europäische Kommission (2000b): „Mitteilung über das Programm zur Gewährung von Zuschüssen für Städtepartnerschaften (2000/C 238/07)“. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 238 vom 22.8.2000, 7.

Europäische Kommission (1997): Ein Europa der Städte und Gemeinden. Handbuch für Städtepartnerschaften, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur (2009): Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (2007-2013). Programmleitfaden (1. Januar 2009), Brüssel: Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur.

Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur (2008): Gemeinsam für das Europa von morgen. Bildung thematischer Netzwerke zwischen Partnerstädten, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur (2007): Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (2007-2013). Programmleitfaden (März 2007), Brüssel: Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur.

Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur (2005): Two Ways to Town-Twinning, Brüssel: Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur [DVD].

Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur (2003): „Dazugehören zu Europa“. Das Magazin. Bildung und Kultur in Europa 20/2003.

Europäische Kommission, Generaldirektion Erweiterung (2006): Twinning. Europa gemeinsam aufbauen, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Europäische Kommission, Generaldirektion Kommunikation (2011): Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (2007-2013). Programmleitfaden (März 2011), Brüssel: Europäische Kommission, Generaldirektion Kommunikation.

Europäische Kommission/Europäischer Rechnungshof (2003): „Sonderbericht Nr. 6/2003 über Partnerschaften (,Twinning’) als Hauptinstrument zur Unterstützung des Institutionenaufbaus in Bewerberländern, zusammen mit den Antworten der Kommission (2003/C 167/02)“. Amtsblatt der Europäischen Union C 167 vom 17.7.2003, 21-45.

Europäische Union Online (2017): „Institutionen und Einrichtungen der EU“. https://europa.eu/european-union/about-eu/institutions-bodies_de, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Europäische Union Online (2015): „Der Grundsatz der Subsidiarität“. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=URISERV:ai0017&from=DE>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union (2006a): „Beschluss Nr. 1904/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über das Programm ‚Europa für Bürgerinnen und Bürger’ zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft (2007-2013)“. Amtsblatt der Europäischen Union L 378 vom 27.12.2006, 32-40.

Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union (2006b): „Beschluss Nr. 1719/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006 über die Einführung des Programms ‚Jugend in Aktion’ im Zeitraum 2007-2013“. Amtsblatt der Europäischen Union L 327 vom 24.11.2006, 30-44.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2006): „Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem ‚Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm ‚Bürger/innen für Europa’ für den Zeitraum 2007-2013 zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft’ (2006/C 28/06)“. Amtsblatt der Europäischen Union C 28 vom 3.2.2006, 29-34.

Europass Online (2017): <https://europass.cedefop.europa.eu>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Ewen, Shane/Hebbert, Michael (2007): "European Cities in a Networked World during the Long 20th Century". *Environment and Planning C: Government and Policy* 25/2007/3, 327-340.

Färber, Alexa (2014): „Potenziale freisetzen: Akteur-Netzwerk-Theorie und Assemblageforschung in der interdisziplinären kritischen Stadtforschung“. *sub/urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 2/2014/1, 95-103.

Farías, Ignacio (2011): "The politics of urban assemblages". *City* 15/2011/3-4, 365-374.

Fieber, Bettina (1995): *Internationale Gemeindepартnerschaften, Kulturaustausch und seine Wirkungen in europäischen Landgemeinden*, Trier: Wissenschaftlicher Verlag.

Fiedler, Klaus Peter (1980): „Kommunale Kontakte mit Osteuropa (II)“. *Der Städtetag* 11/1980, 675-678.

Fiedler, Klaus Peter (1978): „Kontakte deutscher Städte und Gemeinden mit Osteuropa“. *Der Städtetag* 1/1978, 37-38.

Foucault, Michel (2000): „Die ‚Gouvernementalität‘“. In: Uwe Bröckling/Susanne Krasemann/Thomas Lemke (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 41-67.

FR Online (2017): „Türkische Stadt setzt Städtepartnerschaft aus“. *Frankfurter Rundschau Online*, 24.3.2017. Als elektronisches Dokument unter: <http://www.fr.de/rhein-main/darmstadt-tuerkische-stadt-setzt-staedtepartnerschaft-aus-a-1246385>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Franke, Jens (1991): *Ortspartnerschaften. Völkerverständigung auf wirtschaftlicher, kultureller und politischer Ebene*, Wien: Universität Wien [unveröffentlichte Dissertation].

Frevel, Bernhard (2013): „Innere Sicherheit in der Programmatik der Parteien“. *Bundeszentrale für politische Bildung Online*, 10.9.2013. Als elektronisches Dokument unter: <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/168652/innere-sicherheit-in-partei-programmen?p=all>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Friszke, Andrzej (2009a): „Die kommunistischen Regierungen in Polen 1944/45 bis 1980“. In: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.), *Länderbericht Polen*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 78-97.

Friszke, Andrzej (2009b): „Das Zeitalter der Solidarność“. In: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.), *Länderbericht Polen*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 107-120.

Furmankiewicz, Marek (2007): "International Co-operation of Polish Municipalities: Directions and Effects". Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie 98/2007/3, 349-359.

Furmankiewicz, Marek (2005): "Town-twinning as a factor generating international flows of goods and people – the example of Poland". BELGEO 1-2/2005, 145-162.

Garstka, Hansjürgen (1972): Die Rolle der Gemeinde in der internationalen Verständigung nach dem zweiten Weltkrieg gezeigt am Beispiel der deutsch-französischen Verständigung, Stuttgart: Internationale Bürgermeister-Union.

Gebauer, Gerhard/Lwowski, Harald (1996): „Viele polnische Städte suchen Partner in Deutschland“. Europa kommunal 1/1996, 18-23.

Gelberg, Ludwik (1980): „Partnerschaften zwischen polnischen und bundesdeutschen Städten“. Osteuropa Recht 26/1980/3, 184-194.

Gerhard, Simone/Heipcke, Corinna/Richter, Emanuel (1994): „Städtepartnerschaften haben Konjunktur – und Konjunktur benötigt Impulse. Eine empirische Studie zu Partnerschaften hessischer Gemeinden und Städte“. In: Annette Jünemann/Emanuel Richter/Hartmut Ullrich (Hg.), Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas, Frankfurt a. M. et al.: Peter Lang Verlag, 167-182.

Gille, Zsuzsa/Ó Riain, Seán (2002): "Global Ethnography". Annual Review of Sociology 28/2002, 271-295.

Goddard, Victoria A./Llobera, Josep R./Shore, Cris (1994): "Introduction: The Anthropology of Europe". In: Dies. (Hg.), The Anthropology of Europe. Identity and Boundaries in Conflict, Oxford et al.: Berg Publishers, 1-35.

Gorny, Dieter (2011): „Wertschöpfung und Wert in sich: Kultur und Kreativität als Branche der Zukunft“. In: RUHR.2010 GmbH (Hg.), RUHR.2010. Die unmögliche Kulturhauptstadt. Chronik einer Metropole im Werden, Essen: Klartext Verlag, 64-75.

Gowan, Teresa/Ó Riain, Seán (2002): "Preface. At Home with the Global Ethnographer". In: Michael Burawoy/Joseph A. Blum/Sheba George/Zsuzsa Gille/Teresa Gowan/Lynne Haney/Maren Klawiter/Steven H. Lopez/Seán Ó Riain/Millie Thayer (Hg.), Global Ethnography. Forces, Connections, and Imaginations in a Postmodern World, Berkeley et al.: University of California Press, ix-xv.

Grabe, Veronika/Kaluza, Andrzej (2007): „Polnischsprachige im Revier – die Ruhrpolen von heute?“. In: Dagmar Kift/Dietmar Osses (Hg.), Polen – Ruhr. Zuwanderungen zwischen 1871 und heute, Essen: Klartext Verlag, 64-73.

Grande, Edgar (2009): „Perspektiven der Governance-Forschung: Grundzüge des Forschungsprogramms des Münchner Centrums für Governance-Forschung“. In: Ders./Stefan May (Hg.), Perspektiven der Governance-Forschung, Baden-Baden: Nomos Verlag, 77-89.

Grande, Edgar (2000): „Multi-Level Governance: Institutionelle Besonderheiten und Funktionsbedingungen des europäischen Mehrebenensystems“. In: Ders./Markus

Jachtenfuchs (Hg.), *Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem*, Baden-Baden: Nomos Verlag, 11-25.

Grass, Karen (2012): „Es fährt kein Bus nach Bishops Stortford“. taz Online, 20.2.2012.

Grauhan, Rolf-Richard (1968): „Die Verschwisterung deutscher und französischer Gemeinden“. In: Carl Joachim Friedrich (Hg.), *Politische Dimensionen der europäischen Gemeinschaftsbildung*, Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag, 35-104.

Grimmel, Andreas/Jakobeit, Cord (2009): *Politische Theorien der Europäischen Integration. Ein Text- und Lehrbuch*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Grosspietsch, Julia (2010): *The changing geographies of international municipal relations in Europe: a study of British-German town twinning partnerships*, Loughborough: Department of Geography, Loughborough University. Als elektronisches Dokument unter: <https://dspace.lboro.ac.uk/dspace-jspui/bitstream/2134/8346/2/Thesis%20Julia%20Grosspietsch.pdf>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Grosspietsch, Julia (2009): „More than Food and Folk Music? Geographical Perspectives on European Town Twinning“. *Geography Compass* 3/2009/3, 1281-1304.

Grotzky, Johannes (1980): „Die Rahmenvereinbarungen über deutsch-polnische Städtepartnerschaften“. *Osteuropa* 30/1980/12, 1316-1321.

Grunert, Thomas (1981): *Langzeitwirkungen von Städte-Partnerschaften. Ein Beitrag zur europäischen Integration*, Kehl am Rhein/Straßburg: N.P. Engel Verlag.

Günter, Roland (2007): *Heimat+Kultur: Zweimal ist mehr als einmal. Die Reise von Oberhausen in die südtürkisch-mittelmeerische Partner-Stadt Mersin*, Essen: Klartext Verlag.

Gupta, Akhil/Ferguson, James (1997): „Discipline and Practice: ‘The Field’ as Site, Method, and Location in Anthropology“. In: Dies. (Hg.), *Anthropological Locations. Boundaries and Grounds of a Field Science*, Berkeley et al.: University of California Press, 1-46.

Habit, Daniel (2011): *Die Inszenierung Europas? Kulturhauptstädte zwischen EU-Europäisierung, Cultural Governance und lokalen Eigenlogiken*, München: Institut für Volkskunde/Europäische Ethnologie, Ludwig-Maximilians-Universität München.

Häußermann, Hartmut/Läpple, Dieter/Siebel, Walter (2008): *Stadtpolitik*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.

Hannerz, Ulf (2006): „Studying Down, Up, Sideways, Through, Backwards, Forwards, Away and at Home: Reflections on the Field Worries of an Expansive Discipline“. In: Simon Coleman/Peter Collins (Hg.), *Locating the Field. Space, Place and Context in Anthropology*, Oxford et al.: Berg Publishers, 23-41.

Hannerz, Ulf (2003): "Being there...and there...and there! Reflections on multi-site ethnography". *Ethnography* 4/2003/2, 201-216.

Hannerz, Ulf (1998): "Transnational Research". In: H. Russel Bernard (Hg.), *Handbook of Methods in Cultural Anthropology*, Walnut Creek/London: Sage Publications, 235-256.

Hannerz, Ulf (1995): „,Kultur' in einer vernetzten Welt. Zur Revision eines ethnologischen Begriffs“. In: Wolfgang Kaschuba (Hg.), *Kulturen – Identitäten – Diskurse. Perspektiven europäischer Ethnologie*, Berlin: Akademie Verlag, 64-84.

Hanrath, Jan (2011): „Vielfalt der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland“. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 43/2011, 15-21.

Harmsen, Robert/Wilson, Thomas M. (2000): "Introduction. Approaches to Europeanization". *Yearbook of European Studies* 14/2000, 13-26.

Harvey, David (1989): "From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation of Urban Governance in Late Capitalism". *Geografiska Annaler* 71B/1989/1, 3-17.

Heeg, Susanne/Rosol, Marit (2007): „Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick“. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 37/2007/4, 491-509.

Heinelt, Hubert/Knodt, Michèle (2008a): „Einleitung: Politikfelder im Europäischen Mehrebenensystem“. In: Dies. (Hg.), *Politikfelder im EU-Mehrebenensystem. Instrumente und Strategien europäischen Regierens*, Baden-Baden: Nomos Verlag, 7-20.

Heinelt, Hubert/Knodt, Michèle (2008b): „Zusammenwirken territorialer und funktionaler politischer Einheiten und Veränderungen politischer Steuerung im EU-Mehrebenensystem“. In: Dies. (Hg.), *Politikfelder im EU-Mehrebenensystem. Instrumente und Strategien europäischen Regierens*, Baden-Baden: Nomos Verlag, 311-332.

Heinelt, Hubert/Mayer, Margit (2001): „Lokale Politikforschung in Deutschland. Entwicklungen und Besonderheiten im internationalen Vergleich“. In: Eckhard Schröter (Hg.), *Empirische Policy- und Verwaltungsforschung. Lokale, nationale und internationale Perspektiven*, Opladen: Leske+Budrich Verlag, 64-76.

Heinrich-Böll-Stiftung/RGRE, Deutsche Sektion (2011): *Deutsch-türkische Städtepartnerschaften. Bestandsaufnahme und Entwicklungsmöglichkeiten, Tagung des Rats der Gemeinden und Regionen Europas – Deutsche Sektion und der Heinrich-Böll-Stiftung, 6./7. Juni 2011 in Nürnberg, Dokumentation*, Berlin/Köln: Heinrich-Böll-Stiftung und RGRE.

Hess, Sabine (2009): „,Man schickt doch auch nicht eine Ersatzbraut zum Altar'. Zur Konfliktualität der neuen Formen des Regierens in und von Europa“. In: Gisela Welz/Annina Lottermann (Hg.), *Projekte der Europäisierung. Kulturanthropologische Forschungsperspektiven*, Frankfurt a. M.: Institut für Kulturanthropologie und

Europäische Ethnologie, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, 181-195.

Hess, Sabine (2006): „Governing Migration – Governing Europe. Kulturanthropologische Perspektiven auf Europäisierungsprozesse“. In: Kerstin Poehls/Asta Vonderau (Hg.), Turn to Europe. Kulturanthropologische Europaforschungen, Münster: LIT Verlag, 113-125.

Hess, Sabine/Karakayali, Serhat (2007): „New Governance oder die imperiale Kunst des Regierens. Asyldiskurs und Menschenrechtsdispositiv im neuen EU-Migrationsmanagement“. In: TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hg.), Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Rändern Europas, Bielefeld: transcript Verlag, 39-55.

Hess, Sabine/Schwertl, Maria (2013a): „Vom ‚Feld‘ zur ‚Assemblage‘? Perspektiven europäisch-ethnologischer Methodenentwicklung – eine Hinleitung“. In: Dies./Johannes Moser (Hg.), Europäisch-ethnologisches Forschen. Neue Methoden und Konzepte, Berlin: Dietrich Reimer Verlag, 13-37.

Hess, Sabine/Schwertl, Maria (2013b): „New Ends for Ethnography? Ein E-Mail-Interview zwischen Sabine Hess, Maria Schwertl und George Marcus“. In: Dies./Johannes Moser (Hg.), Europäisch-ethnologisches Forschen. Neue Methoden und Konzepte, Berlin: Dietrich Reimer Verlag, 309-318.

Hess, Sabine/Tsianos, Vassilis (2007): „Europeanizing transnationalism! Provincializing Europe! – Konturen eines neuen Grenzregimes“. In: TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hg.), Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Rändern Europas, Bielefeld: transcript Verlag, 23-38.

Historisches Seminar der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (2015): Städtepartnerschaften in Europa. Konzeptionen und Praktiken von Annäherung im 20. Jahrhundert, Mainz: Historisches Seminar der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Arbeitsbereich Zeitgeschichte. Als elektronisches Dokument unter: http://www.geschichte.uni-mainz.de/zeitgeschichte/Dateien/flyer_staedepartnerschaften.pdf, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Höppner, Ulrike/Nagl, Dominik (2008): „Jenseits der Staatlichkeit: Governance und Gouvernementalität als postmoderne Konzepte des Regierens“. In: Sybille De La Rosa/Ulrike Höppner/Matthias Kötter (Hg.), Transdisziplinäre Governanceforschung. Gemeinsam hinter den Staat blicken, Baden-Baden: Nomos Verlag, 119-137.

Hoffschulte, Heinrich (2005): „Türkische Kommunen auf ihrem Weg in die Europäische Union“. Europa kommunal 1/2005, 30-32.

Hofmann, Josef (1988): „Auf dem Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa“. Europa kommunal 4/1988, 129-131.

Hofman, Josef (1984): „Für ein Europa der Bürger“. Europa kommunal 4,5/1984, 71-73.

Hofmann, Josef (1981): „Der Einigungsprozeß Europas“. Europa kommunal 2/1981, 26-28.

Hofmann, Josef (1980): „Europäische Solidarität der Tat“. Nachrichtendienst RGE, Deutsche Sektion 4/1980, 67-69.

Holle, Nicolas/Lwowski, Harald (2008): „Brühler Erklärung verabschiedet“. Europa kommunal 6/2008, 27-29.

Holm, Andrej/Heeg, Susanne/Pütz, Robert (2009): „Stadt im neoliberalen Zeitalter. Wie globale Politikmodelle Einfluss auf die lokale Gestaltung nehmen“. Forschung Frankfurt 3/2009, 91-93.

Holmes, Douglas R./Marcus, George E. (2005): „Cultures of Expertise and the Management of Globalization: Toward the Re-Functioning of Ethnography“. In: Aihwa Ong/Stephen J. Collier (Hg.), Global Assemblages. Technology, Politics, and Ethics as Anthropological Problems, Malden et al.: Blackwell Publishing, 235-252.

Holtkamp, Lars (2010): „Zur aktuellen Lage der kommunalen Selbstverwaltung. Demokratische Potentiale, einschneidende Haushaltskrisen und symbolische Politikangebote“. Politische Bildung 1/2000, 63-80.

Holtkamp, Lars (2007): „Local Governance“. In: Arthur Benz/Susanne Lütz/Uwe Schimank/Georg Simonis (Hg.), Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 366-377.

Hutter, Claus-Peter/Link, Fritz-Gerhard (Hg.) (2009): Städtepartnerschaften und Klimavorsorge. Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung durch kommunale und regionale Partnerschaften, Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.

IBU (1963): „Deutschland-Frankreich“. Beiträge zur europäischen Einigung 14/1963, 4-6.

IBU (1962): Goldenes Buch der deutsch-französischen Städtepartnerschaften, Stuttgart: IBU.

Innovation City Management GmbH Online (2017): „InnovationCity Ruhr – Modellstadt Bottrop“. <http://www.icruhr.de>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung (1986): West-Ost-Beziehungen auf kommunaler Ebene. Eine Dokumentation, Recklinghausen: Kommunal-Verlag.

IT.NRW Informationssystem Außenhandel Online (2017a): „Außenwirtschaftsbeziehungen. Entwicklung des Außenhandels Nordrhein-Westfalens mit Polen“. http://www.aussenhandel.nrw.de/ISA/ISA2_ausgabeT1.php, (letzter Zugriff 28.10.2017).

IT.NRW Informationssystem Außenhandel Online (2017b): „Außenwirtschaftsbeziehungen. Entwicklung des Außenhandels Nordrhein-Westfalens

mit der Türkei“. http://www.aussenhandel.nrw.de/ISA/ISA2_ausgabeT1.php, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (2010): „Governance in der Europäischen Union“. In: Arthur Benz/Nicolai Dose (Hg.), Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 67-92.

Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (2003): „Regieren und Institutionenbildung“. In: Dies. (Hg.), Europäische Integration, Opladen: Leske+Budrich Verlag, 11-46.

Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (1996): „Einleitung: Regieren im dynamischen Mehrebenensystem“. In: Dies. (Hg.), Europäische Integration, Opladen: Leske+Budrich Verlag, 15-44.

Jann, Werner/Wegrich, Kai (2010): „Governance und Verwaltungspolitik: Leitbilder und Reformkonzepte“. In: Arthur Benz/Nicolai Dose (Hg.), Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 177-200.

Jayne, Mark/Hubbard, Philip/Bell, David (2013): “Twin Cities: Territorial and Relational Geographies of ‘Worldly’ Manchester”. *Urban Studies* 50/2013/2, 239-254.

Johler, Reinhard (2009): „Städtepartnerschaften und kulturelle Vielfalt. Zur kommunalen Gestaltung Europas“. In: Hans-Werner Retterath (Hg.), Kommunale Partnerschaften zwischen West und Ost, Freiburg: Johannes-Künzig-Institut, 17-37.

Johler, Reinhard (2005): „Europäische Orte. Territorialisierungsprozesse im ‚neuen Europa‘“. In: Beate Binder/Silke Götsch/Wolfgang Kaschuba/Konrad Vanja (Hg.), Arbeit, Ort, Körper. Ethnographie europäischer Modernen, Münster et al.: Waxmann Verlag, 33-44.

Johler, Reinhard (2004): „Daheim in Europa. Projektnotizen zur Europäisierung des Regionalen“. In: Ders. (Hg.), Daheim in Europa. Formen von Europäisierung in der Region, Tübingen: Tübinger Vereinigung für Volkskunde e.V., 8-17.

Johler, Reinhard (2002): “Local Europe. The Production of Cultural Heritage and the Europeanisation of Places”. *Ethnologia Europaea* 32/2002/2, 7-18.

Jünemann, Annette/Richter, Emanuel/Ullrich, Hartmut (Hg.) (1994): Gemeindeparschaften im Umbruch Europas, Frankfurt a. M. et al.: Peter Lang Verlag.

Jung, Dietrich (2012): „Das politische Leben: Institutionen, Organisationen und politische Kultur“. In: Udo Steinbach (Hg.), Länderbericht Türkei, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 86-120.

Kaschuba, Wolfgang (2007a): “Old and New Europe: Representations, Imaginations, Stagings”. In: Tsypylma Darieva/Ders. (Hg.), Representations on the Margins of

Europe. Politics and Identities in the Baltic and South Caucasian States, Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag, 25-39.

Kaschuba, Wolfgang (2007b): „Europäisierung als kulturalistisches Projekt? Ethnologische Beobachtungen“. In: Friedrich Jaeger/Hans Joas (Hg.), Europa im Spiegel der Kulturwissenschaften, Baden-Baden: Nomos Verlag, 204-225.

Kern, Kristine (2002): „Diffusion nachhaltiger Politikmuster, transnationale Netzwerke und ‚glokale‘ Governance“. In: Karl-Werner Brand (Hg.), Politik der Nachhaltigkeit. Voraussetzungen, Probleme und Chancen – eine kritische Diskussion, Berlin: Edition Sigma, 193-210.

Kern, Kristine (2001): „Transnationale Städtenetzwerke in Europa“. In: Eckhard Schröter (Hg.), Empirische Policy- und Verwaltungsforschung. Lokale, nationale und internationale Perspektiven, Opladen: Leske+Budrich Verlag, 95-116.

Kift, Dagmar (2007a): „‚Polen – Ruhr‘. Einleitung“. In: Dies./Dietmar Osses (Hg.), Polen – Ruhr. Zuwanderungen zwischen 1871 und heute, Essen: Klartext Verlag, 11-14.

Kift, Dagmar (2007b): „Flüchtlinge, Vertriebene und Spätaussiedler 1945-1958“. In: Dies./Dietmar Osses (Hg.), Polen – Ruhr. Zuwanderungen zwischen 1871 und heute, Essen: Klartext Verlag, 55-63.

Klompaker-Böhm, Silke (2008): „Deutsch-französische Städtepartnerschaften. Ihre Bedeutung im Kontext der Integrationsbemühungen der europäischen Staaten“. In: Wolfgang Schneider (Hg.), Auswärtige Kulturpolitik. Dialog als Auftrag – Partnerschaft als Prinzip, Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft e.V./Essen: Klartext Verlag, 101-114.

Knecht, Michi (2013): „Nach *Writing Culture*, mit *Actor-Network*: Ethnografie/Praxeografie in der Wissenschafts-, Medizin- und Technikforschung“. In: Sabine Hess/Johannes Moser/Maria Schwertl (Hg.), Europäisch-ethnologisches Forschen. Neue Methoden und Konzepte, Berlin: Dietrich Reimer Verlag, 79-106.

Knecht, Michi (2009): „*Contemporary Uses of Ethnography*. Zur Politik, Spezifik und gegenwartskulturellen Relevanz ethnographischer Texte“. In: Michael Simon/Thomas Hengartner/Timo Heimerdinger/Anne-Christin Lux (Hg.), Bilder. Bücher. Bytes. Zur Medialität des Alltags, Münster et al.: Waxmann Verlag, 148-155.

Koch, Gertraud (2009): „Kulturelle Vielfalt als produktives Potential? Zur Mobilisierung und Erzeugung von Anschlussfähigkeit heterogener Wissensbestände“. In: Gudrun Quenzel (Hg.), Entwicklungsfaktor Kultur. Studien zum kulturellen und ökonomischen Potential der europäischen Stadt, Bielefeld: transcript Verlag, 95-118.

Kockel, Ulrich/Craith, Máiréad Nic/Frykman, Jonas (2012): „Introduction: The Frontiers of Europe and European Ethnology“. In: Dies. (Hg.), A Companion to the Anthropology of Europe, Malden et al.: Wiley-Blackwell, 1-10.

Köhle, Bernhard (2005): „Town Twinning“, „Jumelage“, „Kommunale Partnerschaften“. Ein Projekt der Universität für Weiterbildung Krems im Auftrag der

Stadt Krems im Jahre 2005, Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung, Universität Wien.

Kohler-Koch, Beate (1999): „The evolution and transformation of European governance“. In: Dies./Rainer Eising (Hg.), *The Transformation of Governance in the European Union*, London/New York: Routledge, 14-35.

Kohler-Koch, Beate/Conzelmann, Thomas/Knodt, Michèle (2004): „Transformation des Regierens im europäischen Mehrebenensystem“. In: Dies. (Hg.), *Europäische Integration – Europäisches Regieren*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 169-189.

Kokot, Waltraud/Dracklé, Dorle (1996): „Neue Feldforschungen in Europa. Grenzen, Konflikte, Identitäten“. In: Dies. (Hg.), *Ethnologie Europas. Grenzen. Konflikte. Identitäten*, Berlin: Dietrich Reimer Verlag, 3-20.

KS EfBB, Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (2014): Das EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, Bonn: Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (KS EfBB) bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

Kulturpolitische Gesellschaft e.V. (2011): Europa muss näher an den Bürgern sein. Stellungnahme der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. zum Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (2007-2013), Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft e.V.. Als elektronisches Dokument unter:
http://www.kupoge.de/pressearchiv/pressedok/2011/KuPoGe_Stellungnahme_EU-Buergerschaftsprogramm.pdf, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Kulturzentrum GREND e.V. Online (2017): „Literatürk Festival“. <http://www.literatuerk.com>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Lada, Agnieszka (2011): *Blicken wir in die Zukunft. Die Meinung der Polen über die deutsch-polnische Zusammenarbeit und die Bedeutung der Geschichte in den deutsch-polnischen Beziehungen*, Warszawa: Fundacja Instytut Spraw Publicznych.

Lang, Kai-Olaf (2009): „Vom Störenfried zur Gestaltungsmacht – Polen in der Europäischen Union“. In: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.), *Länderbericht Polen*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 589-608.

Langenohl, Andreas (2015): *Town Twinning, Transnational Connections, and Trans-local Citizenship Practices in Europe*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Langenohl, Andreas (2010): „Imaginäre Grenzen. Zur Entstehung impliziter Kollektivität in EU-Europa“. *Berliner Journal für Soziologie* 20/2010/1, 45-63.

Leggewie, Claus/Kemming, Jan Dirk (2012): „Unsere Türken? Wie Einheimische und Einwanderer die Deutschtürken sehen“. In: Udo Steinbach (Hg.), *Länderbericht Türkei*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 596-612.

Leitermann, Walter (2007): „Wegbegleiter und Vorreiter der europäischen Einigung“. *Europa kommunal* 2/2007, 53-56.

- Leitermann, Walter (2001a):** „Städtepartnerschaften: Akteure und Vorreiter des vereinten Europa“. Eildienst 18/2001, 435-437.
- Leitermann, Walter (2001b):** „Vom Experiment zur Normalität“. Europa kommunal 5/2001, 172-174.
- Leitermann, Walter (2000):** „Möglichkeiten aufzeigen“. Europa kommunal 1/2000, 13-14.
- Leitermann, Walter (1999):** „Unionsbürgerschaft stärkt die Bürgerrechte“. Europa kommunal 5/1999, 210-213.
- Leitermann, Walter (1998):** „Über 6.000 Beziehungen zu Kommunen in 87 Ländern“. Europa kommunal 4/1998, 191-194.
- Leitermann, Walter (1997):** „Städte initiierten größte ‚Friedensbewegung‘ in Europa“. Europa kommunal 1/1997, 3-7.
- Lenger, Friedrich (2010):** „Das Ruhrgebiet – eine europäische Metropole?“. KWI-Interventionen 2/2010. Als elektronisches Dokument unter: <http://www.kwi-nrw.de/home/kwiintervention.html>, (letzter Zugriff 28.10.2017).
- Loth, Wilfried (1996):** Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957, Göttingen: Verlag Vandenhoeck und Ruprecht.
- Lottermann, Annina (Hg.) (2012):** NRW und Polen im Dialog. Perspektiven und Anregungen für eine zukünftige Zusammenarbeit, Essen: Kulturwissenschaftliches Institut Essen.
- Lücke, Barbara (1997):** „Zusammenarbeit von rund 20.000 Kommunen unterstützt“. Europa kommunal 1/1997, 47-48.
- Lütz, Susanne (2007):** „Policy-Transfer und Policy-Diffusion“. In: Arthur Benz/Dies./Uwe Schimank/Georg Simonis (Hg.), Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 132-143.
- Luft, Stefan (2011):** „Skandal und Konflikt: Deutsch-türkische Themen“. Aus Politik und Zeitgeschichte 43/2011, 9-14.
- Lutz, Ronald (1988):** „Städtepartnerschaften als politische Selbstdarstellung“. In: Maria Greverus/Konrad Köstlin/Heinz Schilling (Hg.), Kulturkontakt Kulturkonflikt. Zur Erfahrung des Fremden, Frankfurt a. M.: Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, 343-347.
- Lwowski, Harald (2009):** „Zur Entwicklung der Kommunalpartnerschaften mit Polen“. In: Hans-Werner Retterath (Hg.), Kommunale Partnerschaften zwischen West und Ost, Freiburg: Johannes-Künzig-Institut, 171-185.

Lwowski, Harald (1996a): „Hoffnungsvoller Auftakt“. *Europa kommunal* 6/1996, 302-303.

Lwowski, Harald (1996b): „Freundschaft auf lokaler Ebene verankern“. *Europa kommunal* 1/1996, 49.

Mączyńska, Elżbieta (2009): „Die öffentlichen Finanzen“. In: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.), *Länderbericht Polen*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 273-281.

Maennle, Philipp Andreas (2004): „„Grundlage des Europas der Bürger““. *Europa kommunal* 3/2004, 110-113.

Marcus, George E. (2009): „Introduction. Notes toward an Ethnographic Memoir of Supervising Graduate Research through Anthropology’s Decades of Transformation“. In: James D. Faubion/Ders. (Hg.), *Fieldwork Is Not What It Used to Be*, Ithaca/London: Cornell University Press, 1-34.

Marcus, George E. (1995): „Ethnography in/of the world system: The Emergence of Multi-Sited Ethnography“. *Annual Review of Anthropology* 24/1995, 95-117.

Marcus, George E./Saka, Erkan (2006): „Assemblage“. *Theory, Culture & Society* 23/2006/2-3, 101-109.

Mattissek, Annika (2008): *Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte*, Bielefeld: transcript Verlag.

Mauss, Marcel (1923/24): „Essai sur le don. Forme et raison de l'échange dans les sociétés archaïques“. *L'Année Sociologique* 24/1923, 30-186.

Mayer, Ernst Georg (1986): *Auslandsbeziehungen deutscher Gemeinden. Bestandsaufnahme und rechtliche Probleme*, Bonn: Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Mayer, Margit (1998): „Kritische Stadtforschung“. In: Christoph Görg/Roland Roth (Hg.), *Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 427-444.

Mayntz, Renate (2009): „Governancetheorie: Erkenntnisinteresse und offene Fragen“. In: Edgar Grande/Stefan May (Hg.), *Perspektiven der Governance-Forschung*, Baden-Baden: Nomos Verlag, 9-19.

McCann, Eugene (2011): „Urban Policy Mobilities and Global Circuits of Knowledge: Toward a Research Agenda“. *Annals of the Association of American Geographers* 101/2011/1, 107-130.

McCann, Eugene/Roy, Ananya/Ward, Kevin (2013): „Assembling/Worlding Cities“. *Urban Geography* 34/2013/5, 581-589.

McCann, Eugene/Ward, Kevin (2011): „Introduction. Urban Assemblages: Territories, Relations, Practices, and Power“. In: Dies. (Hg.), *Mobile Urbanism. Cities and*

Policymaking in the Global Age, Minneapolis: University of Minnesota Press, xiii-xxxv.

McDonald, Maryon (2006): "Trying to be European in Brussels". In: Kerstin Poehls/Asta Vonderau (Hg.), Turn to Europe. Kulturanthropologische Europaforschungen, Münster: LIT Verlag, 84-101.

McDonald, Maryon (1993): "The Construction of Difference: An Anthropological Approach to Stereotypes". In: Sharon Macdonald (Hg.), Inside European Identities. Ethnography in Western Europe, Oxford et al.: Berg Publishers, 219-236.

McFarlane, Colin (2009): "Translocal assemblages: Space, power and social movements". Geoforum 40/2009, 561-567.

Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen Online (2017): „Internationale Bauausstellung Emscher Park (IBA)“. <http://www.iba.nrw.de>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Mirek, Holger (1989): „Die Entwicklung von Städtepartnerschaften“. In: Paul von Kodolitsch (Hg.), Kommunale „Außenpolitik“. Zur Auslandsarbeit der Gemeinden und zu den innerdeutschen Städtepartnerschaften, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik, 33-46.

Mombaur, Peter Michael (1991): „Der Beitrag für Europa: Partnerschaften mit den Gemeinden Polens – jetzt!“. Europa kommunal 2/1991, 50-53.

Mora, Necla (2012): "Turkish-German Relations in the Process of Turkey's Participation in the European Union". In: Claus Schöning/Ramazan Çalık/Hatice Bayraktar (Hg.), Türkisch-deutsche Beziehungen. Perspektiven aus Vergangenheit und Gegenwart, Berlin: Klaus Schwarz Verlag, 357-373.

Müller, Barbara (1992): „Europa der Bürger“. Europa kommunal 2/1992, 58-61.

Müller, Klaus (1998): „Postsozialistische Krisen“. In: Ders. (Hg.), Postsozialistische Krisen. Theoretische Ansätze und empirische Befunde, Opladen: Leske+Budrich Verlag, 177-249.

Müller, Michael G. (2009): „Polnische Geschichte von den staatlichen Anfängen im 10. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg“. In: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.), Länderbericht Polen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 17-40.

Münch, Claudia (2006a): „Von Stadt zu Stadt verschieden“. Europa kommunal 3/2006, 90-93.

Münch, Claudia (2006b): Emanzipation der lokalen Ebene? Kommunen auf dem Weg nach Europa, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Neveu, Catherine (2000): "European Citizenship, Citizens of Europe and European Citizens". In: Irène Bellier/Thomas M. Wilson (Hg.), An Anthropology of the European Union. Building, Imagining and Experiencing the New Europe, Oxford et al.: Berg Publishers, 119-135.

Neveu, Catherine/Filippova, Elena (2012): "Citizenship(s) in European Contexts". In: Ulrich Kockel/Máiréad Nic Craith/Jonas Frykman (Hg.), *A Companion to the Anthropology of Europe*, Malden et al.: Wiley-Blackwell, 181-197.

Olbrycht, Jan (2004): „Herausforderung und Chance“. *Europa kommunal* 3/2004, 88-90.

Ong, Aihwa (2007): "Neoliberalism as a mobile technology". *Transactions of the Institute of British Geographers* 32/2007/1, 3-8.

Ong, Aihwa (1999): "Introduction". In: Dies., *Flexible Citizenship. The Cultural Logics of Transnationality*, Durham/London: Duke University Press, 1-26.

Ortner, Sherry B. (1984): "Theory in Anthropology since the Sixties". *Comparative Studies in Society and History* 26/1984, 126-166.

Osses, Dietmar (2007): „Unfreiwillig in der Fremde. Polnische Displaced Persons im Ruhrgebiet. Die Beispiele Haltern und Dortmund“. In: Dagmar Kift/Ders. (Hg.), *Polen – Ruhr. Zuwanderungen zwischen 1871 und heute*, Essen: Klartext Verlag, 44-54.

Pallaske, Christoph (2011): „Vor dem nächsten Massenansturm? Arbeitsmigration und Migrationspolitik, Zuwanderungsstrategien und Stereotype“. In: Dieter Bingen/Peter O. Loew/Krzysztof Ruchniewicz/Marek Zybura (Hg.), *Erwachsene Nachbarschaft. Die deutsch-polnischen Beziehungen 1991-2011*, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 170-183.

Patel, Kiran (Hg.) (2013): *The Cultural Politics of Europe. European capitals of culture and European Union since the 1980s*, London/New York: Routledge.

Peck, Jamie/Theodore, Nik (2010): "Mobilizing policy: Models, methods, and mutations". *Geoforum* 41/2010, 169-174.

Peters-Schildgen, Susanne (2007): „Von Ost nach West: Migration ins Ruhrgebiet. Geschichte und Forschungslage“. In: Dagmar Kift/Dietmar Osses (Hg.), *Polen – Ruhr. Zuwanderungen zwischen 1871 und heute*, Essen: Klartext Verlag, 15-24.

Pfundheller, Kai (2014): *Städtepartnerschaften – alternative Außenpolitik der Kommunen*, Opladen et al.: Verlag Barbara Budrich.

Pfundheller, Kai (2012): „Städtenetzwerke – Die Rettung der Partnerschaftsidee?“. In: Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. in Kooperation mit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (Hg.), „Aktive Bürgerinnen und Bürger für Europa“, Bonn: Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. in Kooperation mit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, 24-26.

Pieper, Tobias (2012): „Flüchtlingspolitik als Lagerpolitik“. In: Netzwerk MiRA (Hg.), *Kritische Migrationsforschung? Da kann ja jedeR kommen*, Berlin: Institut für Sozialwissenschaften, 73-79.

Piotrowska, Maria (2009): „Die soziale Lage“. In: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.), Länderbericht Polen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 282-293.

Pleitgen, Fritz/Scheytt, Oliver (2011): „Grußwort“. In: RUHR.2010 GmbH (Hg.), TWINS. Gestaltungskraft für Europa. Einblicke – Positionen – Perspektiven, Essen: Klartext Verlag, 11.

Poehls, Kerstin (2009): Europa backstage. Expertenwissen, Habitus und kulturelle Codes im Machtfeld der EU, Bielefeld: transcript Verlag.

Poehls, Kerstin/Vonderau, Asta (2006): „Turn to Europe’. Einleitung“. In: Dies. (Hg.), Turn to Europe. Kulturanthropologische Europaforschungen, Münster: LIT Verlag, 7-9.

PolenImPott Online (2017): „Polen im Pott“. <http://www.polenimpott.de>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

pottporus e.V. Online (2017): „pottporus“. <http://www.pottporus.de>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Preston, Mary E. (1997): “The role of the EC, the contribution of town-twinning programmes towards European integration and the European Commissions’s programme for town-twinning”. In: Werner Kremp/Gerd Mielke (Hg.), Kommunale Partnerschaften. Krise und Chancen eines Modells, Kaiserslautern: Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz e.V., 25-29.

Pries, Ludger (2010): „Einführung und Grundlegung“. In: Ders., Transnationalisierung. Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9-31.

Proniewski, Marek (2009): „Strukturwandel in der Wirtschaft“. In: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.), Länderbericht Polen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 263-272.

Pysz, Piotr (2009): „Ordnungspolitische Umwandlungen in der Wirtschaft Polens 1990-2007“. Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.), Länderbericht Polen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 237-257.

Rabinow, Paul/Marcus, George E./Faubion, James D./Rees, Tobias (2008): Designs for an Anthropology of the Contemporary, Durham/London: Duke University Press.

Rat der Europäischen Union (2004): „Beschluss des Rates vom 26. Januar 2004 über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft (Bürgerbeteiligung) (2004/100/EG)“. Amtsblatt der Europäischen Union L 30 vom 4.2.2004, 6-14.

Rebein, Stefan (2012): „Neue Impulse für Wittens Städtepartnerschaften“. WAZ/Der Westen Online, 30.7.2012.

Reckwitz, Andreas (2003): „Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive“. Zeitschrift für Soziologie 32/2003/4, 282-301.

Rees, Tobias/Caduff, Carlo (2004): „Einleitung: Anthropos plus Logos. Zum Projekt einer Anthropologie der Vernunft“. In: Paul Rabinow, Anthropologie der Vernunft. Studien zu Wissenschaft und Lebensführung, Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 7-28.

Reinkowski, Maurus (2008): „Zur Einführung: Christliches Europa und islamische Welt“. In: Heinz Kramer/Ders., Die Türkei und Europa. Eine wechselhafte Beziehungsgeschichte, Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer, 11-20.

Retterath, Hans-Werner (2011): „Migranten in kommunalen Partnerschaften. Zur Nutzung einer vernachlässigten Ressource“. In: Reinhard Johler/Max Matter/Sabine Zinn-Thomas (Hg.), Mobilitäten. Europa in Bewegung als Herausforderung kulturanalytischer Forschung, Münster et al.: Waxmann Verlag, 471-479.

Retterath, Hans-Werner (Hg.) (2009a): Kommunale Partnerschaften zwischen West und Ost, Freiburg: Johannes-Künzig-Institut.

Retterath, Hans-Werner (2009b): „Von der Anlehnung zum Engagement? Einstellungen von Vertriebenen und Aussiedlern zu kommunalen Partnerschaften mit dem östlichen Europa vor und nach der politischen Wende“. In: Ders. (Hg.), Kommunale Partnerschaften zwischen West und Ost, Freiburg: Johannes-Künzig-Institut, 55-103.

RGE, Deutsche Sektion (1983): „Schlußresolution des Europäischen Partnerschaftskongresses“. Europa kommunal 6/1983, 109-110.

RGE, Deutsche Sektion (1982): „Solidarität der Tat. Hilfe für Polen“. Europa kommunal 1,2/1982, 34-35.

RGE, Deutsche Sektion (1981a): „Buchbesprechung“. Europa kommunal 4/1981, 89-90.

RGE, Deutsche Sektion (1981b): „„Die deutsch-polnischen Städtepartnerschaftsabkommen““. Europa kommunal 1/1981, 22.

RGE, Deutsche Sektion (1980): „Projektgebundene Partnerschaftshilfe – Europäische Solidarität der Tat“. Nachrichtendienst RGE, Deutsche Sektion 4/1980, 66.

RGE, Deutsche Sektion (1979): „Städtepartnerschaften mit polnischen Städten“. Nachrichtendienst RGE, Deutsche Sektion 3/1979/3, 72.

RGE, Deutsche Sektion (1978a): „Kongreß der Europäischen Partnerstädte in Mainz: „Die Gemeinden für die Einheit Europas““. Nachrichtendienst RGE, Deutsche Sektion 2/1978/6, 117-119.

RGE, Deutsche Sektion (1978b): „RGE-Entscheidung: „Praktische Partnerschaftsarbeit und ihr Beitrag zur Einigung Europas““. Nachrichtendienst RGE, Deutsche Sektion 2/1978/6, 123-124.

RGRE, Deutsche Sektion (2010): „Städtepartnerschaftsgesuche aus der Türkei“. Europa kommunal 2/2010, 21.

RGRE, Deutsche Sektion (2007a): „Blick in die Zukunft gerichtet“. Europa kommunal 4/2007, 143.

RGRE, Deutsche Sektion (2007b): „EU-Förderung für Zusammenarbeit mit türkischen Kommunen“. Europa kommunal 4/2007, 148.

RGRE, Deutsche Sektion (2007c): „Europafähigkeit der Kommunen“. Europa kommunal 2/2007, 64.

RGRE, Deutsche Sektion (1997): „Europäische Kommission will Mittel drastisch kürzen“. Europa kommunal 5/1997, 246.

RGRE, Deutsche Sektion (1995): „Kaleidoskop der Partnerschaften“. Europa kommunal 3/1995, 132.

RGRE, Deutsche Sektion (1994): „Partnerschaftsfonds für 1994 gesichert“. Europa kommunal 2/1994, 77.

RGRE, Deutsche Sektion (1993a): „Die Avantgarde Europas“. Europa kommunal 6/1993, 292.

RGRE, Deutsche Sektion (1993b): „Böblingen & Bergama“. Europa kommunal 5/1993, 256.

RGRE, Deutsche Sektion (1993c): „Türkische Partner“. Europa kommunal 4/1993, 207.

RGRE, Deutsche Sektion (1993d): „DPJW fördert Jugendaustausch mit Polen“. Europa kommunal 1/1993, 36-37.

RGRE, Deutsche Sektion (1993e): „Zuschüsse für Partnerschaften“. Europa kommunal 1/1993, 48.

RGRE, Deutsche Sektion (1992a): „Deutsch-Polnische Partnerschaftstagung“. Europa kommunal 6/1992, 291-293.

RGRE, Deutsche Sektion (1992b): „Deutsch-polnische Stiftung“. Europa kommunal 2/1992, 61.

RGRE, Deutsche Sektion (1990): „Modellseminar zu Europa-Themen für die Partnerschaftsarbeit“. Europa kommunal 1/1990, 60.

RGRE, Deutsche Sektion (1989): „Resolution. Solidarität und Unterstützung für die Kommunen in Osteuropa und der DDR“. Europa kommunal 4/1989, 12.

RGRE, Deutsche Sektion (1988): „Europäisches Parlament: Debatte über Partnerschaften“. Europa kommunal 4/1988, 156-158.

RGRE, Deutsche Sektion (1987): „Resolution des 5. Europäischen Partnerschaftskongresses 1987“. Europa kommunal 2/1987, 33-36.

RGRE, Deutsche Sektion Online (2017a): „Der RGRE stellt sich vor“. <http://www.rgre.de/vorstellung.html>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

RGRE, Deutsche Sektion Online (2017b): „Datenbank der kommunalen Partnerschaften“. <http://www.rgre.de/partnerschaften.html>, (letzter Zugriff 26.5.2017).

RGRE, Deutsche Sektion Online (2013): „Neues Städtepartnerschaftsprojekt EU-Istanbul“. <http://www.rgre.de/>, (letzter Zugriff 6.3.2013).

Richter, Emanuel (1994): „Die Gemeinde als Basis europäische Integration – Subsidiarität und Bürgernähe“. In: Annette Jünemann/Ders./Hartmut Ullrich (Hg.), *Gemeindeparschaften im Umbruch Europas*, Frankfurt a. M. et al.: Peter Lang Verlag, 37-55.

Rimkus, Nils (2007): „Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel“? Regionalmarketing im Ruhrgebiet als Einflußfaktor auf das Image der Region und die Identität ihrer Bewohner – Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage und Interpretation unter kommunikationstheoretischen Gesichtspunkten, Bochum: Fakultät für Philosophie, Pädagogik und Publizistik, Ruhr-Universität Bochum. Als elektronisches Dokument unter: <http://www-brs.ub.ruhr-uni-bochum.de/netahtml/HSS/Diss/RimkusNils/>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Ring, Peter (2013): „Dortmunds Städtepartnerschaften auf dem Prüfstand“. WAZ/Der Westen Online, 8.1.2013.

Römhild, Regina (2009): „Reflexive Europäisierung. Tourismus, Migration und die Mediterranisierung Europas“. In: Gisela Welz/Annina Lottermann (Hg.), *Projekte der Europäisierung. Kulturanthropologische Forschungsperspektiven*, Frankfurt a. M.: Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, 261-276.

Römhild, Regina (2000): „Europäisierung als Transnationalisierung“. *Anthropolitan* 8/2000, 15-27.

Rogers, Alisdair (2000): „A European Space for Transnationalism?“ Working Paper WPTC-2K-07. Als elektronisches Dokument unter: <http://www.transcomm.ox.ac.uk/working%20papers/rogers.pdf>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Ruchniewicz, Krzysztof (2011): „Die knifflige Vergangenheit. Geschichtspolitik, innenpolitische Instrumentalisierung und große Debatten in den deutsch-polnischen Beziehungen“. In: Dieter Bingen/Peter O. Loew/Ders./Marek Zybura (Hg.), *Erwachsene Nachbarschaft. Die deutsch-polnischen Beziehungen 1991-2011*, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 128-145.

RUHR.2010 GmbH (2011a): RUHR.2010. Die unmögliche Kulturhauptstadt. Chronik einer Metropole im Werden, Essen: Klartext Verlag.

RUHR.2010 GmbH (2011b): TWINS. Gestaltungskraft für Europa. Einblicke – Positionen – Perspektiven, Essen: Klartext Verlag.

RUHR.2010 GmbH (2009): Kulturhauptstadt Europas RUHR.2010. Programm, Essen: o.V.

Rumpf, Christian/Steinbach, Udo (2010): „Das politische System der Türkei“. In: Wolfgang Ismayr (Hg.), Die politischen Systeme Osteuropas, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1053-1095.

RVR (o.J.a): Bevölkerungsentwicklung*) seit 1950, Essen: RVR. Als elektronisches Dokument unter:
http://www.metropoleruhr.de/fileadmin//user_upload/metropoleruhr.de/01_PDFs/Regionalverband/Regionalstatistik/Bevoelkerung/Zensus_2011_Bevoelkerung_Zeitreihe.pdf, (letzter Zugriff 28.10.2017).

RVR (o.J.b): Ausländische Bevölkerung am 31.12.2014, Essen: RVR. Als elektronisches Dokument unter:
http://www.metropoleruhr.de/fileadmin//user_upload/metropoleruhr.de/01_PDFs/Regionalverband/Regionalstatistik/Bevoelkerung/2014_Auslaendische_Bevoelkerung.pdf, (letzter Zugriff 28.10.2017).

RVR (o.J.c): Methodische Hinweise Zensus 2011, o.O.: o.V. Als elektronisches Dokument unter:
http://www.metropoleruhr.de/fileadmin//user_upload/metropoleruhr.de/01_PDFs/Regionalverband/Regionalstatistik/Bevoelkerung/Methodische_Hinweise_Zensus_2011.pdf, (letzter Zugriff 28.10.2017).

RVR Online (2017a): „KVR wird RVR. Die Geschichte des Kommunalverbandes Ruhrgebiet und seine Zukunft“. <http://www.informationsdienst.ruhr/archiv/detail/archiv/2004/september/artikel/kvr-wird-rvr-die-geschichte-des-kommunalverbandes-ruhrgebiet-und-seine-zukunft.html>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

RVR Online (2017b): „Probleme des Ruhrgebiets-Image“. http://www.ruhrgebiet-regionalkunde.de/html/aufstieg_und_rueckzug_der_montanindustrie/huerden_des_strukturellen_wandels/ruhrgebiet_image.php%3Fp=4,5.html, (letzter Zugriff 28.10.2017).

RVR Online (2017c): „Metropole Ruhr – das neue Ruhrgebiet. Städtelandschaft mitten in Europa“. <http://www.metropoleruhr.de/land-leute/daten-fakten/lage-und-geografie.html>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

RVR Online (2017d): „Regionalverband Ruhr – Aufgaben und Verbandsgebiet“. <http://www.metropoleruhr.de/regionalverband-ruhr/ueber-uns/gebiet-aufgaben.html>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

RVR Online (2017e): „Metropole Ruhr – das neue Ruhrgebiet. Drei Bezirksregierungen sind zuständig“. <http://www.metropoleruhr.de/land-leute/daten-fakten/politik-verwaltung/bezirksregierungen.html>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

RVR Online (2015): „Von der Pinge zur Industriekultur: Geschichte des Ruhrgebiets“. <http://www.route-industriekultur.de/fakten-hintergruende/geschichte-und-kultur/geschichte-des-ruhrgebietes.html>, (letzter Zugriff 12.9.2015).

RVR/IT.NRW Statistik-Portal Ruhr Online (2017): „Arbeitslosenquote 30.9.2010“. <http://www.metropoleruhr.de/regionalverband-ruhr/regionalstatistik/statistikportal-ruhr.html>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Said, Edward (1978): Orientalism, New York: Pantheon Books.

Sassen, Saskia (2006): Territory, Authority, Rights: From Medieval to Global Assemblages, Princeton/Oxford: Princeton University Press.

Schatzki, Theodore (2010): „Materiality and Social Life“. *Nature and Culture* 5/2010/2, 123-149.

Scheffer, Thomas (2007): „Multi-temporale Ethnographie“. Als elektronisches Dokument unter: http://www.dgv-tagung2007.de/workshop-25/thomas-scheffer-multi-temporale-ethnographie_/, (letzter Zugriff 14.1.2016).

Schimank, Uwe (2007): „Elementare Mechanismen“. In: Arthur Benz/Susanne Lütz/Ders./Georg Simonis (Hg.), *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 29-45.

Schmitt-Vockenhausen, Hermann (1978): „Städtepartnerschaften sind ausbaufähig“. *Nachrichtendienst RGE, Deutsche Sektion* 3/1978, 58.

Schnakenberg, Oliver (1990): „Erster Teil: Einführung“. In: Ders., *Innerdeutsche Städtepartnerschaften. Rechtliche Aspekte grenzüberschreitenden kommunalen Handelns*, Baden-Baden: Nomos Verlag, 23-33.

Schöning, Claus (2012): „Zum Geleit“. In: Ders./Ramazan Çalık/Hatice Bayraktar (Hg.), *Türkisch-deutsche Beziehungen. Perspektiven aus Vergangenheit und Gegenwart*, Berlin: Klaus Schwarz Verlag, 7-8.

Schuppert, Gunnar Folke (2011): *Alles Governance oder was?* Baden-Baden: Nomos Verlag.

Schuppert, Gunnar Folke (2008): „Governance – auf der Suche nach Konturen eines ‚anerkannt uneindeutigen Begriffs‘“. In: Ders./Michael Zürn (Hg.), *Governance in einer sich wandelnden Welt*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13-40.

Schuppert, Gunnar Folke (2006): „Governance im Spiegel der Wissenschaftsdisziplinen“. In: Ders. (Hg.), *Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien*, Baden-Baden: Nomos Verlag, 371-469.

Schuß, Heiko (2012): „Wirtschaftliche Entwicklung von der Gründung der Republik bis heute“. In: Udo Steinbach (Hg.), *Länderbericht Türkei*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 328-368.

Schwertl, Maria (2013): „Vom Netzwerk zum Text: Die Situation als Zugang zu globalen Regimen“. In: Sabine Hess/Johannes Moser/Dies. (Hg.), *Europäisch-ethnologisches Forschen. Neue Methoden und Konzepte*, Berlin: Dietrich Reimer Verlag, 105-126.

SdpZ Online (2017): <http://www.sdpz.org>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Seufert, Günter (2012): „Im Spannungsfeld von Laizismus und Islamismus“. In: Udo Steinbach (Hg.), Länderbericht Türkei, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 207-228.

Shore, Cris (2006a): “‘In uno plures’ (?) EU Cultural Policy and the Governance of Europe”. *Cultural Analyses* 5/2006, 7-26.

Shore, Cris (2006b): “‘Government Without Statehood’? Anthropological Perspectives on Governance and Sovereignty in the European Union”. *European Law Journal* 12/2006/6, 709-724.

Shore, Cris (2000): *Building Europe. The Cultural Politics of European Integration*, London/New York: Routledge.

Shore, Cris/Black, Annabel (1994): “Citizens’ Europe and the Construction of European Identity”. In: Victoria A. Goddard/Josep R. Llobera/Cris Shore (Hg.), *The Anthropology of Europe. Identity and Boundaries in Conflict*, Oxford et al.: Berg Publishers, 275-298.

Shore, Cris/Wright, Susan (1997): “Policy: A new field of anthropology”. In: Dies. (Hg.), *Anthropology of Policy. Critical perspectives on governance and power*, London/New York: Routledge, 3-39.

Spengler, Ines (2011): „Ein Euro pro Bürger für Partnerschaften“. *Europa kommunal* 2/2011, 23-24.

Spengler, Ines (2009): „Großes Netz der Freundschaft“. *Europa kommunal* 1/2009, 19-21.

Spengler, Ines (2002): „Neue Wege in der Partnerschaft“. *Europa kommunal* 1/2002, 35.

Spengler, Ines (2000): „Zeichen setzen gegen Ausländerfeindlichkeit“. *Europa kommunal* 6/2000, 236.

Spengler, Ines/Statz, Albert (2011): „Migrantinnen und Migranten als Brücke“. *Europa kommunal* 4/2011, 22-25.

Statz, Albert/Wohlfahrt, Charlotte (2010): *Kommunale Partnerschaften und Netzwerke. Ein Beitrag zur transnationalen Politik der Nachhaltigkeit*, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. Als elektronisches Dokument unter: <http://kommunalwiki.boell.de/images/6/6c/Partnerschaften-Netzwerke.pdf>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Steffan, Martin (2000): *Klimaschutz in Städtepartnerschaften. Zur Genese eines neuen Politikfeldes*, Münster: agenda Verlag.

Stehr, Nico (2000): *Die Zerbrechlichkeit moderner Gesellschaften*, Weilerswist: Verlag Velbrück Wissenschaft.

- Steinbach, Udo (Hg.) (2012a):** Länderbericht Türkei, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Steinbach, Udo (2012b):** „Vom Osmanischen Reich zum EU-Kandidaten: ein historischer Bogen“. In: Ders. (Hg.), Länderbericht Türkei, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 14-83.
- Sticker, Johannes (1982):** Kommunale Außenpolitik, Jumelage, Verschwisterung, Twinning, Gemellaggio, Verbroedering, Köln et al.: Deutscher Gemeindeverlag.
- Stock, Antonia (2005):** Städtepartnerschaft und interkulturelle Begegnung – ausgewählte deutsche Städte und ihre Partner im Ausland, Hildesheim: Fachbereich III Informations- und Kommunikationswissenschaften, Universität Hildesheim.
- Szylko-Skoczny, Małgorzata (2009):** „Arbeitsmarktlage und Arbeitsmarktpolitik“. In: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.), Länderbericht Polen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 294-308.
- Tempel, Sybille (1997):** „Städtepartnerschaften in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit“. Osteuropa 47/1997, 650-665.
- Tenfelde, Klaus (2006):** „Schmelztiegel Ruhrgebiet? Polnische und türkische Arbeiter im Bergbau: Integration und Assimilation in der montanindustriellen Erwerbsgesellschaft“. Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 36/2006, 7-28.
- Tenfelde, Klaus/Urban, Thomas (2010):** „Das Ruhrgebiet: Raum – Zeit – Quellen (Einleitung)“. In: Dies. (Hg.), Das Ruhrgebiet. Ein historisches Lesebuch, Essen: Klartext Verlag, 9-22.
- Theodore, Nik/Peck, Jamie/Brenner, Neil (2011):** „Neoliberal Urbanism: Cities and the Rule of Markets“. In: Gary Bridge/Sophie Watson (Hg.), The New Blackwell Companion to the City, Malden et al.: Wiley-Blackwell, 15-25.
- Thränhardt, Dietrich (1998):** „Die Kommunen und die Europäische Union“. In: Roland Roth/Hellmut Wollmann (Hg.), Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 361-377.
- Thum, Günter (2010):** „Neue Formen der Zusammenarbeit“. Europa kommunal 2/2010, 17-20.
- Ullrich, Hartmut (1994):** „Vorwort“. In: Annette Jünemann/Emanuel Richter/Ders. (Hg.), Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas, Frankfurt a. M. et al.: Peter Lang Verlag, 7-11.
- Unbehaun, Horst (2012):** „Die wirtschaftliche Lage der türkischen Einwanderer“. In: Udo Steinbach (Hg.), Länderbericht Türkei, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 566-595.
- Vetter, Reinhold (2011):** „Erfolgreich, aber nicht ganz krisenfest. Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen“. In: Dieter Bingen/Peter O. Loew/Ders./Marek

Zybura (Hg.), Erwachsene Nachbarschaft. Die deutsch-polnischen Beziehungen 1991-2011, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 254-268.

Vogel, Christian (2004): „Tübingen im Licht Europas’. Zur Geschichte und Praxis einer Jumelage“. In: Reinhard Johler (Hg.), Daheim in Europa. Formen von Europäisierung in der Region, Tübingen: Tübinger Vereinigung für Volkskunde e.V., 18-44.

Vogel, Ralph-Günther/Munier, Gerald (1987): „Städtepartnerschaften mit Osteuropa: Der Feindbildpropaganda das Fundament entziehen“. Alternative Kommunalpolitik, 7/1987/2, 23-35.

Volle, Angelika Elisabeth Charlotte (1976): Deutsch-britische Beziehungen. Eine Untersuchung des bilateralen Verhältnisses auf der staatlichen und nichtstaatlichen Ebene seit dem Zweiten Weltkrieg, Bonn: Philosophische Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, 219-230.

von Alemann, Ulrich/Münch, Claudia (Hg.) (2006a): Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Union, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

von Alemann, Ulrich/Münch, Claudia (2006b): „Einleitung – Steigerung der kommunalen Europafähigkeit“. In: Dies. (Hg.), Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Union, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 16-22.

von Alemann, Ulrich/Münch, Claudia (2006c): „Europa als Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums?“. In: Dies. (Hg.), Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Union, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 479-497.

von Lennep, Hans-Gerd (1994): „Die Akteure: Zur Rolle der Kommunen, der Verbände und der lokalen Eliten“. In: Annette Jünemann/Emanuel Richter/Hartmut Ullrich (Hg.), Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas, Frankfurt a. M. et al.: Peter Lang Verlag, 57-67.

von Lennep, Hans-Gerd (1992): „Kommunale Partnerschaften mit Osteuropa“. Europa kommunal 1/1992, 2-4.

von Lennep, Hans-Gerd (1983): „Kommunale Partnerschaften: Beteiligung und Aktivitäten“. Europa kommunal 6/1983, 102-107.

von Weizsäcker, Beatrice (1990): Verschwisterung im Bruderland: Städtepartnerschaften in Deutschland, Bonn: Bouvier Verlag.

Vontz, Andrea (1999): „Bedeutung der kommunalen Partnerschaften unterstrichen“. Europa kommunal 1/1999, 40-44.

Wagner, Beate (1995): Partnerschaften deutscher Städte und Gemeinden. Transnationale Beiträge zur internationalen Sicherheit, Münster: LIT Verlag.

Wagner, Beate (1994): „Städtepartnerschaften zwischen Ost- und Westeuropa: Eine Analyse am Beispiel bundesdeutscher Städte und Gemeinden“. In: Annette Jünemann/Emanuel Richter/Hartmut Ullrich (Hg.), *Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas*, Frankfurt a. M. et al.: Peter Lang Verlag, 109-130.

Weichhart, Peter (2010): „Das ‚Trans-Syndrom‘. Wenn die Welt durch das Netz unserer Begriffe fällt“. In: Melanie Hühn, Dörte Lerp, Knut Petzold, Miriam Stock (Hg.), *Transkulturalität, Transnationalität, Transstaatlichkeit, Translokalität. Theoretische und empirische Begriffsbestimmungen*, Münster et al.: LIT Verlag, 47-66.

Welz, Gisela (2013a): „Europäisierung beobachten: Forschungsansätze der Sozial- und Kulturanthropologie“. In: Volker Hinnenkamp/Hans-Wolfgang Platzer (Hg.), *Interkulturalität und Europäische Integration*, Stuttgart: ibidem-Verlag, 53-78.

Welz, Gisela (2013b): „Die Pragmatik ethnografischer Temporalisierung. Neue Formen der Zeitorganisation in der Feldforschung“. In: Sabine Hess/Johannes Moser/Maria Schwertl (Hg.), *Europäisch-ethnologisches Forschen. Neue Methoden und Konzepte*, Berlin: Dietrich Reimer Verlag, 39-54.

Welz, Gisela (2009): „‚Sighting / Siting globalization‘. Gegenstandskonstruktion und Feldbegriff einer ethnographischen Globalisierungsforschung“. In: Sonja Windmüller/Beate Binder/Thomas Hengartner (Hg.), *Kultur – Forschung. Zum Profil einer volkscundlichen Kulturwissenschaft*, Münster: LIT Verlag, 195-210.

Welz, Gisela (2005): „Ethnographien europäischer Modernen“. In: Beate Binder/Silke Götsch/Wolfgang Kaschuba/Konrad Vanja (Hg.), *Arbeit, Ort, Körper. Ethnographie europäischer Modernen*, Münster et al.: Waxmann Verlag, 19-31.

Welz, Gisela (2004): „Vorwort“. *Anthropolitan* 11/2004, 5-6.

Welz, Gisela (1998): „Moving Targets. Feldforschung unter Mobilisierungsdruck“. *Zeitschrift für Volkskunde* 94/1998/2, 177-194.

Welz, Gisela/Lottermann, Annina (Hg.) (2009a): *Projekte der Europäisierung. Kulturanthropologische Forschungsperspektiven*, Frankfurt a. M.: Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Welz, Gisela/Lottermann, Annina (2009b): „Projekte der Europäisierung. Einleitung“. In: Dies. (Hg.), *Projekte der Europäisierung. Kulturanthropologische Forschungsperspektiven*, Frankfurt a. M.: Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, 11-16.

Wimmer, Johann Wolfgang (1989): *Städtepartnerschaften der Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Münster: LIT Verlag.

Winkler, Barbara (2008): *Städtepartnerschaften und ihre soziokulturellen Auswirkungen*, Graz: Geisteswissenschaftliche Fakultät, Karl-Franzens-Universität Graz [unveröffentlichte Dissertation].

Wolz, Helmut (2003): „Eine Freundschaft mit Zukunft“. Europa kommunal 6/2003, 225.

Yollu-Tok, Aysel (2011): „Zur Lage der Türkischstämmigen auf dem sich wandelnden Arbeitsmarkt“. Aus Politik und Zeitgeschichte 43/2011, 22-28.

Zelinsky, Wilbur (1991): “The Twinning of the World: Sister Cities in Geographic and Historical Perspective”. Annals of the Association of American Geographers 81/1991/1, 1-31.

Ziemer, Klaus (2009): „Die politische Ordnung“. In: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.), Länderbericht Polen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 147-191.

Ziemer, Klaus/Matthes, Claudia-Yvette (2010): „Das politische System Polens“. In: Wolfgang Ismayr (Hg.), Die politischen Systeme Osteuropas, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 209-273.

ZMP Online (2017): <http://www.zmp.poznan.pl>, (letzter Zugriff 28.10.2017).

Znoj, Heinzpeter (2012): „Gabentausch – unser alltägliches Ritual“. UniPress 153/2012, 19-20.

11. Abkürzungsverzeichnis

AELE	Association européenne de libre-échange
AgD	Auslandsgesellschaft Deutschland
AIBIZ	Akademie für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi
APC	Association of Polish Cities
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CCE	Conseil des Communes d'Europe
CCRE	Conseil des Communes et Régions d'Europe
Cedefop	European Centre for the Development of Vocational Training
CEM	Council of European Municipalities
CEMR	Council of European Municipalities and Regions
COE	Council of Europe
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DiTiB	Diyanet İşleri Türk İslam Birliği
DFG	Deutsch-Französische Gesellschaft
DFJW	Deutsch-Französisches Jugendwerk
DPJW	Deutsch-Polnisches Jugendwerk
DPs	Displaced Persons
EACEA	Education, Audiovisual and Culture Executive Agency
EEA	European Economic Area
EEE	L'espace économique européen
EfBB	Europa für Bürgerinnen und Bürger
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
FMVJ	Fédération Mondiale des Villes Jumelées
FR	Frankfurter Rundschau
FWPN	Fundacja Współpracy Polsko-Niemieckiej
IBA	Internationale Bauausstellung Emscher Park
IBU	Internationale Bürgermeister-Union für deutsch-französische Verständigung und europäische Zusammenarbeit
IGV	Internationaler Gemeindeverband
IHK	Industrie- und Handelskammer
IPZ	Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit
IRS	Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung
IULA	International Union of Local Authorities
JIA	Jugend in Aktion
KS EfBB	Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“

KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KVR	Kommunalverband Ruhr
L.E.G.	Ligue d'Etudes Germaniques
NATO	Nordatlantikpakt-Organisation
NSM	Neues Steuerungsmodell
OB	Oberbürgermeister
OFAJ	L'Office franco-allemand pour la Jeunesse
PNWM	Polско-Niemiecka Współpraca Młodzieży
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
PZPR	Polska Zjednoczona Partia Robotnicza
RGE	Rat der Gemeinden Europas
RGRE	Rat der Gemeinden und Regionen Europas
RVR	Regionalverband Ruhr
SdpZ	Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit
TD-IHK	Türkisch-Deutsche Industrie- und Handelskammer
UIM	Union Internationale des Maires
UIV	Union Internationale des Villes
UMT	Union of Municipalities of Turkey
UTO	United Towns Organization
WPS	Weltbund der Partnerstädte
ZfTI	Zentrum für Türkeistudien
ZMP	Związek Miast Polskich